

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut
Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"

Prof. Dr. Richard Stöss
Dr. Michael Fichter
Dipl.-Pol. Joachim Kreis
Prof. Dr. Bodo Zeuner

Abschlussbericht

Berlin, Dezember 2004

Vorwort

zum Abschlussbericht

des Forschungsprojekts "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"

Unser Projekt legt hiermit, nach Beratung im Projektbeirat, vereinbarungsgemäß seinen Abschlussbericht vor. Aus unserer Sicht darf er in dieser Form von den fördernden Stiftungen öffentlich gemacht werden. Über Formen der schriftlichen Publikation und der Präsentation der Ergebnisse in der Öffentlichkeit sollte entsprechend den zwischen den Stiftungen und der Projektgruppe geschlossenen Verträgen noch beraten und entschieden werden.

Den fördernden Stiftungen, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung, sei an dieser Stelle dafür gedankt, dass sie unser Projekt, dessen Fragestellung inhaltlich für die Stiftungen und die Gewerkschaften ebenso wie für uns als Forscher eine große Herausforderung bedeutete, gefördert und begleitet haben. Unser Dank gilt in gleichem Maße den Mitgliedern des Projektbeirats aus dem Kreis der WissenschaftlerInnen und der DGB-Gewerkschaften.

Nicht weniger danken wir Dr. Günter Pollach für seine Mitwirkung an der Konzipierung des Fragebogens in den ersten Monaten der Projektlaufzeit sowie dem FORSA-Institut für die vorzügliche Kooperation bei der Repräsentativbefragung. Wir danken den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich an den Gruppendiskussionen im Rahmen der qualitativen Studie beteiligt haben. Schließlich danken wir Katharina Schiederig für Recherchen und für die Erstellung der Bibliographie sowie Anne Sander für die Hilfe bei der Korrektur des Textes.

Wir haben das Projekt als arbeitsteiliges Team durchgeführt. Wir wollen deshalb verdeutlichen, wer an der Erstellung und Formulierung der Teile dieses Abschlussberichts vorrangig beteiligt ist: Dies sind für die Kapitel A, B, D, E und G Richard Stöss, für das Kapitel C Joachim Kreis, für das Kapitel F Michael Fichter, Joachim Kreis und Bodo Zeuner, für das Kapitel H Michael Fichter und Bodo Zeuner, für das zusammenfassende Kapitel I alle Autoren. Auf Grund dieser Arbeitsverteilung haben wir beschlossen, bei der Autorenbenennung Richard Stöss hervorzuheben und die anderen Team-Mitglieder alphabetisch folgen zu lassen.

Berlin, Dezember 2004

Richard Stöss Michael Fichter Joachim Kreis Bodo Zeuner

Inhaltsverzeichnis

Band I: (Kapitel A bis I)

Kapitel A: Einleitung

1.	Problemstellung.....	9
2.	Forschungsstand.....	24
2.1	Begriffsbestimmung.....	25
2.2	Erklärungsansätze und Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus.....	27
2.2.1	Persönlichkeitsfaktoren.....	27
2.2.2	Wertorientierungen.....	32
2.2.3	Umweltfaktoren: Systemzustände und -entwicklungen.....	33
2.2.4	Umweltfaktoren: Politische Kultur.....	41
2.2.5	Zwischenbilanz.....	46
2.3	Gewerkschaften und Rechtsextremismus.....	51
3.	Untersuchungskonzept.....	64
3.1	Untersuchungsfragen und Untersuchungsschritte.....	64
3.2	Indikatorenbildung für die Ursachenanalysen, unabhängige Variablen.....	69
3.3	Terminologie, Definitionen, Operationalisierungen und Konventionen.....	72
3.4	Zur Datenbasis der Repräsentativbefragung und zur Gewichtung der Daten.....	75

Kapitel B: Rechtsextreme Einstellungen

1.	Problemstellung.....	78
2.	Probleme der Messung von Rechtsextremismus.....	79
2.1	Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters.....	80
2.2	Die Konstruktion der Rechtsextremismus-Skala.....	81
2.3	Die Bestimmung von rechtsextremen Einstellungspotenzialen.....	83
3.	Dimensionen und Statements der Umfrage.....	86
4.	Indizes zum Rechtsextremismus.....	89
5.	Die summierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXL).....	93
6.	Die kumulierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXKUM).....	97
7.	Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "großer" Schwierigkeit (REXH).....	98
8.	Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "mittlerer" Schwierigkeit (REXW).....	100
9.	Gesamtbetrachtung.....	101
9.1	Zur Validität der Skalen und zur Auswahl der abhängigen Variable.....	101
9.2	Zur speziellen Spiegelbildthese.....	101
9.3	Zur inhaltlichen Struktur des rechtsextremen Einstellungsmusters.....	105
10.	Exkurs: Wahlbereitschaft zu Gunsten von rechtsextremen Parteien.....	107
11.	Ergebnis.....	108

Kapitel C: Sozio-ökonomischer Status und Rechtsextremismus

1.	Problemstellung.....	112
2.	Die Auswahl sozialstruktureller Merkmale.....	113
2.1	Modernisierungsverlierer.....	114
2.2	Unzufriedenheit, Persönlichkeit und Sozialstruktur.....	116
2.3	Sozialstrukturelle Prädiktoren und Merkmale der weiteren Analyse.....	124
3.	Die Operationalisierung der sozialstrukturellen Merkmale.....	125
3.1	Politische Generationen.....	125
3.2	Lebensphase Jugend.....	127
3.3	Bildung.....	128
3.4	Wirtschaftliche Lage.....	128
3.5	Berufsprestige.....	129
3.6	Objektive soziale Schicht.....	130
3.7	Subjektive soziale Schicht.....	132
3.8	Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes.....	135
3.9	Erwerbsstatus und Berufsgruppen.....	138
3.10	Betriebsgrößen und Wirtschaftsbereiche.....	139
4.	Das Verständnis der sozialstrukturellen Merkmale.....	139
4.1	Der wechselseitige Zusammenhang zwischen den sozialstrukturellen Merkmalen.....	140
4.2	Schichten der sozialen Ungleichheit.....	142
4.3	Die Trennleistung des objektiven Schichtindexes zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern.....	144
5.	Die Untersuchung der allgemeinen Spiegelbildthese.....	146
5.1	Einfache Gruppenvergleiche.....	148
5.2	Zusammenhangsvergleiche und differenzierte Gruppenvergleiche.....	151
6.	Die Bedeutung der sozialstrukturellen Merkmale für rechtsextreme Einstellung.....	157
6.1	Der Zusammenhang der einzelnen Variablen mit Rechtsextremismus.....	157
6.2	Der gemeinsame Einfluss der Prädiktoren auf Rechtsextremismus.....	160
6.3	Unterschiede zwischen Mitgliedern und Unorganisierten.....	162
7.	Die Untersuchung der speziellen Spiegelbildthese anhand von Gruppenvergleichen..	163
7.1	Die spezielle Spiegelbildthese – ein Überblick nach Alter und Geschlecht.....	164
7.2	Politische Generationen.....	169
7.3	Jugend und Rechtsextremismus.....	175
7.4	Geschlecht und Rechtsextreme Einstellungen.....	178
7.5	Zusammenfassungen der Ergebnisse zu Alter, Politischer Generation, Jugend und Geschlecht.....	183
8.	Die Rechtsextremen unter den Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern.....	185
8.1	Soziale Ungleichheit und Rechtsextremismus.....	185
8.2	Die subjektive und objektive Mittelschicht.....	189
9.	Ergebnis.....	192

Kapitel D: Sozio-politische Orientierungen und Rechtsextremismus

1.	Problemstellung.....	195
2.	Erläuterungen zur Terminologie.....	197
3.	Persönlichkeitseigenschaften.....	203
3.1	Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO).....	204
3.2	Leistungsorientierung.....	205
3.3	Politisches Interesse und politische Apathie.....	207
3.4	Efficacy.....	208
3.5	Wertorientierungen.....	210
3.6	Zwischenfazit zu Persönlichkeitseigenschaften.....	218
4.	Bewertungen gesellschaftlicher Zustände.....	219
4.1	Links-Rechts-Selbsteinstufung.....	220
4.2	Orientierungen gegenüber der Demokratie.....	222
4.3	Sozialistische Orientierungen.....	226
4.4	Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften.....	233
4.4.1	Vertrauen und Interessenvertreteneit.....	233
4.4.2	Gewerkschaftliches Überzeugungssystem.....	236
4.5	Unzufriedenheit.....	241
5.	Gesamtbetrachtung.....	245
5.1	Die allgemeine Spiegelbildthese.....	245
5.2	Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen.....	248
5.3	Die Erklärungskraft der sozio-politischen Prädiktoren für Rechtsextremismus.....	250
5.4	Autoritäre und demokratische Überzeugungen.....	253
6.	Ergebnis.....	259

Kapitel E: Sozio-politische Orientierungen und gewerkschaftliches Überzeugungssystem bei aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern

1.	Problemstellung.....	264
2.	Aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder.....	268
3.	Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und allgemeine Spiegelbildthese.....	270
4.	Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und spezielle Spiegelbildthese.....	272
5.	Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen.....	275
6.	Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Schlüsselprädiktoren.....	276
7.	Zwischenbilanz.....	284
8.	Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und gewerkschaftliches Überzeugungssystem.....	288
9.	Warum haben Gewerkschaftsmitglieder kein Überzeugungssystem?.....	295
10.	Ergebnis.....	300

Kapitel F: Qualitative Befunde zum gewerkschaftlichen Überzeugungssystem bei Funktionären

1.	Problemstellung.....	306
1.1	Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem der Funktionäre	306
1.2	Methodik: Von der quantitativen zur qualitativen Untersuchung	307
1.2.1	Auswahl und Zusammensetzung der Gruppen	309
1.2.2	Der Frageleitfaden.....	310
1.2.3	Zur Auswertung	312
2.	Kernelemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Gesprächspartner	313
2.1	Zu den Begriffen "System" und "Kernelementen"	313
2.2	Die Kernelemente im Einzelnen	314
2.3	Kernelemente und GSPO.....	338
2.4	Versuch einer idealtypischen inhaltlichen Beschreibung des Überzeugungssystems ..	340
3.	Die Kernelemente in ihrem realen Zusammenhang	341
3.1	Das Beispiel einer Gruppendiskussion.....	342
3.2	Kooperatives Gewerkschaftsverständnis. Eine Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Funktionäre.....	351
3.2.1	Der Fall der Jugendfunktionäre der IG BCE.....	355
3.2.2	Der Fall Automobil-Betriebsräte der IG Metall.....	359
4.	Abwehr- und Anschlusspotenziale für Rechtsextremismus im gewerkschaftlichen Überzeugungssystem der Funktionäre	361
4.1	Abwehrpotenziale.....	361
4.1.1	Gleichheitsprinzip	361
4.1.2	Internationalitätsprinzip	362
4.1.3	Solidarität	364
4.1.4	Eigenaktivität und Stellvertreterpolitik	365
4.1.5	Politisches Selbstverständnis.....	366
4.1.6	Zusammenfassung zu den Abwehrpotenzialen	368
4.2	Anschlusspotenziale.....	369
4.2.1	Zum Charakter der Aussagen der Gruppenmitglieder	369
4.2.2	Direkte und indirekte Anschlüsse	370
4.2.3	"Von-Außen"-Erklärungen	371
4.2.4	Anknüpfungspunkte in der Arbeitswelt.....	372
4.2.5	Zusammenfassung zu den Anschlusspotenzialen	381
5.	Ergebnis	381

Kapitel G: Zum Zusammenhang von sozio-ökonomischem Status und sozio-politischen Orientierungen als Ursachen für Rechtsextremismus

1.	Problemstellung.....	383
2.	Sozialstrukturelle Unterschiede zwischen aktiven und passiven Gewerkschafts- mitgliedern.....	387

3.	Gewerkschaftsmitglieder und objektive Schichtzuordnung	390
4.	Zum Zusammenhang von sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren und sozio-politischen Orientierungen	401
5.	Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus im Vergleich	404
6.	Der gemeinsame Einfluss der Schlüsselprädiktoren auf Rechtsextremismus	405
7.	Ergebnis	409

Kapitel H: Schlussfolgerungen

1.	Problemstellung.....	414
2.	Erkenntnisse und Ergebnisse.....	415
2.1	Ursachen und Erklärungen.....	415
2.2	Gruppenspezifische Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen.....	416
3.	Handlungsansätze.....	417
3.1	Erkenntnisse aus den Gruppengesprächen	420
3.2	Gewerkschaften als Wertegemeinschaft.....	421
3.3	Mehr Partizipation als Grundlage der Solidarität.....	422
3.4	Rechtsextremismus als Mainstream-Thema	423
3.5	Gegen Entpolitisierung	424
3.6	Der Kampf um die Deutungsmacht	425
3.7	Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit als Ansatz gegen die Internationalisierung des Kapitals und den Unterbietungswettbewerb.....	425

Kapitel I: Zusammenfassung

1.	Problemstellung.....	427
2.	Untersuchungsergebnisse.....	429
2.1	Zur allgemeinen Spiegelbildthese	429
2.2	Zur speziellen Spiegelbildthese oder: Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus	434
2.3	Rechtsextremismus und objektive Schichtzuordnung	437
2.4	Anziehungs- und Abwehrorientierungen: Prädiktoren für Rechtsextremismus	439
2.5	Zum gewerkschaftlichen Überzeugungssystem der Funktionäre.....	442
2.6	Die Ursachen des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern	444
2.7	Ursachen des Rechtsextremismus bei der organisierten Mittelschicht.....	448
2.8	Rechtsextremismus, Arbeiterklasse und Gewerkschaften: Verlust an Deutungsmacht und neue Anfälligkeiten.....	451
3.	Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis	458
4.	Der Beitrag der Studie zur empirischen Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus.....	460

Band II	
Anhang	1
Abkürzungsverzeichnis	2
Ergänzende Tabellen, Grafiken und Erläuterungen	5
Fragebogen	113
Literaturverzeichnis	149

Kapitel A: Einleitung

1. Problemstellung

Einen Monat vor der Bundestagswahl 1998 veröffentlichte WDR 2, ein Radioprogramm des Westdeutschen Rundfunks, eine aufsehenerregende Studie über das rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern. Danach war die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft "keine Barriere für die Wahl einer rechtsextremistischen Partei. Im Gegenteil: bei Gewerkschaftsmitgliedern findet sich eine überdurchschnittliche Bereitschaft zu einem derartigen Votum"¹. Infratest dimap hatte für den WDR unter anderem eine Sekundärauswertung von eigenen Umfragedaten des "Deutschland-Trends" im Zeitraum von Mai bis August 1998 durchgeführt² und war auf der Grundlage der Wahlbereitschaftsfrage³ zu folgendem Ergebnis gelangt:

"Ein typisches Gewerkschaftsmitglied ist links, wählt die SPD und lehnt rechtsextremistische Parolen ab.' Wie falsch dieses Klischee ist deckt die WDR 2-Studie auf. Denn das rechtsextreme Wählerpotenzial beträgt deutschlandweit elf Prozent. Bei den nichtorganisierten Wahlberechtigten ist es dagegen deutlich niedriger: sieben Prozent. (...) Bemerkenswert ist auch der Ost-West-Vergleich: In den neuen Bundesländern ist das rechtsextreme Wählerpotenzial mit neun Prozent insgesamt etwas größer als in den alten Bundesländern, wo es sieben Prozent beträgt. Aber in Westdeutschland ist das rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftern mit elf Prozent um vier Prozentpunkte höher als das bei den Nichtmitgliedern. Im Unterschied dazu entspricht in den neuen Bundesländern die Neigung von Gewerkschaftern zu rechtsaußen agierenden Parteien mit zehn Prozent in etwa dem Wert für alle ostdeutschen Wahlberechtigten (neun Prozent). In diesem Zusammenhang räumt die Studie mit einem weiteren Klischee auf: Die Gewerkschafter im Westen sind eben nicht weniger gefeit gegen die Anfälligkeit für rassistische Hetzparolen als ihre Kolleginnen und Kollegen im Osten."⁴

- 1 Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotenzials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin: Elefanten Press 1999, S. 201-226, Zit. S. 204.
- 2 Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Köln, August 1998, vvf. Ms., 20 S.
- 3 "Könnten Sie sich prinzipiell vorstellen, bei der Bundestagswahl im September die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?" Zum rechtsextremen Wählerpotenzial wurden die Befragten gerechnet, die mit "ja, sicher" oder mit "ja, vielleicht" geantwortet haben.- Die Wahlbereitschaftsfrage ist von der Frage nach der tatsächlichen Wahlabsicht ("Sonntagsfrage") zu unterscheiden: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen (Landtagswahlen etc.) wären?"
- 4 Dammann (Anm. 1), S. 202.

Besonders hervorgehoben wurde in der ausgiebigen Medienberichterstattung der Befund, dass 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18 bis 24 Jahren die Wahl einer rechtsextremen Partei erwogen⁵. Dass die Studie so große Resonanz hatte, dürfte auch daran gelegen haben, dass Infratest dimap die Ergebnisse in der "Schlussbemerkung" - wenn auch in Frageform - dramatisierte:

"Diese Ergebnisse werfen folgende Fragen auf: Ist ein eindeutiges rechtsradikales Wählerpotential bei Gewerkschaftern ein Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaften ihre Rolle als Interessenvertreter dieser Arbeitnehmer verlieren und diese auf Dauer eventuell nicht mehr in das etablierte politische und gesellschaftliche System einbinden können? Oder entwickeln sich Einstellungen des rechtsradikalen Wählerpotentials in den gewerkschaftlichen Kommunikationsstrukturen selbst und sind damit ein Indiz für Probleme des Rechtsradikalismus innerhalb der Gewerkschaften? Zu diesen Fragen konnten mit den vorliegenden Daten leider keine Antworten gegeben werden, weitere Forschung ist hier nötig."⁶

Tatsächlich war das Problem seit mindestens zehn Jahren, seit den Wahlerfolgen der Ende 1983 gegründeten Republikaner, bekannt. Die Schönhuber-Partei erreichte im Januar 1989 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin 7,5 Prozent der Stimmen und zog mit elf Vertretern in das Parlament ein. Und im Juni desselben Jahres brachte sie es bei der Europawahl auf zwei Millionen Wähler (7,1%) und sechs Mandate. Übereinstimmend gelangten damals alle Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Arbeitnehmer an den REP-Anhängern überdurchschnittlich hoch war. Dabei handelte es sich vor allem um einfache, gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte, aber auch um Facharbeiter. Gewerkschaftsmitglieder waren entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten. Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim kommentierte dies so: "Keineswegs sind die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen eine Entwicklung am rechten Parteienrand, weder bei den Arbeitern noch bei den Angestellten."⁷

Als überraschend wurde empfunden, dass die Republikaner gerade auch in großstädtischen Regionen und in industriellen Ballungsgebieten erfolgreich waren und hier teilweise tiefe Einbrüche in traditionelle SPD-Hochburgen erzielten. In einer von der IG Metall initiierten Untersuchung wurde über die Attraktivität der Republikaner für spezielle Arbeitnehmergruppen folgendes ausgeführt:

"Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten sind die Republikaner eine Partei der 'kleinen Leute'. Sie finden überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen (auch

5 "Umfrage: Jeder dritte junge Gewerkschafter erwägt, rechts zu wählen", in: Der Tagesspiegel v. 28.8.1998.

6 Das rechtsextreme Wählerpotential (Anm. 2), S. 9.

7 Dieter Roth: Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1989, B 41-42, S. 10-20, Zit. S. 14.

klein- und mittelstädtisch geprägten) Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität, starken sozialen Wandel, hohe Mobilität und abnehmende Milieubindungen gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU/CSU eine außerordentlich erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die überwiegend männlichen REP-Anhänger zählen jedoch in der Regel nicht zu den Nutznießern dieser Politik, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet, für sich keine Berufs- bzw. Zukunftsperspektiven sieht und sich von den regierenden Parteien, zumeist eben von den Unionsparteien, im Stich gelassen fühlt. Sie wohnen oft in von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtlichen Arbeitervierteln mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur. Während die Regionen insgesamt durch eine breite, gut verdienende Mittelschicht geprägt sind, leiden die Anhänger der Republikaner eher unter dem hohen Preisniveau, steigenden Mieten und drohender Privatisierung von Wohnraum. Die Attraktivität der Regionen zieht Arbeitssuchende, Ausländer und Asylsuchende an, die sich in den einfachen Quartieren niederlassen und zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse beitragen. Entscheidend für die Wahlerfolge der Republikaner scheinen in erster Linie also nicht absolute, sondern relative Deprivation (Benachteiligung), nicht Armut und soziales Elend, sondern ungleiche Lebenschancen von 'Modernisierungsverlierern' und 'Modernisierungsgewinnern' zu sein.⁸

Im Vorwort zu dieser Untersuchung schrieb der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit:

"Der DGB hat zwar immer auf ein nennenswertes rechtsextremes und ausländerfeindliches Potenzial aufmerksam gemacht..., trotzdem können auch wir nicht von uns behaupten, wir seien auf die neue Situation vorbereitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert."

Bis dahin hatte unter Gewerkschaftern die Auffassung vorgeherrscht, dass - wie es der ehemalige GdP-Vorsitzende Hermann Lutz ausdrückte, "Gewerkschaftszugehörigkeit immunisierend gegen Nationalsozialismus und Faschismus wirkte, wenn auch mit Ausnahmen"⁹. Das Abschneiden der Republikaner bei den Wahlen in Berlin habe die Gewerkschaften "überrascht", ebenso die Tatsache, dass "selbst die Mitgliedschaft eines Arbeitnehmers in einer DGB-Gewerkschaft nicht gegen den rechtsextremen Virus immun macht"¹⁰.

Die Gewerkschaften wurden also nicht erst durch die WDR-Studie für das Problem des Rechtsextremismus in den eigenen Reihen sensibilisiert, sondern bereits Ende der achtziger Jahre. Bis dahin hatten sie durchaus Grund zu der Annahme, dass ihre Mitglieder weithin immun gegen Rechtsaußen-Parolen waren. So schrieb der damalige Infas-Chef Klaus Liepelt 1967 in einer Untersuchung über die Anhänger der NPD:

8 Richard Stöss: Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln: Bund-Verlag 1990, S. 106.

9 Hermann Lutz: Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen: Klartext 1990, S. 290-300, Zit. S. 291 f.

10 Hermann Lutz: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg. (1989), H. 9, S. 577-584, Zit. S. 577.

"Unter den Anhängern der NPD sind Gewerkschaftsmitglieder selten. Nur bei einem Sechstel der potenziellen Rechtswähler bestehen Bindungen an eine Arbeitnehmerorganisation; der Anteil ist nur etwa halb so groß wie beim Bevölkerungsdurchschnitt. Daher haben sich bei den vergangenen Landtagswahlen außer den katholischen Gebieten auch jene Regionen gegenüber der NPD als besonders widerstandsfähig erwiesen, in denen alte Arbeitnehmertraditionen ungebrochen fortbestehen."¹¹

Und die SINUS-Studie ermittelte noch 1979/80 einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern am rechtsextremen Einstellungspotenzial: "Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich dagegen weit eher resistent gegenüber rechtsextremen Einstellungen"¹² als andere Untersuchungsgruppen (Landwirte, Selbständige, ungelernte Arbeiter in mittelständischen Betrieben etc.). Selbst wenn sich die Verhältnisse seitdem verändert haben sollten, wäre es verfehlt, den Aspekt der Immunität aus den Augen zu verlieren. Es kann nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch heute noch bestimmte Mitgliedergruppen als wenig anfällig für Rechtsextremismus erweisen, dass Gewerkschaften in Teilbereichen immer noch ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus sind. Wir werden in diesem Zusammenhang von der "Immunitätsthese" sprechen.

Erst mit den Wahlerfolgen der Republikaner setzte eine intensive Beschäftigung mit dem neuen Rechtsextremismus in Gewerkschaften¹³ und Sozialwissenschaften ein. Es wurden zwar einige mehr oder weniger empirisch abgesicherte Thesen über die Ursachen des Erfolgs von rechtsextremen Parteien in der Arbeitnehmerschaft formuliert (sozialer und technologischer Wandel, Individualisierung und Flexibilisierung, Integrationsverlust der Volksparteien). Auf die Frage allerdings, warum Gewerkschafter mittlerweile genau so anfällig für Rechtsextremismus geworden sind wie die Bevölkerung insgesamt, hatten weder die Gewerkschaften noch die Sozialforschung eine Antwort. Im Grunde genommen wurde die Frage zunächst auch gar nicht gestellt. Vermutlich wurde es als zwangsläufige Begleiterscheinung des Befunds bzw. der These hingenommen, dass die Kerngruppen der alten Industriegesellschaft besonders stark durch die sozio-ökonomischen Veränderungen, durch die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung von Politik bedroht sind. Denn die Gewerkschaften gelten schließlich weithin als Interessenvertretung dieser Kerngruppen. Und daher interessierten vor allem die Motive dieser Gruppen für die Wahl rechtsextremer Parteien.

11 Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg. (1967), H. 1, S. 237-271, Zit. S. 245, s. a. S. 247.

12 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1981, S. 90.

13 Dass die Gewerkschaften auch in den fünfziger und sechziger Jahren den Rechtsextremismus, insbesondere die NPD, intensiv bekämpft haben, kann hier nicht weiter vertieft werden.

Der Beitrag der Gewerkschaftsmitglieder zu den Wahlerfolgen der Rechtsextremen war allerdings uneinheitlich. Nach Falter übten die Gewerkschaften 1993 "auf ihre Mitglieder - übrigens in Ost- und Westdeutschland in ungefähr dem gleichen Ausmaße - nach wie vor eine gegenüber den Rechtsparteien immunisierende Wirkung aus"¹⁴. Dieser Befund war auf Umfragedaten ("Sonntagsfrage") gestützt. Bei der Europawahl 1994 (die Republikaner verfehlten damals mit 3,9% den Wiedereinzug in das Europaparlament) entschieden sich jeweils rund vier Prozent der Organisierten und der Unorganisierten für die Schönhuber-Partei¹⁵. Auch im Stammland der Republikaner, in Bayern, votierten Gewerkschaftsmitglieder bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 genau so häufig für die Republikaner wie Nicht-Mitglieder¹⁶. In Baden-Württemberg allerdings, wo die Republikaner 1992 und 1996 mit 10,9 Prozent bzw. 9,1 Prozent in den Landtag einzogen, unterstützten Gewerkschaftsmitglieder die rechtsextreme Partei wesentlich häufiger als Nicht-Mitglieder. 1992 betrug das Verhältnis 16,6 Prozent zu 9,8 Prozent, 1996 12 Prozent zu neun Prozent¹⁷. Bei der Wahl in Sachsen-Anhalt im April 1998, wo die DVU 12,9 Prozent erreichte, optierten Gewerkschaftsmitglieder allerdings unterdurchschnittlich für eine rechtsextreme Partei (11% zu 14%). In der Infratest dimap-Studie hieß es dazu: "Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft stellt ... im Vergleich zu den Nichtmitgliedern noch eine gewisse Barriere gegen die Wahl rechtsextremer Parteien dar."¹⁸ Bei der Bundestagswahl 1998 entschieden sich dann 3,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für Rechtsaußenparteien, wenig mehr als der Durchschnitt der Wähler (3,3%).

Der Zuspruch von Gewerkschaftsmitgliedern zu rechtsextremen Parteien schwankte also, von Immunität konnte aufs Ganze gesehen keine Rede sein, und selbst eine "gewisse Barriere" gegen Rechtsextremismus war nur ausnahmsweise zu beobachten. Vielmehr bewegten sich die Sympathien der Organisierten für rechtsextreme Parteien grosso modo auf dem Niveau des Bevölkerungsdurchschnitts, oft sogar deutlich darüber. Die Schlussfolgerung allerdings, dass die Wähler der Republikaner oder der DVU - und damit auch die Gewerkschaftsmitglieder - Rechtsextremisten seien, war reine Spekulation. In der Wahlforschung herrschte zunächst so-

14 Jürgen W. Falter: *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München: Beck 1994, S. 89.

15 Forschungsgruppe Wahlen: *Europawahl. Eine Analyse der 4. Direktwahl zum Europaparlament 9. bis 12. Juni 1994*, Mannheim 1994, S. 25.

16 Forschungsgruppe Wahlen: *Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990*, Mannheim 1990, S. 20; Forschungsgruppe Wahlen: *Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. September 1994*, Mannheim 1994, S. 16.

17 Forschungsgruppe Wahlen: *Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992*, Mannheim 1992, S. 18; Forschungsgruppe Wahlen: *Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 24. März 1996*, Mannheim 1996, S. 18.

18 *Das rechtsextreme Wählerpotential* (Anm. 2), S. 18, 7.

gar die Auffassung vor, die Republikaner seien eine Protestpartei¹⁹ und ihre Wahl stelle "rationales Protestwählen" dar²⁰. Der Frage, inwieweit die Wähler der Republikaner rechtsextrem eingestellt sind, ist zunächst überhaupt nicht nachgegangen worden. Eine auf Berlin beschränkte Untersuchung gelangte 1993 zu dem Ergebnis, dass die Republikaner weder eine reine Protestpartei noch eine Partei waren, die ausschließlich von Rechtsextremisten gewählt wurde. Die Wahrheit lag irgendwo in der Mitte: 40 Prozent der Wähler der Schönhuber-Partei zeichneten sich durch ein rechtsextremes Weltbild aus²¹, das Gewicht des Protestmotivs konnte allerdings nicht genau beziffert werden. Auch spätere Untersuchungen bestätigten, dass nur rund die Hälfte der Anhänger extrem rechter Parteien auch rechtsextrem orientiert ist²².

Die WDR-Studie lieferte also keine substantiell neuen Einsichten und ging auch nicht der wichtigen Frage nach dem rechtsextremen **Einstellungspotenzial** unter Gewerkschaftsmitgliedern nach. Ihre enorme Medienresonanz bewirkte allerdings, dass sich die Gewerkschaften nun intensiver mit dem Rechtsextremismus in den eigenen Reihen befassten. Zehn Jahre zuvor - als erstmalig deutlich geworden war, dass Gewerkschafter nicht (mehr?) immun gegen Rechtsextremismus sind - blieben sie zwar nicht untätig. Es wurden unzählige Beschlüsse gefasst, Stellungnahmen und Argumentationshilfen erarbeitet, Forschungen gefördert, Dokumentationen und Materialien für die Bildungsarbeit publiziert und Aktionen durchgeführt. Aber der Rechtsextremismus wurde als etwas Äußerliches²³ angesehen, das es - zumeist in Gestalt der Republikaner - zu bekämpfen galt. Der Rechtsextremismus in den eigenen Reihen wurde kaum problematisiert²⁴. Die WDR-Studie wurde in den Gewerkschaften intensiv diskutiert²⁵, wobei auch der Rechtsextremismus innerhalb der Gewerkschaften kritisch analysiert wurde. 1998 wurde unseres Wissens erstmalig die These in die Debatte eingebracht, dass die Gewerkschaften diesbezüglich die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln. Das IG Metall-Periodikum "direkt" zitierte die für die Studie zuständige WDR-Redakteurin Claudia Dammann wie folgt:

19 Dieter Roth: Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 37-38, S. 27-39.

20 Franz Urban Pappi: Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 21, S. 37-44, Zit. S. 38.

21 Richard Stöss: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1993, B 11, S. 50-61, Datenangabe S. 60.

22 Vgl. zum Beispiel Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, S. 142.

23 So auch: Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Red. Dieter Pouglin, Berlin: DGB-Bundesvorstand 2000, S. 4.

24 Ein typisches Beispiel für den damaligen Umgang mit dem Rechtsextremismus ist folgende Publikation: Wolfgang Uellenberg: "Die Republikaner" - eine rechte Partei im Aufwind. Erste Analysen und Positionen, DGB-Bundesvorstand, Abt. Gewerkschaftliche Bildung, Düsseldorf o. J. (1990?).

25 Dammann (Anm. 1), S. 206 ff.

"Die Neigung zum Rechtsextremismus bei Gewerkschaftern entsteht möglicherweise auch aus Enttäuschung, Wut und Angst wegen der Hilflosigkeit der Gewerkschaften. Da Gewerkschaftsmitglieder Teil der Gesellschaft sind, ist ihre Offenheit für rechtsextremistische Parolen zudem ein Spiegel des Rechtsrucks der gesamten Gesellschaft."²⁶

Die "Spiegelbildthese"²⁷ wurde auch vom damaligen Leiter der Abteilung Jugend beim IG-Metall Vorstand, Reinhard Hahn, vertreten. Er antwortete auf die Frage "Ziehen Gewerkschaften Rechtsextreme an?": "Nein. Aber Gewerkschaften sind ein Spiegelbild der Gesellschaft - da finden sich auch alle Unsicherheiten und Zukunftsängste wider."²⁸ Und auf die Frage "Aber warum sind gerade junge Gewerkschafter überdurchschnittlich anfällig für rechtsextreme Parteien" führte Hahn aus:

"Eine Erklärung könnte sein: Wer sich in einer Gewerkschaft organisiert, ist mehr um die Zukunft besorgt als andere. Wenn nun die wirtschaftliche Situation unübersichtlich oder bedrohlich erscheint, steigern sich die Ängste. Da greift eine Art Wohlstandschauvinismus: Jeder denkt ausschließlich an sein Wohl. Die Gewerkschaften unterstützen diese Haltung ungewollt, aber eindeutig - etwa, wenn sie sich einseitig als 'Tarifmaschine' verstehen und ihren gesellschaftspolitischen Auftrag nicht mehr ernst nehmen."

Und etwas später in dem Interview:

"Wir haben auf allen Ebenen autoritäre Strukturen, die besonders den Jugendlichen wenig Raum für eigene Initiativen und Entscheidungen lassen. Wenn sie sich nicht entfalten können, oft auch alleingelassen fühlen, wenden sie sich innerlich von der Gewerkschaft ab - auch wenn sie noch Mitglied bleiben."²⁹

Die WDR-Studie dürfte auch den innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozess über den Umgang mit Rechtsextremismus beschleunigt haben. Der 16. Ordentliche Bundeskongress des DGB hatte bereits im Juni 1998 auf Antrag des Landesbezirks Sachsen beschlossen, den DGB-Bundesvorstand zu beauftragen, "aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu analysieren und Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften zu erarbeiten"³⁰. Mit ihrer Forderung nach Einsetzung einer entsprechenden Kommission konnten sich die Sachsen auf dem Bundeskongress zwar nicht durchsetzen, Anfang Oktober des Jahres entschied sich der DGB-Bundesvorstand dann aber doch für eine Rechtsextremismus-Kommission, die ihren Schlussbericht schließlich im März 2000 vorlegte. Dieser Bericht

26 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

27 Der Begriff wurde unseres Wissens erstmalig von Jaschke in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht, der ihn im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus bei der Polizei verwandt hat. Vgl. Hans-Gerd Jaschke: Fremdenfeindliche Tendenzen in der Polizei. Anmerkungen zu einem umstrittenen Phänomen, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 191-209, Zit. S. 198.

28 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

29 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

30 Schlussbericht (Anm. 23), S. 60.

enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Forschungsergebnisse und einen ausführlichen Teil über Handlungsfelder. Der Abschnitt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus", der sich mit dem innergewerkschaftlichen Rechtsextremismus befasst, wird mit der Spiegelbildthese eingeleitet:

"Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."³¹

Die Erklärung des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus mit Verweis auf Entwicklungen innerhalb der "Mehrheitskultur" steht im Widerspruch zu der These, dass Gewerkschaftsmitglieder früher mehr oder weniger immun gegen Rechtsextremismus waren. Wenn Gewerkschaften heute tatsächlich ein Abbild der Gesellschaft wären, dann hätten sie es auch in der Zeit des Aufstiegs der NPD und in den siebziger Jahren sein müssen, es sei denn, die Verfechter der Spiegelbildthese können plausibel erklären, warum Gewerkschaftsmitglieder seither so anfällig für rechtsextreme Parolen geworden sind. Dies ist jedoch nicht der Fall. Daher erscheint es geboten, nach weiteren Erklärungsversuchen für den innergewerkschaftlichen Rechtsextremismus zu suchen.

Interessante Hinweise dazu lieferten die Befunde der Tübinger Forschergruppe um Josef Held, Hans Werner Horn, Rudolf Leiprecht und Athanasios Marvakis³² (an der auch Reinhard Hahn beteiligt war), die auch im Schlussbericht der Rechtsextremismus-Kommission des DGB Erwähnung fanden. Diese Gruppe befasste sich bereits seit 1987 mit dem Rechtsextremismus unter (gewerkschaftlich organisierten) jugendlichen Arbeitnehmern. Mit den Ergebnissen werden wir uns später noch ausführlicher befassen. Hier geht es uns zunächst nur um folgenden Aspekt: Die Untersuchungen weisen überzeugend nach, "dass Auszubildende, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, stärker rechte Orientierungen befürworten, im Vergleich zu ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen"³³. Die Studien förderten aufschlussreiche Beobachtungen über Leistungsideologie, Konkurrenzverhalten und Entsolidarisierung, über Wohlstandschauvinismus und nationales Standortdenken von jungen Leuten zutage. Sie belegten auch,

31 Schlussbericht (Anm. 23), S. 32 f.

32 Vgl. die Literaturübersicht von Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans Horn: Jugendliche und Rechtsextremismus. Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 1992, S. 74 ff. (Manuskripte 68)

33 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, hrsg. v. IG Metall-Vorstand, Abt. Jugend, Sonderdruck IDEEN, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1997, S. 24.

dass sich organisierte Jugendliche stärker durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen als unorganisierte und dass sich (einige) junge Gewerkschafter von ihrer Interessenvertretung Schutz für den eigenen Arbeitsplatz erhoffen, dass sie Gewerkschaften als ein "Versicherungsunternehmen"³⁴ für Deutsche betrachten und damit Ausgrenzungen in Kauf nehmen oder (in Krisensituationen) sogar erwarten.

"Die Untersuchung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Leistungsorientierung und den politisch rechten Orientierungen gibt. Insbesondere steht die Leistungsorientierung in einem engen Bezug zum Konventionalismus. Bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit werden nicht in Frage gestellt, und gegenüber denjenigen, die den herrschenden Normen nicht entsprechen, besteht eine Ausgrenzungsbereitschaft."³⁵

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unliebsamer (ausländischer) Konkurrenz versprechen. Und da gerade diese Jugendlichen nach Held u.a. durch nationalistische und wohlstandschauvinistische Mentalitäten geprägt sind, könnte das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich groß ausfallen. Wenn es um die Behauptung geht, dass Gewerkschaften - aus welchen Gründen auch immer - eine besondere Attraktivität auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, werden wir von "Anziehungsthese" sprechen.

Eine Variante der Anziehungsthese stellt die "Modernisierungsverliererthese" dar. Sie sollte ursprünglich das Wahlverhalten von Arbeitnehmern zugunsten der Republikaner erklären, im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus wurde sie aber auch zur Deutung des überdurchschnittlichen Rechtsextremismus unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern herangezogen:

"Wenn rechtsextreme Orientierungen am besten im Segment der 'Modernisierungsverlierer' gedeihen würden und Gewerkschaftsmitglieder hier überproportional vertreten wären, hätte man einen möglichen Hinweis auf die Frage gefunden, warum das rechtsextreme Wählerpotenzial unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen größer ist als unter den Jugendlichen insgesamt."³⁶

Mit der Anziehungsthese wird teilweise auch die Vermutung verknüpft, dass Gewerkschaften - direkt oder indirekt, gewollt oder ungewollt - zur Ausbreitung des Rechtsextremismus beitragen. So gibt auch die Tübinger Forschergruppe den Gewerkschaften eine gewisse Mitschuld an der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in Deutschland:

34 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 39.

35 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 51.

36 Schlussbericht (Anm. 23), S. 34.

"Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben ist heute eng verbunden mit der Standortfrage im internationalen Konkurrenzkampf. Hierin liegt eine gewisse Gefahr, Gewerkschaftspolitik mehr und mehr auf die Ebene von Betriebspolitik zu verengen. Dabei gerät eine gesamtgesellschaftliche Perspektive notgedrungen zugunsten einer betrieblichen Konkurrenzperspektive aus den Augen. Soziale Gerechtigkeit wird weg geschoben aus dem betrieblichen Verantwortungsbereich, denn hier ist sie eher störend. Sie behindert leicht die Konkurrenzfähigkeit."³⁷

Nach Leggewie stehen die Gewerkschaften derzeit nicht gerade "in vorderster Front" im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit. Und weiter:

"Wer sich in Gewerkschaftskreisen umhört, erfährt: eine 'ausländerfreundliche Kampagne' würden die wenigsten Kolleginnen und Kollegen mittragen. Wir haben doch andere Sorgen. Wer kümmert sich denn um uns? Angesichts dieser Stimmung gehen die Funktionäre auf Tauchstation, und wecken den Lou lieber nicht... Der schlafende Löwe heißt: Facharbeiterprotektionismus. (...) Einwanderer gelten traditionell als Lohndrücker. Ihr massenhafter Einsatz könnte jene sozialpolitischen Standards aushöhlen, die nur im Reservat eines nach außen abgeschotteten Arbeitsmarktes erreichbar und zu halten waren. (...) Anfang der 70er Jahre befürworteten die Gewerkschaften den staatlichen Anwerbestopp; den sog. 'Inländerprimat' im Arbeitsrecht – erst die Deutschen, dann die Ausländer – verteidigen sie bis heute."³⁸

Dass Gewerkschaften eine gewisse Anziehungskraft auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, könnte auch die Folge der "von verschiedenen Gewerkschaftsvertretern eingestandenen autoritären Strukturen und Rituale innerhalb der eigenen Institution"³⁹ sein. Gelegentlich wurde ihnen sogar ein Verzicht auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in den eigenen Reihen vorgeworfen, weil sie "selbst einen erheblichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht (mehr) erreichten"⁴⁰, oder weil der Rechtsextremismus innerhalb der Organisation gar nicht zur Kenntnis genommen bzw. geleugnet werde.

Insgesamt findet seit dem Ende der achtziger Jahre eine intensive Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem Rechtsextremismus statt. Im Vergleich zu ihrem Engagement gegen die NPD in den sechziger Jahren, das weithin dem traditionellen Antifaschismus verpflichtet war, sind die Aktivitäten gegen den zeitgenössischen Rechtsextremismus umfassender angelegt, indem sie sich auf die gesamte Breite des gesellschaftlichen Ursachenspektrums beziehen

37 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 50.

38 Claus Leggewie: Gewerkschaftshäuser zu Fluchtburgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg. (1991), H. 12, S. 1433-1434. Bei diesem etwas pauschalen Vorwurf des Protektionismus wird es allerdings sorgfältig zu unterscheiden gelten zwischen der legitimen Schutzfunktion der Gewerkschaften gegen Lohndrückerei und der ethnisch-rassistisch-nationalistischen Umdeutung des Konkurrenzverhältnisses. Dazu gehört auch, dass „Inländerprimat“ in Deutschland heute nicht mehr „Deutschenprimat“ bedeutet.

39 Dammann (Anm. 1), S. 218. Siehe auch die oben zitierte diesbezügliche Aussage von Reinhard Hahn.

40 Wilhelm Heitmeyer: Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg. (1992), H. 10, S. 620-633, Zit. S. 623. Ähnlich kritisch auch Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. (2001), H. 11-12, S. 726-730.

und sich oft auch in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Kräften, Projekten und mit den Sozialwissenschaften vollziehen. Anders als früher konzentriert sich die Aufmerksamkeit nicht mehr nur auf die Nachwirkungen des Faschismus in der Demokratie, sondern hauptsächlich auf die gewandelten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, die die Ausbreitung des Rechtsextremismus bis hinein in die soziale Basis der Gewerkschaften begünstigen. Zweifellos hat die WDR-Studie dazu beigetragen, dass auch der Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern stärkere Beachtung findet. Und es wird als erklärungsbedürftig angesehen, warum Gewerkschaftsmitglieder mehr oder weniger genauso anfällig dafür sind wie Unorganisierte.

Dafür wurde in der gewerkschaftsinternen Debatte zunächst die Spiegelbildthese herangezogen. Ihre Plausibilität erschließt sich wohl erst im Kontext der damaligen Bewertung der Republikaner. Gelinde gesagt tat sich die politische, mediale und wissenschaftliche Öffentlichkeit damals schwer, die Partei in die Tradition des deutschen Rechtsextremismus zu stellen, und erst Recht, sie als rechtsextrem zu bezeichnen. Claus Leggewie sprach von einer "Neuen Rechten" bzw. von einem "Extremismus der Mitte"⁴¹. Allenthalben wurde von nun an betont, dass es sich dabei nicht um ein Randphänomen handle, sondern dass die neue Rechte in der Mitte der Gesellschaft gedeihe, dass alle Bevölkerungsgruppen betroffen seien und dass sie als Bestandteil der Mehrheitskultur begriffen werden müsse. (Auch die Gewerkschaften taten sich - anders als bei der NPD - mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen schwer.) Da der neue Rechtsextremismus weithin als gesamtgesellschaftliches Phänomen eingeschätzt wurde, drängte sich die These auf, dass er auch vor Gewerkschaftsmitgliedern nicht Halt macht.

Die Spiegelbildthese wirft allerdings mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Bekanntlich wird sie auch im Zusammenhang mit der Polizei und der Bundeswehr bemüht⁴². Dagegen haben Kritiker eingewandt, dass derartige Institutionen womöglich besondere Anziehungskraft auf autoritäre Persönlichkeiten ausüben. Dass ein - wechselseitiger - Zusammenhang zwischen Institutionen und Mentalitäten besteht, kann getrost angenommen werden, insbesondere dann, wenn es sich

41 Claus Leggewie: Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten, Berlin: Rotbuch 1989. Vgl. auch Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch-Verlag 1994.

42 Jaschke (Anm. 27).- Die Spiegelbildthese wurde anlässlich der Vorlage des Berichts des Wehrbeauftragten des Bundestages im Jahr 1991 kritisch diskutiert. Im Berliner Tagesspiegel v. 14.3.2001 hieß es dazu: "Dem neuen Wehrbeauftragten Wilfried Penner ist überdies zugute zu halten, dass er sich nicht mit der parteiübergreifend beliebten Erklärung zufrieden gibt, der Rechtsextremismus sei 'von außen' in die Bundeswehr hineingetragen worden und die Armee also nichts weiter als ein Spiegel der Gesellschaft. Diese Spiegeltheorie ist beunruhigend, aber falsch. Penner benennt, warum die Armee junge Männer mit rechtsextremen Tendenzen besonders anzieht: das Interesse am Umgang mit Waffen, die Vorliebe für Uniformen und strenge Führungsstrukturen."

- wie im Fall der Gewerkschaften - um ihrem Selbstverständnis nach *politische* Institutionen handelt. Stellt man in Rechnung, dass sich Gewerkschaften nicht nur als Interessenorganisationen sondern auch als Wertegemeinschaften mit allgemeinpolitischem Anspruch verstehen, als "Reformbewegung", deren Handeln durch "Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz"⁴³ geprägt ist, dann wird man es nicht gerade als selbstverständlich betrachten, wenn ihre Mitglieder mit dem Rechtsextremismus sympathisieren, weil er gerade "im Trend" liegt. Im Gegenteil: Die Spiegelbildthese widerspricht dem institutionellen Selbstverständnis der Gewerkschaften. Daher ist zu bezweifeln, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Wertorientierungen ein getreues Abbild der Bevölkerung darstellen. Vielmehr kann erwartet werden, dass Gewerkschaften spezifische Werte vermitteln bzw. Personen mit derartigen Orientierungen anziehen. Dafür finden sich in der Literatur auch einige empirische Belege: Gewerkschaftsmitglieder stufen sich beispielsweise betont links ein, schreiben sich eine höhere politische Kompetenz zu als Unorganisierte, bekunden ein stärkeres politisches Interesse und setzen sich besonders für soziale Gerechtigkeit ein⁴⁴.

A priori kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Gewerkschaften nicht (mehr) als Wertegemeinschaften, sondern (nur noch) als reine Interessenorganisationen angesehen werden bzw. wirken. Dann gäbe es die genannten Selektionsmechanismen nicht, und dann könnten sich Gewerkschaften durchaus als Spiegelbild der Gesellschaft erweisen. In diesem Fall müsste die Übereinstimmung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern aber allgemein gelten und nicht nur für den speziellen Fall des Rechtsextremismus. Anderenfalls wäre aufzuklären, warum die Spiegelbildthese nur für diesen Sonderfall gilt. Folglich muss zwischen der **allgemeinen Spiegelbildthese**, die sich auf politische Orientierungen schlechthin bezieht, und der **speziellen Spiegelbildthese**, die sich auf den Sonderfall des Rechtsextremismus bezieht, unterschieden werden.

Unklar ist auch, worin die Objekte der Widerspiegelung bestehen. **Was wird widerspiegelt?** Zum einen werden ökonomisch-soziale und technologische Entwicklungen genannt, die maßgeblich zur Übernahme von Rechtsextremismus bei speziellen Arbeitnehmergruppen beitragen: Und da diese Arbeitnehmergruppen zur Stammklientel der Gewerkschaften zählten, sei

43 Alle Zitate aus dem DGB-Grundsatzprogramm vom November 1996.

44 Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001, S. 57 ff., 118. Vgl. auch Richard Stöss/Reinhart Schneider/Menno Smid: Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989 (Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern).

Rechtsextremismus eben auch unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet. Zum anderen wird auf Einstellungen und Werte der politischen Mehrheitskultur verwiesen und behauptet, dass Gewerkschaften, weil sie nicht im luftleeren Raum existierten, zwangsläufig durch diese Mehrheitskultur geprägt seien. Objekte der Widerspiegelung sind zunächst also die **soziale Lage** und **politische Einstellungen**. Daraus folgt in letzter Konsequenz, dass auch die **Ursachen** des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern identisch sein müssten mit denen bei Nicht-Mitgliedern. Und das bedeutete, dass eine gesonderte Untersuchung des gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus entbehrlich wäre. Allenfalls könnten sich vertiefende Analysen über die allgemeinen Determinanten des Rechtsextremismus als nützlich erweisen, deren Ergebnisse dann auch für Gewerkschaftsmitglieder Gültigkeit hätten.

Gegen die Spiegelbildthese lassen sich aber auch gute Gründe anführen. Zunächst einmal konfiguriert sie - wie erwähnt - mit der Immunisierungsthese: Warum sind Gewerkschaftsmitglieder heute nicht mehr immun gegen Rechtsextremismus? Warum waren sie früher kein Spiegelbild der Gesellschaft? Die Immunisierungsthese entspricht immerhin dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, und sie wird auch für die sechziger und siebziger Jahre durch einige empirische Befunde gestützt. Gleichwohl stellt sich die Frage, für welchen Zeitraum ihre Gültigkeit beansprucht wird: Gilt sie für die Weimarer Republik, für die Zeit des Nationalsozialismus, für die Nachkriegszeit, bis zum Beginn der achtziger Jahre, bis heute? Da sich Gewerkschaftsmitglieder zumindest in den letzten Jahren der Weimarer Republik - trotz des antifaschistischen Selbstverständnisses der Gewerkschaften - in gewissem Umfang für den Nationalsozialismus begeisterten⁴⁵, kann auch die Immunisierungsthese nicht problemlos übernommen werden, zumal heute mit Blick auf die Mitgliederschaft insgesamt von Immunität offenbar keine Rede sein kann. Allerdings könnten sich einzelne Mitgliedergruppen als mehr oder weniger anfällig für Rechtsextremismus erweisen, und es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich bestimmte Gruppen als völlig resistent erweisen. Ferner spricht gegen die Spiegelbildthese, dass sich Gewerkschaftsmitglieder von Nicht-Mitgliedern - jedenfalls teilweise - in Bezug auf politische Einstellungen und Wertorientierungen unterscheiden. Auch darauf haben wir bereits verwiesen. Und schließlich sei daran erinnert, dass Gewerkschaftsmitglieder in sozialstruktureller Hinsicht definitiv kein Abbild der Bevölkerung darstellen.

45 Peter Jahn: Einleitung, in: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Köln: Bund-Verlag 1988, S. 9-62, insbes. S. 41 ff.

Mit diesen Einwänden soll die Spiegelbildthese vorab nicht etwa pauschal verworfen werden, vielmehr scheint uns eine differenzierte Analyse des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus angezeigt. Da beileibe nicht alle Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur ein kleiner Teil von ihnen, mit rechtsextremen Vorstellungen sympathisieren, muss der Frage nachgegangen werden, ob einzelne Mitgliedergruppen besonders anfällig für - bzw. mehr oder weniger resistent gegenüber - Rechtsextremismus sind. Wenn die Mitgliederschaft nicht als homogener Block sondern als differenzierte Teilgesellschaft betrachtet wird, wenn der Fokus der Analyse auf einzelne Mitgliedergruppen gerichtet ist, schließen sich die Spiegelbildthese, die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese nicht notwendigerweise gegenseitig aus. Alle drei Thesen könnten sogar - auf unterschiedliche Mitgliedergruppen bezogen - Gültigkeit haben.

Die **Leitfrage** unserer Untersuchung lautet daher: Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?

- ▶ **Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte,**
- ▶ **oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?**

Diese Leitfrage berührt die Identität der Gewerkschaften. Wären sie in soziologischer und politischer Hinsicht nur ein schlichtes Abbild der Gesellschaft, dann stünde ihr im Grundsatzprogramm fixiertes institutionelles Selbstverständnis auf schwachen Füßen. Unsere Ausgangsvermutung lautete denn auch, dass die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, dass sich Gewerkschaftsmitglieder von den Unorganisierten durch eine besondere Mentalität unterscheiden. Wir sind bei der Konzipierung der Untersuchung sogar davon ausgegangen, dass die gewerkschaftsspezifischen Einstellungen und Wertorientierungen ein zusammenhängendes Überzeugungssystem ("belief system") bilden. Gestützt auf eine Voruntersuchung⁴⁶ nahmen wir an, dass Teile dieses Überzeugungssystem gegen Rechtsextremismus immunisieren, andere dagegen Anschlussmöglichkeiten für Rechtsextremismus bieten. Dass sich Gewerkschaftsmitglieder insgesamt hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht wesentlich von den

46 Stöss, Gewerkschaften (Anm. 44).

Unorganisierten unterscheiden, hofften wir damit erklären zu können, dass bei einigen Mitgliedergruppen viele Andockmöglichkeiten vorhanden sind, während bei anderen Mitgliedergruppen die Abwehrkräfte überwiegen.

Im Ergebnis wurden unsere Ausgangsvermutungen allerdings nicht durchgängig bestätigt. Vor allem konnten wir nur für Funktionäre ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem ermitteln. Berechtigt war allerdings die Zurückweisung der allgemeinen Spiegelbildthese, und es trifft auch zu, dass Gewerkschaftsmitglieder durch diverse soziale und mentale Merkmale charakterisiert sind, die Rechtsextremismus entweder eher abwehren oder eher anziehen.

Das gesellschaftspolitische Anliegen der Untersuchung besteht darin, genauere Kenntnisse über Ursachen und Merkmale des gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus, insbesondere ein differenziertes Wissen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bei unterschiedlichen Mitgliedergruppen zu erlangen. Mit den auf Immunität und Anfälligkeit gerichteten Untersuchungsfragen beabsichtigen wir, Multiplikatoren, Adressaten und Inhalte zu identifizieren, die auch für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus von Bedeutung sein könnten. Die Gruppen, die sich als besonders resistent gegen Rechtsextremismus erweisen, könnten als "opinion leader" mobilisiert werden, um gezielt spezielle Adressatengruppen anzusprechen, die sich durch große Anfälligkeit für Rechtsextremismus auszeichnen. Um entsprechende Diskurse inhaltlich auszugestalten und zu initiieren, müssen Informationen darüber vorliegen, an welchen Stellen der gewerkschaftsspezifischen Sozialstrukturen und Orientierungen rechtsextreme Ideologien andocken können und worauf ihre sozioökonomisch begründete Attraktivität beruht.

Das sozialwissenschaftliche Motiv für die Durchführung der Studie besteht darin, den höchst unbefriedigenden Forschungsstand zu verbessern. **Denn Gewerkschaften sind Terra incognita der (empirischen) Rechtsextremismusforschung.** Zwar liegt eine Fülle von - auch empirisch gesättigten - Untersuchungsergebnissen zum Rechtsextremismus vor, aber die Ergebnisse beziehen sich entweder auf die Bevölkerung insgesamt oder auf spezielle soziale Segmente (Jugendliche, Frauen etc.). Der gewerkschaftliche Rechtsextremismus wurde bislang nicht systematisch erforscht. Zwar berücksichtigen Wahlanalysen zumeist auch die Präferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme Parteien, aber derartige Präferenzen stellen aus den genannten Gründen keine verlässlichen Indikatoren für rechtsextreme Einstellungen dar. Rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern sind bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Bemühungen gewesen. Die wenigen vorliegenden Arbeiten stellen Regionalstudien dar, die sich überdies zumeist auf Jugendliche beziehen. Eine repräsentative

Studie, die sich systematisch mit der Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus und mit den dafür maßgeblichen Ursachen befasst, ist daher dringend erforderlich.

2. Forschungsstand

Die Rechtsextremismusforschung befasst sich mit sehr unterschiedlichen Gegenständen⁴⁷. Auf der **Mikroebene** geht es um individuelle Einstellungen und um Verhaltensabsichten bzw. Verhaltensweisen, wobei sich letztere auf Mitgliedschaften in Organisationen, auf die Unterstützung von Gruppen und Organisationen, auf Protestverhalten und Gewalt sowie auf Wahlverhalten beziehen. Auf der **Mesoebene** interessieren Bewegungen, informelle Gruppen und Organisationen (insbesondere Parteien), dabei vor allem ihre Entwicklung, Ideologie und Programmatik, Praxis, Binnenstruktur, Nachwuchsrekrutierung sowie ihre Interaktionen. Und auf der **Makroebene** werden Herrschaftssysteme (Nationalsozialismus, Peronismus, Militärregime etc.) untersucht. Angesichts der Breite des Forschungsfeldes werden wir uns in diesem Abschnitt nur insoweit mit dem Forschungsstand beschäftigen, als er unsere Thematik, nämlich rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern, berührt.

Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Wahl rechtsextremer Parteien unterschieden werden muss. Wähler von Rechtsaußen-Parteien sind nicht notwendigerweise Rechtsextremisten. In der Literatur werden beide Ebenen

47 Einen Überblick bieten: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000 (Buchhandelsausg.: Leske + Budrich, Opladen); Christoph Butterwegge: Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Butterwegge/Birgit Griese/Coerw Krüger/Lüder Meier/Gunther Niemann, Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 9-53; Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996; Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl. (Neuausgabe), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996; Richard Stöss: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 23-66; Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994; Armin Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn: Bouvier 1993.- Eine Zusammenfassung der geschlechterspezifischen Forschungen liefert Gertrud Siller: Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 30 ff.- Zu den Herrschaftssystemen vgl. z.B. Juan Linz: Totalitäre und autoritäre Regime, hrsg. v. Reinhard Krämer, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2000; Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996 (Buchhandelsausg.: Nomos, Baden-Baden).

oft vermengt und die Beweggründe für die Wahl rechtsextremer Parteien als Ursachen für Rechtsextremismus ausgegeben. "Tatsächlich verlangt die Frage: 'Warum bilden sich in einer Personengruppe rechtsextreme Einstellungen heraus?' eine andere Antwort als die Frage: 'Warum unterstützen Wähler rechtsextreme Parteien?'"⁴⁸

2.1 Begriffsbestimmung

Bezüglich der Begriffsbestimmung können wir uns kurz fassen. Zwar hält die Literatur eine Fülle von - teilweise sehr differenzierten - Definitionen bereit, was angesichts der Komplexität des Gegenstandes auch kaum verwunderlich ist⁴⁹. Für unsere auf die Mikroebene gerichteten Zwecke reicht zunächst⁵⁰ der Hinweis aus, dass es sich bei rechtsextremen Einstellungen um **antidemokratisches Denken handelt, das die Elengruppe (Rasse, Ethnie, Nation) bevorzugt oder gar für höherwertig erklärt und zugleich Fremdgruppen abwertet, diskriminiert oder ausgrenzt, ihnen im Extremfall sogar die Existenzberechtigung abspricht**. Mit anderen Worten: Nationalismus und Ethnozentrismus bilden zwei Seiten derselben Medaille.

Dieser Tenor prägt nahezu alle einschlägigen Definitionsversuche⁵¹. Heitmeyer hat die griffige Formel entwickelt, dass es sich bei rechtsextremen Orientierungen um die Ideologie der Ungleichheit verbunden mit der Akzeptanz von Gewalt handelt⁵². Dabei sei Ungleichheit das "zentrale, integrierende Kernstück rechtsextremistischer Ideologie", Gewalt das "zentrale, integrierende Kernstück rechtsextremistischen politischen Verhaltens". Wie bereits angedeutet, erscheint uns die Vermengung von Einstellungen und Verhalten problematisch zu sein. Ob (und unter welchen Bedingungen) rechtsextreme Einstellungen in entsprechendes Verhalten um-

48 Jürgen R. Winkler: Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 38-68, Zit. S. 49.

49 Kritisch: Ulrich Druwe (unter Mitarbeit von Susanne Mantino): "Rechtsextremismus". Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 66-80; Thomas Kliche: Interventionen, Evaluationsmaßstäbe und Artefaktbildung. Zehn Thesen zur Konstruktion von Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 57-84.

50 Wir kommen später noch einmal auf das Definitionsproblem zurück.

51 Neuerdings häuft sich die Verwendung des Begriffs "Rechtspopulismus". Damit ist offenbar eine "Light"-Variante des Rechtsextremismus auf der Mesoebene gemeint, die vor allem im Zusammenhang mit bestimmten Parteien genannt und zumeist auf deren Führungsstruktur und deren Propaganda bezogen wird. Für die Mikroebene ist dieser Terminus bislang noch nicht präzisiert worden.

52 Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München: Juventa 1987, S. 15 f.

schlagen, ist eine Forschungsfrage, die vorab nicht definitorisch ausgeklammert werden darf. Eine bessere Orientierungshilfe bietet das Angebot von Jaschke:

"Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen."⁵³

Merkmale des Rechtsextremismus sind also **Demokratiefeindschaft und völkisch-nationalistische Orientierungen**. Wie wir rechtsextreme Einstellungen messen, werden wir später ausführlich begründen⁵⁴. Hier sei nur angemerkt, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein komplexes Einstellungsmuster handelt, das mehr umfasst als nur Fremdenfeindlichkeit. Die in der Literatur oft vorgenommene Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Ethnozentrismus ist unzulässig⁵⁵. Daher darf von den Ursachen für Fremdenfeindlichkeit auch nicht auf die Ursachen von Rechtsextremismus geschlossen werden. Im Übrigen stellt Rassismus (wie auch Antisemitismus) ein eigenes, interdisziplinäres Forschungsfeld dar, dessen Befunde hier nicht gesondert abgehandelt werden können.

Im Folgenden werden wir uns auf die für unser Vorhaben einschlägigen Konzepte und Faktoren zur Erklärung von Rechtsextremismus konzentrieren. Da die sprachliche Verwendung der verschiedenen Begriffe (Terminologie) verwirrend ist, dazu vorab einige Anmerkungen: In der empirischen Sozialforschung wird der Begriff "Ursache" gerne vermieden. Man spricht vorzugsweise von "Erklärung". Dabei wird zwischen Erklärungskonzepten und Erklärungsfaktoren unterschieden. "Konzepte" bezieht sich dabei vor allem auf die theoretische Begründung der Erklärungen, "Faktoren" sind die konkreten, empirisch messbaren Begründungen. Statistisch gesehen soll Rechtsextremismus also mittels konkreter Faktoren erklärt werden. Rechtsextremismus wird dabei als die **abhängige Variable** bezeichnet, die Erklärungsfaktoren bilden die

53 Jaschke, Rechtsextremismus (Anm. 47), S. 31.

54 Siehe dazu unten Kap. B2 u. B3.

55 "Xenophobie oder Fremdenfeindlichkeit ist ein integraler Bestandteil rechtsextremer Orientierungen... Xenophobie geht jedoch über Rechtsextremismus im engeren Sinne hinaus, nicht jede fremdenfeindliche Einstellung kann legitimerweise gleich als rechtsextremistisch klassifiziert werden. Andererseits können derartige Einstellungen einen Nährboden für die Ausprägung umfassenderer extremistischer Haltungen bilden, einen Ausgangspunkt für die Ausbildung eines komplexen rechtsextremistischen Syndroms." Manfred Küchler: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 248-262, Zit. S. 248.

unabhängigen Variablen, die auch als **Determinanten**, in der Statistik vorzugsweise als **Prädiktoren** gelten.

2.2 Erklärungsansätze und Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus

In der Literatur finden sich unterschiedliche Typologien für die Determinanten des Rechtsextremismus. Pfahl-Traughber unterscheidet beispielsweise zwischen dem faschismustheoretischen, dem Modernisierungsoffer-, dem extremismustheoretischen und dem Politische-Kultur-Ansatz⁵⁶. Heitmeyer nennt den historischen, den ökonomischen, den politischen, den gesellschaftsbezogenen und den sozialpsychologischen Erklärungszugang⁵⁷. BirsI teilt die entsprechenden Befunde in vier Komplexe ein: den politisch-verfassungsrechtlich orientierten, den soziologisch orientierten, den politisch Kultur orientierten und den subkulturell orientierten Ansatz⁵⁸. Winkler unterscheidet zunächst zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren, schlüsselt letztere dann weiter auf in "Formen und Wirkungen von Ungleichgewichtszuständen", "Integration in die Gesellschaft" und "Wirkungen der politischen Kultur"⁵⁹. Wir orientieren uns im Folgenden weithin an Winkler, weil sich seine Darstellung besonders für die empirische Sozialforschung eignet.

2.2.1 Persönlichkeitsfaktoren

Persönlichkeitsansätze basieren auf der Vorstellung, dass den politischen Orientierungen der Menschen bestimmte Charaktertypen oder wenigstens doch Persönlichkeitseigenschaften zu Grunde liegen. Maßgeblich für diese Theorie ist die "**Authoritarian Personality**" von Adorno u.a. In der Einleitung schreiben die Autoren:

"Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine 'Mentalität' oder einen 'Geist' zusam-

56 Pfahl-Traughber (Anm. 47).

57 Wilhelm Heitmeyer: Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 29-69, hier S. 44.

58 Ursula BirsI: Rechtsextremismus: weiblich ~ männlich? Eine Fallstudie, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 53 ff.

59 Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 25-48; vgl. a.: Winkler, Rechtsextremismus (Anm. 48), S. 38-68.

men gehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist."⁶⁰

Der autoritäre Charakter hat nach Adorno u.a. neun Dimensionen, wobei die ersten drei als besonders wichtig eingestuft wurden⁶¹:

- Konventionalismus (starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstands),
- autoritäre Unterwürfigkeit,
- autoritäre Aggression⁶²,
- Anti-Intrazepion (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen),
- Aberglaube und Stereotypie,
- Machtdenken und Kraftmeierei,
- Destruktivität und Zynismus,
- Projektivität (Disposition, an gefährliche Dinge zu glauben),
- Sexualität (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen).

Mit dem Konzept des autoritären Charakters sollten ursprünglich die Erfolge des Faschismus sozialpsychologisch erklärt werden. Forschungsleitend war die Überlegung, dass sich die Macht des Nationalsozialismus nicht allein auf gewaltsame Unterdrückung gründen konnte, dass "die Aufrechterhaltung und Steigerung der objektiven Repression nur gelingt, wenn in Familien, Schulen und Betrieben Menschen geformt werden, die ein subjektives Bedürfnis nach autoritärer Herrschaft und Unterordnung haben"⁶³. Bald bediente sich auch die Rechtsextremismusforschung der Methoden und Befunde der Autoritarismusforschung, die infolge der Auseinandersetzung mit der Pilotstudie von Adorno u.a. eine rasante Entwicklung nahm⁶⁴. Dabei entfernte

60 Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York: Harper & Row 1950, S. 1.

61 Adorno u.a. (Anm. 60), S. 228; Übersetzung nach: Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1973, S. 45.

62 Autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression resultieren aus dem psychoanalytischen Konzept des sado-masochistischen bzw. autoritär-masochistischen Charakters. Vgl. Erich Fromm: *Sozialpsychologischer Teil*, in: *Studien über Autorität und Familie*. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris: Librairie Felix Alcan 1936, S. 77-135, insbes. S. 110 ff.

63 Michaela von Freyhold: *Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen*, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1971, S. 13.

64 Siehe z.B. Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.): *Studies in the Scope and Method of The Authoritarian Personality*. *Continuities in Social Research*, Glencoe: The Free Press 1954; Gerda Lederer: *Die "Autoritäre Persönlichkeit": Geschichte einer Theorie*, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.), *Autoritarismus und Gesellschaft*. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske + Budrich 1995, S. 25-58; Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*, Opladen: (Forts. nächste Seite)

sich die Forschung zunehmend von dem ursprünglichen psychoanalytischen Ansatz und stützte sich mehr und mehr auf kognitionspsychologische und lerntheoretische Theorien. So kritisierte Rokeach beispielsweise an der "Autoritären Persönlichkeit", dass mit der F[aschismus]-Skala nicht allgemeiner, sondern rechtsgerichteter Autoritarismus gemessen würde. Er bemühte sich daher um die Entwicklung eines Autoritarismus-Maßes, das unabhängig von politischen Orientierungen allgemeinen Autoritarismus erfasst. Seine **Dogmatismus-Skala** beruht auf der Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Überzeugungssystemen. Dogmatisch eingestellte Menschen zeichneten sich durch ein geschlossenes Überzeugungssystem aus, das als stabiler kognitiver Orientierungsrahmen wirke und Informationen abwehre, die mit den bestehenden Überzeugungen nicht kompatibel sind, die bedrohlich erscheinen und Angst erzeugen. Dogmatiker neigten besonders zu undifferenziertem Denken und zur Verherrlichung von Autoritäten⁶⁵. Auf ähnlichen Überlegungen basiert das **Rigidität-Flexibilität-Konzept** von Rubenowitz. Rigidität bedeutet dabei die blinde Akzeptanz von Normen, Werten, Verhaltensweisen und Restriktionen, die von Autoritäten vorgegeben werden⁶⁶.

Schumann hat die **Skala Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (AS-KO)** entwickelt:

"Eine Kernannahme ist den meisten theoretischen Ansätzen [der Autoritarismusforschung] gemein: 'autoritäre', 'dogmatische' oder 'konservative' Menschen neigen (zumindest ursprünglich) zu Ängstlichkeit, insbesondere in Situationen, die aus ihrer Sicht mit 'Ungewissheit' und Ambiguität verbunden sind - und sie neigen als 'Gegenreaktion' dazu, kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln, die dazu beitragen, Ungewissheit und Ambiguität zu mindern. (...)

Ein 'stabiles kognitives Orientierungssystem' beinhaltet per Definition:

1. die eindeutige und allgemeingültige Zuordnung von Beschreibungsmerkmalen und Bewertungen zu 'Objekten' (im weitesten Sinne) der Umwelt,
2. klare (einfache und eindeutige), allgemeingültige Verhaltensregeln,
3. die (weitgehende) zeitliche Konstanz der Punkte 1 und 2 sowie
4. die Neigung zur Einordnung der eigenen Person in 'geregelt Abläufe'.⁶⁷

Leske + Budrich 2000; Helmut M. Artus: *Autoritäre Persönlichkeit. Zur Aktualität eines Konzepts*, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften 2003.

65 Milton Rokeach: *The Open and Closed Mind. Investigations Into the Nature of Belief Systems and Personality Systems*, New York: Basic Books 1960. Vgl. a. Klaus Roghmann: *Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen*, Meisenheim a. Glan: Hain 1966.

66 Sigvard Rubenowitz: *Emotional Flexibility-Rigidity as a Comprehensive Dimension of Mind*, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1963.

67 Siegfried Schumann: *Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien*, München/Wien: Oldenbourg 2001, S. 130, 132.

Altemeyer verzichtet dagegen bewusst auf die Entwicklung eines Konzepts zur Messung von allgemeinem Autoritarismus, weil sich derartige Konzepte in theoretischer und empirischer Hinsicht als problematisch erwiesen hätten. Er konzentriert sich auf die Konstruktion einer **"Right-Wing-Authoritarianism"-Skala**, die das Konzept der **"Autoritären Persönlichkeit"** pragmatisch auf die ersten drei Dimensionen (Konventionalismus, Unterordnung und Aggressivität) reduziert⁶⁸. Ray geht noch einen Schritt weiter und verkürzt das Konzept auf das Bedürfnis, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, andere zu beherrschen. Seine **Direktivitäts-Skala** beschränkt sich mithin auf die Dimension **"autoritäre Aggression"** und klammert damit die **"autoritäre Unterwürfigkeit"** aus, die einen essenziellen Bestandteil des ursprünglich psychoanalytisch fundierten Konzepts der **"Autoritären Persönlichkeit"**, eben des **"sado-masochistischen Charakters"**, bildet⁶⁹. Er begründet dieses Verfahren mit der Beobachtung, dass es der Forschung nicht gelungen sei, einen (statistischen) Zusammenhang zwischen autoritären Orientierungen und autoritärer Praxis nachzuweisen. Daher sei Autoritarismus als aggressives, dominantes und destruktives Verhalten zu konzeptionalisieren⁷⁰. Da Autoritarismus antidemokratische Tendenzen begünstigt, wurde auch der Frage nach dem **Zusammenhang von Autoritarismus und politischer Apathie** nachgegangen. Schließlich liegt der Gedanke nahe, dass zwischen beidem **"auch ein psychologisch vermittelter Zusammenhang besteht"**⁷¹. In der Forschung wurden jedoch zwei verschiedene Typen ermittelt: der **apathische Autoritäre** und der **politisch interessierte Autoritäre**. Während der Erstgenannte **"antidemokratischen Tendenzen dadurch zum Durchbruch verhilft, dass er sie passiv hinnimmt"**, ist der Letztgenannte bereit, **"solche Bestrebungen aktiv zu unterstützen, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt"**⁷².

Folgt man Oesterreich, dann hat die neuere Autoritarismusforschung **"eine Reihe von Konzepten hervorgebracht, die sich als Spezifizierungen oder Präzisierungen des von der Berkeley-Forschergruppe entwickelten Konzepts verstehen. (...) Sie konzentrieren sich auf die Erfassung einer Persönlichkeitsvariablen und geben den in den älteren Autoritarismustheorien formulierten**

68 Bob Altemeyer: *Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism*, San Francisco usw.: Jossey-Bass 1988; Bob Altemeyer: *Right-Wing Authoritarianism*, Winnipeg: The University of Manitoba Press 1981.

69 "Aggressivität gegen sozial Schwächere und autoritäre Unterwürfigkeit sind die Invarianten aller autoritären Syndrome." Freyhold (Anm. 63), S. 227.

70 John J. Ray: *Do Authoritarians Hold Authoritarian Attitudes?*, in: *Human Relations*, 29. Jg. (1976), H. 4, S. 307-325.

71 Freyhold (Anm. 63), S. 172.

72 Freyhold (Anm. 63), S. 173. Dass auch Nicht-Autoritäre zu politischer Apathie neigen, kann hier vernachlässigt werden. Vgl. a. die Typologie bei Ingo Scholz: *Politische Apathie. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Bestimmung des Apathiebegriffs*, Frankfurt a. Main: Haag + Herchen 1982, S. 102 ff.

Anspruch, einen für den Faschismus prädisponierten Sozialtypus erfassen zu wollen, auf."⁷³ Diese Persönlichkeitseigenschaften oder auch Strukturen mentaler Systeme⁷⁴ basieren zwar nicht auf einer umfassenden sozialpsychologischen Theorie sondern auf kognitionspsychologischen Konstrukten, sind dafür aber einfacher für die empirische Forschung zu operationalisieren. Gemeinsam ist allen Konzepten, dass sie sich im Kern an der "Authoritarian Personality" orientieren⁷⁵. Mit dieser Tradition bricht Oesterreichs Konzept der **autoritären Reaktion**.

"Der hier vorgetragene Ansatz zum Autoritarismus geht davon aus, dass Autorität ihre motivationale Grundlage in Angst und Verunsicherung hat. In verunsichernden Situationen orientieren sich Menschen an Instanzen, von denen sie meinen, dass sie ihnen Schutz und Sicherheit bieten können. (...) Die Flucht in die Sicherheit von Autoritäten, von denen eine wirkungsvolle Unterstützung und damit ein Abbau der eigenen Angst erwartet wird, soll als autoritäre Reaktion bezeichnet werden."⁷⁶

Bei der autoritären Reaktion handele es sich um einen "Grundmechanismus des Sozialisationsprozesses". Dass sich heranwachsende Kinder des Schutzes der Eltern angesichts der Gefahren einer noch fremden und nicht beherrschbaren Umwelt versichern, sei notwendig und funktional. Autoritäre Reaktionen von Erwachsenen seien dagegen "Ausdruck von Unselbständigkeit und Unmündigkeit"⁷⁷. Eine autoritäre Persönlichkeit entwickle sich, wenn dieser Grundmechanismus nicht durch Lernprozesse außer Kraft gesetzt wird, die das Individuum für eine autonome Auseinandersetzung mit der Umwelt, insbesondere für die selbständige Bewältigung von Krisensituationen konditionieren. Damit gewinnen **situative Faktoren** für die Entstehung von Autoritarismus große Bedeutung. Angst, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit breiteten sich gerade in gesellschaftlichen Krisen und Umbrüchen rasch aus und verleiteten die Menschen zur Flucht in die vermeintliche Sicherheit autoritärer Instanzen, die Macht und Stärke, Ruhe und Ordnung versprechen. Oesterreichs Konzept unterscheidet sich also nicht hinsichtlich der Merkmale der autoritären Persönlichkeit von dem Ansatz der "Authoritarian Personality", sondern bezüglich der Antwort auf die Frage, warum sich Menschen freiwillig Autoritäten unterordnen: Autoritäre Persönlichkeiten seien nicht das Produkt frühkindlicher Sozialisationsprozesse, sondern das Resultat lebensgeschichtlich erlernter und verfestigter autoritärer Reaktionen auf Situationen, die Angst und Unsicherheit erzeugen.

"[Entscheidend für die aktuelle Diskussion über die Entstehungsbedingungen des Autoritarismus] ist wohl die noch ausstehende Beantwortung der Frage, ob bedrohliche Situationen, Ursache autoritärer Orientierungen sind oder ob die Bedrohungssituation bereits existierende Cha-

73 Detlef Oesterreich: Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 90 f.

74 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 29.

75 Oesterreich (Anm. 73), S. 92.

76 Oesterreich (Anm. 73), S. 108.

77 Oesterreich (Anm. 73), S. 109.

rakterstrukturen aktiviert. Eine genauere Analyse der Interaktion dieser beiden Bedingungsfaktoren (Situation oder/und Sozialisation) ist somit ein zentraler Bereich für die zukünftige Forschung zum Thema Autoritarismus. Theoretisch und empirisch viel versprechend und spannend sind die damit verbundenen Versuche, die in der 'Authoritarian Personality' nur rudimentär entwickelte Einbettung psychologischer Prozesse in gesellschaftliche Konstellationen zu leisten."⁷⁸

Wir können und wollen mit unserer Untersuchung keinen Beitrag zu der Debatte "Situation versus Sozialisation" leisten. Wir werden aber der Frage nachgehen, ob der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Persönlichkeitsfaktoren bedingt ist.

2.2.2 Wertorientierungen

Folgt man Winkler, dann zählen auch Wertorientierungen zu den Persönlichkeitsfaktoren:

"In diesem Fall ist die Persönlichkeitsstruktur über Wertprioritäten definiert, d.h. über die von den Individuen verinnerlichte Auffassung vom Wünschenswerten, welche über die kognitiven, affektiven und evaluativen Einstellungen gegenüber Objekten das politische Verhalten beeinflussen. Die Wertstruktur der Individuen prägt die Wahrnehmung der Umwelt und bestimmt, welche Mittel zur Erreichung von Zielen eingesetzt werden."⁷⁹

Die neuere Diskussion⁸⁰ orientiert sich bekanntlich an Inglehart, der zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten unterscheidet. Flanagan spricht allerdings nicht von postmaterialistischen sondern von libertären Werten (Selbstbestimmung, direkte Demokratie, Dezentralisierung, Ökologie, Gleichstellung der Geschlechter etc.). Er kritisiert zudem die Eindimensionalität des Modells von Inglehart und trennt zwischen Materialismus und Autoritarismus:

"In my sense of the term, then, *materialists* are those who place a high priority on a stable economy, economic growth, fighting rising prices and, at the more personal level (the private domain), on securing a high-paying job, adequate housing, and a comfortable life. Inglehart includes in his *materialism* concept, however, a second set of noneconomic issues, namely support for a strong defense, law and order, and fighting crime. I label this second set of noneconomic issues as one component of an *authoritarian* value orientation. This authoritarian orientation designates a broader cluster of values, which, along with concerns for security and order, includes respect for authority, discipline and dutifulness, patriotism and intolerance for minorities, conformity to customs, and support for traditional religious and moral values."⁸¹

78 Susanne Rippl/Angela Kindervater/Christian Seipel: Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 13-30, Zit. S. 27.

79 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 30.

80 Wir verzichten hier auf detaillierte Angaben und verweisen auf die Darstellung bei Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 147 ff.

81 Scott C. Flanagan, Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81. Jg. (1987), Nr. 4, S. 1303-1319, Zit. S. 1305.

Kitschelt erweitert dieses "Ypsilon-Modell", indem er von zwei Wertekonflikten "ausgeht, die unabhängig voneinander sind und als Achsenkreuz modelliert werden: "Sozialismus versus Kapitalismus" markiert den ökonomisch-sozialen Wertekonflikt, "Libertarismus - Autoritarismus" den politischen Wertekonflikt, wobei Autoritarismus Hierarchie, Paternalismus, Gemeinschaft, wirtschaftliche Größe, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Mit diesem Modell gerät nun auch der Rechtsextremismus, der bei Inglehart keine (explizite) Rolle spielt, in den Blick. Es ermöglicht im Übrigen die Unterscheidung zwischen rechtsextremen Orientierungen, die eher sozial ausgerichtet sind, und solchen, die neoliberalen Vorstellungen folgen.

Dass derartige Wertorientierungen bzw. Wertprioritäten einer spezifischen Persönlichkeitsstruktur entsprechen, erscheint uns zumindest fraglich zu sein. Gleichwohl könnte sich das Kitschelt-Modell gerade für die Analyse von gewerkschaftlichem Rechtsextremismus besonders gut eignen, weil es die unmittelbare Kombination von ökonomisch-sozialen Faktoren und (anti-) demokratischen Einstellungen ermöglicht.

2.2.3 Umweltfaktoren: Systemzustände und -entwicklungen

Die Ursachen des Rechtsextremismus werden nicht nur auf der Mikroebene, sondern auch auf der Makroebene gesucht, vor allem in speziellen Systemzuständen, die Unzufriedenheit erzeugen. Das **Unzufriedenheitstheorem**⁸² bildet den Ausgangspunkt vieler Konzepte zur Erklärung von Rechtsextremismus. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung.

Als wichtiger Auslöser von Unzufriedenheit gilt **relative Deprivation**: Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichge-

82 Max Kaase: Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur. Eine Arbeit der Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, Stuttgart usw.: Kohlhammer 1978, S. 15 ff.

wichte oder Ungleichzeitigkeiten⁸³ in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Klassen, Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Nach Hofstadter und Lipset neigen besonders solche Personen zur Unterstützung der extremen Rechten, die sich durch **Statusverlust** bedroht sehen, deren Status also niedriger ist als der gewohnte oder erwartete⁸⁴. Statusängste erstrecken sich nicht nur auf ökonomische Verhältnisse, sie können sich auch auf ideelle Ressourcen (Bildungschancen, kulturelle Ansprüche etc.) und auf Prestige beziehen. Nach Gurr spielt auch die Kluft zwischen Wertenerwartungen und Wertrealisierungen eine wichtige Rolle, wobei "unerfüllte Erwartungen in Bezug auf niemals erreichte Werte" weniger Unzufriedenheit erzeugen als der "Abbau einer bereits erreichten Wertposition"⁸⁵.

Einige Erklärungskonzepte fokussieren auf **allgemeinen gesellschaftlichen Wandel**. "Einig sind sich die Theoretiker der Moderne und Postmoderne darin, dass ein intensiver Gesellschaftswandel zu steigender Verunsicherung, Ohnmachtsgefühlen und Statusängsten führe: Je schneller der soziale Wandel stattfindet, desto eher würden sich anomische Zustände und Ängste ausbreiten."⁸⁶ Den Grundgedanken lieferte die Beobachtung Durkheims, dass **Anomie** (Orientierungslosigkeit, Normlosigkeit, Macht- und Hilflosigkeit) in Zeiten grundlegender Veränderungen besonders häufig zu abweichendem Verhalten führt⁸⁷. Parsons bediente sich dieses Konzepts zur Erklärung der Erfolge des Nationalsozialismus: Die durch die grundlegenden sozio-ökonomischen Veränderungen und die aktuelle Wirtschaftskrise der Weimarer Republik tief verunsicherten Mittelklassen hätten sich der NS-Bewegung zugewandt, um ihrem anomischen Zustand zu entfliehen⁸⁸. Scheuch und Klingemann führen die Erfolge der NPD in den sechziger Jahren auf Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung von ökonomischer Basis und kulturellem Überbau zurück: Die Entwicklung der Wert- und Orientierungssysteme der Menschen könne nicht Schritt halten mit dem "neuartigen und dynamischen Charakter der Industriegesellschaft"⁸⁹. Der rasche Wandel der Industriegesellschaft führe zu dauerhaften

83 Bloch hat den Faschismus als "Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit" bezeichnet. Vgl. Ernst Bloch: *Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit*, abgedr. in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972, S. 182-204.

84 Richard Hofstadter: *The Pseudo-Conservative Revolt*, in: Daniel Bell (Hrsg.), *The Radical Right. The New American Right - Expanded and Updated*, Garden City: Anchor Books 1964, S. 75-95; Seymour Martin Lipset: *The Sources of the 'Radical Right'*, in: Ebda, S. 307-371.

85 Ted Robert Gurr: *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf-Wien: Econ 1972, S. 346 f.

86 Winkler, *Bausteine* (Anm. 59), S. 37.

87 Emile Durkheim: *Der Selbstmord*, Neuwied: Luchterhand 1973.

88 Talcott Parsons: *Some Sociological Aspects of the Fascist Movements*, in: Talcott Parsons, *Essays in Sociological Theory*, Glencoe: The Free Press 1954, S. 124-141.- Vgl. a.: Talcott Parsons: *Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany*, in: Ebda, S. 104-123.

schaft"⁸⁹. Der rasche Wandel der Industriegesellschaft führe zu dauerhaften Spannungen zwischen den Anforderungen der sekundären Institutionen (Betriebe, Behörden, Organisationen) und den die Primärgruppen prägenden Orientierungen und Verhaltensweisen und produziere so anomische Haltungen.

"Eine der verschiedenen möglichen Formen der Auflösung von Unsicherheit bei diesen Verhältnissen ist Rigidität im Denken: Ausweichen vor den tatsächlich bestehenden Widersprüchlichkeiten durch ein starres (d.h. unangesehen der Situation oder Person) Wert- und Orientierungssystem. Wird dieses aufrechterhalten, indem gegenteilige Orientierungssysteme und auf diese Weise nicht zu kontrollierende Situationen als 'feindlich' bewertet werden, so liegt eine pathologische Form dieses Denkens vor."⁹⁰

Scheuch und Klingemann bezeichnen "diese Form von pathologischer Anpassung" als eine bedeutsame Erfolgsbedingung für Rechtsextremismus. Mehr noch: Rechtsextremismus sei eine "normale" Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften"⁹¹. Die Bedeutung dieses Aufsatzes besteht darin, dass er Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren miteinander verzahnt, wobei der Primat bei den Umweltfaktoren, beim gesellschaftlichen Wandel liegt. Dieser erzeugt Stress, der durch Hinwendung zum Rechtsextremismus verarbeitet wird. Die Parallelität zur "autoritären Reaktion" von Oesterreich ist evident.

Heute bewirkt insbesondere der **Strukturwandel der Industriegesellschaft** Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors sind spezifische Bildungs-, Alters- und Berufsgruppen von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammbesetzungen oft noch relativ sichere Arbeitsplätze und weiterhin hohe berufliche Qualifizierung bieten können. Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-) Selbständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger

89 Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen: J.C.B. Mohr 1967, S. 11-29, Zit. S. 18.

90 Scheuch/Klingemann (Anm. 89), S. 18.

91 Scheuch/Klingemann (Anm. 89), S. 13.

Jahren in den postindustriellen Gesellschaften Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des "neuen" Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

Die **Modernisierungsverliererthese** wurde in der Wahlforschung entwickelt, und zwar bereits 1989. Eine typische Interpretation der Wahlergebnisse haben wir am Anfang dieses Kapitels zitiert (S. 10 f.). Die Republikaner galten schon damals als "Hoffnungsträger der Modernisierungsverlierer"⁹². Es wurde aber auch erkannt, dass die soziale Basis dieses neuen Rechtsextremismus nicht nur aus "kleinen Leuten" oder sozialen Absteigern, sondern - wenn auch in geringerem Umfang - aus Personen besteht, die Statureinbußen oder Privilegienverluste befürchten. In der Wahlanalyse von Infas zur Europawahl 1989 hieß es:

"Die einen fühlen sich in ihrem Besitzstand bedroht, die anderen haben wenig zu verlieren; bei den einen dominieren patriotische Töne, bei den anderen die sozialen Nöte; die einen argumentieren mit Überfremdung, die anderen mit Deklassierung."⁹³

Klönne glaubt, "dass im rechtsextremen Wahlverhalten fundamentale Probleme der Gesellschaftsentwicklung zum Vorschein" gekommen seien. Für ihn stellt die durch "Existenznöte und materielle Bedrängnisse" gekennzeichnete Wahlentscheidung zu Gunsten der Republikaner ein "Aufstand der Modernisierungsoffer" dar, der sich auf dem Boden der "Gewinner-Verlierer-Gesellschaft des 'neuen Individualismus'"⁹⁴ vollzieht.

Damit greift Klönne die auf Beck zurückgehende **Individualisierungsthese** auf, die von Heitmeyer für die Analyse des (vor allem jugendlichen) Rechtsextremismus fruchtbar gemacht wurde. Nach Beck werden die Menschen mit dem Wandel von der klassischen Industriegesellschaft zur industriellen Risikogesellschaft aus den bewährten sozialen Beziehungen der sich verabschiedenden alten Industriegesellschaft entlassen. Biete diese Freisetzung auch die Chance für mehr Unabhängigkeit und Gestaltungsfreiheit, so bürde sie den Einzelnen doch die alleinige Last ihrer Lebensplanung und Existenzsicherung auf, versetze sie also in vermehrte Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt und damit von Bildung, Konsum, sozialer Versorgung etc. Mit

92 Stöss, Republikaner (Anm. 8), S. 105.- Götz schlägt folgende Formulierung vor: "Rechtsextremismus ist als Reaktion auf ökonomische Schlechterstellung oder Bedrohungsgefühle im Modernisierungsprozess zu verstehen." Norbert Götz: Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie, 26. Jg. (1997), H. 6, S. 393-413, Zit. S. 396.

93 Zit. nach Stöss, Republikaner (Anm. 8), S. 100.

94 Arno Klönne: Aufstand der Modernisierungsoffer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34. Jg. (1989), H. 5, S. 545-548.

der Loslösung aus den traditionellen industriegesellschaftlichen Sozialbeziehungen vollziehe sich die umfassende Vergesellschaftung des Individuums. Einerseits vermehrten sich mit fortschreitender Modernisierung Entscheidungsmöglichkeiten und -zwänge, andererseits werde "die individualisierte Privatexistenz immer nachdrücklicher und offensichtlicher von Verhältnissen und Bedingungen abhängig, die sich ihrem Zugriff vollständig entziehen. Parallel entstehen Konflikt-, Risiko- und Problemlagen, die sich ihrem Ursprung und Zuschnitt nach gegen jede individuelle Bearbeitung sperren"⁹⁵. Da der Mensch in der Risikogesellschaft nicht in soziale Beziehungssysteme eingebunden sei, finde eine "Individualisierung sozialer Risiken" statt:

"In der Konsequenz schlagen gesellschaftliche Probleme unmittelbar um in psychische Dispositionen: in persönliches Ungenügen, Schuldgefühle, Ängste, Konflikte und Neurosen. Es entsteht - paradox genug - eine neue Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft, die Unmittelbarkeit von Krise und Krankheit in dem Sinne, dass gesellschaftliche Krisen als individuelle erscheinen und nicht mehr oder nur noch sehr vermittelt in ihrer Gesellschaftlichkeit wahrgenommen werden."⁹⁶

Heitmeyer bedient sich dieses Konzepts zur Interpretation des jugendlichen Rechtsextremismus: Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Jugendlichen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten⁹⁷. Später hat Heitmeyer darauf hingewiesen, dass Individualisierung nicht notwendigerweise immer nur Ohnmachtsgefühle hervorbringt. Vielmehr sei anzunehmen,

"dass der Sozialisationsprozess von komplizierten Suchbewegungen gekennzeichnet ist, um Mitgliedschaften und soziale Beziehungen zu entwickeln und zu sichern, Statuspositionen zu erwerben, identitätsrelevante Handlungskompetenzen und emotionale Sicherheit zu gewinnen, Lebensplanungskonzepte aufzubauen und um in Bezug auf Familie, Schule, Gleichaltrigen-gruppe, Politik und Beruf handlungsfähig zu sein"⁹⁸.

95 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1986, S. 211.

96 Beck (Anm. 95), S. 158 f.

97 Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen (Anm. 52).

98 Renate Möller/Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 168-190, Zit. S. 170.

Die Spannweite möglicher Reaktionen auf den Vergesellschaftungsmodus der Individualisierung umfasse auch machiavellistische Einstellungen. Gemeint ist die "effektive Kontrolle anderer, die wir mit Selbstdurchsetzung bezeichnen". Die Jugendlichen müssten sich gegen den "gesellschaftlich funktionalen Standardisierungsdruck durchsetzen", um in dem "hoffnungslosen Unterscheidungswettlauf vorne zu sein". **Selbstdurchsetzung** sei mit einer instrumentalistischen Arbeitsorientierung verbunden, die "meist ein Effekt aufgenötigter Anpassung an ökonomische Strukturen und Erfordernisse der Berufstätigkeit ist"⁹⁹. Wenn sich Selbstdurchsetzung auch nicht notwendigerweise mit Rechtsextremismus und Gewalt verbindet, so zeigt dieses Konzept doch, dass sich rechtsextreme Jugendliche unter Umständen auch der Ellenbogenmentalität des Neoliberalismus anpassen können. Im weiteren Verlauf seiner Forschungen hat Heitmeyer daher vorgeschlagen, das **Desintegrations-Theorem** in das Zentrum der Erklärungen für Rechtsextremismus zu stellen:

"Die These lautet dementsprechend, dass wir bei der Erklärung auf soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse achten müssen, die sowohl auf Erfahrungen als auch Antizipationen beruhen können. Die Analyse müsste sich auf die Grundmechanismen der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft konzentrieren. Jene zeichnen sich vor allem durch temporeiche ökonomische und technologische Modernisierungsprozesse aus."¹⁰⁰

Diese Modernisierungsprozesse ließen sich nicht mehr nur als Ausgrenzung von Randgruppen oder als Aufspaltung in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft, sondern als vielfältige Auflösungsprozesse begreifen, die sich auf alle sozialen Beziehungen erstrecken.

Birsl orientiert sich ebenfalls an der Individualisierungsthese, bemängelt allerdings, dass es nicht ausreiche, einzelne Gefährdungsmomente zu untersuchen, "denn sie führen isoliert betrachtet nicht zwangsläufig zur Zustimmung von Ungleichheitspostulaten und zur Gewaltakzeptanz". Sie bedient sich daher des **Lebenslagen-Konzepts**, um die "sozio-kulturellen Konfigurationen" aufzuspüren, die die Entwicklung von Rechtsextremismus begünstigen. Dabei übernehmen die Individuen rechtsextreme Vorstellungen nicht nur von externen Anbietern, sie entwickeln sie auch selbständig "als Resultate sozio-kultureller Produktion und Reproduktion"¹⁰¹. In jedem Fall dient Rechtsextremismus in diesem Konzept der Bewältigung von Lebenslagen. Konsequenter als Birsl führt Siller das Geschlecht als analytische Kategorie in die empirische Rechtsextremismusforschung ein. Die Lebenszusammenhänge von (jungen) Frauen sollen einer umfassenden Betrachtung unterzogen werden:

99 Möller/Heitmeyer (Anm. 98), S. 171 f.

100 Heitmeyer, Desintegrations-Theorem (Anm. 57), S. 45.

101 Birsl (Anm. 58), S. 64 ff.

"Deshalb müssen zunächst ihre jeweiligen Erfahrungen, Konflikte, Ängste, Selbstbilder, Wünsche und Handlungsorientierungen in Bezug auf den Beruf, ein Leben mit oder ohne Kinder, auf die Beziehungen zu Männern (und Frauen) und in Bezug auf Politik und politische Probleme analysiert werden. (...) Im Rahmen dieses Prozesses entwickeln sich politische Orientierungen, die rechtsextremistisch gewendet werden können."¹⁰²

Eine andere Gruppe von Erklärungsansätzen hat ihren Ausgangspunkt im **Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt**. Folgt man der bereits erwähnten Tübinger Forschergruppe um Held, Horn, Leiprecht und Marvakis, dann erwächst der Rechtsextremismus nicht aus der Individualisierung sondern aus der **sozialen Segmentierung**¹⁰³. Aus der Modernisierung kapitalistischer Produktion entstünden Verteilungsprobleme, die die Strukturen sozialer Ungleichheit umgestalteten. Im Gegensatz zu dem Schichtmodell der alten Industriegesellschaft seien heute eher horizontale soziale Differenzierungen vorherrschend: regionale, ethnische, geschlechterspezifische oder soziale Randgruppen beispielsweise¹⁰⁴. Daher konzentrierten sich die Forschungen der Gruppe zunächst auf jugendliche Arbeitnehmer in unterschiedlichen Lebenslagen: Jugendliche in "schwieriger Lebenslage" bzw. "benachteiligte Jugendliche" und Jugendliche in "relativ gesicherter Lebenslage" ("Modernisierungsgewinner"). Bei den Befragungen stellte sich heraus, dass nicht etwa die Benachteiligten besonders zu Rechtsextremismus oder zu Fremdenfeindlichkeit neigten, sondern die Modernisierungsgewinner, also Jugendliche mit zufrieden stellender Lebenssituation, gesichertem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz und mit guten Wohn- und Konsumbedingungen. Als Erklärung für diese **Modernisierungsgewinnerthese** ermittelten die Autoren zwei Faktoren: Konventionalismus und Leistungsorientierung.

"Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, basierend auf technologischer Innovation, erfordert zunehmend Kreativität, Mobilität, Flexibilität, Engagement und soziale Kommunikation. (...) Die Jungen sind dabei sogar teilweise im Vorteil, da sie die neuen Anforderungen ... leichter und in der Erstqualifizierung bewältigen, während die Erwachsenen einen schwierigeren Prozess der Umorientierung durchmachen (müssen). (...) Es kann zu einer Art Wetteifer in der Anpassung an vorherrschende Normen und Anforderungen kommen, indem konventionalistische Orientierungen im Dienste der Anpassung auf die Spitze getrieben werden. Die Jugendlichen erkennen die 'Zeichen der Zeit', die 'neuen Trends' genauer und können sich auch leichter darauf einstellen."¹⁰⁵

102 Siller (Anm. 47), S. 80 f.

103 Josef Held/Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: "Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst...". Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992 (DISS-Texte Nr. 18).

104 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, *Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer*, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 27 ff., 55 ff.

105 Held/Horn/Marvakis, *Gespaltene Jugend* (Anm. 104), S. 68.

Dass **Leistungsorientierung** mit Konventionalismus und autoritären, rassistischen und nationalistischen Orientierungen korreliert, erklären die Autoren damit, dass Leistungsorientierung "die Bereitschaft und das Einverständnis zur Ein- und Unterordnung" in eine an Effizienzkriterien ausgerichtete Gesellschaft bedeute. Leistungsorientierung werde von den Jugendlichen als Selbstbehauptung im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, als aussichtsreiche Strategie zur Sicherung des Arbeitsplatzes und zur Gewährleistung von beruflichem Erfolg und damit als Berechtigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand betrachtet¹⁰⁶. Leistungsorientierung verspreche aber nicht nur Sicherheit und Gerechtigkeit, sondern bedeute auch Ausgrenzung von Leistungsschwachen und erst recht von Leistungsverweigerern: Wer wenig oder nichts leiste, habe auch keinen Anspruch auf Teilhabe am Wohlstand. Und wer etwas leiste, dürfe nicht schlechter gestellt sein als diejenigen, die nichts leisten, die nur den Sozialstaat ausnutzten¹⁰⁷. Hier verbindet sich **Wohlstandschauvinismus** als eine Dimension rechtsextremen Denkens mit der Modernisierungsgewinnerthese, und darauf bezieht sich auch die These von der **Ethnisierung der sozialen Beziehungen**: Soziale Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden umgedeutet in Konflikte zwischen Nationen, Ethnien und Kulturen. "Ethnische Herkunft, Selbst-Zuordnung und Zugeordnet-Werden bestimmen mehr und mehr den gesellschaftlichen Status und das Ausmaß an sozialen, kulturellen und materiellen Gratifikationsmöglichkeiten."¹⁰⁸ Die Bereitschaft zum Teilen vermindere sich in dem Maß, wie damit die Privilegien der Bewohner der Wohlstandsinsel geschmälert würden¹⁰⁹.

Die Ethnisierungsthese könnte bedeuten, dass sich neuerdings ein inhaltlicher Wandel des Rechtsextremismus vollzieht, dass die völkische Dimension an Bedeutung gewinnt, während die nationalistische nachrangig wird: Ist der "neue" Rechtsextremismus durch einen **Primat der Fremdenfeindlichkeit** gekennzeichnet?

Nach Dörre stellen die Veränderungen in der Arbeitswelt, insbesondere die **Prekarisierung**, einen wichtigen Ursachenkomplex für den Rechtsextremismus dar. Im Sozialstaat der Nachkriegszeit habe sich aus der Perspektive der "Vollzeitbeschäftigten in geschützten Normalarbeitsverhältnissen und ihrer Familien eine relative Abkoppelung der lebendigen Arbeit von

106 Ähnlich Heltmeyers Konzept der "Selbstdurchsetzung".

107 Held/Horn/Marvakis, *Gespaltene Jugend* (Anm. 104), S. 70 ff., 113 ff. Vgl. a. Hahn/Horn, *Eine neue rechte Jugend* (Anm. 33), S. 46 ff.

108 Jaschke, *Rechtsextremismus* (Anm. 47), S. 184.

109 Vgl. a. Hans-Gerd Jaschke: *Ethnisierungsprozesse in der Arbeitswelt und ihre politischen und sozialen Folgen*, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 232-247, insbes. S. 245.

Marktrisiken" vollzogen¹¹⁰. Mit der zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden Krise des Kapitalismus sei eine Tendenz zur "Re-Kommodifizierung" zu beobachten: "Deregulierung und Privatisierung, Shareholder-Value-Steuerung, Aufspaltung von Werken, Centerbildung und ein auf Dauer gestellter Standortwettbewerb sorgen dafür, dass Marktrisiken wieder unmittelbar an die Belegschaften oder gar an einzelne Arbeitskollektive durchgestellt werden können"¹¹¹. Damit entstünden "neue Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit", die zu sozialer Desintegration führten.

"Übergänge zwischen Normalarbeitsverhältnissen und prekärer Beschäftigung werden fließend. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Erwerbsarbeit lässt nach. Soziale Desintegration in und durch Erwerbsarbeit bezeichnet somit ein Phänomen, das über die engere Definition von Prekarität hinaus reicht. (...) In der Konsequenz bedeutet dies, dass das fordistische Normalarbeitsverhältnis als zeitweilig dominante Form der 'Institution Erwerbsarbeit' großen Teilen der Gesellschaft nicht länger als stabile Basis für längerfristige Lebensplanung, Wohlfahrt und soziale Sicherheit dienen kann. (...) In den Orten der Erwerbsarbeit weicht die Erfahrung sozialer Kohäsion sukzessive der Erfahrung eines universellen Wettbewerbsregimes. Eben dies löst Bedürfnisse nach Begrenzung der Konkurrenz, nach Ruhezeiten, nach Sicherheit und kollektiver Identität aus. Und just diese legitimen Bedürfnisse suchen sich rechtspopulistische Formationen zunutze zu machen."¹¹²

2.2.4 Umweltfaktoren: Politische Kultur

Während sich spezielle Systemzustände aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft oder aus dem gesellschaftlichen Wandel ergeben, zielt politische Kultur auf "die von Mitgliedern eines politischen Systems und den gesellschaftlichen Bezugsgruppen geteilten Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen gegenüber den politischen Akteuren, Institutionen und Prozessen"¹¹³. Pfahl-Traughber schlägt für die Rechtsextremismusforschung folgende Begriffsbestimmung vor:

"Politische Kultur kann also allgemein verstanden werden als ein aus Einstellungen, Meinungen und Werten der Individuen in einem Land sich ergebendes spezifisches Muster von politischem und gesellschaftlichem Bewusstsein, das zum einen durch die jeweilige Geschichte und zum anderen durch aktuelle politische, soziale und ökonomische Prozesse beeinflusst ist. Politische Kultur stellt somit ein Bindeglied zwischen den einzelnen Individuen und den Institutionen und Strukturen des politischen Systems dar und bildet neben diesen seine eigentliche Stütze."¹¹⁴

110 Klaus Dörre: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen - Auswirkungen - Gegenstrategien, vvf. Ms., Recklinghausen: Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation (FIAB), April 2004, S. 11 [vorgesehen für: Demirovic, A./Beerhorst, J./Guggemos, M. (Hrsg.), Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. Main: Suhrkamp].

111 Dörre (Anm. 110), S. 13.

112 Dörre (Anm. 110), S. 15 f.

113 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 41.

114 Pfahl-Traughber (Anm. 47), S. 219.

Politische Kultur ist für unser Forschungsvorhaben von besonderer Bedeutung, weil sich die Spiegelbildthese unmittelbar darauf bezieht. Wir erinnern an die entsprechende Formulierung im Schlussbericht der DGB-Rechtsextremismus-Kommission:

"Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."¹¹⁵

Danach entspricht das politische Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder, und damit eben auch ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus, dem Zustand der politischen Kultur insgesamt. Gewerkschaftsmitglieder sind demselben Meinungsklima ausgesetzt wie Nicht-Mitglieder. Und daher bilden sie auch den Mentalitätswandel der Gesellschaft ab. Das klingt plausibel, ist aber wie sich gleich zeigen wird - wissenschaftslogisch außerordentlich problematisch.

Untersuchungsgegenstand der Rechtsextremismusforschung sind **antidemokratische Tendenzen** in der politischen Kultur. Dabei wird oft zwischen historischen Traditionsbeständen und situationsbedingten Erscheinungsformen¹¹⁶, oft auch zwischen "altem" und "neuem" Rechtsextremismus bzw. Nationalismus¹¹⁷ unterschieden. Erinnert sei daran, dass Adorno "das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potenziell bedrohlicher [betrachtete] denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie"¹¹⁸. Rechtsextremismus ist unbestreitbar ein Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik. Für die empirische Forschung bedeutet dies allerdings ein Dilemma: Wenn Rechtsextremismus Teil der politischen Kultur ist, kann politische Kultur nicht gleichzeitig als Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus herhalten. Entweder wird ein Zusammenhang zwischen beidem hergestellt oder es wird streng zwischen abhängiger und unabhängiger Variable unterschieden. Letzteres bedeutet für unsere Untersuchung, dass politische Kultur nur solche Einstellungen und Werte umfassen kann, die nicht Bestandteil des Rechtsextremismus sind.

115 Schlussbericht (Anm. 23), S. 32 f.

116 Heinz Sünker: Zur Geschichte der politischen Kultur in Deutschland, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 43-54; Wolfgang Benz: Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Ders. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen - Zusammenhänge - Wirkungen*, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1989, S. 9-37, insbes. S. 19 ff.

117 Richard Stöss: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 27 ff.

118 Theodor W. Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1970, S. 10f.

Schon Parsons hat darauf hingewiesen, dass politische Kultur die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen oder verhindern kann¹¹⁹. Faschistische Bewegungen seien nur dann erfolgreich, wenn sich das politische System in einer **Legitimationskrise** befände und das Meinungsklima stark durch antidemokratische Elemente geprägt sei. Derselbe Gedanke findet sich auch in der Autoritarismustheorie. Folgt man Oesterreich, dann vollzieht sich die Flucht in die Sicherheit zunächst als Schutzsuche bei den Herrschenden, weil diese im Besitz der Macht seien und Stärke verkörperten. Erst wenn diese versagten und auch die parlamentarische Opposition keine überzeugende Alternative böte, schlage die Stunde des Rechtsextremismus¹²⁰. Ökonomische und soziale Problemlagen, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen, können durch politisches Handeln entweder abgefedert oder noch verschärft werden. Gerade in Gesellschaften ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, dass einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, dass vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. **Unzufriedenheit mit der Demokratie, Politikverdrossenheit oder gar Systemverdrossenheit** stellen also Elemente der politischen Kultur dar, die geeignet sind, Rechtsextremismus zu begünstigen¹²¹. Umgekehrt ist die Empfänglichkeit für extrem rechte Parolen gering, wenn demokratische Überzeugungen in der Bevölkerung fest verankert sind.

Neben derartigen Defizitthesen, die sich auf die mangelnde Unterstützung von demokratischen Systemen beziehen, werden in der Literatur **Diskurse** analysiert, die dem Rechtsextremismus besondere Anschlussmöglichkeiten bieten. Aber gerade dieser Zugang läuft ständig Gefahr, die abhängige und die unabhängige Variable zu vermengen. Im Zentrum der hier angesprochenen Diskurse steht die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland. Butterwegge beobachtet beispielsweise eine "ideologische Konvergenz von (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus im Hinblick auf Bürokratie- und Sozialstaatskritik". Als "geistiges Bindeglied" fungiere ein **Standortnationalismus**, in dem sich "die traditionelle 'Sorge um das deutsche Vaterland' mit dem neoliberalen Fetisch 'internationaler Wettbewerbsfähigkeit' paart":

"Statt des völkischen dominiert im rechten Lager gegenwärtig ein Standortnationalismus, der sich auf folgende Überlegungen stützt: Deutschland kann als ökonomische Macht und als politisches Subjekt wieder Weltgeschichte schreiben, wenn es als Unternehmen begriffen, nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit modernsten Managementtechniken betrie-

119 Parsons, Democracy (Anm. 88).

120 Oesterreich (Anm. 73), S. 171.

121 Eike Hennig: Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 339-380.

ben wird. Aufgrund seiner Adaption neoliberaler Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine 'moderne' Programmatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht, mit den Interessen einflussreicher Gruppen harmonisiert und mit den Strategiekonzepten politischer bzw. wirtschaftlicher Eliten korrespondiert.¹²²

Im Gefolge des neoliberalen Diskurses habe sich neben dem traditionalistischen Nationalismus ein neuer, moderner Nationalismus entwickelt, der nicht völkisch sondern ökonomisch (durch Markterfordernisse, Profitgesichtspunkte und Konkurrenzfähigkeit) begründet wird¹²³. Auch Dörre beobachtet bei den Arbeitnehmern eine nationale Grundhaltung, weigert sich aber, sie als Wohlstandschauvinismus oder Standortnationalismus zu bezeichnen, "weil in ihr legitime Ansprüche auf Sicherheit, 'gute Arbeit' und 'gutes Leben' mitschwingen". Er verwendet dafür den Terminus **reaktiver Nationalismus**. Dieser berufe sich "höchst modern auf ein Verständnis des Nationalen, das soziale Ansprüche, also Bürgerrechte legitimiert".

"Der reaktive Nationalismus des 21. Jahrhunderts sucht zentrale Elemente überkommener Sozialpartnerschaftsideologien zu konservieren. (...) Er beklagt ungerechte Verhältnisse und er besteht auf 'fairem Tausch', auf einem ausgewogenen Geben und Nehmen ('gutes Geld für gute Leistung'), das die Beziehungen von Belegschaften und Management, von Kapital und Arbeit prägen soll. Das Klassifikationssystem ändert sich jedoch, sobald die 'Wohlstandsinsel' Deutschland in Beziehung zu anderen, vermeintlich konkurrierenden Staaten gesetzt wird. In diesem Kontext werden Verteilungskämpfe zwischen 'Oben' und 'Unten' in eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Nationen umgedeutet. Der reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen ist somit eine spezifische, sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte."¹²⁴

Dörre möchte den reaktiven Nationalismus nicht als rechtsextrem verstanden wissen. Allerdings bedürfe es "lediglich einiger Zuspitzungen", um ihn für die Botschaften des Rechtsextremismus zugänglich zu machen. In beiden Fällen, beim Standortnationalismus und beim reaktiven Nationalismus, handelt es sich de facto (bei Butterwegge explizit, bei Dörre implizit) um Varianten nationalistischen Denkens, um Bestandteile also von Rechtsextremismus, die daher nicht zur Erklärung von Rechtsextremismus taugen. Beide Thesen verweisen jedoch auf die bereits angesprochene Frage, ob der zeitgenössische Rechtsextremismus in Folge der Globalisierung

122 Christoph Butterwegge: Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?*, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 147-161, Zit. S. 147, 152, 154. Vgl. a. Christoph Butterwegge: *Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus - die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten*, in: Christoph Butterwegge/Rudolf Hickel/Ralf Ptak, *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie*, Berlin: Elefanten Press 1998, S. 121-159.

123 Gudrun Hentges/Jörg Flecker: *Flexible Arbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung*, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw)*, 2004, H. 3, S. 50-52, Zit. S. 51.

124 Dörre (Anm. 110), S. 22 f.

und der damit verbundenen "Deterritorialisierung von Politik"¹²⁵ einen inhaltlichen Bedeutungswandel erfährt. "Während der Nationalstaat seinen Bürgern stabile Orientierungen ermöglichte, macht Globalisierung sie tendenziell heimatlos."¹²⁶ Haben wir es mit einer Re-Nationalisierung des Rechtsextremismus zu tun, ist dieser durch einen **Primat des Nationalismus** (und nicht des Völkischen) geprägt? Mehr noch: Müssen wir uns auf einen "Neo-Nationalismus" einstellen, der nicht chauvinistisch oder expansionistisch und auch nicht antidemokratisch ausgerichtet ist, der sich nicht gegen andere Staaten und Völker richtet, sondern lediglich legitime soziale Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse angesichts der grenzenlosen Profitgier des Kapitals verkörpert?

Auch die These von der **Dominanzkultur** trägt eher zur Beschreibung des Rechtsextremismus als zu seiner Erklärung bei. Sie wurde von Rommelspacher in polemischer Abgrenzung zur Individualisierungsthese (insbesondere bei Heitmeyer) entwickelt. Die "einseitige Verfügung über andere und deren Existenzrechte" sei charakteristisch für eine patriarchalische Gesellschaft.

"In einer Gesellschaft unseren Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig kulturelle Traditionen, ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Wege zu gehen. Sie unterstützen Strategien der expansiven Bemächtigung, um die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten."¹²⁷

Sexismus, Rassismus und - so ergänzt Wasmuht - Bellismus¹²⁸ gelten als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Dominanzkultur. Rechtsextremismus sei eine Erscheinungsform dieser Kultur, die mittels Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung Privilegiensicherung betreibt.

Wenn politische Kultur als Erklärungsansatz für Rechtsextremismus herangezogen wird, dann kommen unseres Erachtens nur solche Variablen in Betracht, die antidemokratische bzw. antili-

125 Bernhard Gill: Organisierte Gewalt als "dunkle Seite" der Modernisierung. Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus, in: Soziale Welt, 53. Jg. (2002), H. 1, S. 49-65, Zit. S. 49.

126 Gill (Anm. 125), S. 60.

127 Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999, 6. Jg. (1991), H. 2, S. 75-87, Zit. S. 84.

128 "Bellismus ist die internationale Dimension von Rassismus und Sexismus." Ulrike C. Wasmuht: Die Verwaltung des Konflikts "Rechtsextremismus" in einer Dominanzkultur, in: Politologinnen-Rundbrief, 2. Jg. (1993), Nr. 4, S. 28-35, Zit. S. 31.

bertäre Aspekte von gesellschaftlichen Entwicklungen (Globalisierung, sozialer Wandel etc.),
Verhältnissen (Diskriminierung etc.) und Diskursen (z.B. Neoliberalismus) benennen¹²⁹.

2.2.5 Zwischenbilanz

Alle genannten Erklärungsansätze und -faktoren sind in der Literatur diskutiert, teilweise heftig kritisiert und oft auch verworfen worden. Eine insgesamt freundliche Bilanz formuliert Möller:

"Je differenzierter die Phänomene von Gewalt und Rechtsextremismus in Deutschland betrachtet werden, desto notwendigerweise filigraner fallen auch die theoretischen Erklärungen für sie aus. Die Problematik erweist sich immer mehr als ein hochkomplexes Geflecht von in ihrer Wirkung schwer durchschaubaren Faktoren."¹³⁰

Spöttisch äußert sich dagegen Kliche:

"Zusammengenommen bieten uns die Deutungen eine Erklärung für jedwede politische Entwicklung - im Nachhinein: Ob Rechtsextremismus zu- oder abnimmt, ob er bei armen Absteigern oder saturierten Mittelschichten, in Ost- oder Westdeutschland, bei Jugendlichen oder Medien auftaucht, ob er sich gegen kapitalistische Modernisierung oder veralteten Sozialismus richtet, ob er sich als soziale Bewegung bündelt, auf barbarische Gewaltakte beschränkt bleibt oder im Wahlverhalten verharrt - gleich welche Entwicklung, sie wird prognostiziert worden sein."¹³¹

Wir haben darauf verzichtet, Details der Diskussionen mitzutellen, weil sie für unser Vorhaben unerheblich sind. Entscheidend ist vielmehr, dass der Forschungsstand vier Bündel von Erklärungsfaktoren umfasst, die die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen ermöglichen bzw. begünstigen könnten:

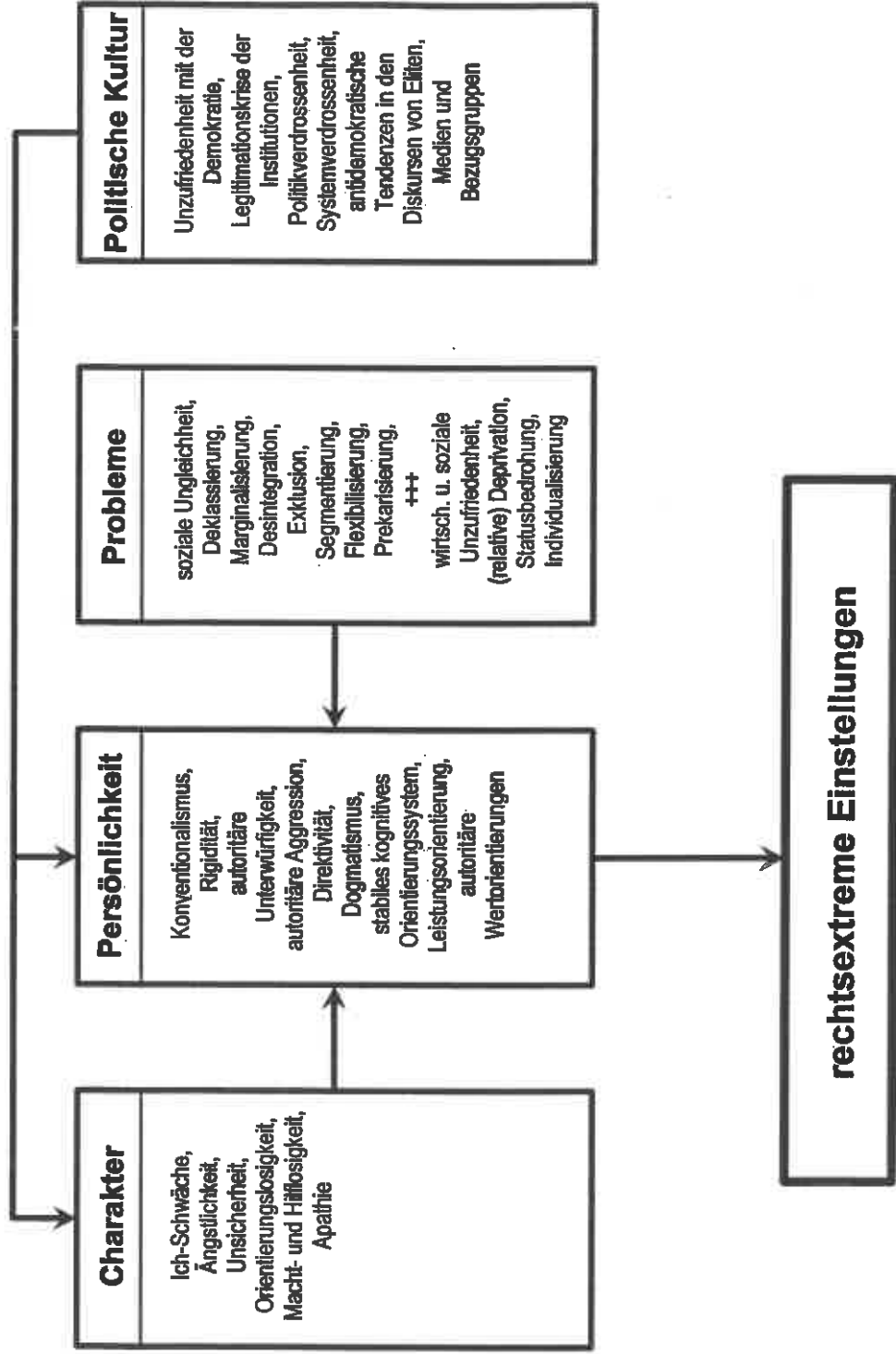
- ▶ tief verankerte und stabile Charaktermerkmale, die die Struktur einer Persönlichkeit prägen;
- ▶ Persönlichkeitseigenschaften, die mögliche verhaltenssichernde und Orientierung bietende psychische Verarbeitungsformen der zu bewältigenden Probleme darstellen;
- ▶ in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen entstandene und von den Individuen zu bewältigende Probleme;
- ▶ Elemente der politischen Kultur.

129 Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 2003, S. 497-534.

130 Kurt Möller: Gewalt und Rechtsextremismus. Konturen - Erklärungsansätze - Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen, in: Kurt Möller/Siegfried Schiele (Hrsg.), Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 1996, S. 12-50, Zit. S. 33.

131 Kliche (Anm. 49), S. 65.

Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen



Aus dieser hoch aggregierten Perspektive erscheint es für die Theoriebildung nachrangig, ob der zu bewältigende Problemdruck eher durch Individualisierung, Segmentierung oder Prekariisierung verursacht ist, entscheidend dürfte sein, in welchem Umfang die arbeits- und lebensweltliche Existenz der Individuen mit sozialen und ökonomischen Bedrohungen konfrontiert ist und wie diese subjektiv verarbeitet werden. Es kommt wohl auch weniger darauf an, ob die hier beschriebenen Prädiktorenbündel vollständig oder ob ihre Bestandteile qualitativ gleichgewichtig und trennscharf sind. Bedeutsam für die Theoriebildung ist die **sorgfältige Unterscheidung zwischen den vier Komplexen**¹³² und die Beantwortung der strittigen Frage, **wie diese vier Ursachenkomplexe untereinander und mit Rechtsextremismus zusammenhängen**. Die klassische Autoritarismusforschung sieht in den Charaktermerkmalen und den daraus erwachsenden Persönlichkeitseigenschaften die maßgeblichen Prädiktoren für Rechtsextremismus. Neuerdings werden Persönlichkeitsmerkmale aber auch auf die zu bewältigenden Problemlagen zurückgeführt. Andere Ansätze stellen eine unmittelbare Beziehung zwischen Problemlagen und Rechtsextremismus her, wobei Persönlichkeitseigenschaften und Charaktermerkmale weithin ausgeblendet werden. Darüber hinaus gibt es Ansätze, die von antidemokratischen Elementen in der politischen Kultur direkt auf Rechtsextremismus schließen.

In der Literatur wird zudem kritisch angemerkt, dass viele der genannten einzelnen Erklärungsfaktoren bzw. Prädiktoren nicht notwendigerweise extrem rechte Orientierungen begünstigen. Sie könnten auch linksgerichtete Reaktionen bewirken. Das gilt vor allem für die zu bewältigenden Probleme und für die politische Kultur. Aber auch die gesteuerten Persönlichkeitseigenschaften generieren nicht zwangsläufig rechtsgerichtete Einstellungen und Verhaltensweisen. Erhebliche Kritik wird auch an behaupteten oder vermuteten Zusammenhängen zwischen einzelnen Ursachenkomplexen und Rechtsextremismus geäußert. So bezweifelt Winkler beispielsweise, dass sich Rechtsextremismus allein auf ökonomische Ungleichgewichtszustände zurückführen lässt und dass Orientierungslosigkeit mit dem Grad des gesellschaftlichen Wandels zunimmt¹³³. Scherr stellt die Rückführung von Persönlichkeitseigenschaften und politischen Orientierungen auf gesellschaftliche Verhältnisse in Frage¹³⁴. Hoffmann-Lange hält den "Rückgriff auf individualpsychologische Analogien zur Erklärung von Makrophänomenen" für problematisch; insbesondere seien politische Einstellungen "kein simpler Reflex der persönlichen Lebenssituati-

132 Wir belassen es hier ohne weitere Nachweise bei der Feststellung, dass in der Literatur diesbezüglich oft ein kunterbuntes Durcheinander herrscht.

133 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 34, 40.

134 Albert Scherr: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, In: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 97-120, bes. S. 109, 112.

on"¹³⁵. Auch Hentges und Flecker konnten bei ihren Forschungen keinen "unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Lebenslage und der Übernahme rechtspopulistischer Ideologien feststellen"¹³⁶. Ebenso verwirft Götz die "am Prinzip der Außenleitung orientierten" sozio-ökonomischen Modernisierungsansätze¹³⁷ und macht die psychologischen Ursachen des Rechtsextremismus zum Gegenstand seiner Untersuchung. Es ist mithin keineswegs geklärt, in welcher Beziehung die verschiedenen Ursachenkomplexe zueinander stehen und wie sie Rechtsextremismus beeinflussen.

Mehr noch: Die erwähnten Erklärungsfaktoren zielen zumeist nicht nur auf die inhaltliche Bestimmung von Rechtsextremismus, sondern auch auf funktionale Aspekte. Es reicht also nicht aus, Rechtsextremismus als antidemokratisches Denken und Handeln zu definieren. Zusätzlich müssen Annahmen darüber formuliert werden, warum und wie Rechtsextremismus in die Köpfe der Menschen gelangt und welche Funktionen er für die Individuen erfüllt. In funktionaler Hinsicht werden vor allem genannt: Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung. Auch auf die Frage, wie rechtsextreme Denkmuster entstehen und wann sie von Individuen übernommen werden, gibt es keine eindeutigen Antworten.

Auf der **Angebotsseite** werden zunächst intellektuelle Ideologieproduzenten genannt, die versuchen, ihre Produkte (Systemkritik, Bedrohungsszenarien, Feindbild-Konstruktionen, Gesellschaftsbilder, Patentlösungen) in die intermediäre Sphäre zu implementieren. Dann übernehmen rechtsextreme Organisationen deren Vorstellungen, setzen sie in Programme um und popularisieren sie. An dritter Stelle stehen die Diskurse der etablierten Organisationen, Medien und Eliten, die rechtsextremes Gedankengut (teilweise, in abgeschwächter Form etc.) aufgreifen und damit gesellschaftsfähig machen¹³⁸. Die These, dass Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ entsteht, besagt auch, dass die großen Volksparteien, die Regierungen, die

135 Ursula Hoffmann-Lange: Das rechte Einstellungspotenzial in der deutschen Jugend, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 121-137, Zit. S. 135.

136 Hentges/Flecker (Anm. 123), S. 50. Die Ergebnisse finden sich in: Gudrun Hentges/Malte Meyer: *Right-Wing Extremist Attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism*. Wien/Köln: USB-Publishing 2003.

137 Götz (Anm. 92), S. 397 f.

138 Richard Stöss: *Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 106 ff.; Helmut Kellershohn: *Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung*, in: Ders. (Hrsg.), *Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit*, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1994, S. 17-50; Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch 1987.

Massenmedien - und eben auch die Gewerkschaften - durch ihre Definitionen des „Normalen“ und durch die von ihnen vertretenen Problemlösungen - etwa: Vorrang für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt, Inländerprimat bei der Arbeitsvermittlung - dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten und daher verstärkend wirken können¹³⁹. In der Parteien- und in der Medienkonkurrenz erscheint die Bedienung von rechtsextremen Stimmungen und Vorurteilen nicht selten als Erfolg versprechende Marktstrategie.

Auf der **Nachfrageseite**, bei den Bürgern, muss zunächst ein gewisser Bedarf nach derartigen Deutungsangeboten, Orientierungshilfen, Sinnstiftungen und Schutz- und Stärkeversprechungen vorhanden sein. Massenhafte Nachfrage entsteht offenbar aber erst, wenn die Unzufriedenheit besonders groß und die Delegitimierung des politischen Systems bzw. einzelner Bestandteile weit vorangeschritten ist, wenn die Hemmschwellen sinken und wenn rechtsextreme Ideen nicht als sozial unerwünscht gelten. Dies ist zumeist dann der Fall, wenn die Eliten- und die Mediendiskurse rechtsextreme Denkfiguren aufnehmen und sie dadurch Eingang in die Diskurse von Bezugsgruppen und schließlich in die Alltagsdiskurse finden¹⁴⁰. Ungeklärt ist noch die Frage, ob sich rechtsextreme Dispositionen aus externen Angeboten speisen oder ob sie bei bestimmten Menschen latent vorhanden sind und in speziellen Situationen aktiviert werden.

Insgesamt ist der Theoriestand - also empirisch halbwegs gesicherte Annahmen über den Zusammenhang von abhängiger Variable (Rechtsextremismus), unabhängigen Variablen (unmittelbaren Prädiktoren oder auch Determinanten) und intervenierenden Variablen (mittelbaren Prädiktoren) - noch recht defizitär. Nun ist es zwar nicht das Kernanliegen unseres Forschungsvorhabens, eine Theorie des Rechtsextremismus zu entwickeln. Uns interessieren rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern. Zwar zielt unsere Leitfrage darauf ab, ob Gewerkschaftsmitglieder diesbezüglich (und überhaupt) ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Da die (spezielle) Spiegelbildthese beansprucht, gewerkschaftlichen Rechtsextremismus zu erklären, müssen wir zwangsläufig auch der Frage nachgehen, ob sich die Ausbreitung des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern nach demselben Muster vollzieht wie bei Nicht-Mitgliedern. Unsere Aufgabe besteht also auch darin, eine vergleichende Ursachenanaly-

139 Vgl. dazu z.B. Hajo Funke: *Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus*, Göttingen: Lamuv 1993; Hajo Funke: *Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik*, Berlin: Hans Schiler 2002.

140 Siegfried Jäger: *Brandsätze. Rassismus im Alltag*, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992, S. 17 ff.; Teun A. van Dijk: *Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus*, in: *Rassismus und Migration in Europa, Argument-Sonderband AS 201*, Hamburg: Argument-Verlag 1992, S. 289-313.

se durchzuführen. Dabei gehen wir von folgenden, empirisch noch zu überprüfenden, **Vorannahmen** über die Genese von rechtsextremen Einstellungen aus:

Als zentrale Prädiktoren betrachten wir die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Politische Kultur beeinflusst als "Intervenierende" Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich Charaktermerkmale nicht mit Mitteln der empirischen Sozialforschung bestimmen lassen.

2.3 Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Trotz der berechtigten Kritik am Theoriestand hält die Forschung doch eine Fülle von Einzelthesen über die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus bereit. Daher ist es erstaunlich, dass diese Thesen so gut wie nicht für die Analyse des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus fruchtbar gemacht worden sind. Gewerkschaften sind - wie bereits erwähnt - Terra incognita der (empirischen) Rechtsextremismusforschung. Zu Beginn dieses Kapitels haben wir Dammann mit einem (vermeintlichen) Klischee über die Gewerkschaften zitiert: "Ein typisches Gewerkschaftsmitglied ist links, wählt die SPD und lehnt rechtsextremistische Parolen ab." Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass diese Generalisierung unzulässig ist. Dass die Anhänger der Linksparteien in der Weimarer Republik anfällig für den Nationalsozialismus waren, wird von niemandem ernsthaft bestritten. Diskutiert wird über die Ursachen. Während vor allem die orthodoxe Linke dafür seit ehedem ausschließlich die verfehltete Politik von SPD und Gewerkschaften verantwortlich machte¹⁴¹, entwickelten psychoanalytisch orientierte Marxisten (Fromm, Reich) in den Endjahren der Weimarer Republik das Autoritarismus-Konzept. Sie glaubten, dass bestimmte Charaktermerkmale ein Individuum besonders anfällig für Faschismus machen.

Die erste große empirische Untersuchung über die sozialen und psychologischen Einstellungen der Arbeiter und Angestellten am Ende der Weimarer Republik wurde von Erich Fromm geleitet: "German Workers 1929 - A Survey, its Methods and Results". Das wohl wichtigste Ergebnis der gewiss nicht repräsentativen Studie besteht in dem dennoch überzeugenden Nachweis, dass die Mehrheit der linken Arbeitnehmer gegen Ende der Weimarer Republik trotz der politisch-

¹⁴¹ Dieses Argument wurde selbst von sozialwissenschaftlicher Seite bis in die jüngste Vergangenheit vorgetragen. Vgl. z.B. Reinhard Kühnl: Der Einfluss rechtsradikalen Gedankenguts auf die Arbeitnehmer, in: Blick nach rechts, Sonderausgabe 7, September 1982 (hrsg. v. Presseausschuss Demokratische Initiative, PDI).

ideologisch hoch polarisierten Situation nicht über ein konsistentes linkes bzw. sozialistisches Einstellungsmuster verfügt, dass vielmehr erhebliche Diskrepanzen zwischen politischen Orientierungen und Persönlichkeitsmerkmalen bestanden haben dürften. Autoritäre Dispositionen bedeuteten zwar nicht automatisch Sympathien für den Nationalsozialismus, aber sie bildeten doch Anknüpfungspunkte für die Doktrin der Nazis, und zwar prinzipiell unabhängig davon, welcher sozialen Schicht eine Person angehörte und wo sie sich im Links-Rechts-Spektrum verortete. Fromm äußerte sich in dieser Studie zwar nicht dezidiert zu Faktoren, die die Anfälligkeit für faschistische Propaganda mindern. Wir haben allerdings zwei Hinweise gefunden, die auch für unsere Untersuchung wichtig sein könnten. Zum einen zeigte sich, dass sich politische Aktivität hinderlich auf die Ausbreitung von rechtsextremem Gedankengut auswirkt: Wähler waren anfälliger als Parteimitglieder, Parteimitglieder anfälliger als Parteifunktionäre. Zum anderen teilte Fromm eher beiläufig mit, dass viele Links-Autoritäre den "Umsturz der besitzenden Klassen" wünschten. "Auf der anderen Seite übten Programmpunkte wie Freiheit und Gleichheit nicht die geringste Anziehungskraft auf sie aus, denn sie gehorchten bereitwillig jeder mächtigen Autorität, die sie bewunderten, und sie liebten es, andere zu beherrschen, sofern sie selbst die Macht dazu hatten."¹⁴² Daraus kann geschlossen werden, dass mangelnde demokratische Orientierungen extrem rechte Positionen begünstigten. Wenn wir die politische Aktivität hinzunehmen, dann lehrt uns die Studie von Fromm, dass ein ausgeprägtes politisch-demokratisches Engagement als wichtige Barriere gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus gewirkt hat. Auch die Marienthal-Studie gelangte zu dem Befund, dass sozio-ökonomische Faktoren nicht unbedingt politische Orientierungen determinieren. Derselbe sozio-ökonomische Status konnte unterschiedliche Haltungen und Reaktionen hervorbringen. In Krisensituationen wuchs jedenfalls nicht automatisch das revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft. Wahrscheinlicher waren apathische oder sogar anomische Haltungen. Das Arbeitermilieu mag damals politisch links angesiedelt gewesen sein, antifaschistisch war es deswegen noch lange nicht¹⁴³.

Auch Lipset erklärte den "working class authoritarianism" in erster Linie nicht mit sozialpsychologischen sondern mit sozialstrukturellen Faktoren. Auf der Grundlage einer Fülle von empirischen Untersuchungen glaubte er den Nachweis erbringen zu können, dass Autoritarismus weithin ein Unterschichtenphänomen ist:

142 Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearb. u. hrsg. v. Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980, S. 53.

143 Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1978.

"Die soziale Situation prädisponiert die unteren Schichten, insbesondere in ärmeren Ländern mit niedrigem Bildungsniveau, zu einem Schwarz-Weiß-Bild von der Politik. Unter sonst gleichen Umständen sind sie daher eher als andere Schichten geneigt, extremistische Bewegungen zu begünstigen, die eine leichte und rasche Lösung der sozialen Frage versprechen und eine starre Richtung verfolgen."¹⁴⁴

Als Ursachen für die autoritären Dispositionen der unteren sozialen Schichten nannte Lipset "geringe Bildung, geringe Mitarbeit in politischen oder freiwilligen Organisationen irgendwelcher Art, geringe Belesenheit, isolierte Berufe, wirtschaftliche Unsicherheit und autoritäres Familienregiment". Allerdings seien Arbeiter, die sich in Arbeiterorganisationen aktiv betätigen, weniger autoritär als der Durchschnitt der Arbeiter. Auch Lipset unterschied zwischen ökonomisch-sozialen und politischen Orientierungen und glaubte, dass den Arbeitern mehr an der Ausweitung des Sozialstaats als an der Stärkung demokratischer Rechte gelegen sei. Dass die Organisationen der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert maßgeblich zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie beigetragen haben, übersah Lipset nicht. Damals habe allerdings ein innerer Zusammenhang zwischen dem Kampf um demokratische und um soziale Rechte bestanden. Mit der Durchsetzung demokratischer Verfassungsstaaten hätten die demokratischen Forderungen jedoch an Bedeutung verloren, mehr für die Gefolgsleute als für die Führer der Arbeiterorganisationen. Aus der Tatsache, dass die Organisationen demokratisch handelten, könne nicht auf die politischen Orientierungen ihrer Anhänger geschlossen werden. **Offenbar korrespondieren linke Positionen in ökonomisch-sozialen Fragen nicht notwendigerweise mit demokratischen Orientierungen im Staat.**

Die Thesen von Lipset sind intensiv diskutiert und empirisch überprüft worden:

"Ein zentrales, immer wieder bestätigtes inhaltliches Ergebnis dieser Untersuchungen lautet: Während es einen klaren inversen Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Bildungsgrad gibt, ist der Einfluss der Schicht- oder Klassenzugehörigkeit auf den Autoritarismus nicht so klar strukturiert. Er ist zum einen schwächer als der des Bildungsgrades, und die Richtung ist uneinheitlicher. Es spricht viel dafür, dass Arbeiter zwar etwas autoritärer als der Durchschnitt der Bevölkerung sind, aber nicht die soziale Gruppe mit den höchsten Autoritarismus-Werten darstellen."¹⁴⁵

Die klassischen Untersuchungen über Arbeiter- und Angestelltenbewusstsein in Nachkriegsdeutschland enthalten keine Hinweise auf politische Einstellungen in Bezug auf den Nationalsozialismus, auf Neofaschismus, "Gastarbeiter" etc. Übrigens wurde auch nur in Ausnahmefällen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterschieden. Letzteres gilt nicht für

144 Seymour Martin Lipset: Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin: Luchterhand 1962, S. 98.

145 Wulf Hopf: Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 93-118, Zit. S. 104.

das 1985/86 im Auftrag mehrerer Einzelgewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Projekt "Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern"¹⁴⁶. Die Befragung erstreckte sich zwar ebenfalls nicht auf extrem rechte Einstellungen, förderte jedoch teilweise deutliche Unterschiede in den politischen Orientierungen von Organisierten und Unorganisierten zu Tage. Bei den "Zielpräferenzen für die Zukunft" zeigten sich Gewerkschaftsmitglieder wesentlich reformfreudiger als Nicht-Mitglieder. Letztere sprachen sich dagegen häufiger für mehr konservative Grundwerte (mehr Pflichtbewusstsein, mehr Leistung, mehr Ruhe und Ordnung, mehr Beachtung von Sitte und Moral) aus als Organisierte. Bei den auf Neoliberalismus zielenden Statements "Bei der sozialen Sicherheit sollte jeder in erster Linie für sich selbst sorgen" und "Wer fleißig ist, bekommt letztlich immer Arbeit" fiel die Zustimmung generell sehr hoch, der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten dagegen recht bescheiden aus. Für soziale Selbstverantwortung votierten 48 Prozent aller Arbeitnehmer und 45 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, das Fleiß-Statement bejahten 54 Prozent der Arbeitnehmer und 48 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder¹⁴⁷. In Bezug auf das gewerkschaftliche Konzept der "sozial gesteuerten Innovation" gelangte das Projekt zu dem Befund, dass es "gegen eine breite konservative Grundstimmung in der Arbeitnehmerschaft, aber auch innerhalb der Gewerkschaften selbst durchgesetzt werden" muss¹⁴⁸.

In der Hoffnung, aus Bevölkerungsbefragungen genauere Informationen bezüglich der allgemeinen Spiegelbildthese zu erhalten, haben wir alle bis Ende der siebziger Jahre verfügbaren Datensätze inspiziert, die Angaben über allgemeine politische Orientierungen und zugleich über Gewerkschaftsmitgliedschaft enthalten¹⁴⁹. Als ertragreich erwies sich lediglich die "Political Action-Studie"¹⁵⁰: 1969 stuften sich 16 Prozent der Mitglieder, aber nur zehn Prozent der Nicht-Mitglieder als links ein. Der Sozialstaat und das Ziel "soziale Gerechtigkeit" wurden von Mitgliedern nachdrücklicher unterstützt als von Nicht-Mitgliedern. 48 Prozent der Mitglieder wollten bei der kommenden Bundestagswahl die SPD wählen, von den Nicht-Mitgliedern wollten das nur 25 Prozent. Durchgängig zeigten sich Organisierte politisch wesentlich selbstbewusster, interessierter und aktiver als Unorganisierte. Auf Grund einer Verhaltenstypologie wurden 17 (27)

146 Dieter Fröhlich/Hubert Krieger/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider: Gewerkschaften vor den Herausforderungen der neunziger Jahre, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989. Der Bericht erschien in der ersten Fassung bereits 1987 in der Grauen Reihe der Hans-Böckler-Stiftung.

147 Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider: Arbeitnehmerbewusstsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 135 ff., 148.

148 Stöss/Schneider/Smid (Anm. 44), S. 136.

149 Die Analysen wurden von Markus Stengel durchgeführt.

150 Samuel H. Barnes/Max Kaase u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979.- Der Datensatz ist im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln unter der Nr. ZA 0765 archiviert.

Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (Nicht-Mitglieder) als "Inaktive", 13 (13) Prozent als "Konformisten", 33 (22) Prozent als "Reformisten", 13 (7) Prozent als "Aktivisten" und 21 (27) Prozent als "Protestierer" eingestuft. Organisierte stimmten Statements, die auf unkonventionelle Partizipation (Verkehrsblockade, Sachbeschädigung, Gewalt usw.) zielten, seltener bzw. genauso häufig zu wie Organisierte. Eine "normale", etatistische Grundhaltung der Gewerkschaftsmitglieder machte sich auch bei dem Index "Repressionshaltung"¹⁵¹ bemerkbar. Auch bei anderen Fragen, die auf konservative, systemintegrierte Orientierungen schließen lassen, unterschieden sich Organisierte kaum von Unorganisierten. Der Datensatz enthält leider nur ein Statement (Gleichstellung der Gastarbeiter), das auf rechtsgerichtete Einstellungen hindeuten könnte: Dies lehnten 24 Prozent der Mitglieder und 35 Prozent der Nicht-Mitglieder ab.

Insgesamt vermitteln die Daten den Eindruck, das Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern damals eher links und sozial, gleichzeitig besonders zufrieden, interessiert und aktiv waren. Aber es bestand offenbar auch eine konservative Grundhaltung, die auf Systemintegration hindeutete. **Die allgemeine Spiegelbildthese dürfte also nur teilweise gelten haben.**

Die einzige Untersuchung, die sich intensiv mit Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern vor der Entstehung der Republikaner befasst, wurde 1975 von Ursula Jaerisch publiziert¹⁵². Sie untersuchte am Frankfurter Institut für Sozialforschung Ende der sechziger Jahre die Wirkung rechtsextremer Propaganda auf unterschiedliche Bevölkerungsschichten, insbesondere auf die Unterschicht und auf Gewerkschaftsmitglieder. Rechtsextremismus wurde mittels einer Skala gemessen, deren Items aus Propagandaslogans der NPD bestanden. Jaerisch bestätigte zunächst den von uns bereits erwähnten Befund von Liepelt, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft eine wichtige Barriere gegen die Bereitschaft, die NPD zu wählen, darstellt. Hinsichtlich der Zustimmung zu den NPD-Slogans erwiesen sich die unteren sozialen Schichten allerdings als besonders zugänglich für die Propaganda der Nationaldemokraten.

151 Damit ist die Bereitschaft gemeint, staatlichen Institutionen rigide Zwangsmittel in der Auseinandersetzung mit Personen zuzubilligen, die sich scheinbar nicht in die Gemeinschaft einfügen wollen. Vgl. Barnes/Kaase (Anm. 150), S. 555 f.

152 Gleichzeitig erschien die Studie von Thomas A. Herz: Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten, Meisenheim a. Glan: Hain 1975. Danach zeigten Arbeiter, Angestellte und Beamte nur geringe Sympathien für die NPD (S. 141). Anfällig für rechtsextreme Ideologie waren dagegen (neben den Landwirten) vor allem die un- und angelernten Arbeiter (S. 154). Mitglieder in Berufsorganisationen (darunter auch Gewerkschaften) zeigten genauso viele Sympathien für die NPD wie Nicht-Mitglieder (S. 171).

"Dass Vorurteile gegen ausländische Arbeiter zur Zeit der Untersuchung bei der privilegierten Bildungsschicht schwächer zu sein schienen als bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen, erklärt sich aus der Tatsache, dass die ausländischen Arbeiter für die privilegierte Gruppe keine potentiellen Konkurrenten bildeten, wohl aber für die wenig qualifizierten Arbeiter, insbesondere für die älteren unter ihnen. (...) So lassen sich die Aversionen der Arbeiter und der unteren Gruppen der Lohnabhängigen gegen ausländische Arbeiter stringenter als die Vorurteile relativ privilegierter Mittelstandsgruppen auf Ängste zurückführen, die die Klassenlage produziert, auf die Angst vor unmittelbaren Konkurrenten, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder Lohninbußen durch Degradation im betrieblichen Lohnsystem."¹⁵³

Bei den Motiven für Fremdenfeindlichkeit unterschied Jaerisch also zwischen **berechtigten sozioökonomischen Ängsten** der unteren Schichten und **psychisch bedingten Vorurteilen** von privilegierten Gruppen, deren sozialer Status durch Ausländer gar nicht bedroht war. (Dieser Gedanke findet sich später in den Thesen vom Standortnationalismus bzw. vom reaktiven Nationalismus wieder.) Weiterhin ergaben die Analysen von Jaerisch, dass Parteipräferenzen für die SPD und Gewerkschaftsbindungen die Aufgeschlossenheit gegenüber der NPD-Propaganda nur bedingt minderten:

"Zwar war die Zustimmungsbereitschaft zu dem gesamten Propagandaangebot bei den gewerkschaftlich Organisierten schwächer als bei denjenigen ohne gewerkschaftliche Bindungen; das traf aber weder in gleichem Ausmaß für die verschiedenen Schichten und Altersgruppen der Arbeiter zu, noch hat die Orientierung an den Gewerkschaften eine Immunisierung gegen alle Aspekte der NPD-Propaganda bewirkt."¹⁵⁴

Über gewerkschaftlich organisierte Arbeiter schrieb Jaerisch:

"Gewerkschaftszugehörigkeit verband sich bei über vierzigjährigen Arbeitern mit vergleichsweise geringer Anfälligkeit für regressive Propaganda, bei jüngeren Arbeitern war ein solcher Zusammenhang kaum noch festzustellen. Nur in der Gruppe der älteren Arbeiter waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern mehr Resistente zu finden als unter den Nichtmitgliedern."¹⁵⁵

Dass sich gerade junge Gewerkschaftsmitglieder aus der Arbeiterschaft als wenig resistent gegenüber der NPD-Ideologie erwiesen, erklärte Jaerisch damit, dass für diese Gruppe Gewerkschaftsmitgliedschaft "wenn nicht eine Routineangelegenheit, so doch häufig eine ebensolche Selbstverständlichkeit wie Kranken- und Sozialversicherung"¹⁵⁶ sei. Dass Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht nachhaltig gegen Rechtsextremismus immunisierte, erklärte Jaerisch wie folgt:

"Mit der Entpolitisierung der Arbeiterschaft sind die Unterschiede im politischen Denken weitgehend getilgt worden, die zwischen den Arbeitern, die kollektive Interessen und die Möglichkeit, sie zu vertreten, wahrnahmen, und denjenigen bestanden haben mochten, die sich gegenüber Klassenorganisationen ablehnend oder indifferent verhielten. (...) Da die Gewerkschaften zu

153 Ursula Jaerisch: Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie, Frankfurt a. Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975, S. 123, 124.

154 Jaerisch (Anm. 153), S. 134.

155 Jaerisch (Anm. 153), S. 137.

156 Jaerisch (Anm. 153), S. 137.

einer Politisierung der Gesamtheit ihrer Mitglieder wenig beigetragen haben, waren konsistente politische Vorstellungen, die es den Gewerkschaftsmitgliedern ermöglicht hätten, die Skalen-sätze als zusammenhängende Elemente regressiver Propaganda zu durchschauen, kaum vorhanden. (...) In ihrer gegenwärtigen Struktur prägen die Gewerkschaften die politische Öffentlichkeit nicht so weit, dass sie einen Gegenpol für die den Massen durch die verschiedenen Medien aufgedrängte antidemokratische Ideologie bilden würden."¹⁵⁷

Abgesehen einmal davon, dass die Befunde nicht ganz eindeutig formuliert sind und Jaerisch unter Immunität offenbar "absolute Immunität" versteht, zeigt die Untersuchung doch, dass **1969 jedenfalls ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder empfänglich für die NPD-Propaganda war**. Ob dies einen Widerspruch zum Wahlverhalten bedeutet, kann nicht beurteilt werden, da weder die Daten von Jaerisch noch die von Liepelt für Sekundäranalysen zur Verfügung stehen¹⁵⁸. Das gilt im Übrigen auch für die Daten der SINUS-Studie, die neben Liepelt die zweite Quelle für die Immunisierungsthese ist. Jedenfalls erklärt Jaerisch den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus implizit mit der Spiegelbildthese. Dabei stützt sie sich auf damals gängige Thesen der Industriesoziologie, die einen Wandel der Gewerkschaften von Wertegemeinschaften zu systemintegrierten, zweckrationalen "business unions", konstatierten¹⁵⁹.

Interessant ist auch ihre Kritik am sozialpsychologischen Autoritarismusbegriff der "Authoritarian Personality": Die F[aschismus]-Skala sei im Grunde genommen mit Blick auf die bürgerlichen Mittelschichten konzipiert worden und eigne sich nicht für die Messung von Autoritarismus bei der Unterschicht. Adorno & Co. hätten in der Negation des autoritären Charakters das Ideal bildungsbürgerlicher individueller Ich-Identität und Autonomie gesehen, das nicht auf die Arbeiterklasse übertragbar sei. Die Methoden der "Kritischen Theorie", derer sie sich selber bei ihrer Untersuchung bedient hat, seien mithin nicht geeignet, Autoritarismus bei Arbeitern nachzuweisen.

"These dieser Überlegungen ist, dass bereits die F-Skala zumindest teilweise auch solche Normen und Verhaltensmuster bei Arbeitern als autoritär erscheinen ließ, die weniger triebdynamischen Ursprungs sind als zwangsläufig durch ökonomische Lage, Berufs- und Geschlechtsrollen, vorgegebene Umwelt und Zukunftsperspektiven bedingt werden."¹⁶⁰

157 Jaerisch (Anm. 153), S. 138.

158 Herz (Anm. 152) hat ebenfalls einen Unterschied zwischen rechtsextremem Wahlverhalten und rechtsextremen Einstellungen ermittelt.

159 Maßgeblich für diese Einschätzung waren offenbar die Ergebnisse der Studien von Heinrich Popitz/Hans Paul Bahrdt/Ernst August Jüres/Hanno Kesting: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Tübingen: Mohr 1957, sowie Horst Kern/Michael Schumann: *Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein*, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1970.

160 Jaerisch (Anm. 153), S. 154.

Noch deutlicher formuliert sie als Resümee ihrer Studie:

"Den abhängigen Klassen war die individualistische Wahrnehmung ökonomischer und politischer Rechte unmöglich. Sie konnten sich weder als selbstbewusste, in der Öffentlichkeit agierende Citoyens, noch kontemplativ als Privatleute verhalten. Ihre Emanzipation war und ist angewiesen nicht auf den Nachvollzug bürgerlicher, stets auch individueller Emanzipation, sondern auf eine Solidarität, die sich nur über den Bereich der materiellen Produktion und Reproduktion, nicht losgelöst von ihm bilden kann."¹⁶¹

Der Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird hier unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten als Widerspruch von Kollektivismus bzw. Solidarität und Individualismus gedeutet. Da Faschismus konsequent antiindividualistisch ist, findet er mit seiner volksgemeinschaftlichen Weltanschauung Andockpunkte bei den Unterschichten:

"Rechtsextreme Propaganda appelliert an einen Kollektivismus, der nicht unmittelbar als den Interessen der unteren Schichten konträr durchschaut werden kann. Es wird ihr in einem gewissen Ausmaß gelingen, selbst solche Dispositionen anzusprechen, die im Gegensatz zu bürgerlich-individualistischen Attitüden den Notwendigkeiten solidarischen Handelns entsprechen. So werden Motive, die als solche zu Recht bestehen, wie der Wunsch nach kollektivem Selbstbewusstsein und kollektiver Anerkennung, von der Ideologie des Rechtsextremismus in einen Kontext gedrängt, in dem sie für die Zwecke einer reaktionären Politik missbraucht werden können."¹⁶²

Fassen wir die bisherigen Befunde zusammen: Generell gilt, dass Arbeiter (als besonders wichtige Mitgliedergruppe der Gewerkschaften) überdurchschnittlich autoritär sind und dass Autoritarismus einen wichtigen Anknüpfungspunkt für Rechtsextremismus bietet. Als weitere Andockmöglichkeit kommt der antiindividualistische, volksgemeinschaftliche Impetus des Faschismus in Betracht, der an den Kollektivismus der unteren Schichten appelliert¹⁶³. Als Gegenmittel gegen Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus wirkt politisch-demokratisches Engagement. Allerdings legen Arbeiter weniger Wert auf Demokratie als auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit. Ende der sechziger Jahre sympathisierten Gewerkschaftsmitglieder offenbar vergleichsweise selten mit rechtsextremen Parteien, jedoch dürfte damals zumindest ein Teil der Organisierten empfänglich für rechtsextremes Gedankengut gewesen sein. Die allgemeine

161 Jaerisch (Anm. 153), S. 181.

162 Jaerisch (Anm. 153), S. 128 f.

163 In diesem Zusammenhang wird oft auch - zumeist wohl in polemischer Absicht - die (angeblich) soziale Ausrichtung des Faschismus genannt: "Aufs Ganze gesehen ist die Diskussion über den politischen Standort des Nationalsozialismus nie gründlich geführt worden. Stattdessen hat man zahlreiche Versuche unternommen, jede Verwandtschaft von Hitlerbewegung und Sozialismus zu bestreiten." (Joachim Fest: War Adolf Hitler ein Linker?, in: Die Tageszeitung v. 27./28.9.2003, S. 13) Dass sich faschistische und staatssozialistische bzw. stalinistische Regime hinsichtlich ihrer Herrschaftsmethoden kaum unterscheiden, lässt sich leicht behaupten, zumal dazu seriöse komparative Analysen vorliegen (Arendt, Linz). Dass sich faschistische und sozialistische/kommunistische Bewegungen hinsichtlich ihrer Ziele gleichen, muss indessen bezweifelt werden. Auch konnte bislang noch nie ein unmittelbarer Zusammenhang von sozialistischen und faschistischen (von linksextremen und rechtsextremen) Orientierungen auf der Mikroebene empirisch nachgewiesen werden.

Spiegelbildthese trifft für diese Zeit allenfalls teilweise zu. Auffällig ist das starke, allerdings konventionelle politische Engagement der Gewerkschaftsmitglieder, das die Anfälligkeit für Rechtsextremismus begrenzt haben dürfte. Allerdings könnte die verbreitete konservative Grundstimmung in Teilen der Mitgliederschaft eine gegenläufige Wirkung gehabt haben.

In den letzten 15 Jahren hat sich die Datenlage nicht grundsätzlich verbessert. 1989, im Jahre der großen Wahlerfolge der Republikaner, führten Brähler u.a. Befragungen in Westdeutschland durch, die unter anderem auch eine Fülle von interessanten Einsichten in die Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern ergaben¹⁶⁴. Hinsichtlich der allgemeinen Spiegelbildthese vermitteln die Ergebnisse ein ambivalentes Bild. Oft unterscheiden sich die Meinungen von Organisierten und Unorganisierten durchaus, oft zeigen sich die Autoren aber auch überrascht, "wie gering die Unterschiede zwischen Nichtorganisierten und Gewerkschaftsmitgliedern ausfallen"¹⁶⁵. Innerhalb der Mitgliederschaft wurden bisweilen geschlechterspezifische Differenzen aufgedeckt, wobei die männlichen Mitglieder eher wie die unorganisierten Männer antworteten, während sich die Gewerkschafterinnen eher von den unorganisierten Frauen unterschieden. Insgesamt stellen Brähler u.a. fest, dass schon mit der Ära Kohl (und nicht erst seit der Vereinigung) in der westdeutschen Gesellschaft ein Entsolidarisierungsprozess, eine Entwicklung weg von sozialer Rücksichtnahme hin zu mehr Ellenbogenmentalität, eingesetzt habe. Davon seien auch die Gewerkschaften nicht verschont geblieben, wobei allerdings die weiblichen Mitglieder noch über ein solidarisches Selbstverständnis verfügten. Im Großen und Ganzen stützen die Ergebnisse wohl eher die allgemeine Spiegelbildthese.

Das bereits erwähnte Projekt von Birsl - die Befragung von Auszubildenden fand im März 1992 in Niedersachsen statt - geht nicht dem gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus nach. Es analysiert die (geschlechterspezifischen) Ursachen des jugendlichen Rechtsextremismus und zieht daraus Schlussfolgerungen für gewerkschaftliches Handeln¹⁶⁶. Ähnliche Absichten verfolgt auch Weber mit seiner sozialpsychologischen Studie, die sich auf Intensivinterviews mit sechs aktiven Gewerkschaftern bzw. Betriebsräten in Bayern stützt, allesamt Funktionäre oder we-

164 Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.): Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.

165 Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth: Gewerkschaftsmitglieder und Nichtorganisierte im Vergleich, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 88-108, Zit. S. 99.

166 Ursula Birsl/Maria Busche-Baumann/Joachim Bons/Ulrich Kurzer: Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen: Leske + Budrich 1995.

nigstens doch Sympathisanten der Republikaner¹⁶⁷. Ein Vergleich mit Nicht-Mitgliedern ist daher nicht möglich. Weber neigt dazu, seine Ergebnisse stark zu verallgemeinern und zu dramatisieren. Verantwortlich werden für den Rechtsextremismus die ökonomisch-sozialen und die politisch-kulturellen Rahmenbedingungen (und eine verfehlte Politik der Gewerkschaften) gemacht, alles Faktoren, die auch für Unorganisierte gelten. Was Weber eher grobschlächtig mitteilt, wird von anderen Autoren differenzierter dargestellt: Neoliberalismus begünstigt die Entstehung und Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und bietet dem manifesten Rechtsextremismus vielerlei Anknüpfungspunkte. Der habe die soziale Frage entdeckt¹⁶⁸ und versuche teilweise sogar, sich "als antikapitalistische Kraft von rechts" zu etablieren. Rechtsextremismus sei daher "für die Gewerkschaften eine existenzielle Herausforderung". Sie müssten folglich sowohl den organisierten Rechtsextremismus bekämpfen als auch "das Eindringen rechtsextremer Ideologeme in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft" verhindern¹⁶⁹. **Auf welchem Weg sie eindringen, wird nicht dargelegt.** Aber gerade diese Information wäre wichtig für effiziente Gegenmaßnahmen. Dörre bietet folgende Erklärung an: "Offenheit für rechtsextreme Orientierungen bei Gewerkschaftsmitgliedern entsteht als Folge spezifischer Deutungen und Verarbeitungen gesellschaftlicher Konflikte."¹⁷⁰ Dies trifft freilich, wie oben ausgeführt, auch auf Nicht-Mitglieder zu und impliziert mithin, dass gar kein Unterschied zwischen den Ursachen für Rechtsextremismus bei Organisierten und Unorganisierten besteht.

Im Grunde genommen unterstellen viele Artikel über "Gewerkschaften und Rechtsextremismus", dass Gewerkschaftsmitglieder ganz normale Menschen, dass sie ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, jedenfalls, wenn es um die Anfälligkeit für Rechtsextremismus geht. Gleichzeitig wird der gewerkschaftliche Rechtsextremismus aber als besonders problematischer Infiltrationsvorgang, als existenzielle Herausforderung für die eigentlich doch antifaschistischen Gewerkschaften bezeichnet.

Auf die neuere wissenschaftliche Diskussion über gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus übten wohl nur die Jugenduntersuchungen der schon mehrfach erwähnten Tübinger Forschungsgruppe größeren Einfluss aus. Sie hatte herausgefunden, dass gewerkschaftlich orga-

167 Klaus Weber: Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg: VSA 2001.

168 Ralf Ptak/Fabian Virchow: Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. (2001), H. 6, S. 366-375, hier S. 369.

169 Ptak/Virchow (Anm. 168), S. 370, 372.

170 Klaus Dörre: Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 166-194, Zit. S. 187.

nisierte Auszubildende stärker rechtsextreme Orientierungen aufwiesen als unorganisierte Auszubildende. Einschränkung wurde allerdings festgestellt, dass betrieblich engagierte Jugendliche deutlich weniger anfällig für Rechtsextremismus waren als Passive¹⁷¹. Die Frage, warum rechtsextreme Angebote besonders bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern auf Resonanz stießen, ließ sich mit der zur Verfügung stehenden Datenbasis nicht genau beantworten. Folgende Thesen wurden entwickelt: Da junge Gewerkschaftsmitglieder ein größeres Schutzbedürfnis aufwiesen als unorganisierte Jugendliche, betrachteten sie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft offenbar auch als "kollektive Gefahrenabwehr"¹⁷² von Bedrohungen durch Arbeitslosigkeit oder Lohnverzicht. Der Anspruch auf einen eigenen Arbeitsplatz bzw. der Wunsch nach Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes impliziert gerade unter den Bedingungen der Globalisierung immer auch Schutz vor unerwünschter Konkurrenz und kann daher leicht ethnozentrisch aufgeladen werden und in Forderungen nach Ausgrenzungsmaßnahmen münden. Zugleich erwies sich die Leistungsorientierung der organisierten Auszubildenden als besonders ideologisch besetzt. Sie korrelierte bei ihnen wesentlich stärker positiv mit Nationalismus als bei unorganisierten Jugendlichen¹⁷³.

Bei einer 1999-2002 für die IG-Metall durchgeführten Jugendstudie stellte sich heraus, dass kaum noch Unterschiede zwischen Gewerkschaftsjugendlichen und Nicht-Mitgliedern in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen bestanden. Die Werte der Unorganisierten hatten sich denen der Mitglieder angenähert. Dies erklären die Autoren damit, dass sich die internationale Konkurrenz mittlerweile "zu einem Problem für alle" entwickelt habe, dass Nationalismus als Reaktion auf die Globalisierung "generell relativ attraktiv" erscheine. Als zusätzliche Begründung wird die Spiegelbildthese genannt: "Die Gewerkschaften sind Teil der politischen Kultur und sie sind deshalb sowohl von politischen Entwicklungen als auch von politischen Orientierungen ihrer Mitglieder in besonderer Weise betroffen."¹⁷⁴

171 Vgl. Hahn/Horn (Anm. 33), S. 24, 41.

172 Hans-Werner Horn: No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg. (1995), H. 8, S. 484-496, Zit. S. 494.

173 Auf Grund einer Sekundärauswertung der ALLBUS-Daten von 1996 gelangten Ahlheim und Heger ebenfalls zu dem Ergebnis, dass junge Gewerkschaftsmitglieder (18 bis 25 Jahre) - vor allem im Westen - wesentlich fremdenfeindlicher eingestellt sind als gleichaltrige Unorganisierte. Im Westen betrug das Verhältnis 29 zu 12 Prozent, im Osten 33 zu 29 Prozent. Bei den übrigen Altersgruppen zeigten sich zwischen Organisierten und Unorganisierten im Westen nur geringe Unterschiede, im Osten waren die Organisierten sogar deutlich weniger fremdenfeindlich als die Nicht-Mitglieder. Auch die ALLBUS-Daten ermöglichten keine differenzierte Ursachenanalyse. Die Autoren glaubten noch "am ehesten" die Thesen der Tübinger Forschungsgruppe bestätigt zu sehen. Vgl. Klaus Ahlheim/Bardo Heger: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 1999, insbes. S. 47.

174 Seddlk Blbouche/Josef Held: IG-Metall-Jugendstudie. Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Marburg: Schüren 2002, S. 98.

Unabhängig von dieser neuerlichen Bestätigung der speziellen Spiegelbildthese kann als gewerkschaftstypische Ursache für Rechtsextremismus vermutet werden, dass Gewerkschaften in besonderer Weise Personen anziehen, die auf Schutz ihres mit der Arbeit verbundenen Sozialstatus angewiesen sind. Soweit dieses Schutzbedürfnis mit Leistungsorientierung zusammenhängt, und diese wieder mit Rechtsextremismus korreliert, wäre *eine* Erklärung für eine besondere Anziehungskraft der Gewerkschaften auf rechtsextrem eingestellte Personen gegeben. Aber auch für sich genommen kann Schutzbedürfnis Autoritarismus fördern. So betont Oesterreich, dass jede "Schutz und Sicherheit anbietende Instanz" zu einer Autorität "für sich unsicher und verängstigt fühlende Menschen" werden könne, auch die Gewerkschaften¹⁷⁵.

Überdies kann eine, womöglich in der Persönlichkeit angelegte, Hinwendung zu rechtsextremen Einstellungen auch das Ergebnis der Enttäuschung von Schutzerwartungen durch die Gewerkschaften sein. Insbesondere deshalb, weil die Ausübung einer "Schutzfunktion" durch kollektive Interessenvertretung, also die Organisierung von Solidarität, in besonderer Weise zum institutionellen Selbstverständnis von Gewerkschaften gehört. Vermag die kollektive, auf Solidarität beruhende Macht der Gewerkschaft angesichts globalisierter und verschärfter Konkurrenz - um Arbeitsplätze und zwischen den Arbeitsplatzinhabern - die Erwartungen der Mitglieder auf Schutz nicht mehr zu befriedigen, dann liegt in deren Hinwendung zu rechtsextrem-autoritären Wünschen und Deutungen *eine* Möglichkeit der Verarbeitung. Mehrere jüngere Untersuchungen zum Krisenbewusstsein von Betriebsräten referieren (wie übrigens auch unsere qualitative Untersuchung) heftige Klagen über den Verfall der Solidarität, den Verlust kollektiver Widerstandsfähigkeit und den Rückfall in puren Konkurrenz-Egoismus sowohl von Individuen als von gegeneinander aufgestellten Kollegengruppen, als auch von Betriebsbelegschaften gegeneinander¹⁷⁶. Regelmäßige Befragungen - etwa die Trendbarometer von Polis - ergeben, dass Gewerkschaften von ihren Mitgliedern vor allem an ihren Leistungen und Tarifergebnissen gemessen werden. Es liegt also die Vermutung nahe, dass Gewerkschaften, die dem Vordringen der Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern nichts mehr entgegenzusetzen und deshalb auch die erwarteten Leistungen und Ergebnisse nicht mehr erbringen können, nicht nur Mitglieder verlieren, sondern auch unter den - vielleicht „sicherheitshalber“ - verbleibenden enttäuschten Mitgliedern rechtsextreme Stimmungen zwar keineswegs aktiv befördern, wohl aber durch ihre

175 Oesterreich (Anm. 73), S. 121.

176 Joachim Bergmann/Erwin Bürckmann/Hartmut Dabrowski: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2002, Nr. 4, S. 1-89, insbesondere S. 18 ff.; Juri Hälker: Betriebsräte in Rollenkonflikten. Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, München/Mering: Rainer Hampp Verlag 2004.

Erfolglosigkeit passiv begünstigen. Insbesondere "Modernisierungsverlierer" wären demnach als Schutzsuchende in besonderer Weise Kandidaten für autoritäre Reaktionen und zugleich auch für Gewerkschaftsmitgliedschaft - aber eben auch für eine sehr passive und leicht enttäuschbare Mitgliedschaft. Dasselbe könnte sogar für den - noch nicht sehr großen, aber zunehmenden - Teil der "Modernisierungsgewinner" gelten, der sich verunsichert fühlt, nicht mehr allein auf die eigene Leistung vertraut und von der Gewerkschaft - oft vergeblich - Schutz erwartet.

Aus autoritarismustheoretischer Perspektive besteht also kein Unterschied zwischen der Modernisierungsgewinner- und der Modernisierungsverlierer-These, auch nicht zwischen der Individualisierungs-, Desintegrations-, Segmentierungs- und Prekarisierungs-These. Stets handelte es sich um eine Variante der **Anziehungsthese**. Sie könnte lauten, **dass den Gewerkschaften (insbesondere) solche Personen beitreten, die ihre durch gesellschaftliche Umbrüche, sozialen Wandel oder Modernisierungsvorgänge bedingten Probleme psychisch durch die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften (Konventionalismus, Rigidität, Dogmatismus, Leistungsorientierung etc.) verarbeiten, für die Rechtsextremismus funktional ist bzw. sein kann.** Aus soziologischer Sicht könnte sich die Anziehungsthese auch auf bestimmte sozialstrukturelle Arbeitnehmergruppen beziehen, die wegen ihres sozio-ökonomischen Status Persönlichkeitseigenschaften entwickeln, die dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten.

Die Frage, warum Gewerkschaftsmitglieder immun gegen Rechtsextremismus (gewesen) sein sollten bzw. unter welchen Bedingungen sie es sein könnten, wird in der Literatur gar nicht erst gestellt. Einen ersten Hinweis bietet die Autoritarismustheorie. Das Gegenteil von Autoritarismus ist Selbstbewusstsein und Autonomie. In der "Authoritarian Personality" wird der "genuine Liberale" als vollkommenes Gegenstück zum Autoritären dargestellt¹⁷⁷. Inspirierend dürfte sich dabei die bereits 1941 erschienene Schrift von Fromm "Escape from Freedom" ausgewirkt haben. Fromm hatte sich darin bemüht, die Wechselwirkungen zwischen psychologischen und soziologischen Faktoren am Beispiel der Charakterstruktur des "modernen Menschen" herauszuarbeiten. Seine Kernthese lautet, dass die Freiheit im Laufe der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft enorm zugenommen und sich damit zu einer Belastung für die Menschen entwickelt habe. Sie neigten dazu, den Freiheitsgewinn durch Flucht ins Autoritäre, Destruktive und Konformistische zu bewältigen ("negative Freiheit"). Es gelte jedoch, diesen Freiheitsge-

177 Adorno u.a. (Anm. 60), S. 781.

winn im Sinne von "Selbstverwirklichung" und "spontanem Tätigsein" zu nutzen ("positive Freiheit").

"Die positive Freiheit [führt] zur vollen Verwirklichung der dem Menschen eigenen Möglichkeiten und befähigt ihn, aktiv und spontan zu leben. (...) Der Sieg über autoritäre Systeme aller Art wird nur möglich sein, wenn die Demokratie nicht den Rückzug antritt, sondern die Offensive ergreift und das in die Wirklichkeit umsetzt, was alle jene im Sinn hatten, die in den vergangenen Jahrhunderten für die Freiheit gekämpft haben."¹⁷⁸

Dies korrespondiert mit bereits erwähnten Theorien, die in einem ausgeprägten und selbstbewussten demokratischen Engagement die Antithese zum Rechtsextremismus sehen. Die **Immunisierungsthese** könnte daher (in Abgrenzung zur Anziehungsthese) lauten, dass **Gewerkschaften (insbesondere) solche Personen organisieren, die die In Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungsvorgängen entstandenen Probleme selbstbewusst durch nachhaltige politische Partizipation bewältigen wollen.**

3. Untersuchungskonzept

3.1 Untersuchungsfragen und Untersuchungsschritte

Angesichts des außerordentlich defizitären Forschungsstandes besteht das Anliegen des Projekts darin, **Ursachen und Ausmaß des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern** zu untersuchen. Dabei beschränken wir uns nicht nur aus pragmatischen Gründen auf **rechtsextreme Einstellungen**. Erstens sind sie rechtsextremem Verhalten vorgelagert, und nur ein kleiner Teil der rechtsextrem eingestellten Personen wird auch in diesem Sinne aktiv. Zweitens widersprechen rechtsextreme Einstellungen - unabhängig davon, ob sie praktisch werden oder nicht - dem Selbstverständnis der Gewerkschaften als einer demokratischen, sozialen und solidarischen Wertegemeinschaft.

Wir gehen davon aus - und das wird sich auch durch unsere Daten bestätigen -, dass die **Mitgliederschaft der Gewerkschaften insgesamt im Großen und Ganzen genauso anfällig für Rechtsextremismus ist wie die Gruppe der Nicht-Mitglieder**. Allerdings bezweifeln wir die dafür zumeist (explizit oder implizit) gegebene Erklärung: **Gestützt auf den (zugegebenermaßen mäßigen) Forschungsstand und eigene Voruntersuchungen nehmen wir an, dass die allgemeine**

178 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1980, S. 185 ff., 195, 199.

Spiegelbildthese - jedenfalls in ihrer Pauschalität - unzutreffend ist. Organisierte sind zwar denselben globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt wie Unorganisierte. **Sie dürften sich aber hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Status und ihrer sozio-politischen Orientierungen durch besondere Merkmale gegenüber den Nicht-Mitgliedern auszeichnen und damit problematische Lebenslagen anders bewältigen als Nicht-Mitglieder.** Vor allem die Einstellungen und Werte der Gewerkschaftsmitglieder dürften mit dem Organisationszweck und der Organisationsstruktur der Gewerkschaften mehr oder weniger stark korrespondieren. Das bedeutet nicht etwa, dass Gewerkschaftsmitglieder völlig andere Menschen sind als Unorganisierte, sondern dass sie sich in einigen, allerdings bedeutenden Merkmalen von diesen unterscheiden. Wir gehen weiterhin davon aus, dass Gewerkschaften in sich nicht homogen sind¹⁷⁹, sondern eine differenzierte Teilgesellschaft mit allerdings verbindenden Merkmalen bilden. Gewerkschaftsmitglieder sind hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer Mentalität jedenfalls nicht repräsentativ für die Gesellschaft insgesamt. Die von den Unorganisierten abweichenden Merkmale bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** bzw. als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale**.

Dies könnte so verstanden werden, als akzeptierten wir die spezielle Spiegelbildthese, lehnten aber die allgemeine Spiegelbildthese ab. Tatsächlich bezweifeln wir auch die spezielle Spiegelbildthese. Wir vermuten nämlich, dass der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus **besonders**, auf die Gewerkschaften insgesamt oder auch auf einzelne Mitgliedergruppen bezogene Ursachen hat. Wie wir oben dargelegt haben, lassen sich die Objekte der Widerspiegelung nämlich nicht auf die soziale Lage und auf politische Orientierungen reduzieren. Aus der Logik der speziellen Spiegelbildthese folgt, dass sie sich auch auf die Ursachen des Rechtsextremismus bezieht. Unsere diesbezügliche These lautet, dass die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen ein komplexes, in sich möglicherweise widersprüchliches Orientierungssystem ("belief system") bilden, das Bestandteile enthält, die Rechtsextremismus eher anziehen, und solche, die Rechtsextremismus eher abwehren. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Anziehungsorientierungen** oder **Abwehrorientierungen**. Entsprechende Verhältnisse könnten auch im Bereich des sozio-ökonomischen Status bestehen: Bestimmte,

179 Wirth und Brähler haben beispielsweise fünf verschiedene Typen von Gewerkschaftsmitgliedern ausgemacht: Hans-Jürgen Wirth/Elmar Brähler: Vom klassischen bis zum rot-grünen Gewerkschaftsmitglied. Eine Typologie der gewerkschaftlich Engagierten, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), *Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 109-121.

für Gewerkschaftsmitglieder typische, sozialstrukturelle Merkmale könnten die Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut verstärken, andere könnten sich immunisierend auswirken.

Die Ursachenanalyse bildet damit das Kernstück unseres Projekts. Wir suchen nach Variablen ("Prädiktoren"), die positiv oder negativ mit Rechtsextremismus korrelieren. Wenn unsere Ausgangsthesen zutreffen, müsste der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Prädiktoren bzw. Erklärungsfaktoren gekennzeichnet sein oder einzelne Prädiktoren müssten wenigstens doch bei Organisierten stärker wirken als bei Unorganisierten. Wir erwarten zudem, dass sich diese Prädiktoren aus dem Bereich der Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen oder aus der Gruppe der gewerkschaftsspezifischen sozialstrukturellen Merkmale speisen. Wenn sich die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen tatsächlich zu einem Überzeugungssystem verdichten, müsste dieses (oder Teile davon) mit einigen Prädiktoren positiv, mit anderen negativ korrelieren.

Die Ermittlung von Ursachen und Ausmaß des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus kann nur durch **Repräsentativbefragungen** erfolgen. Das gilt nicht nur für das Ausmaß, sondern auch für die Ursachen. Die vorliegenden Befunde, die auf Einzel- oder Gruppengesprächen mit speziellen Probanden beruhen, waren nicht in der Lage, gewerkschaftsspezifische Ursachen des Rechtsextremismus zu ermitteln. Jugendstudien können nicht, selbst wenn sie mehr oder weniger repräsentativ durchgeführt worden sind - nach dem pars pro toto-Prinzip interpretiert werden. Bedenkt man, dass der Anteil der 18-25jährigen an der Bevölkerung unter zehn Prozent liegt, dann verbietet sich die Verallgemeinerung von derartigen Ergebnissen.

Für die durchzuführende Repräsentativbefragung ergeben sich folgende **Untersuchungsschritte bzw. Untersuchungsfragen:**

a) Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese (Kap. B):

- Worin unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich des Ausmaßes an rechtsextremen Einstellungen und hinsichtlich der Zusammensetzung des rechtsextremen Einstellungsmusters?
- Gibt es ein gewerkschaftstypisches rechtsextremes Einstellungsmuster?
- Gibt es einen Nationalismus, der nicht völkisch fundiert ist (Standortnationalismus, reaktiver Nationalismus)?
- Ist Wohlstandschauvinismus das entscheidende Merkmal des "neuen" Rechtsextremismus?
- Lässt sich ein Primat der Fremdenfeindlichkeit oder ein Vorrang des Nationalismus im Rahmen des rechtsextremen Einstellungsmusters feststellen?
- Finden sich Hinweise, die Jaschkes "Ethisierungs"-These unterstützen?

- Bestehen Anzeichen für einen inhaltlichen Bedeutungswandel des Rechtsextremismus?
- b) *Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese unter sozio-ökonomischen Gesichtspunkten und Ermittlung von entsprechenden Prädiktoren für Rechtsextremismus (Kap. C):*
- Unterscheidet sich die Gewerkschaftsmitgliedschaft in ihrer Sozialstruktur deutlich von den Nicht-Mitgliedern?
 - Zeigen sich insbesondere Unterschiede in für die Arbeitswelt wichtigen sozialstrukturellen Merkmalen?
 - Zeigen sich Unterschiede in den sozialstrukturellen Merkmalen, welche im Zusammenhang mit Rechtsextremismus von besonderer Bedeutung sind?
 - Gibt es unter diesen wichtigen Merkmalen bei Gewerkschaftsmitgliedern andere Zusammenhänge mit Rechtsextremismus als bei Unorganisierten?
 - Lassen sich unter Gewerkschaftsmitgliedern spezifische Gruppen finden, die rechtsextreme Einstellungen deutlich abwehren oder deutlich annehmen?
 - Ist es eher soziale Ungleichheit, welche Tendenzen zum Rechtsextremismus begünstigt, oder eher soziale Segmentierung?
- c) *Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese nach sozio-politischen Orientierungen und Ermittlung von entsprechenden Prädiktoren für Rechtsextremismus (Kap. D, E)*
- Sind Gewerkschaftsmitglieder in mentaler Hinsicht repräsentativ für die Gesellschaft insgesamt?
 - Worin unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen?
 - Gibt es Orientierungen, die besonders charakteristisch für Gewerkschaftsmitglieder sind (GSPO-Variablen)?
 - Welche Orientierungen begünstigen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, welche wirken ihm entgegen (Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen)?
 - Unterscheiden sich Organisierte und Unorganisierte hinsichtlich der Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen? Hat der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder besondere Ursachen?
 - Lässt sich ein gewerkschaftliches "belief system" identifizieren? Welche Rolle spielen dabei gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen (GSPO-Variablen)?
 - Wie hängt dieses Überzeugungssystem mit den Anziehungs- und Abwehr Orientierungen zusammen? Besteht dieses Überzeugungssystem aus Elementen, die Rechtsextremismus eher abweisen und aus Elementen, die anschlussfähig für Rechtsextremismus sind?
- d) *Prädiktoren-Modell für die Erklärung von Rechtsextremismus (Kap. G):*
- Wie hängen die (Schlüssel-) Prädiktoren aus den Bereichen sozio-ökonomischer Status und sozio-politische Orientierungen miteinander zusammen?
 - Wie wirken sie sich auf rechtsextreme Einstellungen aus?
 - Wird Rechtsextremismus eher durch sozio-ökonomische Faktoren, eher durch Persönlichkeitseigenschaften oder eher durch die politische Kultur begünstigt bzw. eingedämmt?
 - Welche Rolle spielen soziale Ungleichheit und soziale Fragmentierung?

- Welche Unterschiede bestehen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern? Findet sich bei Gewerkschaftern eine typische Ursachenkonstellation, die der speziellen Spiegelbildthese widerspricht?
- Lässt sich das Modell der vier Bündel von Erklärungsfaktoren (Charakter, Persönlichkeit, Probleme und Politische Kultur) auf die empirische Einstellungsforschung anwenden?

Die durchzuführende ergänzende **qualitative Studie** (Kap. F), die sich auf Gruppendiskussionen mit gewerkschaftlichen Funktionsträgern stützt, **zielt im Prinzip auf dieselben Fragen zur allgemeinen und speziellen Spiegelbildthese** wie die Repräsentativbefragung: Es geht also darum, ob ein spezielles gewerkschaftliches Überzeugungssystem existiert, und ob dessen Elemente anschlussfähig oder abwehrend für rechtsextremes Denken sind. Die qualitative Studie ermittelt Deutungen, die den Teilnehmern der Gruppendiskussionen bewusst sind oder im Prozess des Gruppengesprächs entwickelt werden. Anhand von verbalen Äußerungen der Gesprächsteilnehmer werden inhaltliche Zusammenhänge, die ein Überzeugungssystem ausmachen oder zu Rechtsextremismus bzw. dessen Abwehr führen könnten, direkt erfassbar. Allerdings können die Ergebnisse der qualitativen Studie weder Repräsentativität beanspruchen noch Kausalzusammenhänge belegen. Für diesen Teil des Forschungsvorhabens ergeben sich daher insbesondere folgende spezifische Abwandlungen und Zuspitzungen der bereits genannten Fragen:

- Haben die befragten Funktionsträger ein spezifisches gewerkschaftliches Überzeugungssystem, also miteinander zusammenhängende, alltagsübergreifende, tendenziell handlungsleitende Überzeugungen von den Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften?
- Aus welchen Elementen besteht dieses Überzeugungssystem, und wie hängen diese Elemente miteinander zusammen?
- Wie werden diese Zusammenhänge verbal ausgedrückt? Gibt es dabei typische unterschiedliche Akzentuierungen, etwa: eher kooperative/sozialpartnerschaftliche oder eher konfliktbereite, auf den Gegenpol Arbeitgeber bezogene Orientierungen?
- Inwieweit entsprechen diese Elemente den in der quantitativen Studie ermittelten (GSPO-) Variablen, bei denen sich Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere Funktionsträger deutlich von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden?
- Welche Elemente des Überzeugungssystems sind besonders geeignet zur Abwehr von rechtsextremen Einstellungen – insbesondere Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Internationalismus?
- Welche Elemente des Überzeugungssystems sind anfällig für den Anschluss zum Rechtsextremismus?
- Welche Rolle spielt dabei insbesondere die reale oder befürchtete Konkurrenzverschärfung zwischen den Arbeitnehmern in Deutschland, auf die diese mit einer ethnisch oder rassistisch gefärbten exklusiven Solidarität von Arbeitsplatzverteidigern reagieren können?
- Welche Rolle spielt die in den letzten Jahren gewachsene Enttäuschung der an die Gewerkschaft gerichteten Erwartungen hinsichtlich der Garantie von Lebensstandard, Arbeitsplatzsi-

cherheit, sozialer Gerechtigkeit, sozialer Anerkennung für die Hinwendung auch der Gewerkschaftsmitglieder zu rechtsextremen politischen Lösungsangeboten?

- Wie hängt das Verständnis von Gewerkschaften als nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Organisationen mit Abwehr und Anfälligkeit für Rechtsextremismus zusammen?
- Inwieweit werden außerhalb der Arbeitswelt und der Gewerkschaften liegende Ursachen für den Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder verantwortlich gemacht? Inwieweit kommt dies einer Exkulpation der Gewerkschaften gleich?
- Wo neigen gewerkschaftliche Funktionsträger zu einem Verständnis für rechtsextreme Deutungen und Haltungen ihrer Kollegen, das einer Unterstützung dieser Deutungen und Haltungen nahe kommt?

3.2 Indikatorenbildung für die Ursachenanalysen, unabhängige Variablen

Bei der Ermittlung der Prädiktoren für Rechtsextremismus orientieren wir uns im Prinzip an der oben angeführten Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47), die die wichtigsten Erträge der Forschung systematisiert. Das Schema muss allerdings auf die Erfordernisse der Umfrageforschung und auf unser Erkenntnisinteresse zugeschnitten werden.

Zunächst ist zu berücksichtigen, dass sich **Charaktermerkmale** nicht mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung, sondern nur psychoanalytisch identifizieren lassen. Dennoch bilden sie unseres Erachtens wichtige Bestandteile einer Theorie des Rechtsextremismus. Denn sie prägen die Art und Weise, wie eine Person ihre sozio-ökonomischen Probleme subjektiv verarbeitet, welche individuellen Eigenschaften sie entwickelt, um die Bedrohungen ihrer arbeits- und lebensweltlichen Existenz zu bewältigen. Dass sado-masochistische, jedenfalls Ich-schwache Charaktere besonders zu Persönlichkeitseigenschaften neigen, die die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen bzw. die Übernahme von rechtsextremen Angeboten begünstigen, erscheint uns hinreichend begründet und auch plausibel zu sein. Insofern dürfte es sich auf unser Vorhaben kaum nachteilig auswirken, dass sich Charaktermerkmale nicht durch Survey-Studien ermitteln lassen und wir unsere Erhebung auf die übrigen drei Bündel von Erklärungsfaktoren (Persönlichkeit, Probleme, politische Kultur) beschränken müssen. Dies werden all jene Fachvertreter nicht als Mangel ansehen, denen sich die Notwendigkeit einer Unterscheidung von Charaktermerkmalen und Persönlichkeitseigenschaften nicht erschließt oder die den psychoanalytischen Ansatz skeptisch betrachten und Persönlichkeitseigenschaften auf lebenslange Sozialisations- bzw. Lernprozesse zurückführen.

Es liegt im Wesen der Umfrageforschung, dass sie nicht mit "objektiven" Tatsachen arbeitet, sondern mit mehr oder weniger subjektiv gefärbten Auskünften von Individuen über ihre Persönlichkeit, über ihre sozio-ökonomische Lage und die daraus resultierenden Probleme sowie

über ihre Bewertung von sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zuständen¹⁸⁰. Diese Auskünfte lassen sich nur nach dem Grad ihrer subjektiven Färbung unterscheiden. Umfragetechnisch stehen für die Bearbeitung der drei verbleibenden Prädiktorenbündel nur zwei Typen von Fragen zur Verfügung, die sich nicht einmal exakt gegeneinander abgrenzen lassen:

- Fragen zum **sozio-ökonomischen Status**, die als Tatsachenfeststellungen aus subjektiver Sicht zu interpretieren sind und daher möglichst keine Bewertungen enthalten sollten.
- Fragen, die auf die Bewertung von Objekten zielen. Dabei ist zwischen der eigenen **Persönlichkeit** und **gesellschaftlichen Zuständen** zu unterscheiden. Da dieser Unterschied forschungskonzeptionell von großer Bedeutung ist, müssen die Instrumente sorgfältig formuliert werden. Fragen zur Persönlichkeit sollten keine politischen Implikationen aufweisen. Dies gilt selbstverständlich nicht für die explizit politischen Persönlichkeitseigenschaften (politische Apathie, Efficacy, Wertorientierungen), die sich aber nur auf Politik schlechthin, nicht aber auf konkrete politische Sachverhalte erstrecken dürfen. Diese sind Gegenstand der Fragen zu ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Einstellungen und Überzeugungen. Auskünfte über die eigene Persönlichkeit und über gesellschaftliche Zustände bezeichnen wir zusammenfassend als **sozio-politische Orientierungen**.

Wir suchen die Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen also in zwei verschiedenen Bereichen: im sozio-ökonomischen Status und in den sozio-politischen Orientierungen¹⁸¹. Daraus ergibt sich die bereits dargestellte Abfolge von Untersuchungsschritten: Nach der Darstellung der abhängigen Variablen und der Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese (Kap. B) wird der sozio-ökonomische Status hinsichtlich der Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese und bezüglich seiner Erklärungskraft für Rechtsextremismus untersucht (Kap. C). Sodann werden die sozio-politischen Orientierungen derselben Prozedur unterzogen (Kap. D, E) und durch qualitative Befragungsergebnisse vertieft (Kap. F). Anschließend werden der sozio-ökonomische und der sozio-politische Untersuchungsstrang zusammengeführt und die verschiedenen Prädiktoren - vergleichend für

180 Dass sich Befragungen auch auf bisheriges Verhalten und auf Verhaltensabsichten erstrecken können, sei nur am Rande erwähnt, da Verhalten in unserem Projekt bis auf zwei Ausnahmen (Wahlabsicht, Wahlbereitschaft) keine Berücksichtigung findet.

181 Die Problemliste in der Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47) enthält Variablen, die sich auf den konkreten sozio-ökonomischen Status einer Person beziehen und solche, die auf die Bewertung dieses Status zielen (Unzufriedenheit, Deprivation, Statusangst). Letztere rekurren auf das Unzufriedenheitstheorem, das auch die Erklärungsfaktoren im Bereich der politischen Kultur prägt. Denn diese betreffen die Unzufriedenheit mit der Demokratie bzw. mit dem System insgesamt. Auch Individualisierung bezieht sich nicht auf den Status einer Person, sondern auf die Bewertung des Status. Der sozio-ökonomische Problemhaushalt erstreckt sich also auf sozio-ökonomische und auf sozio-politische Prädiktoren.

schiedenen Prädiktoren - vergleichend für Organisierte und Unorganisierte - in Beziehung gesetzt (Kap. G). Aus dem Gesamtbefund sollen dann abschließend Empfehlungen für den Umgang mit dem gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus abgeleitet werden (Kap. H).

Sieht man einmal von einigen wenigen sozialstrukturellen Merkmalen ab (Geschlecht, Alter, Beruf etc.), dann lassen sich die Prädiktoren für Rechtsextremismus nicht direkt beobachten. Es bedarf mithin der Entwicklung von Indikatoren für diese Prädiktoren. Erläuterungen zu den einzelnen Indikatoren finden sich gegebenenfalls in den jeweiligen Kapiteln. Folgende (unabhängige) Variablen sind Gegenstand der Befragung bzw. Analyse. Dabei konnten nicht alle Aspekte aus der Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47) berücksichtigt werden. Wir mussten uns auf empirisch gut begründete oder wenigstens doch plausible Erklärungen beschränken.

Sozio-ökonomischer Status

- soziale Ungleichheit (Geschlecht, Alter, Beruf, Bildung, Einkommen, Schichtzugehörigkeit);
- sozialer Auf- bzw. Abstieg, soziale Mobilität;
- Betrieb, Arbeits- und Vertragssituation;
- Tätigkeitsmerkmale, Modernität;
- Prekarität;
- Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsmilieu.

Persönlichkeitseigenschaften

- Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO);
- Leistungsorientierung;
- politische Apathie;
- Gefühl politischer Effektivität (Efficacy);
- (autoritäre) Wertorientierungen.

Bewertung gesellschaftlicher Zustände

- Links-Rechts-Selbsteinstufung;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- demokratische Orientierungen;

- systemkritische bis -feindliche Orientierungen (Sozialismus);
- Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften¹⁸²;
- wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit;
- politische Unzufriedenheit;
- Arbeitsunzufriedenheit;
- relative Deprivation.

3.3 Terminologie, Definitionen, Operationalisierungen und Konventionen

- Die **Spiegelbildthese** behauptet, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Wir unterscheiden zwischen der **allgemeinen Spiegelbildthese**, die sich auf allgemeine Merkmale bezieht (unabhängige Variablen), und der **speziellen Spiegelbildthese**, die sich auf rechtsextreme Einstellungen (abhängige Variablen) bezieht. Als Vergleichsgruppe zu den Gewerkschaftsmitgliedern dienen die Nicht-Mitglieder¹⁸³. Die Spiegelbildthese wird verworfen bzw. zurückgewiesen, wenn die prozentualen Abweichungen der auf bestimmte Ausprägungen bezogenen Messwerte der Gewerkschaftsmitglieder von denen der Nicht-Mitglieder ± 20 Prozent und mehr betragen¹⁸⁴. Die Zurückweisung der Spiegelbildthese erfolgt also nicht schon dann, wenn keine vollständige Identität bezüglich eines Merkmals besteht.
- Die **allgemeine Spiegelbildthese** bezieht sich auf unabhängige Variablen, also sowohl auf den **sozio-ökonomischen Status** als auch auf **sozio-politische Orientierungen**.
- **Sozialstrukturelle Repräsentativität** der Gewerkschaftsmitglieder bedeutet die (Nicht-) Übereinstimmung der sozialen Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder mit der der Nicht-Mitglieder. Als Maß dient die prozentuale Abweichung der Anteile der Gewerkschafts-

182 Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften werden in der Literatur zwar nicht als Merkmale der Politischen Kultur genannt, die Rechtsextremismus erklären. Das Erkenntnisinteresse unseres Projekts zwingt allerdings zur Berücksichtigung derartiger Orientierungen. Denn sie könnten Bestandteile eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems sein und Aufschluss darüber geben, auf welchem Weg Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften findet.

183 16% der Befragten sind gewerkschaftlich organisiert, die Nicht-Mitglieder machen also 84% der Befragten aus.

184 $(\text{Organisierte} - \text{Unorganisierte}) \times 100 / \text{Unorganisierte}$. Als Berechnungsgrundlage dienen auf ganze Zahlen gerundete Messwerte. Ein Beispiel: 24% der Gewerkschaftsmitglieder und 19% der Nicht-Mitglieder stufen sich als links ein. Die prozentuale Abweichung beträgt $(24-19) \times 100/19 = 500/19 = 26$. Da dieser Wert außerhalb der 20 Prozent-Marge liegt, stellen die Gewerkschaftsmitglieder in Bezug auf die linke Selbstverortung kein Spiegelbild der Gesellschaft dar.

mitglieder von den Anteilen der Nicht-Mitglieder bezogen auf eine soziale Gruppe. Es gibt Auskunft darüber, inwieweit die allgemeine - sozialstrukturelle - Spiegelbildthese zutrifft.

- **Sozialstrukturelle Repräsentativität** darf nicht mit dem **gewerkschaftlichen Organisationsgrad** verwechselt werden. Dieser bezieht sich auf den Teil einer sozialen Gruppe, der Mitglied einer Gewerkschaft ist. Prozentuierungsbasis ist also die jeweilige soziale Gruppe. Sozialstrukturelle Repräsentativität vergleicht dagegen Organisierte mit Unorganisierten. Prozentuierungsbasis sind mithin die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt bzw. einzelne Mitgliedergruppen oder die Nicht-Mitglieder.
- **Mentale Repräsentativität** der Gewerkschaftsmitglieder bedeutet die (Nicht-) Übereinstimmung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern hinsichtlich sozio-politischer Orientierungen. Als Maß dient die prozentuale Abweichung der Anteile der Gewerkschaftsmitglieder von den Anteilen der Nicht-Mitglieder bezogen auf einzelne sozio-politische Orientierungen. Der Vergleich erfolgt in der Regel nur für starke Ausprägungen einer Orientierung. Mentale Repräsentativität gibt Auskunft darüber, inwieweit die allgemeine - mentale - Spiegelbildthese zutrifft.
- Als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (auch **GSPO-Variablen**) bezeichnen wir die sozio-politischen Orientierungen, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent-Marge) von Unorganisierten unterscheiden.
- Als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale** (auch **GSM-Variablen**) gelten Variablen aus dem Bereich des sozio-ökonomischen Status, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent-Marge) von Unorganisierten unterscheiden.
- Die **spezielle Spiegelbildthese** bezieht sich auf rechtsextreme Einstellungen bzw. auf die einzelnen Dimensionen der Rechtsextremismus-Skalen, die als gesonderte Indizes berücksichtigt werden (abhängige Variablen). Der Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern erfolgt nur für Skalen- bzw. Indexwerte, die über dem arithmetischen Mittel liegen. In diesem Zusammenhang sprechen wir auch von rechtsextremen, autoritären, fremdenfeindlichen etc. Einstellungspotenzialen.
- Die Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese erfolgt durch den Vergleich von Einstellungspotenzialen bei einzelnen Mitgliedergruppen und den entsprechenden Gruppen von Nicht-Mitgliedern (z.B. organisierte Arbeiter und unorganisierte Arbeiter). Betrachtet wird also die **relative Anfälligkeit** für Rechtsextremismus. Wenn Einstellungspotenziale von einzelnen

Untersuchungsgruppen mit dem Durchschnitt aller Befragten verglichen werden, handelt es sich um **absolute Anfälligkeit** für Rechtsextremismus.

- Als **Rechtsextremisten** bezeichnen wir Befragte, die auf den Rechtsextremismus-Skalen einen Messwert erreichen, der über dem Mittel der Skalenbreite (arithmetisches Mittel) liegt.
- Als **Prädiktoren für Rechtsextremismus** bezeichnen wir (unabhängige) Variablen, mit denen wir rechtsextreme Einstellungen erklären wollen. Diese Variablen suchen wir entweder im Bereich der sozio-politischen Orientierungen oder im Bereich des sozio-ökonomischen Status. Bei **Schlüsselprädiktoren** handelt es sich um aus mehreren Variablen gebildete Indizes, die Rechtsextremismus besonders gut erklären. Die Erklärungskraft der Prädiktoren wird durch Korrelations- oder Regressionsanalysen ermittelt.
- Bei **Anziehungsorientierungen** handelt es sich um Prädiktoren aus dem Bereich der sozio-politischen Orientierungen, die positiv mit den Rechtsextremismus-Skalen korrelieren, **Abwehrorientierungen** korrelieren negativ mit Rechtsextremismus und **neutrale Orientierungen** korrelieren nicht (signifikant) mit Rechtsextremismus.
- Entsprechend unterscheiden wir sozio-ökonomische Indizes, die positiv, negativ oder nicht mit Rechtsextremismus korrelieren.
- Die **Anziehungsthese** in ihrer allgemeinen Form ist bestätigt, wenn das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Organisierten das der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent übersteigt.
- Die **Immunisierungsthese** in ihrer allgemeinen Form ist bestätigt, wenn das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Organisierten das der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent unterschreitet.

Bei der Messung von statistischen Zusammenhängen bedienen wir uns zumeist des **Korrelationskoeffizienten r von Pearson** (auf Ausnahmen wird gesondert verwiesen). Bei der Beschreibung der Beträge bedienen wir uns folgender, von uns festgelegter, Konvention:

n.s.	Nicht signifikant; es besteht kein signifikanter Zusammenhang.
0,00 - 0,09	Es liegt keine bzw. keine nennenswerte Korrelation vor (keine Assoziation, kein Zusammenhang), die Variablen korrelieren nicht miteinander.
0,10 - 0,19	Es liegt eine sehr schwache, sehr geringe Korrelation vor.
0,20 - 0,29	Es liegt eine schwache, geringe Korrelation vor.
0,30 - 0,39	Es liegt eine mittlere (ziemlich starke) Korrelation vor.

0,40 - 0,49	Es liegt eine starke Korrelation vor.
0,50 - 0,69	Es liegt eine sehr starke Korrelation vor.
0,70 - 0,89	Es liegt eine fast vollständige, fast perfekte Korrelation vor.
0,90 - 1	Es liegt eine vollständige, perfekte Korrelation vor.

Eine unserer wichtigsten Vergleichsvariablen ist die **Ost-West-Variable**, weil in der ehemaligen DDR das Rechtsextremismuspotenzial größer ist als im Westen Deutschlands. Zudem zeigen viele Untersuchungen deutliche Unterschiede in den sozio-politischen Orientierungen von West- und Ostdeutschen. In unserer Untersuchung operationalisieren wir "Ostdeutsche" mit dem heutigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR bzw. in Berlin-Ost, Entsprechendes gilt für "Westdeutsche". Damit verbindet sich eine kleine Unschärfe: Denn von den Befragten, die heute in Ostdeutschland wohnen, hielten sich 3,1 Prozent vor der Wiedervereinigung nicht dort auf. Bei den heute in Westdeutschland Wohnenden beträgt der entsprechende Anteil 7,1 Prozent. Von ihnen lebte der größere Teil (4,6%) vor der Wiedervereinigung in der DDR.

3.4 Zur Datenbasis der Repräsentativbefragung und zur Gewichtung der Daten

Die Feldarbeit führte Forsa im April 2003 durch, wobei die ersten 100 Interviews als **Pretest** dienten. Es wurden insgesamt **4008 vollständige Interviews** realisiert, 2006 mit Gewerkschaftsmitgliedern (1005 in Westdeutschland und 1001 in Ostdeutschland) und 2002 mit Nicht-Mitgliedern (1000 im Westen und 1002 im Osten).

Die Stichprobenziehung erfolgte in Form von vier **disproportional geschichteten Stichproben**: nach Gewerkschaftsmitgliedern mit heutigem Wohnort in der ehemaligen DDR und mit heutigem Wohnort in der ehemaligen BRD und nach Nicht-Mitgliedern mit heutigem Wohnort in der ehemaligen DDR und mit heutigem Wohnort in der ehemaligen BRD. Die Daten zu Gewerkschaftsmitgliedschaft und Wohnort waren aus einer ersten Befragung von Forsa bekannt: Im Rahmen von repräsentativen telefonischen Bevölkerungsbefragungen hatten sich interviewte Personen auf Anfrage bereit erklärt, für ein weiteres Interview zur Verfügung zu stehen. Es erfolgte somit eine Stichprobenziehung aus Stichproben. Ungefähr 90 Prozent der Angefragten waren interviewbereit. Im Vergleich dieser ersten Gruppe mit den ca. zehn Prozent, die nicht für ein weiteres Interview zur Verfügung standen, ergaben sich nach Angaben von Forsa kaum Unterschiede in den Strukturmerkmalen Alter, Geschlecht, Beruf, Bildung, Wahlabsicht, sie betragen maximal zwei Prozentpunkte. Aus diesen 90 Prozent wurden die vier Gruppen gebildet, welche die jeweiligen Grundgesamtheiten bildeten, aus denen die Stichproben gezogen wurden.

den. Inwieweit die den Stichprobenziehungen zugrunde liegenden Gruppen die Verteilung in den jeweiligen Grundgesamtheiten in wichtigen Merkmalen abbildeten, ist uns nicht bekannt. Die Ausschöpfungsquoten betragen für jede Teilstichprobe ca. 65 Prozent, so dass sich daraus jeweils Bruttostichproben in der Größenordnung von 1540 Fällen ergeben. Aufgrund der bisherigen Diskussion und Kenntnisse kann die Güte der Repräsentativität der Stichproben nicht mit sehr gut, jedoch als hinreichend bewertet werden. Die Nettostichproben umfassen - wie erwähnt - jeweils ca. 1000 Personen.

Als **Gewerkschaftsmitglieder** werden in der Untersuchung Mitglieder von Organisationen definiert, die sich selbst als Gewerkschaften verstehen und deren Dachorganisation der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Beamtenbund (DBB) oder der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) sind. In der Befragung erfolgte die Einordnung als Gewerkschaftsmitglied entsprechend den Angaben der Befragten: Definition und Selbstzuordnung sollten übereinstimmen, können prinzipiell aber auch voneinander abweichen. Die Überprüfung auf Übereinstimmung ist in der Untersuchung möglich aufgrund der Antworten auf die Frage, in welcher Gewerkschaft die Befragten Mitglied sind. Aufgrund der Angaben zum Namen der Gewerkschaft konnten die Interviewer 93 Prozent der 2006 Befragten, die sich als Gewerkschaftsmitglied bezeichneten, eindeutig einer DGB-Gewerkschaft oder den Dachverbänden DBB und CGB zuordnen. Keine Angaben, welcher Gewerkschaft sie angehören, machten 14 Mitglieder (0,7%), und weitere 126 Mitglieder (6,3%) konnten keiner der den drei Dachorganisationen angehörenden Gewerkschaften zugeordnet werden. Sie wurden daher unter "sonstige" verbucht. Diese Zuordnungsschwierigkeiten sind vermutlich vor allem wegen der Differenziertheit von DBB (39 Fachgewerkschaften) und CGB (15 Einzelgewerkschaften) entstanden, weshalb die meisten Befragten in der Gruppe der "sonstigen" zum DBB oder CGB gehören dürften.

Nun zur **Gewichtung**: Zunächst wurden die vier Teilstichproben zu einer einzigen Stichprobe addiert. Sie wies erwartungsgemäß sehr große Verzerrungen bei den Merkmalen Wohnort und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf: Ostdeutsche und Gewerkschafter waren stark überrepräsentiert. Deshalb wurde für die BRD-Stichprobe nach diesen beiden Merkmalen die Design-Gewichtung vorgenommen. Dies hatte zur Folge, dass die Präzision der Stichprobe etwas sank. Für die Überprüfung auf Verzerrung bringt dies einen Wechsel auf eine andere Fehlertoleranztafel mit sich. Nach der Design-Gewichtung war beim Bildungsabschluss "Haupt-/Volksschule" immer noch eine sehr große Verzerrung vorhanden. Deshalb wurde für das Merkmal "Bildung" eine Ausfallgewichtung vorgenommen, obwohl diese Art der Gewichtung sehr umstritten ist. In der Forschungspraxis wird sie meist dann als gerechtfertigt angesehen, wenn das zu gewichtende Merkmal mit einer wichtigen Untersuchungsvariablen korreliert, was hier zutrifft. Wie aus

anderen Untersuchungen bekannt ist, hängt die zu untersuchende abhängige Variable Rechts-
extremismus mit dem Merkmal "Bildung" signifikant zusammen. Danach gab es noch kleine
Verzerrungen bei den Merkmalen "berufliche Stellung" ("Arbeiter", "Hausfrau/-mann") und beim
Merkmal "Altersgruppe" ("bis unter 25 Jahre", "65 Jahre und älter"). Da die abhängige Variable
mit der Ausprägung "Arbeiter" korreliert, wurde für "berufliche Stellung" eine Ausfallgewichtung
vorgenommen. Aufgrund der Gewichtungen hat sich die Zahl der gültigen Fälle nach der End-
gewichtung auf 4031 erhöht.

Die Konstruktion der Ost- und der Weststichprobe erfolgte analog der BRD-Konstruktion. Bei
der Herstellung der Mitglieder- und der Nicht-Mitglieder-Stichprobe standen wir vor dem Prob-
lem, dass für Gewerkschaftsmitglieder kaum und für Nicht-Mitglieder überhaupt keine statisti-
schen Daten zur Verfügung stehen, anhand derer ein Vergleich mit den Stichprobendaten mög-
lich gewesen wäre. Deshalb wurden zum Vergleich Daten aus der gewichteten BRD-Stichprobe
herangezogen, die nach Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern geteilt wurden.

Kapitel B: Rechtsextreme Einstellungen

1. Problemstellung

Bevor wir uns in den folgenden Kapiteln mit den Ursachen und der Verbreitung des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern befassen, muss zunächst ein Instrument zur Messung von rechtsextremen Einstellungen entwickelt werden. Derartige Instrumente werden als **Indizes** oder **Skalen** bezeichnet, wobei der Unterschied statistischer, nicht aber inhaltlicher Natur ist. Worin der Unterschied besteht, werden wir später erläutern. In diesem Kapitel geht es zunächst um die Konstruktion einer **Rechtsextremismus-Skala**. In der Sprache der empirischen Sozialforschung handelt es sich dabei um die **abhängige Variable**, die mittels **unabhängiger Variablen** erklärt werden soll. Die unabhängigen Variablen werden in der Fachsprache auch als **Erklärungsfaktoren**, **Determinanten** oder (statistisch) als **Prädiktoren** bezeichnet. Vereinfacht ausgedrückt bilden die unabhängigen Variablen die Ursachen für Rechtsextremismus.

Die Konstruktionsmodalitäten der abhängigen Variablen bilden den Schwerpunkt dieses Kapitels. Es wird sich zeigen, dass mit den zur Verfügung stehenden Fragen zum Rechtsextremismus mehrere Skalen gebildet werden können. Daher muss die **Güte der Skalen** geprüft und eine Entscheidung gefällt werden, welche Skala Gegenstand der weiteren Analysen sein soll.

Die zentrale inhaltliche Fragestellung dieses Kapitels bezieht sich natürlich auf die spezielle Spiegelbildthese: **Sind Gewerkschaftsmitglieder genauso anfällig für Rechtsextremismus wie Nicht-Mitglieder?** Selbst wenn diese Frage zu bejahen ist, wäre damit die spezielle Spiegelbildthese noch nicht vollständig bestätigt. Denn sie schließt, wie im ersten Kapitel dargelegt, auch die **Ursachen** des Rechtsextremismus ein, die erst später ermittelt werden. Hier werden zunächst nur Größenordnungen miteinander verglichen. Aussagen bezüglich der Gültigkeit der speziellen Spiegelbildthese haben also nur vorläufigen Charakter und bedürfen noch der Bestätigung durch die Ursachenanalyse.

Bereits erwähnt haben wir ebenfalls, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein komplexes Einstellungsmuster handelt. Es könnte sich herausstellen, dass Gewerkschaftsmitglieder zwar genauso stark rechtsextrem eingestellt sind wie Unorganisierte, dass sie aber über ein besonderes Einstellungsmuster verfügen, welches sich von dem der Nicht-Mitglieder unterscheidet, dass also die spezielle Spiegelbildthese in quantitativer, nicht aber in qualitativer Hinsicht zutrifft. Wir müssen also der Frage nachgehen, ob ein **gewerkschaftstypisches rechtsextremes Einstellungsmuster** existiert. In diesem Zusammenhang ist noch eine weitere Frage zu prüfen: Einige Autoren (z.B. Butterwegge, Dörre) vertreten die Auffassung, dass der **"neue" Rechtsextremismus** - jedenfalls teilweise - durch **spezielle Merkmale gekennzeichnet** sei, die sich vom "klassischen" Rechtsextremismus unterscheiden. Die Stichworte lauten "Standortnationalismus" oder "reaktiver Nationalismus". Dabei stünden ökonomische und soziale Anliegen im Vordergrund, während die für den "klassischen" Rechtsextremismus charakteristischen völkischen Aspekte bedeutungslos seien. Ähnliche Überlegungen verbergen sich hinter der Theorie des Wohlstandschauvinismus, der als spezielle Variante von Fremdenfeindlichkeit gilt, die nicht rassistisch sondern sozial motiviert sei. Überhaupt erwecken viele Autoren den Eindruck, als sei der zeitgenössische Rechtsextremismus hauptsächlich durch Fremdenfeindlichkeit geprägt, während andere Komponenten des herkömmlichen Rechtsextremismus, wie beispielsweise Antisemitismus oder Verharmlosung des Nationalsozialismus, in den Hintergrund träten.

2. Probleme der Messung von Rechtsextremismus

Bei den Untersuchungsdimensionen des Rechtsextremismus wird in der Regel zwischen Einstellungen und Verhalten unterschieden. Entsprechende Informationen vorausgesetzt lassen sich die Variablen der Verhaltensdimension (Mitglieder, Wähler, Straftaten etc.) zumeist leicht quantifizieren. Denn sie können im Prinzip beobachtet werden. Rechtsextreme Einstellungen sind nicht beobachtbar. Es bedarf also Indikatoren für ihre Messung.

Auch wenn Einvernehmen darüber besteht, dass es sich beim Rechtsextremismus um eine völkische und nationalistische, mithin antidemokratische Ideologie handelt, werden in der Forschungspraxis doch sehr unterschiedliche Konzepte zur Messung von rechtsextremen Einstellungen angewandt. Dass sich die empirische Sozialforschung verschiedener Verfahrensweisen zur Messung derselben Merkmale bedient, ist nicht ungewöhnlich und trägt sogar oft zu Erkenntnisfortschritten bei. Da kein Konsens über die Messung rechtsextremer Einstellungen besteht, werden allerdings oft unterschiedliche, teilweise sogar stark voneinander abweichende Zahlen mitgeteilt, die eher zur Verwirrung als zur Aufklärung beitragen. Dadurch entsteht der

Eindruck, dass sich die Sozialwissenschaften nicht hinreichend mit der Problematik befassen, dass das entsprechende "know how" kläglich und der Forschungsstand völlig unzulänglich ist.

Nun besteht in der Tat vielerlei Anlass, den "state of the art" kritisch zu beleuchten¹. Allerdings sollte dabei nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Im internationalen Vergleich ist die deutsche Rechtsextremismusforschung durchaus professionell und leistungsfähig. Und auch an methodischen Kenntnissen und Erfahrungen hinsichtlich der Messung rechtsextremer bzw. autoritärer, fremdenfeindlicher, antisemitischer etc. Einstellungen mangelt es keineswegs (was durch die Vielfalt der bestehenden Konzepte unterstrichen wird). Wünschenswert ist allerdings ein Konsens über ein angemessenes, effektives und kostengünstiges Messinstrument, das gerade auch gegenüber der nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit kommunizierbar sein sollte. Jedenfalls sind bei der Messung von rechtsextremen Einstellungen wenigstens drei Probleme zu lösen.

2.1 Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters

Dass es sich bei rechtsextremen Orientierungen um ein **mehrdimensionales Muster bzw. Syndrom** handelt, ist in der Forschung weithin anerkannt². Unterschiedliche Auffassungen bestehen allerdings darüber, aus welchen Bestandteilen sich das Syndrom zusammensetzt. Genannt werden vor allem:

- Autoritarismus, "law und order"-Mentalität;
- Kollektivismus;
- Demokratiefeindlichkeit, Antipluralismus;
- Freund-Feind-Denken;
- Nationalismus (übersteigter), Identifikation mit nationaler Größe;
- Ideologie der Ungleichheit;
- Sexismus;
- Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Wohlstandschauvinismus;

1 Siehe oben Kap. A.

2 Marek Fuchs/Siegfried Lamnek/Ralf Wiederer: Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 20 ff.; Jürgen R. Winkler: Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 38-68, hier S. 48; Richard Stöss: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein (Forts. nächste Seite)

- Antisemitismus;
- Sozialdarwinismus;
- Verharmlosung des Nationalsozialismus, pronazistische Einstellungen;
- Gewaltbereitschaft, Gewaltakzeptanz.

Es ist also zu klären, welche Dimensionen als notwendiger Bestandteil des Syndroms zu betrachten sind, durch welche – auch öffentlich vermittelbaren - Formulierungen (Statements) und durch wie viele davon die Dimensionen repräsentiert sein sollen. Strittig ist vor allem die Frage, ob Autoritarismus als unabhängige oder als abhängige Variable zu begreifen ist³. In der Literatur scheint die Auffassung vorzuherrschen, dass Autoritarismus - als Charaktermerkmal oder als psychische Reaktion auf Kontextfaktoren - als erklärende Variable zu deuten ist⁴. Jedenfalls bilden diese Dimensionen Komponenten des rechtsextremen Einstellungsmusters, die auch jeweils für sich genommen als Indizes Eingang in die Analysen finden können und müssen. Aber diese Indizes sind nicht identisch mit Rechtsextremismus!

2.2 Die Konstruktion der Rechtsextremismus-Skala

Das rechtsextreme Einstellungsmuster wird mittels **Skalen** gemessen. Bezüglich der Skalenkonstruktion bestehen allerdings unterschiedliche Auffassungen. Bevorzugt wird offenbar – wie auch schon in der Autoritarismusforschung – das **Likert-Verfahren**⁵, das auch als Technik der **summierten Einschätzungen** bezeichnet wird⁶. Eine latente Variable, die für ein nicht direkt beobachtbares Objekt steht (z.B. Rechtsextremismus), wird mittels mehrerer **Statements** (sie wer-

Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 23-66, hier S. 26 ff.

- 3 Detlef Oesterreich: Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 29. Jg. (1998), H. 1, S. 56-64; hier S. 57.
- 4 Christian Seipel/Susanne Rippl/Angela Kindervater: Probleme der empirischen Autoritarismusforschung, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 261-280.
- 5 Beispiele: SINUS: 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Eine SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek: Rowohlt 1981; Richard Stöss: *Rechtsextremismus in Berlin 1990*, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 80, 1993; Richard Stöss: *Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus*, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.), *Zwischen Wende und Wiedervereinigung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 102-131; Siegfried Schumann/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): *Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse eines empirischen Modellprojekts*, Frankfurt a. Main usw.: Peter Lang 1997; Richard Stöss/Oskar Niedermayer: *Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998*, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 1, Berlin 1998 (nur als Internet-Version verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>).
- 6 Zusammenfassend Siegfried Schumann: *Repräsentative Umfrage*, 2. Aufl., München/Wien: Oldenbourg 1999, S. 33 ff.

den auch als "Items" bezeichnet) erfasst, die als Indikatoren für die latente Variable gelten können. Damit sich die Messfehler tendenziell gegenseitig aufheben, sollten möglichst viele Items zu einer Skala vereinigt werden. Unser Fragebogen enthält daher eine Fülle derartiger Statements, die wir als Indikatoren für Rechtsextremismus, Demokratie, Sozialismus, etc. betrachten. Vorausgesetzt wird, dass sich die "Härte" bzw. die "Schwierigkeit" der Formulierung der Statements auf etwa demselben (möglichst einem mittleren) Niveau bewegt, was beispielsweise bei Statements zum Rassismus oder zur Verharmlosung des Nationalsozialismus nicht ohne weiteres erreichbar ist. Den Statements ist in der Regel eine Antwortskala beigegeben, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll und ganz zu) reicht. Jeder Befragte erhält für jedes Item einen Messwert, der zwischen 1 und 7 liegt. Die Messwerte, die sich auf eine Skala oder einen Index beziehen, werden dann für jede Person addiert. Gelegentlich wird der Gesamtpunktwert auch durch die Anzahl der Items der Skala geteilt⁷.

In diesem Zusammenhang ist das Problem des "response set" zu erwähnen, das die Forschung seit der "Authoritarian Personality" befasst. Dabei handelt es sich um ein inhaltsunabhängiges Antwortverhalten, wie beispielsweise eine Ja-Sage-Tendenz (*acquiescence*) oder die Neigung, sozial erwünschte Antworten (*social desirability*) zu geben. Um dies zu verhindern, werden einige Fragen oder Statements innerhalb einer Batterie oft "umgepolt". Davon haben wir wegen schlechter Erfahrungen abgesehen. Zur Ausschaltung des "response set" haben wir inhaltlich gemischte Item-Batterien verwendet (Chauvinismus, Sozialismus, Antisemitismus etc.).

Skalierte Antwortvorgaben eignen sich besonders gut dazu, Messfehler zu minimieren. Gelegentlich finden aber auch einseitige Antwortvorgaben Verwendung (stimme zu - lehne ab). Der Skalenwert bestimmt sich dann nach der Anzahl der Statements, die (im Skalensinne) positiv beantwortet wurden⁸. Allerdings wird durch die Kumullierung von positiven Reaktionen nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Konsistenz des rechtsextremen Einstellungsmusters gemessen. Zudem folgt dieses Verfahren einer binären Logik, die oft in den Antwortvorgaben gar nicht angelegt ist und auch der Tatsache widerspricht, dass sich viele Befragte nicht in der Lage sehen, ein Statement entweder zu befürworten oder es zurückzuweisen, sondern ihm nur mehr oder weniger zustimmen wollen. Rechtsextremismus wird in der Forschung zumeist nicht als ein geschlossenes, ideologisch strukturiertes Weltbild aufgefasst, sondern als ein Einstellungsmus-

7 Schumann/Winkler (Anm. 5); teilweise auch Stöss/Niedermayer (Anm. 5).

8 Jürgen W. Falter (mit Markus Klein): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München: Beck 1994; Jürgen W. Falter: Politischer Extremismus, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattlinger (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 403-433.

ter, das bei unterschiedlichen Personen in unterschiedlicher Stärke besteht (daher das "cutting point"-Problem; s. dazu weiter unten). Empirische Befunde deuten überdies darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungsmuster nicht notwendigerweise langfristig stabil sind, sondern - jedenfalls teilweise - situationsabhängig variieren können⁹.

Wir sprechen dann von einer **Skala**, wenn das Messinstrument reliabel und valide ist, wobei **Reliabilität** die Zuverlässigkeit des Messinstruments und **Validität** seine inhaltliche Gültigkeit (misst das Instrument das, was es messen soll?) bedeutet. Als **Index** bezeichnen wir ein Messinstrument, das ebenfalls aus mehreren Indikatoren (Statements) besteht, nicht aber den hohen Anforderungen von Reliabilitäts- und Validitätstests entspricht. Skalen oder Indizes, die der binären Logik folgen und die Anzahl befürworteter Statements messen, bezeichnen wir als **kumulierte Messinstrumente**, Skalen oder Indizes, die dem Likert-Verfahren entsprechen, als **summierte Messinstrumente**.

2.3 Die Bestimmung von rechtsextremen Einstellungspotenzialen

Die Frage, wann eine Person dem Rechtsextremismus zuzurechnen ist, welcher Skalenwert erreicht werden muss, um als rechtsextrem zu gelten, wird ebenfalls unterschiedlich beantwortet. Unabhängig von der Skalenkonstruktion muss ein Schnittpunkt ("cutting point") definiert werden, der die Zuweisung des Merkmals Rechtsextremismus an einen Befragten ermöglicht. Anwender des Likert-Verfahrens setzen ihn oft auf den Mittelwert (arithmetisches Mittel) und rechnen alle Befragten mit einem Messwert über dem Skalenmittelwert dem rechtsextremen Einstellungspotenzial zu¹⁰. Um die Vergleichbarkeit mit anderen Messungen zu gewährleisten, sollte nicht das empirische, sondern das "theoretische" arithmetische Mittel, also der Skalenmittelwert, herangezogen werden. Bei einer Skala mit dem Wertebereich von 1 bis 11 wird die Schnittstelle demnach auf den Wert 6 gesetzt, unabhängig davon, ob die höchsten Werte von den Befragten tatsächlich erreicht werden.

Die Schnittstelle wird gelegentlich auch auf einen Wert festgesetzt, der über dem arithmetischen Mittel liegt. Dieses Verfahren kann allerdings bei Gruppenvergleichen zu Fehleinschätzungen führen, wenn sich die Verteilungen in den Randbereichen stark unterscheiden.

⁹ Falter, Politischer Extremismus (Anm. 8), S. 409; Dietmar Sturzbecher (Hrsg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituation und Delinquenz, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 105 ff.

¹⁰ Z.B. SINUS (Anm. 5); Stöss/Niederemayer (Anm. 5).

Bei kumulierten Skalen ist zu entscheiden, wie vielen Statements ein Befragter zustimmen muss, um dem Potenzial zugeordnet zu werden. Falter¹¹ spricht von einem "geschlossenen rechtsextremen Weltbild", wenn neun der zehn Items seiner Rechtsextremismus-Skala positiv beantwortet wurden, markiert aber, wie auch in der Folgeuntersuchung¹², die Personen als rechtsextrem, die sieben und mehr Items befürwortet haben. Auch in diesem Fall könnte der "cutting point" auf das "theoretische" arithmetische Mittel gelegt werden. Bei Falters Skala wären demnach die Befragten als rechtsextrem zu qualifizieren, die sechs und mehr Statements bejaht haben. Stets ist allerdings folgendes zu bedenken: Mit wachsender Anzahl von Statements einer kumulierten Skala sinken die Prozente hoher Skalenwerte¹³ und damit das rechtsextreme Einstellungspotenzial. Um Messfehler auszugleichen, sollte eine Skala allerdings möglichst viele Statements umfassen. Von diesem Widerspruch kann sich das Kumulierungsverfahren kaum befreien.

Ein anderes Verfahren besteht darin, die Befragten in drei (oder auch mehr) gleich große Gruppen einzuteilen ("Ntil- oder auch **Percentil-Verfahren**"), um zwischen Personen zu unterscheiden, die nicht, schwach oder stark rechtsextrem eingestellt sind¹⁴. Diese Methode erlaubt allerdings selbst dann keinen zuverlässigen Vergleich zwischen Messergebnissen unterschiedlicher Zeitpunkte, wenn die Skalenkonstruktionen identisch sind.

Ein weiteres Problem bei der Potenzialbestimmung stellt die Behandlung von **fehlenden Werten** (Antworten) dar. Erfahrungsgemäß fällt das Bekenntnis zu als sozial unerwünscht geltenden Einstellungen besonders zurückhaltend aus. In der summierten Langfassung unserer Rechtsextremismus-Skala addieren sich die fehlenden Antworten über die 30 Statements bei listenweisem Ausschluss¹⁵ auf 18,4 Prozent der Befragten¹⁶. Werden diese *missing values* bzw. "Missings" als Bestandteil der Prozentuierungsbasis behandelt, beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial 16 Prozent, bleiben sie unberücksichtigt, steigt das Potenzial auf 20 Prozent an.

11 Falter, *Wer wählt rechts?* (Anm. 8), S. 138.

12 Falter, *Politischer Extremismus* (Anm. 8), S. 429.

13 Vgl. dazu die kumulierten Prozentangaben im Anhang 6.

14 Z.B. Stöss, *Rechtsextremismus* (Anm. 5); Ders., *Bestimmungsfaktoren* (Anm. 5); Klaus Dicke/Michael Edinger/Karl Schmitt: *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000*, Thüringer Landtag, 3. Wp., Drs. 3/1106 v. 16.11.2000, Anlage; Sturzbecher (Anm. 9).

15 Wenn alle Missings einer Variablenliste ausgeschlossen werden, steht für jede Variable dieselbe Fallzahl zu Verfügung. Dies ist für die vergleichende Item-Analyse, etwa bei der SPSS-Prozedur Reliability, von großer Bedeutung. Weniger Missings werden durch den paarweisen Ausschluss erzielt. Dann variieren aber die Fallzahlen für die Items einer Liste. Die Ersetzung von Missings durch Mittelwerte stellt unseres Erachtens die schlechteste aller möglichen Lösungen dar.

Schließlich stellt sich die grundlegende Frage nach der **Notwendigkeit von Potenzialbestimmungen**. Dagegen wird zumeist eingewandt, dass Gruppenvergleiche auf der Basis von Mittelwerten möglich sind, womit die allen Verfahren zur Potenzialbestimmung inhärente **Willkür** ausgeschlossen sei. Beide Argumente sind allerdings wenig überzeugend: Erstens beruht jedes Messverfahren auf einer willkürlichen, durch Übereinkunft zu Stande gekommenen **Setzung** (Meter, Volt, Watt etc.). Entscheidend ist dabei nicht, dass sich alle desselben Messverfahrens bedienen (die Briten verwenden das metrische System immer noch nicht), sondern dass **Vergleiche mit derselben Messlatte durchgeführt werden**. Dies gilt zweitens auch für Mittelwertvergleiche. Das arithmetische Mittel einer Variable hängt auch von der Anzahl ihrer Ausprägungen ab. Mittelwertvergleiche sind mithin nur auf der Grundlage von Variablen möglich, die über dieselbe Anzahl an Ausprägungen (bzw. Werten) verfügen. Für Gruppenvergleiche in Bezug auf eine Variable¹⁷, beispielsweise eine Rechtsextremismus-Skala, ist dies zwar problemlos möglich, allerdings sind die Ergebnisse nur schwer interpretierbar. Was lehrt uns beispielsweise folgender Befund: Der Mittelwert der Arbeiter auf einer Rechtsextremismus-Skala beträgt 96,3, der der Angestellten 82,3? Selbst mit den Zusatzinformationen, dass die Skala die Werte 30 bis 210 umfasst und der Mittelwert für alle Befragten 90,6 ausmacht, wissen wir nur, dass Arbeiter häufiger (und überdurchschnittlich) zum Rechtsextremismus neigen als Angestellte (die unterdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus sind). Eine plastische Vorstellung von der relativen Anfälligkeit beider Gruppen haben wir nicht, und daher ist dieses Resultat auch nur schwer kommunizierbar. Der entsprechende Gruppenvergleich auf der Grundlage von Potenzialbestimmungen fällt dagegen wesentlich anschaulicher aus: Zehn Prozent der Angestellten und 20 Prozent der Arbeiter sind rechtsextrem eingestellt. Unter den Arbeitern befinden sich mithin doppelt so viele Rechtsextremisten wie unter den Angestellten. Derartige Ergebnisse erschließen sich deshalb besser als Mittelwerte, weil sie stets (und unabhängig vom Wertebereich einer Variable) auf 100 normiert sind. Weil der Umgang mit Prozentangaben keine besonderen intellektuellen Anstrengungen erfordert, ist das Bedürfnis nach derartigen Angaben bei Gruppenvergleichen ebenso verständlich wie berechtigt.

Im Übrigen gibt das arithmetische Mittel nur Auskunft über den durchschnittlichen Wert bzw. über die zentrale Tendenz einer Verteilung. Es sagt jedoch nichts über den unteren oder den oberen Rand einer Verteilung aus und eignet sich daher kaum für die Analyse von Extremismus. So kann eine unimodale symmetrische Verteilung (mit schwach besetzten Rändern) denselben Mittelwert erreichen wie eine bimodale Verteilung (mit stark besetzten Rändern).

¹⁶ Siehe unten Tab. 3.

¹⁷ Vergleiche mit mehreren Variablen sind nur dann möglich, wenn die Anzahl der Ausprägungen, also der Wertebereich, identisch ist.

3. Dimensionen und Statements der Umfrage

Welche Dimensionen das rechtsextremistische Einstellungsmuster umfasst, lässt sich nur auf der Grundlage einer Theorie des Rechtsextremismus bestimmen. Eine derartige Theorie liegt freilich nicht vor, und daher werden in der Forschung sehr unterschiedliche Syndrome angenommen. Um diesen unbefriedigenden Zustand abzustellen, wurde von einigen Wissenschaftlern vorgeschlagen, wenigstens eine dezisionistische Lösung zu finden, die als gemeinsame Messnorm gelten könnte. Am 28. und 29. März 2001 fand in Berlin die erste Expertenkonferenz zur Ausarbeitung einer Empfehlung für die Messung von rechtsextremen Einstellungen in Deutschland statt¹⁸. Die Konferenzteilnehmer haben sich zunächst auf eine operationalisierbare Arbeitsdefinition für Rechtsextremismus verständigt:

"Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen."

Diese Arbeitsdefinition korrespondiert durchaus mit unserer Kurzdefinition. Im ersten Kapitel haben wir dargelegt, dass es sich bei rechtsextremen Einstellungen um antidemokratisches Denken handelt, das die Eigengruppe (Rasse, Ethnie, Nation) bevorzugt oder gar für höherwertig erklärt und zugleich Fremdgruppen abwertet, diskriminiert oder ausgrenzt, ihnen im Extremfall sogar die Existenzberechtigung abspricht.

Auf der Basis dieser Arbeitsdefinition wurden von der Expertenkonferenz folgende sechs Dimensionen für das rechtsextreme Einstellungsmuster fixiert:

1. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur,
2. Chauvinismus,
3. Ausländerfeindlichkeit,
4. Antisemitismus,
5. Sozialdarwinismus,
6. Verharmlosung des Nationalsozialismus.

¹⁸ Auf einer zweiten Konferenz am 29./30.3.2004 wurden weitere Konventionen beschlossen und eine Kurzskala verabschiedet, die für diesen Bericht leider nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Konsens bestand darüber, dass **Autoritarismus** nicht zu den Komponenten des rechtsextremen Einstellungssyndroms zählt, sondern eher als unabhängige Variable zu betrachten ist. Die Dimension "**Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**" zielt nicht auf die Gegnerschaft zu einem speziellen Demokratiekonzept, sondern auf die Befürwortung von Diktatur bzw. von diktatorischen Strukturen. Um eine deutliche Abgrenzung gegenüber linksextremer Diktaturunterstützung zu erreichen, wurde die (wegen der Verwendung des Adjektivs "autoritär" unglückliche) Formulierung "rechtsautoritäre Diktatur" gewählt. Entscheidend ist, dass die Formulierung der Statements auf den rechtsextremen Charakter der Diktatur abzielt. An Stelle der gängigen Bezeichnung "**Nationalismus**" wurde der Begriff "**Chauvinismus**" vorgeschlagen, um eine klare Grenzziehung zu patriotischen oder nationalen Gesinnungen, die sich nicht gegen Demokratie richten, zu erreichen. Unüblich ist die Berücksichtigung der Dimension "**Sozialdarwinismus**". Sie betont die Ungleichwertigkeitsvorstellungen im völkischen Denken, die über den klassischen Rassismus hinaus reichen, indem sie auch die Diskriminierung von angeblich "unwertem Leben" einschließen. Damit ist auch erreicht, dass der politische und der soziale Aspekt des Rechtsextremismus gleichgewichtig durch jeweils drei Dimensionen berücksichtigt sind.

Für jede Dimension wurden dann fünf Statements formuliert, so dass für die Skalenbildung insgesamt **30 Statements** (Items bzw. Variablen) zur Verfügung stehen:

1. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (DIKTA)

- DIKTA_1 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- DIKTA_2 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- DIKTA_3 Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen schaden dem Volksganzen.
- DIKTA_4 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
- DIKTA_5 Wahlen sind nur dann gut, wenn dadurch keine Linken an die Macht kommen.

2. Chauvinismus (CHAU)

- CHAU_1 Es sollte Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen.
- CHAU_2 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- CHAU_3 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- CHAU_4 Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

CHAU_5 Andere Völker mögen wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

3. Ausländerfeindlichkeit (AUS)

AUS_1 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

AUS_2 Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

AUS_4 Wer als Ausländer in Deutschland bleiben will, muss die deutsche Kultur übernehmen.

AUS_5 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

4. Antisemitismus (SEM)

SEM_1 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.

SEM_2 Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Juden dauernd das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen.

SEM_3 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

SEM_4 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

SEM_5 Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.

5. Sozialdarwinismus (DARW)

DARW_1 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.

DARW_2 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

DARW_3 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

DARW_4 Wir betreiben zu viel Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten.

DARW_5 Geisteskranken sollte man verbieten, Kinder zu bekommen.

6. Verharmlosung des Nationalsozialismus (NS)

NS_1 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.

NS_2 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

NS_3 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

NS_4 Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit ziehen.

NS_5 Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens genauso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit.

Alle 30 Statements haben wir für unsere Umfrage übernommen. Jedes Statement wurde mit einer 7-stufigen Antwortskala (1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 7 "stimme voll und ganz zu") versehen. Als Ergänzung dazu enthält der Fragebogen folgende **Zusatz-Statements**, die allerdings nicht bei der Konstruktion einer Rechtsextremismus-Skala berücksichtigt werden:

ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

ZUS_2 Der Standort Deutschland muss vor der Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geschützt werden.

ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

Diese Statements zielen auf primär sozial ausgerichtete Fremdenfeindlichkeit. Da nicht auszuschließen ist, dass sich der "neue" Rechtsextremismus oder auch nur der bei Gewerkschaftsmitgliedern vor allem daraus speist, wurde unabhängig von unseren Bemühungen um eine Rechtsextremismus-Skala der Index "**Wohlstandschauvinismus**" gebildet. Faktorenanalysen gelangten zu dem Ergebnis, dass folgende Statements dafür besonders geeignet sind:

Wohlstandschauvinismus (WOHL)

AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

AUS_5 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

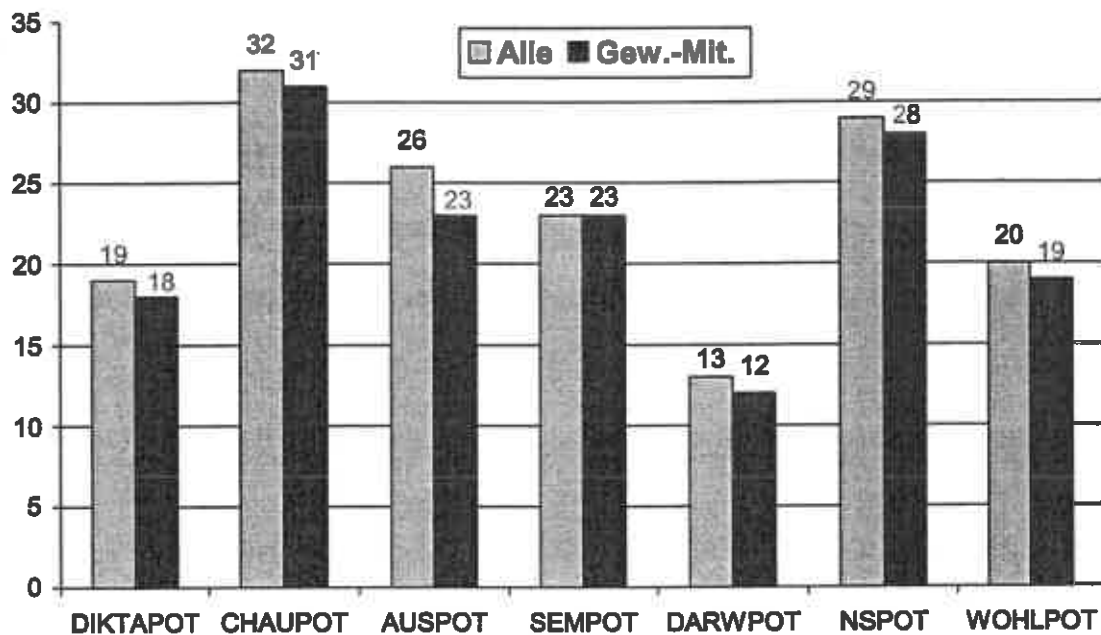
4. Indizes zum Rechtsextremismus

Faktorenanalysen ergaben, dass die fünf Statements jeder der sechs Dimensionen für sich genommen auf einem einzigen Faktor laden. Sie stehen folglich jeweils für eine Hintergrundvariable. Daher wurden die fünf Items jeder Dimension zu einem Index zusammengefasst (**DIKTA, CHAU, AUS, SEM, DARW, NS**).

Die Werte der sechs Indizes reichen jeweils von 5 bis 35. Zur Potenzialbestimmung wurde der "cutting point" auf den Index-Mittelwert (20) gesetzt. So ergaben sich weitere sechs Variablen

(mit dem Zusatz "POT"), die das jeweilige Einstellungspotenzial messen. Analog sind wir mit dem erwähnten Index "Wohlstandschauvinismus" (WOHL) verfahren, der jedoch nicht Bestandteil des rechtsextremen Einstellungsmusters ist. Das Ergebnis findet sich in der folgenden Grafik. (Es unterstützt im Übrigen die spezielle Spiegelbildthese; aber dazu später.)

Grafik 1:
Rechtsgerichtete Einstellungspotenziale bei allen Befragten und bei Gewerkschaftsmitgliedern 2003 (%)



Eine detaillierte Ergebnisübersicht bieten die folgenden Tabellen 1 und 2. Die Befragungsergebnisse bieten erste Einsichten in die Rechtsextremismus-Problematik:

- In der Bevölkerung insgesamt sind **chauvinistische Einstellungen** am weitesten verbreitet, rund ein Drittel der Befragten (32%) neigen zu extrem rechtem Nationalismus. Dabei stoßen der Wunsch nach Wiedergewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete (CHAU_1) und die überhebliche Bewertung "deutscher Leistungen" (CHAU_5) auf vergleichsweise wenig Resonanz (17% bzw. 19%). Starke Betonung finden dagegen die Forderungen nach angemessener "Macht und Geltung" (CHAU_4), nach "hartem und energischem Durchsetzen deutscher Interessen" (CHAU_3) und nach "starkem Nationalgefühl" (CHAU_2).

Tabelle 1: Die Zustimmung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu den Rechtsextremismus-Statements und zu den Indizes 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
DIKTA (Index)	18	17	26	20	16	33	19
DIKTA_1	11	9	16	11	9	18	11
DIKTA_2	22	20	28	22	19	34	22
DIKTA_3	35	34	40	34	32	40	34
DIKTA_4	36	35	41	37	34	50	37
DIKTA_5	30	30	26	30	29	34	30
CHAU (Index)	31	31	30	32	31	36	32
CHAU_1	17	18	14	17	18	16	17
CHAU_2	40	40	39	41	40	45	41
CHAU_3	45	45	46	44	42	51	44
CHAU_4	43	43	46	45	43	52	45
CHAU_5	19	19	19	19	18	24	19
AUS (Index)	23	20	36	26	23	40	26
AUS_1	40	39	43	39	37	47	39
AUS_2	15	13	21	14	11	24	14
AUS_3	26	24	35	28	25	38	27
AUS_4	39	38	46	43	42	48	42
AUS_5	18	16	30	20	17	33	20
SEM (Index)	23	24	19	22	22	24	23
SEM_1	20	21	16	17	16	20	18
SEM_2	40	42	33	40	41	40	40
SEM_3	25	25	25	23	23	23	23
SEM_4	16	16	15	16	16	18	16
SEM_5	26	26	24	25	24	29	25
DARW (Index)	12	11	16	13	12	20	13
DARW_1	18	18	16	15	14	18	15
DARW_2	14	14	17	15	13	23	15
DARW_3	27	27	26	25	23	32	25
DARW_4	9	9	11	10	10	12	10
DARW_5	38	38	41	39	39	43	39
NS (Index)	28	29	24	29	29	28	29
NS_1	16	17	14	17	16	18	16
NS_2	18	17	18	17	16	19	17
NS_3	14	15	11	15	15	12	14
NS_4	66	67	61	68	69	65	68
NS_5	56	57	50	60	60	57	59

Als Zustimmung wurden die Werte herangezogen, die über dem Index-Mittelwert liegen. Die 30 Statements haben eine Werteskala von 1 bis 7, als Zustimmung gelten folglich die Werte 5 bis 7. Die Indizes erreichen eine Werteskala von 5 (5 x 1) bis 35 (5 x 7). Der Mittelwert beträgt also 20, als Zustimmung wurden die Werte 21 bis 35 betrachtet.

	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
WOHL (Index)	19	17	32	20	16	35	20
AUS_3	26	24	35	28	25	38	27
AUS_5	18	16	30	20	17	33	20
ZUS_1	13	13	16	13	11	19	13
ZUS_3	29	26	46	30	26	47	30

Als Zustimmung wurden die Werte herangezogen, die über dem Index-Mittelwert liegen. Die 4 Statements haben eine Werteskala von 1 bis 7, als Zustimmung gelten folglich die Werte 5 bis 7. Der Index umfasst eine Werteskala von 4 (4 x 1) bis 28 (4 x 7). Der Mittelwert beträgt also 16, als Zustimmung wurden die Werte 17 bis 28 betrachtet.

- An zweiter Stelle folgt überraschenderweise mit 29 Prozent die **Verharmlosung des Nationalsozialismus**, wobei sage und schreibe 68 Prozent eine "Schlussstrichmentalität" aufweisen und 59 Prozent glauben, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes im internationalen Vergleich keineswegs außergewöhnlich waren.
- Erst an dritter Stelle folgt mit 26 Prozent die **Ausländerfeindlichkeit**, wobei die Assimilierungsforderung (AUS_4) und die "Überfremdungs"-Ideologie (AUS_1) mit jeweils rund 40 Prozent am meisten Zuspruch finden.
- Zu **Antisemitismus** neigen 23 Prozent der Befragten. Die Zustimmungen schwanken zwischen 16 Prozent (SEM_4: Juden haben "Besonderes und Eigentümliches an sich") und 40 Prozent (SEM_2: Juden nutzen "das schlechte Gewissen der Deutschen" aus).
- Mit 20 Prozent rangiert der **Wohlstandschauvinismus** an fünfter Stelle. Dabei fordern 30 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften "Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche" verteidigen (ZUS_3), aber nur 13 Prozent glauben, dass Ausländer "Schuld an der Arbeitslosigkeit" haben (ZUS_1).
- Eine **rechtsautoritäre Diktatur** befürworten 19 Prozent. Dabei halten nur 11 Prozent eine Diktatur für die "bessere Staatsform" (DIKTA_1). Vorherrschend ist eine antipluralistische, volksgemeinschaftliche Sichtweise.
- An siebenter und letzter Stelle steht der **Darwinismus** mit 13 Prozent. Dass "Geisteskranke" keine Kinder bekommen dürfen (DARW_5), fordern 39 Prozent, und dass es "wertvolles und unwertes Leben gibt" (DARW_3) glaubt immerhin noch ein Viertel der Befragten.

- Die Zustimmungsraten zu den 30 Rechtsextremismus-Statements schwanken zwischen 9,9 Prozent und 67,6 Prozent¹⁹. Die Schwierigkeit der Items bzw. die Härte der Formulierungen fällt also sehr unterschiedlich aus. Dies könnte sich bei der Anwendung des Likert-Verfahrens als problematisch erweisen.
- Die empirischen Befunde belegen teilweise **erhebliche Ost-West-Unterschiede**. Bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern neigen die Ostdeutschen wesentlich stärker als die Westdeutschen zu Ausländerfeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus und Darwinismus und zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Die Westdeutschen übertreffen die Ostdeutschen beim Antisemitismus und bei pronazistischen Einstellungen. Dies gilt freilich nur für Gewerkschaftsmitglieder, nicht aber für Unorganisierte. Keine West-Ost-Differenzen machen sich beim Chauvinismus bemerkbar.
- Vorbehaltlich präziserer Bestimmungen, die wir später vornehmen werden, **schelnen sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder im Großen und Ganzen kaum hinsichtlich Ihrer Zustimmung zu den Statements zu unterscheiden**.

5. Die summierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXL)

Wie erwähnt, bestehen unterschiedliche Verfahren zur Konstruktion einer Skala und zur Vorgehensweise bei Gruppenvergleichen. Wir bedienen uns zunächst des Likert-Verfahrens, wobei der Wert jedes Befragten auf der Skala seinem Gesamtpunktwert für die einbezogenen Statements entspricht. Dieses Verfahren kann allerdings dazu führen, dass derselbe Skalenwert sowohl von Befragten erreicht wird, die einigen Statements gar nicht oder schwach, anderen dafür aber sehr stark zustimmen, als auch von Befragten, die bei allen Statements einen mittleren Wertebereich erreichen. Als "cutting point" dient der Skalenmittelwert. Die Potenzialbestimmungen basieren auf den gültigen Prozentsätzen. Die fehlenden Werte (Antworten) bleiben mithin unberücksichtigt. Zum Zweck von Gruppenvergleichen werden wir auch arithmetische Mittel mitteilen, in diesem Fall jedoch die empirischen Mittelwerte. Im ersten Arbeitsschritt werden die 30 Items mittels Faktorenanalysen daraufhin überprüft, ob sie die Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters angemessen widerspiegeln. Im zweiten Schritt wird die interne Konsistenz der Skala mittels Reliabilitätsanalysen getestet. Das Ziel beider Prozeduren besteht darin, geeignete Statements für die Skala auszuwählen.

¹⁹ Vgl. die Daten der Reliabilitätsanalyse im Anhang 1 ("Zust").

Die Faktorenanalyse mit allen 30 Statements ergibt (wider Erwarten) keine 6er Lösung, sondern eine 5er Lösung mit vielen Nebenladungen. Sie ist wenig befriedigend, da sich manche Statements kaum sinnvoll im Kontext der übrigen Statements eines Faktors interpretieren lassen. Bei der Reliabilitätsanalyse²⁰ weichen die empirischen Mittelwerte (*mean*) der Items teilweise erheblich vom durchschnittlichen Mittelwert ab. Dies findet seine Entsprechung in der an der Zustimmung zu den Statements gemessenen Schwierigkeit²¹ der Items. Auch die Korrelation einiger Items mit der Restskala (*corrected item total correlation*) fällt recht gering aus. Die Befunde erscheinen auf den ersten Blick nicht sonderlich überzeugend. Dennoch lassen sich gute Gründe anführen, um alle 30 Items in eine Skala aufzunehmen:

- Die Faktorenanalyse spiegelt im Grunde genommen die Ausgangsdimensionen wider, wenn auch durchmischt und um eine Dimension verkürzt. Die vielen Nebenladungen zeigen, dass fast alle Variablen mehr oder weniger stark miteinander zusammenhängen (was ja auch der Fall sein soll).
- Die Reliabilitätsanalyse verweist einerseits auf die Existenz einiger problematischer Statements. Andererseits fällt Cronbachs Alpha für die Gesamtskala (also einschließlich der problematischen Variablen) mit 0,9249 sehr gut aus. Die Konsistenz der Skala würde sich auch nicht verbessern, wenn ein oder mehrere Items ausgeschieden werden. Auch die Werte für den split half-Test sind recht gut.
- Werden nur die sechs Indizes (Dimensionen) einer Faktorenanalyse unterzogen, bilden sie gemeinsam einen einzigen Faktor, eben "Rechtsextremismus". Der Faktor erklärt zwischen 63 Prozent und 73 Prozent der Streuung jeder der sechs einzelnen Variablen, insgesamt 68 Prozent der Gesamtstreuung aller sechs Variablen, was als gutes Resultat zu bewerten ist²². Aus der Komponentenmatrix geht hervor, dass alle Variablen mit dem Faktor nahezu gleich stark korrelieren²³.

Daher erscheint es insgesamt durchaus gerechtfertigt, alle 30 Statements zu einer Skala zusammenzufassen. Wir bezeichnen sie als **summierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXL)**. REXL umfasst die Werte 30 bis 198. Im Idealfall müsste sie von 30 bis 210 rei-

20 Siehe Anhang 1.

21 Es bestehen mehrere Möglichkeiten, die Schwierigkeit eines Items zu messen: richtige Antworten, Zustimmung, Mittelwerte. Bei Rechtsextremismus-Statements wird hier auch der Anteil der fehlenden Antworten (*missing values* bzw. *Missings*) berücksichtigt. Die Reliabilitätsanalyse zeigt, dass kein Zusammenhang zwischen *Missings* und geringer bzw. hoher Zustimmung besteht. Der Anteil von *Missings* bei den einzelnen Variablen ist zwar gering. Allerdings addieren sie sich bei listenweisem Abschluss beispielsweise bei der Skala REXL auf 742 (vgl. Tab. 3).

22 Siehe Anhang 2. Der KMO-Wert ist mit 0,915 sehr gut.

chen, denn $7 \times 30 = 210^{24}$. Zur Bestimmung des **Rechtsextremismuspotenzials (REXPOT)** wird der "cutting point" - wie mehrfach erwähnt - auf den Skalenmittelwert gesetzt [$X=(30+210)/2=120$]. Als rechtsextrem gelten also die Befragten, die auf der Skala REXL einen Messwert zwischen 121 und 198 erreichen.

REXPOT		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Ohne	2636	65,4	80,1
	Potenzial	653	16,2	19,9
	Gesamt	3289	81,6	100,0
Fehlend System		742	18,4	
Gesamt		4031	100,0	

Werte über dem Skalenmittelwert erreichen 19,9 Prozent der Befragten, die sich zu allen 30 Statements geäußert haben. Keine Skalenwerte liegen für 16,2 Prozent der Befragten vor. Diese fehlenden Werte gehen grundsätzlich nicht in die Berechnungen ein²⁵. **Gemessen mit der Skala REXL beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial in der Bundesrepublik also 20 Prozent.**

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass es sich dabei um einen "relativen" Wert handelt, dessen Größe von der Konstruktion der Skala und der Position der Schnittstelle abhängt. Er dient ausschließlich dazu, Gruppenvergleiche durchzuführen, beispielsweise zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Männern und Frauen.

Gewerkschaftsmitglieder sind generell genauso anfällig für Rechtsextremismus wie Nicht-Mitglieder (Tabelle 4). Und es besteht ein deutlicher Ost-West-Unterschied: Die Ostdeutschen neigen anderthalb Mal so häufig zu rechtsextremen Einstellungen wie die Westdeutschen (Tabelle 5).

23 Siehe Anhang 3.

24 Weitere statistische Kennziffern zur Skala im Anhang 4 und 5.

25 Da angenommen werden kann, dass viele Antwortverweigerer ihre rechte Gesinnung nicht preisgeben wollen, führt dieses Vorgehen eher zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Potenzials als zu einer Überschätzung.

Betrachtet man beide Teile Deutschlands für sich (Tabelle 6), dann besteht im Westen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern Gleichstand: Rechtsextrem eingestellt sind jeweils 18 Prozent der Organisierten und der Unorganisierten. Im Osten ist das Rechtsextremismuspotenzial bei Mitgliedern freilich geringer (23%) als bei Nicht-Mitgliedern (28%). Der erhebliche West-Ost-Unterschied verdankt sich vor allem der vergleichsweise starken Anfälligkeit der Ostdeutschen ohne Mitgliedsausweis.

Tabelle 4: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%)			
REXPOT	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
Ohne	80,9	80,0	80,1
Potenzial	19,1	20,0	19,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 5: Rechtsextreme Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)			
REXPOT	West	Ost	BRD
Ohne	81,9	73,0	80,1
Potenzial	18,1	27,0	19,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 6: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)						
				Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	REXPOT	Ohne		81,6	82,2	81,9
		Potenzial		18,4	17,8	18,1
		Gesamt		100,0	100,0	100,0
Ost	REXPOT	Ohne		77,5	71,9	72,9
		Potenzial		22,5	28,1	27,1
		Gesamt		100,0	100,0	100,0

Gruppenvergleiche auf der Basis von Mittelwerten sind, wie bereits erwähnt, wenig anschaulich und auch schwer interpretierbar. Die Inspektion der gemessenen Mittelwerte (Tabelle 7) ergibt für Mitglieder und Nicht-Mitglieder bundesweit denselben Wert (90,7), was die Spiegelbildthese

zu bestätigen scheint. Auch der West-Ost-Unterschied schlägt sich in den Messwerten nieder. Bei der Potenzialbestimmung (Tabelle 5) konnten wir allerdings feststellen, dass die "Ossis" anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die "Wessis". Der Vergleich der Mittelwerte legt dies nicht nahe. In Westdeutschland erzielen die Gewerkschaftsmitglieder einen höheren Mittelwert als die Nicht-Mitglieder und wären demnach rechtsextremer eingestellt als die Unorganisierten. Beim Vergleich der Extremismuspotenziale machte sich dieser Unterschied jedoch so gut wie nicht bemerkbar (18,4% zu 17,8%). Dass im Osten die Organisierten seltener zum Rechtsextremismus neigen als die Unorganisierten, lässt sich auch dem Mittelwertvergleich entnehmen.

REXL	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	90,1	88,4	88,6
Ost	93,6	98,8	97,8
BRD	90,7	90,7	90,6

6. Die kumulierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXKUM)

Auf die Methode der Skalenbildung, positive Reaktionen zu kumulieren, ist eingangs hingewiesen worden. Dabei bemisst sich der Wert eines Befragten auf der Skala danach, wie vielen Statements er (im Skalensinne) zugestimmt hat. In unserem Fall müssen die Antwortskalen der Statements recodiert werden (1 bis 4 = nein, 5 bis 7 = ja). Bei 30 Items reicht die Werteskala also von Null (keinem Item zugestimmt) bis 30 (allen Items zugestimmt). Mit dieser Skala wird allerdings nicht nur die Stärke der rechtsextremen Einstellungen, sondern zugleich auch deren Dichte oder Konsistenz gemessen. Wir bezeichnen sie als **kumulierte Version der Langfassung (REXKUM)**.

Die Verteilung der Messwerte²⁶ vollzieht sich wie bei der Langskala REXL rechtsschief, allerdings ist die Schiefe der kumulierten Skala beträchtlicher als die von REXL (0,8 zu 0,4)²⁷. Mit Ausnahme der ersten vier Positionen (Werte 0 bis 3) sinkt die Anzahl der Befragten tendenziell mit wachsenden Skalenwerten. Die Werte am oberen Rand fallen also geringer aus als bei

26 Siehe Anhang 6 und 8.

27 Siehe Anhang 4 und 7.

REXL, was sich in der Potenzialbestimmung niederschlägt. Damit bestätigt sich, dass kumulierte Messinstrumente geringere Potenziale identifizieren als Instrumente, die auf Statements mit skalierten Antwortvorgaben beruhen. Bei der Potenzialbestimmung verfahren wir wie üblich: Befragte, die einen Wert über dem arithmetischen Mittel (15) erreichen, die also mehr als der Hälfte der Statements zustimmen, gelten als rechtsextrem (REXKUPOT).

Gemessen mit der kumulierten Langfassung beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial 14 Prozent (REXL: 20%). Mitglieder und Nicht-Mitglieder schneiden mit jeweils 14 Prozent gleich ab, was wiederum die Spiegelbildthese unterstützt. Auch der Ost-West-Unterschied tritt bei REXKUM zu Tage (20% zu 13%). Vergleicht man die Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands, dann gelangt man zu einem ähnlichen Befund wie bei REXL: Im Westen besteht Gleichstand, im Osten sind die Gewerkschaftsmitglieder weniger für Rechtsextremismus anfällig als die Nicht-Mitglieder. Der West-Ost-Unterschied beruht auch nach REXKUM auf dem vergleichsweise großen Rechtsextremuspotenzial der Unorganisierten.

Der Vergleich beider Langskalen ergibt, dass das Einstellungspotenzial um etwa ein Drittel geringer ausfällt, wenn die Konsistenz des Einstellungsmusters - wie in der kumulierten Version - berücksichtigt wird. Abgesehen vom unterschiedlichen Messniveau unterscheiden sich die Relationen nur geringfügig: Das West-Ost-Verhältnis beträgt bei beiden Skalen 2 zu 3, die Ostdeutschen sind also anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus wie die Westdeutschen. Das Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern ist nahezu identisch. Dies gilt auch für den West-Ost-Vergleich: Im Westen beträgt das Verhältnis 1 zu 1, im Osten etwa 2 zu 3. Beide Skalen messen also weithin dasselbe, was sich auch daran zeigt, dass sie perfekt miteinander korreliert sind ($r = 0,950$). Sie unterscheiden sich lediglich konstruktionsbedingt bei der (für statistische Prozeduren allerdings unerheblichen) Potenzialbestimmung²⁸. Auch beim Gruppenvergleich auf der Basis von Mittelwerten unterscheiden sich beide Versionen der Langfassung nicht von einander²⁹.

7. Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "großer" Schwierigkeit (REXH)

Die Einbeziehung aller 30 Statements in beide Langfassungen der Rechtsextremismus-Skala ist nicht ganz unproblematisch, weil sich die Items - wie erwähnt - bei einer Faktorenanalyse um

28 Siehe Anhang 9 bis 12.

29 Siehe Anhang 13.

fünf Hintergrundvariablen (Faktoren, Komponenten) gruppieren, die miteinander nicht oder nur kaum korrelieren. Das Likert-Verfahren beruht jedoch darauf, dass die Items einer Skala Indikatoren für ein und dieselbe latente Dimension darstellen, dass sie dasselbe messen (Paralleltests). Unsere 30 Statements erfüllen diese Bedingung jedoch nicht, jedenfalls nicht optimal.

Dass dennoch alle 30 Items berücksichtigt wurden, haben wir mit drei Argumenten gerechtfertigt. *Erstens*: Das Ergebnis der Faktorenanalyse trage der theoretisch begründeten und empirisch belegten These Rechnung, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein mehrdimensionales Einstellungsmuster handelt. Daher stellen alle Statements Indikatoren für die latente Dimension Rechtsextremismus dar. *Zweitens*: Dies zeige sich auch daran, dass die sechs Indizes, die die Rechtsextremismusdimensionen abbilden, für sich genommen auf einem Faktor laden, also eine gemeinsame Hintergrundvariable bilden, eben Rechtsextremismus. *Drittens*: Die interne Konsistenz der Skala sei außerordentlich hoch und verbessere sich auch nicht, wenn einzelne Items entfernt würden.

Das letztgenannte Argument ist kaum zu widerlegen. Gegen die ersten beiden ließe sich einwenden, dass Statements, die sich *inhaltlich* auf dieselben Orientierungen beziehen, statistisch nicht notwendigerweise die Bedingung der Eindimensionalität erfüllen. Das Likert-Verfahren setzt aber *statistische* Eindimensionalität voraus. Um diese Einwände zu berücksichtigen, haben wir uns um einfaktorielle Lösungen bemüht. Dazu werden aus den zur Verfügung stehenden Statements zweckmäßigerweise solche ausgewählt, die einen ähnlichen Mittelwert, eine ähnliche Standardabweichung und eine ähnliche Schwierigkeit aufweisen. Dabei sollte in unserem Fall aus theoretischen Gründen allerdings jede der sechs Dimensionen mit jeweils (mindestens) zwei Statements berücksichtigt sein.

Es liegt nahe, zunächst besonders schwierige Statements, solche also mit möglichst geringem Mittelwert bzw. mit geringer Zustimmung und gegebenenfalls mit vielen "Missings" auszuwählen. Denn damit würde im Unterschied zu beiden Langfassungen der "harte Kern" des Rechtsextremismus erfasst. Auf diesem Weg wurden 12 Statements³⁰ ermittelt, die tatsächlich eine einfaktorielle Lösung ergeben. Die Reliabilitätsuntersuchung fördert ein Alpha von 0,8326 zu Tage, was angesichts der vergleichsweise geringen Anzahl von Items³¹ als sehr gut zu bewerten ist. Der Reliabilitätskoeffizient würde auch nicht besser ausfallen, wenn ein oder mehrere Items ausgeschlossen werden.

30 Siehe Anhang 14.

Die "harte" Rechtsextremismus-Skala (REXH) umfasst den Wertebereich von 12 bis 84, der Skalenmittelwert beträgt 48 ("cutting point"), das Einstellungspotenzial REXHPOT wird also durch die Werte 49 bis 84 gebildet. Die Verteilung der Messwerte ist noch rechtsschiefer als die von REXKUM und erst recht als die von REXL. Der Wert beträgt 0,96 gegenüber 0,77 bei REXKUM und 0,43 bei REXL³². Dabei werden die Skalenwerte 80 bis 84 von keinem Befragten erreicht. Bei der Potenzialbestimmung ist also ein deutlich geringeres Ergebnis zu erwarten als bei den beiden Langskalen.

Gemessen mit der Skala REXH beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial nur acht Prozent (REXL: 20%; REXKUM: 14%). Mitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich mit acht bzw. neun Prozent kaum von einander. Auch REXH bestätigt den Ost-West-Unterschied, der beim harten Kern des Rechtsextremismus sogar 2 zu 1 ausmacht. Die separate Betrachtung beider Teile Deutschlands ergibt für den Westen offenbar wiederum die Spiegelbildthese, während im Osten die Organisierten auch bei REXH deutlich weniger anfällig für Rechtsextremismus sind als die Unorganisierten. Der Unterschied fällt freilich größer aus als bei REXL und REXKUM. Der Gruppenvergleich auf der Basis von Mittelwerten zeitigt keine neuen Erkenntnisse³³.

8. Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "mittlerer" Schwierigkeit (REXW)

Schließlich wurden noch 12 Statements mittlerer³⁴ Schwierigkeit ausgewählt, die die Grundlage für eine eher "weiche" Skala (REXW) bilden sollen³⁵. Auch sie laden auf einem gemeinsamen Faktor. Der Reliabilitätskoeffizient Alpha liegt mit 0,8384 wiederum im sehr guten Bereich. Die "weiche" Rechtsextremismus-Skala (REXW) umfasst den Wertebereich von 12 bis 84, der Skalenmittelwert beträgt 48 ("cutting point"), das Einstellungspotenzial REXWPOT wird also durch die Werte 49 bis 84 gebildet. Die Verteilung der Messwerte von REXW ist der von REXL recht ähnlich. Sie verläuft allerdings etwas flacher (Kurtosis REXW: -0,508; REXL: -0,425) und etwas weniger rechtsschief (Schiefe REXW: 0,341; REXL: 0,426). Da bei REXW der Mittelwert der Verteilung (40,3) sehr dicht am (für die Potenzialbestimmung maßgeblichen) Skalenmittel-

31 Cronbachs Alpha steigt mit der Anzahl der Statements. Siehe Anhang 15.

32 Siehe Anhang 4, 7, 16 und auch 17.

33 Siehe Anhang 18 bis 22.

34 Eine Rechtsextremismus-Skala aus Statements mit geringer Schwierigkeit zu konstruieren, wäre unsinnig.

35 Siehe Anhang 23.

wert (48) liegt, ist ein wesentlich größeres Rechtsextremismuspotenzial zu erwarten als bei REXL³⁶.

Gemessen mit der Skala REXW beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial 30 Prozent (REXL: 20%; REXKUM: 14%; REXH: 8%). Dabei sind Mitglieder und Nicht-Mitglieder wiederum gleichermaßen betroffen. Der West-Ost-Unterschied fällt mit 4 zu 5 allerdings nicht so stark aus wie bei den bisherigen Skalen. Bei separater Betrachtung von West- und Ostdeutschland gilt für den Westen - wie bei den anderen Skalen auch - die Spiegelbildthese. Im Osten neigen die Nicht-Mitglieder allerdings nur geringfügig mehr zum Rechtsextremismus als die Mitglieder³⁷.

9. Gesamtbetrachtung

9.1. Zur Validität der Skalen und zur Auswahl der abhängigen Variable

Einzelheiten der Validitätsprüfung finden sich im Anhang 31. Alle vier Skalen haben sich bei den durchgeführten Tests als valide erwiesen. Die besten Ergebnisse erzielte die summierte Langfassung REXL, die wir daher als **maßgebliche Skala** verwenden. Die übrigen Skalen werden zwar stets in die Analysen einbezogen, die entsprechenden Befunde werden aus Gründen der Übersichtlichkeit aber nicht (bzw. nur ausnahmsweise) mitgeteilt. Die "weiche" Kurzskala REXW eignet sich allerdings weniger zur Messung von extrem rechten Einstellungen, da sie offenbar auch rechtskonservative Haltungen erfasst.

9.2 Zur speziellen Spiegelbildthese

Tabelle 8 enthält die Messwerte für die rechtsgerichteten Einstellungspotenziale, Tabelle 9 die prozentualen Abweichungen der Organisierten von den Unorganisierten. Dabei bedeutet die Angabe +6, dass der Messwert der Organisierten den der Unorganisierten um sechs Prozent übertrifft. -10 bedeutet, dass der Messwert der Unorganisierten von den Organisierten um zehn Prozent unterschritten wird. Abweichungen bis zu 20 Prozent liegen im Toleranzbereich der Spiegelbildthese, erst bei Messwerten über 20 Prozent wird die Spiegelbildthese verworfen.

36 Siehe Anhang 24 und 25.

37 Siehe Anhang 26 bis 30.

Tabelle 8: Rechtsgerichtete Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
DIKTAPOT	18	17	26	20	16	33	19
CHAUPOT	31	31	30	32	31	36	32
AUSPOT	23	20	36	26	23	40	26
SEMPOT	23	24	19	22	22	24	23
DARWPOT	12	11	16	13	12	20	13
NSPOT	28	29	24	29	29	28	29
WOHLPOT	19	17	32	20	16	35	20
REXPOT	19	18	23	20	18	28	20
REXKUPOT	14	13	14	14	13	21	14
REXPOT	8	8	9	9	7	14	8
REXWPOT	30	29	34	30	28	37	30

Tabelle 9: Prozentuale Abweichungen der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern in Bezug auf rechtsgerichtete Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
DIKTAPOT	-10	+6	-21
CHAUPOT	-3	0	-17
AUSPOT	-12	-13	-10
SEMPOT	+5	+9	-21
DARWPOT	-8	-8	-20
NSPOT	-3	0	-14
WOHLPOT	-5	+6	-9
REXPOT	-5	0	-18
REXKUPOT	0	0	-33
REXPOT	-11	+14	-36
REXWPOT	0	+4	-8

Fettsatz: Abweichungen von über $\pm 20\%$ der Organisierten gegenüber den Unorganisierten. Hier trifft die Spiegelbildthese also nicht zu.

Lesebeispiel: Aus Tabelle 8 geht hervor, dass 18 Prozent der Mitglieder und 20 Prozent der Nicht-Mitglieder in der Bundesrepublik eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten. Die absolute Differenz »Organisierte minus Unorganisierte« beträgt also -2 (Prozentpunkte), die hier berichtete prozentuale Differenz beträgt -10 $[-2/20 \times 100]$. Das bedeutet, dass der Anteil der Organisierten in der Bundesrepublik, die eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten, zehn Prozent unter dem entsprechenden Anteil der Unorganisierten liegt.

Aus Tabelle 8 geht hervor, dass die Indizes und Skalen für Mitglieder und Nicht-Mitglieder *bundesweit* im Großen und Ganzen nahezu identische Zustimmungen messen. Tabelle 9 weist aber auch auf Unterschiede (für die BRD) hin: Die Zustimmung zu den sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters und zum Index Wohlstandschauvinismus fällt bei Gewerkschaftsmitgliedern etwas geringer aus als bei Nicht-Mitgliedern. Die Messwerte schwanken zwischen -12 Prozent und -3 Prozent. Eine Ausnahme bildet lediglich der Antisemitismus. Hier liegt das Zustimmungspotenzial der Organisierten fünf Prozent über dem der Unorganisierten. Hinsichtlich der vier Rechtsextremismus-Skalen messen wir in der Bundesrepublik insgesamt bei REXH und bei REXL negative Werte für die Organisierten (ihre Anfälligkeit liegt hier elf Prozent bzw. fünf Prozent unter der der Unorganisierten), bei REXKUM und REXW sind die Ergebnisse identisch.

Unter Berücksichtigung der 20-Prozent-Marge ergibt sich folgender Befund: Organisierte und Unorganisierte sind bundesweit gleichermaßen anfällig für Rechtsextremismus (unabhängig von der Konstruktion des Messinstruments) und für die einzelnen Bestandteile (Dimensionen) des rechtsextremen Einstellungsmusters.

Unterschiede machen sich allerdings bemerkbar, wenn beide Teile Deutschlands getrennt betrachtet werden: Für Westdeutschland gilt bei den Indizes und bei den Skalen in quantitativer Hinsicht³⁸ durchgängig die Spiegelbildthese, für Ostdeutschland aber nicht. Auffällig ist zunächst, dass alle Werte für den Osten negativ ausfallen, die Mitglieder sind hier also weniger anfällig für extrem rechte Einstellungen als Nicht-Mitglieder. Dabei überschreiten die prozentualen Abweichungen teilweise die 20 Prozent-Grenze (liegen allerdings unterhalb der für Immunität maßgeblichen 50 Prozent-Marge):

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (-21%);
- Antisemitismus (-21%);
- kumulierte Rechtsextremismus-Skala (-33%);
- harte Rechtsextremismus-Skala (-36%).

Während sich also in Westdeutschland Mitglieder und Nicht-Mitglieder nicht besonders hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für rechtsgerichtete Einstellungen unterscheiden, gelangen wir für Ostdeutschland zu einem differenzierten Befund: Dort bestehen oft erhebliche Un-

³⁸ Wir erinnern daran, dass die spezielle Spiegelbildthese erst dann vollständig bestätigt ist, wenn sie auch auf die Ursachen für Rechtsextremismus zutrifft.

terschiede. Im Osten kann die spezielle Spiegelbildthese also - wenn überhaupt - nur teilweise gelten.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Potenziale im Osten zumeist deutlich höher liegen als im Westen. Die prozentualen Abweichungen³⁹ der Potenziale im Osten von denen im Westen sind bis auf die Verharmlosung des Nationalsozialismus (NSPOT) durchweg positiv und schwanken zwischen fünf Prozent und 100 Prozent:

	West (%)	Ost (%)	Prozentuale Abweichung Ost - West
DIKTAPOT	16	32	+100
CHAUPOT	31	36	+16
AUSPOT	22	39	+77
SEMPOT	22	23	+5
DARWPOT	12	19	+58
NSPOT	29	28	-3
WOHPOT	17	34	+100
REXPOT	18	27	+50
REXKUPOT	13	20	+54
REXPOT	7	13	+86
REXPOT	29	36	+24

Der Ost-West-Unterschied fällt teilweise dramatisch aus. Eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten die Ostdeutschen doppelt so häufig wie die Westdeutschen, ebenso Wohlstandschauvinismus. Bei der Ausländerfeindlichkeit übertrifft der Osten den Westen um 77 Prozent, beim Darwinismus um 58 Prozent. Geringe Abweichungen zeigen sich beim Antisemitismus und bei der Verharmlosung des NS. Das mit den beiden Langskalen gemessene Rechtsextremisierungspotenzial (REXPOT, REXKUPOT) erweist sich im Osten als anderthalb Mal so groß wie im Westen. Beim "harten" Rechtsextremisierungspotenzial übertrifft der Osten den Westen sogar um 86 Prozent, beim "weichen" Potenzial allerdings nur um 24 Prozent.

Generell gilt, dass extrem rechte Orientierungen in Ostdeutschland im Schnitt anderthalb Mal so oft anzutreffen sind wie in Westdeutschland. Die stärkere Belastung Ostdeutschlands beruht vor allem darauf - wie Tabelle 8 und 9 zeigen -, dass in den neuen Ländern die Unorganisierten anfälliger für Rechtsextremismus sind als die Organisierten.

39 (Ost - West) x 100/West.

9.3 Zur inhaltlichen Struktur des rechtsextremen Einstellungsmusters

Bei der Darstellung der rechtsgerichteten Einstellungspotenziale hatten wir festgestellt, dass Chauvinismus bundesweit auf den größten Zuspruch stößt (32%). Es folgen die Verharmlosung des Nationalsozialismus (29%), die Ausländerfeindlichkeit (26%), der Antisemitismus (23%), der Wohlstandschauvinismus (20%), die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (19%) und schließlich Darwinismus (13%). Ausländerfeindlichkeit ist also keineswegs besonders weit verbreitet, erst Recht nicht Wohlstandschauvinismus. **Damit müssen alle Theorien mit einem Fragezeichen versehen werden, die einen "neuen" Rechtsextremismus postulieren, der sich im Zeichen der Globalisierung in erster Linie fremdenfeindlich geriert.** Dies mag auf die Mesoebene, beispielsweise auf die Ziele und für die Propaganda rechtsextremer Parteien zutreffen, für die Mikroebene, also für individuelle Einstellungen, gilt es nicht. Entsprechend ist auch Jaschkes These von der Ethnisierung sozialer Konflikte zu relativieren.

Beim Ost-West-Vergleich zeigt sich allerdings, dass in den neuen Bundesländern Ausländerfeindlichkeit besonders stark verbreitet ist (39%). An zweiter Stelle folgt Chauvinismus (36%) und an dritter Wohlstandschauvinismus (34%). Diese Rangfolge steht aber kaum für einen Primat des Ethnischen, sie kommt zustande, weil im Osten der Verharmlosung des Nationalsozialismus und dem Antisemitismus eine geringere Bedeutung zu kommen als im Westen.

Dass Chauvinismus in der Bundesrepublik besonders verbreitet ist, könnte eher die These vom Primat des Nationalen stützen. Dafür spräche auch, dass unter den auf Platz zwei rangierenden Tendenzen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus die "Schlussstrichmentalität" und die Relativierung der NS-Verbrechen besonders herausragen. Dennoch ist die Bedeutung des Chauvinismus im Vergleich zu den übrigen rechtsgerichteten Einstellungspotenzialen nicht so überragend, dass der Begriff "Primat" gerechtfertigt wäre. **Im Prinzip bestätigen auch unsere Daten, dass Nationalismus und Ethnozentrismus zwei Seiten derselben Medaille darstellen.** Das war schon immer so, und daher können wir auch keine wesentlichen Anzeichen für einen inhaltlichen Bedeutungswandel des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene erkennen.

Zu keinem prinzipiell anderen Ergebnis gelangt man, wenn eine Regression der sechs rechtsgerichteten Indizes, die die Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters bilden, auf die Skala REXL geschätzt wird. Dieses Verfahren ist zwar nicht ganz unproblematisch, weil die sechs Indizes die Streuung von REXL vollständig aufklären. Und da die Indizes mit derselben Anzahl von Statements in die Rechnung eingehen, sind auch keine sehr unterschiedlichen Be-

ta-Werte⁴⁰ zu erwarten. Immerhin variieren sie für alle Befragten zwischen 0,183 (Darwinismus) und 0,234 (Antisemitismus). Antisemitismus prägt REXL also vergleichsweise stark. Es folgen Ausländerfeindlichkeit (0,214), Chauvinismus (0,201), Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (0,194) und die Verharmlosung des Nationalsozialismus (0,186). (Dies gilt im Übrigen mit winzigen Abweichungen gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder.) Auch daraus wird ersichtlich, dass weder von einem Primat des Völkischen noch von einem des Nationalismus die Rede sein kann.

Wir sind dann der Frage nachgegangen, ob sich im Sinne von Dörres "reaktivem Nationalismus" oder Butterwegges "Standortnationalismus" eine Variante nationalistischen Denkens ermitteln lässt, die nicht völkisch induziert ist. Die Aussichten fündig zu werden, standen von Anfang an schon deshalb schlecht, weil erfahrungsgemäß die Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters - und damit eben auch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bzw. Darwinismus - einen engen statistischen Zusammenhang bilden. (Sonst wäre die Bildung von reliablen und validen Rechtsextremismus-Skalen unmöglich!) Auch in unserer Umfrage korrelieren die rechtsgerichteten Indizes durchweg sehr stark untereinander⁴¹. Dies gilt für West- und Ostdeutschland, für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder. Wenn mittels Kreuztabellierungen die Befragten herausgefiltert werden, die stark nationalistisch (chauvinistisch) aber schwach ausländerfeindlich, wohlstandschauvinistisch oder darwinistisch orientiert sind, dann ergeben sich Anteile zwischen sieben Prozent (schwach ausländerfeindlich) und elf Prozent (schwach wohlstandschauvinistisch) - und zwar bei Organisierten und Unorganisierten. Weitere Tests mit Fragen zu demokratischen, wirtschaftlichen oder sozialen Orientierungen gelangen zu dem Befund, dass ein sozio-ökonomisch fundierter Nationalismus ohne völkische Ausrichtung im Schnitt bei acht Prozent der Befragten zu beobachten ist. In jedem Fall bestehen aber gegensinnige statistische Zusammenhänge zwischen den gekreuzten Variablen, so dass auf der Einstellungsebene die Thesen vom "Standortnationalismus" und vom "reaktiven Nationalismus" kaum empirische Bestätigung finden. Überdies ließ sich auf der Mikroebene auch kein Beleg für den von Butterwegge behaupteten positiven Zusammenhang von Nationalismus und Neoliberalismus ausmachen. Im Gegenteil: Die Korrelationen fallen negativ aus, bei Gewerkschaftsmitgliedern noch stärker als bei Nicht-Mitgliedern.

40 Der Koeffizient Beta gibt den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige (hier: REXL) an.

41 Vgl. Anhang 32. Ausländerfeindlichkeit und Wohlstandschauvinismus sind fast vollständig miteinander assoziiert, weil WOHL zwei Statements umfasst, die auch Bestandteil von AUS sind.

Daraus folgt nun keineswegs, dass nationalistische Einstellungen nicht auch sozio-ökonomische Komponenten oder sogar "legitime Ansprüche" (Dörre) enthalten. In Kapitel D wird sich herausstellen, dass Rechtsextremismus mit globalisierungskritischen und sogar mit altsozialistischen Orientierungen positiv korreliert. Aber derartige Zusammenhänge bestehen im Rahmen des rechtsextremen Einstellungsmusters, das durch eine widersprüchliche Einheit von Nationalismus und Ethnozentrismus gekennzeichnet ist.

Abschließend muss noch die Frage geklärt werden, ob ein gewerkschaftstypischer Rechtsextremismus existiert: Ist das rechtsextreme Einstellungsmuster der Gewerkschaftsmitglieder genau so strukturiert wie das der Nicht-Mitglieder, oder weisen die Organisierten Besonderheiten auf? Die bisherigen Untersuchungsergebnisse deuten diesbezüglich eher auf Übereinstimmung zwischen Organisierten und Unorganisierten hin. So zeigten sich bei der Regression der sechs rechtsgerichteten Indizes auf die Skala REXL keine nennenswerten Unterschiede bei den Beta-Werten. Als zusätzlichen Test vergleichen wir die Rangfolge der Größe der sieben rechtsgerichteten Einstellungspotenziale (einschließlich Wohlstandschauvinismus) bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern (Daten in Tabelle 8). Als geeignete Maßzahl bietet sich der Rangkorrelationskoeffizient von Spearman an: Für die beiden Rangreihen ergibt sich $r_s = 0,9643$. Es besteht also ein perfekter Zusammenhang zwischen beiden Rangfolgen. **Ein gewerkschaftstypisches rechtsextremes Einstellungsmuster existiert nach unseren Daten also nicht.** Vor allem ist das rechtsextreme Weltbild der Gewerkschaftsmitglieder keineswegs - ebenso wenig wie das der Nicht-Mitglieder - durch einen Vorrang von fremdenfeindlichen oder wohlstandschauvinistischen Orientierungen gekennzeichnet.

10. Exkurs: Wahlbereitschaft zu Gunsten von rechtsextremen Parteien

Wenn auch rechtsextreme Einstellungen die abhängige Variable dieser Untersuchung bilden und wir strikt zwischen Einstellungen und Verhalten trennen wollen, teilen wir dennoch - gewissermaßen nachrichtlich - die rechtsgerichteten Parteipräferenzen von Organisierten und Unorganisierten mit.

Da sich bei der "Sonntagsfrage" nur sehr wenige Personen zur Wahlabsicht für eine rechtsextreme Partei bekennen, wurde das Instrument der "Wahlbereitschaftsfrage" entwickelt. Das Auskunftersuchen wird hier sehr zurückhaltend vorgetragen und erleichtert die Zustimmung durch konjunktivische Frageform und unbestimmte Formulierungen wie "unter Umständen" oder "auch einmal": "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder

bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?" Was genau mit dieser Frage gemessen wird, ist unklar. Mit Sicherheit nicht die Wahlabsicht, eher wohl eine gewisse Affinität zu rechtsextremen Parteien, womit sich vermutlich auch Proteststimmungen verbinden.

Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 10. Während acht Prozent der Unorganisierten ihre Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei bekunden, tun das immerhin 10 Prozent der Organisierten. Die Gewerkschaftsmitglieder übertreffen die Nicht-Mitglieder also um 25 Prozent und stellen insofern kein Abbild der Gesellschaft dar.

Tabelle 10: Die Wahlbereitschaft von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu Gunsten von DVU, NPD oder REP nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
ja	10	10	9	8	8	8	9
nein	88	88	91	90	90	91	89
weiß nicht, k. Antw.	2	2	0	2	2	1	2

Übrigens zeigt sich auch bei unserer Befragung, dass nur rund die Hälfte der Sympathisanten von rechtsextremen Parteien auch rechtsextrem eingestellt sind (Organisierte 44%; Unorganisierte 51%).

11. Ergebnis

Für die Bildung einer Rechtsextremismus-Skala stehen insgesamt 30 Statements, jeweils fünf für die sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus), zur Verfügung. Da die fünf Items der sechs Dimensionen jeweils auf einem Faktor laden, haben wir nach dem Likert-Verfahren sechs Indizes gebildet: DIKTA, CHAU, AUS, SEM, DARW und NS. Weiterhin wurde aus zwei Statements des Index "Ausländerfeindlichkeit" sowie aus zwei (von drei) weiteren Statements, die zusätzlich zu den Rechtsextremismus-Statements vorhanden und nicht Grundlage der Skalenbildung sind, der Index Wohlstandschauvinismus (WOHL) gebildet. Der Wert eines Befragten für jeden Index entspricht seinem Gesamtpunktwert für alle Statements.

Zur Potenzialbestimmung (die Variablennamen enden mit -POT) wurde der "cutting point" auf das "ideelle" arithmetische Mittel, auf den Skalenmittelwert gesetzt. Für alle Befragten ergeben sich folgende **Potenziale**: Chauvinismus 32 Prozent, Verharmlosung des Nationalsozialismus 29 Prozent, Ausländerfeindlichkeit 26 Prozent, Antisemitismus 23 Prozent, Wohistandschauvinismus 20 Prozent, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur 19 Prozent und Darwinismus 13 Prozent.

Faktoren- und Reliabilitätsanalysen ergeben keine eindeutige Lösung für die Skalenkonstruktion. Daher wurden **vier Skalen** gebildet:

- Die Langfassung der Rechtsextremismus-Skala (REXL) schließt alle 30 Statements ein. REXL umfasst die Werte 30 bis 210. Der Wert eines Befragten auf der Skala entspricht seinem Gesamtpunktwert für alle Statements. Der "cutting point" für die Potenzialbestimmung (REXLPOT) wurde, wie auch bei den anderen Skalen und bei den Indizes, auf das "ideelle" arithmetische Mittel (hier: 120) gesetzt.
- Die kumulierte Version der Langfassung (REXKUM) besteht ebenfalls aus allen 30 Statements. Der Wert eines Befragten bemisst sich allerdings danach, wie vielen Statements er im Skalensinne zugestimmt hat. Die Skala reicht folglich von null (keinem Statement zugestimmt) bis 30 (allen Statements zugestimmt). Bei der Ermittlung des Einstellungspotenzials (REXKUPOT) wurde wie bisher verfahren (Mittelwert: 15).
- Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "großer" Schwierigkeit (REXH) setzt sich aus 12 Statements zusammen, je zwei für eine Dimension des Einstellungsmusters. Es wurden Items mit möglichst geringem Mittelwert bzw. geringer Zustimmung ausgewählt, um den harten Kern der Rechtsextremisten zu erfassen. Die Skala umfasst die Werte 12 bis 84. Der Wert eines Befragten auf der Skala entspricht seinem Gesamtpunktwert für alle Statements. Der Mittelwert für die Berechnung des Einstellungspotenzials (REXHPOT) beträgt 48.
- Die Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "mittlerer" Schwierigkeit (REXW) setzt sich wiederum aus 12 Statements zusammen, je zwei für eine Dimension des Einstellungsmusters. Es wurden hier aber Items verwendet, deren arithmetische Mittel möglichst im mittleren Bereich angesiedelt sind. Im Vergleich zu REXH kann diese Skala als "weich" charakterisiert werden. Bei der Potenzialbestimmung (REXWPOT) wurde wie bei REXH verfahren.

Alle vier Skalen haben sich als reliabel und valide erwiesen. Die besten Resultate erzielte REXL, die daher als **maßgebliche Skala** Verwendung finden wird. REXW schließt offenbar rechtskonservative Haltungen ein und eignet sich daher kaum zur Ermittlung von extrem rechten Positionen. Konstruktionsbedingt messen die vier Skalen unterschiedliche **Rechtsextremismuspotenziale**: REXWPOT 30 Prozent, REXLPOT 20 Prozent, REXKUPOT 14 Prozent und REXHPOT acht Prozent.

Berechnungen mit allen Indizes und Skalen gelangen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass **Gewerkschaftsmitglieder** und **Nicht-Mitglieder** in der Bundesrepublik gleichermaßen anfällig für extrem rechte Einstellungen sind. Insoweit bestätigt sich also **bundesweit die spezielle Spiegelbildthese**. Bei getrennter Betrachtung von Westdeutschland und Ostdeutschland zeigt sich allerdings, dass die Spiegelbildthese **nur auf den Westen**, nicht aber durchgängig auf den Osten zutrifft.

Überhaupt macht sich ein deutlicher **West-Ost-Unterschied** bemerkbar. Rechtsextreme Orientierungen finden sich im Osten im Schnitt anderthalb Mal so häufig wie im Westen. Die stärkere Belastung der neuen Länder (einschließlich Ost-Berlin) beruht vor allem darauf, dass dort die **Unorganisierten** anfälliger für Rechtsextremismus sind als die **Gewerkschaftsmitglieder**.

Alle Aussagen über die Gültigkeit der speziellen Spiegelbildthese stehen unter dem Vorbehalt, dass sie erst als vollständig bestätigt gelten kann, wenn sie auch die Ursachen für Rechtsextremismus einschließt. Diese werden erst in den folgenden Kapiteln behandelt.

Bezüglich der inhaltlichen Struktur des rechtsextremen Einstellungsmusters ergibt sich Folgendes:

- Unsere Daten liefern keine überzeugenden Hinweise darauf, dass das rechtsextreme Einstellungsmuster durch den Primat einer (sozio-ökonomisch fundierten) Fremdenfeindlichkeit oder durch einen Primat des Nationalismus gekennzeichnet ist. Der Strukturwandel der Industriegesellschaft, die Globalisierung und die Veränderungen der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt bewirken offenbar **keinen "neuen" Rechtsextremismus**, der sich in erster Linie gegen fremde Ethnien, Immigranten oder Asylbewerber richtet oder der in einem primär sozio-ökonomisch fundierten Nationalismus besteht. Auf der Einstellungsebene fanden wir jedenfalls keine Anzeichen für einen "Standortnationalismus" (Butterwegge) oder für einen "reaktiven Nationalismus" (Dörre). Unsere Untersuchungsergebnisse deuten eher dar-

auf hin, dass Rechtsextremismus nach wie vor gleichermaßen durch Nationalismus und Ethnozentrismus charakterisiert ist.

- Gewerkschaftsmitglieder verfügen nach unseren Erkenntnissen über kein spezielles rechtsextremes Einstellungsmuster, das sich von dem der Unorganisierten unterscheidet. Ein gewerkschaftstypischer Rechtsextremismus existiert offenbar nicht. Auch dieser Befund stützt die Spiegelbildthese.

Kapitel C: Sozio-ökonomischer Status und Rechtsextremismus

1. Problemstellung

Die Mitgliedschaft der Gewerkschaften ist in ihrem sozio-ökonomischen Status (SES-Merkmale) kein Spiegelbild der Unorganisierten. Sie unterscheidet sich sozialstrukturell deutlich von allen anderen Personen in der Bevölkerung ab 16 Jahren, so unsere Annahme, die Ausgangspunkt dieses Kapitels ist (allgemeine Spiegelbildthese). Daran schließen wir eine zweite These an. Im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in sozialen Gruppen sollten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern deutliche Unterschiede bestehen (spezielle Spiegelbildthese). Wir vermuten also bei Mitgliedern zum Teil andere Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Rechtsextremismus als bei Unorganisierten.

Die Thesen untersuchen wir anhand sozialstruktureller Merkmale, die unter zwei Gesichtspunkten ausgewählt werden. Sie sollen für die Beschreibung der Sozialstruktur der Mitgliedschaft als wichtig gelten, und/oder in Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus eine Bedeutung haben. Unter den ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen bestimmen wir Prädiktoren, welche in gewisser Stärke positive oder negative Korrelationen mit rechtsextremen Einstellungen aufweisen.

Zunächst werden die untersuchungsrelevanten sozialstrukturellen Merkmale hergeleitet, im zweiten Schritt operationalisiert. Die darauf folgende Analyse ihrer wechselseitigen Zusammenhänge ergibt weitere Interpretationsgrundlagen für die Anwendung auf das Datenmaterial unter dem Aspekt des Vergleichs zwischen Mitgliedern und Unorganisierten. Anhand des Vergleiches wird zuerst die allgemeine Spiegelbildthese untersucht, danach die spezielle. Im Analyseverlauf bestimmen wir Schlüsselprädiktoren, die wir untersuchungsbezogen für besonders geeignet halten, rechtsextreme Einstellungen zu erklären.

Sozialstrukturelle Merkmale, für welche die allgemeine Spiegelbildthese widerlegt wird, nennen wir gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale (GSM-Merkmale). Zur Widerlegung der speziellen Spiegelbildthese suchen wir insbesondere unter den GSM-Merkmalen Faktoren

für rechtsextreme Einstellungen, in deren Wirkungsrichtung und/oder Wirkungsstärke deutliche Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten bestehen.

2. Die Auswahl sozialstruktureller Merkmale

Die Herleitung sozialstruktureller Merkmale aus Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus erfolgt entlang der Unterscheidung nach sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung. Hinter beiden Konzepten stehen zentrale Beschreibungs- und Analyse Kriterien der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Ihre jeweils unterschiedliche Gewichtung gehört zu den Grundlagen der Konkurrenz von Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus.

Mit sozialer Ungleichheit soll vor allem das soziale „Oben“ und „Unten“ hervorgehoben werden, die hierarchischen sozio-ökonomischen Schichtungen der Gesellschaft oder die ungleichen Klassenlagen und deren Kontinuitäten im Zeitverlauf. Mit sozialer Segmentierung sollen vor allem die sozio-kulturellen Trennungen durch das „Nebeneinander“ unterschiedlicher Lebensstile und Lebenslagen betont werden. Wichtig erscheinen die Brüche in der sozialstrukturellen Entwicklung, die weniger mit der sozialen Schichtung zu tun haben, als mit sozialen Merkmalen wie Geschlecht, Religion oder Alter und damit zusammenhängenden spezifischen Sozialisierungsprozessen und Einstellungen.

Uns interessiert, welche sozialstrukturellen Merkmale sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung in den Erklärungsansätzen mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden. Wir orientieren uns bei der Suche an dem in Kapitel A entwickelten Untersuchungsmodell, in dem wir die Sozialstruktur nur indirekt mit rechtsextremen Einstellungen in Verbindung bringen. Direkt beeinflusst sie im Modell das Ausmaß gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Unzufriedenheit und Persönlichkeitsmerkmale, zu denen wir einen bestimmten kognitiven Orientierungsstil, wie beispielsweise rigides Denken, und grundlegende politische Wertorientierungen zählen.

Wir erörtern nur Erklärungsansätze, deren sozialstrukturelle Bezüge sich im Rahmen einer empirischen Untersuchung, wie auch der unseren, vergleichsweise einfach operationalisieren lassen, oder ihren Schwerpunkt auf die Arbeitswelt legen. Nicht diskutiert werden deshalb das In-

dividualisierungstheorem und daran anschließende Ansätze und auch nicht, besonders aus forschungsökonomischen Gründen, die Konzepte der Lebenslage¹ und des sozialen Milieus. Zum Einstieg in die Diskussion machen wir einen kurzen Exkurs über Modernisierungsverlierer, weil die unter diesem Etikett gehandelten Erklärungsansätze für Rechtsextremismus vielfach in Wissenschaft, Politik und Publizistik diskutiert werden².

2.1 Modernisierungsverlierer

Eine allgemein anerkannte Version der Modernisierungsverlierer-These gibt es nicht, was die Auseinandersetzung mit der These bzw. den Thesen-Varianten erschwert.

Modernisierungsansätze werden in Verbindung gesehen mit dem Individualisierungstheorem, aber auch in Zusammenhang gebracht mit dem Analyseleitbild von „Zentrum“ und „Peripherie“ in der Gesellschaft. Die Peripherien lassen sich weder eindeutig besseren oder schlechteren Lebenslagen zuordnen, noch einer bestimmten Schicht oder Klasse³. Held u.a. benutzen aber auch den Begriff der Lebenslage um ihre Unterscheidung von Modernisierungsverlierern und -gewinnern vorzunehmen⁴. Sie operationalisieren beide Gruppen anhand von Indikatoren, wie sie auch bei Untersuchungen benutzt werden, welche dem Lebenslagenkonzept verpflichtet sind. Letztlich verweist ihr Vorgehen darauf, dass es keine anerkannte Operationalisierung von „Modernisierungsverlierern und -gewinnern“ gibt. Die Verbindung von Modernisierungsansätzen, dort wo sie dem „Zentrum-Peripherie-Leitbild“ verpflichtet sind, mit an „Gewinner-Verlierer-Unterscheidungen“ interessierten Untersuchungen, scheint nicht zu gelingen⁵. Für die weitere Diskussion orientieren wir uns an Hinweisen von Falter und Winkler.

- 1 Mit die Sozialstruktur weiter erfassenden Variablen hätten wir weitgehend das Lebenslagenkonzept diskutieren können. Dazu zählen Familienstand, Anzahl und Versorgungsstand der Kinder, Erwerbsstatus und Beruf der Partnerin oder des Partners, Berufe und Einkommensniveau der Eltern, Haushaltseinkommen, Wohnsituation, beruflicher Werdegang etc., um nur einige zu nennen. Zur vollständigen Operationalisierung des Lebenslagenkonzeptes wäre zudem die Erhebung subjektiver Lebenskonzepte notwendig gewesen.
- 2 Vgl. Norbert Götz: Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie, 26. Jg. (1997), H. 6, S. 393-413, S. 394.
- 3 Vgl. Peter A. Berger: Kontinuitäten und Brüche. Herausforderungen für die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung im 21. Jahrhundert. In: Barbara Orth/Thomas Schwietring/Johannes Weiß (Hrsg.), Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen: Leske+Budrich 2003, S. 473-490. S. 3 f.
- 4 Vgl. Josef Held/Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: "Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst...". Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992 (DISS-Texte Nr. 18), S. 14-22 passim.
- 5 In der aktuellen Forschung wird diese Unterscheidung in einer Art und Weise benutzt, die mit einem Schirm zu vergleichen ist, unter den zwar nicht beliebig viel passt, der aber auch nichts Spezifisches schützt. So passt unter ihn beispielsweise eine empirische Untersuchung, bei der in einer etwas ab-

Für Falter ist die so genannte Modernisierungsverlierertheorie, er meint damit den in Kapitel A vorgestellten Ansatz von Scheuch und Klingemann, eine der am besten durchdachten Theorien des Rechtsextremismus in entwickelten Gesellschaften⁶. Und für Winkler ist die im deutschen Kontext diskutierte Modernisierungsverlierer-These eine Abwandlung der ebenfalls in Kapitel A kurz vorgestellten Statusverlust-These von Lipset und Hofstadter. Winkler diskutiert den Modernisierungsverlierer-Ansatz unter dem Gesichtspunkt „Ungleichgewichtszustände“ und den Ansatz von Scheuch und Klingemann unter dem des „sozialen Wandels“, so als würde es sich um deutlich verschiedene Ansätze handeln.

In beiden Ansätzen werden Zusammenhänge hergestellt zwischen Gesellschaftsstruktur, Persönlichkeitsstruktur, Statusverlust bzw. Unzufriedenheit, Politischer Kultur, Angeboten politischer Organisationen und politischem Extremismus. Aber nur bei Scheuch/Klingemann werden sie modellhaft expliziert⁷. Die Ähnlichkeit beider Ansätze kann leicht übersehen werden, weil der Hofstadter-Lipset-Ansatz oft auf den Gesichtspunkt des Statusverlustes verkürzt wird. Bei ihnen wird jedoch ein spezifisches Persönlichkeitskonzept⁸ voraus gesetzt und der Statusverlust fun-

gewandelten Form nur die meritokratische Triade und Fragen zur Zufriedenheit als Erhebungsinstrument für Modernisierungsverlierer und –gewinner benutzt werden. Vgl. Max Haller/ Markus Haller: Wer hat von den politischen Reformen der 90er Jahre profitiert? Modernisierungsgewinner und -verlierer in Ost und Westeuropa und den USA, in: Europäische Rundschau, 30. Jg. 2002, H.1, S. 115-127, S. 117.

- 6 Vgl. Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München: Beck 1994, S. 9 und S. 61 ff.
- 7 Vgl. Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter: Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens, in: Dieter Fuchs u.a. (Hrsg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 85-107. Arzheimer und Falter empfehlen deren Ansatz als die gegenwärtig beste Grundlage zur Entwicklung einer empirisch gehaltvollen Theorie für den Erfolg rechtsextremer Parteien; vgl. S. 104.
- 8 In beiden Ansätzen ist ein bestimmtes Persönlichkeitsmerkmal eine notwendige Voraussetzung für politischen Extremismus. Scheuch/Klingemann bezeichnen es, wie in Kapitel A ausgeführt, als pathologische Form von Rigidität im Denken, als Folge einer bestimmten Verarbeitung von durch gesellschaftlichen Wandel verursachten Unsicherheiten. Sie stellen somit einen Zusammenhang her zwischen sozialstrukturellen Veränderungen und Persönlichkeitsstruktur. Für Scheuch/Klingemann wurde diese Rigidität im Denken begrifflich unterschiedlich erfasst als autoritäre Persönlichkeit, aggressiver Konservatismus oder als rigides Denken. Sie beziehen sich dabei auf Autoren, auf welche sich auch Lipset bezieht, wenn er seine Vorstellungen über den Autoritarismus der „working class“ entwickelt. Scheuch/Klingemann nennen Adorno u.a., Fromm, Eysenck und Rokeach, Lipset nennt Adorno u.a. und Eysenck. Vgl. Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen: J.C.B. Mohr 1967, S. 11-29, S. 18, Anm. 19 bis 21, vgl. Seymour Martin Lipset: Political Man, Garden City: Doubleday 1960, S. 103, Anm. 12 und S. 105, Anm. 15. Lipset versucht nicht, Autoritarismus genau zu definieren. Sein Begriff davon meint wohl eine geringe Komplexität und Starrheit des Denkens, sowie Ungeduld und Intoleranz; vgl. Wulf Hopf: Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 93-118, S. 101 f. Auch Lipset stellt einen Zusammenhang her zwischen diesem Persönlichkeitsmerkmal und der Sozialstruktur: Für ihn weisen im Vergleich der oberen, mittleren und unteren sozialen Schichten die unteren Schichten einen deutlich höheren Anteil von Personen mit rigidem Denkstil auf, was er mit deren

giert als intervenierende Variable zwischen spezifischen – autoritären – Persönlichkeitsmerkmalen und Rechtsextremismus⁹.

Aufgrund der Komplexität der Ansätze von Lipset und Scheuch/Klingemann lässt sich aus ihnen nicht einfach ableiten, welche Personen als Modernisierungsverlierer oder –gewinner gelten sollen. Sind diejenigen, welche aufgrund des gesellschaftlichen Wandels z.B. wirtschaftliche oder kulturelle Nachteile erleiden bzw. Nachteile befürchten und deshalb ihren Status gefährdet sehen die Modernisierungsverlierer, oder sind es nur diejenigen unter Ihnen, welche deshalb sehr unzufrieden sind? Gehören zu den Modernisierungsverlierern auch diejenigen, welche aufgrund des gesellschaftlichen Wandels ein rigides Denken entwickeln? Wegen der Unsicherheiten der Antworten entwickeln wir keine eigene Definition von Modernisierungsverlierern und –gewinnern zur Untersuchung unseres Datenmaterials. Wir analysieren es anhand anderer Instrumente und werden die Ergebnisse auch darauf hin überprüfen, inwieweit sie sich unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidung von Modernisierungsverlierern und –gewinnern sinnvoll interpretieren lassen.

2.2 Unzufriedenheit, Persönlichkeit und Sozialstruktur

Gemäß unseres Untersuchungskonzeptes konzentrieren wir uns an dieser Stelle der Diskussion auf mögliche sozialstrukturelle Ursachen von gesellschaftlicher Unzufriedenheit bzw. von Statusangst und -verlust und den Einfluss von Sozialstruktur auf Persönlichkeitsmerkmale, wie z.B. auf die Rigidität im Denken, und die Operationalisierung entsprechender sozialstruktureller Merkmale. In der Diskussion orientieren wir uns an der Unterscheidung von sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung.

spezifischer sozialstruktureller Lage begründet. Sein Zugang ist im Vergleich zu Scheuch/Klingemann eher statisch. Beide Zugänge schließen sich nicht gegenseitig aus. Mit Lipset lässt sich jedoch eher erklären, weshalb rechtsextreme Einstellungen in den unteren sozialen Schichten vergleichsweise am häufigsten verbreitet sind.

9 Vgl. Jürgen R. Winkler: Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 38-68, S. 54 ff, und Scheuch/Klingemann (Anm. 8), S. 14 f. Der inhaltliche Zusammenhang beider Ansätze kann m. E. auch deshalb übersehen werden, weil Scheuch/Klingemann sich in ihrem Aufsatz auf S.13 zwar auf Lipset beziehen, jedoch in einem für ihren Ansatz eher nebensächlichem Punkt. Sie zitieren aus einem Aufsatz von Seymour M. Lipset: Three Decades of the Radical Right, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right. The New American Right - Expanded and Updated, Garden City: Anchor Books 1964, S. 372-446. Bells Aufsatzsammlung enthält aber auch den für den Hofstadter-Lipset-Ansatz viel wichtigeren Aufsatz von Seymour M. Lipset: The Sources of the Radical Right, in: ebda, S. 307-371, und den für den Ansatz wichtigen Aufsatz von Richard Hofstadter: The Pseudo-Conservative Revolt, in: ebda, S.75-95. Er wird von Scheuch/Klingemann auf S. 14 dem Statusverlust-Ansatz zugeordnet.

2.2.1 Soziale Ungleichheit

Bei der Erfassung sozialer Ungleichheit konkurrieren Klassen- und Schichtkonzepte miteinander, die sich deutlich unterscheiden. Das erste ist ein kategoriales Differenzierungsschema, das zweite ein hierarchisches¹⁰. Für die zu den unteren sozialen Schichten bzw. zur Arbeiterklasse gehörenden Menschen wird angenommen, dass sie eher zur wirtschaftlichen und sozialen Unzufriedenheit neigen und über eine Persönlichkeitsstruktur verfügen, die es extremen politischen Bewegungen leicht macht, an diese Unzufriedenheit mit ihren Vorstellungen anzuknüpfen. Dieser Ansatz wird insbesondere mit Lipset verbunden. Er operationalisiert jedoch sein Verständnis der sozialen Schichten bzw. der Arbeiterklasse nicht genau¹¹.

Der Erhebungsaufwand für Klassenschemata, wie die von Wright und Goldthorpe¹² ist relativ hoch, und kann aus forschungsökonomischen Gründen in den meisten repräsentativen Umfragen nicht betrieben werden. Dies trifft auch auf unser Projekt zu. Daraus folgt automatisch die Entscheidung für das Schichtkonzept, woraus wir jedoch nicht ableiten, dass es prinzipiell besser geeignet sei zur Untersuchung unseres Forschungsgegenstandes. Die Konzeption der Klassenlage als Resultat von Marktlage und Arbeitssituation hätte ebenfalls einen geeigneten, vielleicht auch besseren Ausgangspunkt für die Untersuchung geboten.

Als objektive und zentrale Merkmale sozialer Schicht werden in der Forschungspraxis meist **Bildung, wirtschaftliche Lage** und das **Berufsprestige** diskutiert. Dem schließen wir uns hier an. Sie sind, neben der **objektiven sozialen Schicht**, für uns mögliche Prädiktoren für Rechts-Extremismus, und sollten positiv oder negativ mit rechtsextremen Einstellungen korrelieren. Eine weitere Möglichkeit zur Erfassung sozialer Schicht ist die **subjektive Schicht-Selbstzuordnung**. Dieser Indikator ist somit ebenfalls ein möglicher Prädiktor.

Die bisherigen empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und autoritärer Persönlichkeitsstruktur zeigen einen groß Einfluss der **allgemeinen Bildung**. Neben ihm fällt der reine Effekt der Schichtzugehörigkeit, also der Effekt, welcher nach Abzug des Effektes der allgemeinen Bildung übrig bleibt, eher gering aus. So betont Lipset, in Reaktion auf die Kritiken an seinem Ansatz, dass Bildung der wichtigste Faktor sei, der zur autoritären Reaktion der weniger privilegierten Menschen beitrage¹³. Auch Wulf Hopf, wie in Kapitel A ausge-

10 Vgl. Jürgen H. Hoffmeyer-Zlotnik/Alfons J. Geis: Berufsklassifikationen und Messung des beruflichen Status/Prestige. In: ZUMA-Nachrichten, 27. Jg. 2003, H. 52, S. 125-138, S. 126.

11 Vgl. Hopf (Anm. 8), S. 101.

12 Vgl. Hopf (Anm. 8), S. 103-114 passim.

13 Vgl. Seymour M. Lipset: Political Man. The Social Basis of Politics, Expanded Edition, Baltimore: Johns Hopkins 1981, S. 480.

führt, betont den großen Einfluss von Bildung. Er warnt aber vor dem Verzicht von Klassen- und Schichtkategorien in der Analyse, auch wenn sie nur relativ geringe Erklärungskraft aufwiesen¹⁴. Siegfried Schumann, ebenfalls in Kapitel A erwähnt, berichtet anhand eigener empirischer Messungen vom deutlichen Einfluss des Bildungsgrades auf die Persönlichkeit. Für ihn verbindet sich mit steigender Bildung die zunehmende Offenheit für neue Erfahrungen¹⁵. Und Arzheimer/Falter, welche Schumanns Operationalisierung von autoritärer Persönlichkeitsstruktur anwenden, können auch einen relativ hohen Einfluss vom Bildung auf diese Struktur messen bei gleichzeitigem, wenn auch schwachem reinen Effekt der Schichtzugehörigkeit¹⁶.

Letztere leiten ihre Operationalisierung von sozialer Schicht unter anderem aus Überlegungen über Widersprüche zwischen individueller Berufssphäre und gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und möglicher Abwertung beruflicher Qualifikationen ab. Unter Personen, die sich selbst zur Arbeiterschicht rechnen, würden Wertekonflikte bestehen zwischen den Produktionsformen und sozialen Normen, die für ihre Berufssphäre und ihr Herkunftsmilieu charakteristisch sind, und den mit dem Gesellschaftswandel verbundenen neuen Orientierungen. Zudem handle es sich bei diesen Personen mit einiger Wahrscheinlichkeit um Modernisierungsverlierer. Zwar definieren sie diesen Begriff nicht, verbinden ihn aber mit dem Arbeitsmarkt¹⁷. Sie behaupten damit, wie empirisch vielfach gezeigt, einen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit, d.h. sozialer Ungleichheit, und dem Ausmaß von Unzufriedenheit mit der Gesellschaft.

2.2.2 Soziale Segmentierung

Als Faktoren für Rigidität im Denken und/oder Unzufriedenheit werden auch Merkmale sozialer Segmentierung angeführt. Zu ihnen zählen, wie oben erwähnt, **Alter** und **Geschlecht**. Sie sind darüber hinaus aber auch grundlegende Merkmale jeder sozialstrukturellen Untersuchung, ob als rein sozialstatistisch beschreibende Kategorie oder darüber hinausgehend zur Abgrenzung sozialer Gruppen.

In unserer Untersuchung berücksichtigen wir insbesondere das an den Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt und den Strukturwandel der Industriegesellschaft anschließende Theorem sozialer Segmentierung, welches die **Prekarität von Arbeit** in den Mittelpunkt

14 Vgl. Hopf (Anm. 8), S. 116.

15 Vgl. Siegfried Schumann: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001, S. 262 f.

16 Vgl. Arzheimer/Falter (Anm. 7), S. 101 f.

17 Vgl. Arzheimer/Falter (Anm. 7), S. 95.

stellt. Die zunehmende direkte Durchstellung des Marktrisikos an die abhängig Beschäftigten, so wird in Kapitel A ausgeführt, führe sowohl bei den objektiv Betroffenen, wie auch subjektiv bei noch nicht direkt Betroffenen, zu einer größeren Unsicherheit der Lebensplanung. Die daran anschließende Suche nach Sicherheit versprechenden Lösungen und die mit der Unsicherheit einhergehende Unzufriedenheit mache die davon Betroffenen offen für rechtsextremes Gedankengut. Kein Zusammenhang wird in diesem Theorem gesehen zwischen der Prekarität von Arbeit und Rigidität im Denken.

2.2.2.1 Alter

Unter den älteren Jahrgängen werden aufgrund nachlassender Anpassungsfähigkeit an den gesellschaftlichen Wandel stärkere Wertekonflikte vermutet als unter den jüngeren. Ein vergleichsweise eher rigider Denkstil sei die Folge. Siegfried Schumann berichtet von entsprechenden empirischen Zusammenhängen zwischen Alter und rigidem Denkstil¹⁸. Weniger der lineare Alterseffekt sei dabei zu beachten, so Arzheimer/Falter, sondern die Zugehörigkeit zu einer politischen Generation¹⁹. Technisch ausgedrückt empfehlen sie, politische Generation als eine nominale Variable zu behandeln.

Mit Lepsius gehen wir davon aus, dass die **politischen Generationen** über die politische Sozialisation gebildet werden und die entsprechenden Jahrgänge durch gemeinsame Erfahrungen sich wandelnder Lebensbedingungen, von Umbrüchen in der politischen Ordnung und sozial-moralischen Leitideen geprägt sind²⁰. Entsprechende politische Orientierungen können einen merklichen Einfluss auf die Bewertung gesellschaftlicher Zustände und damit zusammenhängend auf die Zufriedenheit mit dem politischen System haben. Politische Generationen können somit ein Faktor für Unzufriedenheit sein.

Politische Generationen sind auch im direkten Zusammenhang mit rechtsextremer Einstellung von Interesse. Denn zumindest für Westdeutsche ist mit der Zeit um das Jahr 1968 gut eingrenzbar das Ende der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg und der Beginn einer durch Begriffe wie Reform und Demokratisierung geprägten Phase verbunden²¹. Diese war zu

18 Vgl. Schumann (Anm. 15), S. 262. Die Zusammenhangstärken in drei verschiedenen Untersuchungen reichen von $r = .32$ bis $r = .40$.

19 Vgl. Arzheimer/Falter (Anm. 7), S. 96.

20 Zur Begrifflichkeit: M. Rainer Lepsius: Generation, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 162-165.

21 Vgl. Hans Karl Rupp: Geschichtliche Phasen der Bundesrepublik Deutschland, in: Greiffenhagen 2002 (Anm. 20), S. 165-169.

Beginn unter anderem geprägt durch heftige Auseinandersetzungen zwischen den Generationen über den Nationalsozialismus²². Deshalb sollten sich die politischen Generationen der Vor- und Nach-68er insbesondere in ihren rechtsextremen Einstellungen unterscheiden. Wenn über den Zusammenhang zwischen Alter und Rechtsextremismus gesprochen wird, stehen oft auch die jüngeren Altersklassen im Mittelpunkt des Interesses. Ein Grund sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien unter Jung- bzw. Erstwählern. Wir werden deshalb neben den politischen Generationen auch die „Jugend“ als Analysekategorie einführen.

Im Zusammenhang mit Rigidität im Denken könnte das Alter als eine Variable behandelt werden, welche positiv oder negativ mit rechtsextremer Einstellung korrelieren kann, und als Prädiktor geeignet wäre. Im Zusammenhang mit den politischen Generationen ist sie dagegen eine Variable auf nominalem Messniveau, die nur bedingt zum Prädiktor taugt. Zudem besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Alter und Bildung, so dass Alterseffekte schon durch den Prädiktor Bildung in merklichem Umfang erfasst werden. Wir werden das Alter deshalb nicht als Prädiktor behandeln, sondern als weitere wichtige Analysekategorie.

2.2.2.2 Geschlecht

Inwieweit das Geschlecht generell einen Einfluss auf Autoritarismus hat ist bisher nicht eindeutig geklärt²³. Unbestritten ist dagegen, dass es geschlechtsspezifische Ungleichheiten gibt, welche zu geschlechtsspezifischen Unzufriedenheiten mit der Gesellschaft führen. Dabei ist umstritten, ob der Gesellschaftswandel für Männer oder Frauen größere Brüche mit sich bringt²⁴. Im Endeffekt sei zwar der Umfang rechtsextremer Einstellung im Geschlechtervergleich ungefähr gleich groß, aber es spräche einiges dafür, dass Rechtsextremismus zum Teil unterschiedlich motiviert sei bzw. es unterschiedliche rechtsextreme Einstellungsmuster gäbe, insbesondere im Zusammenhang mit der Einstellung zur Gewalt²⁵. Zu letzterem Aspekt haben wir keine spezifischen Indikatoren erhoben. Wir können nur untersuchen, inwieweit sich Männer und Frauen in den von uns definierten sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellung unterschei-

22 Brumlik, Micha: Nationalsozialismus, in: Greiffenhagen 2002 (Anm. 20), S. 286-289, S.288 f.

23 Umstritten ist beispielsweise, ob mehr Mädchen oder Jungen zur Anomie neigen (Heitmeyer versus Birsl), ob Frauen oder Männer autoritärer eingestellt sind (Utzmann-Krombholz versus Birsl); vgl. Renate Bitzan: Selbstbilder rechter Frauen zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen: edition diskord 2000, S. 42, Anmerkung 92. Arzheimer/Falter (Anm. 7), stellen in Ihrer empirischen Untersuchung keinen Zusammenhang zwischen Geschlecht und rigidem Denkstil fest; vgl. S.101 f.

24 Vgl. Gertrud Siller: Rechtsextremismus bei Frauen: Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 31.

25 Birgit Rommelspacher: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 2002, S. 199-219, S. 200 ff.

den. Geschlecht ist eine Variable auf nominalem Messniveau, die sich, wie oben schon im Zusammenhang mit den politischen Generationen ausgeführt, nur bedingt als Prädiktor eignen würde. Zudem unterscheiden sich die Geschlechter insgesamt im Ausmaß ihrer rechtsextremen Einstellung kaum, was ebenfalls gegen die Variable Geschlecht als Prädiktor spricht. Geschlechtsspezifische Einstellungsunterschiede sind jedoch in Teilgruppen zu erwarten, weshalb das Geschlecht eine wichtige Analysevariable bleibt.

In Sillers Ausblick zur weiteren Forschung über frauenspezifische Ursachen von Rechtsextremismus kann bei einigen von ihr erwähnten Gesichtspunkten²⁶ ein direkter Bezug zu sozialstrukturellen Merkmalen hergestellt werden. Als **spezifische Erfahrungszusammenhänge von Frauen** haben wir die **Hausarbeit** erhoben und die **Doppelrolle von Frauen in Familien- und Erwerbsarbeit**. Für Teilzeit erwerbstätige Frauen nehmen wir an, dass sie sich eher mit dieser Doppelrolle auseinandersetzen müssen als Vollzeit erwerbstätige, da sie eher Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen haben. Wie oben schon erwähnt, haben wir aus forschungsökonomischen Gründen die Lebenslagen nicht genau erhoben. Deshalb verfügen wir über keine Angaben über die Kinderanzahl in den Haushalten. Die Unterscheidung nach Hausfrau, Teil- und Vollzeiterwerbstätigkeit kann deshalb nur ein grober Indikator sein.

Welche Zusammenhänge zwischen den Zwängen der Geschlechterstereotypen, damit verbundenen eingegengten Handlungsspielräumen und rechtsextremer Einstellung bestehen, können wir nicht sagen, da wir die ersten beiden Punkte aus forschungsökonomischen Gründen nicht erheben konnten. Deshalb verfügen wir auch nur über eine eingeschränkte Interpretationsgrundlage für entsprechende Analyseergebnisse. Inwieweit geschlechtsspezifische Erfahrungen und die Auseinandersetzung mit Geschlechterstereotypen zur Entstehung rechtsextremer Einstellungen unter Frauen beitragen oder nicht, wird vom Bildungsgrad beeinflusst. Dem längeren Verbleib im Ausbildungssystem und damit verbundenen relativ größeren Freiräumen zur Lebensgestaltung wird hier ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Anhand der Bildungsvariablen wird dies überprüft.

2.2.2.3 Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes

Soziale Segmentierung in Form sozialer Desintegration entsteht gegenwärtig durch neue Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit. Prekarität der Arbeit ist dafür ein wichtiger, aber nicht der einzige Faktor.

26 Vgl. Siller (Anm. 24), S. 253 ff.

„Die Scheidelinie läuft...auch zwischen modernen Wissensarbeitern, hoch qualifizierten Spezialisten...auf der einen sowie den noch immer großen Gruppen der An- und Ungelernten auf der anderen Seite...zwischen älteren und jüngeren Arbeitskräften...In letzter Konsequenz fördert die flexibel-marktzentrierte Produktionsweise eine *Polarisierung der Arbeitsbedingungen* und eine *Fragmentierung der Arbeitenden*.“²⁷

Insbesondere in Ländern wie Frankreich oder Italien, wo Prekarität der Arbeit als gesamtgesellschaftliches Problem behandelt wird²⁸, ist der Zusammenhang zwischen den Risiken sozialer Exklusion bzw. sozialer Desintegration und den Möglichkeiten Erwerbsarbeit auszuüben und der Qualität der Erwerbsarbeit zunehmend Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und praktischer Politik. Erwerbsarbeit garantiert nicht automatisch soziale Integration. Schlechte bzw. prekäre Arbeit führt über kurz oder lang zu einem höheren Risiko arbeitslos zu werden oder zu einem gänzlichen Rückzug vom Arbeitsmarkt. Sie beeinträchtigt z.B. die Arbeitsmotivation, die psychische und physische Gesundheit, die Sicherheit der Lebensplanung²⁹, und führt zu wirtschaftlicher, sozialer oder eventuell auch politischer Unzufriedenheit. Wir rechnen die Prekarität von Arbeit deshalb zu den möglichen Prädiktoren rechtsextremer Einstellungen.

Das Verständnis von Prekarität der Arbeit, so zeigt der internationale Vergleich, muss in Abhängigkeit gesehen werden von den jeweils länderspezifischen Systemen wie denen der Wohlfahrt, der industriellen Beziehungen oder von Beschäftigungsnormen. Beispielsweise können in Dänemark die abhängig Beschäftigten sehr schnell eingestellt und entlassen werden, ohne dass dies bisher zu einem weit verbreiteten Gefühl der Prekarität von Arbeit geführt hätte. Grund dafür ist das spezifische dänische System, welches diesen Prozess sozial erträglich und vor dem Hintergrund der dänischen Wohlfahrtstradition auch erst möglich macht. In Deutschland scheint etwas Vergleichbares nicht zu gelingen, weshalb hier die wirtschaftlichen Strukturveränderungen gegenwärtig Angst erzeugen.

Die Beschäftigungsnormen finden in Deutschland ihren Ausdruck in Begriffen wie Normalarbeitsverhältnis oder Zumutbarkeit. Dazu passt der Vorschlag Prekarität in Hinblick auf die Unterschreitung von materiellen, rechtlichen und betrieblichen Integrationsstandards zu bestimm-

27 Klaus Dörre: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen - Auswirkungen - Gegenstrategien, vvf. Ms., Recklinghausen: Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation (FIAB), April 2004, S. 11 [vorgesehen für: Demirovic, A./Beerhorst, J./Guggemos, M. (Hrsg.), Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. Main: Suhrkamp], S. 14.

28 Vgl. Sophie Pochic/Serge Paugam/Marion Setz: Job security and precarity in Europe. Mannheim. Theme Paper 2003 (<http://www.nuff.ox.ac.uk/projects/changeequal/papers.asp>), S. 2.

29 Vgl. Duncan Gallie/Serge Paugam: Social Precarity and Social Integration. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities 2003, S. 78.

men, wie sie gegenwärtig durch ein „Normalarbeitsverhältnis“ garantiert werden³⁰. Zunehmend wird auch die Notwendigkeit diskutiert, ökonomische Zyklen bei der Analyse zu berücksichtigen. Zu einem besseren Verständnis von Prekarität der Arbeit, so aktuelle französische Studien, führen weitergehende Differenzierungen nach Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und nach Klasse und Qualifikationen³¹.

Zur Prekarität von Arbeit gehört auch die Qualität von Arbeitsplätzen unter dem Aspekt der dort geforderten beruflichen Fähigkeiten. Verbinden sich mit dem Arbeitsplatz ihr Erhalt oder ihre Weiterentwicklung oder sind nur einfache Tätigkeiten gefordert? Da ein wesentlicher Gesichtspunkt des ökonomischen Strukturwandels die Technikentwicklung ist, und weit reichende Umwälzungen aufgrund der Einführung neuer Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechniken stattfanden und –finden, scheint uns dies ein Element zu sein, das in der Analyse besonders berücksichtigt werden sollte. Wir bezeichnen es als **Modernität des Arbeitsplatzes**. Wir vermuten, dass wer über einen modernen Arbeitsplatz verfügt, eher weniger arbeitsweltbezogene Ängste und Unsicherheiten entwickelt, als jemand, der in seiner Arbeit kaum moderne Technik anwendet. Die Modernität des Arbeitsplatzes ist deshalb für uns ein weiterer möglicher Prädiktor.

Die Ausstattung mit modernen Steuerungs-, Kommunikations- oder Informationstechniken spielt in manchen Branchen eine größere Rolle als in anderen. Branchenbezogene Unterschiede sind auch hinsichtlich der Prekarität von Arbeit wichtig, da in Branchen, in denen der öffentliche Dienst stark vertreten ist, eher weniger prekäre Arbeitsverhältnisse bestehen dürften. Die Unterscheidung nach Wirtschaftszweigen oder Branchen ist also in diesem Zusammenhang ein wichtiges Analyseinstrument.

Prekarität der Arbeit ist in unserem Untersuchungskonzept ein wichtiger Faktor für soziale Desintegration, nicht Bestandteil von sozialer Desintegration. Ein mehr an Prekarität erhöht die Wahrscheinlichkeit für soziale Desintegration. In unserer Untersuchung verfügen wir aus forschungsökonomischen Gründen nicht über ein Set von Indikatoren sozialer Desintegration³². Mit den in unserem Projekt zur Verfügung stehenden Analyseinstrumenten können wir somit

30 Vgl. Nicole Mayer-Ahuja: *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973*, Berlin: edition sigma 2003, S.15, 52f. Dort auch in Abschnitt 2.1 ausführlich zum Normalarbeitsverhältnis.

31 Vgl. Pochic u.a. (Anm. 28), S. 8 und S. 23.

32 Indikatoren sozialer Desintegration sind z.B. subjektive soziale Isolation, das Gefühl zurückgehender bzw. unzureichender sozialer Anerkennung durch andere oder die unzureichende Verfügbarkeit verlässlicher Personen bei persönlichen Schwierigkeiten, das Ausmaß materieller Probleme, wie z.B. Schwierigkeiten die Miete zu bezahlen etc. Vgl. dazu Gallie (Anm. 29), Chapter 3.

nicht den getrennten Einfluss von Prekarität der Arbeit und sozialer Desintegration auf Einstellungen untersuchen.

2.3 Sozialstrukturelle Prädiktoren und Merkmale der weiteren Analyse

In der vorangegangenen Diskussion haben wir als mögliche sozialstrukturelle Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen **allgemeine Bildung, wirtschaftliche Lage, Berufsprestige, objektive und subjektive soziale Schicht, Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes** bestimmt. Unter ihnen ist die Bildung als ein Prädiktor mit vergleichsweise großer Erklärungskraft beschrieben worden. Deshalb werden wir tiefer gehende Analysen der anderen Prädiktoren und der weiteren sozialstrukturellen Merkmale anhand der **Bildung** vornehmen.

Neben den Prädiktoren sind weitere sozialstrukturelle Merkmale für die Analyse von Rechtsextremismus und zur Untersuchung der unterschiedlichen Sozialstruktur von Mitgliedschaft und Unorganisierten wichtig. Zu ihnen gehören, wie die bisherige Diskussion ergeben hat, **politische Generationen, Geschlecht und Wirtschaftsbereiche**.

Aus dem zentralen Organisationszweck der Gewerkschaften - der Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten, welche ihre Interessen aufgrund ihrer Arbeitsmarktlage eher nicht alleine erfolgreich vertreten können, sondern dafür auf die gemeinsame Organisation ihrer Interessen angewiesen sind - ergeben sich sachlogisch weitere Analysemerkmale. An vorderster Stelle stehen die Unterscheidungen von **Erwerbstätigkeit** und daran anknüpfend die von **Berufsgruppen** und **Nichterwerbsgruppen**. Die Relevanz der Analyse anhand des Merkmals **Betriebsgröße** ergibt sich aus der Erfahrung, dass die Interessen der abhängig Beschäftigten dort leichter organisiert werden können, wo viele Beschäftigte eines Betriebs in einem engen funktionalen Arbeitszusammenhang stehen. Zudem wächst die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins eines Betriebs- oder Personalrats mit der Größe eines Unternehmens. Solche Betriebe gibt es in einigen Wirtschaftsbereichen mehr, in anderen weniger.

Unter den weiteren Merkmalen ist für tiefer gehende Analysen die Unterscheidung nach der **Erwerbstätigkeit** am wichtigsten, da wir den Gründen für die rechtsextremen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder vor allem in der Arbeitswelt nachspüren und dafür insbesondere die **Erwerbstätigen** unter den Mitgliedern und Unorganisierten vergleichen wollen. Zudem bestehen mit über 20 Prozentpunkten absolut gesehen, neben den Unterschieden in der Geschlechterverteilung, die größten Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in den jeweiligen Anteilen an Erwerbstätigen. Da, wie oben ausgeführt, gerade in Teilgruppen geschlechter-

spezifische Einstellungsunterschiede erwartbar sind, könnte die ungleiche Geschlechterverteilung dazu beitragen, diese Einstellungsunterschiede zu verdecken. Deswegen wird auch die Variable **Geschlecht** für tiefer gehende Analysen heran gezogen.

Fast alle der nicht zu den Prädiktoren gehörenden sozialstrukturellen Merkmale der weiteren Analyse sind, anders als die Prädiktoren, auf einem niedrigeren, dem nominalen Messniveau einzustufen. Dort sind die Merkmalsausprägungen kategorial, also nicht in eine Rangordnung zu bringen. Beispielsweise lässt sich von mehr oder weniger Prekarität von Arbeit sprechen, aber nicht von mehr oder weniger Geschlecht. Für die Analyse ihres Zusammenhangs mit Rechtsextremismus bedeutet dies, dass wir mit anderen Instrumenten arbeiten müssen als bei den Prädiktoren. Wir werden Vergleiche anhand der Merkmalsausprägungen einer Variablen vornehmen. Für den statistischen Zusammenhang steht uns die Maßzahl „eta“ (η) zur Verfügung. Sie reicht von null bis eins, also von keinem bis zu einem vollständigen statistischen Zusammenhang, und ist

„...ein Maß für die erzielbare Verbesserung der Vorhersagegenauigkeit: je größer die Vorhersageverbesserung, desto größer ist der Zahlenwert des Koeffizienten, oder anders formuliert: je größer die (Vorhersage-) Fehlerreduktion, desto stärker ist die durch η ausgedrückte Beziehung zwischen den Variablen.“³³

3. Die Operationalisierung der sozialstrukturellen Merkmale

Im folgenden Abschnitt entwickeln wir die Operationalisierung unserer diskutierten sozialstrukturellen Merkmale. Ihre Anwendung auf das Datenmaterial zur Überprüfung der allgemeinen und spezifischen Spiegelbildthese erfolgt erst im darauf folgenden Abschnitt. Wegen der auch allgemeinen beschreibenden Bedeutung von Alter bzw. politischer Generation und Geschlecht werden wir mit ihnen die Abschnitte einleiten, wobei es für Geschlecht keiner eigenen Ausführungen zur Operationalisierung bedarf. Danach folgen die als Prädiktoren bestimmten Merkmale und danach die für die weitere Analyse wichtigen Variablen.

3.1 Politische Generationen

Die genaue Operationalisierung politischer Generationen ist umstritten. Für unsere Zwecke beziehen wir uns, wie schon oben ausgeführt, auf Lepsius. Politische Generationen sind für uns Geburtskohorten, welche durch bestimmte politisch-historische Ereignisse von einander abgrenzbar sind und sich durch damit verbundene politische Orientierungen oder auch grundle-

33 Hans Benninghausen: Deskriptive Statistik, Stuttgart: Teubner 1982, S. 231.

gendere Einstellungen und Werte unterscheiden. Wir knüpfen dabei an das generationentheoretische Konzept der politischen Sozialisation an, wie es von Greiffenhagen umrissen wird³⁴. Mit ihr gehen wir von einer besonders prägbaren und prägenden Lebensphase aus (Kristallisations- these), in der relativ gleichgerichtete und stabile politische Grundüberzeugungen verinnerlicht werden. Diese Phase liegt für die politische Sozialisation in der Adoleszenz.

In der jüngeren Geschichte Deutschlands ist – sowohl für Ost- wie Westdeutsche - als herausragendes, geschichtliche Phasen abgrenzendes Ereignis zunächst das Ende des Zweiten Weltkrieges und das Jahr 1945 zu nennen, welches Vor-Kriegs- und Nachkriegs-Generationen trennt. Die Vor-Kriegs-Generation sollte mehr als die Nachkriegsgeneration über rechtsextreme Einstellungen verfügen. Ebenfalls für beide Gruppen zutreffend ist die Wiedervereinigung 1990 ein einschneidendes Ereignis. Dazwischen liegt, wie oben schon ausgeführt, ein mit dem Datum 1968 verbundener weitgehender Wandel in der Politik Westdeutschlands. In Ostdeutschland gab es 1967/68 keine den in Westdeutschland vergleichbaren Unruhen unter Studierenden und in der zweiten Hälfte der Sechziger kein herausragendes symbolisch aufgeladenes Datum, welches eine Trennlinie zwischen politischen Generationen kennzeichnen könnte. Trotzdem gab es auch in der DDR in den sechziger Jahren einen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Wandel weg von einer Industrie- hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Inwieweit damit auch ein Wertewandel stattgefunden hat, ist Gegenstand wissenschaftlicher Kontroverse. In unserer Untersuchung nähern wir uns dieser Frage auf Grundlage unserer Befragungsdaten.

Wir nehmen für die jüngere deutsche Geschichte drei herausragende Daten an, mit welchen sich jeweils ein tief greifender sozialer Wandel in der Gesellschaft verbinden lässt. Daraus ergeben sich vier politische Generationen: die noch durch die NS-Zeit geprägte politische Generation (bis 1945), die Nachkriegs- und Wiederaufbaugeneration (1946-1967), die Nach-68er (1968-1989) und die Wendegeneration (1990 bis heute). Diese politischen Generationen sollten sich in grundlegenden politischen Werten und in ihren rechtsextremen Einstellungen unterscheiden. Als in Zusammenhang mit der Analyse rechtsextremer Einstellung grundlegende politische Werte bestimmen wir weiter unten in Kapitel D die Werte „soziale Gerechtigkeit“, „Marktfreiheit“, „Autoritarismus“ und „Libertarismus“. Ihre genaue Herleitung und Operationalisierung erfolgen dort.

Mit einer Clusterzentrenanalyse können in sich möglichst homogene Teilgruppen anhand dieser grundlegenden politischen Werte und anhand des Alters klassifiziert werden. Die Anzahl der

34 Vgl. Sylvia Greiffenhagen: Politische Sozialisation, in: Greiffenhagen 2002 (Anm. 20). S. 407-418, S.414 f.

Cluster ist bei unserer Analyse durch die Anzahl der politischen Generationen mit vier vorgegeben. Die Clusterzentrenanalyse widerlegt die Annahme der vier politischen Generationen nicht. Getrennt nach Ost- und Westdeutschen ergeben sich fast identische Analyseergebnisse. Auch die Kontrolle nach niedriger, mittlerer und hoher Bildungsstufe ergibt kein anderes Bild. Die Clustergrenzen bewegen sich grob gesprochen in einem Bereich um die 30jährigen, 50jährigen und 75jährigen. Für die weitere Analyse gehen wir davon aus, dass eine zum Zeitpunkt des herausragenden Ereignisses 16jährige und ältere Person noch zur vorhergehenden politischen Generation gehört. Ein zum Zeitpunkt der Befragung (2003) 29jähriger war 1990 16 Jahre alt, ein 51jähriger war 1968 16 Jahre alt und ein 74jähriger war 1945 ebenfalls 16 Jahre alt. Daraus ergeben sich die Einteilungen: **bis 28 Jahre für die Wende-Generation, 29 bis 50 Jahre für die Nach-68er Generation, 51 bis 73 Jahre für die Nachkriegs-Generation und 74 Jahre und älter für die Vor-Kriegs-Generation.** Die entsprechende Variable nennen wir POLGEN.

3.2 Lebensphase Jugend

Die Bestimmung des Begriffs „Jugend“ und dessen Operationalisierung ist ebenfalls umstritten. Wir gehen mit Hurrelmann davon aus, dass die Jugend eine Lebensphase und keine einheitliche soziale Gruppe ist³⁵. Was als oberste Altersklasse noch dazu gehören soll ist für quantitative empirische Studien nicht festgelegt. Manche Untersuchungen ziehen die Grenze bei den 22jährigen, andere bei den 23-, 24- oder sogar 29jährigen. Auch bei der Grenzziehung für die unterste Altersklasse gibt es Unterschiede. Da in unserer Untersuchung Personen ab 16 Jahren befragt wurden und die 16jährigen in jedem Falle als Jugendliche gelten, ist die Grenzziehung nach unten durch unser Befragungsdesign bestimmt. Nach oben setzen wir die Grenze bei einschließlich 24 Jahren, die entsprechende Variable nennen wir JUGEND.

Die Setzung ergibt sich rein forschungspragmatisch: Die Fallzahlen für die Untersuchung von Rechtsextremismus in der „Jugend“ werden so etwas größer im Vergleich zu einer Grenzziehung bei 22 Jahren. Die Grenzziehung ist jedoch nicht völlig willkürlich, da sie in Bezug gesetzt werden kann zur so genannten Spät-Jugendphase bzw. Postadoleszenz. Sie folgt auf die „klassische“ Jugendphase, deren Ende zwischen dem 18ten und 20ten Lebensjahr liegt. Diese Postadoleszenz kann bei manchen Gruppen bis zum ungefähr 29sten Lebensjahr dauern, im Allgemeinen wird der Schnitt aber bei den Mitte Zwanzigjährigen gezogen³⁶. Wer ihn gerne etwas später gezogen wissen will, kann aufgrund der Grenzziehung für die politische Generation

35 Klaus Hurrelmann: Lebensphase Jugend, Weinheim u.a.: Juventa 1994, S. 51.

36 Vgl. Hurrelmann (Anm. 35), S. 50f, S. 288 f.

„Wende“, die zwischen dem 28sten und 29sten Lebensjahr verläuft, diese Generation gleichzeitig als „Jugend“ interpretieren.

3.3 Bildung

Allgemeine Bildung operationalisieren wir, wie in der Sozialforschung üblich, mit dem **höchsten allgemein bildenden Schulabschluss** einer Person. In der Variablen BILDUNG reichen sie von „ohne Schulabschluss“ bis zu „Fachhoch-, Hochschulabschluss“. Bei der Operationalisierung der Bildungsstufen unterlief allerdings ein kleiner Fehler, der den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland etwas einschränkt. In der Befragung wurde der in der DDR mögliche polytechnische Oberschulabschluss nicht differenziert erhoben nach Abgang achte und zehnte Klasse. Der Abgang nach der achten Klasse entspricht ungefähr dem Hauptschulabschluss, der Abgang nach der zehnten Klasse dem Realschulabschluss. In unserer Zusammenfassung der Bildungsniveaus haben wir den polytechnischen Abschluss einem mittleren Niveau zugeordnet, so dass beim niedrigen Bildungsniveau Abschlüsse der achten Klasse fehlen und der mittleren Bildungsstufe zugeordnet werden. Für den Vergleich zwischen Mitgliedern und Unorganisierten getrennt nach Ost und West spielt dieser Fehler keine Rolle. Bei einer zusammenfassenden Darstellung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern und von allen Befragten hat dieser Fehler jedoch eine gewisse Verzerrung zur Folge, welche sich aber in Grenzen hält, da der Anteil der Ostdeutschen an diesen Gruppen sich auf nur ca. 20 Prozent beläuft. Trotzdem muss die aus dem Fehler resultierende Verzerrung bei allen Analysen mitbedacht werden, welche im Zusammenhang mit der Variablen BILDUNG vorgenommen werden. Die Schulabschlüsse ordnen wir in unserer Variablen BILDUNG3 nach drei Stufen: niedrig, d.h. keine Schulabschlüsse bis Hauptschule, mittel, d.h. polytechnische Oberschule, Realschule bis Fachhochschulreife, hoch, d.h. allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife und darüber.

3.4 Wirtschaftliche Lage

Üblicherweise wird durch das Einkommen die wirtschaftliche Lage gemessen. Wir haben uns dabei auf das **persönliche monatliche Nettoeinkommen** der Befragten (NEINK) beschränkt, das wir in Einkommensstufen abgefragt haben: bei niedrigen Einkommen in 300 € - Abständen, ab den mittleren Einkommen in 500 € - Abständen. Die Beschränkung war aus forschungsökonomischen Gründen geboten. Denn eine genauere Erfassung der wirtschaftlichen Lage einer Person erfordert die Messung durch mehrere Indikatoren wie den Familienstand, das Haushaltseinkommen, die Haushaltsgröße, die Anzahl der Kinder etc.

Wir erfassen deshalb die wirtschaftliche Lage bestimmter Gruppen nicht besonders präzise, wie beispielsweise die von Hausfrauen und -männern oder von Jugendlichen, die noch zu Hause wohnen. Somit verfügen wir nur über einen groben Indikator. Dies ist an der Stärke des Zusammenhangs zwischen unseren Einkommens- (NEINK) und Bildungsvariablen (BILDUNG) zu erkennen, welcher im Vergleich zu Studien mit besserer Erfassung der Einkommenssituation schwächer ist. Unter Erwerbstätigen misst der Indikator etwas besser die wirtschaftliche Lage, denn die Zusammenhangsstärke beider Variablen steigt, aber nur unter den Nicht-Mitgliedern. Für Gewerkschaftsmitglieder ist zu vermuten, dass deren Einkommen weniger vom allgemeinen Schulabschluss abhängt, als vom beruflichen Ausbildungsabschluss und gegebenenfalls von beruflicher Weiterbildung. Beides haben wir jedoch nicht erhoben. Die persönlichen Nettoeinkommen haben wir in der Variablen NEINK3 in drei Stufen zusammengefasst: niedrig, bis 799 €; mittel, von 800 € bis 1499 €; hoch, ab 1500 €.

3.5 Berufsprestige

Nicht der Beruf selbst, sondern die gesellschaftliche Bewertung beruflicher Tätigkeit ist ein Merkmal sozialer Ungleichheit. Untersuchungen, in denen sie im Mittelpunkt des Interesses steht, arbeiten deshalb auch mit einem ausgefeilten Instrumentarium zur Erfassung des Berufsprestiges. Dieses wird beeinflusst von Vorstellungen über das mit dem jeweiligen Beruf verbundene Einkommen, die erforderliche Ausbildung, die Verantwortung der Tätigkeit, die Kontrollbefugnisse und die berufliche Verhaltensautonomie. Die Berufe werden in eine Rangfolge von „hohes“ bis „niedriges“ Ansehen gebracht. Aus forschungsökonomischen Gründen kommen in vielen Projekten jedoch nur wenige Indikatoren zum Einsatz, so auch bei uns.

Wir erheben nicht den Beruf, sondern die **berufliche Stellung**, z.B. Arbeiter oder Angestellte, und mit dem **Beruf verbundene Tätigkeitsmerkmale**. Hier orientieren wir uns an in den Berufsgruppen gängigen Unterscheidungen wie z.B. „einfacher Dienst“ bei Beamten oder „ungelehrt, angelernt“ bei Arbeitern. Darauf aufbauend konstruieren wir in Anlehnung an Hoffmeyer-Zlotnik/Geis³⁷ eine 5-stufige Skala, mit der sich grob das Berufsprestige messen lässt, da sie fast perfekt mit der ausgefeilten Berufsprestigeskala korreliert. Die Zuordnungen zeigt die Übersicht im Anhang 33. Sie erfolgt nicht in exakt gleicher Art und Weise wie bei Hoffmeyer-Zlotnik/Geis. Uns fehlen bei den Landwirten unter den Selbständigen die Angaben über die Fläche, die sie bewirtschaften, da deren Unterteilung sich an diesem Kriterium orientieren sollte. Für die Beschäftigtenzahl stehen uns nur Größenklassen zur Verfügung, nicht die genaue Zahl,

37 Vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Geis (Anm. 10), S. 133 ff.

was bei der Differenzierung der selbständigen Akademiker und der Selbständigen in Handel, Handwerk, Produktion etc. Schwierigkeiten bereitet. Unsere Zuordnung führt im Vergleich mit Hoffmeyer-Zlotnik/Geis zu einer gewissen Überschätzung der Handlungsautonomie bei den Selbständigen. Das Berufsprestige (BERPRE) korreliert mittel-stark mit Bildung (BILDUNG) und stark mit Einkommen (NEINK), bei dem unter Nicht-Mitgliedern sogar ein sehr starker Zusammenhang besteht. Um den Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten mit ausreichenden Fallzahlen vornehmen zu können wurden die beiden oberen Skalenplätze 4 und 5 in der Variablen BERPRE4 zusammengefasst.

3.6 Objektive soziale Schicht

In der Forschungspraxis wird soziale Schicht oft anhand dreier Dimensionen konstruiert: allgemeine Bildung, wirtschaftliche Lage und Berufsprestige. Die Messung des Konstruktes „soziale Schicht“ anhand von Umfragedaten ist genau wie das Konstrukt Gegenstand sozialwissenschaftlicher Diskussionen³⁸. Dabei wird sogar die Zusammenfassung der drei Dimensionen als artifiziell kritisiert, da sie ohne klare Vorstellung darüber erfolge, welche realen Bevölkerungsschichten damit abgegrenzt werden, und die so gebildeten Schichten sehr heterogene Konstellationen unterschiedlicher Lebenslagen seien³⁹. Letztlich besteht in der Forschung keine einheitliche Praxis, wie die drei Dimensionen zu einem Schichtindex zusammengefügt werden, da es hierfür keine hinreichende theoretische Grundlage gibt⁴⁰. Wie „gut“ oder „schlecht“ eine Operationalisierung ist, sollte deshalb im Zusammenhang mit ihrer untersuchungsspezifischen Anwendung beurteilt werden.

Konstruktionsbedingt werden bei einer Operationalisierung von sozialer Schicht anhand der drei Variablen BILDUNG, NEINK und BERPRE nur die Erwerbstätigen erfasst. Dies ist ein Hauptproblem dieser Herangehensweise. Zwar gibt es viele Versuche über die Berufe der Ehepartner und deren Einkommen oder über die Berufe der Eltern und deren Einkommen oder über den zuletzt ausgeübten Beruf und anderes mehr, auch für die Nicht-Erwerbstätigen Indikatoren für die drei Dimensionen zu finden, doch ist dies mit einem großen Erhebungsaufwand verbunden.

38 Im Zusammenhang mit Repräsentativumfragen erörtert, durchaus noch aktuell, Franz U. Pappi entsprechende Probleme. Franz U. Pappi: Der Beitrag der Umfrageforschung zur Sozialstrukturanalyse, in: Pappi, Franz U. (Hrsg.), Sozialstrukturanalyse mit Umfragedaten, Königstein (Ts.): Athenäum 1979, S. 9-40.

39 Vgl. Walter Müller: Ungleichheitsstrukturen Im vereinten Deutschland, in: Walter Müller (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 13-42, S. 18.

40 Vgl. Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik: Objektive Schichtmerkmale bei Umfragedaten, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986. Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 503-506.

Ein Ausweg daraus ist die verkürzte Konstruktion aus allgemeiner Bildung und Einkommen, bei uns aus den Variablen BILDUNG und NEINK. Sie erfasst potenziell alle Befragten und schließt sogar die Schülerschaft ein, weil deren Bildung meist mit dem höchsten angestrebten allgemeinen Bildungsabschluss gemessen wird, wie auch bei uns. Mit dem so gewonnenen Schichtindex wird die soziale Schichtung zwar nicht mehr „wirklichkeitsgetreu“ abgebildet, aber er ist noch immer ein Maßstab für soziale Schichtung. In unserer Untersuchung sind wir nur an letzterem interessiert, da es uns vor allem um Gruppenvergleiche geht.

Wir konstruieren aus **allgemeiner Bildung** und **persönlichem Nettoeinkommen**, den gruppierten Variablen BILDUNG3 und NEINK3, die in neun verschiedenen Gruppen kombiniert werden können, den Schichtindex objektive Schichtzuordnung (SCHICHTO) als Summenindex, dessen beide Extremwerte wir dem jeweils nächstgelegenen Wert zurechnen. Aus den drei Ausprägungen der beiden Variablen, welche jeweils in eine Rangordnung von eins bis drei gebracht wurden, ergeben sich bei einem Summenindex fünf Rangstufen. Diese haben wir, wie beschrieben, auf drei reduziert: Unter-, Mittel- und Oberschicht, wobei unsere so konstruierte Oberschicht nur wenig zu tun hat mit dem kleinen Bevölkerungsanteil, der in der öffentlichen Diskussion gemeinhin als Oberschicht bezeichnet wird.

Die so gebildete **Unterschicht** charakterisiert eine Mischung aus niedriger bis mittlerer allgemeiner Bildung und niedrigen bis mittleren Einkommen. Die mit ihr verbundenen Lebenschancen unterscheiden sich deutlich von denen, die aus einer Mischung von mittlerer bis hoher allgemeiner Bildung und mittleren bis hohen Einkommen zustande kommen und die **Oberschicht** auszeichnen. Beide werden getrennt durch die **Mittelschicht**. Die Güte der Trennleistung sozialer Schichten hängt nicht zuletzt von ihrer Konstruktion ab.

Zur **Mittelschicht** gehört die Kombination von mittlerer allgemeiner Bildung und mittlerem Einkommen. Das besondere sind die nur in ihr zu findenden konstruktionsbedingten „Extremgruppen“ aus hoher allgemeiner Bildung und niedrigen Einkommen und die aus niedriger allgemeiner Bildung und hohen Einkommen. Im Vergleich zu den beiden anderen mehr homogenen Schichten ist die **Mittelschicht** eher heterogen zusammengesetzt, unterscheidet sich aber auch gleichzeitig deutlich von den anderen Schichten. Die Komplexität verschiedener sozialer Lagen wird so zwar reduziert, aber in einer Art und Weise, die eine sinnvolle Abgrenzung sozialer Schichten ermöglicht.

Darüber hinaus haben wir mit der „Extremgruppe“ aus **niedriger allgemeiner Bildung** und **hohen Einkommen** eine Gruppe in der **Mittelschicht** definiert, von der wir annehmen, dass sie

ihr hohes Einkommen in größerem Maße als in anderen Gruppen mit hohem Einkommen ihrer Anstrengung für eine gute berufliche Bildung bzw. Weiterbildung verdankt. In den anderen hohen Einkommensgruppen haben die vergleichsweise besseren allgemeinen Bildungsabschlüsse von Anfang an Zugänge zu Berufen geschaffen, in denen vergleichsweise höhere Einkommen erzielt werden können. Wir können unsere Annahme aufgrund fehlender Angaben zur beruflichen Bildung nicht direkt überprüfen, werden jedoch später einige Anhaltspunkte für sie finden. Da eine gute berufliche Bildung eine zentrale Gruppe der Gewerkschaften, die Facharbeiterschaft auszeichnet, sollten vergleichsweise viele Gewerkschaftsmitglieder der Mittelschicht zugehören und sie gewerkschaftsspezifisch prägen. Mit unserer Operationalisierung von objektiver sozialer Schicht (SCHICHTO) haben wir somit ein Instrument definiert, mit dem sich sowohl in sinnvoller Art und Weise soziale Schichten abgrenzen, wie auch Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern herausarbeiten lassen.

Aus den „objektiven“ Indikatoren höchster allgemein bildender Schulabschluss, Nettoeinkommen und Berufsprestige ließe sich – zumindest für die Erwerbstätigen – ein Schichtindex (SCHICHTE) bilden, von dem angenommen werden könnte, dass er deutlich besser als SCHICHTO soziale Ungleichheit bei Erwerbstätigen misst. Dies würde implizieren, dass unter den drei Dimensionen sozialer Ungleichheit das Berufsprestige die wichtigste Dimension wäre. Für diese Annahme gibt es zwar Anhaltspunkte⁴¹, aber keine theoretische Grundlage. Wenn man jedoch diese Annahme teilt, dann lässt sich aus der Stärke des Zusammenhangs zwischen den beiden Indices SCHICHTE und SCHICHTO schließen, ob SCHICHTO eher ein guter oder schlechter Maßstab für soziale Ungleichheit ist. Um dies zu testen, haben wir den Index SCHICHTE⁴² konstruiert. SCHICHTO korreliert mit ihm mit $r = .805$ nicht ganz perfekt. SCHICHTO kann trotzdem als sehr guter Indikator für das gelten, was auch SCHICHTE misst. Deshalb besteht für uns nicht die Notwendigkeit einen neuen Index SCHICHTE einzuführen, in welcher Spielart auch immer, der zudem nur auf Erwerbstätige anwendbar wäre.

3.7 Subjektive soziale Schicht

Eine andere Möglichkeit zur Messung der Schichtzugehörigkeit, welche alle Befragten einschließt, bietet deren eigene Zuordnung zu einer sozialen Schicht, die subjektive Schichteinstufung. In der Forschung wurden dafür zwei Instrumente entwickelt⁴³: Die Vorgabe von unter-

41 Vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Gels (Anm. 10), S. 126 f.

42 Zur Konstruktion siehe Anhang 34.

43 Vgl. zu deren grundsätzlicher Diskussion und aktuellen Anwendung: Dagmar Krebs: Subjektive Schichtwahrnehmung in der Umfrageforschung, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Sozio-

schiedlichen Schichten, deren Abfolge auch eine Rangfolge signalisieren sollen, und die Vorgabe einer Rangskala mit den Endpunkten „Oben“ und „Unten“. In unserer Befragung haben wir mit der Schicht-Vorgabe gearbeitet.

Beide Instrumente sollen soziale Ungleichheit erfassen. Wenn dies gelänge, dann müssten Befragte, welche sich der Unter- oder Arbeiterschicht zuordnen, größtenteils untere Plätze auf der Oben-Unten-Skala wählen, Mittelschicht-Leute mittlere Plätze usw. Dies ist jedoch nur bedingt der Fall, denn Arbeiter- und Mittelschicht, so zeigen Untersuchungen, ordnen sich eher in den mittleren Rängen der Oben-Unten-Skala ein. Anders formuliert: Arbeiter- und Mittelschicht werden zwar voneinander unterschieden, aber wohl nicht nur im Sinne sozialer Ungleichheit, von Oben und Unten, sondern auch im Sinne sozialer Segmentierung, von einem Nebeneinander verschiedener Milieus. Dass mit der subjektiven Schichteinstufung noch etwas anderes als soziale Ungleichheit gemessen wird, zeigt auch die Analyse des Zusammenhangs der Selbsteinstufungs-Skalen mit den wichtigsten objektiven Indikatoren der sozialen Ungleichheit. Regressionsanalysen ergeben nur ca. 40 Prozent Aufklärung der Varianz dieser Skalen. Mit der subjektiven Schichteinstufung verfügen wir somit über ein etwas grobes Instrument, das in sich jedoch viel Varianz vereint, und deshalb auch einen gewissen Beitrag zu Erklärung des multidimensionalen Konstruktes Rechtsextremismus leisten könnte.

Wir erheben die subjektive Schichteinstufung durch zwei Fragen: Zunächst kann von den befragten eine Zuordnung zu Arbeiter-, Mittel- oder Oberschicht vorgenommen werden, danach eine Zuordnung zum unteren, durchschnittlichen oder oberen Teil der entsprechenden Schicht. Daraus folgen neun Schichten, die wir auf sechs reduzieren, indem wir die vier obersten Schichten zu einer Schicht zusammenfassen: die obere Mittelschicht mit allen drei Teilschichten der Oberschicht. Die Reduktion erfolgt, um für Analysen über eine ausreichende Fallzahl in der obersten Schicht zu verfügen. Diese Art der Zusammenfassung wird auch bei der Auswertung von Befragungen wie dem ALLBUS vorgenommen, die mit etwas anderen Vorgaben als wir arbeiten: (Unterschicht), Arbeiterschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht. In unserer konstruierten Variablen SCHICHTS unterscheiden wir untere, durchschnittliche und obere Arbeiterschicht, untere und durchschnittliche Mittelschicht und obere Mittelschicht/Oberschicht.

Die Stufenbesetzungen in unserer Umfrage korrespondieren von der Größenordnung her mit denen der ALLBUS-Befragungen, wenn bei uns untere und durchschnittliche Arbeiterschicht zusammengefasst werden (34 Prozent) und bei ALLBUS Unterschicht und Arbeiterschicht, bei uns obere Arbeiter-, untere und durchschnittliche Mittelschicht (55 Prozent), während sich bei ALLBUS ungefähr die gleiche Prozentanzahl der Befragten der Mittelschicht zuordnet. Die oberste Stufe ist bei uns mit 11 Prozent besetzt und wird bei ALLBUS durch die Zusammenfassung durch obere Mittelschicht und Oberschicht gebildet. Auch bei uns zeigen sich die bekannten Ost-West-Unterschiede, bei den so zusammengefassten drei Schichten. In der Reihenfolge von der unteren zur oberen Schicht ergeben sich für den Osten folgende Schichtbesetzungen in Prozent: 52 - 44 - 5, für den Westen 29 - 58 - 13. Wir schließen uns folgendem Urteil an:

„Die Unterschiede in der Wahrnehmung der eigenen Position im gesellschaftlichen Ungleichheitsgefüge, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Ost-West-Vergleich ergeben, sind...drastisch...Daraus ergibt sich...in...Westdeutschland die für Mittelschichtgesellschaften typische Zwiebelform, für Ostdeutschland das pyramidenförmige Bild einer Arbeitergesellschaft.“⁴⁴

Bei der Messung aufgrund „objektiver“ Schichtmerkmale zeigt sich kaum ein Unterschied zwischen Ost und West. In Ostdeutschland scheinen sich mit der subjektiven Schichteinordnung neben Vorstellungen sozialer Ungleichheit relativ mehr Vorstellungen der sozialen Segmentierung zu verbinden als in Westdeutschland. SCHICHTS korreliert mittelstark mit BILDUNG und nur sehr schwach mit dem Einkommen (NEINK). Dagegen hängt sie stark zusammen ($r = .453$) mit dem Berufsprestige (BERPRE). Ihm wird neben seiner Bedeutung für die Messung sozialer Ungleichheit auch eine gewisse Relevanz als Faktor für Lebensstile, für soziale Segmentierung, zugeschrieben⁴⁵. In Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang sogar sehr stark ($r = .503$), was die Vermutung erhärtet, dass bei der Schichtselbsteinordnung im Osten Milieuvorstellungen eine größere Rolle spielen als im Westen. Die gefundenen Zusammenhänge zwischen Schichtselbstzuordnung (SCHICHTS) und Berufsprestige (BERPRE) weisen darauf hin, dass beide Instrumente die beiden Dimensionen soziale Ungleichheit und soziale Segmentierung erfassen, jedoch in unterschiedlichen Merkmalen bzw. die gleichen Merkmale in unterschiedlicher Stärke.

44 Noll (Anm. 43), S. 150.

45 Vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Geis (Anm. 10), S. 127.

3.8 Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes

Einen klar umrissenen Begriff des Inhaltes von Prekarität gibt es nicht und damit auch keine klare Operationalisierung⁴⁶. Die Qualität des Arbeitsverhältnisses einer Person scheint uns jedoch einer der zentralen Bestandteile zu sein. Prekarisierung, als Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, ein Prozess auf der Makroebene, führt zu Prekarität, einem mehr oder weniger schlechten Arbeitsverhältnis auf der Mikroebene. Trotz aller Unsicherheiten zeichnet sich eine gewisse Strukturierung des Begriffsumfanges ab, die tendenzielle Unterscheidung nach zwei Dimensionen. Gegenwärtig sind zwei Unterscheidungen verbreitet, die jedoch nicht genau deckungsgleich sind: zum einen die nach „conditions of work“ und „conditions of employment“, zum anderen die nach „job stability“ und „quality of work“⁴⁷. Allen ist gemeinsam, dass sie auch Einstellungen zum eigenen Arbeitsverhältnis beinhalten. Da wir uns im Folgenden an ihnen orientieren, werden wir im Verlauf der weiteren Diskussion hier ausnahmsweise auch Einstellungen diskutieren.

Im Übergang von „job stability“ zu „quality of work“ sehen wir die Modernität des Arbeitsplatzes. „Modern“ bestimmen wir unter drei miteinander zusammenhängenden Gesichtspunkten: Umgang mit moderner Technik, damit einhergehende anspruchsvolle Aufgaben und entsprechende Fähigkeiten und deren Weiterentwicklung. Ein moderner Arbeitsplatz ist vergleichsweise sicher und erfordert i.d.R. Fähigkeiten, die nach einem Arbeitsplatzverlust die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Serge Paugam benutzt die Unterscheidung nach „job stability“ und „quality of work“ zur Konstruktion von vier Typen der Integration in die Arbeitswelt, von denen er den Typ des stabilen Arbeitsplatzes und einer ausreichenden Arbeitsqualität als „sichere Integration“ bezeichnet und den des instabilen Arbeitsverhältnisses und einer unzureichenden Arbeitsqualität als „unsichere Integration“. Dazwischen gibt es die beiden Mischtypen, bei denen konzeptionell nicht klar ist, ob und gegebenenfalls welcher der beiden mit einem höheren oder geringeren Grad an sozialer Integration verbunden ist. Bisher scheinen dazu auch keine empirisch gesicherten Ergebnisse vorzuliegen. Aus diesem Grund und wegen der noch uneindeutigen Unterscheidung von Dimensionen der Prekarität, als einer wichtigen Voraussetzung für Typenbildung, schließen wir uns seinem Vorgehen nicht an.

46 Vgl. zur Diskussion der Begriffsgeschichte Jean-Claude Barbier: A Comparative Analysis of ‚Employment Precariousness‘ in Europe, in: Marie-Thérèse Letablier (Hrsg.), Learning from Employment and Welfare Policies in Europe 2004, S. 7-18, (<http://www.xnat.org.uk/SeminarPubs.html>).

47 Barbier (Anm. 46), S. 15.

Das Konstrukt **Prekarität** bilden wir als kumulativen Index nach den Merkmalen von Prekarität, welche in den oben genannten Begriffsfeldern angesprochen werden. Wir messen das Ausmaß an Prekarität nicht nur durch die Stärke von Prekaritätsmerkmalen, sondern auch durch deren Dichte. Dieses restriktive Vorgehen scheint uns wegen der Unsicherheiten über Begriff und Operationalisierung von Prekarität angemessen zu sein. Weniger wichtig ist für unser Untersuchungsvorhaben die möglichst umfassende Berücksichtigung von Prekaritätsmerkmalen, da wir nicht an der Messung des absoluten Niveaus von Prekarität in Deutschland interessiert sind, sondern an einem Maßstab, der für Gruppenvergleiche taugt. Als Messinstrument konstruieren wir einen kumulativen Index (PREKAR), der bei Index-Punkt null beginnt. Wenn ein Kriterium für Prekarität erfüllt wird, dann wird ein Index-Punkt addiert.

Auf dem mit „job stability“ bezeichneten Feld des Begriffsumfangs von Prekarität steht an erster Stelle die **Sicherheit des Arbeitsverhältnisses**, wie ein internationaler Vergleich zeigt⁴⁸. Wir haben sie mit einem der üblichen Instrumente, der Frage nach der Befürchtung in naher Zukunft arbeitslos zu werden, erhoben. Als weitere eindeutige Indikatoren bzw. schon Operationalisierungen für „employment precariousness“ werden dort genannt: **Befristung des Arbeitsvertrages**, **geringfügige Beschäftigung** und **Scheinselbständigkeit**. Die Befristung wird bei uns mit der Frage nach der Befristung des Arbeitsverhältnisses gemessen, **geringfügige Beschäftigung** operationalisieren wir mit Teilzeitarbeit, unabhängig davon ob sie über oder unter 15 Stunden beträgt. **Scheinselbständigkeit** fassen wir als einen Indikator auf für arbeitsvertragliche Regelungen, die erfahrungsgemäß von den Betroffenen als nachteilig empfunden werden. Wir operationalisieren sie mit der Frage, ob jemand in den letzten Jahren Leiharbeiter, freier Mitarbeiter, Vertragsarbeiter oder selbständiger Subunternehmer geworden ist.

Die **Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB)** erheben wir mit der Frage, in welchem Umfang jemand in der persönlichen Arbeit moderne Steuerungs- oder Informations- und Kommunikationstechnologien anwendet. Die Skalenbreite der Frage beträgt sechs Punkte, von „immer“ bis „nie“. Die anderen Merkmale – anspruchsvolle Arbeitsanforderungen der persönlichen Arbeit und entsprechende berufliche Fähigkeiten - erfassen wir aus forschungsökonomischen Gründen nicht. Wir gehen davon aus, dass je häufiger jemand mit den genannten Technologien umgeht, die beiden anderen Merkmale in zunehmendem Maße ebenfalls zutreffen. Wir verfügen deshalb nur über einen groben Indikator. Einen nur gelegentlichen, seltenen oder keinen Umgang mit den genannten Technologien werten wir als Hinweis auf Prekarität von Arbeit. Zum

48 Vgl. Barbier (Anm. 46), S. 14.

Zwecke des Gruppenvergleichs fassen wir je zwei benachbarte Punkte der Antwortskala zusammen: immer/sehr häufig; häufig/gelegentlich und selten/nie (MODARB3).

Zur Erfassung von – bad - „quality of work“ schließen wir uns der Strukturierung dieses Feldes in drei Unterfelder durch Paugam⁴⁹ an: in das ökonomische, für das die Unzufriedenheit mit dem Lohn ein Merkmal ist, das soziale, dessen Merkmale Probleme im Verhältnis zwischen einer Person und den mit ihrer Arbeit funktional in Verbindung stehenden Personen sind, und das instrumentell-schöpferische, dessen Merkmale unbefriedigende Tätigkeiten sind. Wir berücksichtigen nicht, welchen Umweltbelastungen wie Lärm oder Hitze jemand bei der Arbeit ausgesetzt ist, ob ermüdende Arbeitspositionen eingenommen werden müssen oder schwere körperliche Arbeit zu leisten ist.

Die Merkmale jedes Feldes erfassen wir durch je zwei Fragen mit den Skalenbreiten von vier Punkten. Für die Zwecke der Indexbildung dichotomisieren wir die Skalenbreite in Ja-Nein-Antworten. Aufgrund kaum vorliegender Erfahrungen mit der Operationalisierung der drei Felder durch ein sparsames Instrumentarium haben wir uns „notgedrungen“ bei der Auswahl der Fragen für die Felder an Umfragen orientiert, in denen ähnliche Sachverhalte gemessen werden sollten. Der Index muss deshalb auf Grundlage weiterer Forschungen verbessert werden.

Die **Unzufriedenheit mit dem Lohn** fassen wir auf als Unzufriedenheit aufgrund unzureichender Anerkennung der Arbeitsleistung. Wir operationalisieren sie durch die Fragen, ob das jetzige Einkommen der Arbeitsleistung entspricht und ob die Leistung anerkannt wird. Wenn beide Fragen verneint werden, dann ist die Qualität des Arbeitsverhältnisses in ökonomischer Hinsicht schlecht.

Die **sozialen Verhältnisse** werden erhoben durch die Fragen, ob das Verhältnis zu den Kollegen gut ist und auch das zu den Vorgesetzten. Wenn beide Fragen verneint werden, dann ist die Qualität des Arbeitsverhältnisses in sozialer Hinsicht schlecht.

Die **Instrumentell-schöpferische Seite** ist mit den Fragen danach operationalisiert, ob die Tätigkeit uninteressant und ob der Arbeitsstress sehr belastend ist. Werden beide Fragen bejaht, dann ist die Qualität des Arbeitsverhältnisses in instrumentell-schöpferischer Hinsicht schlecht.

49 Vgl. Pochic u.a. (Anm. 28), S. 15f.

Der auf dieser Grundlage konstruierte kumulative Index für die Prekarität von Arbeit (PREKAR) reicht theoretisch von Index-Punkt null bis zu maximal Index-Punkt acht. Faktisch wird jedoch nur der Index-Punkt vier erreicht, da die Punkte fünf und sechs nur marginal besetzt sind und die darüber liegenden Punkte nicht. Zwischen MODARB und PREKAR besteht ein starker statistischer Zusammenhang, die Modernität des Arbeitsplatzes hat im Index im Vergleich zu den anderen Kriterien für Prekarität der Arbeit das größte Gewicht. Vermutlich wäre das Gewicht der Variablen MODARB kleiner, wenn die Frage nach der technischen Modernität verbunden gewesen wäre mit der Frage nach damit einhergehender anspruchsvoller Tätigkeit bzw. Weiterbildung.

Für die Zwecke des Gruppenvergleichs bilden wir die Variable PREKAR3. Sie unterscheidet sich von der Variablen PREKAR durch die Zusammenfassung aller Index-Punkte ab Punkt zwei. Die Arbeitsverhältnisse von Befragten auf dem Index-Punkt null sind für uns ohne Prekarität. Dem Punkt eins bei PREKAR3 weisen wir eine mittlere Position der Prekarität zu, und den Index-Punkt zwei verbinden wir mit großer Prekarität. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass wir mit diesem Instrument nicht versuchen die absolute Höhe von Prekarität zu messen. Es dient uns als relativer Maßstab für den Gruppenvergleich.

3.9 Erwerbsstatus und Berufsgruppen

Die Operationalisierung der Gruppen erfolgt in der in der empirischen Sozialforschung üblichen Weise. Zu unterscheiden sind zunächst die Erwerbstätigen von den Nicht-Erwerbstätigen und als Zwischengruppe die Erwerb suchenden Arbeitslosen. Unter den Nicht-Erwerbstätigen – ohne Arbeitslose – ist weiter zu unterscheiden zwischen denen, die nicht mehr erwerbstätig sind, also den Rentnern, und denen, die noch nicht oder nicht hauptsächlich erwerbstätig sind, also Schüler, Studierende, aber auch Wehr- und Zivildienstleistende. In der Restgruppe der potenziell erwerbsfähigen Nicht-Erwerbstätigen finden sich vor allem Hausfrauen und –männer.

Unter den genannten Gruppen kommen für den Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern drei in Frage: die **Erwerbstätigen**, sie machen 70 Prozent der Mitgliedschaft aus, die nicht mehr Erwerbstätigen, also die **Rentner** mit 23 Prozent und die **Arbeitslosen** mit vier Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Alle anderen werden einer **Restgruppe** zugeordnet. In der Variablen STELERW unterscheiden wir diese drei Gruppen und die Restgruppe. Die Erwerbstätigen unterscheiden wir in dieser Variablen weiter nach ihrer **Stellung in der Erwerbsarbeit**. Dies erfolgt differenziert anhand ihrer Berufsgruppenzugehörigkeit und ihren Tätigkeiten, z.B. nach Facharbeitern oder Beamten im gehobenen und höheren Dienst. Er-

werbstätige, welche in der Befragung keinen Beruf genannt haben, was auf weniger als zehn Befragte zutrifft, und Auszubildende, da sie keiner der differenzierten Berufsgruppen zugeordnet werden können, werden für bestimmte Analyse Zwecke auch der Restgruppe zugeordnet.

3.10 Betriebsgrößen und Wirtschaftsbereiche

Die Betriebsgrößen haben wir in Betriebsgrößenklassen erhoben von bis neun Beschäftigte für kleine Unternehmen, 10 bis 49 Beschäftigten für kleine/mittlere Unternehmen, 50 bis 99 Beschäftigte für Unternehmen mittlerer Größe, 100 bis 499 Beschäftigte für große/mittlere Unternehmen, 500 bis 999 Beschäftigte für Großunternehmen und 1000 Beschäftigte und mehr für sehr große Unternehmen. Hierbei haben wir uns auch an in der Sozialforschung übliche Einteilungen angelehnt. Wie oben im Zusammenhang mit der Operationalisierung des Berufsprestiges erwähnt, hat sich dabei als nachteilig herausgestellt, dass wir die Klasse bis neun Beschäftigte nicht mit der konkreten Anzahl der Beschäftigten operationalisiert haben und bei den Landwirten die Betriebsgröße nicht mit der Betriebsfläche.

Für Wirtschaftsbereiche oder Branchen gibt es keine einheitliche Operationalisierung. Wir haben deshalb unter dem Gesichtspunkt der Eignung für unsere Untersuchungszwecke eine eigene Operationalisierung entwickelt. Wir unterscheiden produzierendes Gewerbe ohne Bau; Baugewerbe; Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten; Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen; öffentliche und private Dienstleistungen; Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Tierzucht und sonstige Branchen. Durch die weitere Erhebung des Merkmals „öffentlicher Dienst“, das weniger branchenbezogen und mehr auf das Beschäftigungsverhältnis, der Arbeitgeber abzielt, lässt sich jedoch weitgehend die Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Dienstleistungen vornehmen. Denn gut über 80 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten arbeitet im Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen.

4. Das Verständnis der sozialstrukturellen Merkmale

Um die Bedeutung der Merkmale besser einschätzen zu können, zum besseren Verständnis, was mit ihnen gemessen wird, untersuchen wir zuerst ihre Zusammenhänge untereinander. So verfügen wir später, wenn die mit ihnen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten erzielten Messergebnisse miteinander verglichen werden, über einen besseren Interpretationshintergrund. Danach wird analysiert, durch welche sozialen Merkmale unsere Schichten sozialer Ungleichheit charakterisiert sind. Die anderen sozialstrukturellen Merkmale erscheinen uns hier

vergleichsweise weniger erläuterungsbedürftig. Zum Abschluss wird der Index der objektiven Schicht auf seine von ihm zu erwartenden Trennleistungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern hin analysiert. Damit leiten wir zur Untersuchung der allgemeinen Spiegelbildthese über bzw. leiten sie schon ein.

4.1 Der wechselseitige Zusammenhang zwischen den sozialstrukturellen Merkmalen

Die Prädiktoren unter unseren Variablen sind auf einem höheren Messniveau angesiedelt als die anderen Variablen. Ihre Zusammenhänge auf diesem Messniveau sind der Matrix im Anhang 36 zu entnehmen. Es ist aber auch jederzeit möglich die Prädiktoren auf dem niedrigen Messniveau zu behandeln, was wir für unsere Vergleichszwecke auch tun. Die entsprechenden Zusammenhangsmaße, welche anhand des Kontingenzkoeffizienten C berechnet werden, finden sich im Anhang 35. Darunter gibt es einige konstruktionsbedingte hohe Zusammenhänge, die hier nicht näher erläutert werden sollen. Sie sind in der Matrix gekennzeichnet. Von ihnen abgesehen bewegen sich die Zusammenhangsstärken meist zwischen den Werten ($C \times 1000$) C 200 bis C 500, reichen also von schwach bis stark. Sehr schwache oder keine Zusammenhänge gibt es kaum. **Mit unseren Variablen erfassen wir die Sozialstruktur, welche durch die vielfachen Zusammenhänge ihrer Elemente gekennzeichnet werden kann.**

Die Inaugenscheinnahme der Matrix in Anhang 35 ergibt, dass die Variable mit den differenzierten Erwerbs- und Nichterwerbsgruppen (STELERW) im Vergleich zu den anderen Variablen die meisten Zusammenhänge höherer Stärke mit den anderen Variablen aufweist. So hat sie beispielsweise einen sehr hohen Zusammenhang von C 670 mit der Variablen politische Generation. Dies ist gut nachvollziehbar, denn beispielsweise Schüler, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende, in einer Gruppe zusammengefasst, dürften in die Wende-Generation (16-28) fallen, während in der Vor-Kriegs-Generation nur Rentner sind. Die meisten Erwerbstätigen-
gruppen, also Facharbeiter, einfache Angestellte etc. sollten in der Nach-68er-Generation (29-50) zu finden sein. **Die Erwerbs- und Nichterwerbsgruppen (STELERW) stehen unter unseren Variablen vergleichsweise am besten für die differenzierten Bezüge in der Sozialstruktur.** Mit ihrer Hilfe lässt sich also am besten ein Überblick über das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in Teilgruppen der Gesellschaft gewinnen. Aber auch unsere Variablen, mit denen wir die Komplexität der Sozialstruktur wesentlich auf soziale Ungleichheit reduziert haben, SCHICHTO und SCHICHTS, weisen viele mittelstarke bis starke Zusammenhänge mit den anderen Variablen auf. Anders gesagt: Die sozialen Strukturen in vielen Bereichen der Gesellschaft erzeugen soziale Ungleichheit und werden wiederum selbst durch soziale Ungleichheit

produziert. **SCHICHTO und SCHICHTS reduzieren die differenzierte Sozialstruktur auf für diese Struktur bedeutsame Unterschiede.**

Der Zusammenhang zwischen unseren beiden Messinstrumenten ist von mittlerer Stärke. **SCHICHTO und SCHICHTS messen soziale Ungleichheit teilweise unter verschiedenen Gesichtspunkten.** Der objektive Schichtindex (SCHICHTO) erfasst mit Bildung und Einkommen zwei von vier Quellen sozialer Ungleichheit: Er enthält nicht die Dimensionen Hierarchie, die für die Arbeitswelt im Berufsprestige mit erfasst wird, und auch nicht die Dimension der selektiven sozialen Assoziation, der exklusiven Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Kreisen, welche unter anderem durch die Herkunft beeinflusst ist. Wo die Vorteile seiner Konstruktion für unsere Untersuchung liegen, wurde im Abschnitt zur Operationalisierung erläutert. Ebenfalls dort ausgeführt wurde, dass der subjektive Schichtindex (SCHICHTS), anders als der objektive, auch Aspekte sozialer Segmentierung und Milieuzuordnungen erfassen dürfte. Er sollte damit besondere Messkraft entfalten in Richtung selektiver sozialer Assoziation, welche von SCHICHTO nicht direkt erfasst wird: **SCHICHTS ist ein Index, welcher gut durch soziale Herkunft erzeugte soziale Ungleichheit erfassen dürfte.** Mit SCHICHTS wird auch gemessen, wo sich Personen im Gefüge sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung selbst einordnen. SCHICHTO und SCHICHTS weisen starke Zusammenhänge mit dem Berufsprestige auf.

Konstruktionsbedingt weichen beide Messergebnisse in einigen Punkten voneinander ab. SCHICHTO wurde mit Hilfe des persönlichen Nettoeinkommens (NEINK) gebildet, ein sehr starker Zusammenhang beider ist die Folge. Dagegen weist die subjektive Schichtselbsteinstufung (SCHICHTS) einen geringeren Zusammenhang mit dem persönlichen Einkommen auf. Auf dem höheren Messniveau der Prädiktoren untereinander – Anhang 36 - wird dies deutlicher und genauer erfasst als auf dem niedrigeren Messniveau – Anhang 35. Die Schichtselbsteinstufung wird in diesem Falle, so vermuten wir, stark von den Einkommen der Eltern, z.B. bei Schülern und Studierenden, oder vom Einkommen des Partners oder der Partnerin, z.B. bei Hausfrauen, -männern oder bei Rentnern beeinflusst. Diese Vermutung können wir ansatzweise überprüfen und auch bestätigen, indem wir die Zusammenhänge nur für Erwerbstätige berechnen, deren Schichtselbsteinstufung ein eigenes Einkommen zugrunde liegt. Die Zusammenhangsstärke zwischen NEINK und SCHICHTS steigt dann auch tatsächlich an: Bei allen Befragten beträgt die Stärke $r +.157$, unter den Erwerbstätigen beläuft sie sich schon auf $r +.258$, und wenn man nur die Vollzeit Erwerbstätigen berücksichtigt, dann steigt der Zusammenhang auf eine mittlere Stärke von $r +.342$ an.

Durch die Konstruktion mit Hilfe des persönlichen Nettoeinkommens ist **SCHICHTO ein INDEX, der gut durch arbeitsweltliche Bezüge erzeugte soziale Ungleichheit erfassen kann.** Diese Schwerpunktsetzung wird deutlich durch seinen Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus (ERWER), der Unterscheidung nach erwerbstätig und nicht erwerbstätig, gemessen mit dem Kontingenzkoeffizienten C. Beim subjektiven Schichtindex (SCHICHTS) hingegen besteht nur ein zu vernachlässigender Zusammenhang mit ERWER, was unserer Meinung nach eher die Wirklichkeit erfasst. Die Schwerpunktsetzung bei SCHICHTO hat auch zur Folge, dass bei ihm ein schwacher Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Geschlecht ausgewiesen wird. Dahinter stehen jedoch die ungleichen Anteile der Geschlechter bei der Erwerbstätigkeit. Die Variable SCHICHTS weist auch in diesem Falle einen nur sehr geringen Zusammenhang beider Variablen auf.

Die Erklärung für die aus den Matrizen in den Anhängen 33 und 34 zu entnehmenden relativ schwachen Zusammenhänge zwischen allgemeiner Bildung und persönlichem Nettoeinkommen, liegt in der Unterscheidung nach Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen. Die Stärke der Zusammenhänge steigt an, wenn sie nur für die Erwerbstätigen berechnet werden. Sie bleiben insgesamt gesehen aber noch schwach. Stärkere Zusammenhänge wären wahrscheinlich zu beobachten, wenn wir die berufliche Bildung noch in Rechnung stellen könnten. Damit nehmen wir an, dass der allgemeine Bildungsabschluss zwar mit dem beruflichen einen deutlichen Zusammenhang aufweist, aber trotzdem nur bedingt Aufschluss geben kann über den beruflichen Bildungsabschluss. Zur Überprüfung verfügen wir jedoch nicht über entsprechende Daten.

4.2 Schichten der sozialen Ungleichheit

Um unsere beiden Indices sozialer Ungleichheit besser miteinander vergleichen zu können, haben wir die Ausprägungen der subjektiven Schichteinordnung in der im Abschnitt zu ihrer Operationalisierung begründeten Art und Weise zusammengefasst: untere und mittlere Arbeiterschicht zur subjektiven Unterschicht, obere Arbeiter-, untere Mittel- und mittlere Mittelschicht zur subjektiven Mittelschicht.

Die Ergebnisse des Vergleichs können den Anhängen 37 bis 39 entnommen werden. Dort wurden die Ausprägungen sozialer Merkmale, welche die sozialen Schichten am besten kennzeichnen, in Fettschrift gesetzt. Wenn wir die Ergebnisse für unsere beiden Schichtindices objektive Schichtzuordnung (SCHICHTO) und subjektive Schichteinstufung (SCHICHTS) miteinander vergleichen, dann zeigen sich in den meisten Fällen die gleichen Muster von in Fettschrift

gesetzten Merkmalen. Ihre deutlichen Unterschiede bei den Variablen Erwerbstätigkeit (ERWER), Geschlecht (GES) und persönlichem Nettoeinkommen (NEINK) wurden schon oben bei den Zusammenhängen der sozialstrukturellen Merkmale erklärt. Zusätzlich zu den bisherigen Variablen wurden für die Charakterisierung der sozialen Schichten auch die Veränderungen in der Schichtzugehörigkeit im Vergleich zu den Eltern mit herangezogen. **SCHICHTO und SCHICHTS erfassen in sehr ähnlichem Muster, wenn auch nicht immer in gleichen Zusammenhangsstärken soziale Ungleichheit.**

Die Schwerpunkte, welche die sozialen Schichten in bestimmten Ausprägungen der sozialstrukturellen Merkmale haben, haben wir in Übersicht 11 aufgelistet.

Übersicht 11: Charakterisierung der sozialen Schichten nach sozialstrukturellen Merkmalen in Deutschland 2003			
	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht
allgemeine Bildung	niedrige	niedrige und mittlere	hohe
Nettoeinkommen	niedriges und mittleres	mittleres und hohes	hohes
Berufsprestige	niedriges	niedriges bis hohes	hohes
Modernität des Arbeitsplatzes	ohne	mittlere und hohe	hohe
Prekarität von Arbeit	erhöhte	geringe	keine
Wirtschaftsbereiche	Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten Produzierendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten öffentliche Dienstleistungen	öffentliche Dienstleistungen private Dienstleistungen Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen
Stellung im Erwerbs- und Nichterwerbsbereich	einfache Angestellte Arbeitslose Facharbeiter einfache Arbeiter Rentner sonstige Nichterwerbstätige (objektive Schicht)	Facharbeiter einfache Angestellte verantwortliche Angestellte	verantwortliche Angestellte Selbständige gehobene und höhere Beamte sonstige Nichterwerbstätige (subjektive Schicht)
Schichtvergleich zu den Eltern	sozialer Abstieg		sozialer Aufstieg

Die Charakterisierung der sozialen Unterschicht liest sich in weiten Teilen wie eine Auflistung dessen, was weithin als Modernisierungsverlierer bezeichnet wird. Die Modernisierungsverlierer sind unsere Unterschicht. **Die Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Unterschicht und rechtsextremer Einstellung können auch unter dem Gesichtspunkt der Modernisierungsverliererthese interpretiert werden.**

Unter- und Mittelschicht unterscheiden sich weit weniger als vergleichsweise Mittel- und Oberschicht. Der Wechsel von Mittel- in Unterschicht im Zeitverlauf und umgekehrt dürfte einen weit höheren Umfang haben als der Wechsel zwischen Mittel- und Oberschicht. So finden sich in der Mittelschicht jeweils im gleichen Umfang Arbeitsplätze mit eher niedrigem, mittlerem und hohem Berufsprestige. Und eine gewisse Prekarität von Arbeit besteht auch dort. Zudem hat die Mittelschicht ihren Arbeitsschwerpunkt nicht im tendenziell eher modernen Wirtschaftssektor Dienstleistungen, wie die Oberschicht, sondern eher in den tendenziell „alten“ Sektoren, wie die Unterschicht. Die Teile der Mittelschicht, in denen sich ungünstige Lagen überschneiden bzw. die eine hohe Wahrscheinlichkeit sehen, dass für sie eine solche Entwicklung eintreten wird, dürften deshalb ähnliche Vorstellungen entwickeln wie Personen aus der Unterschicht.

4.3 Die Trennleistung des objektiven Schichtindex zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

In Zusammenhang mit der Operationalisierung des objektiven Schichtindex (SCHICHTO) und seiner weiteren Charakterisierung aufgrund seiner Zusammenhänge mit den anderen sozialstrukturellen Merkmalen äußerten wir die Erwartung, dass er gut durch arbeitsweltliche Bezüge erzeugte soziale Ungleichheiten erfasst, und sich durch ihn Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gut herausarbeiten lassen: Mehr Gewerkschaftsmitglieder als Unorganisierte sollen in die Mittelschicht fallen, insbesondere dort, wo sie ihren Platz der eigenen Anstrengung in der beruflichen Bildung verdanken und damit vergleichsweise ein hohes Einkommen erzielen. In den Tabellen 12 bis 15 stellen wir unsere Analyseergebnisse vor.

In den Tabellen 12 und 13 zeigen sich die von uns erwarteten Ergebnisse. Die Mittelschicht der Unorganisierten umfasst 30 Prozent, die der Gewerkschaftsmitglieder 45 Prozent, mithin ein Unterschied von +50 Prozent, entsprechend der von uns in Kapitel B vorgestellten Berechnungsmethode. **Gewerkschaften sind für die objektive Mittelschicht besonders attraktiv.** Innerhalb der Mittelschicht ziehen sie besonders diejenigen an, welche – vermutlich – durch ihre gute berufliche Bildung begründet, ein hohes Einkommen erzielen. Auch in der Besetzung der Unterschicht weichen die Mitglieder mit 33 Prozent deutlich von der der Unorganisierten mit

46 Prozent ab. Gemäß unserer Berechnungsmethode ein Unterschied von -28 Prozent, der somit ebenfalls über der Spiegelbildgrenze liegt. In den Gewerkschaften werden weniger die Modernisierungsverlierer, die objektive Unterschicht organisiert. Die Mitgliederschaft ist demnach kein Spiegelbild der Unorganisierten bei der objektiven sozialen Schicht.

Tabelle 12: Die Verteilung von Nicht-Mitgliedern auf die Konstruktionszellen* des objektiven Schichtindex (SCHICHTO) in Deutschland 2003 (Prozentulierung auf alle Nicht-Mitglieder)

persönliches Nettoeinkommen	allgemeine Bildung		
	niedrig	mittel	hoch
niedrig	18	10	7
mittel	18	10	4
hoch	13	10	10

*) Die Werte der weißen Zellen werden zur Unterschicht addiert, die Werte hell schattierter Zellen zur Mittelschicht und die Werte der dunkel schattierten Zellen zur Oberschicht

Tabelle 13: Die Verteilung von Gewerkschaftsmitgliedern auf die Konstruktionszellen* des objektiven Schichtindex (SCHICHTO) in Deutschland 2003 (Prozentulierung auf alle Gewerkschaftsmitglieder)

persönliches Nettoeinkommen	allgemeine Bildung		
	niedrig	mittel	hoch
niedrig	9	5	1
mittel	19	9	2
hoch	35	13	7

*) Die Werte der weißen Zellen werden zur Unterschicht addiert, die Werte hell schattierter Zellen zur Mittelschicht und die Werte der dunkel schattierten Zellen zur Oberschicht

Gegen dieses Ergebnis könnte eingewendet werden, dass die „richtige“ Vergleichsbasis der Gewerkschaftsmitglieder mit den Unorganisierten die Erwerbstätigen seien. Eine Analyse auf dieser Grundlage ergibt jedoch kein anderes Bild, wie die Tabellen 14 und 15 zeigen. Die Gewerkschaften sind auch unter den Erwerbstätigen besonders für die objektive Mittelschicht attraktiv und nicht für die Unterschicht. Und innerhalb der Mittelschicht ziehen sie sogar noch mehr die - vermutlich – beruflich gut Gebildeten an, die trotz niedriger allgemeiner Bildung ein hohes

Einkommen erzielen können. Die Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich nicht nur in der deutlich stärkeren Besetzung der objektiven Mittelschicht von den Unorganisierten, sondern auch in der internen Strukturierung der Mittelschicht.

Tabelle 14: Die Verteilung von Nicht-Mitgliedern auf die Konstruktionszellen* des objektiven Schichtindex (SCHICHTO) nach Erwerbstätigen in Deutschland 2003 (Prozentulierung auf alle erwerbstätigen Nicht-Mitglieder)

persönliches einkommen	Netto-	allgemeine Bildung		
		niedrig	mittel	hoch
niedrig		9	7	2
mittel		18	13	5
hoch		16	15	14

*) Die Werte der weißen Zellen werden zur Unterschicht addiert, die Werte hell schattierter Zellen zur Mittelschicht und die Werte der dunkel schattierten Zellen zur Oberschicht

Tabelle 15: Die Verteilung von Gewerkschaftsmitgliedern auf die Konstruktionszellen* des objektiven Schichtindex (SCHICHTO) nach Erwerbstätigen in Deutschland 2003 (Prozentuierung auf alle erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder)

persönliches einkommen	Netto-	allgemeine Bildung		
		niedrig	mittel	hoch
niedrig		5	3	1
mittel		15	10	2
hoch		40	17	8

*) Die Werte der weißen Zellen werden zur Unterschicht addiert, die Werte hell schattierter Zellen zur Mittelschicht und die Werte der dunkel schattierten Zellen zur Oberschicht

5. Die Untersuchung der allgemeinen Spiegelbildthese

Zunächst werden einfache Gruppenvergleiche zur Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese vorgenommen. Da aus anderen Untersuchungen für die meisten der hier zu diskutierenden sozialstrukturellen Merkmale schon bekannt ist, dass sich Mitglieder und Unorganisierte deutlich unterscheiden, werden die Ergebnisse der Überprüfung im Überblick vorgestellt. Ost-West-

Unterschiede – ohne Unterscheidung nach Mitgliedern und Unorganisierten - werden ebenfalls im Überblick präsentiert, da sich auch an ihnen die aus anderen Untersuchungen und Statistiken bekannten Unterschiede zeigen und damit die Güte unserer Messung überprüft wird.

Differenziertere Analysen werden nur am Beispiel von Alter und Geschlecht wegen deren auch allgemein beschreibender Bedeutung vorgestellt. Denn interessant sind spezifische Teilgruppen für welche die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft vor allem dann, wenn auch die spezielle Spiegelthese nicht für sie gilt. Es ist deshalb sinnvoll zunächst die spezielle Spiegelbildthese für Teilgruppen zu untersuchen. In den Anhängen 69 bis 76 werden für einige Teilgruppen die Ergebnisse tabellarisch aufgeführt. Falls die spezielle Spiegelbildthese widerlegt wird, sollte die Teilgruppe auch auf die allgemeine Spiegelbildthese hin analysiert werden.

In den Beispielen werden wechselseitige Zusammenhänge untersucht. Dabei ist zu beachten, welche Richtung des Zusammenhangs für den Vergleich zwischen Mitgliedern und Unorganisierten als wichtig erachtet wird. Denn entsprechend dieser Entscheidung ist für die Untersuchung der allgemeinen Spiegelbildthese die Prozentuierungsbasis festzulegen. Dies sei kurz veranschaulicht.

Weiter unten wird der Zusammenhang zwischen politischer Generation und Erwerbstätigkeit untersucht. Für den Vergleich zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern interessiert uns, wie sich die Erwerbstätigen auf die verschiedenen politischen Generationen verteilen. Organisieren die Gewerkschaften etwa besonders gut die Mitte der im Erwerbsleben stehenden, d.h. die politische Generation der Nach-68er (29-50 Jahre), oder eher die älteren Beschäftigten aus der Nachkriegs-Generation (51-73 Jahre)? Die Prozentuierungsbasis zur Untersuchung dieser Frage sind jeweils die Erwerbstätigen unter Mitgliedern und Unorganisierten, die gleich Hundert gesetzt werden. Daraus ergibt sich beispielsweise, dass im Westen unter den Mitgliedern 23 Prozent der Erwerbstätigen in der Nachkriegs-Generation zu finden sind, unter den Unorganisierten nur 17 Prozent.

Nicht von Interesse scheint uns die Frage, wie viele der Angehörigen einer politischen Generation Erwerbsarbeit nachgehen, da wir wissen, dass in Gewerkschaften deutlich mehr Beschäftigte zu finden sind als unter Unorganisierten. Falls wir an dieser Richtung des Zusammenhangs interessiert wären, wäre als Prozentuierungsbasis jeweils die spezifische politische Generation zu wählen, und gleich Hundert zu setzen. Die Prozentuierung nach politischen Generationen ergibt beispielsweise in Westdeutschland für die Nachkriegs-Generation unter den Mitgliedern 47 Prozent und unter den Unorganisierten 28 Prozent Erwerbstätige.

5.1 Einfache Gruppenvergleiche

Die Spiegelbildgrenze von 20 Prozent Unterschied wird, wie den Tabellen 40 bis 51 des Anhangs zu entnehmen ist, häufig deutlich überschritten. **Insgesamt ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft sozialstrukturell kein Spiegelbild der Unorganisierten.** In der folgenden Übersicht 16 wird gezeigt, welche Gruppen in den Gewerkschaften stark oder schwach vertreten sind. Sie beziehen sich auf den Vergleich zwischen Mitgliedern und allen anderen ab 16jährigen in der Bevölkerung. Ein Vergleich nur für Erwerbstätige kommt zu keinen wesentlich anderen Ergebnissen.

Bis auf die Variablen politische Generation, Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes können alle anderen Variablen als gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Variablen (GSM-Variablen) bezeichnet werden. Für fünf der sieben möglichen Prädiktoren rechtsextremer Einstellungen hat sich die allgemeine Spiegelbildthese als nicht zutreffend herausgestellt. Nicht widerlegt werden konnte sie für zwei der drei Prädiktoren, welche spezifisch die für unsere Untersuchung wichtige Arbeitswelt erfassen: Prekarität von Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes. In diesem Bereich wird unsere Annahme eines deutlichen Unterschiedes zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten widerlegt.

Die Analyseergebnisse zur allgemeinen Spiegelbildthese hängen stark miteinander zusammen. Gewerkschaften sprechen z.B. gegenwärtig kaum Schüler, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende an und verlieren viele Mitglieder, sobald diese in Rente gehen. Deshalb sind die jüngeren Altersjahrgänge und die älteren vergleichsweise wenig in den Gewerkschaften vertreten. Gewerkschaften sprechen auch nicht Hausfrauen bzw. -männer an, sondern Erwerbstätige, unter denen es mehr Männer als Frauen gibt.

Da es einen inneren Zusammenhang zwischen Berufsgruppen und Geschlecht gibt – Frauen sind weniger in Arbeiterberufen vertreten und mehr in Angestelltenberufen – ist die Sozialstruktur auch auf diese Kombination hin zu untersuchen. Im Westen sind unter den erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern die männlichen Arbeiter mit 37 Prozent die größte Berufsgruppe, unter den Unorganisierten finden sich dort nur 15 Prozent der Erwerbstätigen. Unter den Unorganisierten stellen die weiblichen Angestellten mit 33 Prozent der Erwerbstätigen die größte Gruppe, während bei den Gewerkschaftsmitgliedern in diese Gruppe nur 17 Prozent fallen. Der große Unterschied in der Geschlechterzusammensetzung bei den Erwerbstätigen lässt sich wesentlich darauf zurückführen, dass die Gewerkschaften ihre größte Organisationskraft in der Arbeiterschaft entfalten, welche zum großen Teil aus Männern besteht, während sie unter den

Übersicht 16: Die allgemeine Spiegelbildthese¹ in Bezug auf sozialstrukturelle Merkmale in Deutschland 2003		
Die Gewerkschaftsmitglieder		
übertreffen die obere Spiegelbildgrenze bei	unterschreiten die untere Spiegelbildgrenze bei	sind innerhalb der Spiegelbildgrenzen bei
Erwerbstätigen	Nicht-Erwerbstätigen	
Männern nur West	Frauen nur West	Männern und Frauen nur Ost
45-64jährigen	16-24jährigen, 65-74jährigen nur West und ab 75jährigen	25-44jährigen, 65-74jährigen nur Ost
	Wende-Generation (16-28) insb. Ost, Vor-Kriegs-Generation (74+) insb. Ost	politischen Generationen der Nach-68er (29-50), Nachkriegs-Generation (51-73)
niedriger Bildung nur West ² , mittlerer Bildung nur Ost	hoher allgemeiner Bildung, mittlerer Bildung nur West	niedriger Bildung nur Ost.
hohen persönlichen Nettoeinkommen	niedrigen persönlichen Nettoeinkommen insb. West	mittleren persönlichen Nettoeinkommen
objektiven Mittelschicht nur West, Oberschicht nur Ost	objektiven Unterschicht	objektiven Mittelschicht nur Ost, objektiven Oberschicht nur West
subjektiven mittleren und oberen Arbeiterschicht, insb. West	subjekt. unteren Arbeiterschicht nur West, unteren und mittleren Mittelschicht nur Ost, oberen Mittel- und Oberschicht	subjektiven unteren Arbeiterschicht nur Ost, unteren und mittleren Mittelschicht nur West
einfachen Arbeitern, Facharbeitern, Beamten insb. Ost, verantwortl. Angestellten nur Ost	Selbständigen, Arbeitslosen nur West, Auszubildenden und sonstigen Erwerbstätigen nur Ost	Arbeitslosen nur Ost, Auszubildenden nur West, Angestellten und Auszubildenden ³
niedrigem Berufsprestige insb. West	hohem Berufsprestige	
		Modernität des Arbeitsplatzes
keiner Prekarität der Arbeit nur Ost	mittlerer Prekarität nur Ost, großer Prekarität nur West	keiner und mittl. Prekarität nur West, großer Prekarität nur Ost
produzierendem Gewerbe insb. West; öffentlichen Dienstleistungen insb. Ost	Bau nur Ost; privaten Dienstleist.; Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleist. etc.; Handel, Gastgewerbe, Verkehr etc. nur West; Landwirtschaft etc. nur Ost	Bau nur West, Handel, Gastgewerbe, Verkehr etc. nur Ost; Landwirtschaft etc. nur West
mittleren und großen Betrieben	kleinen und kleinen-mittleren Betriebe	
	Rentnern nur Ost, sonstigen Nichterwerbspersonen wie Schülern, Studierenden, Hausfrauen, -männern	Rentnern nur West

- 1) Unterschiede nach weitergehenden Differenzierungen werden hier nicht ausgewiesen.
 - 2) Ost-West-Vergleiche wegen unscharfer Grenzziehung zwischen einfacher und mittlerer Bildung in Ostdeutschland nur eingeschränkt möglich
 - 3) Bei einem Vergleich nur auf Basis der Erwerbstätigen bleiben die Unterschiede bei den Angestellten im Osten innerhalb der Spiegelbildgrenzen, im Westen unterschreiten sie die Spiegelbildgrenze. Bei den Auszubildenden werden in Ost und West die Spiegelbildgrenze unterschritten.
- Fettschrift:** Unterschiede ca. 50 Prozent bis ca. 100 Prozent, bei unterstrichener Fettschrift ca. 100 Prozent und mehr

Angestellten, welche zu einem etwas größeren Teil aus Frauen besteht, sowohl eine geringere Organisationskraft entfalten, wie auch vergleichsweise schlecht Frauen organisieren.

5.1.1 Unterschiede zwischen den Mitgliedern im Ost-West-Vergleich

Wesentliche Differenzierungen der Ergebnisse unter den Gewerkschaftsmitgliedern zeigen sich bei den Geschlechtern, wo sich im Osten die Unterschiede innerhalb der Spiegelbildgrenzen bewegen, und in der subjektiven Schichtzuordnung, wo sich die Gewerkschaftsmitglieder im Osten in etwa gleichem Umfang wie die Unorganisierten der unteren Arbeiterschicht zuordnen und weniger der unteren und mittleren Mittelschicht. Letzteres ließe sich auch so ausdrücken: Im Vergleich von Mitgliedern und Unorganisierten ordnen sich die Gewerkschaftsmitglieder im Westen im Vergleich zu denen im Osten eher der subjektiven Mittelschicht zu.

Im Kontrast dazu stehen die weiteren Differenzierungen. Im Osten unterscheiden sich beim Berufsprestige, dem damit verbundenen gesellschaftlichen Ansehen und der beruflichen Verhaltensautonomie, die Mitglieder in deutlich geringerem Maße von den Unorganisierten als die Mitglieder im Westen. Damit zusammenhängend: Im Osten arbeiten die Mitglieder vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, dann erst folgt das produzierende Gewerbe, im Westen ist es unter den Mitgliedern genau umgekehrt. Im Osten sind deshalb unter ihnen auch relativ mehr Beamte zu finden als unter den Unorganisierten, während im Westen die Mitglieder unter den Arbeitern ihren Schwerpunkt haben.

Insgesamt ordnen sich Beamte und Beschäftigte im Bereich öffentlicher Dienstleistungen eher der Mittelschicht zu als anderen sozialen Schichten. Und mit einem höheren Berufsprestige steigt die Wahrscheinlichkeit, sich in die Mittelschicht einzuordnen. Deshalb wäre zu erwarten, dass sich die Mitglieder im Osten in ihrer Zuordnung zur Mittelschicht nur wenig von den Unorganisierten unterscheiden. Im Westen, mit bei den Mitgliedern größerem Abstand zum Berufsprestige der Unorganisierten und einem Schwerpunkt bei den Arbeitern und im produzierenden Gewerbe, könnte man eher erwarten, dass die Mitglieder sich im Vergleich zu den Unorganisierten seltener der Mittelschicht zurechnen. Das Gegenteil trifft jedoch zu. Für uns besteht damit **unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Westen tendenziell ein Spannungsverhältnis zwischen ihrer Selbsteinstufung im Gefüge sozialer Ungleichheit und der dieser Einstufung zugrunde liegenden Bedingungen.**

5.1.2 Unterschiede im Ost-West-Vergleich unter allen Befragten

Den Tabellen 52 und 53 des Anhangs sind die Ergebnisse für den **allgemeinen Ost-West-Vergleich** zu entnehmen, der ohne die Unterscheidung nach Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern vorgenommen wird. Aufgrund der Auswahl unserer sozialstrukturellen Merkmale spiegeln sich dort insbesondere die wirtschaftlichen Unterschiede. Im Osten werden vergleichsweise weniger hohe und mehr mittlere Einkommen erzielt und der Anteil der Arbeitslosen liegt, gemessen an allen Befragten im jeweiligen Gebiet, mit 11 Prozent deutlich über dem in Westdeutschland mit vier Prozent. Es gibt im Osten weniger technologisch hochmoderne Arbeitsplätze als im Westen und mehr technisch unmoderne Arbeitsplätze, Arbeitsverhältnisse ohne Prekarität sind im Osten etwas weniger zu finden. Aufgrund der Zerschlagung der großen Staatsunternehmen der ehemaligen DDR sind im Osten weniger Großbetriebe vertreten, und unter den Wirtschaftsbranchen ist der Bausektor im Osten deutlich größer als der im Westen, während das produzierende Gewerbe im Osten weniger Gewicht hat als im Westen.

Wegen zum Teil noch bestehender unterschiedlicher politischer Kulturen ordnen sich, wie oben bei der Operationalisierung ausgeführt, mehr Ostdeutsche der Arbeiterschicht zu und weniger der Mittelschicht. Ein Vergleich der allgemein bildenden Schulabschlüsse kann, wie ebenfalls oben bei der Operationalisierung ausgeführt, wegen erhebungstechnischer Fehler nur bedingt vorgenommen werden. Davon betroffen ist auch der Vergleich der objektiven Schichteinstufung, da diese mit Hilfe der Bildungsvariablen konstruiert ist. Die Abwanderung junger Arbeitskräfte, insbesondere in der Altersklasse von 25 bis 34 Jahren ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Ostdeutschen insgesamt im Durchschnitt zwei Jahre älter sind als die Westdeutschen. Die vergleichsweise geringsten bzw. keine Ost-West-Unterschiede zeigen sich in der Geschlechterverteilung, den Anteilen der Erwerbstätigen und dem Berufsprestige.

5.2 Zusammenhangsvergleiche und differenzierte Gruppenvergleiche

Den Vergleich zwischen Mitgliedern und Unorganisierten nehmen wir wegen seiner besonderen Bedeutung zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen nur für die Prädiktoren vor. Ihm schließen sich differenziertere Analysen zu den Merkmalen Alter – politische Generationen und Jugend – und Geschlecht an. Sie wurden ausgewählt, weil der Abschnitt über rechtsextreme Einstellungen aufgrund ihrer allgemeinen beschreibenden und auch analytischen Bedeutung im differenzierten Gruppenvergleich mit ihnen eingeleitet wird. Wir überprüfen hier im Folgenden, ob für bestimmte Alters- und Geschlechtsgruppen die allgemeine Spiegelbildthese widerlegt

werden kann. Im Abschnitt zu Beginn des differenzierten Gruppenvergleichs überprüfen wir, ob auf diese Gruppen auch die spezielle Spiegelthese nicht zutrifft.

5.2.1 Der Zusammenhangsvergleich bei den Prädiktoren

Die Werte für den Prädiktorenvergleich sind der Matrix im Anhang 54 zu entnehmen. Im Vergleich des Zusammenhangs der allgemeinen Bildung (BILDUNG) mit allen anderen Prädiktoren unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder im persönlichen Nettoeinkommen (NEINK), dem Berufsprestige (BERPRE) und der objektiven Schichtzuordnung (SCHICHTO) nicht wesentlich. Deutlich schwächere Zusammenhänge unter Mitgliedern zeigen sich in der subjektiven Schichteinstufung (SCHICHTS), der Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB) und der Prekarität des Arbeitsverhältnisses (PREKAR). Und wenn nur die persönlichen Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in die Berechnung eingehen (NEINK/Erwerbstätige), dann weisen die Mitglieder dort ebenfalls einen schwächeren Zusammenhang mit der allgemeinen Bildung auf.

Dieser Vergleich ist besonders aufschlussreich, da sich im Zusammenhang von Bildung und Einkommen, wenn er jeweils für alle Mitglieder und Unorganisierten berechnet wird, kein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Gruppen zeigt. Da wir oben einen Zusammenhang zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung angenommen haben, und einen Zusammenhang zwischen dem beruflichen Bildungsabschluss und dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit, ist erklärungsbedürftig, weshalb diese Annahmen nur bei den Unorganisierten durch unsere Daten Unterstützung finden. Das Ergebnis wird verständlich, wenn wir weiter annehmen, dass unter Gewerkschaftsmitgliedern die allgemeine Bildung eine deutlich geringere Rolle spielt für die berufliche Bildung als unter Unorganisierten. Anders formuliert: **Unter den Unorganisierten wird wahrscheinlich mit der allgemeinen Bildung viel besser auch die berufliche Bildung miterfasst als unter den Gewerkschaftsmitgliedern.** Die Unterschiede der Zusammenhänge zwischen BILDUNG und den Variablen SCHICHTS, MODARB und PREKAR sind auf dieser Grundlage zu erklären.

Für Gewerkschaftsmitglieder spielt ihre berufliche Bildung vergleichsweise eine größere Rolle für die subjektive Schichteinstufung und ihr Selbstbild im Gefüge sozialer Ungleichheit als für die Unorganisierten. Könnte man ihre berufliche Bildung mit berücksichtigen, würden sich wahrscheinlich auch bei ihnen in ähnlicher Stärke wie bei den Unorganisierten Zusammenhänge zeigen zwischen Bildung, Modernität des Arbeitsplatzes und Prekarität der Arbeit. Unsere oben bei der Operationalisierung von objektiver sozialer Schicht geäußerte Vermutung über

den Zusammenhang zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung unter Gewerkschaftsmitgliedern findet hier ihre Unterstützung.

Ungefähr die gleichen Zusammenhangsstärken zwischen dem Berufsprestige (BERPRE) und den anderen Prädiktoren finden sich unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Dies gilt jedoch nicht für das persönliche Nettoeinkommen (NEINK). Dort zeigt sich unter Unorganisierten ein sehr starker Zusammenhang, unter Gewerkschaftsmitgliedern ein nur mittelstarker.

Anders formuliert: Unter den Unorganisierten besteht ein stärkerer Zusammenhang zwischen Arbeitseinkommen und arbeitsweltlichen Bedingungen, obwohl diese Bedingungen und ihre Zusammenhänge bei Mitgliedern und Unorganisierten ähnlich sind. Beide zeigen gleiche Zusammenhänge zwischen BERPRE und Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB), Prekarität der Arbeit (PREKAR), und gleiche Zusammenhänge zwischen MODARB und PREKAR.

Die konkreten Bedingungen der Arbeitswelt schlagen sich bei den Unorganisierten direkter in der Bezahlung nieder als bei den Gewerkschaftsmitgliedern, was sich auch in den höheren Zusammenhängen der Unorganisierten zwischen NEINK und MODARB, PREKAR zeigt. Anders formuliert: **In ihrer Entlohnung sind die Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu den Unorganisierten stärker vor schlechten Bedingungen in der Arbeitswelt geschützt bzw. eher von ihnen abgekoppelt.** Schlechte Arbeitsbedingungen schlagen deshalb unter Gewerkschaftsmitgliedern auch nicht so schnell in objektive soziale Ungleichheit um, wie die relativ schwächeren Zusammenhangsstärken bei den Gewerkschaftsmitgliedern zwischen MODARB und PREKAR mit dem objektiven Schichtindex (SCHICHTO) zeigen. Auf die subjektive Schichteinstufung (SCHICHTS) der Gewerkschaftsmitglieder haben diese Bedingungen tendenziell einen ähnlichen Einfluss wie unter den Unorganisierten. Bei der Modernität des Arbeitsplatzes sind die Unterschiede aber noch deutlich, bei der Prekarität von Arbeit verschwinden sie. **Auch wenn die Gewerkschaftsmitglieder objektiv noch in einer besseren sozialen Lage sind als die Unorganisierten (SCHICHTO), sehen sie sich in der subjektiven Selbsteinstufung Ihrer sozialen Lage (SCHICHTS) tendenziell genauso von schlechten Arbeitsbedingungen betroffen wie die Unorganisierten.**

5.2.2 Differenzierte Gruppenvergleiche nach Alter und Geschlecht

Weiter oben haben wir diskutiert, welche sozialstrukturellen Merkmale uns am geeignetsten erscheinen für tiefer gehende Gruppenvergleiche, und haben die Erwerbstätigen, die Bildung

und das Geschlecht als entsprechende Merkmale herausgearbeitet. Sie finden hier Anwendung. Eine Analyse, in der alle diese Merkmale zusammen in ihrer Wechselwirkung untersucht werden, ist wegen der dann nur noch geringen Fallzahlen in den Untersuchungszellen nicht sinnvoll. Wir beschränken uns auf Analysen, welche die Wechselwirkung von höchstens drei Variablen zum Gegenstand haben.

5.2.2.1 Politische Generationen und Geschlecht

Bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen **politischer Generation, Erwerbstätigkeit und Geschlecht** interessiert, inwieweit es den Gewerkschaften gelingt, unter den erwerbstätigen Männern und Frauen der verschiedenen politischen Generationen in ähnlichem Umfang Organisationskraft zu entfalten. Prozentuierungsbasis sind die erwerbstätigen Männer und die erwerbstätigen Frauen. Wie den Tabellen 55 und 56 des Anhangs zu entnehmen ist, gibt es die größten Unterschiede in der Organisationskraft bei den Frauen. **Gewerkschaften fällt es schwer unter erwerbstätigen Frauen der Wende-Generation (16-28) Mitglieder zu gewinnen, insbesondere in Ostdeutschland. Dagegen sind vergleichsweise deutlich mehr erwerbstätige Frauen der Nachkriegs-Generation (51-73) Gewerkschaftsmitglied, insbesondere im Westen.** Unter den Männern gibt es kaum Unterschiede, außer in der kleinen Gruppe der Wende-Generation im Osten. **In Ostdeutschland sind unter den erwerbstätigen Männern der Wende-Generation relativ wenig Gewerkschaftsmitglieder.**

Die tiefer gehende Analyse nach **politischer Generation und Bildung** geht der Frage nach, wie sich das Bildungsniveau in den politischen Generationen im Zeitverlauf verändert hat. Prozentuierungsbasis sind die politischen Generationen. Die Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der allgemeinen Bildung fallen je nach politischer Generation sehr unterschiedlich aus, bewegen sich aber fast immer über oder an der Spiegelbildgrenze. Auch im Gesamtvergleich trifft die Spiegelbildthese nicht zu: Gewerkschaften sind für Menschen mit niedriger Bildung attraktiv.

Unter den Organisierten ist der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen in den jüngeren Generationen, ausgedrückt im Zusammenhangsmaß zwischen Alter und Bildung, mit $r = -150$ ⁵⁰ deutlich weniger zu bemerken als bei den Nicht-Mitgliedern mit $r = -286$. In der folgenden Tabelle 17 wird dies am Beispiel Westdeutschlands in anderer Form veranschaulicht. Dort verfügen in der Vor-Kriegs-Generation 84 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder höchstens über einen Hauptschulabschluss, bei den Unorganisierten 81 Prozent. In der Wende-Generation betragen die ent-

50 Die Korrelationsstärke r wird hier und in den folgenden Angaben zu r mit dem Multiplikationsfaktor $\times 1000$ angegeben. Das gleiche gilt für die Angaben zur Maßzahl η^2 .

sprechenden Zahlen 56 und 32 Prozent. Die Unterschiede zwischen Mitgliedern und Unorganisierten nehmen bei niedrigen und hohen Bildungsabschlüssen zu, bei mittleren nehmen sie ab. Bei der niedrigen Bildung beträgt der Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Nachkriegsgeneration 20 Prozent, in der Nach-68er-Generation schon 39 Prozent. Eine Analyse nur unter den Erwerbstätigen nach politischen Generationen und Bildung ergibt kein wesentlich anderes Bild.

Die Veränderungen in der Struktur der Unterschiede in den Bildungsabschlüssen könnten charakterisiert werden als Entwicklung hin zu einer größeren Polarisierung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. **Wenn steigende allgemeine Bildungsgrade als eine wichtige Ursache und gleichzeitig auch Wirkung gesellschaftlicher Modernisierung begriffen werden, dann organisieren die Gewerkschaften zunehmend die weniger modernen Gruppen der Gesellschaft.**

Bildung	Mitglieder	Nicht-Mitglieder
niedrig	69	52
Wende (16-28)	56	32
Nach-68er (29-50)	64	46
Nachkrieg (51-73)	77	64
Vor-Krieg (74+)	84	81
mittel	20	27
Wende (16-28)	34	33
Nach-68er (29-50)	25	31
Nachkrieg (51-73)	12	22
Vor-Krieg (74+)	*	11
hoch	11	21
Wende (16-28)	10	35
Nach-68er (29-50)	12	23
Nachkrieg (51-73)	10	14
Vor-Krieg (74+)	*	8

*) Geringe Fallzahlen

Die im Zeitverlauf beobachtete bzw. unterstellte Annäherung von Rechtsextremenanteilen unter den Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern könnte wegen des Zusammenhangs zwischen Bildung und Rechtsextremismus eventuell eher auf die veränderten Bildungsstrukturen und die damit

zusammenhängenden Einstellungen in beiden Gruppen zurückzuführen sein, als auf einen generellen Einstellungswandel unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

5.2.2.2 Lebensphase Jugend

Da Gewerkschaften so gut wie keine Schüler und Studierenden organisieren, ist bei ihnen die Jugend (bis unter 25 Jahre) vergleichsweise in sehr geringem Umfang vertreten. Fast alle jungen Gewerkschaftsmitglieder sind erwerbstätig. **Gewerkschaften haben auch Schwierigkeiten erwerbstätige Jugendliche zu organisieren** (Prozentuierungsbasis Erwerbstätige), insbesondere im Osten mit -75 Prozent wie die Tabellen 57 und 58 im Anhang zeigen. Wenn die Altersgrenzen der politischen Generationen zugrunde gelegt werden, hat sich in der Wendegeneration (bis 28 Jahre) zumindest im Westen der Unterschiede bei den erwerbstätigen Jugendlichen deutlich verringert, so dass die Gewerkschaftsmitglieder hier sogar ein Spiegelbild der Unorganisierten sind, während sich im Osten der Unterschied kaum verringert hat.

Auch beim Vergleich der **Geschlechterzusammensetzung der Jugend** sind die Mitglieder kein Spiegelbild der Nichtmitglieder (Prozentuierungsbasis Jugend). Männer machen hier mit 82 Prozent den Großteil der Gewerkschaftsmitglieder aus, während die Männer bei den Nichtmitgliedern mit 45 Prozent sogar leicht in der Minderheit sind. Der relativ größte Unterschied besteht mit 118 Prozent jedoch in der **Bildung** (Prozentuierungsbasis Jugend). 48 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder verfügen höchstens über einen Hauptschulabschluss, aber nur 22 Prozent der Nicht-Mitglieder. Genau umgekehrt beim hohen Bildungsabschluss. Über ihn verfügen 11 Prozent der Mitglieder, aber 44 Prozent der Unorganisierten, ein Unterschied von 75 Prozent. **Insgesamt sind in der Jugend die Mitglieder kein Spiegelbild der Unorganisierten. Gewerkschaften sind insbesondere für junge Männer mit niedrigem Bildungsabschluss attraktiv.**

5.2.3 Übersicht der weiteren Analyseergebnisse zur allgemeinen Spiegelbildthese

- Unter den Unorganisierten wird wahrscheinlich mit der allgemeinen Bildung viel besser auch die berufliche Bildung miterfasst als unter den Gewerkschaftsmitgliedern.
- Für Gewerkschaftsmitglieder spielt ihre berufliche Bildung vermutlich eine größere Rolle für die subjektive Schichteinstufung als für Unorganisierte.
- Wenn steigende allgemeine Bildungsgrade als eine wichtige Ursache und gleichzeitig auch Wirkung gesellschaftlicher Modernisierung begriffen werden, dann organisieren die Gewerkschaften zunehmend die weniger modernen Gruppen der Gesellschaft.

- Unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Westen besteht tendenziell ein Spannungsverhältnis zwischen ihrer Selbsteinstufung in die Mittelschichten und den dieser Einstufung zugrunde liegenden objektiven Bedingungen.
- In ihrer Entlohnung sind die Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu den Unorganisierten stärker vor schlechten Bedingungen in der Arbeitswelt geschützt bzw. eher von ihnen abgekoppelt.
- Der Zusammenhang zwischen schlechten Arbeitsbedingen und objektiver sozialer Lage (SCHICHTO) ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht so stark wie unter Nicht-Mitgliedern. Die Mitglieder werden aber in der subjektiven Selbsteinstufung ihrer sozialen Lage (SCHICHTS) tendenziell genauso von schlechten Arbeitsbedingungen beeinflusst wie die Unorganisierten.
- Die Gewerkschaften sind besonders für ältere Arbeitnehmerinnen attraktiv, insbesondere in Westdeutschland.
- Gewerkschaften haben Schwierigkeiten erwerbstätige Jugendliche zu organisieren, insbesondere in Ostdeutschland.
- Wenn Gewerkschaften unter der Jugend Mitglieder gewinnen, dann insbesondere junge Männer mit niedrigem allgemeinen Bildungsabschluss.

6. Die Bedeutung der sozialstrukturellen Merkmale für rechtsextreme Einstellungen

Wir beginnen mit der Analyse der Zusammenhänge unserer Prädiktoren mit rechtsextremer Einstellung (REXL), und geben damit eine Orientierung über ihre Bedeutung für die Analyse von Rechtsextremismus. Daraus leiten wir die Prädiktoren ab, **welche wir für besonders geeignet halten, in Zusammenhang mit Einstellungen Rechtsextremismus zu untersuchen. Wir nennen sie Schlüsselprädiktoren.** Abschließend untersuchen wir, ob sich entsprechend unserer Annahme Unterschiede in den Zusammenhängen der Prädiktoren mit REXL im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zeigen.

6.1 Der Zusammenhang der einzelnen Variablen mit Rechtsextremismus

Alle aus der Theorie abgeleiteten möglichen Prädiktoren korrelieren wie erwartet – mehr oder weniger stark - positiv oder negativ mit rechtsextremen Einstellungen (REXL). Bis auf die Variable PREKAR (Prekarität der Arbeit) sind alle so konstruiert, dass mit steigenden

Indexpunkten die Wahrscheinlichkeit sinkt, rechtsextreme Einstellungen zu entwickeln. Bei PREKAR ist dies genau umgekehrt. In der Reihenfolge der Korrelationsstärken ($r \times 1000$):

- allgemeine Bildung (BILDUNG): -415
- objektiver sozialer Schichtindex (SCHICHTO): -354
- Berufsprestige (BERPRE): -291
- Prekarität des Arbeitsverhältnisses (PREKAR): +253
- Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB): -245
- subjektive soziale Schichtzuordnung (SCHICHTS): -230
- Persönliches Nettoeinkommen (NEINK): -159

Von den theoretisch abgeleiteten Prädiktoren weist die Bildung (BILDUNG) den vergleichsweise stärksten Zusammenhang mit Rechtsextremismus auf. Bildung ist unser wichtigster sozialstruktureller Prädiktor. In der Korrelationsstärke folgt der objektive Schichtindex (SCHICHTO), was vor allem durch die Bildung als Bestandteil des Indexes bedingt ist. Nur einen sehr schwachen direkten Zusammenhang gibt es beim persönlichen Nettoeinkommen (NEINK). Alle anderen Prädiktoren korrelieren schwach mit REXL, unter ihnen das Berufsprestige (BERPRE) relativ am stärksten.

Sozialstrukturell werden rechtsextreme Einstellungen begünstigt durch eine niedrige allgemeine Bildung und die Zugehörigkeit zur Unterschicht. Unter den Erwerbstätigen fördern niedriges Berufsprestige, prekäre Arbeitsverhältnisse und technisch unmoderne Arbeitsplätze die Offenheit gegenüber rechtsextremem Gedankengut.

Den Einfluss der zur Untersuchung von Rechtsextremismus ebenfalls wichtigen Variablen politische Generation (POLGEN) und Geschlecht (GES) auf das Ausmaß rechtsextremer Einstellung messen wir anhand der statistischen Maßzahl η^2 . Sie ist auf einem niedrigeren Messniveau angesiedelt, als die Maßzahl r , dem Korrelationskoeffizienten von Pearson, mit dem die Zusammenhänge der Prädiktoren mit REXL gemessen werden. Um ihre Messergebnisse besser einschätzen zu können, nehmen wir auch für die Prädiktoren eine Messung anhand der Maßzahl η^2 vor, und vergleichen die entsprechenden Ergebnisse. Sie werden in Anhang 59 und 60 aufgeführt.

Die Variable Geschlecht (GES) trägt kaum etwas zur Erklärung des Ausmaßes von REXL bei. Hier sei aber noch einmal daran erinnert, dass dem Geschlecht sehr wohl eine analytische Bedeutung zukommt für die Untersuchung gruppenspezifischer Unterschiede bei rechtsextremen

Einstellungen. Die Variable POLGEN entwickelt dagegen eine noch schwache Erklärungsleistung für REXL.

Um einschätzen zu können, welche Bedeutung die vor allem für die Beschreibung und den allgemeinen Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern (allgemeine Spiegelbildthese) eingeführten weiteren sozialstrukturellen Merkmale für die Untersuchung rechtsextremer Einstellungen haben (spezielle Spiegelbildthese), messen wir ihren statistischen Zusammenhang mit REXL ebenfalls anhand der Maßzahl η^2 . Die Ergebnisse sind dem Anhang 60 zu entnehmen.

Mit der Maßzahl η^2 kann nur die Erklärungskraft einer Variablen gemessen werden, nicht die Richtung ihres Einflusses, da die Variablen auf nominalem Messniveau angesiedelt sind. Es wird also nur gemessen, inwieweit die mit den Variablen verbundenen Gruppen sich hinsichtlich des Ausmaßes ihrer rechtsextremen Einstellung unterscheiden. Die weiteren sozialstrukturellen Merkmale in der Reihenfolge ihrer Erklärungskraft für rechtsextreme Einstellungen ($\eta^2 \times 1000$):

- differenzierte Erwerbs- und Nicht-Erwerbstätigengruppen (STELERW): 330
- Wirtschaftsbereiche (BRA): 206
- politische Generationen (POLGEN): 189
- Erwerbsstatus (ERWER): 169
- Betriebsgröße (BETGR): 110
- Geschlecht (GES): 63

Mit der Variablen STELERW verbindet sich eine mittelstarke Erklärungskraft für REXL, eine schwache mit der Variablen BRA und eine sehr schwache mit ERWER. Alle drei Variablen weisen untereinander hohe Zusammenhänge auf⁵¹. Der Vergleich mit den Messergebnissen der Prädiktoren zeigt ähnlich hohe Messwerte bei STELERW und dem Prädiktor Berufsprestige (BERPRE), zu dessen Konstruktion die differenzierten Berufsgruppen- und Tätigkeitsangaben

51 Die Zusammenhänge werden anhand des Kontingenzkoeffizienten C gemessen. Er ist eine Maßzahl für den statistischen Zusammenhang zwischen Variablen auf nominalem Messniveau und kann Werte von 0 bis maximal 1 annehmen. BRA (Wirtschaftsbereiche) hängt stark mit STELERW zusammen (C .56): STELERW erfasst zwar alle Befragten, für die Analyse mit BRA können aber nur die Erwerbstätigen unter Ihnen berücksichtigt werden. Beispielsweise arbeiten 51 Prozent der einfachen Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Im Wirtschaftsbereich Finanzen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen sind 37 Prozent der Beschäftigten verantwortlich tätige Angestellte. Noch stärker ist der Zusammenhang (C .69) zwischen ERWER (Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige) und STELERW, was an der Konstruktion der Variable STELERW liegt. Dort werden, kurz wiederholt, zunächst die großen Gruppen Rentner, Arbeitslose, Erwerbstätige und Rest unterschieden und die Gruppe der Erwerbstätigen dann weiter differenziert.

Verwendung fanden. Beide Variablen stehen in einem engen Zusammenhang. Insbesondere die Analyse der differenzierten Erwerbs- und Nicht-Erwerbsgruppen (STELERW) lässt deutliche gruppenspezifische Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen erwarten.

Alle weiteren sozialstrukturellen Merkmale – außer der Betriebsgröße – weisen Zusammenhänge mit rechtsextremer Einstellung auf, die zur Erklärung von REXL beitragen können. Sie sind geeignet, gruppenspezifische Unterschiede von Rechtsextremismus aufzuzeigen.

6.2 Der gemeinsame Einfluss der Prädiktoren auf Rechtsextremismus

Der gemeinsame Einfluss der sozialstrukturellen Prädiktoren auf Rechtsextremismus (REXL) lässt sich durch eine Regressionsanalyse untersuchen. Da einige dieser Prädiktoren nur Erwerbstätige erfassen, wird diese Analyse zunächst nur für Erwerbstätige durchgeführt.

Von den sieben Prädiktoren tragen nur drei zu einer eigenständigen Erklärung von REXL bei, sie nehmen die Varianz der anderen vier für die Erklärung von REXL vollständig auf. Anders formuliert: Aufgrund des wechselseitigen Zusammenhangs der Prädiktoren untereinander kann der Einfluss eines Prädiktors auf REXL schon im Einfluss eines anderen Prädiktors auf REXL mit enthalten sein.

Allgemeine Bildung, Prekarität von Arbeit und Berufsprestige erklären nur 19,6 Prozent der Varianz von REXL. **Sozialstrukturelle Merkmale allein sind nicht besonders gut geeignet Rechtsextremismus zu erklären.** Von den drei Variablen trägt BILDUNG den Großteil der Erklärungskraft. Ausgedrückt mit dem Koeffizienten Beta, der den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige (hier: REXL) angibt, beträgt der Beta-Wert von BILDUNG $-.318$, von PREKAR $+.153$ und von BERPRE $-.117$. Wenn die Analyse für alle Befragten, also nicht nur für die Erwerbstätigen vorgenommen wird, können die Prädiktoren Berufsprestige (BERPRE), Prekarität von Arbeit (PREKAR) und Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB) keine Berücksichtigung finden. In diesem Fall werden 18,4 Prozent der Varianz von REXL erklärt. Jeder der verbliebenen Variablen trägt eigenständig zur Erklärung bei: BILDUNG wieder am meisten mit einem Beta-Wert von $-.316$, gefolgt vom objektiven Schichtindex (SCHICHTO) mit $-.101$, SCHICHTS und NEINK haben auf noch akzeptablem Signifikanzniveau Beta-Werte um $-.050$. Auch hier ist BILDUNG wieder der herausragende Prädiktor.

Im Zusammenhang aller sozialstrukturellen Prädiktoren ist die allgemeine Bildung der Faktor, der am besten die Wahrscheinlichkeit anzeigt, ob jemand zu rechtsextremen Einstellungen neigt. Sie ist unser wichtigster sozialstruktureller Schlüsselprädiktor. Alle zusätzlichen Faktoren erhöhen die Vorhersagewahrscheinlichkeit im Vergleich dazu nur wenig. Dieses Ergebnis gilt für die Analyse auf hohem Aggregationsniveau, Abweichungen davon sind in spezifischen Teilgruppen möglich.

Unsere Ergebnisse bestätigen die bisherigen Befunde der empirischen Rechtsextremismusforschung und diejenigen der ihr nahe stehenden Forschung. Ein schon in der Einleitung zitierter Literaturbericht von Wulf Hopf zu Arbeiten, in denen gesamtgesellschaftliche Strukturen sozialer Ungleichheit auf Autoritarismus und Rechtsextremismus bezogen werden, kommt zu dem Ergebnis:

„Die relativ geringe Erklärungskraft der verschiedenen Sozialstrukturmodelle...stehen im Kontrast zu einem Resultat, das alle geschilderten multivariaten Analysen des Autoritarismus ergeben: Die erreichte Schulbildung ist der stärkste Einzelprädiktor des Autoritarismus...“⁵².

In unserem Projekt haben wir versucht, im Anschluss an die aktuelle Diskussion über die zunehmende Bedeutung von Faktoren der sozialen Segmentierung für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen, solche Faktoren, insbesondere arbeitsweltbezogene, herauszuarbeiten. Doch auch sie tragen nichts wesentlich Neues zu den bisher bekannten Einsichten bei. Was mit dem Prädiktor „höchster allgemein bildender Schulabschluss“ in Zusammenhang mit der Erklärung von Rechtsextremismus gemessen wird, ist jedoch unklar. Hopf formuliert es so:

„Der ‚innere Mechanismus‘, durch den eine längere und anspruchsvollere Ausbildung einen geringeren Ethnozentrismus bewirkt, ist keineswegs klar. Dasselbe könnte für den Zusammenhang zwischen Bildungsunterschieden und Autoritarismus gelten.“

Und bezogen auf Bemühungen, den Einfluss von Bildung weniger im Zusammenhang von Klassenmodellen und sozialer Ungleichheit zu verstehen, sondern im Zusammenhang von auf soziale Segmentierung abhebenden Individualisierungsmodellen, fährt er fort:

„Solange diese methodischen und inhaltlichen Probleme einer individualisierungstheoretischen Deutung der Zusammenhänge von Sozialstruktur, Ausbildung und Autoritarismus nicht gelöst sind, erscheint es vorschnell, wegen der relativ geringen Erklärungskraft von Klassen- und Schichtkategorien gänzlich auf diese zu verzichten.“⁵³

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, für die Analyse möglichst Bildung und sozioökonomischen Status einer Person auseinander zu halten, auch wenn beide empirisch zusammen-

52 Hopf (Anm. 8), S. 114 f.

53 Hopf, (Anm. 8), S. 116.

hängen. Dieser Überlegung folgen wir. Die subjektive Schichteinordnung wird dort, wo wir den gemeinsamen Einfluss von Sozialstruktur, Persönlichkeitsmerkmalen und sozio-politischen Einstellungen auf Rechtsextremismus (REXL) untersuchen, unser Indikator für soziale Ungleichheit sein. Die subjektive SchichtEinstufung ist für uns ebenfalls ein Schlüsselprädiktor. Auch die soziale Segmentierung hat, wie die Regressionsanalyse ergab, mit der Variablen PREKAR – Prekarität des Arbeitsverhältnisses - einen gewissen Einfluss auf Rechtsextremismus. In ihr ist aufgrund des engen Zusammenhangs und konstruktionsbedingt weitgehend der Einfluss von MODARB – Modernität des Arbeitsplatzes - auf rechtsextreme Einstellung enthalten. Da wir untersuchungsspezifisch an der Analyse ihrer getrennten Einflüsse interessiert sind, werden für die Analyse des gemeinsamen Einflusses von Sozialstruktur, Persönlichkeitsmerkmalen und sozio-politischen Einstellungen auf rechtsextreme Einstellung die Prekarität der Arbeit und die Modernität des Arbeitsplatzes als Schlüsselprädiktoren behandelt.

6.3 Unterschiede zwischen Mitgliedern und Unorganisierten

Wenn die Stärke der in Tabelle 18 angegebenen Zusammenhänge der Prädiktoren mit REXL zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern verglichen wird, zeigen sich auf der Gesamtebene leichte Unterschiede bei den Prädiktoren Berufsprestige (BERPRE), objektive Schicht (SCHICHTO) und subjektive Schichtzuordnung (SCHICHTS). Unter den Schicht-Variablen fallen die Zusammenhänge der Unorganisierten etwas stärker aus, beim Berufsprestige ist der Zusammenhang unter den Mitgliedern etwas höher, der Unterschied zu den Unorganisierten ist jedoch gering. Insgesamt ergibt sich für Mitglieder und Unorganisierte ein ähnliches Bild.

	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befragte
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
BILDUNG	-389	-407	-386	-423	-429	-434	-415
NEINK	-154	-139	-241	-162	-177	-138	-159
SCHICHTO	-313	-316	-363	-363	-371	-361	-354
SCHICHTS	-171	-169	-203	-249	-232	-252	-230
BERPRE	-308	-319	-275	-281	-311	-249	-291
PREKAR	+252	+265	+192	+256	+245	+306	+253
MODARB	-248	-261	-193	-247	-208	-322	-245

Eine nach Ost- und Westdeutschland getrennte Analyse ergibt für Ostdeutschland ein von der Gesamtebene abweichendes Bild. Dort zeigen sich bei drei der sieben Prädiktoren merklich unterschiedliche Zusammenhangsstärken im Vergleich von Mitgliedern und Unorganisierten, bei NEINK, PREKAR und MODARB. Unter den Unorganisierten im Osten hängt REXL stärker mit PREKAR und MODARB zusammen, schlägt die zunehmende Prekarität von Arbeit unter Unorganisierten schneller in rechtsextreme Einstellungen um. Für die Mitglieder im Osten ist dagegen eine vergleichsweise schlechte Einkommenslage (NEINK) ein wichtiger Faktor zur Förderung rechtsextremer Einstellungen. In Westdeutschland zeigen sich dagegen im Vergleich zwischen Mitgliedern und Unorganisierten diese Unterschiede überhaupt nicht. Hier liegt somit ein genereller Ost-West-Unterschied vor, der im Osten nochmals modifiziert wird durch den Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten.

Wenn die Werte für die Unorganisierten im Osten als Werte für Ostdeutschland insgesamt gelesen werden, dann schlagen dort schlechte Arbeitsbedingungen (PREKAR, MODARB) schneller in rechtsextreme Einstellungen um als in Westdeutschland. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Osten ist dies jedoch in geringerem Maße der Fall, sogar in geringerem Maße als in Westdeutschland. Der hohe Anteil an ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern unter den Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst - 45 Prozent der erwerbstätigen Mitglieder arbeiten dort, +88 Prozent im Vergleich zu den Unorganisierten - mit den vergleichsweise sicheren Arbeitsplätzen, könnte dafür eine Erklärung bieten. Bei relativ sicheren Arbeitsplätzen machen schlechte Arbeitsbedingungen relativ weniger anfällig für Rechtsextremismus, eine schlechte Einkommenslage gewinnt dann vergleichsweise mehr Gewicht für Unzufriedenheit.

Insgesamt zeigen sich im Vergleich von Mitgliedern und Unorganisierten in Ostdeutschland einige beachtenswerte Hinweise, welche für unsere Annahme unterschiedlicher Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und rechtsextremer Einstellung in beiden Gruppen sprechen. Das Gesamtbild ist aber recht ähnlich, wir finden im Großen und Ganzen in den Daten keine starke Unterstützung für unsere Annahme.

7. Die Untersuchung der speziellen Spiegelbildthese anhand von Gruppenvergleichen

Wir geben zunächst anhand der allgemein beschreibenden, aber auch analytisch zur Untersuchung von Rechtsextremismus bedeutsamen Merkmale Alter und Geschlecht einen ersten Überblick über die Verteilung von Rechtsextremen unter Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten. Es schließen sich tiefer gehende Analysen an über den Zusammenhang von Geschlecht und bedeutsamen Altersgruppen mit rechtsextremer Einstellung. Die Untersuchung

von Rechtsextremismus anhand weit differenzierter Gruppen schließen wir ab mit den Erwerbs- und Nichterwerbstätigengruppen und gehen dann über zur Analyse mit Hilfe der die Komplexität reduzierenden sozialen Schichten.

In der Analyse suchen wir nach bestimmten Nicht-Spiegelbild-Kombinationen. Insbesondere sind wir an solchen Gruppen interessiert, welche über die Spiegelbildgrenze hinaus mehr Rechtsextreme aufweisen als die Unorganisierten und die gleichzeitig auch über die Spiegelbildgrenze hinaus im Allgemeinen in größerem Umfang unter den Gewerkschaftsmitgliedern vertreten sind. Wir sind aber auch an Gruppen unter den Mitgliedern interessiert, die relativ stark in der Gewerkschaft vertreten sind, und in deutlich geringerem Umfang Rechtsextreme aufweisen als die entsprechenden Vergleichsgruppen der Nicht-Mitglieder.

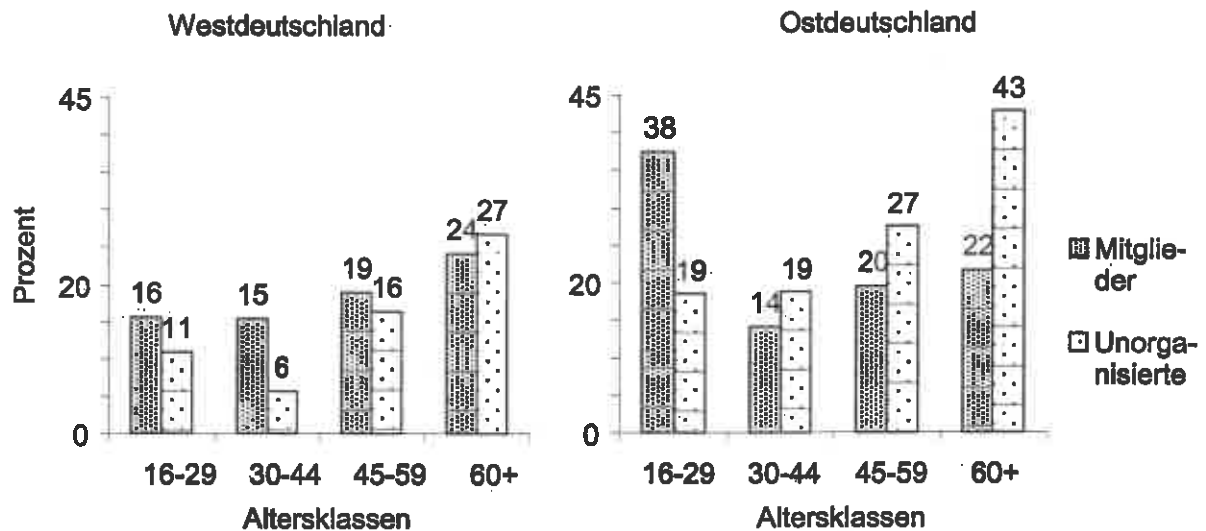
7.1 Die spezielle Spiegelbildthese – ein Überblick nach Alter und Geschlecht

Für einen ersten beschreibenden Überblick zum Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten, werden in den Grafiken 18 und 19 die Rechtsextremenanteile nach Altersgruppen sowie nach Männern und Frauen getrennt wiedergegeben.

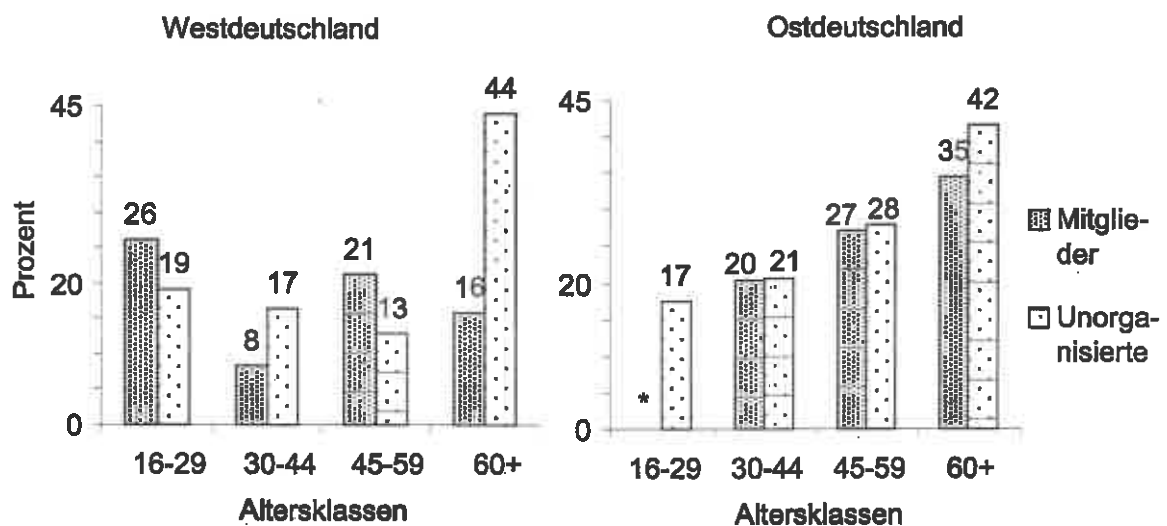
Aus den Grafiken ist ersichtlich, dass außer bei den Frauen in Ostdeutschland, teilweise große Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten in den kombinierten Alters- und Geschlechtsgruppen bestehen hinsichtlich ihrer Anteile an rechtsextrem eingestellten Personen. Aber auch im Vergleich von Männern und Frauen, jeweils bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, zeigen sich zum Teil erhebliche Differenzen. Dahinter stehen größere Unterschiede in den Lebenslagen der kombinierten Gruppen, welche durch unterschiedliche Anteile an bestimmten Erwerbs- und Nichterwerbsgruppen bedingt sind. **Hinsichtlich der speziellen Spiegelbildthese ergibt sich aus den Grafiken kein eindeutiges Bild.**

Eindeutig abgelehnt werden kann die spezielle Spiegelbildthese für die Teilgruppen der Frauen in Westdeutschland und für die der Männer in Ostdeutschland. Eindeutig bestätigt wird sie für die Teilgruppen der Frauen in Ostdeutschland, während sich für die der Männer in Westdeutschland ein gemischtes Ergebnis zeigt. In den zwei obersten Altersklassen wird die Spiegelbildthese bestätigt, in den beiden unteren nicht. Dort besteht in der Altersklasse der 30 bis 44jährigen mit +150 Prozent sogar der relativ größte Unterschied zwischen Mitgliedern und Unorganisierten unter allen Teilgruppen, jedoch auf einem absolut gesehen relativ niedrigen Niveau von Rechtsextremismus.

Grafik 19: Rechtsextremisten unter Männern bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Altersklassen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)



Grafik 20: Rechtsextremisten unter Frauen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Altersklassen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)



*) Geringe Fallzahlen für Mitglieder dieser Altersklasse

7.1.1 Der Vergleich nach Altersklassen

Die Inaugenscheinnahme der Grafiken lässt gewisse Strukturierungen nach Altersklassen erkennen. So nehmen tendenziell in allen Teilgruppen die Rechtsextremenanteile ab, je jünger die entsprechende Altersklasse ist, außer in der jüngsten Altersklasse. Das Gesamtbild sieht nur unter den Frauen in Westdeutschland in den zwei oberen Altersklassen etwas

uneinheitlicher aus, was jedoch rein statistisch durch die Wahl der Altersklassengrenzen bedingt ist. Bei einer leicht anderen Altersklassenbildung, der von 45 bis 64 Jahren und der ab 65 Jahren und darüber, fügen sie sich in das Gesamtbild ein: So steigt bei den unorganisierten westdeutschen Frauen in der Altersklasse der 45 bis 64jährigen der Rechtsextremenanteil auf 21 Prozent und in der Altersklasse der ab 65jährigen auf 46 Prozent.

Da die Unorganisierten in der Bevölkerung die große Mehrheit sind, können ihre Werte tendenziell auch als Werte für alle ab 16jährigen in der Bevölkerung gelesen werden. Dabei zeigen sich, wie erwartet, in den Teilgruppen der ältesten Altersklasse die höchsten Rechtsextremenanteile. Erklärungsbedürftig sind die in etwa gleich hohen Anteile an Rechtsextremen der obersten Altersklasse bei Frauen in West- und Ostdeutschland, da im West-Ost-Vergleich sonst in fast allen Teilgruppen der Unorganisierten im Osten mehr Rechtsextreme vorzufinden sind.

Aufklärung gibt hier ein Vergleich der Messergebnisse anhand der in Kapitel B entwickelten Maßstäbe zur Messung rechtsextremer Einstellung. Die bisher berichteten Ergebnisse beruhen auf der Potenzialbestimmung anhand des Maßstabes REXLPOT. In der obersten Altersklasse werden anhand der weichen Kurzsкала für rechtsextreme Einstellung (REXWPOT), die wie in Kapitel B erwähnt wohl auch rechtskonservative Einstellungen erfasst, im Westen unter den Frauen 54 Prozent Rechtsextreme gemessen, unter den Männern nur 37 Prozent. Die Messung anhand der harten Kurzsкала (REXHPOT) ergibt unter beiden Geschlechtern mit 12 Prozent jeweils gleiche Ergebnisse. Die Messungen in Ostdeutschland in der obersten Altersklasse anhand der beiden Kurzsкаlen zeigen mit jeweils fast 50 Prozent bei REXWPOT und 21 Prozent bei REXHPOT unter beiden Geschlechtern die gleichen Messergebnisse.

Die Messungen mit der harten Kurzsкала ergeben den erwarteten Ost-West-Unterschied zwischen den Frauen. Anders formuliert: **Die rechtsextreme Einstellung der westdeutschen Frauen der obersten Altersklasse wird vergleichsweise stark durch rechtskonservative Einstellungen geprägt, ihr rechtsextremes Einstellungsmuster unterscheidet sich von dem der westdeutschen Männer der obersten Altersklasse.** Geschlechterspezifische rechtsextreme Einstellungsmuster wurden schon in anderen Rechtsextremismusuntersuchungen festgestellt und können hier für die ausgewählte Teilgruppe der westdeutschen Frauen der obersten Altersklasse bestätigt werden.

Die Zunahme von Rechtsextremen in der jüngsten Altersklasse ist in allen Teilgruppen in Westdeutschland zu beobachten. In Ostdeutschland nehmen dagegen bei den unorganisierten Frauen die rechtsextremen Einstellungen weiter ab, bleiben bei den unorganisierten Män-

nen ungefähr auf dem gleichen Niveau, während sie bei den Mitgliedern ebenfalls steigen. Diese jeweils unterschiedlichen Bewegungen sehen wir in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre, die wir in Verbindung bringen mit der politischen Sozialisation der jüngsten Altersgruppe. Diese werden wir weiter unten anhand der Altersklassenbildung auf Grundlage politischer Generationen ausführlicher diskutieren. An dieser Stelle kann jedoch schon die Vermutung geäußert werden, dass **der Gesellschaftswandel der letzten Jahre in Westdeutschland die Bedingungen für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen verbessert zu haben scheint.**

Eine weitere Strukturierung in den Grafiken betrifft den Vergleich zwischen Mitgliedern und Unorganisierten. So finden sich in allen Gruppen der ab 60jährigen unter den Gewerkschaftsmitgliedern – in unterschiedlichen Ausmaßen - weniger Rechtsextreme als bei den Unorganisierten. Genau umgekehrt ist es in der Altersgruppe der bis 29jährigen: Dort gibt es unter den Gewerkschaftsmitgliedern jeweils mehr Rechtsextreme. Hier liegen wegen geringer Fallzahlen keine Daten für die Frauen unter den ostdeutschen Mitgliedern dieser Altersgruppe vor. Doch wenn man, um auf genügend Fallzahlen für die Rechtsextremenanteile zu kommen, die Altersgrenze bis 34 Jahre erweitert, dann zeigt sich auch unter den ostdeutschen Gewerkschafterinnen in der jüngsten Altersklasse mit 21 Prozent ein relativ höherer Anteil an Rechtsextremen als mit 18 Prozent bei den Unorganisierten.

Die Strukturierung in der jüngsten Altersklasse ergibt sich, wie weiter unten deutlich wird, wesentlich aus der unterschiedlichen Zusammensetzung bei Mitgliedern und Unorganisierten. Schüler und Studierende sind zum überwiegenden Teil keine Gewerkschaftsmitglieder und haben geringere Anteile an Rechtsextremen als jüngere Erwerbstätige. **Gewerkschaftsmitglieder weisen in der jüngsten Altersklasse im Vergleich zu Unorganisierten strukturell bedingt systematisch mehr Rechtsextreme auf.**

In der ältesten Altersklasse sind dagegen kaum Kompositionseffekte zu erkennen. Die Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen variieren aber dort in den Teilgruppen so stark, dass der allgemeine Befund durch die Spezifika der entsprechenden Teilgruppen stark modifiziert wird. Dies führt bei den Männern in Westdeutschland zu einem nur noch geringen Unterschied zwischen Mitgliedern und Unorganisierten in der obersten Altersklasse. Für die **jeweils geringeren Anteile an Rechtsextremen in der obersten Altersklasse der Mitglieder** sind zwei Ursachen denkbar, welche sich nicht gegenseitig ausschließen.

Zum einen könnte bei den älteren Gewerkschaftsmitgliedern ihre Mitgliedschaft systematisch mit Einstellungen zusammenhängen, welche sie im Vergleich zu den Unorganisierten derselben

Altersklasse weniger empfänglich macht für rechtsextreme Einstellungen. Zugespißt ausgedrückt: Für Gewerkschaftsmitglieder in der ältesten Altersklasse könnte sich mit der Gewerkschaft noch so etwas wie eine Wertegemeinschaft verbinden. In den darunter liegenden Altersklassen wäre dann eine solche Wertegemeinschaft zunehmend weniger zu finden.

Oder auch in der ältesten Altersklasse gibt es eine solche Wertegemeinschaft eigentlich nicht, wenn man die ehemaligen Mitglieder in Rechnung stellt, welche nach Rentenbeginn ihre Mitgliedschaft aufgeben. So etwas wie eine gewerkschaftliche Überzeugung wäre dann nur in Teilen der Mitgliedschaft vorhanden und dieser Teil würde nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben im Vergleich zu vielen anderen die Mitgliedschaft beibehalten. Und mit diesen Überzeugungen könnte eine größere Resistenz gegen rechtsextremes Gedankengut einhergehen. Die nähere Diskussion anhand von Daten werden wir weiter unten in Zusammenhang mit der Diskussion über politische Generationen führen.

7.1.2 Der Vergleich nach Geschlechtern

In den Grafiken lassen sich unter dem Gesichtspunkt des Geschlechtervergleichs keine allgemeinen Strukturierungen erkennen. **Die Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen zwischen Männern und Frauen sind vermutlich auf jeweils sehr spezifische Ursachen zurückzuführen**, für die es tiefer gehender Analysen bedarf. Dies soll im Folgenden an einem Punkt demonstriert werden.

In Ostdeutschland sind im Geschlechtervergleich unter den Unorganisierten in allen Teilgruppen etwa in gleichem Ausmaß Rechtsextreme zu finden. Da die Unorganisierten den größten Anteil unter allen Ostdeutschen haben, können ihre Werte auch tendenziell als Werte für ganz Ostdeutschland gelesen werden. Ihr Ergebnis erstaunt insoweit, als gemeinhin Frauen in Ostdeutschland eher als Männer zu den Verliererinnen der Wiedervereinigung gerechnet werden, und deshalb unter ihnen deutlich mehr Unzufriedenheit zu erwarten wäre und als Folge davon höhere Anteile an Rechtsextremen. Dass dem nicht so ist, lässt sich anhand der Unterscheidung nach Gewinnern und Verlierern der deutschen Einheit näher analysieren, die wir anhand einer Selbsteinschätzung erhoben haben. Wir greifen hier bei der Analyse ausnahmsweise schon auf einen Einstellungsindikator zu.

In Ostdeutschland gibt es mit 17 Prozent unter den Männern leicht mehr Verlierer der Wiedervereinigung als unter den Frauen mit 14 Prozent. Der erwartete Geschlechterunterschied zeigt sich bei den Gewinnern, wo Männer mit 44 Prozent deutlich stärker vertreten sind als Frauen

mit 34 Prozent. Diese Zahlen treffen von den Größenordnungen her für Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierte gleichermaßen zu. Hinter den insgesamt gleichen Anteilen an Rechtsextremen unter Männern und Frauen bei den Unorganisierten stehen jedoch deutlich unterschiedliche Anteile an den Gewinnern und Verlierern der deutschen Einheit.

Unter den Gewinnern sind bei den Frauen 31 Prozent Rechtsextreme zu finden, bei den Männern mit 21 Prozent deutlich weniger. Unter den Verliererinnen bei den Frauen gibt es mit 32 Prozent fast genau so viele Rechtsextreme wie unter den Gewinnerinnen, bei den Männern steigt dagegen der Rechtsextremenanteil auf 42 Prozent. Damit bestätigt sich der oben erwähnte Befund anderer Untersuchungen: **Den in bestimmten Gruppen gleich hohen Rechtsextremenanteilen unter den Geschlechtern können unterschiedliche Ursachen zugrunde liegen. Im vorliegenden Fall könnten die verschiedenen Ursachen in der unterschiedlichen Verarbeitung von persönlichem Verlust und Gewinn seit der deutschen Einheit bei Männern und Frauen in Ostdeutschland liegen.**

Aus den Grafiken lässt sich weiter erkennen, in welchen Richtungen die spezifischen Ursachen der Geschlechterunterschiede im Vergleich von Mitgliedern und Unorganisierten gesucht werden könnten. In Ostdeutschland weisen unter den Gewerkschaftsmitgliedern die Frauen deutlich höhere Anteile an Rechtsextremen auf als die Männer, wobei der relativ größte Unterschied in der obersten Altersklasse besteht, welche sich stark mit der Erwerbsstatusgruppe der Rentner überschneidet. Eine tiefer gehende Analyse möglicher Ursachen für die Unterschiede sollte deshalb bei den älteren Gewerkschaftsmitgliedern in Ostdeutschland ansetzen. In Westdeutschland gibt es – zwar auf relativ niedrigem Niveau – die vergleichsweise größten Geschlechterunterschiede in der Altersklasse der 30 bis 44jährigen: sowohl im Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten, wie auch im Vergleich der Geschlechter. Eine genauere Analyse möglicher Ursachen für die Geschlechterunterschiede sollte deshalb in dieser Altersklasse ansetzen.

7.2 Politische Generationen

Zunächst werden die im Zusammenhang mit der Analyse nach Geschlecht und Alter formulierten Vermutungen überprüft. Danach erfolgt eine tiefer gehende Analyse der speziellen Spiegelbildthese.

7.2.1 Politische Generationen, Gesellschaftswandel und Autoritarismus

Oben haben wir einen Zusammenhang vermutet zwischen Gesellschafts- und Wertewandel und Rechtsextremenanteilen in der jüngsten politischen Generation in West- und Ostdeutschland. Außerdem sahen wir es als möglich an, dass sich gerade in der ältesten politischen Generation Mitglieder und Unorganisierte in ihren politischen Werten unterscheiden. Da wir unsere Operationalisierung von politischen Generationen auch mit Hilfe von vier politischen Grundwerten vorgenommen haben, können wir unsere Annahmen überprüfen. Wir greifen hier ausnahmsweise auch auf Ausführungen aus Kapitel D zu. Dort wird gezeigt, dass unter den vier politischen Grundwerten der Autoritarismus den engsten Zusammenhang mit rechtsextremer Einstellung aufweist. Die Überprüfung der Annahmen wird anhand dieses politischen Grundwertes vorgenommen.

Demnach steigen im Westen die Durchschnittswerte des politischen Grundwertes Autoritarismus im Vergleich zwischen der Nach-68er- und der Wende-Generation in der Wende-Generation an, sowohl bei Männern - von 5,9 auf 6,5 – wie auch bei Frauen – von 5,9 auf 6,3. Die Unterschiede sind jeweils signifikant. In Ostdeutschland sinken dagegen die Durchschnittswerte des Autoritarismus im Vergleich der beiden politischen Generationen: bei Männern - von 6,5 auf 6,0 – und bei Frauen – von 6,1 auf 5,8. Auch hier sind die Unterschiede signifikant. **Der Gesellschaftswandel seit 1990 hat in Westdeutschland dazu geführt, dass in der politischen Sozialisation der politische Grundwert des Autoritarismus im Vergleich zu vorher etwas mehr aufgenommen wird, während der Wandel in Ostdeutschland dazu geführt hat, dass dieser Wert etwas weniger vermittelt wird. Mit diesen Veränderungen gehen steigende bzw. sinkende Rechtsextremenanteile einher.**

Die Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern in der Vor-Kriegs-Generation bzw. bei Rentnern, die wir für den Untersuchungszweck hier mit den ab 65jährigen operationalisiert haben, hängen dagegen nicht mit Unterschieden beim Grundwert Autoritarismus zusammen. Unter den ab 65jährigen weisen im Westen die Frauen unter Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten jeweils gleiche Durchschnittswerte beim Autoritarismus auf, im Osten die Männer in beiden Gruppen mit 6,9 bzw. 7,1 ebenfalls, da der Unterschied nicht signifikant ist. Im Osten unterscheiden sich Mitglieder und Unorganisierte unter den Frauen, die Werte betragen dort 6,2 und 6,9, im Westen fällt der gegenläufige Unterschied unter den Männern mit 7,2 und 6,8 etwas geringer aus. Unsere obigen Annahmen werden durch dieses Ergebnis jedoch nur bedingt widerlegt. Es zeigt nur, dass zu einem eventuell mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft verbundenem spezifischen Werteprofil

keine spezifische Orientierung in Zusammenhang mit dem politischen Grundwert Autoritarismus gehört.

7.2.2 Politische Generationen und rechtsextreme Einstellungen

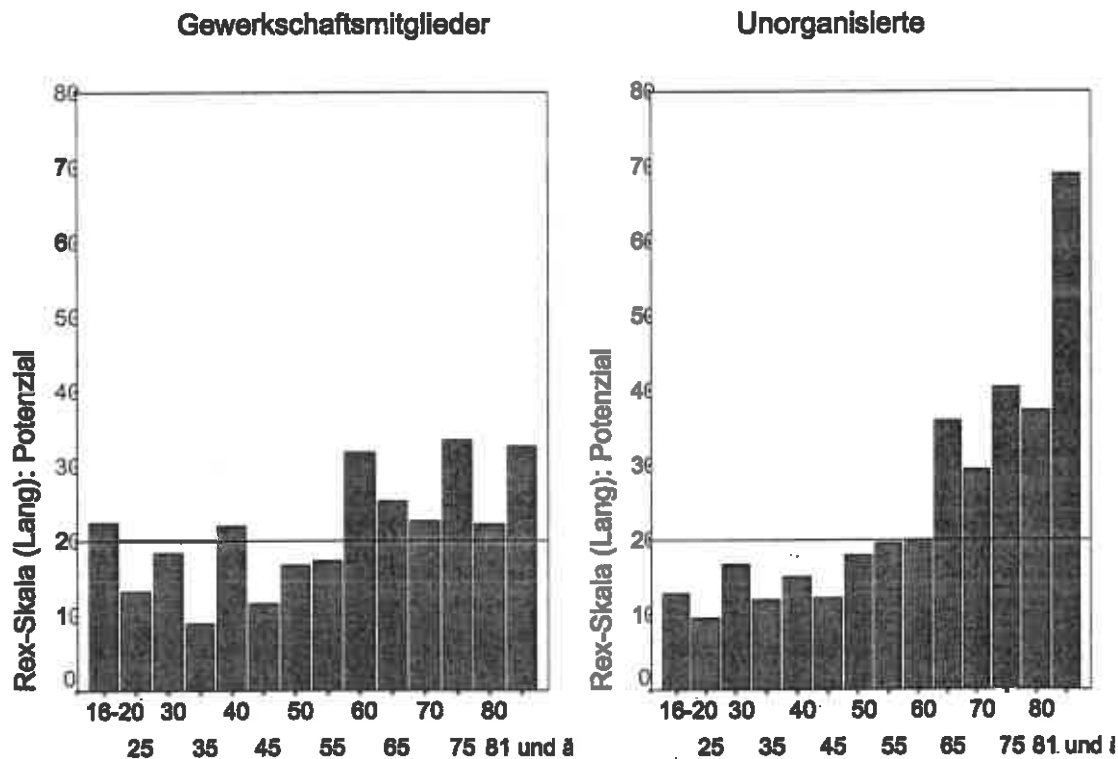
Differenziert man das Alter zunächst nach Gruppen, wie in nachfolgender Grafik 21, so zeigt sich, dass es insbesondere in den älteren Jahrgängen deutlich mehr Rechtsextreme gibt als in den jüngeren. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern weisen die jüngsten Altersgruppen in etwas höherem Umfang Rechtsextreme auf als die entsprechenden Altersgruppen bei den Unorganisierten, die älteren Jahrgänge weisen dagegen relativ weniger Rechtsextreme auf als die entsprechenden Altersgruppen bei den Unorganisierten.

Insgesamt korreliert Alter mit Rechtsextremismus (REXL) mit $r +200$ zwar schwach, aber in der erwarteten Art und Weise. Dabei besteht ein deutlicher Unterschied: Unter den Unorganisierten bleibt die Korrelationsstärke mit $r +217$ zwar schwach, ist aber deutlich höher als bei den Mitgliedern, wo sie mit $r +84$ fast zu vernachlässigen ist. Der statistische Zusammenhang zwischen politischer Generation und rechtsextremer Einstellung wird, wie ausgeführt, mit der Maßzahl η angegeben, und ist mit $\eta 189$ ebenfalls schwach. Auch hier macht sich der Unterschied zwischen Mitgliedern und Unorganisierten in der gleichen Art und Weise bemerkbar wie bei der Korrelation zwischen Alter und REXL.

Der mit den politischen Generationen verbundene sozialstrukturelle Wandel – Tendenz zu höheren allgemein bildenden Bildungsabschlüssen - und die Veränderungen politischer Grundwerte, welche weniger für rechtsextremes Gedankengut empfänglich machen, scheint sich unter den Mitgliedern deutlich weniger durchgesetzt zu haben als unter den Unorganisierten.

Beim Vergleich der Gewerkschaftsmitglieder mit den Unorganisierten zeigt sich der **größte Unterschied in der Vor-Kriegs-Generation**. Dort gibt es unter Gewerkschaftern 27 Prozent Rechtsextreme, also weit mehr als im allgemeinen Durchschnitt, doch bei den Unorganisierten sind es mit 42 Prozent noch viel mehr. Für ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder reicht aufgrund unserer Datengrundlage die Fallzahl nicht aus, um auch statistisch abgesichert diese Aussage treffen zu können, aber allen Erfahrungsgrundlagen nach trifft sie auch im Osten zu.

Grafik 21: Rechtsextremisten bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Alterstufen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)



Zur Orientierung ist der Durchschnitt von 20 Prozent Rechtsextremen als Linie eingezeichnet.

In der Nachkriegs-Generation sind nur noch die Gewerkschafter im **Osten** kein Spiegelbild der Unorganisierten in ihren Rechtsextremen Anteilen und bei den Nach-68ern ist kein Unterschied mehr zwischen Organisierten und Nicht-Mitgliedern festzustellen. Deutlich mehr Rechtsextreme gibt es dann sogar unter den Gewerkschaftsmitgliedern der Wende-Generation im **Osten**. Im **Gesamtbild** kann nur für die Gewerkschaftsmitglieder im **Osten** die spezielle Spiegelbildthese bei den politischen Generationen zurückgewiesen werden. Dabei ist jedoch keine der besonders interessierenden Kombinationen von abgelehnter spezifischer Spiegelbildthese und abgelehnter allgemeiner Spiegelbildthese zu beobachten.

7.2.2.1 Politische Generationen, Bildung und rechtsextreme Einstellungen

Die in Deutschland gleich bleibende Größenordnung an Rechtsextremen in der Wende-Generation, verglichen mit der Nach-68er-Generation, scheint im Widerspruch zu stehen zu den Wellen, vor allem von männlichen Jugendlichen ausgeübter, rechtsextremer Gewalt, Anfang der neunziger Jahre. Und sie scheint im Widerspruch zu stehen zur dritten Welle von Wahlerfolgen

rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, die 1989 in West-Berlin mit dem Einzug der Partei der „Republikaner“ in das Berliner Abgeordnetenhaus begann⁵⁴. Zudem gab es im Westen, unabhängig von der Wiedervereinigung, schon seit Mitte der achtziger Jahre Anzeichen in der Jugendszene für einen neuen, im Vergleich zum Rechtsextremismus der Vor-Kriegs-Generation tendenziell anarchischeren Rechtsextremismus⁵⁵.

Eine Analyse der Rechtsextremenanteile in den politischen Generationen nach Bildungsstufen zeigt, wie den Tabellen 64 bis 66 im Anhang zu entnehmen ist, dass aus dem allgemeinen Zusammenhang – je jünger die Altersklasse, desto geringer die Rechtsextremenanteile - die Personen mit niedriger Bildung in der Wende-Generation vollkommen herausfallen. Aber auch bei den Personen mit mittlerem Bildungsabschluss sinken die Rechtsextremenanteile nicht mehr. Sie bleiben auf dem Niveau der Personen mit mittlerem Bildungsabschluss in der Nach-68er-Generation.

In der Wende-Generation (16-28) finden sich unter Personen mit niedriger Bildung mit 38 Prozent deutlich mehr Rechtsextreme als unter Personen mit niedriger Bildung in der Nach-68er-Generation (29-50) mit 21 Prozent. Wenn, wie oben ausgeführt, politische Generationen gebildet werden über die politische Sozialisation, durch gemeinsame Lebensbedingungen und Umbrüche in der politischen Ordnung, dann muss sich **die Eigenwahrnehmung der sozialen Lage der niedrig Gebildeten und deren Wahrnehmung von Politik in der Wende-Generation im Vergleich zur Eigenwahrnehmung der niedrig Gebildeten der Nach-68er-Generation, als diese politisch sozialisiert wurden, deutlich verschlechtert haben**. Bei dieser Schlussfolgerung gehen wir davon aus, dass rechtsextreme Einstellungen einer Person auch ein Ergebnis der Deutung ihrer eigenen sozialen Lage sind⁵⁶.

Der Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten kann wegen zu geringer Fallzahlen für Rechtsextreme bei einer Analyse nach Bildungsstufe, politischer Generation und Gebiet nur für Deutschland insgesamt stattfinden. Bei der Vor-Kriegs-Generation reichen die Fälle für eine Analyse nach mittlerer und hoher Bildungsstufe nicht aus, jedoch für die der nied-

54 Vgl. Markus Klein/Jürgen W. Falter: Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland, In: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S.288-312, S.288 f.

55 Vgl. Hans W. Giessen: Der Mythos vom Strohfeuer. Poptexte belegen eine fast 15jährige Tradition des neuen Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Helland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 115-135.

56 Vgl. beispielhaft dafür Eike Hennig: Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1991.

rigen Bildungsstufe. Dort wird die spezielle Spiegelbildthese mit -21 Prozent widerlegt, wie auch auf allen Bildungsstufen der Nachkriegs-Generation, was Tabelle 22 zeigt.

Für die Nach-68er-Generation gilt auf allen Bildungsstufen die spezielle Spiegelbildthese und in der Wende-Generation wird sie nur bei den niedrig Gebildeten widerlegt. Dass sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder insgesamt in den Bildungsstufen über die Spiegelbildgrenze hinaus unterscheiden, liegt also vor allem an der Struktur der Bildungsabschlüsse in der Nachkriegsgeneration. Die spezielle Spiegelbildthese ist deshalb bei den Bildungsabschlüssen in Zusammenhang mit den politischen Generationen nicht widerlegt.

Tabelle 22: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Bildung und politischer Generation in Deutschland 2003 (%)				
	Politische Generationen			Gesamt
Bildung	Nachkrieg (51-73)	Nach-68er (29-50)	Wende (bis 28)	
niedrig	-21	-5	-26	-22
mittel	-38	-15	+8	-20
hoch	-29	0	*	-25

*) Geringe Fallzahlen

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

7.2.2.2 Politische Generationen, Erwerbstätigkeit und rechtsextreme Einstellungen

Die Rechtsextremenanteile unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterscheiden sich in allen politischen Generationen mehr oder weniger deutlich anhand der Differenzierung nach Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, wie Tabelle 23 zu entnehmen ist.

Unter den Nicht-Erwerbstätigen hat die Gewerkschaftsmitgliedschaft im Westen deutlich niedrigere Rechtsextremenanteile, im Osten ist das Bild etwas uneinheitlicher. Wegen der großen Heterogenität in der Zusammensetzung der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen, werden genauere Analysen in Zusammenhang mit den Unterscheidungen nach Rentnern, Arbeitslosen, Hausfrauen etc. an dieser Stelle nicht vorgenommen. Auch unter den Erwerbstätigen zeigt sich im Osten ein eher uneinheitliches Bild, im Westen dagegen ein klarer Befund: **Unter den in Westdeutschland relativ stark in den Gewerkschaften vertretenen Erwerbstätigen sind deutlich mehr Rechtsextreme zu finden als unter den unorganisierten Erwerbstätigen.**

Tabelle 23: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbstätigkeit und politischer Generation¹ sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Erwerbstätige			
Wende (16-28)	+38	+45	+27
Nach-68er (29-50)	+40	+63	-6
Nachkrieg (51-73)	+16	+144	-43
Nicht-Erwerbstätige			
Nach-68er (29-50)	-16	-29	+12
Nachkrieg (51-73)	-24	-27	-18
Vor-Krieg (74+)	-33	-25	*

1) Da unter der Vor-Kriegs-Generation niemand mehr erwerbstätig ist, wird diese Generation in der Tabelle nicht aufgeführt. Unter den Nicht-Erwerbstätigen sind in der Wende-Generation nur sehr wenige Gewerkschaftsmitglieder, so dass dort ein Vergleich nicht möglich ist. Deshalb wird diese Generation bei den Nicht-Erwerbstätigen ebenfalls nicht aufgeführt.

*) Geringe Fallzahlen

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Dabei fällt insbesondere die Gruppe der älteren Beschäftigten (ab 51 Jahre) auf. Beim Vergleich zwischen den erwerbstätigen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Zusammenhang mit politischer Generation war sie die einzige Gruppe, für welche die allgemeine Spiegelbildthese widerlegt wurde. Im Ergebnis: **Unter den in Westdeutschland im Vergleich zu den Unorganisierten besonders stark in der Gewerkschaft vertretenen älteren Erwerbstätigen finden sich im Vergleich zu den Unorganisierten unter den älteren Erwerbstätigen mit +144 Prozent sehr viel mehr Rechtsextreme.** Hier wird unsere Annahme gewerkschaftsspezifischer Zugänge zum Rechtsextremismus in eindrucksvoller Weise unterstützt.

7.3 Jugend und Rechtsextremismus

Einen theoretisch gesicherten Konsens über die Untersuchung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen gibt es nicht. Ein Untersuchungszweig konzentriert sich auf Entwicklungsprobleme, Sozialisationsdefizite und adoleszenztypische Rebellion als zentrale Faktoren⁵⁷. Im Rahmen unseres Projektes können wir aufgrund des Fehlens entsprechender Indikatoren dieser Richtung nicht Rechnung tragen. Ein anderer Zweig, dem wir selbst eher zuneigen, bettet die

57 Vgl. Albert Scherr: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 97-120, S. 97.

Untersuchung in die allgemeine Diskussion des Rechtsextremismus ein, ohne bestreiten zu wollen,

„...dass die spezifische Attraktivität einiger Formen des Rechtsextremismus für manche Jugendliche nach Erklärungen verlangt, die die Besonderheiten der Lebensphase Jugend berücksichtigen.“⁵⁸

7.3.1 Allgemeine Befunde

In quantitativ orientierten Untersuchungen wird immer wieder die hohe Affinität Jugendlicher mit geringer allgemeiner Bildung zu rechtsextremen Einstellungen festgestellt, so auch bei uns. Dagegen können wir uns dem in solchen Untersuchungen oft geäußerten Befund nicht anschließen, dass vor allem junge Männer im Vergleich zu jungen Frauen mit geringer Bildung in hohem Maße über rechtsextreme Einstellungen verfügten⁵⁹. Unsere Daten legen das Gegenteil nahe: **Unter jungen Frauen gibt es mehr rechtsextrem eingestellte Personen als unter jungen Männern.** Von den 24 Rechtsextremen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsabschluss sind in unserer Befragung sechs Männer und 18 Frauen. Auch wenn die Grenzlinie für niedrige allgemeine Bildung bis unter das fachgebundene Abitur gezogen wird verändert sich das Bild nicht: Unter den dann 38 Rechtsextremen in unserer Befragung im Alter zwischen 16 und 24 Jahren finden sich 10 Männer und 28 Frauen. Diese Unterschiede sind statistisch signifikant.

Da sich mit „Jugend“ recht unterschiedliche Lebenslagen verbinden, welche für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen mit verantwortlich sein können⁶⁰, versuchen wir diese Lebenslagen mit der Stellung der Jugend im Erwerbs- und Nicht-Erwerbstätigenbereich und mit Bildungsstufen grob abzubilden. Aufgrund der geringen Fallzahlen von Jugendlichen können wir dies so differenziert nur für Deutschland insgesamt vornehmen. Unter Schülern und Studierenden gibt es acht Prozent Rechtsextreme, unter Auszubildenden neun Prozent, unter jungen Erwerbstätigen 12 Prozent und unter den restlichen Jugendlichen, welche die arbeitslosen Jugendlichen mit einschließen, steigt der Anteil Rechtsextremer auf 36 Prozent. Die Restgruppe umfasst 11 Prozent aller Jugendlichen. In ihr scheinen Jugendliche in für sie besonders problematischen Lebenslagen zu sein, denn trotz kleiner Gruppengröße von 11 Prozent finden sich 33 Prozent aller rechtsextremen Jugendlichen in dieser Gruppe. Eine nähere Untersuchung dieser Gruppe ist aufgrund unserer Datenlage nicht möglich.

58 Vgl. Scherr (Anm. 57), S. 97.

59 Vgl. Scherr (Anm. 57), S.116. Er führt auf S. 101 auch aus, dass diese Befunde gar nicht so eindeutig seien.

60 Vgl. Ursula Birs: Rechtsextremismus: weiblich-männlich? Opladen: Leske+Budrich 1994. S. 64 ff.

Im **West-Ost-Vergleich**, ohne Unterscheidung nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, besteht vom Westen aus gesehen in der Jugend ein Unterschied von -100 Prozent bzw. -10 Prozentpunkten an Rechtsextremen. Der größere Rechtsextremenanteil im Osten ist vor allem den deutlich höheren Anteilen unter den Jugendlichen mit niedriger Bildung geschuldet, wie Tabelle 68 im Anhang zu entnehmen ist. Der Rechtsextremenanteil beträgt dort 71 Prozent unter Jugendlichen mit niedriger Bildung. Im Westen ist er mit 39 Prozent zwar nur gut halb so groß, aber immer noch im Vergleich zu den anderen Bildungsstufen sehr hoch. Unter Auszubildenden und jungen Berufstätigen im Osten gibt es mit 32 Prozent dort auch deutlich höhere Anteile von Rechtsextremen als im Westen mit sieben Prozent in dieser Gruppe. Ebenfalls im Ost-West-Vergleich weisen Studierende und Schüler jedoch mit acht Prozent im Westen und sieben Prozent im Osten in fast gleichem Umfang Rechtsextreme auf. **Im Osten machen junge Erwerbstätige die Erfahrungen in und Probleme mit der Arbeitswelt in viel größerem Umfang empfänglich für rechtsextremes Gedankengut als junge Erwerbstätige im Westen. Dies scheint insbesondere auf diejenigen mit niedriger allgemeiner Bildung zuzutreffen.**

7.3.2 Der Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten in der Jugend

Der Unterschied in den Rechtsextremenanteilen beider Gruppen beträgt +45 Prozent berechnet nach den Zahlen aus Tabelle 66 im Anhang. Trotz eingeschränkter Interpretierbarkeit der Daten kann gesagt werden, dass im Westen der Unterschied deutlich geringer ist als im Osten, wo er wahrscheinlich über +50 Prozent liegt. Dort träfe damit die Anziehungsthese zu.

Unter den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern sind fast alle Auszubildende oder voll erwerbstätig. Um genügend Fallzahlen für einen Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu haben, fassen wir sie in einer Gruppe zusammen. Tabelle 67 im Anhang ist zu entnehmen, dass sich unter Gewerkschaftern in dieser Gruppe 16 Prozent Rechtsextreme finden, unter Unorganisierten neun Prozent. Die Anziehungsthese scheint mit +78 Prozent klar bestätigt zu sein. Dagegen zeigt sich beim Vergleich nach Bildungsstufen in Tabelle 68 im Anhang, dass auf allen Stufen die Mitglieder genauso viele oder auf der niedrigen Stufe sogar deutlich weniger Rechtsextremenanteile aufweisen.

Der scheinbare Widerspruch lässt sich unter Berücksichtigung der jeweiligen Anteile von Mitgliedern und Unorganisierten auf den Bildungsstufen auflösen. Auf niedriger Bildungsstufe stehen bei den Jugendlichen mit 48 Prozent viel mehr Gewerkschaftsmitglieder als Unorganisierte mit 22 Prozent. Da sich in beiden Gruppen auf dieser Stufe die jeweils meisten Rechtsextremen finden, kommen die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt auf höhere Rechtsextremenanteile,

obwohl der Anteil der Rechtsextremen unter den Gewerkschaftsmitgliedern auf niedriger Bildungsstufe mit 27 Prozent deutlich geringer ist als der der Unorganisierten mit 39 Prozent. Der Unterschied beträgt -31 Prozent, so dass für knapp die Hälfte der jungen Gewerkschaftsmitglieder gesagt werden kann, dass sie über die Spiegelbildgrenze hinaus deutlich weniger rechtsextrem eingestellt sind als die entsprechende Gruppe der Unorganisierten. Die höheren Anteile an Rechtsextremen bei Gewerkschaftsmitgliedern unter Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen sind durch die deutlich unterschiedlichen Gruppengrößen auf den jeweiligen Bildungsstufen bei Mitgliedern und Unorganisierten zu erklären.

Hinsichtlich der uns interessierenden Nicht-Spiegelbildkombinationen liegt hier eine etwas ungewöhnliche Mischung vor. Gewerkschaften organisieren erwerbstätige Jugendliche eher schlecht. Aber wenn es ihnen gelingt, dann sind darunter vergleichsweise deutlich mehr mit niedriger Bildung, die wiederum relativ deutlich weniger Rechtsextreme unter sich aufweisen als junge Erwerbstätige unter den Unorganisierten mit niedriger Bildung.

7.4 Geschlecht und rechtsextreme Einstellungen

Bisherige empirische Untersuchungen über geschlechtsspezifische Unterschiede bei rechtsextremen Einstellungen haben zum Teil widersprüchliche Ergebnisse erbracht⁶¹. In unserer Untersuchung messen wir unter Frauen 23 Prozent Rechtsextreme, unter Männern 17 Prozent. Der Unterschied ist statistisch signifikant. Auch bei Verwendung der anderen Maßstäbe zur Messung von rechtsextremen Einstellungen zeigt sich das gleiche Ergebnis: **Es gibt mehr rechtsextrem eingestellte Frauen als rechtsextrem eingestellte Männer.** Inwieweit mit unserer Messung die bisher widersprüchlichen Ergebnisse zugunsten einer Seite aufgelöst werden können bleibt abzuwarten. Dazu bedarf es wiederholter Messungen mit mindestens einem unserer Maßstäbe.

7.4.1 Allgemeine Befunde

Ein höherer Anteil rechtsextrem eingestellter Frauen heißt nicht, dass mehr Frauen als Männer bereit wären eine rechtsextreme Partei zu wählen, im Gegenteil. Auch bei uns bestätigt sich das aus vielen anderen Untersuchungen bekannte Bild: Frauen wählen seltener eine rechtsextreme Partei als Männer. Nach unserer Befragung zeigen acht Prozent der Frauen eine Wahlbereit-

61 Siller (Anm. 24), S. 42. Sie „...sind wahrscheinlich auf die Auswahl der Befragten (Alter, Region, Lebenssituation, etc.), auf den Zeitpunkt der Untersuchungen und auf die unterschiedlichen Erhebungsmethoden und Fragestellungen sowie auf die jeweiligen Interpretationen zurückzuführen.“

schaft für eine solche Partei und 10 Prozent der Männer. Dieses Ergebnis bestätigt auch die Erkenntnis, dass die Wahl einer rechtsextremen Partei nicht unbedingt aufgrund einer rechtsextremen Einstellung erfolgt.

Die Unterschiede in der rechtsextremen Einstellung zeigen sich in fünf der sechs von uns definierten Dimensionen rechtsextremer Einstellung. Kein Unterschied in den Größenanteilen besteht beim Antisemitismus. **Damit liegt der rechtsextremen Einstellung von Frauen insgesamt kein wesentlich anderes rechtsextremes Einstellungsmuster zugrunde als bei den Männern.** Diese Aussage bezieht sich nur auf unsere sechs Dimensionen. Dass geschlechter-spezifische Einstellungsmuster vorhanden sind, insbesondere im Zusammenhang mit Gewaltorientierung und -bereitschaft, wurde schon oben erwähnt.

Dort wird auch in Abschnitt 2.2.2.2 ausgeführt, dass geschlechtsspezifische Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen besonders im Zusammenhang mit den Merkmalen **Bildung, Hausfrau und Teilzeiterwerbstätigkeit** zu erwarten sind. Die Dauer des Verbleibs im Bildungssystem wird als relevant angesehen, weil bei längerem Verbleib für Frauen die Möglichkeit bestehe, angesichts aufweichender starrer Geschlechterrollen und -bilder ein eigenes Selbstverständnis zu gewinnen⁶². Allerdings unterscheiden sich West- und Ostdeutschland im Geschlechterverhältnis aufgrund der in der ehemaligen DDR zum Teil weit fortgeschrittenen Enttraditionalisierung der Frauenrolle. Die Männerrolle hatte sich dort dagegen nur wenig verändert⁶³. Daraus schließen wir, dass in diesem Zusammenhang der Bildung in Ost- und Westdeutschland eine unterschiedliche Bedeutung zukommt.

Aufgrund der nicht mehr ausreichenden Fallzahlen für eine statistisch abgesicherte Analyse des Zusammenhangs der erwähnten sozialstrukturellen Merkmale mit rechtsextremer Einstellung bei einer Unterscheidung nach Mitgliedern und Unorganisierten, können wir die Analyse nur für Deutschland insgesamt vornehmen und getrennt nach Ost- und Westdeutschland. Da es kaum Hausmänner gibt und auch nur relativ wenige Männer Teilzeit erwerbstätig sind, können nur Frauen untereinander in diesen Gruppen verglichen werden. Die Ergebnisse sind Tabelle 24 zu entnehmen.

62 Vgl. Siller (Anm. 24), S. 248, S. 254

63 Vgl. Gitta Scheller: Ostdeutsche Ehen und Familien im Spannungsfeld zwischen Individualisierung und Re-Traditionalisierung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 62, 2003, S.29-42, S. 30.

Tabelle 24: Rechtsextremisten unter Frauen nach Bildung und Erwerbsstatus sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (In %)

Bildung ¹	West			Ost			Alle Befragte		
	erwerbstätig		Haus- frau	erwerbstätig		Haus- frau	erwerbstätig		Haus- frau
	Vollz.	Teilz.		Vollz.	Teilz.		Vollz.	Teilz.	
niedrig	17	24	48	69	*	*	22	24	50
mittel	10	26	16	17	33	*	14	10	14

*) Geringe Fallzahlen

1) Wegen geringer Fallzahlen sind die hohen Bildungsabschlüsse nicht aufgeführt.

2) Wegen geringer Zellenbesetzung nur eingeschränkt interpretierbar.

Es zeigt sich der bekannte Zusammenhang, dass mit steigender Bildung die Rechtsextremenanteile abnehmen. Zudem zeigt sich, dass mit den frauenspezifischen Erfahrungszusammenhängen Teilzeitarbeit und Hausfrau, im Vergleich zu den Vollzeit erwerbstätigen Frauen, insbesondere unter den Frauen mit niedriger Bildung deutlich höhere Rechtsextremenanteile einhergehen. Wegen zu geringer Fallzahlen für Ostdeutschland kann dies nur für Westdeutschland nachgewiesen werden.

Tabelle 24 ist auch ein sehr starker Rückgang der Rechtsextremenanteile in Westdeutschland bei Teilzeit erwerbstätigen Frauen und Hausfrauen im Vergleich zu Frauen mit niedriger und mittlerer Bildung zu entnehmen. So sinkt er bei den Hausfrauen von 48 auf 16 Prozent. Dies spricht für die Annahme, dass Frauen in frauenspezifischen Erfahrungszusammenhängen mit einer niedrigen allgemeinen Bildung offen sind für rechtsextremes Gedankengut. Wie diese Ergebnisse zusammenhängen mit den von Frauen wahrgenommenen eingegengten Handlungsspielräumen und ihren eigenen Rollenvorstellungen können wir nicht sagen, was eine tiefer gehende Interpretation dieser Ergebnisse nicht ermöglicht.

7.4.2 Geschlecht und rechtsextreme Einstellungen bei Mitgliedern und Unorganisierten

Auf Gesamtdeutscher Ebene bewegen sich die Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen der Geschlechter innerhalb der Spiegelbildgrenzen. Differenziert nach Ost- und Westdeutschland ergeben die Vergleiche, außer bei den Frauen im Osten, jeweils über die Spiegelbildgrenze hinausgehende Unterschiede.

Im Westen gibt es unter den Männern in der Gewerkschaft mehr Rechtsextreme, der Unterschied zu den Unorganisierten beträgt +36 Prozent. Da auf Männer im Westen die allgemei-

ne Spiegelbildthese nicht zutrifft, haben wir hier eine Gruppe, welche relativ stärker in der Gewerkschaft vertreten ist und zugleich deutlich höhere Rechtsextremenanteile aufweist. Unter den westdeutschen Frauen in der Gewerkschaft sind dagegen deutlich weniger Rechtsextremenanteile zu beobachten als unter Unorganisierten der Vergleichsgruppe, ebenso wie auch unter ostdeutschen Männern. Für beide Gruppen liegen keine der interessierenden Nicht-Spiegelbild-Kombinationen vor. **Insgesamt wird die spezielle Spiegelbildthese im nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Geschlechtervergleich widerlegt.**

Da, wie oben ausgeführt, für die unterschiedlichen Rechtsextremenanteile bei den Geschlechtern sehr spezifische Ursachen maßgeblich sein dürften, versuchen wir diesen zunächst aufgrund der Hinweise nachzugehen, die wir oben gewonnen haben. Demnach gibt es im Westen insbesondere in der Altersklasse der 30 bis 44jährigen relativ große Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen bei beiden Geschlechtern.

Bei den Frauen sind sie zu einem großen Teil durch die Hausfrauen zu erklären, zu denen unter den Gewerkschaftsfrauen nur zwei Prozent gehören, aber 12 Prozent bei den Unorganisierten Frauen. Sie weisen, wie oben gezeigt, vergleichsweise sehr hohe Anteile an Rechtsextremen auf und sind zu über der Hälfte in der Altersklasse der 30 bis 44jährigen zu finden.

Bei den Männern sind sie durch die Unterscheidung nach Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen zu erklären. Dazu stellen wir eine Untersuchung nach Geschlecht und politischer Generation unter den Erwerbstätigen in Westdeutschland an, deren Ergebnisse in Tabelle 68 im Anhang zu finden sind. In der Nach-68er-Generation (29-50) finden sich bei den erwerbstätigen Männern unter den Mitgliedern mit 14 Prozent Rechtsextremen +133 Prozent mehr Rechtsextreme als in der entsprechenden Gruppe der Unorganisierten mit sechs Prozent. In der Nachkriegs-Generation (51-73) sind mit +46 Prozent immer noch so viel mehr Rechtsextreme unter den Gewerkschaftern zu finden, dass die Grenze für die Anziehungsthese nur knapp verfehlt wird. **Die Gewerkschaften ziehen in Westdeutschland unter den erwerbstätigen Männern Rechtsextreme an, insbesondere in der Nach-68er-Generation (29-50), die weithin zusammenfällt mit den Jahrgängen, welche für das Berufsleben zentral sind. Diese Anziehung vollzieht sich jedoch im Vergleich zu den im Durchschnitt 20 Prozent Rechtsextremen in Deutschland auf einem niedrigen Niveau.**

Unter den erwerbstätigen Frauen in der Nach-68er-Generation ist bei Gewerkschafterinnen der Anteil von 12 Prozent Rechtsextremen nur wenig höher als der der Unorganisierten mit 11 Prozent. Den Vergleich über die Nach-Kriegs-Generation können wir wegen mangelnder Fallzahlen

bei den Unorganisierten nicht direkt führen. Wenn wir jedoch den Rechtsextremenanteil bei den Gewerkschafterinnen vergleichen zeigt sich, dass er von 12 Prozent Rechtsextremen in der Nach-68-Generation auf 28 Prozent in der Nachkriegs-Generation hochschnellt. Da im Westen insgesamt unter allen erwerbstätigen Frauen der Nachkriegs-Generation (51-73) der Rechtsextremenanteil deutlich niedriger ist – er beträgt auf statistisch leicht unsicherer Basis 11 Prozent (fünf von 48 Fällen) -, kann relativ sicher angenommen werden, **dass die Gewerkschaften rechtsextrem eingestellte ältere erwerbstätige Frauen (ab 51 Jahren) anziehen**. Dies ist auch die Gruppe von Frauen unter den Erwerbstätigen in der Nachkriegs-Generation, auf welche die Gewerkschaften im Allgemeinen eine große Anziehungskraft ausüben, wie die Tabelle 56 im Anhang zeigt. Das Ergebnis von Abschnitt 7.2.2.2 wird hiermit präzisiert: Unter den Erwerbstätigen der Nachkriegs-Generation (51-73) sind die erwerbstätigen Frauen in der Gewerkschaft stark überrepräsentiert, nicht die erwerbstätigen Männer. Und unter diesen Frauen sind in hohem Umfang mehr Rechtsextreme zu finden als unter den älteren erwerbstätigen Frauen der Unorganisierten.

Eine Analyse geschlechtsspezifischer Unterschiede im Osten sollte, so das Ergebnis weiter oben, in der Altersklasse der ab 60jährigen ansetzen bzw. bei den Rentnern. Die im Osten angestellte Untersuchung nach Geschlecht und politischer Generation unter den Erwerbstätigen unterstützt dies. Denn unter den erwerbstätigen Mitgliedern im Osten sind die beiden Geschlechter in ihren Rechtsextremenanteilen in der Nach-68er-Generation (29-50) jeweils ein Spiegelbild der Unorganisierten. In der Nachkriegs-Generation (51-73) weisen sie über die Spiegelbildgrenze hinaus zum Teil deutlich weniger Rechtsextreme auf. Um der Überschneidung zwischen politischer Generation und Rentnerstatus nachgehen zu können, nehmen wir eine Analyse nach Geschlecht, Rentnerstatus und Altersklassen vor. Wir unterscheiden dabei die Altersklassen nach dem idealtypischen Rentnereintrittsalter ab 65 Jahren und dem eher untypischen zwischen 51 und 64 Jahren. Personen in dieser Altersklasse bezeichnen wir im Folgenden als Frührentner.

Im Ergebnis zeigt sich, dass unter den Mitgliedern in Ostdeutschland die Frauen, welche unter 64 Jahren und Rentnerin sind, vollständig aus dem Bild herausfallen. Unter den Männern in der Gewerkschaft weisen die Rentner im Osten in beiden Altersklassen weit weniger Rechtsextreme auf als die Unorganisierten und unter den Frauen in der Gewerkschaft auch diejenigen ab 65 Jahren. Die Rentnerinnen zwischen 51 und 64 Jahren in der Gewerkschaft haben dagegen einen Rechtsextremenanteil von 48 Prozent, die der Unorganisierten nur 24 Prozent, ein Unterschied von +100 Prozent. **Die Gewerkschaften im Osten ziehen unter den Frauen rechtsextreme FrührentnerInnen (51-64) an**. Die Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese an-

hand der Unterscheidung der Rentner nach den Altersklassen (Prozentuierungsbasis sind jeweils die Männer und die Frauen) ergibt zudem, dass diese Frührentnerinnen über die Spiegelbildgrenze hinaus bei den Gewerkschaften im Osten häufiger zu finden sind.

7.5 Zusammenfassung der Ergebnisse zu Alter, politischer Generation, Jugend und Geschlecht

Ergebnisse mit allgemeiner Bedeutung

- Tendenziell nehmen in allen aus Alter und Geschlecht gebildeten Teilgruppen die Rechtsextremenanteile ab, je jünger die entsprechende Altersklasse ist, außer in der jüngsten Altersklasse.
- Die Zunahme von Rechtsextremen in der jüngsten Altersklasse ist in allen aus Alter und Geschlecht gebildeten Teilgruppen nur in Westdeutschland zu beobachten.
- Der Gesellschaftswandel seit 1990 hat in Westdeutschland dazu geführt, dass in der politischen Sozialisation der politische Grundwert des Autoritarismus im Vergleich zu vorher etwas mehr aufgenommen wird, während der Wandel in Ostdeutschland dazu geführt hat, dass dieser Wert etwas weniger vermittelt wird. Mit diesen Veränderungen gehen steigende bzw. sinkende Rechtsextremenanteile einher.
- Der Gesellschaftswandel der letzten Jahre scheint in Westdeutschland die Bedingungen für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen verbessert zu haben.
- Im Osten machen junge Erwerbstätige die Erfahrungen in und Probleme mit der Arbeitswelt in viel höherem Umfang empfänglich für rechtsextremes Gedankengut als junge Erwerbstätige im Westen. Dies scheint insbesondere für diejenigen mit niedriger allgemeiner Bildung zuzutreffen.
- Die Eigenwahrnehmung der sozialen Lage der niedrig Gebildeten der Wende-Generation im Vergleich zur Eigenwahrnehmung der niedrig Gebildeten der Nach-68er-Generation (als diese politisch sozialisiert wurden) scheint deutlich schlechter zu sein.
- Die Unterschiede in den Rechtsextremenanteilen zwischen Männern und Frauen sind vermutlich auf jeweils sehr spezifische Ursachen zurückzuführen.
- Den in bestimmten Gruppen gleich hohen Rechtsextremenanteilen unter den Geschlechtern können unterschiedliche Ursachen zugrunde liegen. Im untersuchten Fall könnten die verschiedenen Ursachen in der unterschiedlichen Verarbeitung von persönlichem Verlust und Gewinn seit der deutschen Einheit bei Männern und Frauen in Ostdeutschland liegen.

- Der rechtsextremen Einstellung von Frauen liegt, gemessen an unseren sechs Dimensionen von Rechtsextremismus, insgesamt kein wesentlich anderes rechtsextremes Einstellungsmuster zugrunde als bei den Männern.
- Die rechtsextreme Einstellung unter den westdeutschen Frauen der obersten Altersklasse wird vergleichsweise stark durch rechtskonservative Einstellungen geprägt, ihr rechtsextremes Einstellungsmuster unterscheidet sich von dem der westdeutschen Männer der obersten Altersklasse.
- Unter jungen Frauen gibt es mehr rechtsextrem eingestellte Personen als unter jungen Männern.
- Es gibt mehr rechtsextrem eingestellte Frauen als rechtsextrem eingestellte Männer.
- Frauen in frauenspezifischen Erfahrungszusammenhängen mit einer niedrigen allgemeinen Bildung sind vergleichsweise offen für rechtsextremes Gedankengut.

Ergebnisse zur speziellen Spiegelbildthese

- Gewerkschaftsmitglieder weisen in der jüngsten Altersklasse im Vergleich zu Unorganisierten strukturbedingt systematisch mehr Rechtsextreme auf.
- Die höheren Anteile an Rechtsextremen bei Gewerkschaftsmitgliedern unter Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen sind durch die deutlich unterschiedlichen Gruppengrößen auf den jeweiligen Bildungsstufen bei Mitgliedern und Unorganisierten zu erklären. Hinsichtlich der uns interessierenden Nicht-Spiegelbildkombinationen liegt hier eine etwas ungewöhnliche Mischung vor. Gewerkschaften organisieren erwerbstätige Jugendliche eher schlecht. Aber wenn es ihnen gelingt, dann sind darunter vergleichsweise deutlich mehr mit niedriger Bildung, die wiederum relativ deutlich weniger Rechtsextreme unter sich aufweisen als junge Erwerbstätige unter den Unorganisierten mit niedriger Bildung.
- In der ältesten Altersklasse der aus Geschlecht und Alter gebildeten Teilgruppen haben Mitglieder jeweils geringere Anteile an Rechtsextremen.
- Der mit den politischen Generationen verbundene sozialstrukturelle Wandel – Tendenz zu höheren allgemein bildenden Bildungsabschlüssen - und die Veränderungen in den politischen Grundwerten, welche weniger für rechtsextremes Gedankengut empfänglich machen, scheint sich unter den Mitgliedern deutlich weniger durchgesetzt zu haben als unter den Unorganisierten.
- Im Gesamtbild kann nur für die Gewerkschaftsmitglieder im Osten die spezielle Spiegelbildthese bei den politischen Generationen zurückgewiesen werden.
- Die spezielle Spiegelbildthese wird bei den Bildungsabschlüssen in Zusammenhang mit den politischen Generationen nicht widerlegt.

- Insgesamt wird die spezielle Spiegelbildthese im nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Geschlechtervergleich widerlegt.

Mitgliedergruppen, welche die allgemeine und spezifische Spiegelbildgrenze überschreiten

- Gewerkschaften ziehen in Westdeutschland rechtsextrem eingestellte Erwerbstätige an.
- Unter den in Westdeutschland im Vergleich zu den Unorganisierten besonders stark in der Gewerkschaft vertretenen älteren Erwerbstätigen (51+) finden sich im Vergleich zu den Unorganisierten unter den älteren Erwerbstätigen sehr viel mehr Rechtsextreme.
- Im Westen gibt es unter den Männern in der Gewerkschaft mehr Rechtsextreme.
- Die Gewerkschaften ziehen in Westdeutschland unter den erwerbstätigen Männern Rechtsextreme an, insbesondere in der Nach-68er-Generation (29-50), welche weithin zusammenfällt mit den Jahrgängen, welche für das Berufsleben zentral sind. Diese Anziehung vollzieht sich jedoch im Vergleich zu den im Durchschnitt 20 Prozent Rechtsextremen in Deutschland auf einem niedrigen Niveau.
- Die Gewerkschaften ziehen in Westdeutschland rechtsextrem eingestellte ältere erwerbstätige Frauen (ab 51 Jahren) an.
- Die Gewerkschaften im Osten ziehen unter den Frauen rechtsextreme Frührentnerinnen (51-64) an.

8. Die Rechtsextremen unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Zunächst untersuchen wir mit Hilfe unserer Indices sozialer Ungleichheit (SCHICHTO und SCHICHTS) aus einer Komplexität reduzierenden Sicht die Rechtsextremen. Nachdem wir für die Gewerkschaftsmitglieder eine besonders problematische Gruppe identifiziert haben, analysieren wir diese näher anhand der für kleinteiligere Analysen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus gut geeigneten Unterscheidungen von Erwerbs- und Nichterwerbstätigengruppen (STELERW) und anhand der Bildung, des wichtigsten Schlüsselprädiktors für Rechtsextremismus. Zum Abschluss stellen wir kurz Überlegungen zu einem Teil der problematischen Gruppe, den verantwortlich tätigen Angestellten mit einfacher Bildung, an.

8.1 Soziale Ungleichheit und Rechtsextremismus

Zur Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese haben wir bisher einzelne soziale Merkmale oder Merkmalskombinationen auf ihre Anteile an Rechtsextremen hin untersucht. Die Ergebnis-

se von Mitgliedern und Unorganisierten haben wir miteinander verglichen. Dieses Vorgehen bringt detaillierte Einsichten bezogen auf spezifische Gruppen, erlaubt aber nur schwer eine Einschätzung, ob hinter den spezifischen Ergebnissen wenige Faktoren stehen.

Deshalb wenden wir in diesem Abschnitt zur Komplexitätsreduktion unsere Indices der sozialen Ungleichheit auf das Datenmaterial an. Wir betrachten es hier unter einem anderen Blickwinkel als bisher. Ausgangspunkt sind die Rechtsextremen unter Mitgliedern und Unorganisierten. Beide Gruppen werden auf ihre interne Struktur untersucht.

Unsere Indices der objektiven Schichtzuordnung (SCHICHTO) und der subjektiven Schichtzuordnung (SCHICHTS) erfassen beide soziale Ungleichheit unter zum Teil unterschiedlichen Gesichtspunkten. Wir wenden sie gemeinsam auf das Datenmaterial an, um beider Messschwerpunkte in ihren Wechselwirkungen beobachten zu können. Zunächst verschaffen wir uns einen Überblick über diese Wechselwirkungen anhand der Anwendung beider Instrumente auf jeweils alle Mitglieder und Unorganisierten. Die Ergebnisse sind den Tabellen 25 und 27 zu entnehmen. Sie sind auseinander gezogen, da wir zur besseren Inaugenscheinnahme die Ergebnisse der Berechnungen für die Rechtsextremisten unter den Gewerkschaftsmitgliedern direkt unter der Tabelle mit den allgemeinen Ergebnissen platzieren wollen.

In den Gesamtangaben zu den jeweiligen sozialen Schichten zeigen sich die bekannten Werte aus der Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese. Gemessen an der objektiven Schichtzuordnung wird die Gewerkschaftsmitgliedschaft durch die Mittelschicht geprägt. Zur besseren Orientierung fassen wir wie beim Vergleich der beiden Indices gemäß der oben begründeten Vorgehensweise untere Arbeiter- und mittlere Arbeiterschicht zur subjektiven Unterschicht (keine Schattierung) und die obere Arbeiter-, untere Mittel- und mittlere Mittelschicht zur subjektiven Mittelschicht (mittlere Schattierung) zusammen. Daraus ergibt sich, dass die relativ größte Gruppe der Mitglieder dort zu finden ist, wo objektive Mittelschicht und subjektive Mittelschicht sich überschneiden: Zusammen ergeben sich 28 Prozent der Mitglieder.

Unter den Unorganisierten finden sich dort nur 17 Prozent. Die Unorganisierten haben keine eindeutig größte Gruppe. 21 Prozent unter ihnen finden sich in der Gruppe, in der sich objektive und subjektive Unterschicht entsprechen, 23 Prozent in der Gruppe, in der sich objektive Unterschicht und subjektive Mittelschicht überschneiden. Im nächsten Schritt berechnen wir die Anteile von rechtsextremen Mitgliedern und Unorganisierten in den jeweiligen Gruppen. Die Ergebnisse zeigen die Tabellen 26 und 28.

Tabelle 25: Gewerkschaftsmitglieder nach subjektiver und objektiver sozialer Schicht in Deutschland 2003 (Prozentuierung auf alle Mitglieder)

subjekt. Schichtzuordnung	Objektive Schichtzuordnung			Gesamt
	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht	
untere Arbeiterschicht	3	2	0	6
mittlere Arbeiterschicht	14	16	4	33
obere Arbeiterschicht	4	8	2	13
untere Mittelschicht	4	8	5	15
mittlere Mittelschicht	7	12	9	28
obere Mittel-, Oberschicht	1	1	3	5
Gesamt	33	45	22	100

Tabelle 26: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern nach subjektiver und objektiver sozialer Schicht in Deutschland 2003 (Prozentuierung auf alle rechtsextremen Mitglieder)

subjekt. Schichtzuordnung	Objektive Schichtzuordnung			Gesamt
	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht	
untere Arbeiterschicht	6	4	0	10
mittlere Arbeiterschicht	20	19	1	40
obere Arbeiterschicht	5	4	*	10
untere Mittelschicht	4	7	1	13
mittlere Mittelschicht	10	13	3	26
obere Mittel-, Oberschicht	*	*	*	2
Gesamt	45	47	8	100

*) Geringe Fallzahlen

Im Vergleich der Tabellen 25 und 26 zeigt sich, dass in allen Teilgruppen der objektiven Unterschicht, bis auf einer, die Anteile an Rechtsextremen höher sind als in den entsprechenden Teilgruppen für alle Mitglieder in Tabelle 25. Unabhängig von der subjektiven Schichteinstufung hat die objektive Unterschichtlage höhere Rechtsextremenanteile zur Folge. Rechtsextremismus in den Gewerkschaften ist, wie erwartet, ein Unterschichtphänomen. Der gleiche Zusammenhang ist bei den Unorganisierten in Tabelle 27 und 28 zu sehen. **Rechtsextremismus ist vor allem ein Problem der objektiven sozialen Unterschicht.**

Tabelle 27: Nicht-Mitglieder nach subjektiver und objektiver sozialer Schicht in Deutschland 2003 (Prozentulierung auf alle Mitglieder)

subjekt. Schichtzuordnung	Objektive Schichtzuordnung			Gesamt
	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht	
untere Arbeiterschicht	7	1	0	8
mittlere Arbeiterschicht	14	9	2	25
obere Arbeiterschicht	4	2	1	8
untere Mittelschicht	7	7	4	17
mittlere Mittelschicht	12	8	10	30
obere Mittel-, Oberschicht	2	3	6	11
Gesamt.	46	30	24	100

Tabelle 28: Rechtsextremisten unter Nicht-mitgliedern nach subjektiver und objektiver sozialer Schicht in Deutschland 2003 (Prozentuierung auf alle rechtsextremen Nicht-Mitglieder)

subjekt. Schichtzuordnung	Objektive Schichtzuordnung			Gesamt
	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht	
untere Arbeiterschicht	10	2	0	12
mittlere Arbeiterschicht	21	11	2	33
obere Arbeiterschicht	5	*	*	7
untere Mittelschicht	11	1	3	15
mittlere Mittelschicht	18	4	3	25
obere Mittel-, Oberschicht	4	1	2	8
Gesamt	69	20	11	

*) Geringe Fallzahlen

Der große Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht in der objektiven Mittelschicht. Dort finden sich unter Gewerkschaftsmitgliedern anteilig mit 47 Prozent ungefähr genauso viele Rechtsextreme wie es dem Anteil der Mittelschicht mit 45 Prozent insgesamt an den Mitgliedern entspricht. Unter den Unorganisierten zeigen sich dagegen in der objektiven Mittelschicht anteilig weniger Rechtsextreme. **Rechtsextremismus unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist nicht nur ein Phänomen der objektiven Unterschicht, sondern auch ein Phänomen der objektiven Mittelschicht.**

Eine genauere Inaugenscheinnahme der objektiven Mittelschichten unter Mitgliedern und Unorganisierten erlaubt eine bessere Einschätzung möglicher Ursachen. In den Teilgruppen der objektiven Mittelschicht, welche sich aufgrund ihrer subjektiven Schichtzuordnung in der subjektiven Unterschicht sehen, steigen sowohl unter Mitgliedern wie Unorganisierten anteilmäßig die Anteile an Rechtsextremen. Aber dort, wo sich objektive Mittelschicht und subjektive Mittelschicht entsprechen, sind in den Teilgruppen bei den Unorganisierten anteilig weniger Rechtsextreme zu finden, wie der Vergleich von Tabelle 27 und 28 zeigt.

Unter den Mitgliedern in den entsprechenden Gruppen zeigen sich, wie aus den Tabellen 25 und 26 ersichtlich, in der Teilgruppe subjektive obere Arbeiterschicht/objektive Mittelschicht anteilig zwar weniger Rechtsextreme, aber in den Teilgruppen der objektiven Mittelschicht und der subjektiven unteren Mittel- und mittleren Mittelschicht sind anteilig ungefähr genau so viele Rechtsextreme zu finden.

In Zahlen ausgedrückt: Unter den Mitgliedern sehen sich 20 Prozent in der subjektiven unteren und mittleren Mittelschicht und sind auch objektiv der Mittelschicht zuzuordnen. Unter den rechtsextremen Mitgliedern beträgt ihr Anteil ebenfalls 20 Prozent. Unter den Nicht-Mitgliedern beträgt der Anteil der entsprechenden Gruppen an allen Unorganisierten zusammen 15 Prozent. Unter den rechtsextrem eingestellten Nicht-Mitgliedern finden sich in diesen Gruppen nur fünf Prozent aller rechtsextremen Unorganisierten. **Die Gewerkschaften ziehen insbesondere rechtsextreme Mitglieder an, die sich sowohl subjektiv der unteren- und mittleren Mittelschicht zurechnen, als auch der objektiven Mittelschicht zuzuordnen sind.** Im Vergleich von Mitgliedern und Unorganisierten besteht das gewerkschaftsspezifische Phänomen des Rechtsextremismus der Mittelschicht.

8.2 Die subjektive und objektive Mittelschicht

Für eine genauere Analyse der Gruppe benutzen wir die Unterscheidungen zwischen differenzierten Erwerbs- und Nichterwerbstätigengruppen – Variable STELERW – und nach allgemeiner Bildung (BILDUNG). Aufgrund zu kleiner Fallzahlen bei den Rechtsextremen kann das Instrument jeweils nur auf alle in die „spezifische“ Mittelschicht fallenden Mitglieder bzw. Nicht-Mitglieder angewendet werden. Wir charakterisieren also die allgemeine Gruppe, aus der vergleichsweise viele Rechtsextreme zu den Gewerkschaften finden. Das Ergebnis ist Tabelle 29 zu entnehmen.

Tabelle 29: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder der zugleich subjektiven und objektiven Mittelschicht¹ nach Bildung und Erwerbs- und Nichterwerbsgruppen in Deutschland 2003 (%)		
	Gewerkschaftsmitglieder	Nicht-Mitglieder
Bildung		
niedrig	81	43
mittel	16	29
hoch	3	28
Erwerbs- und Nichterwerbstätigen- gruppen		
einfache Arbeiter	4	2
Facharbeiter und höher	33	5
einfache Angestellte	14	18
verantwortliche Angestellte	20	15
einfache Beamte	4	*
gehobene, höhere Beamte	0	*
Selbständige incl. Mithelfende	2	7
Arbeitslose	*	2
Rentner	18	23
Rest	3	28

- 1) Überschneidung von objektiver Zuordnung zur Mittelschicht und subjektiver Zuordnung von unterer und mittlerer Mittelschicht
 *) Geringe Fallzahlen

Im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten in der spezifischen Mittelschicht besteht ein riesiger Unterschied in der allgemeinen Bildung. Gewerkschaften ziehen niedrig Gebildete aus dieser Mittelschicht an. Und da wir die objektive Mittelschicht aus Bildung und Einkommen konstruiert haben, wissen wir, dass niedrig Gebildete mit hohem Einkommen der objektiven Mittelschicht zugeordnet werden. Dies ist, wie oben gezeigt, auch genau die Teilgruppe der objektiven Mittelschicht, welche die Gewerkschaftsmitgliederschaft insgesamt charakterisiert. Anders formuliert: **Der gewerkschaftsspezifische Rechtsextremismus der Mittelschicht kommt aus der Mitte, dem Kern der Gewerkschaftsmitgliederschaft.**

Unter den Mitgliedern in der spezifischen Mittelschicht dominieren die Facharbeiter, gefolgt von verantwortlichen Angestellten. Letztere etwas seltsame Gruppe mit verantwortlichen Tätigkeiten und niedriger allgemeiner Bildung soll im Folgenden näher beleuchtet werden. Wegen kleiner Gruppengrößen zwar nicht so gewichtig, für den Unterschied zwischen Mitgliedern und Unorganisierten aber immer noch wichtig sind die einfachen Arbeiter und Beamten, die unter Gewerkschaftsmitgliedern relativ häufiger zu finden sind. Unter den Unorganisierten aus der spezi-

fischen Mittelschicht kommen die relativ meisten aus der oben von uns definierten „Rest“-Gruppe, mit beispielsweise Hausfrauen, Schülern und Studierenden.

Bei den **verantwortlich tätigen Angestellten mit einfacher allgemeiner Bildung** handelt es sich u. E. vielfach um Facharbeiter, welche in den technischen Angestelltenstatus übergewechselt sind. Hinter unserer Bezeichnung „verantwortlich“ steht die Selbsteinschätzung „verantwortliche Tätigkeit mit selbständiger Leistung“, mit der wiederum eine große Bandbreite an Tätigkeiten verbunden sein kann. Die Analogie mit den „leitenden“ Angestellten kann hier aufschlussreich sein. Dahinter steht die Leitung anderer Personen, doch nicht jeder der leitet ist auch ein „Leitender“, wie Mikl-Horke⁶⁴ schreibt. Im engeren Sinne seien ca. nur fünf Prozent der Erwerbstätigen „Leitende“ i.S.v. Betriebs- oder Abteilungsleiter oder ähnlichem. Im weiteren Sinne gäbe es demnach in Österreich unter den **Betriebstätigen ca. 38 Prozent leitende Angestellte**.

Der Aufstieg von Facharbeitern in den Angestelltenstatus verlief und verläuft vielfach, wie sie schreibt, über den internen Arbeitsmarkt von Großunternehmen, der als ein System organisierter innerbetrieblicher Mobilitätswege zu verstehen sei, die prinzipiell auch Arbeitern offen stehe. Zu charakterisieren sei der interne Arbeitsmarkt durch gute Entlohnung, hohe Beschäftigungssicherheit und eben Aufstiegschancen⁶⁵. Aus der Perspektive qualitativer Sozialforschung und von aufgestiegenen oder aufstiegsorientierten Facharbeitern hat dies Deppe vor gut 20 Jahren beschrieben und berichtet, dass vielfach Facharbeiter der Nachkriegs-Generation in das Angestelltenverhältnis übernommen worden seien. Durch eigene berufliche Anstrengung und Weiterbildung hätten sie überdurchschnittliche Bezahlung angestrebt und auch erreicht⁶⁶. Diese „neuen“ Arbeiter wurden in manchen Untersuchungen dadurch charakterisiert, dass sie weniger Gruppenloyalität und ein rein instrumentelles Verhältnis zur Gewerkschaft hätten, eine weitgehende Gleichgültigkeit in Bezug auf die solidarisch-emotionale Seite der Mitgliedschaft an den Tag legten⁶⁷. Anders gesagt: Sie haben kein gewerkschaftliches Überzeugungssystem, falls es dies geben sollte.

64 Gertraude Mikl-Horke: *Industrie- und Arbeitssoziologie*, München u.a.: R. Oldenbourg 1997, S. 188.

65 Mikl-Horke (Anm. 64), S. 37 f.

66 Wilfried Deppe: *Drei Generationen Arbeiterleben*, Frankfurt/M. u.a.: Campus 1982, S. 278-310 passim.

67 Vgl. Mikl-Horke (Anm. 64), S. 171-184 passim.

9. Ergebnis

Die Sozialstruktur beeinflusst die Entstehung rechtsextremer Einstellungen. Wir leiten im ersten Schritt aus der Diskussion darüber dreizehn Untersuchungsmerkmale ab, die auch zur Beschreibung von Gewerkschaftsmitgliedern im Allgemeinen wichtig sind:

- allgemeine Bildung
- persönliches Nettoeinkommen
- Berufsprestige
- objektive Schichtzuordnung
- subjektive Schichtzuordnung
- Modernität des Arbeitsplatzes
- Prekarität des Arbeitsverhältnisses
- Erwerbsstatus mit differenzierten Erwerbs- und Nicht-Erwerbsgruppen
- Wirtschaftsbereiche
- Betriebsgrößen
- Geschlecht
- Politische Generationen
- Erwerbstätigkeit

Das besondere Augenmerk gilt dabei Merkmalen der Arbeitswelt, welche in gewisser Unabhängigkeit von der sozialen Schichtzugehörigkeit Spaltungen unter den Erwerbstätigen erfassen sollen. Dafür haben wir einen Index konstruiert, welcher die Prekarität von Arbeit misst. Darunter messen wir der Modernität eines Arbeitsplatzes, dem Umgang mit modernen Steuerungs-, Kommunikations- und Informationstechnologien eine besondere Bedeutung zu, weil die Technikentwicklung ein wesentlicher Faktor des schnellen ökonomischen Wandels ist. Prekarität und Modernität sind für uns Indikatoren sozialer Segmentierung.

Im zweiten Schritt legen wir fest, auf welche Weise die sozialstrukturellen Merkmale erhoben werden sollen. Durch die Art der Konstruktion des Messinstrumentes objektive Schichtzuordnung erfassen wir in einer spezifischen Weise die für die Gewerkschaften zentrale Mitgliedergruppe der Facharbeiter.

Im dritten Schritt analysieren wir das Datenmaterial unter dem Gesichtspunkt, inwieweit die Mitgliedschaft in ihrer Sozialstruktur ein Spiegelbild der Unorganisierten ist. Im Ergebnis unterscheiden sich beide Gruppen in 10 der 13 sozialstrukturellen Merkmale deutlich. Die

allgemeine Spiegelbildthese wird abgelehnt. Sie unterscheiden sich nicht wesentlich bei den politischen Generationen, auch nicht in den speziell die Arbeitswelt erfassenden Merkmalen Prekarität von Arbeitsverhältnissen und Modernität des Arbeitsplatzes. **Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierte werden durch die Faktoren Prekarität und Modernität nicht in ein Nebeneinander gespalten.** Der große sozialstrukturelle Unterschied besteht in der Dimension sozialer Ungleichheit: **Mitglieder im Westen sind in deutlich höherem Maße der objektiven Mittelschicht zuzuordnen als Nicht-Mitglieder. Nicht-Mitglieder finden sich in etwas größerer Anzahl in der objektiven Unterschicht.**

Ein Grund dafür könnte sein, dass schlechte Arbeitsbedingungen bei Gewerkschaftsmitgliedern sich tendenziell weniger auf deren Arbeitseinkommen auswirken als bei Unorganisierten. In gewissem Gegensatz dazu steht, dass, wenn steigende allgemeine Bildungsgrade als eine wichtige Ursache und gleichzeitig Wirkung gesellschaftlicher Modernisierung begriffen werden, Gewerkschaften zunehmend die weniger modernen Gruppen der Gesellschaft organisieren.

Unter den 13 sozialstrukturellen Merkmalen sehen wir sieben als besonders geeignet an, rechtsextremen Einstellungen zu erklären. Wir bezeichnen sie als sozialstrukturelle Prädiktoren:

- allgemeine Bildung
- persönliches Nettoeinkommen
- Berufsprestige
- objektive Schichtzuordnung
- subjektive Schichtzuordnung
- Modernität des Arbeitsplatzes
- Prekarität des Arbeitsverhältnisses

Ihre Anwendung auf das Datenmaterial zeigt, dass ihre Erklärungskraft für Rechtsextremismus nicht sehr groß ist. Übertroffene Bedeutung unter ihnen kommt der allgemeinen Bildung zu, die fast die ganze Erklärungskraft auf sich vereint.

Mit einer längeren und besseren allgemeinen Bildung verbindet sich tendenziell ein besseres allgemeines Orientierungs- und Beurteilungsvermögen, welches vor rechtsextremer Orientierung schützt. Der genaue Mechanismus ist jedoch unklar.

Hinsichtlich des Zusammenhangs der Prädiktoren mit Rechtsextremismus unterscheiden sich im Großen und Ganzen die Zusammenhänge unter Mitgliedern und Unorganisierten nicht, obwohl es in Ostdeutschland einige interessante Abweichungen gibt.

Rechtsextremismus ist sowohl unter Gewerkschaftsmitgliedern als auch unter Unorganisierten ein Phänomen der objektiven Unterschicht.

Der große Unterschied zwischen Mitgliedern und Unorganisierten zeigt sich in der Mittelschicht, der ein großer Teil des Kerns der Gewerkschaften, die Facharbeiterschaft zugeordnet werden kann. Unter Gewerkschaftsmitgliedern ist Rechtsextremismus auch ein Mittelschichtphänomen.

Auch im differenzierten Gruppenvergleich finden sich einige soziale Gruppen, welche vergleichsweise stark in den Gewerkschaften organisiert sind und zugleich in vergleichsweise großem Umfang rechtsextrem Eingestellte unter sich haben.

Vor allzu schnellen Schlüssen muss allerdings gewarnt werden, denn in einigen Gruppen sind für die höheren Anteile an Rechtsextremen spezifische Gruppenzusammensetzungen verantwortlich, es handelt sich mithin um Struktureffekte.

Im Gesamtergebnis ist aus sozialstruktureller Sicht die spezielle Spiegelbildthese abzulehnen.

Kapitel D: Sozio-politische Orientierungen und Rechtsextremismus

1. Problemstellung

Warum entwickeln bzw. übernehmen Menschen rechtsextremes Gedankengut? Wie in Kapitel A 2.2.5 dargelegt, gehen wir von folgender Annahme aus: Die Individuen sind in ihrer arbeits- und lebensweltlichen Existenz vielfältigen, oft heftigen sozialen und ökonomischen Bedrohungen ausgesetzt, die Ängste verursachen und mental verarbeitet werden müssen. Dazu entwickeln sie im Verlauf ihres Sozialisationsprozesses auf der Grundlage von spezifischen Charaktermerkmalen spezielle Persönlichkeitseigenschaften. Personen mit Ich-schwachem Charakter *können* diese Ängste durch die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften wie autoritäre Unterwürfigkeit bzw. autoritäre Aggression, Konventionalismus, Dogmatismus, Rigidität etc. bewältigen. Für derartige Persönlichkeitseigenschaften *kann* Rechtsextremismus funktional sein, weil er Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung verspricht.

Im Einzelnen haben wir es mit vier Ursachenbündeln zu tun: **Charaktermerkmalen**, **Persönlichkeitseigenschaften**, in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen entstandenen und von den Individuen zu bewältigenden **Problemen** sowie Elementen der **Politischen Kultur**. Wir vermuten, dass die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften die zentralen Prädiktoren für Rechtsextremismus darstellen und dass die Politische Kultur die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften als "intervenierende Variable" im Sozialisationsprozess beeinflusst.

Ob der vermutete Zusammenhang tatsächlich besteht, ist Gegenstand der empirischen Analyse. Für die Survey-Forschung müssen die vier Ursachenbündel operationalisiert (umgesetzt) werden. In Kapitel A 3.2 wurde bereits dargelegt, welche Indikatoren dafür herangezogen werden sollen. Die zu bewältigenden Probleme bzw. Ängste resultieren zunächst aus dem **sozio-ökonomischen Status** einer Person. Sie hängen aber auch von der subjektiven Wahrnehmung dieser Situation ab. Da sich Charaktermerkmale nicht mit den Mitteln der standardisierten Um-

frage identifizieren lassen, konzentriert sich die empirische Erhebung zwangsläufig auf die Persönlichkeitseigenschaften. Dass sich die Umfrageforschung auf mehr oder weniger subjektiv gefärbte Auskünfte von Personen über ihre Persönlichkeit, ihre sozio-ökonomische Lage und über ihre Ansichten über soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Zustände stützt, haben wir ebenfalls erwähnt. Im Grunde genommen können wir nur zwischen eher "objektiven" Tatsachenfeststellungen bezüglich des sozio-ökonomischen Status eines Befragten und seiner persönlichen Bewertung von unterschiedlichen Objekten unterscheiden. Dabei handelt es sich einerseits um die eigene Persönlichkeit und andererseits um gesellschaftliche Zustände, also um die subjektive Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Situation und um die Bewertung von Zuständen im Bereich der Politischen Kultur. Auskünfte über gesellschaftliche Zustände und über die eigene Persönlichkeit bezeichnen wir zusammenfassend als **sozio-politische Orientierungen**.

Rechtsextremismus erwächst also nicht nur aus dem sozio-ökonomischen Status einer Person, er hängt auch mit speziellen sozio-politischen Orientierungen zusammen, die wir ebenfalls als unabhängige Variablen, als Prädiktoren für Rechtsextremismus, betrachten. Im vorigen Kapitel haben wir uns mit dem sozio-ökonomischen Status befasst, in diesem Kapitel geht es um sozio-politische Orientierungen. Wie beides miteinander zusammenhängt, wird später untersucht.

Unser Forschungskonzept basiert weiterhin auf folgenden Annahmen: *Erstens* vermuten wir, dass sich Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen deutlich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Gewerkschaftsmitglieder stellen demnach kein Spiegelbild der Gesellschaft dar, die allgemeine Spiegelbildthese ist zurückzuweisen. *Zweitens* - und darauf aufbauend - glauben wir, dass Gewerkschaftsmitglieder über ein typisches (politisches) Überzeugungssystem verfügen. Sie unterscheiden sich von Nicht-Mitgliedern also nicht nur dadurch, dass bei ihnen bestimmte Orientierungen besonders stark bzw. schwach ausgeprägt sind, sondern auch dadurch, dass derartige Orientierungen bei ihnen ein System bilden. Umgangssprachlich formuliert: Gewerkschaftsmitglieder sind durch eine besondere Mentalität charakterisiert. *Drittens* schließlich nehmen wir an, dass dieses Überzeugungssystem Elemente enthält, die Rechtsextremismus eher abwehren, und Elemente, die Anknüpfungspunkte für Rechtsextremismus bieten.

Mit diesem Kapitel verfolgen wir drei Absichten:

- Wir wollen die Konstruktion der Orientierungsvariablen und gegebenenfalls ihre theoretische Fundierung nachvollziehbar darlegen.

- Es soll überprüft werden, ob die allgemeine Spiegelbildthese tatsächlich zurückgewiesen werden kann, ob und inwieweit sich also die sozio-politischen Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder deutlich von denen der Unorganisierten unterscheiden. Die sozio-politischen Orientierungen, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent Marge) von Unorganisierten unterscheiden, bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (auch **GSPO-Variablen**).
- Dann werden wir untersuchen, ob die von uns erhobenen sozio-politischen Orientierungen die Ausbreitung von Rechtsextremismus eher begünstigen oder eher zur Eindämmung von Rechtsextremismus beitragen. Wenn der erstgenannte Fall zutrifft, werden wir der Kürze halber von **Anziehungsorientierungen** sprechen. Derartige Orientierungen korrelieren positiv mit Rechtsextremismus: Je stärker sie bei einer Person vorhanden sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Im umgekehrten Fall sprechen wir von **Abwehrorientierungen**. Sie korrelieren negativ mit Rechtsextremismus: Eine Person mit beträchtlichen Abwehrorientierungen wird nur mit geringer Wahrscheinlichkeit zum Rechtsextremismus neigen. Da auch sozio-politische Orientierungen existieren, die Rechtsextremismus zwar nicht anziehen, aber eben auch nicht abwehren, bedarf es noch einer dritten Gruppe von Variablen, die wir - hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Rechtsextremismus - als **neutrale Orientierungen** bezeichnen.
- Daraus ergibt sich die Frage, welche der sozio-politischen Orientierungen Rechtsextremismus besonders gut erklären. Wir werden in diesem Zusammenhang von **besonders einflussreichen Prädiktoren** und von **Schlüsselprädiktoren** sprechen.

Wenn diese Sachverhalte aufgeklärt sind, verfügen wir über die notwendigen Grundlagen, um der Frage nachzugehen, ob Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich ein besonderes Überzeugungssystem aufweisen. Dies geschieht im folgenden Kapitel E.

2. Erläuterungen zur Terminologie

Da in der Einstellungs- bzw. Meinungsforschung die forschungsleitenden Termini nicht einheitlich verwandt werden, wollen wir zunächst unseren Begriffsapparat erläutern.

Einstellung (*attitude*) ist ganz allgemein "die von einem Individuum durch Erfahrung erworbene, relativ stabile Tendenz, auf ein soziales Objekt (Personen, Gruppen, soziale Situationen)

mit bestimmten Gefühlen, Vorstellungen und Verhaltensweisen zu reagieren"¹. Da es sich bei Einstellungen um theoretische Konstrukte handelt, wird in der psychologischen und soziologischen Literatur intensiv darüber diskutiert, wie Einstellungen zu definieren sind, wie sie entstehen, in welchen Kontexten sie auftreten, wie sie sich verändern, wie sie verhaltenswirksam werden und welche Typen von Einstellungen es gibt. Wir verzichten darauf, den Sachstand darzulegen² und beschränken uns auf einige wenige Hinweise, die für unser Projekt von Bedeutung sind.

Einstellungen werden in der empirischen Forschung gemessen, indem Meinungen zu entsprechenden Objekten oder Sachverhalten abgefragt werden. Wir fragen also nach Meinungen, um daraus auf Einstellungen zu schließen. Eine rechtsextreme Einstellung liegt beispielsweise dann vor, wenn die Meinungen zu einer rechtsautoritären Diktatur, zu Ausländerfeindlichkeit, zum Antisemitismus, zum Chauvinismus etc. positiv ausfallen. Dabei unterscheiden wir zwischen mittelfristig veränderlichen Einstellungen zu konkreten Themen bzw. Sachfragen und eher stabilen und sehr grundsätzlichen Einstellungen zur langfristigen Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung. Letztere bezeichnen wir als Werte. Weiterhin suchen wir die Ursachen des Rechtsextremismus auch in Persönlichkeitseigenschaften der Befragten. Da unsere Datenbasis nicht in Tiefeninterviews sondern in einer standardisierten Repräsentativbefragung besteht, müssen wir von Meinungen bzw. Einstellungen in Bezug auf die eigene Person auf Persönlichkeitseigenschaften schließen.

Komplizierter ist die Bestimmung der Begriffe "Überzeugung" und "Überzeugungssystem". Das Konzept der (politischen) **Überzeugungssysteme** (*belief systems*³) geht auf Converse⁴ zurück. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf ihn Bezug genommen und seine Untersuchung als "*seminal research*" bezeichnet⁵. In einem der neuesten Handbücher der

- 1 Rüdiger Peuckert: Einstellung, soziale, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich (UTB) 1986, S. 60-62.
- 2 Zusammenfassend Siegfried Schumann: Persönlichkeitbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001, S. 9 ff.
- 3 Eine eindeutige deutsche Übersetzung für *belief* und *belief system* gibt es nicht. Im "Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften" werden als mögliche Bedeutungen für *belief* "Glaube, Religion, religiöse Überzeugung, Überzeugung" angegeben und für *belief system* "Glaubenssystem, Überzeugungssystem". Wolfgang J. Koschnick: Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften, Bd.1, München: Saur 1984, S. 52.
- 4 Philip E. Converse: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964, S. 206-261.
- 5 Jon Hurwitz/Mark Peffley: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: American Political Science Review, 81. Jg. (1997), H. 4, S. 1099-1120, Zit. S. 1099; Ofira Seliktar: Identifying a Society's Belief System, in: Margaret G. Hermann (Hrsg.), Political Psychology. Contemporary Problems and Issues, San Francisco usw.: Jossey-Bass 1986, S. 320-354, Zit. S. 326.

Sozialpsychologie wird zum Forschungsansatz von Converse ausgeführt, dass Ideologien als eine Gruppe von Einstellungen und Überzeugungen mit hierarchischer Struktur konstruiert werden, die so miteinander verschränkt sind, dass sie um eine vorherrschende allgemein gebräuchliche Unterscheidung gruppiert sind, wie beispielsweise links und rechts⁶. Folgt man Ajzen, dann repräsentieren **Überzeugungen (beliefs)** die Informationen von Menschen über sich, ihre soziale und nicht soziale Umwelt⁷. *Salient beliefs* werden als unmittelbare Determinanten der Einstellung (*attitude*) einer Person zu einem Objekt, oder noch allgemeiner gesagt, zu einem Phänomen konzipiert⁸. Wir halten diese Unterscheidung für analytisch hilfreich, glauben aber, dass die Terminologie Verwirrung stiften könnte. Denn nach Ajzen bestünden Überzeugungssysteme nicht aus Überzeugungen, sondern aus Einstellungen, denen Überzeugungen vorgelagert wären. Wir bezeichnen die Bestandteile der Überzeugungssysteme daher als Überzeugungen, die sich aus Einstellungen zusammensetzen.

Converse diskutiert zu Beginn seines grundlegenden Aufsatzes kurz die allgemeinen Schwierigkeiten, Überzeugungssysteme adäquat zu definieren und zu messen⁹. Eine ausführliche Diskussion über die Begrifflichkeit führt er nicht, sondern belässt es beim Hinweis auf die vielfältigen Inhalte des Wortes Ideologie und seine Überschneidung mit dem Ausdruck *belief system*. Dabei bezieht er sich auf einen Artikel von David W. Minar, in welchem dieser die Anfälligkeit des Ideologie-Konzeptes für Vagheit und Übergeneralisierung betont, es aber zugleich als nützlich für die sozialwissenschaftliche Forschung bewertet und deshalb empfiehlt, sich Klarheit über die Variable Ideologie zu verschaffen¹⁰. Eine Empfehlung, der es auch in Hinblick auf *belief system* zu folgen gilt. **Es geht also nicht um die Entwicklung einer ausgefeilten und "richtigen" Definition von Ideologie oder Überzeugungssystem, sondern um ein brauchbares Modell für den Untersuchungszweck und die empirische Forschung.**

6 Alice H. Eagly/Shelly Chaiken: Attitude Structure and Function, in: Daniel T. Gilbert u.a. (Hrsg.), *The Handbook of Social Psychology*, Bd. 1, Boston usw.: McGraw-Hill 1998, S. 269-322, Zit. S. 284.

7 Icek Ajzen: Beliefs, in: Antony S. R. Manstead/Miles Hewstone (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Social Psychology*, Cambridge: Blackwell 1995, S. 88-89, Zit. S. 88.

8 Die unterschiedliche Bedeutung von Überzeugung und Einstellung macht Fishbein am Beispiel des Objektes Rassentrennung klar: Zwei Personen können die Rassentrennung ablehnen, jedoch ganz unterschiedliche Überzeugungen von ihrer Natur, ihren Ursachen und Konsequenzen und von den Maßnahmen, um sie zu beseitigen, haben. Sie haben dieselbe Einstellung zur Rassentrennung, aber unterschiedliche Überzeugungen von ihr. Die Einstellung zum Objekt beruht auf dem Gesamteffekt der positiven und negativen Überzeugungen von dem Objekt. Sie beruht auf erlernten Prädispositionen, auf ein Objekt oder eine Klasse von Objekten in einer befürwortenden oder ablehnenden Art und Weise zu reagieren. Vgl. Martin Fishbein: A Consideration of Beliefs, and the Role in Attitude Measurement, in: Ders. (Hrsg.), *Readings in Attitude Theory and Measurement*, New York usw.: John Wiley 1967, S. 257-266, hier S. 257.

9 Converse (Anm. 4), S. 207.

10 David W. Minar: Ideology and Political Behavior, in: *Midwest Journal of Political Science*, 5. Jg. (1961), H. 4, S. 317-331, S. 331.

In Kombination mit dem Wort *system* verliert das Wort *belief* seine Eindeutigkeit in dem oben in Zusammenhang mit Einstellung definierten Sinne. Mit **Überzeugungssystem** ist ganz allgemein ein System von wechselseitig aufeinander bezogenen Meinungen, Einstellungen, Werten und Überzeugungen gemeint: "We define a belief system as a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence."¹¹

Converse interessiert der Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen des politischen Überzeugungssystems. Er spricht von Konfiguration und Idee-Elementen, womit er Eingrenzungen des Systems, Formen der Verschränkung und funktionale wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den Teilen des Systems meint. Verschränkungen operationalisiert er statistisch durch die Wahrscheinlichkeit, mit welcher aufgrund der Kenntnis eines Elementes eines Überzeugungssystems ein anderes Element vorhergesagt werden kann. Anders formuliert: Im statischen Fall durch das Ausmaß des statistischen Zusammenhangs zwischen Elementen des Systems, im dynamischen Fall durch die Wahrscheinlichkeit, mit der aufgrund einer Änderung bei einem Teil des Systems eine Änderung bei einem anderen seiner Teile vorhersagbar ist.

Folgende Überlegungen von Converse sind für unser methodisches Vorgehen von besonderer Bedeutung: Er geht davon aus, dass Überzeugungssysteme von kleinen Eliten synthetisiert, man könnte auch sagen entwickelt werden. Ihre Aufnahme bei den Anhängern des Überzeugungssystems beruhe auf sozialer Diffusion und der Wahrnehmung, was womit zusammen passt. Der systematische Zusammenhang der Idee-Elemente bzw. das Wissen um sie dünne aus in Abhängigkeit von der Bildung der Anhänger, von deren spezialisierten Interessen und persönlichen Neigungen und von ihrem persönlichen Engagement. Converse unterscheidet aufgrund seiner empirischen Studien fünf Verständnisniveaus (*levels of conceptualization*), die von einem reflektierten Verständnis bis hin zu keinem Verständnis reichen.

Trotz der extremen Popularität des Ausdruckes *belief system* in der Politischen Psychologie ist die Klärung der Begrifflichkeit seit Converse nicht wesentlich vorangekommen. Es werden immer noch verschiedene Inhalte damit verbunden, darunter auch Ideologie und politische Kultur. Das Begriffsproblem ist jedoch nachrangig verglichen mit dem Problem, den makrosoziologischen Blickwinkel auf Überzeugungssysteme mit dem mikrosoziologischen zu vereinbaren¹². Uns geht es um den Zusammenhang zwischen Organisation und Mentalitäten, um ein spezifi-

11 Converse (Anm. 4); S. 207.

12 Seliktar (Anm. 5), S. 325.

sches Überzeugungssystem von Gewerkschaftsmitgliedern, das mit Organisationszweck und Organisationsstruktur der Gewerkschaften korrespondiert. Dafür benutzen wir den Ausdruck gewerkschaftliches Überzeugungssystem. Wir meinen damit nicht die gewerkschaftliche Programmatik oder eine ausgearbeitete oder wie auch immer geartete Dogmatik, sondern einen empirischen, gewerkschaftsspezifischen Zusammenhang von Werten, Einstellungen und Überzeugungen zu bestimmten Objekten, den es in demselben Ausmaß und in derselben Dichte außerhalb der Gewerkschaften nicht gibt. Dieser Zusammenhang sollte konkret bezogen sein auf jene Bereiche von Wirtschaft und Politik, die zentral sind für Organisationszweck und -struktur der Gewerkschaften.

Die Bestimmung und die aus forschungsökonomischen Gründen notwendige Auswahl von zentralen Objekten haben wir aufgrund unserer Expertise vorgenommen. Für den Bereich der Wirtschaft und für den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik wurden in unserer Befragung Stellungnahmen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit, zur Rolle des Staates in der Wirtschaft, zum Verhältnis von wirtschaftlichem und politischem System, zur Bedeutung bzw. Anwendung zentraler gewerkschaftlicher Instrumente wie Streik und Tarifverträge sowie zu den Grundlagen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer erhoben. Für den Bereich der Politik verfügen wir über Stellungnahmen zur Demokratie und zu grundlegenden politischen Werten.

Als Sammelbezeichnung für Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen verwenden wir den Begriff **Orientierungen**. In unserem Forschungskonzept beziehen sich Orientierungen nicht nur auf den politischen Bereich im engeren Sinn, sondern darüber hinaus auch auf den wirtschaftlichen Bereich, insbesondere auf die Arbeitswelt und die industriellen Beziehungen. Daher sprechen wir von **sozio-politischen Orientierungen**. Bei der Systematisierung dieser Orientierungen lehnen wir uns an einen Vorschlag an, der sich allerdings nur auf das politische System bezieht¹³. Wir haben ihn teilweise (wörtlich) übernommen, teilweise für die Bedürfnisse unseres Projekts ergänzt und erweitert.

13 Oskar Niedermayer: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 16 ff.- Eine ausführlichere Darstellung findet sich in: Oskar Niedermayer/Bettina Westle: A Typology of Orientations, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hrsg.): Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford/New York: Oxford University Press 1995, S. 33-50. Vgl. auch Oscar W. Gabriel: Einleitung: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Transformationsprozess, in: Ders. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 9-33.

Sozio-politische Orientierungen beziehen sich auf die Strukturen der wirtschaftlichen und politischen Ordnung und auf die politischen Entscheidungen in Wirtschaft und Politik sowie auf deren Folgen. Sozio-politische Orientierungen beziehen sich mithin auf Strukturen und auf Inhalte.

Die **strukturelle Dimension**, die auch das Verhältnis des Individuums zu seiner Umwelt einschließt, lässt sich unterscheiden in Orientierungen

- gegenüber der eigenen **Persönlichkeit**, gesellschaftlichen Stellung¹⁴ und politischen Rolle, wozu insbesondere eher allgemeine Persönlichkeitsmerkmale, das politische Interesse und das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein gehören;
- gegenüber den **Eliten**, Führungsgruppen bzw. Entscheidungsträgern;
- gegenüber den sozialen, wirtschaftlichen und politischen **Institutionen**, also den Verfassungsorganen, intermediären Institutionen (Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Bewegungen etc.) und (verfassungs-)rechtlichen Verfahrensregeln;
- gegenüber der wirtschaftlichen und politischen **Ordnung insgesamt**, also der Idee der Demokratie und ihrer Prinzipien, der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes, der Verfassungswirklichkeit einschließlich des Anspruchs und der Realität der industriellen Beziehungen;
- gegenüber der Situation und Verfasstheit der nationalen **Gesellschaft** sowie der Weltgesellschaft insgesamt.

Weiterhin lassen sich grundsätzlich drei Orientierungsmodi unterscheiden:

- **kognitive**, der Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit dienende Orientierungen, also das Interesse und das objektive bzw. subjektive Wissen der Bürger;
- **evaluative**, der Realitätsbewertung dienende Orientierungen;
- **konative** Orientierungen (Verhaltensabsichten), also die Bereitschaft zur Ausübung politischer Aktivitäten.

Bei evaluativen Orientierungen wird oft noch unterschieden zwischen "eher affektiv-wertbezogenen Beurteilungen wie Vertrauen oder Sympathie und eher rational-ergebnisbezogenen Beurteilungen, wo die Orientierungsobjekte bzw. deren Leistungen nach Kosten/Nutzenerwägungen beurteilt werden"¹⁵. Da evaluative Orientierungen für unser Projekt von großer Bedeutung sind, nehmen wir eine weitere Differenzierung vor und unterscheiden zwischen drei Evaluierungsarten: Input-Evaluierung, Output-Evaluierung und Gesamtevaluierung, wobei wir bei der Input-Evaluierung noch zwischen Werten und Normen trennen:

Input-Evaluierung: Bewertung der Ziele und Strategien, aber auch des Zustands und der Ressourcen eines Objekts. Bei der *wertbezogenen* Input-Evaluierung geht es um sehr grundsätzli-

14 Informationen zur gesellschaftlichen Stellung der Befragten enthalten auch die Fragen zum sozio-ökonomischen Status (SES). Die SES-Variablen verstehen wir als Auskünfte, als Berichterstattung über die gesellschaftliche Stellung, während es hier um Bewertungen der gesellschaftlichen Stellung geht. Selbstverständlich ist die Grenze zwischen beidem nicht immer eindeutig zu ziehen.

15 Niedermayer (Anm. 13), S. 17.

che, stark verallgemeinerte Zielvorstellungen hinsichtlich des wünschenswerten Zustands der Gesellschaft. Bei der *normenbezogenen* Input-Evaluierung geht es - explizit oder implizit - um relativ konkrete Soll-Vorschriften bzw. um Handlungsorientierungen. Beide Varianten lassen sich nicht immer klar gegeneinander abgrenzen.

Output-Evaluierung: Beurteilung der Leistung eines Objekts nach Kosten-Nutzen-Kriterien.

Gesamtevaluierung: Pauschale Bewertung eines Objekts, wobei strukturelle und inhaltliche, Input- und Output-Aspekte ihren Niederschlag finden können. Als Beispiele seien allgemeines Vertrauen in Institutionen oder Sympathien für eine Person oder eine Partei genannt.

Selbstverständlich sind nicht alle hier genannten Orientierungstypen und -modi für unser Projekt relevant. Und hinsichtlich der relevanten Typen werden auch nicht die mögliche Bandbreite sondern nur ausgewählte Objekte analysiert. So interessieren beispielsweise bei den intermediären Institutionen nur die Gewerkschaften. Parteien, Verbände und Bewegungen bleiben unberücksichtigt. In Bezug auf die strukturelle Dimension geht es uns vor allem um industrielle Beziehungen, um die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt und um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Daher messen wir primär evaluative Orientierungen, bei den kognitiven Orientierungen beschränken wir uns auf das politische Interesse, bei den konativen Orientierungen auf die Wahlabsicht und die Wahlbereitschaft zu Gunsten von rechtsextremen Parteien (s. Kapitel B 10). Bei der Präsentation der Orientierungsvariablen unterscheiden wir - wie erwähnt - grob zwischen **Persönlichkeitseigenschaften** (Abschnitt 3) und **Bewertungen gesellschaftlicher Zustände** (Abschnitt 4).

Insgesamt werden wir zu einer Liste mit über 20 sozio-politischen Orientierungen gelangen, die die Prädiktoren für Rechtsextremismus bilden. Diese Variablen werden dann in Beziehung zur summierten Langfassung unserer Rechtsextremismus-Skala (REXL) gesetzt.

3. Persönlichkeitseigenschaften

Persönlichkeitseigenschaften gelten als wichtige Prädiktoren für Rechtsextremismus. Wir vermuten, dass sie durch Charaktermerkmale vorstrukturiert und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägt werden. In der Forschung sind eine Reihe von derartigen Merkmalen entwickelt worden¹⁶. Wir haben folgende in die Befragung aufgenommen: Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO), Leistungsorientierung, politische Apathie und das Gefühl politischer Effektivität (Efficacy). Da in der Literatur auch Wertorientierungen bzw. Wertprio-

16 Siehe dazu oben Kap. A 2.2.1 sowie die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen", S. 47.

ritäten zu den Persönlichkeitseigenschaften gezählt werden¹⁷, behandeln wir sie an dieser Stelle. Wertorientierungen ließen sich freilich ebenso unter die Bewertung gesellschaftlicher Zustände subsumieren. Entscheidend ist jedoch, dass sie überhaupt als mögliche Prädiktoren für Rechtsextremismus in Betracht gezogen werden.

3.1 Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO)

Der autoritäre Charakter gilt als herausragende Determinante für rechtsextreme Einstellungen. Über das Verhältnis von Autoritarismus und Rechtsextremismus und über die Ermittlung von Persönlichkeitseigenschaften, die sich mit einem Ich-schwachen, sado-masochistischen Charakter verbinden, haben wir bereits in Kapitel A das Nötigste ausgeführt. Umstritten ist, ob Autoritarismus Bestandteil des rechtsextremen Einstellungssyndroms (also abhängige Variable) oder Ursache des Rechtsextremismus (also unabhängige Variable) ist.

"Wenn das Konstrukt Autoritarismus als unabhängige Variable tatsächlich einen Beitrag zur Erklärung von rechtsextremen Einstellungen und Orientierungsmustern liefern will, müssen die Operationalisierung der unabhängigen und der abhängigen Variable empirisch klar getrennt sein. Stellen jedoch die aktuellen Autoritarismusskalen eher Messungen von politischen Einstellungen dar, dann kann man sie nicht als Prädiktoren von rechtsextremen politischen Einstellungen verwenden, denn eine solche Erklärung wäre tautologisch und hätte keinerlei Informationsgehalt."¹⁸

Bestandteil unserer Rechtsextremismus-Skalen ist die Dimension "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur", die autoritäre, rechtsgerichtete politische Ordnungsvorstellungen erfassen soll. Um eine Persönlichkeitseigenschaft zu erfassen, die als unabhängige Variable Rechtsextremismus beeinflusst, bedarf es eines völlig anderen Messkonzepts. Darin besteht der Gebrauchswert der ASKO-Skala. Wir haben dieses Instrument als Indikator für autoritäre Dispositionen ausgewählt, weil es klar definiert, plausibel begründet, einfach handhabbar und empirisch gründlich validiert ist. Die Skala wurde von Schumann¹⁹ entwickelt und in mehreren Umfragen getestet. Sie stellt einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über das Verhältnis von Autoritarismus und Rechtsextremismus und über die Messung von Autoritarismus dar.

"Eine Kernannahme ist den meisten theoretischen Ansätzen [der Autoritarismusforschung] gemein: 'autoritäre', 'dogmatische' oder 'konservative' Menschen neigen (zumindest ursprünglich) zu Ängstlichkeit, insbesondere in Situationen, die aus ihrer Sicht mit 'Ungewissheit' und Ambi-

17 Siehe dazu oben Kap. A 2.2.2.

18 Christian Seipel/Susanne Rippl/Angela Kindervater: Probleme der empirischen Autoritarismusforschung, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/ Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 261-280, Zit. S. 268.

19 Schumann (Anm. 2).

guität verbunden sind - und sie neigen als 'Gegenreaktion' dazu, kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln, die dazu beitragen, Ungewissheit und Ambiguität zu mindern."²⁰

Die ASKO-Skala besteht aus je zwei Catchphrases pro Item, wovon jeweils eines auszuwählen ist:

- ASKO_1 stetiger Wandel oder fest gefügte Verhältnisse*
- ASKO_2 Ruhe und Ordnung* oder Bewegung und Neuerungen
- ASKO_3 Veränderungsfreudigkeit oder Traditionsverbundenheit*
- ASKO_4 neue Ideen oder altbewährte Anschauungen*
- ASKO_5 feste Regeln* oder Improvisation
- ASKO_6 Erhaltung des Althergebrachten* oder Reformen
- ASKO_7 Überraschende Situationen oder klare, eindeutige Verhältnisse*
- ASKO_8 Einordnung und Unterordnung* oder Aufbegehren
- ASKO_9 neue, bisher unbekannte Dinge oder bekannte Dinge*

Der Wertebereich der Skala liegt mithin zwischen Null und Neun. Wer keinen Schlüsselbegriff (oben mit einem * versehen) genannt hat, der auf Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem hindeutet, erhält eine Null, wer alle neun genannt hat, erhält eine Neun. Zum Zweck der vergleichenden Potenzialbestimmung wurde die Variable ASKOPOT gebildet. Dazu zählen alle Befragten, die mindestens fünf Schlüsselbegriffe genannt haben.

21 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und ebenso 21 Prozent der Nicht-Mitglieder sind autoritär disponiert. Auch identische Skalenmittelwerte deuten darauf hin, dass für ASKO die Spiegelbildthese gilt²¹. Allerdings besteht ein Ost-West-Unterschied: Die Ostdeutschen sind deutlich autoritärer orientiert als die Westdeutschen. ASKO korreliert mit den Rechtsextremismus-Skalen ziemlich stark bis stark (REXL): Autoritäre Dispositionen begünstigen also - wie erwartet - die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Demokratische Orientierungen sind mit ASKO schwach negativ assoziiert, ein restriktives Demokratieverständnis korreliert dagegen schwach positiv mit ASKO, ebenso autoritäre Wertvorstellungen²².

3.2 Leistungsorientierung

Wir haben Leistungsorientierung als eine besondere Persönlichkeitseigenschaft in unseren Fragebogen aufgenommen, weil Held u.a. nachgewiesen haben, dass ein ziemlich starker Zusammenhang zwischen Leistungsorientierung und autoritären, rassistischen und nationalisti-

20 Schumann (Anm. 2), S. 130, 132.

21 Siehe Anhang 77.

22 Die Charakterisierung der unabhängigen Variablen (Prädiktoren) macht es erforderlich, auf Variablen zurückzugreifen, die erst im Laufe dieses Kapitels vorgestellt werden.

schen Orientierungen besteht²³. Da die Autoren keine konkreten Angaben über ihr Messinstrument machen, orientieren wir uns an dem Konzept von Hippler und Krüger²⁴. Aus ihrer Statement-Batterie haben wir die Items übernommen, die für "leistungs- und erfolgfördernde Arbeitshaltungen" stehen, sie aber so umformuliert, dass sie gegebenenfalls auch von Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen beantwortet werden können. Beispielsweise heißt unser Statement LEIST_5 im Original: Ich bin *in meinem Beruf* sehr ehrgeizig. Die Statements unserer Umfrage lauten:

- LEIST_1 Ich führe immer alle Aufgaben äußerst gründlich aus.
- LEIST_2 Wenn ein kniffliges Problem auftritt, knobele ich so lange daran, bis ich es gelöst habe.
- LEIST_3 Ich setze mich auch gegen Widerstände durch.
- LEIST_4 Durch Rückschläge lasse ich mich nicht entmutigen.
- LEIST_5 Ich bin sehr ehrgeizig.
- LEIST_6 Wenn mir eine Arbeit misslungen ist, halte ich mich in Zukunft am liebsten von ähnlichen Aufgaben fern (neg).

Die Faktorenanalyse ergibt (bei einem guten KMO-Wert von 0,743) eine einfaktorielle Lösung. Bei der Reliabilitätsanalyse erweist sich das Item LEIST_6 als sehr störend. Die übrigen Items erzielen einen gerade noch befriedigenden Alpha-Wert von 0,6979. Der Index **Leistungsorientierung (LEIST)** umfasst folglich die Statements LEIST_1 bis LEIST_5. Die Index-Werte reichen von 5 bis 37, der Index-Mittelwert liegt also bei 21. Die tatsächliche Verteilung der Messwerte ist freilich sehr schief, der Mittelwert beträgt für alle Befragten 28,0. Die Zustimmung zu den Statements ist also enorm groß. Um für die vergleichende Potenzialbestimmung trennscharfe Gruppen zu erhalten, sind wir wie folgt vorgegangen: Abweichend vom normalen Verfahren haben wir den "cutting point" für die Zustimmung zu einem Statement nicht auf den Wert 4, sondern auf den Wert 5 gesetzt. Sodann wurde der kumulierte Index **LEISTK** gebildet, der von Null (keinem Statement zugestimmt) bis Fünf (allen 5 Statements zugestimmt) reicht.

Leistungsorientierung korreliert tatsächlich schwach mit den Rechtsextremismus-Skalen (bis auf REXH): Mit zunehmender Leistungsorientierung wächst also auch die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Ein Vergleich der Leistungsorientierung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern ergibt kaum Unterschiede. Stark leistungsorientiert sind jeweils 19 Prozent der Or-

23 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis: *Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen*, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 70. Die Ergebnisse der Tübinger Forschergruppe sind in Kap. A 2.2.3 und A 2.3 dargestellt.

24 G. Hippler & K. Krüger (1999): *Leistungsorientierung von Angestellten*, in: Angelika Glöckner-Rist/Peter Schmidt (Hrsg.): *ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0*, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

ganisierten und der Unorganisierten. Hier gilt also ebenfalls die Spiegelbildthese. Ein Ost-West-Unterschied ist bei den stark leistungsorientierten Unorganisierten zu erkennen: Die Ostdeutschen übertreffen die Westdeutschen um etwa das Anderthalbfache. Die Ost-Gewerkschafter sind zwar auch etwas häufiger stark leistungsorientiert als die West-Gewerkschafter, die Differenz fällt freilich wesentlich geringer aus²⁵.

3.3 Politisches Interesse und politische Apathie

In den Autoritarismus-Studien der Frankfurter Schule ist häufig hervorgehoben worden, dass ausgeprägtes politisch-demokratisches Engagement als eine wichtige Barriere gegen die Ausbreitung von Faschismus bzw. Rechtsextremismus wirkt (Fromm, Adorno u.a., Jaerisch). Wer geneigt ist, seine Probleme selbstbewusst auf dem Wege politischer Partizipation anzugehen, dürfte daher kaum anfällig für rechtsextreme Parolen sein²⁶. Umgekehrt ist ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und politischer Apathie zu erwarten. Als einen "recht verlässlichen Indikator für politische Apathie" bezeichnet Freyhold das politische Interesse²⁷. Politische Apathie wäre demnach das Gegenteil von politischem Interesse. Der Vorschlag von Freyhold ist deshalb besonders interessant, weil politisches Interesse zum Standardrepertoire von Umfragen zählt und einfach zu erheben ist. Van Deth versteht darunter "the degree to which politics arouses a citizen's curiosity"²⁸. Über die Bedeutung des politischen Interesses äußert er sich wie folgt:

"One of the best established findings in public opinion research is the crucial position of the concept 'interest in politics' in schemes that link social and/or psychological factors to political attitudes and behavior. From the start, election surveys have shown that the more interested people have more, and more outspoken, opinions on political issues, participate more actively in campaigns, and expose themselves more to political information than do less interested people. Furthermore, it appears that the better educated, the more prosperous, and the more prestigious categories also are among the most interested parts of the population."²⁹

Das Konzept ist auch deshalb für unsere Untersuchung bedeutsam, weil politisches Interesse als notwendige (nicht aber als hinreichende) Bedingung für politische Beteiligung gilt. Im Prinzip ist politisches Interesse aber unabhängig von Art und Ziel der Beteiligung, insofern sich die Partizipation auf demokratische Gesellschaften bezieht. Eigene Untersuchungen geben Anlass zu

25 Siehe Anhang 78.

26 Vgl. dazu unsere Ausführungen in Kap. A 2.3.

27 Michaela von Freyhold: Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1971, S. 146.

28 Jan W. van Deth: Interest in Politics, in: Kent M. Jennings u.a.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 275-312, Zit. S. 278.

29 Van Deth (Anm. 28), S. 275.

der Vermutung, dass Befragte mit starkem bzw. sehr starkem politischen Interesse deutlich weniger zum Rechtsextremismus neigen als Befragte mit geringem oder keinem politischen Interesse. Politische Apathie wurde mit folgender Frage erhoben:

POLAPA Wie stark interessieren Sie sich eigentlich für Politik? (sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht, WN/KA).

Politisches Interesse bedeutet - wie erwähnt - das Gegenteil von politischer Apathie:

POLINT POLAPA recodiert: von überhaupt nicht bis sehr stark.

Politisches Interesse korreliert tatsächlich (schwach) negativ mit den Rechtsextremismus-Skalen (politische Apathie mithin schwach positiv). Das politische Interesse von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterscheidet sich kaum: Sehr stark bzw. stark politisch interessiert sind 38 Prozent der Organisierten und ebenso 38 Prozent der Unorganisierten. Für das politische Interesse gilt also die Spiegelbildthese. Ein erkennbarer West-Ost-Unterschied besteht nicht. Als sehr stark bzw. stark politisch-apatthisch erweisen sich 14 Prozent der Organisierten und 19 Prozent der Unorganisierten. Hier gilt die Spiegelbildthese folglich nicht. Wiederum ist kein Ost-West-Unterschied zu konstatieren³⁰.

3.4 Efficacy

Als Voraussetzung für politische Beteiligung gelten weithin zwei Bedingungen: Eine Person muss sich selbst zutrauen, in politische Prozesse zu intervenieren, und sie muss der Auffassung sein, dass derartige Interventionen aussichtsreich sind. Das Gefühl politischer Effektivität wird mit dem Efficacy-Konzept gemessen³¹. Internal Efficacy zielt auf das **subjektive politische Kompetenzgefühl** (oder auch auf das politische Selbstbewusstsein), External Efficacy auf das **politische Responsivitätsgefühl**³². Nach Gramson³³, der das Konzept entwickelt hat, zeichnen sich "potential partisans" durch hohes Kompetenzgefühl und geringes Responsivitätsgefühl aus. Wir erwarten folglich negative Korrelationen zwischen Rechtsextremismus und Efficacy.

30 Siehe Anhang 79.

31 Zusammenfassend Angelika Vetter: Political Efficacy - Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 1997.

32 Ähnliche Items finden sich auch in Erhebungsinstrumenten zu individuellen Kontrollüberzeugungen. Vgl. Samuel H. Barnes & Max Kaase (1999): Beeinflussbarkeit des politischen Systems, in: Angelika Glöckner-Rist & Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

33 William A. Gramson: Power and Discontent, Homewood: Dorsey Press 1968.

Die Formulierung der Statements zur Messung beider Dimensionen entstammt (mit einer kleinen Änderung) der Deutschen Nationalen Wahlstudie 1998³⁴:

Internal Efficacy:

- EFFI_1 Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht (neg).
- EFFI_2 Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- EFFI_3 Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

External Efficacy:

- EFFI_4 Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht (neg).
- EFFI_5 Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.
- EFFI_6 Die gewählten Volksvertreter bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

Es wurden zwei Indizes gebildet: **EFFIINT** und **EFFIEXT**. Beide sind voneinander nahezu völlig unabhängig, messen also etwas anderes. Unsere Daten zeigen, dass kein statistischer Zusammenhang zwischen dem Responsivitätsgefühl (**EFFIEXT**) und dem politischen Interesse besteht. Was **EFFIEXT** mit den verwendeten Statements misst, ist nicht eindeutig (daher verzichten wir auf die weitere Verwendung dieser Variable). Folglich war auch der Versuch nicht erfolgreich, beide Indizes zu einer aussagefähigen Variable (politisches Effizienzgefühl) zu kombinieren. Das subjektive politische Kompetenzgefühl korreliert dagegen stark positiv mit politischem Interesse ($r = 0,459$) und folglich stark negativ mit politischer Apathie.

Zwischen **EFFIINT** und Rechtsextremismus zeigen sich tatsächlich sehr schwache bis schwache negative Beziehungen (**REXL**: $r = -0,227$). Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus sinkt also mit zunehmendem politischem Selbstbewusstsein. Zur vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: **EFFIINTK** und **EFFIEXTK** umfassen die Werte Null (keines der 3 Statements befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet). Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich nicht sonderlich in Bezug auf das Gefühl politischer Effektivität. Daher gilt auch hier die Spiegelbildthese³⁵. Beim subjektiven politischen Kompetenzgefühl macht sich allerdings ein West-Ost-Unterschied bemerkbar: Die Westdeutschen,

34 Angelika Vetter: Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 79-109.- **EFFI_6** lautet bei Vetter: "Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich...".

35 Siehe Anhang 80 und 81.

Organisierte wie Unorganisierte, zeigen mehr politisches Selbstbewusstsein als die Ostdeutschen³⁶. Das mag der vergleichsweise geringen Demokratieerfahrung der neuen Bundesbürger geschuldet sein, könnte aber auch mit der größeren Unzufriedenheit im Osten zusammenhängen.

3.5 Wertorientierungen

Gesellschaften sind durch Konflikte geprägt, die sich in Auseinandersetzungen oder gar Kämpfen zwischen Menschen, Gruppen oder Klassen niederschlagen. Als Konfliktquelle gelten seit jeher vor allem die ökonomisch-sozialen Verhältnisse, die in der politischen Sphäre als Interessen- oder Klassenkonflikte in Erscheinung treten. Daher sollten wir gerade hier bei der Suche nach spezifischen gewerkschaftlichen Orientierungen fündig werden. Handelte es sich bei derartigen Konflikten immer auch um ideologische bzw. um Wertekonflikte³⁷, so folgt aus der zunehmenden Differenzierung moderner Industriegesellschaften, dass Konflikte heute immer weniger allein durch sozialstrukturelle Variablen erklärt werden können und dass Wertorientierungen immer weniger an die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen, Schichten oder Milieus gebunden sind³⁸.

Gesellschaftliche Konfliktstrukturen wurden vor allem in der Parteien- und Wahlforschung modelliert. Downs bildete das politisch-ideologische Spektrum auf einer einzigen Achse, auf der **Links-Rechts-Skala**, ab und nahm an, "dass der linke Eckpunkt der Skala die völlige Lenkung der Wirtschaft durch den Staat darstellt und der rechte Eckpunkt eine vollkommen freie Marktwirtschaft bedeutet"³⁹. Nach Downs steht die Links-Rechts-Achse für einen ideologischen Grundkonflikt, für einen Konflikt über Vorstellungen von einer guten Gesellschaft und über die vorrangigen Mittel zu ihrer Gestaltung. Kritiker monierten die **Eindimensionalität des Modells**. So schlug Sartori beispielsweise vor, die ökonomische Achse um eine politische Achse zu ergänzen, die demokratische und autoritäre Orientierungen kontrastiert⁴⁰. Klingemann und Pappi unterscheiden zwischen einem normenorientierten und einem wertorientierten Demokra-

36 Beim Vergleich der Mittelwerte tritt diese Differenz allerdings nur bei den Mitgliedern zu Tage.

37 Franz Urban Pappi und Edward O. Laumann (Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zeitschrift für Soziologie, 3. Jg., 1974, H. 3, S. 157-188) gehen davon aus, dass die großen Interessengegensätze generell unter Berufung auf gesellschaftliche Wertorientierungen ausgetragen werden: "Erst die kulturelle Deutung macht sie politisch handlungsrelevant." (S. 160).

38 Vgl. dazu Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 147 ff.

39 Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper & Brothers 1957; dt.: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: Mohr 1968, S. 112 ff.

40 Giovanni Sartori: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Bd. 1, Cambridge: Cambridge University Press 1976, S. 324 ff.

tiefbegriff. Letzterer werde durch die Pole Links und Rechts begrenzt, ersterer durch die Pole demokratisch und autoritär. Der wertorientierte Demokratiebegriff sei an seinen Rändern durch extreme, der normenorientierte durch radikale Positionen gekennzeichnet⁴¹. In beiden Fällen wurde die auf der Links-Rechts-Achse abgebildete ideologische Grundorientierung der Menschen um eine weitere, davon unabhängige Dimension ergänzt, woraus sich ein zweidimensionaler (euklidischer) Raum ergibt, der die Einstellungen der Individuen bzw. Gruppen realistischer abbildet als das eindimensionale Modell.

Dass zweidimensionale Modelle oft ideologische und Wertorientierungen verknüpfen, gilt weit- hin als unproblematisch, da - wie Jagodzinski und Kühnel hervorheben - die Grenze zwischen Werten und Ideologien fließend ist: Verstehe man unter Ideologien klar strukturierte Überzeugungssysteme im Sinne von Converse⁴² und "unter gesellschaftlichen Wertvorstellungen Konzeptionen einer wünschenswerten Gesellschaft" im Sinne von Kluckhohn⁴³, "so sind beide Begriffe kaum noch von einander abzugrenzen"⁴⁴. In unserer Untersuchung unterscheiden wir dennoch zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung⁴⁵ und grundlegenden politischen Wertorientierungen. Ungeachtet dessen erwarten wir mit Blick auf die Spiegelbildthese, dass sich Gewerkschaftsmitglieder durch besondere ideologische und Wertorientierungen von den Unorganisierten unterscheiden.

Bei der Analyse der Wertorientierungen bedienen wir uns eines zweidimensionalen Modells, das auf Kitschelt zurück geht⁴⁶, und erheben konkrete Werte. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass dadurch der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten deutlich hervortritt. Unter Werten verstehen wir gesellschaftlich bedeutsame Grundüberzeugungen von Gruppen, die relativ dauerhaft und von hohem Allgemeinheitsgrad sind und Konzeptionen des (politisch) Wünschenswerten zum Ausdruck bringen. "Values are generalized attitudes, and as such they

41 Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi: Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien: Oldenbourg 1972, S. 23 ff.

42 Converse (Anm. 4).

43 "A value is a conception, explicit or implicit, distinctive of an individual or characteristic of a group, of the desirable which influences the selection from available modes, means, and ends of an action." Clyde Kluckhohn u.a.: Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.): Toward a General Theory of Action, Cambridge: Harvard University Press 1951, S. 388-433, Zit. S. 395.

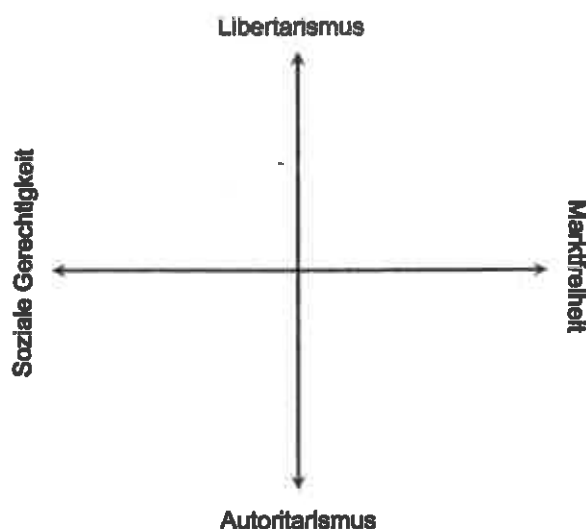
44 Wolfgang Jagodzinski/Steffen M. Kühnel: Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 449-471, Zit. S. 449.

45 Sie wird im folgenden Abschnitt 4 dieses Kapitels behandelt.

46 Siehe oben Kap. A 2.2.2.

can apply to a variety of specific themes."⁴⁷ Folgt man Winkler, dann ist eine Persönlichkeit über Werteprioritäten definiert⁴⁸.

Grafik 2: Hauptkonfliktlinien westlicher Partelensysteme



Unser Modell⁴⁹ besteht aus zwei voneinander unabhängigen Konfliktdimensionen, die sich auf die Gestaltung der ökonomisch-sozialen Ordnung und der politischen Ordnung beziehen und einen zweidimensionalen Werteraum bilden. Im Zentrum der ökonomisch-sozialen Konfliktlinie steht die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Sie kontrastiert neoliberale mit staatsinterventionistischen Zielen, die ungehinderte Freisetzung der Marktkräfte (Marktfreiheit) mit der sozialen Gerechtigkeit. Bei der Gestaltung der politischen Ordnung stehen sich libertäre Ziele (z.B. Partizipation, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umweltschutz) und autoritäre Prinzipien (starker Nationalstaat, Sicherheit und Ordnung usw.) gegenüber. In dem Modell bilden also vier grundlegende Werte (soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit, Libertarismus und Autoritarismus) zwei Konfliktlinien. Da die beiden Konfliktdimensionen voneinander unabhängig sind, ergibt sich ein Achsenkreuz, an dessen Mittelpunkt (Nullpunkt) vier Vektoren aufeinander stoßen, die für einen der vier grundlegenden Werte stehen. Da in modernen postindustriellen Gesellschaften ideologisch strukturierte Überzeugungssysteme die Ausnahme bilden, dürften die Wertekonflikte nicht

47 Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann, The Left-Right-Schema, in: M. Kent Jennings u.a., Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 203-234, Zit. S. 229.

48 Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 25-48; hier S. 30.

49 Eine ausführliche Beschreibung findet sich in Stöss (Anm. 38), S. 147 ff.

antagonistischer Natur sein. Sie bestehen wohl zumeist darin, welches relative Gewicht den beiden Werten jedes Wertepaares zukommt: Sollen Entscheidungen hinsichtlich der Gestaltung der politischen Ordnung eher an libertären oder eher an autoritären Zielvorstellungen ausgerichtet werden? Soll sich die Lösung von wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen eher am Grundwert soziale Gerechtigkeit oder eher am Grundwert Marktfreiheit orientieren?

Um die Position der Befragten im Werteraum zu bestimmen, wurden ihnen drei Fragebatterien vorgelegt, die sie nach dem **Rankingverfahren** zu beantworten hatten:

- (A) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
 - mehr direkte Demokratie
 - Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
 - mehr Sicherheit und Ordnung
 - weiß nicht
 - k.A.
- (B) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- mehr politische Stabilität und Kontinuität
 - mehr soziale Gleichheit
 - mehr Umweltschutz
 - mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt
 - weiß nicht
 - k.A.
- (C) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
 - stärkere Förderung der Leistungsträger
 - mehr Vaterlandsliebe
 - Beseitigung der Armut
 - weiß nicht
 - k.A.

Aus diesen drei Batterien wurden die Variablen "Grundwert Soziale Gerechtigkeit" (**SOZGER**), "Grundwert Libertarismus" (**LIB**), "Grundwert Marktfreiheit" (**Markt**) und "Grundwert Autoritarismus" (**AUT**) gebildet. Sie umfassen jeweils die Werte Null ("kein") bis 12 ("Stark")⁵⁰. Für ver-

50 Zur Konstruktion und Validierung des Modells "Grundlegende politische Wertorientierungen" vgl. Anhang 82.

gleichende Potenzialanalysen wurde für jeden Grundwert noch eine (kumulierte) Tabellenversion erzeugt (SOZGERKU, LIBKU, MARKTKU, AUTKU), die von Null ("ohne") bis Drei ("hoch") reicht. Drei bedeutet, dass in allen drei Batterien der betreffende Grundwert an die erste Stelle gesetzt wurde, Zwei bedeutet, dass der betreffende Wert nur zwei Mal an die erste Stelle gesetzt wurde usw.

Rechtsextremismus (REXL) korreliert nur mit den Variablen der politischen, nicht aber mit denen der ökonomisch-sozialen Achse. Autoritäre Wertorientierungen begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus ziemlich stark ($r = 0,344$), libertäre Wertorientierungen behindern seine Ausbreitung, allerdings vergleichsweise schwach ($r = -0,191$). Folglich besteht auch kein Zusammenhang zwischen REXL und der ökonomisch-sozialen Achse (SOZMARKT), wohl aber zwischen REXL und der politischen Achse (LIBAUT): $r = 0,345$. Dieser Messwert ist identisch mit dem für autoritäre Wertorientierungen⁵¹.

43 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder befürworten den Grundwert **Soziale Gerechtigkeit** mittel bis stark, von den Nicht-Mitgliedern tun das nur 35 Prozent. Die prozentuale Abweichung der Organisierten von den Unorganisierten beträgt +23 Prozent, für diesen Grundwert gilt die allgemeine Spiegelbildthese also nicht. Zudem stellen wir einen deutlichen West-Ost-Unterschied fest: Die Ostdeutschen, Organisierte wie Unorganisierte, sind häufiger starke Befürworter von sozialer Gerechtigkeit als die Westdeutschen⁵².

Bei dem Wert **Marktfreiheit** unterscheiden sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder ebenfalls erheblich: Erstere befürworten neoliberale Vorstellungen seltener als letztere, wobei die prozentuale Abweichung sogar -38 Prozent beträgt. Auch hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu, und wiederum besteht eine Ost-West-Differenz: Die "Wessis" neigen stärker zu Marktfreiheit als die "Ossis"⁵³. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die mittlere bis starke Zustimmung zu diesem Grundwert nicht sehr groß ausfällt (was übrigens auch für die beiden folgenden Werte gilt).

Libertarismus findet bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gleich starken Anklang. Wir haben es folglich mit der Spiegelbildthese zu tun. Auch in diesem Fall ist der Ost-West-Unterschied

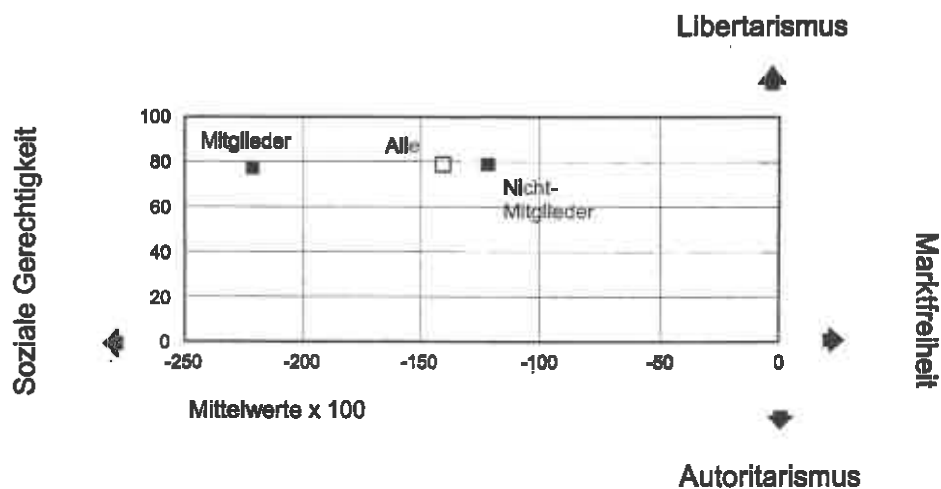
51 Zu den Achsen siehe Anhang 82.

52 Siehe Anhang 83.

53 Siehe Anhang 84.

beträchtlich. Auch auf den Grundwert **Autoritarismus** trifft die Spiegelbildthese zu. Der West-Ost-Gegensatz fällt hier freilich sehr maßvoll aus⁵⁴.

Grafik 3:
Die Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern
und Nicht-Mitgliedern 2003



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Die Wertorientierungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern differieren also nur auf den Vektoren der ökonomisch-sozialen Achse (Soziale Gerechtigkeit, Marktfreiheit), für die beiden anderen Vektoren (Libertarismus, Autoritarismus) gilt die Spiegelbildthese. Das Erkenntnisinteresse

54 Siehe Anhang 85 und 86.

unseres Modells besteht darin, vier als maßgeblich betrachtete Grundwerte im Zusammenhang zu analysieren. Grafik 3 zeigt die Position von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Werteraum. Nun offenbaren sich die Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten auch plastisch. Diese betreffen *nicht* die Achse Libertarianismus - Autoritarismus. Bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, also in der Bevölkerung insgesamt, sind libertäre Werte mächtiger als autoritäre. Der Vorrang ersterer ist zwar nicht überwältigend, aber doch deutlich. (Es sei daran erinnert, dass die entsprechenden Vektorwerte miteinander verrechnet werden.) Mitglieder und Nicht-Mitglieder besetzen allerdings verschiedene Positionen auf der ökonomisch-sozialen Achse. Das arithmetische Mittel ($\times 100$) beträgt -222 für Organisierte und -126 für Unorganisierte.

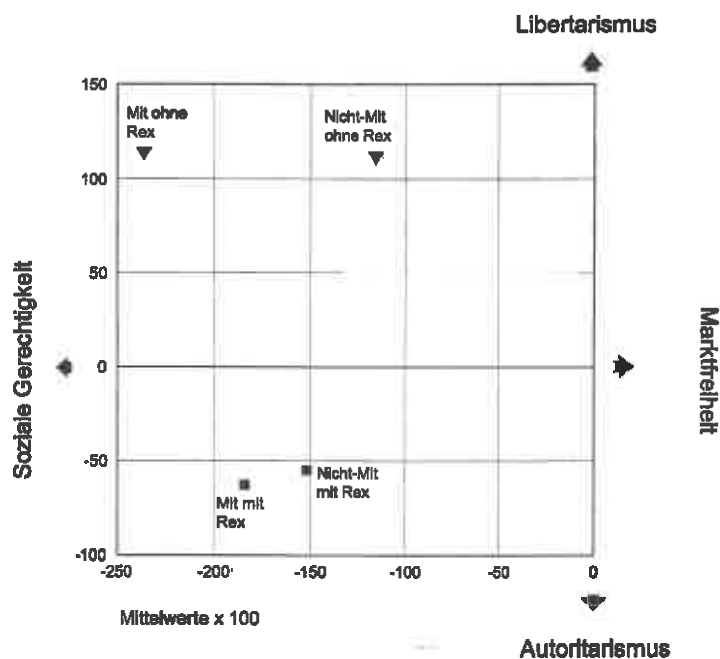
Das bedeutet zunächst einmal, dass in der Bevölkerung generell soziale Orientierungen wesentlich ausgeprägter sind als neoliberale. Bei Gewerkschaftsmitgliedern ist die durchschnittliche Differenz von SOZGER und MARKT allerdings fast doppelt so groß wie bei Nicht-Mitgliedern. Mitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich also nicht hinsichtlich ihrer politischen, sondern hinsichtlich ihrer ökonomisch-sozialen Grundüberzeugungen. Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu: **Organisierte befürworten wesentlich häufiger den Grundwert soziale Gerechtigkeit als Unorganisierte.** Aber gerade dieser Wertekonflikt ist unerheblich für die Erklärung von Rechtsextremismus: Wie erwähnt, korrelieren SOZGER und MARKT nicht mit REXL.

Umgekehrt besteht bei dem politischen Wertegegensatz, der maßgeblich für die Ausprägung von Rechtsextremismus ist (Libertarismus - Autoritarismus), kein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten. Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich von Nicht-Mitgliedern nicht etwa dadurch, dass sie sich primär von demokratischen, postmaterialistischen oder anti-autoritären Werten leiten lassen und wehren Rechtsextremismus daher auch nicht besonders ab. Für sie stehen eben - wie für die Bevölkerung insgesamt - die "bread and butter" - Fragen im Vordergrund und daher stellen sie auch in dieser Hinsicht ein Spiegelbild der Gesellschaft dar.

Der **West-Ost-Vergleich** der Positionen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Wertefeld (Grafik im Anhang 87) bestätigt, dass sich Organisierte und Unorganisierte nur hinsichtlich ihrer ökonomisch-sozialen Grundüberzeugungen unterscheiden. Die Gewerkschaftsmitglieder in West und Ost sprechen sich häufiger für soziale Gerechtigkeit aus als die Nicht-Mitglieder in beiden Landesteilen. Der Ost-West-Unterschied besteht darin, dass die "Wessis" durchschnittlich libertärer als die "Ossis" eingestellt sind, dafür aber weniger Wert auf soziale Gerechtigkeit

legen. Und es besteht noch ein weiterer Unterschied: Die Wertorientierungen von Organisierten und Unorganisierten liegen im Osten dichter bei einander als im Westen. Die der Ostdeutschen sind also homogener als die der Westdeutschen⁵⁵. Die Wertorientierungen der Ost-Gewerkschafter unterscheiden sich stärker von denen der West-Gewerkschafter (Distanz: 90) als von denen der Unorganisierten im Osten (Distanz: 66). Die Grundüberzeugungen der West-Gewerkschafter liegen näher an denen der Unorganisierten im Osten (Distanz: 64) als an denen der Organisierten im Osten (Distanz: 90). Dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Ostdeutschland größer ist als in Westdeutschland, liegt unter anderem also daran, dass die Ostdeutschen auf der für die Ausbreitung des Rechtsextremismus maßgeblichen politischen Konfliktachse weniger libertär und stärker autoritär geprägt sind als die Westdeutschen.

Grafik 4:
Die Wertorientierungen von rechtsextremen und nicht rechtsextremen
Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern 2003



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forax; Finanzierung: OBS + HBS

55. Die genauen Distanzen können Anhang 88 entnommen werden.

Grafik 4 zeigt, dass der Unterschied zwischen rechtsextremen und nicht-rechtsextremen Befragten im Werteraum, unabhängig davon, ob sie organisiert sind oder nicht, im politischen Konfliktbereich liegt. Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus hängt bei Organisierten wie Unorganisierten nur minimal von ihrer Position auf der ökonomisch-sozialen Konfliktachse ab. Entscheidend sind autoritäre Neigungen bzw. die Geringschätzung von libertären Werten. Umgekehrt sind Befragte mit starken Präferenzen für libertäre Konzepte nahezu immun gegen Rechtsextremismus.

Betrachtet man die Positionen der Mitglieder ausgewählter Gewerkschaften im Wertefeld, dann wird deutlich, dass die Grundüberzeugungen zwischen den Gewerkschaften variieren, nicht nur auf der ökonomisch-sozialen, sondern auch auf der politischen Achse⁵⁶. Wenn die Organisierten differenzierter betrachtet werden, offenbaren sich also durchaus auch Unterschiede auf der für die Ausprägung des Rechtsextremismus bedeutsamen Libertarismus-Autoritarismus-Achse.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Gewerkschaftsmitglieder bezüglich des ökonomisch-sozialen Wertekonflikts kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, wohl aber bezüglich des politischen Wertekonflikts. **Dass Organisierte und Unorganisierte gleichermaßen anfällig für Rechtsextremismus sind, beruht darauf, dass der ökonomisch-soziale Wertekonflikt keine Bedeutung für die Ausbreitung von Rechtsextremismus hat.** Maßgeblich dafür ist der politische Wertekonflikt, bei dem sich allerdings die Positionen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern nicht unterscheiden.

3.6 Zwischenfazit zu Persönlichkeitseigenschaften

Auf fünf der bislang untersuchten Prädiktoren für Rechtsextremismus trifft die Spiegelbildthese zu: autoritäre Persönlichkeit (ASKO), Leistungsorientierung, politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT), libertäre Wertorientierungen und autoritäre Wertorientierungen. Sie gilt nicht für politische Apathie (Unorganisierte sind apathischer als Organisierte), für den Grundwert soziale Gerechtigkeit (Organisierte sind sozialer eingestellt als Unorganisierte) und für den Grundwert Marktfreiheit (Unorganisierte sind neoliberaler orientiert als Organisierte).

Vier der Prädiktoren korrelieren positiv mit Rechtsextremismus: ASKO, Leistungsorientierung, politische Apathie und autoritäre Wertorientierungen. Ein negativer Zusammenhang besteht zwischen Rechtsextremismus und politischem Selbstbewusstsein sowie libertären Wertorientie-

56 Siehe Anhang 89 (teilweise geringe Fallzahlen).

rungen. Keine statistische Beziehung zu Rechtsextremismus findet sich bei sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit. Untereinander korrelieren die Prädiktoren nur ausnahmsweise: Ein starker negativer Zusammenhang prägt - wenig verwunderlich - das Verhältnis von politischem Selbstbewusstsein und politischer Apathie. Schwach positiv sind ASKO und autoritäre Wertorientierungen miteinander assoziiert. (Dass dieser Zusammenhang nur mäßig ausfällt, bestärkt uns in der Überzeugung, dass Persönlichkeitseigenschaften und Wertorientierungen separat analysiert werden sollten.)

Insgesamt erklären die Prädiktoren für alle Befragten 32 Prozent der Varianz der Rechtsextremismus-Skala REXL, wobei kein Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht (Organisierte 32%, Unorganisierte 33%). Ein Vergleich der Beta-Werte⁵⁷ der Regression der Prädiktoren auf REXL verweist allerdings auf interessante Differenzierungen: Bei den Unorganisierten haben die autoritäre Persönlichkeit (ASKO) und autoritäre Wertorientierungen den größten Einfluss auf REXL. Es folgen Leistungsorientierung und politische Apathie. Die übrigen Prädiktoren sind (in diesem Kontext) vergleichsweise bedeutungslos. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern überragt die Erklärungskraft von ASKO für REXL, autoritäre Wertorientierungen spielen eine nachgeordnete Rolle. Auch Leistungsorientierung und politische Apathie sind von mäßigem Effekt.

4. Bewertungen gesellschaftlicher Zustände

In diesem Abschnitt befassen wir uns mit Prädiktoren für Rechtsextremismus, die auf die Bewertung von ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Zuständen zielen. Sie speisen sich aus den Erklärungsfaktoren, die sich auf die **Politische Kultur** beziehen, und aus denen, die die von den Individuen in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen zu bewältigenden **Probleme** zum Gegenstand haben. Letzteres aber nur insoweit, als die Probleme nicht unmittelbar Bestandteil des sozio-ökonomischen Status sind und bereits in Kapitel C abgehandelt worden sind⁵⁸, insoweit sie also subjektive Bewertungen enthalten.

57 Der Koeffizient Beta gibt den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige (hier: REXL) an.

58 Siehe dazu oben Kap. A 3.2 sowie die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen", S. 47.

4.1 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die "generelle politische Orientierung" einer Person lässt sich besonders gut anhand der Selbstplatzierung auf einer Links-Rechts-Skala bestimmen⁵⁹. Fuchs und Kühnel bezeichnen das Links-Rechts-Schema daher mit Recht als ein "Super-Issue":

"Das Links/Rechts-Schema ist ein effizienter Mechanismus der Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte durch symbolische Generalisierung. Die Herausbildung solcher abstrakter Mechanismen ist vor allem in differenzierten politischen Systemen ein funktionales Erfordernis zur Orientierung und Kommunikation der Bürger in der politischen Welt."⁶⁰

Nach Fuchs und Klingemann⁶¹ hat das Schema eine Vielzahl von Bedeutungen, die stark von den vorherrschenden Konflikten in einer Gesellschaft abhängen. In Westeuropa seien diese Konflikte hauptsächlich sozialstruktureller und religiöser Natur. Da es sich bei der ideologischen Selbstidentifikation um ein hoch generalisiertes Konzept handelt, bietet die Literatur eine Fülle von "theories about the irrelevance, persistence, transformation and pluralisation of the meaning of left and right"⁶².

Dass die These von der Pluralisierung die größte Unterstützung findet, sollte für unsere Belange eigentlich unerheblich sein. Uns geht es um zwei Fragen, die in der Literatur allenfalls am Rande behandelt werden. Erstens: Zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder - wie vermutet - durch eine besonders linke Selbsteinstufung aus? Und zweitens: Ist das Links-Rechts-Schema sensibel für rechtsextreme Einstellungen? Immunisiert eine linke Selbstidentifikation gegen Rechtsextremismus?

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung wurde wie üblich mit folgender Frage erhoben:

LIRE Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 und 10 einstufen? 1 bedeutet links, und 10 bedeutet rechts.

59 Manfred Küchler: Xenophobie im Internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 248-262, Zit. S. 259.

60 Dieter Fuchs/Steffen M. Kühnel: Die evaluative Bedeutung Ideologischer Selbstidentifikation, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 217-252, Zit. S. 217.

61 Fuchs/Klingemann (Anm. 47).

62 Vgl. z.B. Oddbjørn Knutsen: Value Orientations, Political Conflicts and the Left-Right Identification, in: *European Journal of Political Research*, 27. Jg. (1995), H. 5, S. 63-93.

Die Skala reicht von Eins bis Zehn. Für Tabellen wurde eine Kurzfassung erzeugt:

- LIRE4** Links (Werte 1-3)
- Mitte-Links (Werte 4-5)
- Mitte-Rechts (Werte 6-7)
- Rechts (Werte 8-10)

Die Rechtsextremismus-Skalen korrelieren schwach positiv mit LIRE. Je rechter sich die Befragten einstufen, desto mehr neigen sie auch zu rechtsextremen Einstellungen. Der Zusammenhang fällt freilich nicht so stark aus, dass die ideologische Selbstidentifikation als Ersatz für eine Rechtsextremismus-Skala herhalten könnte. Die ideologische Selbstidentifikation ist nur mäßig sensibel für extrem rechte, aber - wie sich zeigen wird - überhaupt nicht sensibel für extrem linke Positionen. Sie dient wohl vor allem der ideologischen Verortung im "normalen" oder "mittigen" politisch-ideologischen Spektrum. Gleichwohl wehrt eine linke Selbsteinstufung Rechtsextremismus in gewissem Umfang ab. Das zeigt sich auch bei den Rechtsextremismus-Anteilen an den vier LIRE-Gruppen:

	REXPOT
Links	11
Mitte-Links	18
Mitte-Rechts	22
Rechts	44

Immerhin elf Prozent der Linken und nur 44 Prozent der Rechten sind rechtsextrem eingestellt. Bei der ideologischen Selbstidentifikation des rechtsextremen Einstellungspotenzials bezeichnen sich 12 Prozent der Rechtsextremen als links und ganze 17 Prozent als rechts. Über die Hälfte der Befragten ordnet sich in der linken Mitte ein:

	Links	Mitte-Links	Mitte-Rechts	Rechts
REXPOT	12	52	19	17

Gewerkschaftsmitglieder stufen sich häufiger links und seltener rechts ein als Nicht-Mitglieder. Als links bezeichnen sich 24 Prozent der Organisierten, aber nur 19 Prozent der Unorganisierten. In den beiden ideologischen Mittelgruppen besteht freilich kein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten⁶³. Insoweit sich in der Mitgliedschaft deutlich mehr Linke und weniger Rechte als bei den Nicht-Mitgliedern befinden, kann die Spiegelbildthese zurück ge-

63 Siehe Anhang 90.

wiesen werden. Bei den Mittelwerten macht sich dies nicht so deutlich bemerkbar, weil sich die Befragten sehr ungleichmäßig über die vier ideologischen Gruppen verteilen. Weiterhin besteht ein deutlicher West-Ost-Gegensatz: Die Ostdeutschen sind wesentlich linker und weniger rechts eingestellt als die Westdeutschen. Die Differenz ist bei den Nicht-Mitgliedern noch auffälliger als bei den Mitgliedern.

Insgesamt weicht die ideologische Selbstidentifikation der Gewerkschaftsmitglieder jedoch nicht so massiv von der der Unorganisierten ab, dass sie ohne weiteres als zentrales Merkmal einer typischen gewerkschaftlichen Mentalität anzusehen wäre. Möglicherweise ist die "Pluralisierung" der Bedeutung von links und rechts dafür verantwortlich, dass die Links-Rechts-Selbsteinstufung nicht zu einer wirklich überzeugenden Trennung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern führt.

Für die folgenden empirischen Analysen werden wir LIRE auch zu **RELI (Rechts-Links-Selbsteinstufung)** umpolen, wenn es um den Einfluss von linksgerichteten Orientierungen auf Rechtsextremismus geht.

4.2 Orientierungen gegenüber der Demokratie

Einer klassischen Definition zur Folge handelt es sich beim Rechtsextremismus um antidemokratisches Denken⁶⁴. Die positive Bewertung der Demokratie sollte daher Rechtsextremismus abwehren, zumal demokratische Orientierungen zum "politischen Repertoire"⁶⁵ zählen dürften, weil sie die Unterstützung demokratischer Regime signalisieren. Unzufriedenheit mit oder sogar Ablehnung der Demokratie sollten dagegen die Entstehung und Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen.

Bei der Evaluierung von Demokratie werden zumeist drei Objektebenen unterschieden⁶⁶:

- die **Werteebene** bezieht sich auf die Idee der Demokratie schlechthin und auf allgemeine Normen zu ihrer Ausgestaltung;

64 Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München: Piper 1962; 1968 erschien eine Studienausgabe unter dem Titel: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik.

65 Max Kaase und Alan Marsh (Political Action. A Theoretical Perspective, in: Samuel H. Barnes u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979, S.27-56, Zit. S. 39) sprechen von "political repertory", womit "the sum of all political skills an individual has acquired through vicarious reinforcement and imitative learning" gemeint ist.

66 Niedermayer (Anm. 13), S. 80 ff.

- die **Strukturebene** bezieht sich auf die verfassungsmäßig festgelegte Demokratieform eines Landes (Verfassungsanspruch);
- die **Performanzebene** bezieht sich auf den Zustand und das Funktionieren der Demokratie in einem Land (Verfassungswirklichkeit).

Unsere Fragen zur Demokratie lauten:

- DEMO_1 Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?
- DEMO_2 Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist?
- DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert?
- DEMO_4 Jeder Bürger sollte das Recht haben, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.
- DEMO_5 Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- DEMO_6 Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- DEMO_7 Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
- DEMO_8 Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (neg).
- DEMO_9 Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (neg).
- DEMO_10 Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen (neg).

DEMO_1 bezieht sich auf die Werteebene, DEMO_2 auf die Strukturebene und DEMO_3 auf die Performanzebene. Diese drei Items dienen zumeist zur Messung der Unterstützung von Demokratie bzw. von Demokratiezufriedenheit⁶⁷. DEMO_4 bis DEMO_10 enthalten normative Aussagen über die Ausgestaltung der Demokratie, die der Skala von Kaase entnommen sind⁶⁸.

67 Niedermayer (Anm. 13). Vgl. auch Oscar W. Gabriel: Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 41-77 (mit Befragungsinstrumenten, S. 71 ff.); Dieter Fuchs: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 81-113.

68 Max Kaase & Wilhelm Bürklin (1999): Demokratie-Skala, in: Angelika Glöckner-Rist & Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen. - Die Formulierung des Statements von DEMO_4 lautet bei Kaase: "Jeder Bürger hat das Recht, ...". Das Statement "Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Ge- (Forts. nächste Seite)

Nach Bürklin messen DEMO_4 und DEMO_5 "offensive Partizipation", DEMO_6 und DEMO_7 "Regelverständnis" und DEMO_8 "Konfliktverständnis". Die Variablen DEMO_9 und DEMO_10 konnte Bürklin keinem Cluster zuordnen⁶⁹.

DEMO_1, DEMO_2 und DEMO_3 sind bei einer Faktorenanalyse durch eine gemeinsame Hintergrundvariable geprägt, die sich offenbar auf die strukturelle Dimension politischer Orientierungen, auf die politische Ordnung insgesamt bezieht. Die drei Variablen werden daher zu dem Index DEMOS "Bewertung der Demokratie als System" zusammengefasst, der über folgende Ausprägungen verfügt:

Antidemokraten sind gegen die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden;

systemkritische Demokraten sind zwar für die Idee der Demokratie, mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik aber unzufrieden;

politikkritische Demokraten sind für die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik zufrieden, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik aber unzufrieden;

zufriedene Demokraten sind für die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.

Korrelationsanalysen zeigen, dass die drei Variablen positiv miteinander assoziiert sind, aber auch unterschiedliche Sachverhalte messen. Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen der Beurteilung der Strukturebene (Verfassungsanspruch) und der Performanzebene (Verfassungswirklichkeit). Die Beurteilung der Werteebene (Idee der Demokratie) ist vergleichsweise unabhängig von der Beurteilung der beiden anderen Ebenen. Der zweite Faktor, der sich bei der Faktorenanalyse ergibt, steht für normative Demokratievorstellungen oder -konzepte. Dass DEMO_4 und DEMO_5 (wie Bürklin vermutet) "offensive Partizipation" bedeuten, muss bezweifelt werden. Zum einen handelt es sich bei "offensiver Partizipation" wohl kaum um eine demokratische Norm, sondern eher um eine Variante von Partizipation. Zum anderen enthalten beide Statements den Begriff "Recht". Es geht offenbar um demokratische Rechte, und zwar jedes einzelnen Menschen. Daher empfiehlt sich die Bezeichnung "individuelle demokratische Rechte". DEMO_6 und DEMO_7 könnten nach Bürklin durchaus als (auf das System bezogenes) "Regelverständnis" bezeichnet werden. Wenn eine Faktorenanalyse ohne DEMO_1, DEMO_2

sellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl" ist in ähnlicher Form Bestandteil der Rechtsextremismus-Skala (DIKTA_3) und konnte hier deshalb nicht berücksichtigt werden. Auf das Statement "In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen" wurde verzichtet, weil wegen der Verwendung des unbestimmten Begriffs Gewalt unklar ist, was damit gemessen wird.

69 Kaase/Bürklin (Anm. 68).

und DEMO_3 gerechnet wird, ergibt sich wiederum eine Dreierlösung, wobei jetzt die individuellen demokratischen Rechte und das Regelverständnis je einen Faktor und DEMO_8, DEMO_9 und DEMO_10 den dritten Faktor bilden. Die Variablen DEMO_8, DEMO_9 und DEMO_10 zielen ebenfalls auf normative Demokratiekonzepte. Dass sie dennoch einen eigenen Faktor bilden, dürfte daran liegen, dass sie in der ursprünglichen Polung eine etatistische bzw. antipluralistische Sicht von Demokratie signalisieren. Wir sprechen daher von einem "restriktiven Demokratieverständnis". Als Konsequenz (auch weiterer Analysen, die hier nicht dargelegt werden) ergibt sich, dass folgende drei Demokratie-Indizes aussichtsreich zu verwenden sind:

- DEMOS:** **Bewertung der Demokratie als System;** zur Konstruktion siehe oben; wir werden in diesem Zusammenhang auch von **Demokratiezufriedenheit** sprechen.
- DEMOK:** **Bewertung normativer Demokratiekonzepte;** Index aus den Variablen DEMO_4 bis DEMO_10, wobei DEMO_8 bis DEMO_10 umgepolt wurden; wir werden im Zusammenhang mit diesem Index auch von **demokratischen Orientierungen** sprechen.
- DEMOR:** **restriktives Demokratieverständnis;** Index aus DEMO-8 bis DEMO_10.

Einige ausgewählte Belege für die Konstruktvalidität: DEMOS und DEMOK korrelieren im Schnitt ziemlich stark positiv, DEMOR negativ mit den Rechtsextremismus-Skalen. Wie zu erwarten war, handelt es sich beim Rechtsextremismus um eine antidemokratische Weltsicht. Weiterhin sollten demokratische Orientierungen nicht von der Links-Rechts-Selbsteinstufung abhängig sein. Die Daten bestätigen das. Politisches Interesse sollte mit demokratischen Orientierungen positiv korrelieren. Einen ziemlich starken Zusammenhang finden wir mit DEMOS, einen schwachen mit DEMOK und einen sehr schwachen - negativen - mit DEMOR. ASKO sollte negativ mit DEMOS und DEMOK, positiv mit DEMOR korrelieren. Das trifft auch zu, bis auf DEMOS: Die Bewertung der Demokratie als System steht offenbar - und überraschenderweise - in keinem Zusammenhang mit autoritären Persönlichkeitsstrukturen. Insgesamt bestätigt die Konstruktvalidierung, dass die drei Indizes im Großen und Ganzen das messen, was sie messen sollen. Die Prognosen haben sich zwar nicht in dem erwarteten Umfang bestätigt. Die Abweichungen erscheinen allerdings plausibel und sind daher akzeptabel.

Wenn bei den Indizes DEMOK und DEMOR die Schnittstelle zur vergleichenden Potenzialbestimmung auf das arithmetische Mittel gelegt würde, betrügen die Einstellungspotenziale 63 Prozent bzw. 64 Prozent. Um eine akzeptable Trennschärfe zu gewährleisten, werden wiederum kumulierte Indizes gebildet: **DEMOKK** besteht aus sieben Statements und reicht daher von Null bis Sieben, je nachdem, wie viele Statements befürwortet werden. **DEMORK** umfasst drei Statements und reicht folglich von Null bis Drei.

Bei der **Bewertung der Demokratie als System** machen sich einige Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern bemerkbar: Während nur zwei Prozent der Organisierten als Antidemokraten identifiziert wurden, sind es bei den Unorganisierten mehr als doppelt so viele, nämlich fünf Prozent. 38 Prozent der Mitglieder, aber nur 33 Prozent der Nicht-Mitglieder erweisen sich als politikkritisch (oder politikverdrossen), und 38 Prozent der Mitglieder und sogar 41 Prozent der Nicht-Mitglieder können als zufriedene Demokraten bezeichnet werden. Insgesamt erscheinen die Differenzen zwischen Organisierten und Unorganisierten aber nicht so groß, dass die Spiegelbildthese widerlegt werden würde. Der Ost-West-Unterschied fällt teilweise etwas deutlicher aus: Das gilt für die systemkritischen Demokraten, die im Osten (bei Organisierten und Unorganisierten) doppelt so häufig anzutreffen sind wie im Westen. Umgekehrt sind die "Wessis" wesentlich zufriedener mit der Demokratie als die "Ossis"⁷⁰

Bezüglich der Verbreitung von **demokratischen Orientierungen** bestehen keine nennenswerten Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Hier gilt ebenfalls die Spiegelbildthese. Bei den Befragten mit starken demokratischen Orientierungen macht sich eine deutliche West-Ost-Differenz bemerkbar: Diese Gruppe ist unter Westdeutschen häufiger anzutreffen als unter Ostdeutschen. Auch für das **restriktive Demokratieverständnis** gilt die Spiegelbildthese. Und auch hier stoßen wir wieder auf das West-Ost-Gefälle: Die neuen Bundesbürger haben häufiger restriktive Ordnungsvorstellungen als die alten⁷¹.

Zusammenfassend dämmen DEMOS (Demokratiezufriedenheit) und DEMOK (demokratische Orientierungen) Rechtsextremismus eher ein, während DEMOR (restriktives Demokratieverständnis) der Ausbreitung von Rechtsextremismus eher Vorschub leistet. DEMOR könnte auch ein Indikator für etatistischen, antipluralistischen Konservatismus sein. Für alle drei Prädiktoren gilt die allgemeine Spiegelbildthese.

4.3 Sozialistische Orientierungen

Es entspricht der landläufigen Auffassung, dass es sich beim Sozialismus geradezu um das Gegenteil von Rechtsextremismus handelt, dass Personen mit sozialistischen Orientierungen immun gegen Rechtsextremismus sind. Erste empirisch abgesicherte Anzeichen dafür, dass

70 Siehe Anhang 91.

71 Siehe Anhang 92 und 93.

dies nicht der Realität entspricht, lieferte eine Untersuchung aus dem Jahr 2001⁷². Sie konnte den Nachweis erbringen, dass ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen rechtsextremen und altsozialistischen Einstellungen besteht.

In der Literatur finden sich kaum Vorlagen für eine Sozialismus-Skala. Einer vor 20 Jahren vom Institut für Demoskopie Allensbach für das Bundesministerium des Innern durchgeführten Extremismus-Studie lag eine Linksextremismus-Skala⁷³ zu Grunde, die vor allem auf Gewaltbereitschaft abhob. Abgesehen einmal davon, dass die Statements heute nicht mehr aktuell sind, liegen auch kaum theoretische und statistische Informationen über das Messinstrument vor. Anlässlich der Bundestagswahl 1994 arbeiteten Falter und Klein mit einer "Skala zur Messung sozialistischer Vorstellungen"⁷⁴, die im DFG-Projekt "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland"⁷⁵ (Deutsche Nationale Wahlstudie; DNW) Verwendung fand. Die Skala umfasste sechs Statements:

- Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.
- Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- Die Arbeiter werden bei uns immer noch ausgebeutet.
- Die Länder der Dritten Welt werden von den Industrieländern rücksichtslos ausgeplündert.

Die letzten drei Statements benutzt Deinert als "Sozialismus-Index"⁷⁶.

Für den "Berlin-Brandenburg-BUS 2002", einer periodischen Bevölkerungsbefragung in der Region⁷⁷, bemühten sich Stöss und Niedermayer um ein theoretisch fundiertes Messinstrument.

72 Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001.

73 Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring: Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, Bonn: Der Bundesminister des Inneren 1984, S. 32.

74 Jürgen W. Falter/Markus Klein: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1994, B 51-52, S. 22-34, hier S. 31.

75 Katja Neller/Oscar W. Gabriel: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland: Die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 542-563; Katja Neller: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998, in: ZA-Informationen 47, November 2000, S. 29-35; Oscar W. Gabriel/Katja Neller: Einleitung: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 9-38.

76 Rudolf Günter Deinert: Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl, St. Augustin: Gardez!-Verlag 1997, S. 177.

Sozialismus-Statements sollten sich in struktureller Hinsicht weniger auf Institutionen und Verfahrensregeln, sondern vor allem auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sowie auf die Verfasstheit der (Welt-)Gesellschaft schlechthin beziehen. Sie sollen - mittelbar oder unmittelbar - entsprechende wert- oder normenbezogene Evaluierungen oder auch Gesamtbewertungen messen. Beide Autoren gingen davon aus, dass es sich beim Sozialismus um einen Gesellschaftsentwurf handelt, der sich gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Faschismus, Konservatismus, Liberalismus und Kommunismus richtet. Eine positive Bestimmung des Begriffs sei wegen der Vielfalt der Sozialismusvorstellungen nicht möglich⁷⁸. Als Dimensionen des Einstellungssyndroms wurden Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Faschismus angenommen, wobei jeweils zwischen der Wahrnehmung der kapitalistischen Gesellschaft aus sozialistischer Perspektive und sozialistischen Zielen unterschieden wurde. Auf die Wahrnehmungsebene beziehen sich die Behauptungen, dass die Bundesrepublik nach wie vor eine Klassengesellschaft sei, dass der Kapitalismus antidemokratisch sei und zum Faschismus tendiere und dass der US-amerikanische Imperialismus den Weltfrieden mehr bedrohe als andere Staaten, Regime oder Ideologien. Als Ziele wurden die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen, eine Klassenpartei der Arbeiter, das Machtgleichgewicht von Arbeit und Kapital sowie das Ende der Ausplünderung der Dritten Welt genannt. Schließlich fand noch eine allgemeine Dimension Berücksichtigung, die als "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" bezeichnet wurde (Statement 6). Die Statements lauten:

1. Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
2. Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
3. Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
4. Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistischen Staat.
5. Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
6. Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
7. Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.
8. In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört.

77 Genauere Informationen unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/BROSCH95.DOC> . Die Ergebnisse der Befragung von 2002 liegen nur als Internet-Versionen vor: Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Arbeitspapier, Juli 2002, 28 S.; Richard Stöss: Politische Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, Arbeitspapier, Juli 2002, 77 S.; beide: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002>.

78 Vgl. dazu die Beiträge von Detlef Lehnert und Peter v. Oertzen in: Lexikon des Sozialismus, hrsg. v. Thomas Meyer u.a., Köln: Bund-Verlag 1986, S. 561-564, 564-567.

9. Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben, wie die Unternehmer.

Faktorenanalysen ergaben, dass die Statements kein konsistentes Einstellungsmuster abbilden. Die Items Nr. 5, 6 und 8 erzwangen vielmehr einen zweiten Faktor gegenüber den übrigen Items, die zu dem Index "traditionalistischer Sozialismus" zusammengefasst wurden. Dieser Index misst nach Auffassung der Autoren Orientierungen, die der Mentalität der Anhänger von Parteien wie der SED, der SEW oder der DKP, also der Verfechter des seinerzeitigen "real existierenden Sozialismus" entsprechen. Die Statements, die auf dem zweiten Faktor hoch laden, wurden zu dem Index "gemäßigter Sozialismus" zusammengefasst.

Bei der Ausarbeitung des Fragebogens haben wir uns an den Überlegungen von Stöss und Niedermayer orientiert. Auf der Basis einer Sekundärauswertung ihrer Daten (und der DNW-Daten 1998) sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass Sozialismus tatsächlich kein geschlossenes Einstellungsmuster darstellt, sondern im wesentlichen zwei Dimensionen umfasst, nämlich traditionelle Orientierungen und solche, die eher der globalisierungskritischen bis - feindlichen "ATTAC-Mentalität" entsprechen. Zudem dürfte die "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" auch Einstellungen erfassen, die den Staatssozialismus der DDR ablehnen. Wir haben daher ein Statement aufgenommen, das (negativ gepolt) auch die Zustimmung zum damaligen "real existierenden Sozialismus" erfasst (SOZ_10). Das Statement Nr. 9 wurde nicht berücksichtigt, weil es nicht auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sondern auf die industriellen Beziehungen gerichtet ist. Wir haben es in die Batterie zum gewerkschaftlichen "belief system" aufgenommen.

Die Statements unserer Umfrage lauten:

- SOZ_1 Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- SOZ_2 Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- SOZ_3 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- SOZ_4 Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen.
- SOZ_5 Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
- SOZ_6 Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- SOZ_7 In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.
- SOZ_8 Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
- SOZ_9 Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.
- SOZ_10 Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt (neg).

Auch in unserem Datensatz korrelieren die Variablen zumeist kaum miteinander. Die Faktorenanalyse ergibt statistisch und inhaltlich kein klares Bild. **Beim Sozialismus handelt es sich offenbar tatsächlich nicht um ein mehr oder minder konsistentes Einstellungsmuster.** Sieht man einmal von den statistischen Kennziffern ab, dann haben wir es aber durchaus mit zwei erkennbaren Dimensionen zu tun: SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 beziehen sich auf die Globalisierung. Sie laden auf dem ersten Faktor hoch, freilich gemeinsam mit SOZ_2 (US-Imperialismus), SOZ_4 (faschistische Tendenzen) und SOZ_7 (Klassengegensätze). Diese Statements waren allerdings auf traditionellen Sozialismus gemünzt, wozu auch SOZ_1 (Verstaatlichung) und SOZ_3 (Demokratie ohne Kapitalismus) zu zählen sind, die allerdings auf dem zweiten Faktor hoch laden. Bei der Reliabilitätsanalyse erweist sich die Konsistenz der zehn Variablen als mäßig. Cronbachs Alpha beträgt 0,6188, ohne SOZ_10 immerhin 0,6639, was bei der Anzahl der Variablen aber immer noch unbefriedigend ist.

Wir haben uns daher pragmatisch für folgende Lösung entschieden: Auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Statements hat Sozialismus zwei hauptsächliche Dimensionen: "Globalisierungskritik" und "traditionalistischer Sozialismus" (als mögliche Bezeichnung wurde auch "Kapitalismuskritik" diskutiert). Während traditionalistischer Sozialismus ein alternatives Gesellschaftsmodell zum Kapitalismus anstrebt, zielt Globalisierungskritik auf einen speziellen Entwicklungsaspekt des Kapitalismus, ohne dass sich mit den Statements notwendigerweise eine Fundamentalkritik am Kapitalismus verbindet. Die übrigen Statements kennzeichnen weitere Dimensionen von Sozialismus, die freilich keine Cluster bilden und daher unberücksichtigt bleiben.

Für die Analysen wurden folglich zwei Indizes gebildet:

- **TRADSOZ** umfasst die Variablen SOZ_1, SOZ_3 und SOZ_7 und steht für **traditionalistischen Sozialismus** (als Adjektiv verwenden wir auch "altsozialistisch"):
 - Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
 - Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
 - In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.
- **SOZGLO** umfasst die Variablen SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 und steht für **Globalisierungskritik**:
 - Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
 - Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
 - Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.

Traditionalistischer Sozialismus und Globalisierungskritik korrelieren ziemlich stark miteinander ($r = 0,367$) - sie messen schließlich zwei Aspekte von Sozialismus - unterscheiden sich doch aber auch deutlich bezüglich ihres Einflusses auf Drittvariablen.

Kein Zusammenhang besteht (überraschenderweise) zwischen den beiden Sozialismus-Indizes und der Links-Rechts-Selbsteinstufung. Wer einem traditionalistischen Sozialismusbild anhängt oder Globalisierung kritisiert, ist also nicht notwendigerweise links eingestellt. Die ideologische Selbstidentifikation der Traditionssozialisten und Globalisierungskritiker unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der der Gesamtbevölkerung. Als stark altsozialistisch erweisen sich sechs Prozent der Befragten insgesamt, sieben Prozent der Linken, sieben Prozent der Rechten, fünf Prozent derjenigen, die sich links von der Mitte und sechs Prozent derjenigen, die sich rechts von der Mitte einordnen. Starke traditionssozialistische Orientierungen stoßen zwar nur auf geringe Resonanz in der Bevölkerung, verteilen sich aber gleichmäßig über alle ideologischen "Lager". Globalisierungskritik findet zwar wesentlich mehr Anklang als Traditionssozialismus, verteilt sich aber ebenfalls mehr oder weniger gleichmäßig auf die ideologischen Kategorien. Mit einer Ausnahme freilich: Der Anteil der starken Globalisierungskritiker ist bei den Linken mit 44 Prozent vergleichsweise hoch. Insgesamt bleibt festzuhalten, **dass sozialistische Orientierungen kein Charakteristikum und schon gar kein Monopol der Linken darstellen**, sondern von der Gesellschaft insgesamt geteilt werden. Dies gilt *nicht* für den Rechtsextremismus, der desto mehr Anklang findet, je rechter sich die Befragten einordnen⁷⁹.

Traditionssozialismus (nicht aber Globalisierungskritik) korreliert sehr schwach positiv mit der ASKO-Skala. Die Neigung zu altsozialistischem Denken wächst also mit zunehmenden autoritären Dispositionen. Rechtsextremismus (REXL) korreliert mit beiden Indizes positiv, mit TRADSOZ stark ($r = 0,431$), mit SOZGLO nur schwach ($r = 0,244$). Noch deutlicher zeigt sich der Unterschied bei der "harten" Rechtsextremismus-Skala (REXH): Für TRADSOZ gilt $r = 0,432$, für SOZGLO $r = 0,162$. Jedenfalls wächst Rechtsextremismus mit zunehmendem Sozialismus, wobei aber der Zusammenhang mit traditionalistischen Orientierungen wesentlich stärker ausfällt als mit eher zeitgenössischen Orientierungen. Traditionalistischer Sozialismus wächst auch mit zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie (DEMOS), der Zusammenhang ist allerdings nicht besonders stark. Zwischen Globalisierungskritik und Demokratiezufriedenheit besteht dagegen kein nennenswerter Zusammenhang. Ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) prägt beide Sozialismus-Indizes, SOZGLO noch etwas mehr als TRADSOZ.

79 Siehe dazu auch Anhang 94 und 95.

Zum Zweck der vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: **TRADSOZK** und **SOZGLOK** reichen jeweils von Null (kein Statement befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet).

Die Verbreitung von traditionalistischem Sozialismus und Globalisierungskritik fällt in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich aus: Als stark traditionssozialistisch erweisen sich sechs Prozent der Befragten, als stark globalisierungskritisch über fünf Mal so viele, nämlich 34 Prozent. Das gelangt auch beim Vergleich der Mittelwerte zum Ausdruck. Da die Indizes jeweils aus drei Statements bestehen, bei denen die Befragten von einem bis sieben Punkte vergeben können, lassen sich bei jedem Index mindestens drei, maximal 21 Punkte erreichen. Der Index-Mittelwert liegt also bei 12. Das gemessene arithmetische Mittel beträgt für alle Befragten bei **TRADSOZ** 10,3, bei **SOZGLO** dagegen 15,2. Traditionalistischer Sozialismus ist also relativ dünn gesät, Globalisierungskritik dagegen weit verbreitet⁸⁰.

Sieht man einmal von diesem Niveauunterschied ab, dann sind Gewerkschaftsmitglieder grosso modo genau so altsozialistisch und globalisierungskritisch eingestellt wie Nicht-Mitglieder. Es gilt also die Spiegelbildthese. Auch hier macht sich ein West-Ost-Unterschied bemerkbar: Starke altsozialistische Überzeugungen zeigen sich bei Ost-Gewerkschaftern doppelt so häufig wie bei West-Gewerkschaftern. Bei den Nicht-Mitgliedern sind die Ostdeutschen sogar fast fünf Mal so häufig altsozialistisch eingestellt wie die Westdeutschen. Bei der Globalisierungskritik zeigt sich dieser Unterschied ebenfalls, fällt aber nicht so drastisch aus.

Als bemerkenswertes Resultat verdient hervorgehoben zu werden, dass wiederum ein positiver Zusammenhang von Rechtsextremismus und (traditionalistischem) Sozialismus gemessen wurde. Damit dürfte endgültig nachgewiesen sein, dass es sich beim Sozialismus nicht notwendigerweise um das Gegenteil von Rechtsextremismus handelt. Tatsächlich ist die Erkenntnis nicht neu, dass Sozialismus nicht notwendigerweise Antifaschismus bedeutet, dass vielmehr durchaus Verbindungen zwischen Sozialismus und Faschismus bzw. Rechtsextremismus bestehen können, und zwar auf der Mikro-, der Meso- und der Makroebene, auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Wir denken dabei nicht nur an die nationalrevolutionären "linken Leute von rechts" (Schüddekopf), sondern auch an einige Totalitarismus-Analysen und an die Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Dass die Anhänger der Linksparteien in der Weimarer Republik anfällig für den Nationalsozialismus waren und dass die Anhänger der Linksparteien heute anfällig für Rechtsextremismus bzw. Populismus sind, wird von

80 Siehe Anhang 96 und 97.

niemandem ernsthaft bestritten. Dennoch konnte ein *unmittelbarer* Zusammenhang von sozialistischen und faschistischen (von linksextremen und rechtsextremen) Orientierungen bislang auf der Mikroebene empirisch nicht zweifelsfrei für die nationale Ebene nachgewiesen werden. Das ist nun gelungen und gilt gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder, für Westdeutsche und Ostdeutsche.

Als (vorläufige) Erklärung ließe sich anführen, dass es sich beim Sozialismus - anders als beim Rechtsextremismus - nicht um ein konsistentes Einstellungsmuster handelt, sondern um ein heterogenes Gemisch von kapitalismus-, imperialismus- und globalisierungskritischen Meinungen, aus dem sich mehrere, auch sehr unterschiedliche, politische Richtungen bedienen (können).

4.4 Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften

Bei der Konzipierung des Untersuchungsdesigns hatten wir keine Vorstellungen davon, wie Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften mit rechtsextremen Einstellungen zusammenhängen könnten. Denn für die Bevölkerung insgesamt repräsentative, empirisch-quantitative Untersuchungen standen nicht zur Verfügung. Wie eingangs erwähnt, basiert unser Untersuchungsansatz auf der Vermutung, dass Gewerkschaftsmitglieder durch ein spezielles Überzeugungssystem geprägt sind, das Elemente enthält, die Rechtsextremismus eher abwehren bzw. eher anziehen. Wie das gewerkschaftliche Überzeugungssystem beschaffen ist und welche Elemente eher eine immunisierende bzw. eine eher anziehende Wirkung ausüben, sollte daher der empirischen Analyse überlassen werden.

4.4.1 Vertrauen und Interessenvertreteneit

Bei der Beurteilung der Gewerkschaften ist zwischen der Gesamtevaluierung, der Output-Evaluierung und der Input-Evaluierung zu unterscheiden. In der Literatur werden sie zumeist nur nach ihrer Leistung und nach ihrer Qualität bewertet⁸¹. Da Gewerkschaften als intermediäre Institutionen vor allem der Interessenvermittlung dienen, lässt sich ihr Output danach bestimmen, wie sie die ihnen obliegenden Interessen vertreten, ob dies zur Zufriedenheit der Mitglieder bzw. der Bevölkerung geschieht. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Interessenvertreteneit**.

81 Vgl. dazu z.B. Bernhard Weißels: Einstellungen zu Institutionen der Interessenvermittlung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 189-210.

Bei der Qualität der Gewerkschaften geht es nicht um Effizienz sondern um eine sehr grundsätzliche affektive Gesamtbewertung: Sind die Gewerkschaften insgesamt so, wie sie sein sollen? Als Indikator dafür wird zumeist das **generalisierte Vertrauen**⁸² herangezogen. Wenn die Gewerkschaften so sind, wie sie sein sollen, wird ihnen Vertrauen entgegen gebracht. Während sich die instrumentelle Beurteilung der Gewerkschaften nach ihrem konkreten "Output" richtet, bedeutet Vertrauen letztlich eine auf Erfahrung beruhende Vorleistung, die gewichtiger und dauerhafter ist als zeit- und situationsbedingte Schwankungen in der Leistung von Gewerkschaften.

Vertrauen in Gewerkschaften (Gesamtevaluierung) wird mit folgender Frage gemessen:

GEWVER "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."⁸³

Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (Output-Evaluierung) wird mit folgender Frage gemessen:

GEWINT "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen."⁸⁴

Dass die Gesamtevaluierung kritischer ausfällt als die Output-Evaluierung, zeigen folgende Daten⁸⁵: Insgesamt glauben 53 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften ihre Interessen (teilweise oder voll und ganz) vertreten. Aber nur 27 Prozent vertrauen ihnen (weitgehend oder voll und ganz). Von den Befragten, die die Auffassung vertreten, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten, bringen ihnen 41 Prozent auch Vertrauen entgegen. Von den Befragten aber, die den Gewerkschaften vertrauen, sagen 81 Prozent, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten. Vertrauen in Gewerkschaften schließt also zumeist auch Zufriedenheit mit der Interessenvertretung ein, während Zufriedenheit mit der Interessenvertretung nicht einmal in der Hälfte der Fälle bedeutet, dass Gewerkschaften das Vertrauen der Befragten genießen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften scheint mehr von der Größe ihres Vertrauenspolsters abzuhängen als von einer guten Leistungsbewertung. Dies deutet auch folgender Befund an: Von

82 Vgl. dazu neuerdings Dieter Walz/Wolfram Brunner: Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 175-208.

83 Die Antwortvorgaben lauten: Vertraue überhaupt nicht, vertraue eher nicht, vertraue teilweise, vertraue weitgehend, vertraue voll und ganz, weiß nicht, keine Antwort.

84 Die Antwortvorgaben lauten: Stehen Interessen vollständig entgegen, stehen Interessen teilweise entgegen, weder - noch, vertreten Interessen teilweise, vertreten Interessen vollständig, weiß nicht, keine Antwort.

85 Siehe Anhang 98 und 99.

den Befragten, die sich interessenmäßig von den Gewerkschaften vertreten fühlen, sind 25 Prozent organisiert. Von den Befragten, die den Gewerkschaften vertrauen, verfügen 29 Prozent über einen Mitgliederausweis. Dass Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaften mehr vertrauen und ihre Interessen von ihnen häufiger vertreten sehen als Nicht-Mitglieder, war zu erwarten. Bei knapp der Hälfte der Mitglieder und rund einem Viertel der Unorganisierten fällt die Gesamtevaluierung positiv aus. Den gewerkschaftlichen Output bewerten fast 80 Prozent der Mitglieder und etwa die Hälfte der Nicht-Mitglieder positiv. "Voll und ganz" vertrauen den Gewerkschaften aber nur zehn Prozent ihrer Mitglieder (und nur 5% der Nicht-Mitglieder), und bei der Interessenvertretung sind 20 Prozent (West) bzw. 25 Prozent (Ost) der Mitglieder "voll und ganz" zufrieden. **Gewerkschaftsmitglieder vertrauen ihren Organisationen also nicht gerade übermäßig, und in puncto Interessenvertretung fällen sie ebenfalls kein überschwängliches Urteil.**

Diese differenzierte Beurteilung der Gewerkschaften durch Organisierte und Unorganisierte legt es nahe, die Bevölkerung - entsprechend ihrer Output- und Gesamtevaluierung der Gewerkschaften - in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Daher wurde die Variable **GEWNAHE5** "Nähe zu den Gewerkschaften" gebildet. Sie hat folgende Ausprägungen:

Zufriedene Mitglieder: Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.

Unzufriedene Mitglieder: Übrige Mitglieder.

Sympathisanten: Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.

Tolerante: Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten zählen, den Gewerkschaften aber dennoch in gewissem Umfang Vertrauen entgegen bringen und sie in gewissem Umfang als ihre Interessenvertretung ansehen.

Distanzierte: Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten und nicht zu den Toleranten zählen.

	West	Ost	Alle
Zufriedene Mitglieder	7	6	7
Unzufriedene Mitglieder	10	8	9
Sympathisanten	13	15	14
Tolerante	21	26	22
Distanzierte	49	45	48

Korrelationsanalysen zeigen, dass die Output-Evaluierung und die Gesamtevaluierung der Gewerkschaften nicht oder nur kaum von weltanschaulichen Faktoren abhängen. Ein sehr schwacher negativer Zusammenhang zeigt sich mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung (je linker desto besser die Beurteilung). Output- und Gesamtevaluierung hängen (so gut wie) nicht mit rechts-extremen Einstellungen, mit traditionssozialistischen und globalisierungskritischen Orientierungen und auch nicht mit den Demokratie-Indizes zusammen.

4.4.2 Gewerkschaftliches Überzeugungssystem

Wir gehen bekanntlich von der These aus, dass Gewerkschaftsmitglieder kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, sondern über ein spezielles Überzeugungssystem verfügen, wodurch sie sich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. In diesem Abschnitt befassen wir uns noch nicht mit der Frage, ob sich diese These empirisch belegen lässt. Hier werden zunächst nur die Variablen behandelt, von denen wir bei der Konzipierung der Befragung annahmen, dass sie - neben anderen Variablen - wichtige Bestandteile eines derartigen Überzeugungssystems sein könnten.

Das gewerkschaftliche belief system dürfte sich eigentlich nicht darin erschöpfen, dass Organisierte den Gewerkschaften mehr Vertrauen entgegen bringen und ihre Interessen durch Gewerkschaften besser vertreten sehen als Unorganisierte. Das trifft zwar zu (insofern stellen Gewerkschaftsmitglieder auch kein Spiegelbild der Gesellschaft dar), ist aber irgendwo auch tautologisch: Wer tritt schon einer Organisation bei (und zahlt auch noch Mitgliedsbeiträge), der er nicht vertraut und von der er sich nicht vertreten fühlt? Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem sollte sich - wenn es denn existiert - vor allem auf Ziele und Strategien, auf Werte und Normen beziehen.

Die GBS-Statements unserer Untersuchung zielen nicht unmittelbar auf Gewerkschaften (das trifft nur auf GEW_GBS zu), auch nicht - wie die Sozialismus-Statements - auf die politische bzw. wirtschaftliche Ordnung oder die Gesellschaft insgesamt, sondern auf die industriellen Beziehungen. Sie dienen der normenbezogenen Input-Evaluierung oder auch der - darauf bezogenen - Gesamtevaluierung. Die Statements lauten:

- GBS_1 Streiks gefährden den Betriebsfrieden (neg).
- GBS_2 Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine vertreten (neg).
- GBS_3 Heute ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nebensächlich geworden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mehr denn je aufeinander angewiesen (neg).

- GBS_4 Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genauso viel zu bestimmen haben wie die Unternehmer.
- GBS_5 Tarifverträge für eine ganze Branche sind heute der falsche Weg. Allein betriebliche Lösungen helfen weiter (neg).
- GBS_6 Arbeitnehmerinteressen brauchen eine starke Organisation.
- GEW_GBS Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen beschränken. Sie sollten sich auch gesellschaftspolitisch engagieren.

Die GBS-Variablen korrelieren genauso wenig (wenn nicht noch weniger) miteinander wie die Sozialismus-Variablen. Die Faktorenanalyse identifiziert zwei Hintergrundvariablen mit jeweils drei Statements. GBS_3 wird wegen hoher Nebenladung aus der Betrachtung ausgeschlossen. Auf dem ersten Faktor laden GBS_6, GEW_GBS und GBS_4 hoch. Über die Frage, wofür diese Statements stehen, hat die Projektgruppe ausführlich diskutiert. Die Interpretationen reichen von Stellvertreterpolitik über Sozialpartnerschaft und Integration durch Strukturen bzw. durch Organisation bis hin zu Gegenmacht. Auf dem zweiten Faktor laden GBS_1, GBS_5 und GBS_2 hoch. Dabei geht es offensichtlich um nachhaltige oder konfliktbereite Interessenvertretung.

Da die beiden Faktoren statistisch von einander unabhängig sind, sollte sich auch in ihrer verbalen Charakterisierung das Gegensätzliche niederschlagen. Als Alternative zu Interessenvertretung erscheint Gegenmacht angemessener als Sozialpartnerschaft oder Integration, zumal paritätische Mitbestimmung (und auch noch heutzutage!) wohl kaum als Sozialpartnerschaft gewertet werden kann. Dies gilt entsprechend für die Forderung nach gesellschaftspolitischem Engagement der Gewerkschaften über ihre Interessenrepräsentationsfunktion hinaus.

Es werden daher zwei Indizes mit folgenden Labels gebildet:

- **GBSIV "nachhaltige bzw. konfliktbereite Interessenvertretung":**
 - Streiks gefährden den Betriebsfrieden (neg).
 - Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine vertreten (neg).
 - Tarifverträge für eine ganze Branche sind heute der falsche Weg. Allein betriebliche Lösungen helfen weiter (neg).
- **GBSGM "Gegenmachtbildung":**
 - Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genauso viel zu bestimmen haben wie die Unternehmer.
 - Arbeitnehmerinteressen brauchen eine starke Organisation.
 - Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen beschränken. Sie sollten sich auch gesellschaftspolitisch engagieren.

Beide Indizes stehen für Konzepte bzw. Strategien gewerkschaftlichen Handelns.

Zur vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: GBSGMK und GBSIVK. Sie reichen jeweils von Null (kein Statement befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet).

Tabelle 31: Die Bewertung des Handlungskonzepts "Gegenmacht" durch Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

GBSGMK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	6	7	4	14	15	9	13
schwach	27	29	20	29	31	23	29
mittel	44	44	42	37	36	38	37
stark	23	20	34	20	18	30	21
Mittel GBSGM	14,7	14,5	15,6	13,8	13,5	14,8	13,9

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Gegenmacht".

Tabelle 32: Die Bewertung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" durch Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

GBSIVK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	12	11	15	18	18	19	17
schwach	28	27	29	38	38	40	37
mittel	39	40	38	33	33	31	33
stark	21	22	18	11	11	10	13
Mittel GBSIV	14,1	14,3	13,6	12,6	12,6	12,5	12,8

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "nachhaltige Interessenvertretung".

Wenn nur die Befragten in die Betrachtung einbezogen werden, die allen drei Statements zugestimmt haben, dann sind die Mitglieder hinsichtlich der Interessenvertretung doppelt so konfliktbereit wie die Nicht-Mitglieder, und zwar in West und Ost. (Die West-Gewerkschafter sind sogar

noch etwas konfliktorientierter als die Ost-Gewerkschafter.) Dieses Resultat bedeutet eine drastische Zurückweisung der Spiegelbildthese: Gewerkschaftsmitglieder befürworten wesentlich häufiger als Unorganisierte eine nachhaltige Vertretung von Arbeitnehmerinteressen.

Der Gegenmacht-Index (GBSGMK) entspricht dagegen wieder der Spiegelbildthese.

Das Konzept der Gegenmacht wird von den Befragten insgesamt häufiger stark favorisiert als das der nachhaltigen Interessenvertretung (21% zu 13%). Der Unterschied geht nicht auf das Konto der Organisierten, die beide Konzepte gleich stark unterstützen (23% zu 21%), sondern auf das der Unorganisierten. Elf Prozent der Nicht-Mitglieder sprechen sich stark für nachhaltige Interessenvertretung, aber fast doppelt so viele, nämlich 20 Prozent, sprechen sich stark für Gegenmachtbildung aus. Das Gegenmacht-Konzept erfreut sich im Osten besonderer Beliebtheit (West: 18%; Ost: 30%), etwas mehr noch bei den Organisierten (34%) als bei den Unorganisierten (30%). Beim Interessenvertretungs-Konzept beträgt die Ost-West-Relation dagegen elf Prozent zu 13 Prozent.

Traditionalistischer Sozialismus korreliert sehr schwach negativ mit Interessenvertretung, aber ziemlich stark positiv mit Gegenmacht. Je sozialistischer die Befragten eingestellt sind, desto heftiger befürworten sie das Gegenmacht-Konzept. Interessenvertretung hat dagegen so gut wie nichts mit altsozialistischen Einstellungen zu tun. Und weil die Ostdeutschen mindestens doppelt so häufig zum Traditionsozialismus neigen wie die Westdeutschen, dürften sie auch dem Gegenmacht-Konzept besonders zusprechen.

Aus Korrelationsanalysen ergeben sich weiterhin folgende Einsichten:

- Die Zustimmung zum Konzept der Gegenmacht bzw. zum Konzept der konfliktbereiten Interessenvertretung hängt nur in geringem Umfang davon ab, ob die Befragten ihre Interessen durch die Gewerkschaften vertreten sehen (GEWINT) oder ob sie den Gewerkschaften vertrauen (GEWVER). Die Entscheidung für Konzepte bzw. Strategien gewerkschaftlichen Handelns hat also nicht sehr viel mit dem Vertrauen in Gewerkschaften bzw. mit der Interessenrepräsentanz seitens der Gewerkschaften zu tun, bei den Organisierten noch weniger als bei den Unorganisierten.
- Die Bewertung von gewerkschaftlichen Handlungskonzepten folgt ein wenig der Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE). Dies trifft vor allem auf Gewerkschaftsmitglieder zu. Je linker sie sich einstufen, desto stärker präferieren sie nachhaltige Interessenvertretung (der

Zusammenhang fällt mit $r = 0,263$ allerdings nur schwach aus). Dies findet keine Entsprechung beim Gegenmacht-Konzept. Wie stark jemand dieses Konzept vertritt, hängt kaum davon ab, ob er sich eher links oder eher rechts verortet.

- Die ASKO-Skala korreliert sehr schwach negativ mit nachhaltiger Interessenvertretung, aber nicht mit Gegenmacht. Insbesondere für Gewerkschaftsmitglieder gilt: Je geringer die autoritären Dispositionen, desto ausgeprägter der Wunsch nach konfliktbereiter Interessenvertretung ($r = 0,224$). Die Zustimmung zum Gegenmacht-Konzept hängt indessen nicht davon ab, ob die Befragten über Affinitäten zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem verfügen.
- Rechtsextremismus korreliert ziemlich stark negativ mit Interessenvertretung und schwach, allerdings positiv, mit Gegenmacht. **Die Anhänger des Gegenmacht-Konzepts scheinen eher anfällig für Rechtsextremismus zu sein, die Verfechter nachhaltiger Interessenvertretung scheinen Rechtsextremismus eher abzuwehren.** Der (negative) Zusammenhang mit Interessenvertretung fällt bei den Organisierten stärker aus als bei den Unorganisierten. Insbesondere Gewerkschaftsmitglieder sind in dem Ausmaß unempfänglich für Rechtsextremismus, wie sie sich für nachhaltige Interessenvertretung einsetzen. Gemessen mit REXL betragen die Werte für Organisierte $r = -0,448$ und für Unorganisierte $r = -0,387$. Der positive Zusammenhang von Gegenmacht und Rechtsextremismus gilt für alle Befragten und für Nicht-Mitglieder, nicht aber für Mitglieder. Bei ihnen besteht weder ein positiver noch ein negativer, sondern überhaupt kein Zusammenhang. Die Stärke der Befürwortung des Gegenmacht-Konzepts hängt also nicht davon ab, wie sehr ein Gewerkschaftsmitglied rechtsextrem eingestellt ist. Die gewerkschaftlich organisierten Anhänger des Gegenmacht-Konzepts neigen nicht besonders zum Rechtsextremismus, wehren ihn offenbar aber auch nicht ab.
- Sozialismus korreliert ziemlich stark positiv mit Gegenmacht, der Zusammenhang mit Interessenvertretung ist - allerdings nur sehr schwach - negativ. Dies gilt für Mitglieder und Nicht-Mitglieder. **Je sozialistischer die Befragten eingestellt sind, desto mehr sprechen sie sich für das Gegenmacht-Konzept aus.** Die Befürwortung nachhaltiger Interessenvertretung vollzieht sich dagegen weithin unabhängig vom Ausmaß sozialistischer Orientierungen.
- Demokratische Orientierungen begünstigen, wenn auch nur in sehr geringer Intensität, die Befürwortung nachhaltiger Interessenvertretung. Dagegen stehen demokratische Orientierungen und Gegenmacht in keiner nennenswerten Beziehung. Beim restriktiven Demokratieverständnis macht sich ein deutlicher Unterschied zwischen Interessenvertretung und

Gegenmacht bemerkbar: Je stärker das Konzept der konfliktbereiten Interessenvertretung vertreten wird, desto größer ist die Zurückweisung restriktiver Demokratievorstellungen. Die Zustimmung zum Konzept der Gegenmacht wächst dagegen mit der Befürwortung restriktiver demokratischer Strukturen.

4.5 Unzufriedenheit

Sozio-politische Orientierungen, die auf Unzufriedenheit hin deuten, gelten als wichtige Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus.

"It is widely believed that a happy people give rise to a tranquil polity, that those who are dissatisfied are the source of public unrest, and that the roots of political violence are often to be found in individual frustration. These assumptions also include the belief that satisfaction and dissatisfaction derive from the presence or absence of a gap between an individual's value expectations and actual achievements; that this gap, or level of felt deprivation, is subjective and relative; and that consequently it is individual perceptions rather than objective conditions that matter."⁸⁶

Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tief greifenden Modernisierungsprozessen. Daher gilt Rechtsextremismus auch als normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem "starken" politischen Führer, der das Land mit "eiserner Hand" regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu.

Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf **relativer Deprivation**. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige

86 Samuel H. Barnes/Barbara G. Farah/Felix Heunks: Personal Dissatisfaction, in: Samuel H. Barnes u.a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills/London: Sage 1979, S. 381-407; vgl. auch: *Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur*, Stuttgart usw.: Kohlhammer 1978, S. 15 ff.

etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten.

Wir unterscheiden grundsätzlich zwischen **politischer** und **wirtschaftlich-sozialer** Unzufriedenheit. Zur Untersuchung der wirtschaftlich-sozialen Unzufriedenheit stehen uns folgende Fragen zur Verfügung, die sich auf Zukunftserwartungen, Gerechtigkeit, auf die relative soziale Stellung und auf den persönlichen Nutzen von der Wiedervereinigung beziehen:

- WSA_1R Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben? (1=verbessern, 2=unverändert, 3=verschlechtern).
- WSA_2R Werden sich Ihre persönlichen Lebensverhältnisse in der nächsten Zeit verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben? (1=verbessern, 2=unverändert, 3=verschlechtern).
- WSA_3R Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu? (1=eher gerecht, 2=teils-teils, 3=eher ungerecht).
- WSA_4R Unabhängig davon, wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht, gibt es bevorzugte und benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen. Was meinen Sie: Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft stark benachteiligt, etwas benachteiligt, weder benachteiligt noch bevorzugt, etwas bevorzugt oder stark bevorzugt wird? (1=stark bevorzugt, 2=etwas bevorzugt, 3=weder-noch, 4=etwas benachteiligt, 5=stark benachteiligt).
- WSA_5R Wenn Sie für sich persönlich die Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe? (1=Gewinner, 2=weder noch, 3=Verlierer).

Die fünf Variablen korrelieren sehr schwach bis schwach, aber hoch signifikant miteinander, wobei die Kombination von WSA_3R und WSA_4R den vergleichsweise stärksten Zusammenhang zeitigt. Wir bilden zunächst den kumulierten Index **WISOUNZ** "wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit", der folgende Bedingungen umfasst:

- WSA_1R: verschlechtern;
- WSA_2R: verschlechtern;
- WSA_3R: eher ungerecht;
- WSA_4R: stark/etwas benachteiligt;
- WSA_5R: Verlierer.

Die Index-Werte reichen von Null (keine Bedingung erfüllt) bis Fünf (alle 5 Bedingungen erfüllt). Für die übersichtliche Gestaltung von Tabellen wurde eine Kurzform mit drei Ausprägungen entwickelt (**WISOUNZ3**): 0 (keine): keine Bedingung erfüllt; 1 (schwach): eine oder zwei Bedingungen erfüllt; 2 (stark): drei bis fünf Bedingungen erfüllt.

Da die Variablen WSA_3R und WSA_4R - wie erwähnt - besonders miteinander variieren und weil sie inhaltlich auf Deprivation zielen, wurden sie ausgekoppelt und zu dem Index **DEPRI "(Relative) Deprivation"** verbunden (0"keine", 1"schwach", 2"stark").

Die wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit ist bei Gewerkschaftsmitgliedern etwas größer als bei Nicht-Mitgliedern. Bedeutender als diese relativ geringe Differenz ist der West-Ost-Unterschied: Die Ostdeutschen, Organisierte wie Unorganisierte, sind wesentlich unzufriedener als die Westdeutschen. Auch bei der Deprivation besteht nur ein minimaler Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, aber ein ziemlich großer Unterschied zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen⁸⁷.

Um Unzufriedenheit im Berufsleben in die Analyse mit einzubeziehen, haben wir folgende Items in die Befragung mit aufgenommen, die Arbeitszufriedenheit messen sollen:

- WSA_6 Mein jetziges Einkommen entspricht meiner Leistung.
- WSA_7 Der Stress bei meiner Arbeit belastet mich sehr (neg).
- WSA_8 Meine Tätigkeit ist uninteressant (neg).
- WSA_9 Bei Entscheidungen, die meine Arbeit betreffen, habe ich ausreichend Mitspracherecht.
- WSA_10 Meine Leistung wird nicht anerkannt (neg).
- WSA_11 Mein Verhältnis zu meinen Kollegen ist gut.
- WSA_12 Mein Verhältnis zu meinen Vorgesetzten ist gut.
- WSA_13 Ich habe keine Aufstiegsmöglichkeiten (neg).

Die Fragen zur Arbeitsunzufriedenheit konnten nur Berufstätigen, also rund der Hälfte unserer Befragten, gestellt werden. Sie sind verschiedenen Studien entnommen, worauf hier nicht gesondert eingegangen werden soll. Denn aus den Items lässt sich kein statistisch befriedigendes Messinstrument bilden. Bei einer Faktorenanalyse korrelieren die Einzelrestfaktoren zu stark miteinander, und die rotierte Matrix mit drei Komponenten ergibt auch kein plausibles Bild. Bei der Reliabilitätsanalyse ergibt sich zudem eine geringe innere Konsistenz der acht Items. In der Hoffnung, wenigstens etwas zusätzliche Varianz unserer Rechtsextremismus-Skala aufklären zu können, wurden die Items dennoch (nach entsprechenden Umpolungen) zu dem Index **ARBUNZ "Arbeitsunzufriedenheit"** zusammengefasst. Die Wertespanne reicht von 8 bis 29 (anstatt 56), woraus zu entnehmen ist, dass die Arbeitszufriedenheit (bei den Befragten, die Arbeit haben) ziemlich groß ist. Offenbar neigen die Arbeitsplatzbesitzer nicht sonderlich dazu, über ihre Arbeitssituation zu meckern, weil sie - im Vergleich zur den Arbeitslosen - privilegiert sind.

87 Siehe Anhang 100 und 101.

Für die Tabellenversionen wurde noch eine Dreierlösung (ARBUNZ3) erzeugt ("niedrig", "mittel", "hoch").

Gewerkschaftsmitglieder sind unzufriedener mit ihrer Arbeit als Nicht-Mitglieder. Darüber hinaus besteht ein Ost-West-Gegensatz: "Ossis" sind wiederum unzufriedener als "Wessis". Hohe Arbeitsunzufriedenheit bekunden - bei einem Befragendurchschnitt von 17 Prozent - 27 Prozent der Ost-Organisierten, aber nur 22 Prozent der Unorganisierten im Osten sowie 22 Prozent der Organisierten im Westen, aber nur 14 Prozent der Unorganisierten im Westen⁸⁸.

Der Index POLUNZ "politische Unzufriedenheit" wurde aus zwei Statements zusammengesetzt:

- DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert?
("sehr zufrieden" - "sehr unzufrieden"; bereits in DEMOS enthalten.)
- EFFI_4 Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht
("stimme überhaupt nicht zu" bis "stimme voll und ganz zu").

POLUNZ umfasst die Werte Null ("niedrig") bis Sechs ("hoch"). Für Tabellen wurde zudem eine Kurzfassung POLUNZ3 mit drei Ausprägungen gebildet ("schwach", "mittel", "stark").

Gewerkschaftsmitglieder sind politisch nur unwesentlich unzufriedener als Nicht-Mitglieder. Zudem besteht wiederum ein West-Ost-Unterschied: Die Ostdeutschen (Mitglieder und Nicht-Mitglieder) sind unzufriedener als die Westdeutschen⁸⁹.

Um das gesamte Ausmaß der Unzufriedenheit in den Analysen zu berücksichtigen, wurden die wirtschaftlich-soziale und die politische Unzufriedenheit zu dem Index WISOPOUN "wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit" verbunden, der die Werte Null bis Zehn umfasst (Tabellenversion: WISOPOU4: 1"schwach" bis 4"stark"). Im nächsten Schritt haben wir auch noch die Arbeitsunzufriedenheit hinzugenommen. Der Index UNZUFR "wirtschaftlich-soziale, politische und Arbeitsunzufriedenheit" gilt allerdings nur für Berufstätige. Er umfasst die Werte Null bis 15. Die Tabellenversion ist UNZUFR4: 1"schwach" bis 4"stark".

88 Siehe Anhang 102.

89 Siehe Anhang 103.

Auch unsere Daten bestätigen, dass Unzufriedenheit ein wichtiger Prädiktor für Rechtsextremismus ist. Die Zusammenhänge fallen durchweg positiv aus, sind aber zumeist nur von mittlerer Intensität. Dabei ist die Wirkung von politischer Unzufriedenheit etwas stärker als die von wirtschaftlich-sozialer Unzufriedenheit. Mit der Kombination von Ungerechtigkeiten wächst die Varianzaufklärung nur mäßig. Unzufriedenheit befördert nicht nur die Ausbreitung von Rechtsextremismus, sondern auch von traditionalistischem Sozialismus und im weiteren dann auch von Globalisierungskritik.

5. Gesamtbetrachtung

Bei der Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse gehen wir wie folgt vor: *Zunächst* widmen wir uns der Frage, ob bzw. in welchem Umfang die allgemeine Spiegelbildthese Gültigkeit beanspruchen kann. *Dann* werden die unabhängigen Variablen (Prädiktoren für Rechtsextremismus) daraufhin miteinander verglichen, ob sie positiv oder negativ mit der Rechtsextremismus-Skala REXL korrelieren. Positive Werte bedeuten, dass die Variablen die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen (Anziehungsorientierungen), negative Werte bedeuten, dass sie Rechtsextremismus entgegen wirken (Abwehrorientierungen). Wenn keine Korrelationen vorliegen, sprechen wir von (hinsichtlich ihrer Wirkungen auf REXL) neutralen Orientierungen. *Drittens* untersuchen wir, wie groß die Erklärungskraft aller Prädiktoren für Rechtsextremismus ist. Und *viertens* schließlich werden wir aus den Anziehungs- und den Abwehrorientierungen im Interesse der Komplexitätsreduktion jeweils einen maßgeblichen Prädiktor destillieren.

5.1 Die allgemeine Spiegelbildthese

Unsere wohl wichtigste These lautet, dass Gewerkschaftsmitglieder weder in sozio-ökonomischer noch in sozio-politischer Hinsicht ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, dass sie vielmehr durch gewerkschaftsspezifische Merkmale gekennzeichnet sind. Hier geht es nun um die Frage, ob sich Organisierte von Unorganisierten durch eine besondere sozio-politische Mentalität unterscheiden und worin diese gegebenenfalls besteht, oder ob Gewerkschaftsmitglieder in mentaler Hinsicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind.

Im Folgenden vergleichen wir Einstellungspotenziale von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Die Schwankungsbreite für die Spiegelbildthese wurde auf ± 20 Prozent festgesetzt. Die Spiegelbildthese gilt nicht, wenn die Werte der Gewerkschaftsmitglieder mehr als 20

Prozent nach oben oder unten von den entsprechenden Werten der Nicht-Mitglieder abweichen.

Die Übersichten im Anhang 104 und 105 zeigen, dass auf die hier untersuchten Variablen zumeist die (allgemeine) Spiegelbildthese zutrifft. Das gilt auch, wenn Ostdeutschland und Westdeutschland getrennt betrachtet werden. Der Ost-West-Gegensatz ist dagegen fast allgegenwärtig, wie die mitgeteilten Einzelergebnisse belegen. Die Ostdeutschen übertreffen die Westdeutschen - zugespitzt formuliert - bei allen Orientierungen, die Rechtsextremismus begünstigen. Dies dürfte eine Erklärung dafür sein, dass rechtsextreme Einstellungen im Osten anderthalb Mal so stark verbreitet sind wie im Westen.

Spricht auch vieles für die Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese, so finden sich doch auch einige Variablen, bei denen sich deutliche Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten zeigen, und zwar in der Bundesrepublik insgesamt und in Ost und West. Es sind dies:

- **POLAPA:** Gewerkschaftsmitglieder neigen weniger zu politischer Apathie als Nicht-Mitglieder.
- **MARKT:** Unorganisierte heben den Grundwert Marktfreiheit häufiger hervor als Gewerkschaftsmitglieder.
- **GEWER:** Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- **GEWINT:** Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- **GBSIV:** Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- **ARBUNZ:** Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.

Einen Sonderfall bilden die Rechts-Links-Selbsteinstufung (RELI) und der Grundwert "soziale Gerechtigkeit" (SOZGER). Auf Beide trifft die Spiegelbildthese nur im Osten, nicht aber im Westen und auch nicht für die Republik insgesamt zu. Wir hatten vermutet, dass sich Gewerkschaftsmitglieder deutlich linker als Unorganisierte einstufen und dass ein betont linkes Selbstverständnis Teil des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems ist. Tatsächlich bezeichnen sich (nur) 24 Prozent der Organisierten und 19 Prozent der Unorganisierten als links. Der Anteil der Linken an den Gewerkschaftsmitgliedern übertrifft den an den Nicht-Mitgliedern immerhin um 26 Prozent. In Westdeutschland macht der Vorsprung der Mitglieder sogar 29 Prozent aus, in Ostdeutschland allerdings nur elf Prozent. Ob RELI unter die Spiegelbildthese fällt, ist ein Defi-

nitionsproblem. Dies gilt entsprechend für SOZGER. Die prozentuale Abweichung der Organisierten von den Unorganisierten ist mit republikweit 23 Prozent ebenfalls nicht besonders groß. Dennoch werden die 20 Prozent-Marge für die BRD insgesamt und für Westdeutschland deutlich übertroffen. Für den weiteren Verlauf der Untersuchung werden wir von den schwachen Ost-Werten absehen und beide Variablen in die Gruppe der sozio-politischen Orientierungen einordnen, auf die die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft. Die nunmehr acht Variablen bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (oder auch als **GSPO-Variablen**).

Sieht man einmal von GEWVER und GEWINT ab (weil beide Variablen nicht gerade besonders geeignet sind, die Spiegelbildthese zu widerlegen), dann zeichnen sich **Gewerkschaftsmitglieder vor allem durch die Befürwortung von konfliktbereiter Interessenvertretung, durch hohe Arbeitsunzufriedenheit, durch die Ablehnung neoliberaler Konzepte und die Betonung von sozialer Gerechtigkeit und schließlich durch ein linkes Selbstverständnis, durch demokratische Überzeugungen und durch geringe politisch-apatheische Haltungen aus.** Dass Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen besonders häufig durch die Gewerkschaften vertreten sehen und dass sie ihnen besonders stark vertrauen, muss wohl nicht besonders betont werden.

Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen nicht die Regel sondern die Ausnahme bilden. Zumeist gilt die allgemeine Spiegelbildthese. Und das bedeutet, dass sich **eine zentrale These unserer Untersuchung nicht bestätigt hat, jedenfalls nicht für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt.**

Um das Gewicht der GSPO-Variablen besser einschätzen zu können, soll noch geprüft werden, welche Bedeutung sie für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft haben. Wenn diese acht Variablen tatsächlich charakteristisch für die Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern sind, womöglich sogar Bestandteile eines speziellen gewerkschaftlichen Überzeugungssystems darstellen (diesem Problem gehen wir im folgenden Kapitel nach), dann sollten sie Aufklärung darüber geben können, ob eine Person gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht. Eine binäre logistische Regression auf die abhängige Variable Gewerkschaftsmitgliedschaft (nein/ja) gelangt allerdings zu dem Ergebnis, dass die GSPO-Variablen gerade einmal neun Prozent der Mitgliedschaften richtig voraussagen. Die Aufklärung der (Pseudo-) Varianz beträgt ganze 15 Prozent (Nagelkerkes R^2). Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit den GSPO-Variablen nicht erklärt werden kann.

5.2 Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen

Die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen - bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern - folgende Variablen, die wir als **Anziehungsorientierungen** bezeichnen (hier geordnet nach $r \times 1000$ für alle Befragten)⁹⁰:

- traditionalistischer Sozialismus (TRADSOZ): +431;
- Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO): +415;
- restriktives Demokratieverständnis (DEMOR): +364;
- Grundwert "Autoritarismus" (AUT): +344;
- wirtschaftlich-soziale, politische und Arbeitsunzufriedenheit (UNZUFR⁹¹): +342;
- wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit (WISOPOUN⁹²): +340;
- politische Unzufriedenheit (POLUNZ): +305;
- (relative) Deprivation (DEPRI⁹³): +296;
- politische Apathie (POLAPA): +284;
- wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit (WISOUNZ): +268;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung" (GBSGM): +246;
- Globalisierungskritik (SOZGLO): +244;
- Leistungsorientierung (LEIST): +209;
- Arbeitsunzufriedenheit (ARBUNZ): +153.

Den Boden, auf dem Rechtsextremismus gedeiht, bilden also erstens eine autoritäre Persönlichkeit, autoritäre Wertorientierungen, politische Apathie und restriktive Demokratievorstellungen, zweitens (traditions-) sozialistische Orientierungen und - damit zusammenhängend - das Eintreten für gewerkschaftliche Gegenmachtbildung, drittens Unzufriedenheit und viertens schließlich Leistungsorientierung.

Hinsichtlich der Stärke der Zusammenhänge ist bemerkenswert, dass TRADSOZ und ASKO die höchsten Werte von allen Prädiktoren unserer Untersuchung erzielen. **Rechtsextremismus korrespondiert also in erster Linie mit der Zustimmung zu altsozialistischen Konzepten und mit der Ausprägung von autoritären Persönlichkeitsmerkmalen.**

Folgende Variablen wehren Rechtsextremismus - bei Organisierten und Unorganisierten - eher ab (hier geordnet nach $r \times 1000$ für alle Befragten)⁹⁴:

90 Siehe Anhang 106.

91 Kombiniert aus WISOUNZ, POLUNZ und ARBUNZ.

92 Kombiniert aus WISOUNZ und POLUNZ.

93 Auskoppelung aus WISOUNZ.

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV): -390;
- demokratische Orientierungen (DEMOK): -360;
- Zufriedenheit mit der Demokratie (DEMOS): -309;
- linksgerichtete ideologische Selbstidentifikation (RELI): -299;
- politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT): -227;
- Grundwert "Libertarismus" (LIB): -191.

Abwehrorientierungen deuten auf linksgerichtete, selbstbewusste, Interessen- und wertgeleitete demokratische Interventionsbereitschaft (in der Arbeitswelt) hin.

Als **neutral** hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Rechtsextremismus erweisen sich folgende sozio-politische Orientierungen:

- Vertrauen in Gewerkschaften (GEWVER);
- Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften (GEWINT);
- Grundwert "soziale Gerechtigkeit" (SOZGER);
- Grundwert "Marktfreiheit" (MARKT) sowie das
- gewerkschaftliche Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (GBSGM), allerdings nur bei Organisierten.

Hinsichtlich der grundlegenden politischen Wertorientierungen bestätigt sich der bereits mitgeteilte Befund, dass der *ökonomisch-soziale* Wertekonflikt keine Bedeutung für die Ausbreitung von Rechtsextremismus hat: Soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit zählen zu den neutralen Orientierungen. Der *politische* Wertekonflikt wirkt sich dagegen sehr wohl auf Rechtsextremismus aus: Libertarismus gehört zur Gruppe der Abwehrorientierungen, Autoritarismus zur Gruppe der Anziehungsorientierungen.

Weiterhin ist hervorzuheben, dass bei den Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen so gut wie kein *qualitativer* Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht. Die Wirkung der unabhängigen Variablen hinsichtlich der Eindämmung bzw. Begünstigung von Rechtsextremismus ist also bei Organisierten und Unorganisierten im Prinzip gleichgerichtet. Teilweise beträchtliche Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der *Stärke* der gemessenen Zusammenhänge⁹⁵.

94 Siehe Anhang 106.- Hier fehlt das politische Interesse (POLINT), das ebenfalls negativ mit REXL korreliert ($r = -284$). Es ist - umgepolt als POLAPA - bei den Anziehungsorientierungen verzeichnet.

95 Siehe Anhang 106.

Schließlich ist noch anzumerken, dass von den acht GSPO-Variablen exakt die Hälfte, also vier, zu den neutralen Orientierungen zählen, zwei stellen Anziehungsorientierungen (POLAPA, AR-BUNZ) und die restlichen zwei Abwehrorientierungen (GBSIV, RELI) dar. Das bedeutet, dass die (wenigen) Orientierungen, die typisch für Gewerkschaftsmitglieder sind, nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegenwirken.

5.3 Die Erklärungskraft der sozio-politischen Prädiktoren für Rechtsextremismus

Im vorstehenden Abschnitt wurden die sozio-politischen Orientierungen, mit denen wir Rechtsextremismus erklären wollen, zu der Langfassung der Rechtsextremismus-Skala in Beziehung gesetzt. Jede einzelne dieser unabhängigen Variablen (oder auch Prädiktoren) wurde daraufhin überprüft, ob und wie stark sie positiv oder negativ mit REXL korreliert. Dieses Verfahren wird auch als *bivariate* Analyse bezeichnet, weil jeweils zwei Variablen (hier eine der unabhängigen Variablen und die abhängige Variable REXL) betrachtet werden.

Nun werden wir untersuchen, wie sich die Prädiktoren insgesamt auf Rechtsextremismus auswirken. Wir führen also *multivariate* Analysen (hier: lineare Regressionen) durch. Dabei sind zwei Fragen von Interesse. *Erstens*: Wie stark prägen unsere unabhängigen Variablen die abhängige Variable Rechtsextremismus? Wie groß ist der prozentuale Anteil der Varianz von Rechtsextremismus, der mittels der unabhängigen Variablen erklärt wird? *Zweitens*: Welche der Prädiktoren verfügen im Kontext aller anderen über besonders große Erklärungskraft, welche sind für die Erklärung von Rechtsextremismus eher nachrangig? Da die Prädiktoren auch miteinander variieren (korrelieren)⁹⁶, addiert sich ihre Erklärungskraft nicht notwendigerweise. Ein Beispiel: Der Prädiktor A erklärt für sich genommen 20 Prozent von Rechtsextremismus, der Prädiktor B erklärt für sich genommen zehn Prozent von Rechtsextremismus. Beide zusammen erklären aber nur 25 Prozent von Rechtsextremismus, weil A und B auch miteinander assoziiert sind, A also bereits einen gewissen Anteil der Varianz von B enthält. In der Regel wächst die Varianzaufklärung also nicht linear mit der Anzahl der eingeführten Variablen, sondern die Aufklärungsquote sinkt tendenziell. Dabei ist es unerheblich, ob eine Variable positiv oder negativ mit Rechtsextremismus korreliert, ob es sich also um Anziehungs- oder Abwehrorientierungen handelt.

96 Einige Prädiktoren stellen zudem Indizes dar, die aus verschiedenen unabhängigen Variablen gebildet (WISOPOUN, UNZUFR, DEMUEB, AUTUEB) bzw. aus bestehenden Variablen ausgekoppelt wurden (DEPRI).

Bei der Darstellung der Persönlichkeitseigenschaften⁹⁷ hatten wir ermittelt, dass diese Prädiktoren gemeinsam 32 Prozent der Varianz von REXL erklären. Wenn nur die Prädiktoren, die sich auf die Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen beziehen, in eine Regression eingeführt werden, ergibt sich eine Varianzaufklärung von 46 Prozent. Zusammen genommen erklären beide Bündel 57 Prozent von REXL⁹⁸. Über die Hälfte der Varianz lässt sich also mittels der in unserer Befragung berücksichtigten sozio-politischen Orientierungen aufklären. Bedeutsam sind folgende Prädiktoren (geordnet nach ihrer Erklärungskraft für alle Befragten):

ASKO:	Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem
TRADSOZ:	Traditionalistischer Sozialismus
GBSIV:	Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung"
RELI:	Rechts-Links-Selbsteinstufung
WISOPOUN:	Wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit
DEMOR:	Restriktives Demokratieverständnis
AUT:	Grundwert "Autoritarismus"
LEIST:	Leistungsorientierung
POLAPA:	Politische Apathie
SOZGLO:	Globalisierungskritik
DEMOK:	Demokratische Orientierungen
DEMOS:	Zufriedenheit mit der Demokratie
LIB:	Grundwert "Libertarismus"
EFFIINT:	Politisches Selbstbewusstsein

Wenn Regressionen für Organisierte und Unorganisierte, Ostdeutsche und Westdeutsche gerechnet werden, ergeben sich keine wirklich substantiellen Unterschiede. Bei den Mitgliedern steht GBSIV an erster Stelle, bei den Nicht-Mitgliedern ASKO. An zweiter Stelle folgt bei beiden TRADSOZ, an dritter Stelle steht bei den Organisierten RELI, bei den Unorganisierten GBSIV, es folgt bei den Organisierten ASKO und bei den Unorganisierten WISOPOUN. Usw., usf. Bemerkenswert ist, dass WISOPOUN bei den Gewerkschaftsmitgliedern an letzter Stelle steht. Wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit spielt also für den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus kaum eine Rolle. Insgesamt zeigt sich, wie auch schon bei den Korrelationsanalysen, dass für rechtsextreme Einstellungen bei Organisierten und Unorganisierten im Großen und Ganzen dieselben Prädiktoren maßgeblich sind (unter denen sich nur drei GSPO-Variablen befinden). Unterschiede bestehen lediglich hinsichtlich ihres Gewichts innerhalb der jeweiligen Konstellation von Erklärungsfaktoren. Sie fallen stellenweise zwar beträchtlich aus, gleichwohl vermittelt sich nicht der Eindruck, als habe der gewerkschaftsinterne Rechts-

97 Siehe oben Abschn. 3.6.

98 Multiple lineare Regression, listenweiser Ausschluss von fehlenden Werten, korrigiertes R-Quadrat.

extremismus völlig andere Ursachen als der der Unorganisierten. Auch dies spricht eher für die Gültigkeit der Spiegelbildthese.

In Bezug auf die **Systematisierung der Erklärungsfaktoren** für Rechtsextremismus, wie sie in Kapitel A auf der Grundlage des Forschungsstandes vorgenommen wurde⁹⁹, ist Folgendes festzustellen:

- Für die Zwecke der Survey-Forschung mussten die von den Individuen zu bewältigenden Probleme aufgeteilt werden in Fragen zum sozio-ökonomischen Status und in Fragen zur Bewertung dieses Status (wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit, Deprivation, Individualisierung). Letztere wurden gemeinsam mit den Fragen zur Politischen Kultur unter dem Stichwort **"Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen"** abgehandelt. Von diesen Bewertungen wurde angenommen, dass sie einen **Einfluss auf die Persönlichkeitseigenschaften** ausüben. Dies trifft in gewissem Umfang tatsächlich zu: Mindestens schwache Zusammenhänge vorausgesetzt, korrelieren demokratische Orientierungen (DEMOK) negativ und ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) positiv mit ASKO (autoritäre Persönlichkeit). Demokratische Orientierungen (DEMOK) korrelieren auch positiv mit politischem Selbstbewusstsein (EFFIINT). Traditionalistischer Sozialismus (TRADSOZ) hängt negativ, Unzufriedenheit mit der Demokratie als System (DEMOS) dagegen positiv mit politischer Apathie (POLAPA) zusammen. Keine Variable aus dem Bereich der Bewertungen gesellschaftlicher Zustände ist mit Leistungsorientierung (LEIST) assoziiert. Und wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit korreliert mit keiner der Persönlichkeitseigenschaften. Die theoretisch wichtige Unterscheidung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände zeitigt empirisch keine wirklich relevanten Einsichten. Bewährt im Sinne unseres Erkenntnisinteresses haben sich vor allem ASKO als Indikator für eine autoritäre Persönlichkeit und dann EFFIINT und POLAPA, wobei alle drei - am wenigsten noch ASKO - eine demokratisch-partizipatorische Konnotation haben.
- Individualisierung ist für Umfragen schwer zu operationalisieren. Unsere Studie enthält nur ein entsprechendes Statement, das allerdings eher die **Verinnerlichung des Individualismus** misst: "Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine Vertreten". Diese Variable korreliert mit keiner Persönlichkeitseigenschaft, wohl aber mit den rechtsgerichteten Indizes und mit den Rechtsextremismus-Skalen. Individualismus übt also Einfluss auf Rechtsextremismus aus, allerdings nicht via Persönlichkeitseigenschaften.

99 Siehe dazu die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" in Kap. A, S. 47.

- Die grundlegenden politischen **Wertorientierungen** (vor allem AUT und LIB) nehmen offenbar eine Mittelstellung zwischen **Persönlichkeitseigenschaften** und **Bewertungen gesellschaftlicher Zustände** ein. Empirisch gesehen lassen sie sich kaum den **Persönlichkeitseigenschaften** zurechnen.
- Diese Beispiele zeigen, dass die **Systematisierung der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus** für die Umfrageforschung **vor allem heuristischen Wert** hat. Der soll auch gar nicht geschmälert werden. Unsere Daten verweisen allerdings auf viele **Querverbindungen**, so dass eine strikte Trennung von **Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände** nicht nur nicht geboten, sondern auch nicht Erkenntnis fördernd ist.

5.4 Autoritäre und demokratische Überzeugungen

Nun soll im Interesse der Komplexitätsreduktion der Versuch unternommen werden, aus den **Anziehungsorientierungen** und aus den **Abwehrorientierungen** jeweils eine *übergreifende Variable* zu entwickeln, die die **Ausbreitung bzw. Eindämmung des Rechtsextremismus** besonders gut erklärt. (Wir erwarten wenigstens einen starken Zusammenhang beider Variablen mit **Rechtsextremismus**.) Dabei wollen wir uns nicht mit einer rein statistischen Vorgehensweise zufrieden geben. Wenn beide Variablen als miteinander korrespondierende und damit eben auch vergleichbare **Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus** gelten sollen, sollten sie sowohl **theoretisch begründbar** als auch nach demselben Prinzip konstruiert sein, also auch dieselben **Einstellungsdimensionen** umfassen. Und sie sollen **Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände** berücksichtigen.

Bei der inhaltlichen Charakterisierung der **Abwehrorientierungen** haben wir die **demokratische Komponente** als besonders wichtig identifiziert. Hinsichtlich der **Persönlichkeitseigenschaften** handelt es sich um das **subjektive politische Kompetenzgefühl** bzw. um das **politische Selbstbewusstsein (EFFIINT)**, das auf **politische Interventionsbereitschaft** verweist, weiterhin um **liberale Wertorientierungen (LIB)**, womit **demokratisch-partizipatorische und anti-autoritäre Bestrebungen** angesprochen sind, und schließlich um **demokratische Einstellungen (DEMOK)**, die auf **normative Demokratiekonzepte** zielen.

Dass es sich beim Rechtsextremismus um eine antidemokratische Weltanschauung handelt, bedarf wohl keiner weiteren Begründung¹⁰⁰. Demokratische Orientierungen sollten daher maßgeblich zur Eindämmung des Rechtsextremismus beitragen. Für die Mikroebene signalisieren die Abwehrorientierungen drei verschiedene Dimensionen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Diese Mehrdimensionalität rechtfertigt es, von **demokratischen Überzeugungen** zu sprechen. Wenn wir demokratische Überzeugungen als den Schlüsselprädiktor für die Eindämmung von Rechtsextremismus herausstellen, dann bleiben zwei Abwehrorientierungen unberücksichtigt: die Rechts-Links-Selbsteinstufung (RELI) und das gewerkschaftliche Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV). GBSIV wird man als gewerkschaftsspezifische Variable nicht in einen Schlüsselprädiktor für Rechtsextremismus inkorporieren wollen. (Bei den weiteren Analysen unseres Projekts wird dieses Handlungskonzept allerdings uneingeschränkte Beachtung finden.) Und RELI bzw. LIRE steht inhaltlich nicht notwendigerweise für demokratische Überzeugungen.

Der Katalog der **Anziehungsorientierungen** ist umfassender und weniger übersichtlich. Das herausragende **Persönlichkeitsmerkmal** ist ASKO, womit autoritäre Dispositionen gemessen werden sollen. Bei der damit zusammenhängenden **Wertorientierung** handelt es sich um den Grundwert "Autoritarismus" (AUT), und als entsprechende **Einstellungen in Bezug auf die Demokratie** kann ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) gelten.

Dass Rechtsextremisten durch eine autoritäre Mentalität geprägt sind, ist ebenfalls bekannt und unstrittig. Da auch in diesem Fall die drei Dimensionen Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie gegeben sind, sprechen wir analog zu den demokratischen Überzeugungen von **autoritären Überzeugungen**. Wegen der (beabsichtigten) symmetrischen Konstruktion der beiden Schlüsselprädiktoren bleiben allerdings wesentliche Anziehungsorientierungen unberücksichtigt. Dabei handelt es sich vor allem um ein traditionalistisches Sozialismusverständnis sowie um die diversen Unzufriedenheiten. Wenn wir demokratische und autoritäre Überzeugungen als Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus besonders hervorheben, dann bedeutet das nicht, dass die übrigen Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen aus den Analysen ausgeklammert werden.

100 Ausführlich Richard Stöss: *Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368, Bonn 2000, S. 101-130 (Buchhandelsausg. Leske + Budrich).

Die nachstehende Übersicht enthält zusammenfassend die Konstruktionsphilosophie der beiden Schlüsselprädiktoren:

	demokratische Überzeugungen (DEMUEB)	autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)
Persönlichkeit	EFFIINT	ASKO
Wertorientierungen	LIB	AUT
Einstellungen zur Demokratie	DEMOK	DEMOR

Die Variable **demokratische Überzeugungen (DEMUEB)** stellt einen Index dar, der additiv aus EFFIINT, LIB und DEMOK gebildet wurde. Er umfasst die Werte Eins ("niedrig") bis 13 ("hoch") und wurde als Tabellenversion **DEMUEB3** auf drei Ausprägungen ("schwach", "mittel", "stark") reduziert. Der Index **autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)** wurde additiv aus ASKO, AUT und DEMOR gebildet. Er umfasst die Werte 1 ("niedrig") bis 34 ("hoch") und wurde für Tabellenzwecke (**AUTUEB3**) ebenfalls zu drei Ausprägungen zusammengefasst ("schwach", "mittel", "stark").

DEMUEB3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	36	34	42	40	40	43	39
mittel	39	39	39	39	38	42	39
stark	25	27	19	21	22	15	22
Mittel DEMUEB	6,7	6,8	6,2	6,4	6,5	6,0	6,0

schwach: Werte 1 bis 5.
 mittel: Werte 6 bis 8.
 stark: Werte 9 bis 13.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "demokratische Überzeugungen".

Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich kaum in Bezug auf autoritäre, sehr wohl aber hinsichtlich demokratischer Überzeugungen: Organisierte verfügen häufiger über eine demokratisch geprägte Mentalität als Unorganisierte. Die Marge für die Spiegelbildthese wird zwar getrennt für West- und Ostdeutschland, nicht aber für Deutschland insgesamt überwunden. In beiden Fällen besteht ein deutlicher Ost-West-Gegensatz: Das Bewusstsein der Ostdeutschen ist autoritärer strukturiert als das der Westdeutschen, das der Westdeutschen demokratischer als das der Ostdeutschen.

Tabelle 34: Autoritäre Überzeugungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
AUTUEB3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	27	30	17	26	28	18	27
mittel	48	47	49	48	49	46	48
stark	25	23	34	26	23	36	25
Mittel AUTUEB	18,7	18,4	20,2	19,0	18,6	20,3	18,9

schwach: Werte 1 bis 15.
 mittel: Werte 16 bis 22.
 stark: Werte 23 bis 34.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "autoritäre Überzeugungen".

Von besonderem Interesse sind allerdings die Zusammenhänge mit Rechtsextremismus¹⁰¹: Demokratische Überzeugungen korrelieren stärker negativ mit REXL ($r = -0,403$) als alle anderen Abwehrorientierungen, und autoritäre Überzeugungen korrelieren stärker positiv mit REXL ($r = 0,534$) als alle anderen Anziehungsorientierungen. Wir haben es also - wie gefordert - mit (sehr) starken Zusammenhängen zu tun, womit die Charakterisierung beider Variablen als Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus gerechtfertigt sein dürfte. Der Gegensatz¹⁰² von demokratischen und autoritären Dispositionen erweist sich für die Analyse von Rechtsextremismus offenbar als durchaus fruchtbar. Jedenfalls können wir bestätigen, dass eine "demokratische Persönlichkeit" Rechtsextremismus bzw. rechtsgerichtete Einstellungen eher abwehrt, eine "autoritäre Persönlichkeit" dagegen eher anfällig für Rechtsextremismus ist. Dabei beeinflusst AUTUEB Rechtsextremismus wesentlich stärker als DEMUEB. Dies gilt für Organisierte und Unorganisierte.

Mit den beiden Schlüsselprädiktoren wurden erneut Regressionsschätzungen für alle unabhängigen Variablen durchgeführt. Mit Blick auf die Erklärungskraft, die jeweilige Stärke des Einflusses (Beta-Werte¹⁰³) und die Bedeutung jedes Prädiktors für die Untersuchungsgruppen haben sich nun folgende Variablen als besonders bedeutsam für die Analyse des Rechtsextremismus herausgestellt (unabhängig davon, ob sie eher zu seiner Eindämmung oder zu seiner Ausbreitung beitragen):

101 Siehe Anhang 106.

102 Beide Variablen sind stark negativ miteinander assoziiert: $r = -0,491$.

103 Der Beta-Koeffizient misst den standardisierten Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable. Die Werte werden hier nicht in Einzelnen berichtet.

- AUTUEB
- DEMUEB
- TRADSOZ
- GBSIV
- RELI

Die fünf Variablen klären exakt die Hälfte der Varianz von REXL auf, bei den Ost-Gewerkschaftern sind es 40 Prozent, bei den Nicht-Mitgliedern im Westen 52 Prozent¹⁰⁴. Am wirkungsmächtigsten erweisen sich altsozialistische Einstellungen, bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, in West und Ost (Ausnahme: Unorganisierte im Osten). Den geringsten Einfluss haben ausnahmslos demokratische Orientierungen.

Dass traditionalistischer Sozialismus einen so großen Einfluss auf Rechtsextremismus ausübt, hat folgende Gründe: TRADSOZ ist der einzige Prädiktor, der (schwach bis mittel positiv) mit den Unzufriedenheitsvariablen korreliert (daher ist keine davon in der Liste der fünf maßgeblichen Prädiktoren enthalten). Altsozialistische Einstellungen verbinden sich aber nicht nur mit Unzufriedenheit, sondern auch (schwach positiv) mit sozialer Gerechtigkeit und (schwach negativ) mit Marktfreiheit sowie (ziemlich stark positiv) mit dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung". Schließlich besteht eine (schwach positive) Beziehung zu AUTUEB¹⁰⁵.

Dass **TRADSOZ** schwach mit autoritären Überzeugungen korreliert, liegt nicht etwa daran, dass die Befürwortung eines altsozialistischen Weltbildes besonders von autoritären Persönlichkeitsmerkmalen oder von autoritären Wertorientierungen abhängt. Beides trifft nicht zu. Traditionsozialisten neigen viel mehr zu restriktiven Demokratievorstellungen. TRADSOZ hängt auch nicht von der Selbsteinstufung auf der Rechts-Links-Skala ab. **Traditionsozialismus steht also - jenseits von Rechts und Links - für Kapitalismuskritik, Gegnerschaft zum Neoliberalismus, für Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen schlechthin und schließlich für soziale Gerechtigkeit.** Abgesehen von den inkorporierten Variablen korreliert **DEMUEB** nur (und wenig verwunderlich) negativ mit politischer Apathie (POLAPA). **AUTUEB** korreliert positiv mit TRADSOZ und negativ mit dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV). **RELI** korreliert allenfalls sehr schwach, zumeist aber gar nicht mit den Prädiktoren für Rechtsextremismus, und **GBSIV** hängt negativ mit einem

104 Siehe Anhang 108.

105 Die Werte finden sich im Anhang 107.

restriktiven Demokratieverständnis (DEMOR), positiv mit Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT) und wiederum negativ mit AUTUEB zusammen.

Zeigen sich im Detail auch gewisse Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, so bleibt doch festzuhalten, dass Rechtsextremismus neben den beiden Schlüsselprädiktoren (autoritäre und demokratische Überzeugungen) vor allem durch altsozialistische Vorstellungen, die Rechts-Links-Selbsteinstufung und durch das gewerkschaftliche Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" beeinflusst wird.

Um die Bedeutung der fünf Prädiktoren für Rechtsextremismus auch hinsichtlich der Einstellungspotenziale anschaulich darzustellen, haben wir mittels des SPSS-Moduls "AnswerTree" eine Entscheidungsbaum-Analyse¹⁰⁶ durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein Data-Mining-Programm, das Muster in den Beziehungen von unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable errechnet. Der Übersichtlichkeit halber haben wir die Prädiktoren zu Dummies (0 = nein, 1 = ja) recodiert. Lediglich bei RELI hat sich herausgestellt, dass eine Dreierlösung bessere Ergebnisse zeitigt. RELI wurde so recodiert: 1 = Links, 2 = Mitte/Links-Mitte/Rechts, 3 = Rechts. Abhängige Variable ist REXLPOT (das mit REXL gemessene rechtsextreme Einstellungspotenzial).

Der Entscheidungsbaum kann hier aus Platzgründen nicht abgedruckt werden. Er enthält immerhin 26 Knotenpunkte. Die nachfolgende Übersicht enthält die markantesten Ergebnisse der Analyse:

Als trennstärkste Variable erweist sich nun AUTUEB, es folgen TRADSOZ, RELI, DEMUEB und GBSIV. Auf der ersten Stufe wird nur AUTUEB betrachtet. Der Anteil der Rechtsextremisten an Befragten mit autoritären Überzeugungen beträgt 47 Prozent. Befragte ohne autoritäre Überzeugungen sind zu 13 Prozent rechtsextrem eingestellt. Die Befragten, die zugleich autoritär überzeugt und altsozialistisch eingestellt sind, weisen einen Rechtsextremismusanteil von 64 Prozent auf. Wenn in dieser Gruppe nur die Personen betrachtet werden, die sich selbst rechts einstufen, dann wächst das rechtsextreme Einstellungspotenzial auf 86 Prozent. Die weitere

106 "Das Modul AnswerTree teilt eine Population anhand von Vorhersagevariablen (Prädiktoren) in verschiedene Teilpopulationen (Segmente) ein, so dass eine abhängige Variable in den verschiedenen Segmenten signifikant unterschiedliche Ausprägungen hat. Die einzelnen Segmente können dann bezüglich des Grades dieser Ausprägungen in eine Reihenfolge gebracht werden. Das wichtigste Hilfsmittel hierzu ist die Darstellung in so genannten Baumdiagrammen. Anhand des Entscheidungsbaumes ist auch erkennbar, welche Vorhersagevariablen einen starken oder auch gar keinen Einfluss auf die abhängige Variable besitzen." Achim Bühl/Peter Zöfel: Erweiterte Datenanalyse mit SPSS. Statistik und Data Mining, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 13.

Aufgliederung nach DEMUEB und GBSIV führt nicht zu einer signifikanten Verringerung des Rechtsextremismus.

Entsprechend ist der untere Teil der Übersicht zu lesen: Befragte ohne autoritäre Überzeugungen und ohne traditionssozialistische Einstellungen, die sich selbst links einstufen und über demokratische Überzeugungen verfügen, sind gerade einmal zu einem Prozent anfällig für Rechtsextremismus.

AUTUEB	TRADSOZ	RELI	DEMUEB	Anteil REXLPOT
Ja	Ja	Rechts		85,5
Ja	Ja			63,9
Ja				47,3
<hr/>				
Nein				13,3
Nein	Nein			9,2
Nein	Nein	Links		3,9
Nein	Nein	Links	Ja	0,7

Unsere fünf Prädiktoren für Rechtsextremismus erklären also eine Potenzialspannweite von einem bis 86 Prozent. Dazu wird GBSIV nicht einmal benötigt. Dass mit wachsenden bzw. sinkenden Rechtsextremismusanteilen auch die Gruppengrößen abschmelzen, versteht sich von selbst. Die Gruppe mit einem Rechtsextremismusanteil von 86 Prozent besteht aus 59 Befragten, die mit einem Rechtsextremismusanteil von einem Prozent aus einer einzigen Person.

6. Ergebnis

In diesem Kapitel werden zunächst die unabhängigen Variablen aus dem Bereich der sozio-politischen Orientierungen vorgestellt. Sie bilden - neben den sozio-ökonomischen Merkmalen der Befragten - die Prädiktoren, mit denen Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern erklärt werden soll. Sodann wird die allgemeine Spiegelbildthese überprüft. Anschließend werden die Prädiktoren danach unterschieden, ob sie Rechtsextremismus eher anziehen, eher abwehren oder ob sie keinen Einfluss auf Rechtsextremismus ausüben. Danach wird die Erklärungskraft der Prädiktoren ermittelt. Abschließend stellen wir zwei Schlüsselprädiktoren vor, die Rechtsextremismus besonders gut erklären.

Unsere Ergebnisse bezüglich der **allgemeinen Spiegelbildthese** sind zwar uneinheitlich, tragen in der Tendenz allerdings eher zu ihrer Bestätigung bei - jedenfalls für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt. Die Untersuchungen zu den grundlegenden politischen Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder belegen, dass unsere Ausgangsvermutung (Mitglieder sind kein Spiegelbild der Gesellschaft) nicht vollkommen abwegig war: Im zweidimensionalen Werteraum besteht ein großer Abstand zwischen den Positionen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Genau besehen unterscheiden sich Organisierte und Unorganisierte aber nur hinsichtlich ihrer Lage auf der ökonomisch-sozialen Konfliktachse (Organisierte sind wesentlich sozialer und weniger neoliberal orientiert als Unorganisierte), nicht aber hinsichtlich ihrer Lage auf der politischen Konfliktachse. Die Verbreitung des Rechtsextremismus folgt jedoch nicht dem ökonomisch-sozialen Wertekonflikt sondern dem politischen Wertekonflikt, wo keine (nennenswerte) Differenz zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht. Und daher unterscheiden sie sich auch nicht hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus.

Wenn aber nicht nur Wertorientierungen sondern alle von uns erhobenen sozio-politischen Orientierungen berücksichtigt werden, weichen Gewerkschaftsmitglieder nicht wesentlich von den Nicht-Mitgliedern ab. Allerdings wurden acht **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (GSPO-Variablen) ermittelt, auf die die Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen also eine deutliche Differenz (20-Prozent-Marge) zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht:

- Gewerkschaftsmitglieder stufen sich linker ein als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich häufiger für den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" aus als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu neoliberalen Orientierungen als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu politischer Apathie als Unorganisierte.

Auffällig ist der starke **Ost-West-Unterschied** bei nahezu allen sozio-politischen Orientierungen: Die Orientierungen, die den Nährboden für Rechtsextremismus bilden, sind in Ostdeutschland wesentlich häufiger anzutreffen als in Westdeutschland. Dies trägt zur Erklärung bei, wa-

rum die Ostdeutschen im Schnitt anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Westdeutschen.

Zur Wirkungsrichtung der Prädiktoren (Befragte insgesamt):

Folgende Orientierungen begünstigen die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (Anziehungsorientierungen):

- ein traditionalistisches Sozialismusbild;
- autoritäre Persönlichkeitseigenschaften (ASKO);
- ein restriktives Demokratieverständnis;
- Befürwortung des Grundwerts "Autoritarismus";
- Unzufriedenheit;
- politische Apathie;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung";
- Globalisierungskritik;
- Leistungsorientierung;
- Arbeitsunzufriedenheit.

Folgende Orientierungen behindern die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (Abwehrorientierungen):

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung";
- demokratische Orientierungen;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- ein linksgerichtetes politisches Selbstverständnis;
- politisches Selbstbewusstsein;
- Befürwortung des Grundwerts "Libertarismus".

Ohne Auswirkungen auf Rechtsextremismus sind folgende Variablen (neutrale Orientierungen):

- Vertrauen in Gewerkschaften;
- Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften;
- Befürwortung des Grundwerts "soziale Gerechtigkeit";
- Befürwortung des Grundwerts "Marktfreiheit";

- Zustimmung zum gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (nur bei Organisierten).

Die für Gewerkschaftsmitglieder typischen Orientierungen (GSPO-Variablen) wirken nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegen, bilden also kein Bollwerk gegen rechtsextreme Einflüsse.

Die Erklärungskraft aller Prädiktoren für Rechtsextremismus (REXL) beträgt knapp 60 Prozent. Dabei haben sich folgende 14 Variablen als besonders einflussreich erwiesen:

- autoritäre Persönlichkeit (ASKO),
- traditionalistischer Sozialismus,
- Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung",
- Rechts-Links-Selbsteinstufung,
- wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit,
- restriktives Demokratieverständnis,
- Grundwert "Autoritarismus",
- Leistungsorientierung,
- politische Apathie,
- Globalisierungskritik,
- demokratische Orientierungen,
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System,
- Grundwert "Libertarismus",
- politisches Selbstbewusstsein.

Die theoretisch begründete Unterscheidung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände hat sich empirisch als wenig hilfreich erwiesen. Auch die Subsummierung der Werte unter die Persönlichkeitseigenschaften zeitigt keine relevanten Einsichten. Bei der Bildung der Schlüsselprädiktoren haben wir dieses Schema bewusst überwunden: Aus den besonders bedeutsamen Erklärungsfaktoren wurden zwei Prädiktoren destilliert, die als übergreifende Indizes jeweils folgende drei Dimensionen einschließen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Bei den Schlüsselprädiktoren handelt es sich um:

- demokratische Überzeugungen und um
- autoritäre Überzeugungen.

Grob gesagt immunisiert eine "demokratische Persönlichkeit" gegen Rechtsextremismus während eine "autoritäre Persönlichkeit" anfällig für Rechtsextremismus ist.

Die Spiegelbildthese gilt zwar für autoritäre, nicht aber für demokratische Überzeugungen. Gewerkschaftsmitglieder sind also besonders demokratisch konstituiert und insoweit vergleichsweise selten empfänglich für rechtsextreme Angebote. Sie sind aber zugleich genauso stark autoritär disponiert wie Unorganisierte und insoweit eben auch tendenziell genauso anfällig für Rechtsextremismus wie diese.

Autoritäre und demokratische Überzeugungen heben sich in ihrer Wirkung gegenseitig nicht auf. Autoritäre Überzeugungen korrelieren nämlich etwas stärker mit Rechtsextremismus (REXL) als demokratische Überzeugungen, bei Organisierten und Unorganisierten. Die Tendenz zur Abwehr ist mithin etwas geringer als die zur Akzeptanz von Rechtsextremismus.

Unter Berücksichtigung und Einschluss der beiden Schlüsselprädiktoren lassen sich die genannten 14 besonders einflussreichen Prädiktoren auf folgende fünf reduzieren:

- autoritäre Überzeugungen,
- demokratische Überzeugungen.
- traditionalistischer Sozialismus,
- gewerkschaftliches Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" und
- Rechts-Links-Selbsteinstufung.

Diese fünf Prädiktoren erklären die Hälfte der Varianz von Rechtsextremismus (REXL). In dieser Konstellation ist traditionalistischer Sozialismus besonders einflussreich, der Effekt von demokratischen Überzeugungen dagegen vergleichsweise gering. Dies gilt für Organisierte und Unorganisierte, für Ostdeutsche und Westdeutsche.

Insgesamt lautet die Bilanz in Bezug auf die sozio-politischen Orientierungen, dass sich im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern überwiegend die allgemeine Spiegelbildthese bestätigt hat. Auch hinsichtlich der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus konnten keine wirklichen Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten ermittelt werden.

Kapitel E:

Sozio-politische Orientierungen und gewerkschaftliches Überzeugungssystem bei aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern

1. Problemstellung

Unser Untersuchungsansatz stützt sich nicht nur auf die Zurückweisung der allgemeinen und der speziellen Spiegelbildthese. Er geht zudem davon aus, dass Gewerkschaftsmitglieder über ein spezielles Überzeugungssystem (belief system)¹ verfügen, womit sie sich deutlich von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Dieses Überzeugungssystem enthält - so vermuteten wir weiterhin - Elemente, die Rechtsextremismus eher abwehren und zugleich solche, die dafür Anknüpfungspunkte bieten.

Bislang haben wir beim Vergleich von Organisierten und Unorganisierten enttäuschend wenig empirische Evidenz für unsere Ausgangsthesen gefunden. Vorbehaltlich der endgültigen Ursachenanalyse (Kapitel G) dürfte sich die *spezielle* Spiegelbildthese weithin auch durch unsere Studie bestätigen. Mit einer Modifikation allerdings: Sie gilt für die Bundesrepublik insgesamt und für Westdeutschland, jedoch nicht - jedenfalls nicht durchgängig - für Ostdeutschland. Gewerkschaftsmitglieder im Osten sind teilweise deutlich weniger anfällig für Rechtsextremismus als die dortigen Unorganisierten. Hinsichtlich der *allgemeinen* Spiegelbildthese unterscheiden wir zwischen dem sozio-ökonomischen Status und sozio-politischen Orientierungen. Bei der Analyse der sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern haben wir zwar erhebliche Abweichungen von den Unorganisierten festgestellt und für diesen Bereich die *allgemeine* Spiegelbildthese zurückgewiesen. Zudem stellte sich heraus, dass die *spezielle* Spiegelbildthese auf viele Mitgliedergruppen nicht zutrifft. Wir haben sogar Beispiele für die Anziehungsthese und für die Immunisierungsthese gefunden. Bei der Analyse der mentalen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern bestätigte sich allerdings im Großen und Ganzen eher die Spiegelbildthese, und zwar sowohl für die Einstellungspotenziale als auch für die Erklärungsfaktoren. Allerdings wurden insgesamt neun gewerkschaftsspezifische sozio-politische

1 Siehe dazu Kap. D 2.

Orientierungen identifiziert, Orientierungen also, bei denen sich Organisierte deutlich von Unorganisierten unterscheiden, für die die Spiegelbildthese daher nicht gilt. Diese **GSPO-Variablen** seien hier nochmals rekapituliert:

- **RELI:** Gewerkschaftsmitglieder stufen sich linker ein als Nicht-Mitglieder.
- **SOZGER:** Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich häufiger für den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" aus als Nicht-Mitglieder.
- **MARKT:** Unorganisierte heben den Grundwert Marktfreiheit häufiger hervor als Gewerkschaftsmitglieder.
- **GEWVER:** Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- **GEWINT:** Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- **GBSIV:** Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- **ARBUNZ:** Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- **POLAPA:** Gewerkschaftsmitglieder neigen weniger zu politischer Apathie als Nicht-Mitglieder.
- **DEMUEB:** Gewerkschaftsmitglieder verfügen häufiger als Nicht-Mitglieder über demokratische Überzeugungen (einer der beiden Schlüsselprädiktoren).

Es lag nahe, die Bestandteile des gewerkschaftlichen belief systems zunächst unter diesen Variablen zu suchen. Schon bei Korrelationsanalysen stellte sich heraus, dass zwischen diesen Variablen keine bzw. nur sehr schwache Beziehungen bestehen. Ein zusammenhängendes Einstellungsmuster wurde nicht erkennbar. Faktorenanalysen bestätigten diesen Befund nachdrücklich. Lediglich DEMUEB, GBSIV und RELI bilden einen Zusammenhang, der sich auch bei allen weiteren Berechnungen bestätigte: Demokratische Überzeugungen wachsen mit zunehmender Befürwortung von nachhaltiger Interessenvertretung und linker Selbsteinstufung. (Dieser Zusammenhang wird uns später wieder beschäftigen.)

Da sich ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem nicht notwendigerweise nur aus gewerkschaftsspezifischen Orientierungen zusammensetzt, wurden im nächsten Analyseschritt alle zur Verfügung stehenden sozio-politischen Orientierungen in unterschiedlichen Kombinationen berücksichtigt. Aber auch diese Untersuchungen führten nicht zu dem erhofften Erfolg. Wir verzichten der Kürze halber auf eine genauere Berichterstattung. Entscheidend ist das Ergebnis: **Unsere Vermutung, dass Gewerkschaftsmitglieder über ein besonderes Überzeugungssystem verfügen, konnte empirisch nicht erhärtet werden. Sie ist offenbar unzutreffend.**

Wir mussten uns daher mit der Frage beschäftigen, wie wir zu unseren Ausgangsthese gelangt sind (für die wir in Voruntersuchungen immerhin eine gewisse empirische Evidenz gefunden haben), und dabei insbesondere den - unserem Untersuchungsdesign zugrunde liegenden - Gruppenvergleich thematisieren: **Wodurch ist der Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern überhaupt gerechtfertigt?** Verfügen Gewerkschaftsmitglieder über eine hinreichende Anzahl von gemeinsamen Merkmalen, die sie im soziologischen Sinne zu einer mehr oder weniger homogenen Gruppe konstituieren, was die Voraussetzung für einen sinnvollen und aussichtsreichen Vergleich mit Nicht-Mitgliedern ist.

Die Schwäche unseres Untersuchungsansatzes könnte darin bestehen, dass wir die Gruppeneigenschaft vorab nicht theoretisch oder empirisch nachgewiesen, sondern ihre Existenz unterstellt haben. Diese Unterstellung bestand in der Annahme, dass Gewerkschaftsmitglieder über ein besonderes Bewusstsein verfügen und sich dadurch von Unorganisierten unterscheiden. Dieses besondere Bewusstsein sollte allerdings erst durch unsere Untersuchung verifiziert werden.

Unabhängig davon, ob es sich bei dieser Unterstellung um reines Wunschdenken oder um pure Naivität handelt, ist das Argument kaum zu entkräften, dass es sich bei Gewerkschaften nicht nur um Interessenorganisationen, sondern auch um Wertegemeinschaften ("Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz"²) mit allgemeinpolitischem, reformorientiertem Ansatz handelt. Der institutionelle Anspruch ist freilich nicht notwendigerweise identisch mit dem Bewusstsein der bzw. aller Gewerkschaftsmitglieder. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieser Anspruch von den Gewerkschaftsmitgliedern nur mehr oder weniger intensiv geteilt wird. Gewerkschaftsmitglieder dürften hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen keine homogene Gruppe sondern eine differenzierte Teilgesellschaft bilden, ebenso wie die Nicht-Mitglieder. Diese "Weisheit" hätte auch einschlägigen Untersuchungen entnommen werden können. So haben Wirth und Brähler beispielsweise nachgewiesen, dass es "den Gewerkschafter" nicht gibt, und fünf verschiedene Typen von Gewerkschaftsmitgliedern ermittelt³.

2 So das DGB-Grundsatzprogramm vom November 1996, Internetversion.

3 Hans-Jürgen Wirth/Elmar Brähler: Vom klassischen bis zum rot-grünen Gewerkschaftsmitglied. Eine Typologie der gewerkschaftlich Engagierten, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 109-121.

Auch unsere Daten legen eine differenzierte Sichtweise nahe. Wir haben bereits dargelegt, dass sich Unorganisierte hinsichtlich ihrer Bewertung der Gewerkschaften in drei Gruppen einteilen lassen: in Sympathisanten, Tolerante und Distanzierte⁴. Bei den Sympathisanten handelt es sich um Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und angeben, dass Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten. Dieses recht positive Urteil über die Gewerkschaften teilen nur etwa 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ("zufriedene Mitglieder"), rund 60 Prozent der Mitglieder haben weniger Vertrauen in ihre Organisation und beurteilen deren Leistung auch schlechter ("unzufriedene Mitglieder"). Sympathisanten stellen den Gewerkschaften also ein besseres Zeugnis aus als kritische Mitglieder. Die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern folgt nur einem formalen Kriterium (Mitgliedsbuch, Beitragszahlung). Wenn wir die Befragten nach ihren Einstellungen zu den Gewerkschaften einteilen würden (beispielsweise wie sie Gewerkschaften bewerten), dann gelangten wir zu einer völlig anderen Gruppenzusammensetzung: Die Gruppe mit einem guten Gesamturteil bestünde zu einem Drittel aus Beitragszahlern und zu zwei Dritteln aus Nichtzahlern. Und immerhin zehn Prozent der Befragten mit einem kritischen bis negativen Urteil wären Gewerkschaftsmitglieder. Mit Blick auf die Evaluierung von Gewerkschaften ist die Unterscheidung von Organisierten und Unorganisierten also bedeutungslos.

Und auch bei der Sozialstrukturanalyse (Kapitel C) hat sich herausgestellt, dass es analytisch wenig ertragreich ist, alle Gewerkschaftsmitglieder über einen Kamm zu scheren. Erst durch Gruppenbildung und Gruppenvergleiche wurde ersichtlich, dass die allgemeine und die spezielle Spiegelbildthese nur teilweise zutreffen und dass bestimmte Gruppen kaum anfällig für Rechtsextremismus sind, andere dagegen Rechtsextremismus nachgerade anziehen.

Wenn Gewerkschaftsmitglieder gar keine mehr oder weniger homogene Gruppe, sondern eine differenzierte Teilgesellschaft bilden, dann könnte die Behauptung, Gewerkschaftsmitglieder seien in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild der Gesellschaft, der differenzierten Wirklichkeit kaum gerecht werden. Allerdings lässt sich die Existenz von Gewerkschaften auch nicht weg diskutieren, und irgendjemand muss innerhalb der Gewerkschaften das institutionelle Selbstverständnis verkörpern, sonst könnten sie nicht existieren. Dies bringt uns zu der Frage, ob möglicherweise Teile der Gewerkschaftsmitglieder über ein spezielles Überzeugungssystem verfügen. Wir werden daher im Folgenden überprüfen, ob sich durch Gruppenbildung zusätzliche Erkenntnisse hinsichtlich der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und hinsichtlich der Bedeutung

4 Siehe Kap. D 4.4.1, insbes. Tab. 30.

von sozio-politischen Orientierungen als Prädiktoren für Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern ergeben.

2. Aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder

Als mögliche Gruppierungsvariablen für Gewerkschaftsmitglieder kommen hier weder sozialstrukturelle Merkmale noch sozio-politische Orientierungen in Betracht. Denn dabei handelt es sich um Variablen, mit denen wir Rechtsextremismus erklären. Eine nach Prädiktoren vorgenommene Gruppenbildung könnte das Untersuchungsergebnis beeinträchtigen. Daher werden wir uns formaler Merkmale bedienen. Dafür steht in unserer Umfrage nur das **gewerkschaftliche Engagement** zur Verfügung, festgemacht an der Inhabe von Positionen: innergewerkschaftliche Funktionen sowie Mitgliedschaft in einem Betriebsrat oder Personalrat.

Von den 2006 befragten Gewerkschaftsmitgliedern können in diesem Sinne 703 Personen als **Aktive** bezeichnet werden, 1303 Personen gelten als **Passive**, weil sie niemals eine derartige Position innehatten. Die Aktiven unterteilen wir nach Personen, die zum Befragungszeitpunkt eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion in den Gewerkschaften ausübten (**Funktionäre**; N=168) und nach **sonstigen Aktiven**. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um ehemalige Funktionäre (N=459), sonst um Betriebs- bzw. Personalräte, die zum Befragungszeitpunkt keine Funktion in den Gewerkschaften ausübten⁵.

Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	8	8	9
sonstige aktive Mitglieder	27	26	32
passive Mitglieder	65	66	59

5 Vgl. dazu Jürgen Prott: Funktionäre in den Gewerkschaften, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard-Wessels (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 223-242.- Prott nennt als "eine Art Faustregel", dass zwischen fünf Prozent und zehn Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum Kreis der ehrenamtlichen Funktionäre zu rechnen seien. Auch die von Prott genannte, auf INFAS zurückgeführte Angabe, dass 1987 36 Prozent der Mitglieder Aktive waren, ist durchaus realistisch, wenn - wie wir das auch tun - zu den Aktiven auch die Mitglieder gerechnet werden, die zum Befragungszeitpunkt kein Amt bzw. Mandat innehaben, früher aber einmal über eine Position verfügten. Die Vorstellung, dass nur das Gewerkschaftsmitglied zu den Aktiven zählt, das eine Position lebenslang ausübt, wäre abwegig.

Rund zwei Drittel der Organisierten zählen demnach zur Gruppe der passiven Mitglieder, ein Drittel bildet den aktiven Kern. Der Anteil der Funktionäre beträgt acht Prozent⁶. Zwischen den Mitgliedern in Ostdeutschland und in Westdeutschland besteht diesbezüglich kein Unterschied.

Gegen dieses Verfahren ist von Mitgliedern des Projektbeirats eingewandt worden, dass sich in unserem Sinne passive Mitglieder an einzelnen gewerkschaftlichen Aktivitäten beteiligt haben und ihre Charakterisierung als "Passive" daher als ungerechtfertigt empfinden könnten. Daher betonen wir nochmals, dass unsere Gruppenbildung rein formalen Gesichtspunkten folgt. Wir orientieren uns an der Inhabung von Positionen. Dieser "Positionsansatz" (*positional approach*) ist in der empirischen Sozialforschung bestens eingeführt und wird seit langem erfolgreich praktiziert⁷. Die Übernahme von Ämtern, Mandaten oder Funktionen bedeutet ein zeitlich zwar befristetes, aber dennoch regelmäßiges und verbindliches Engagement, das zumeist auch mit Verantwortung gegenüber den Beauftragenden bzw. Entsendenden verbunden ist. Die Ausübung einer derartigen Tätigkeit ist daher strikt zu trennen von der gelegentlichen und unverbindlichen Teilnahme an einzelnen Aktivitäten. Der Positionsansatz eignet sich besonders gut zur Ermittlung von Aktiven, weil er sich empirisch mit geringem Aufwand realisieren lässt. Wenn wir hier von passiven Gewerkschaftsmitgliedern sprechen, meinen wir also Organisierte, die zum Befragungszeitpunkt keine Position bekleideten und auch früher keine innehatten.

Bevor wir uns den rechtsextremen Einstellungen und den sozio-politischen Orientierungen der Mitgliedergruppen zuwenden, werfen wir zunächst einen Blick auf ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften: Bei der durchgängig hohen Interessenvertreteneit besteht kein großer Unterschied zwischen den drei Gruppen, Funktionäre urteilen allerdings etwas positiver als sonstige Aktive und als Passive, insbesondere dann, wenn es um "vollständige" Interessenvertreteneit geht⁸.

Das Niveau des Vertrauens in die Gewerkschaften liegt deutlich niedriger als das der Interessenvertreteneit. "Weitgehend" oder "voll und ganz" vertrauen über 50 Prozent der Funktionäre und sonstigen Aktiven, die Passiven erreichen nur Werte über 40 Prozent. Bei der Kategorie "voll und ganz" unterscheiden sich die Funktionäre wiederum deutlich von den beiden anderen

6 Ehrenamtliche Funktionäre: 7,0%; hauptamtliche Funktionäre: 1,4%.

7 Zusammenfassend: Wolfgang Felber: Elitelforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart: Teubner 1986, S. 162 ff.

8 Siehe Anhang 109.

Gruppen, wobei die Passiven noch etwas bessere Resultate aufweisen als die sonstigen Aktiven⁹.

Während Interessenvertretlichkeit auf die instrumentelle Bewertung des gewerkschaftlichen Outputs und generalisiertes Vertrauen auf die Gesamtevaluierung der Gewerkschaften zielt¹⁰, geht es bei der Frage nach der **Gewerkschaftsbindung** eher um Identifikation mit den Gewerkschaften. Sie erweist sich daher für die drei Mitgliedergruppen als besonders trennscharf: Gewerkschaftsbindung ist bei den Funktionären besonders groß, bei den sonstigen Aktiven mittelmäßig und bei den Passiven ausgesprochen schwach¹¹.

Funktionäre, sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder und passive Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich bezüglich ihres Verhältnisses zu den Gewerkschaften also vor allem durch die Intensität ihrer Gewerkschaftsbindung. Es zeichnet sich ein erheblicher Unterschied zwischen aktiven und passiven Mitgliedern ab.

3. Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und allgemeine Spiegelbildthese

Die Aufteilung der Gewerkschaftsmitglieder in drei Gruppen bewirkt im Werteraum, dass sich Organisierte und Unorganisierte nicht mehr nur durch ihre Position auf der ökonomisch-sozialen Konfliktachse unterscheiden. An dieser Differenz hat sich durch die Gruppenbildung so gut wie nichts verändert. Das heißt, dass sich Funktionäre, sonstige aktive Mitglieder und passive Mitglieder kaum hinsichtlich ihrer Haltung zum ökonomisch-sozialen Konflikt von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden.

Neu ist, dass sich die drei Mitgliedergruppen hinsichtlich der **politischen** Konfliktdimension unterscheiden. Während die passiven Mitglieder hier ungefähr dieselbe Position einnehmen wie die Unorganisierten, sind die Funktionäre betont libertär eingestellt und die sonstigen Aktiven neigen noch weniger zum Libertarismus als die Unorganisierten. Mit anderen Worten: **Hinsichtlich der politischen Konfliktachse gilt die allgemeine Spiegelbildthese nur für die passiven Mitglieder, nicht aber für die Funktionäre und die sonstigen aktiven Mitglieder¹².**

9 Siehe Anhang 110.

10 Siehe dazu Kap. D 4.4.1.

11 Siehe Anhang 111.

12 Siehe Anhang 112.

Dieser Befund steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass unser Wertemodell kein Kriterium für die Begrenzung der Schwankungsbreite der Spiegelbildthese bereithält. So beträgt das arithmetische Mittel ($\times 100$) der Unorganisierten auf der Libertarismus-Autoritarismus-Achse 80, der entsprechende Wert für die Funktionäre beträgt 114, für die sonstigen Aktiven 49. Ob die Distanz der Funktionäre zu den Unorganisierten (+34 Einheiten) bzw. der sonstigen Aktiven zu den Unorganisierten (-31 Einheiten) ausreicht, um die allgemeine Spiegelbildthese zurückzuweisen, ist "objektiv" nicht entscheidbar, weil die Mittelwerte (anders als Prozentangaben) nicht normiert sind¹³.

Prüfen wir nun die allgemeine Spiegelbildthese am Beispiel der **sozio-politischen Orientierungen**. (Jetzt werden nicht Mittelwerte sondern Einstellungspotenziale miteinander verglichen!¹⁴) Aus Anhang 114 geht hervor, dass auf **Gewerkschaftsfunktionäre** in 18 von 26 Fällen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft. Hatten wir für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt nur neun gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen ermittelt, so ist die Anzahl der GSPO-Variablen bei den Funktionären doppelt so groß. Bemerkenswert ist übrigens, dass Funktionäre (in Bezug auf Unorganisierte) unterdurchschnittlich zu traditionalistischem Sozialismus (einem besonders wichtigen Prädiktor für Rechtsextremismus) neigen, während die sonstigen aktiven Mitglieder und die passiven Mitglieder hier überdurchschnittlich zustimmen.

Insgesamt kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass Gewerkschaftsfunktionäre hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen kein Abbild der Gesellschaft darstellen. Das gilt im Prinzip auch für die **sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitglieder**. Bei ihnen trifft die Spiegelbildthese in 14 von 26 Fällen nicht zu. Wenn Funktionäre und sonstige Aktive als eine Gruppe betrachtet werden ("**Aktive insgesamt**"), dann ergibt sich dasselbe Bild wie bei den sonstigen Aktiven.

Den Schlüssel zur Erklärung der Tatsache, dass auf Gewerkschaftsmitglieder insgesamt zu meist die allgemeine Spiegelbildthese zutrifft, liefern die **passiven Mitglieder** (die zwei Drittel der Gesamtmitgliederschaft ausmachen). Sie überschreiten die Schwankungsbreite der Spiegelbildthese in nur neun Fällen. **Es sind also nicht die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt, sondern die passiven Gewerkschaftsmitglieder, deren sozio-politische Orientierungen ein Abbild der Gesellschaft darstellen.** Funktionäre und sonstige aktive Gewerkschafts-

13 Vgl. auch Anhang 88.

14 Siehe Anhang 113 und 114.

mitglieder, also der aktive Kern der Gewerkschaften, weichen teilweise erheblich von der Durchschnittsmentalität der Bevölkerung ab.

Bei den Aktiven insgesamt sind die prozentualen Abweichungen bei der Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften, beim Vertrauen in Gewerkschaften und beim gewerkschaftlichen Handlungskonzept "konfliktbereite Interessenvertretung" besonders groß (100% und mehr). Abweichungen in der Größenordnung von über 50 Prozent gegenüber den Unorganisierten ergeben sich für Arbeitsunzufriedenheit, für das subjektive politische Kompetenzgefühl, für politische Apathie, für das linke Selbstverständnis, für demokratische Orientierungen und für demokratische Überzeugungen (wobei EFFIINT und DEMOK Bestandteile von DEMUEB sind).

Bei den Aktiven bestehen teilweise beträchtliche **Unterschiede zwischen Funktionären und sonstigen aktiven Mitgliedern**. Hinsichtlich ihres Vertrauens in Gewerkschaften überragen die Funktionäre die sonstigen Aktiven turmhoch. Aber auch bei der Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften und beim Handlungskonzept "Interessenvertretung" liegen die Funktionäre weit vorne. In der Rangfolge kommen dann die Arbeitsunzufriedenheit, das Handlungskonzept "Gegenmachtbildung", demokratische Orientierungen, demokratische Überzeugungen usw. Wenn auch die Funktionäre zumeist bessere Werte als die sonstigen Aktiven erzielen, gibt es doch einige wenige Fälle, in denen die sonstigen Aktiven die Funktionäre übertreffen: An erster Stelle steht hier - wie bereits erwähnt - der traditionalistische Sozialismus, den die Funktionäre kaum goutieren, während er bei den sonstigen Aktiven und selbst bei den passiven Mitgliedern auf vergleichsweise große Zustimmung stößt. Es folgen die Zurückweisung des Grundwerts Marktfreiheit und das subjektive politische Kompetenzgefühl.

4. Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und spezielle Spiegelbildthese

Gruppenspezifische Analysen zur speziellen Spiegelbildthese führen im Prinzip zu einem ähnlichen Ergebnis wie die zur allgemeinen Spiegelbildthese, allerdings mit einigen gewichtigen Besonderheiten. Generell gilt: **Dass Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, liegt nicht an den aktiven Mitgliedern (an den Funktionären und sonstigen Aktiven). Sie neigen im Schnitt nämlich teilweise deutlich weniger zum Rechtsextremismus als die Unorganisierten. Die passiven Mitglieder hingegen sind mindestens genauso rechtsextrem eingestellt wie die Nicht-Mitglieder, oft übertreffen sie diese sogar.**

Tabelle 35: Rechtsgerichtete Einstellungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
DIKTAPOT	14	14	21	13	10	20	20	26	27
CHAUPOT	23	25	34	22	24	34	28	30	32
AUSPOT	18	19	26	15	15	23	42	35	37
SEMPOT	17	17	26	18	15	27	13	22	19
DARWPOT	13	9	13	13	6	12	14	19	14
NSPOT	24	26	29	24	26	29	22	24	26
WOHLPOT	20	13	22	20	8	19	21	32	34
REXPOT	15	14	22	16	11	21	12	25	23
REXKUPOT	15	10	15	17	9	14	9	16	14
REXHPOT	9	7	8	8	6	8	9	10	7
REXWPOT	22	22	34	23	19	32	18	36	36

Tabelle 36: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern in Bezug auf rechtsgerichtete Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
DIKTAPOT	-30	-30	+5	-19	-38	+25	-39	-21	-18
CHAUPOT	-28	-22	+6	-29	-23	+10	-22	-17	-11
AUSPOT	-31	-27	0	-35	-35	0	+5	-13	-8
SEMPOT	-23	-23	+18	-18	-32	+23	-46	-8	-21
DARWPOT	0	-31	0	+8	-50	0	-30	-5	-30
NSPOT	-17	-10	0	-17	-10	0	-21	-14	-7
WOHLPOT	0	-35	+10	+25	-50	+19	-40	-9	-3
REXPOT	-25	-30	+10	-11	-39	+17	-57	-11	-18
REXKUPOT	+7	-29	+7	+31	-31	+8	-57	-24	-33
REXHPOT	0	-22	-11	+14	-14	+14	-36	-29	-50
REXWPOT	-27	-27	+13	-18	-32	+14	-51	-3	-3

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Funk: Gewerkschaftsfunktionäre.
 s Akt: sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder.
 Pass: passive Gewerkschaftsmitglieder.

Vergleicht man die Funktionäre und die sonstigen aktiven Mitglieder auf Bundesebene, dann kann für letztere die spezielle Spiegelbildthese (bis auf NSPOT) durchgängig für alle Indizes und Skalen zurückgewiesen werden. Bei den beiden Langskalen (REXL, REXKUM) unterbieten die sonstigen Aktiven die Nicht-Mitglieder um 30 Prozent. Anders sieht es bei den Funktionären aus: Bei den rechtsgerichteten Indizes unterscheiden sie sich zumeist ebenfalls klar von den Unorganisierten. Allerdings sind sie genauso stark darwinistisch und wohlstandschauvinistisch eingestellt wie die Nicht-Mitglieder. Bei REXLPOT weichen die Funktionäre um -25 Prozent von den Nicht-Mitgliedern ab, bei REXHPOT liegen sie gleichauf und bei REXKUPOT übertreffen sie sie sogar um sieben Prozent. **Wenn für die aktiven Gewerkschaftsmitglieder die spezielle Spiegelbildthese nicht gilt, dann liegt das also vor allem an den sonstigen aktiven Mitgliedern, die Rechtsextremismus deutlicher abwehren und entsprechende Defizite bei den Funktionären kompensieren.**

Die Verhältnisse in Westdeutschland unterstreichen den Gesamtbefund, mit teilweise allerdings noch drastischeren Werten. Beispielsweise übertreffen die Funktionäre die Nicht-Mitglieder beim Darwinismus um +8 Prozent, bei Wohlstandschauvinismus sogar um +25 Prozent und bei der kumulierten Langfassung der Rechtsextremismus-Skala um sage und schreibe +31 Prozent. Und auch die passiven Mitglieder in Westdeutschland übertreffen die Werte der Passiven in der gesamten Republik teilweise beträchtlich.

In Ostdeutschland liegen die Verhältnisse dagegen völlig anders¹⁵. Bis auf eine Ausnahme weist Tabelle 36 für den Osten durchgängig negative Werte auf. Das bedeutet, dass alle Mitgliedergruppen mehr oder weniger stark die Potenziale der Nicht-Mitglieder unterschreiten. Die geringste Anfälligkeit weisen die Funktionäre auf. Wenn die Hürde für Immunität gegen Rechtsextremismus auf 50 Prozent¹⁶ gesetzt wird, dann sind die ostdeutschen Funktionäre - gemessen mit REXL, REXKU und REXW - immun gegen Rechtsextremismus.

Fazit: Wenn die Gewerkschaftsmitglieder nicht als einheitliche Gruppe betrachtet, sondern nach dem Ausmaß ihres Engagements unterteilt werden, dann gilt die spezielle Spiegelbildthese nur für die passiven Mitglieder, nicht aber für die Funktionäre und erst recht nicht für die sonstigen aktiven Mitglieder. Sie gilt auch nicht für Ostdeutschland. Dort können die Funktionäre sogar als nachgerade immun gegen Rechtsextremismus bezeichnet werden. Anders gesagt: **Dass für**

15 Es sei daran erinnert, dass die spezielle Spiegelbildthese auf Ostdeutschland zumeist nicht zutrifft.

16 Prozentuale Unterschreitung des Werts der Nicht-Mitglieder.

die Gewerkschaftsmitglieder die spezielle Spiegelbildthese gilt, liegt an den passiven Mitgliedern im Westen.

Dass Gewerkschaftsfunktionäre partiell stärker zum Rechtsextremismus neigen als sonstige aktive Mitglieder, zeigt sich auch bei der **Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien**. 12 Prozent der westdeutschen Funktionäre können sich vorstellen, auch einmal eine rechtsextreme Partei zu wählen, bei den sonstigen Aktiven sind es nur sieben Prozent und bei den Passiven elf Prozent. Der Vergleichswert für die Nicht-Mitglieder in Westdeutschland beträgt acht Prozent. Den übertreffen die Funktionäre also um glatte 50 Prozent, wobei auch noch in Rechnung zu stellen ist, dass sich sechs Prozent der westdeutschen Funktionäre nicht zu einer klaren Auskunft in der Lage sehen, während der WN/KA-Wert normalerweise bei einem Prozent liegt. Das Ergebnis für die westdeutschen Mitglieder spiegelt sich selbstverständlich im BRD-Ergebnis wider. Bei den ostdeutschen Mitgliedern stoßen die rechtsextremen Parteien nicht auf so viel Sympathie. Da auch in den neuen Ländern der Durchschnittswert für Unorganisierte acht Prozent beträgt, wird man den ostdeutschen Mitgliedern aber nicht gerade betonte Zurückhaltung in Sachen Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien bescheinigen wollen¹⁷.

5. Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen

Die statistischen Zusammenhänge der als Prädiktoren (unabhängige Variablen) für Rechtsextremismus vorgesehenen sozio-politischen Orientierungen werden in Anhang 115 berichtet¹⁸. Wir gehen zunächst der Frage nach, welche zusätzlichen Einsichten sich für die Zusammensetzung der Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen in Bezug auf Rechtsextremismus dadurch ergeben, dass wir die Gewerkschaftsmitglieder nach dem Ausmaß ihres Engagements in drei Gruppen unterteilen:

- **Leistungsorientierung** haben wir bisher als eine Variable betrachtet, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigt. Dies gilt freilich nur für passive Gewerkschaftsmitglieder (und für Unorganisierte).
- **Politische Apathie** korreliert nur bei den sonstigen Aktiven und bei den Passiven (und auch bei den Nicht-Mitgliedern) positiv mit Rechtsextremismus. Bei den Funktionären wirkt sie als neutrale Orientierung.

17 Siehe Anhang 116. Zum Vergleich: Tab. 10 in Kap. B.

18 Vergleichsdaten in Anhang 106.

- **Arbeitsunzufriedenheit** haben wir bisher zu den Anziehungsorientierungen gezählt. Tatsächlich besteht bei allen drei Mitgliedergruppen kein statistischer Zusammenhang zwischen REXL und Arbeitsunzufriedenheit. Für die Mitglieder insgesamt ergibt sich ein winziger Wert ($r = 0,095$), bei den Unorganisierten besteht eine sehr schwache Beziehung ($r=0,181$). Die These, dass Arbeitsunzufriedenheit Rechtsextremismus begünstigt, wird daher nicht weiter aufrechterhalten.
- **Globalisierungskritik (SOZGLO)** korreliert nur bei passiven Mitgliedern (und bei Nicht-Mitgliedern) positiv mit Rechtsextremismus. Bei Funktionären und bei den sonstigen Aktiven handelt es sich mit Blick auf den Rechtsextremismus um eine neutrale Orientierung.
- Das **gewerkschaftliche Handlungskonzept "Gegenmachtbildung"** korreliert nur bei den passiven Mitgliedern, allerdings sehr schwach positiv mit Rechtsextremismus. Bei den Unorganisierten liegt immerhin ein schwacher Zusammenhang ($r = 0,283$) vor.
- Der Grundwert **Autoritarismus** kann durchaus als Anziehungsorientierung bezeichnet werden, allerdings wirkt er sich bei den Funktionären neutral aus.

Insgesamt sind diese zusätzlich gewonnenen Einsichten hinsichtlich der Zusammensetzung der Abwehr- und Anziehungsorientierungen zwar nicht gerade bedeutungslos. Der entscheidende Befund lautet jedoch, dass **Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen bei Funktionären, sonstigen aktiven und bei passiven Mitgliedern bis auf wenige Ausnahmen identisch gerichtet sind**. Unterschiede zwischen den drei Mitgliedergruppen bestehen allenfalls in der Stärke der Korrelationskoeffizienten, wobei die Funktionäre im Schnitt die höheren Werte erzielen, und zwar bei den Anziehungs- und bei den Abwehrorientierungen.

6. Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Schlüsselprädiktoren

Aus dem Katalog der sozio-politischen Orientierungen, die uns als Prädiktoren für Rechtsextremismus dienen, wurden zwei besonders einflussreiche Variablen herausdestilliert, die wir als Schlüsselprädiktoren bezeichnen: demokratische und autoritäre Überzeugungen. Bei den drei Mitgliedergruppen sind starke demokratische Überzeugungen wesentlich häufiger anzutreffen als bei Nicht-Mitgliedern. Für autoritäre Überzeugungen gilt dagegen - bis auf Funktionäre - die Spiegelbildthese. Autoritäre Überzeugungen korrelieren stark positiv, demokratische Überzeugungen dagegen im Schnitt stark negativ mit Rechtsextremismus¹⁹.

Wegen der großen Bedeutung beider Variablen für unsere Untersuchung sollen sie durch die Ausweitung der Vergleichsgruppen einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Wir werden nun auch die Nicht-Mitglieder in Gruppen einteilen. Da hier die Position als Gruppierungs-

19 Siehe Anhang 114 und 115.

variable nicht in Frage kommt, suchen wir nach einem Äquivalent, das die Affinität der Unorganisierten zu den Gewerkschaften misst. Dafür eignet sich die Variable "Nähe zu den Gewerkschaften" mit den bereits erwähnten Nicht-Mitglieder-Gruppen "Sympathisanten", "Tolerante" und "Distanzierte"²⁰.

Tabelle 37: Starke demokratische Überzeugungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	37	41	16
sonstige Aktive	31	33	26
Passive	21	23	15
Mitglieder insgesamt	25	27	19
Nicht-Mitglieder insgesamt	21	22	15
Sympathisanten	25	28	18
Tolerante	18	21	13
Distanzierte	21	22	16
Befragte insgesamt	22	24	15

Tabelle 38: Starke autoritäre Überzeugungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	17	14	32
sonstige Aktive	23	21	33
Passive	26	25	34
Mitglieder insgesamt	25	23	34
Nicht-Mitglieder insges.	26	23	36
Sympathisanten	17	14	29
Tolerante	25	20	38
Distanzierte	29	27	37
Befragte insgesamt	25	23	35

20 Siehe Kap. D 4.4.1, insbes. Tab. 30.

Zunächst zu den **demokratische Überzeugungen** (Tabelle 37 sowie Anhang 117 und 118): Sie sind bei Mitgliedern stärker ausgeprägt als bei Nicht-Mitgliedern, bei aktiven Mitgliedern stärker als bei passiven Mitgliedern. Letztere fallen sogar noch hinter den Mitgliederdurchschnitt auf das Niveau der Nicht-Mitglieder zurück. Unter den Nicht-Mitgliedern erweisen sich die Gewerkschaftssympathisanten als relativ stark demokratisch überzeugt. Sie erreichen den Durchschnittswert für alle Mitglieder und überflügeln damit die passiven Gewerkschaftsmitglieder. In allen Untersuchungsgruppen fällt das demokratische Potenzial bei Westdeutschen erheblich größer aus als bei Ostdeutschen. Dies gilt besonders für die Gewerkschaftsfunktionäre, die im Osten über ein ziemlich schwach ausgeprägtes demokratisches Repertoire verfügen.

Bei **autoritären Überzeugungen** (Tabelle 38 sowie Anhang 119 und 120) gilt zumeist die Spiegelbildthese. Nur die Funktionäre bilden eine Ausnahme. Unter den Nicht-Mitgliedern spielen die Gewerkschaftssympathisanten wiederum eine Sonderrolle: Sie neigen genauso wenig zu autoritären Überzeugungen wie Gewerkschaftsfunktionäre. Der Ost-West-Gegensatz macht sich auch hier durchgängig bemerkbar, weniger scharf allerdings als bei demokratischen Überzeugungen und mit umgekehrtem Vorzeichen.

Die statistischen Zusammenhänge der beiden Schlüsselprädiktoren mit Rechtsextremismus können der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Korrelationen (r x 1000) mit REXL		
	AUTUEB	DEMUEB
Gewerkschaftsfunktionäre	+521	-538
sonstige aktive Mitglieder	+483	-390
alle aktiven Mitglieder	+494	-433
passive Mitglieder	+463	-418
Mitglieder insgesamt	+477	-437
Nicht-Mitglieder insgesamt	+544	-398
Sympathisanten	+557	-386
Tolerante	+480	-311
Distanzierte	+562	-439

Insgesamt korrelieren autoritäre Überzeugungen enger mit Rechtsextremismus ($r = 0,534$) als demokratische Überzeugungen ($r = -0,403$)²¹. Ein sehr starker Zusammenhang von REXL und AUTUEB zeigt sich bei Distanzierten, Sympathisanten und bei Funktionären. Für die übrigen Untersuchungsgruppen wurden nur starke Korrelationen gemessen. Allerdings fallen die Unterschiede nicht so groß aus, dass daraus weitreichende Schlussfolgerungen gezogen werden könnten. Bemerkenswert: Ausgerechnet bei Funktionären und Sympathisanten, die beide vergleichsweise selten zu autoritären Überzeugungen tendieren, sind Autoritarismus und Rechtsextremismus recht eng miteinander assoziiert.

Die Koeffizienten für den Zusammenhang von demokratischen Überzeugungen und Rechtsextremismus streuen über eine größere Spannweite. Bei Funktionären wehren demokratische Überzeugungen Rechtsextremismus sehr stark ab, bei toleranten Nicht-Mitgliedern ist der Zusammenhang am schwächsten. **Gewerkschaftsfunktionäre stellen die einzige Untersuchungsgruppe dar, die bei demokratischen Überzeugungen einen höheren Messwert erzielt als bei autoritären Überzeugungen.** Die Differenz ist freilich gering. Insgesamt sollten auch diese Daten nicht überinterpretiert werden. Sie liefern keinen überzeugenden Hinweis darauf, warum Funktionäre und sonstige aktive Mitglieder weniger anfällig sind für Rechtsextremismus als passive Mitglieder.

Bei den Korrelationen ist noch auf einen **Ost-West-Unterschied** zu verweisen (Daten nicht extra ausgewiesen): Die Zusammenhänge sind im Osten bei DEMUEB durchgängig, bei AUTUEB teilweise schwächer als im Westen. Insbesondere demokratische Überzeugungen dämmen Rechtsextremismus in Ostdeutschland weniger ein als in Westdeutschland. Und autoritäre Überzeugungen begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus im Osten teilweise weniger stark als im Westen. Diese Diskrepanz zeigt sich vor allem bei den Gewerkschaftsfunktionären. Die Koeffizienten für REXL und AUTUEB betragen für die West-Funktionäre $r = 0,557$, für die Ost-Funktionäre $r = 0,394$. Die entsprechenden Werte für DEMUEB lauten $r = -0,586$ und $r = -0,403$. Dies ist aus folgendem Grund erwähnenswert: Obwohl Funktionäre in Ostdeutschland immun gegen Rechtsextremismus sind, sind sie vergleichsweise selten mit demokratischen Überzeugungen (Abwehrorientierung), dagegen relativ häufig mit autoritären Überzeugungen (Anziehungsorientierung) ausgestattet. Dieser Widerspruch löst sich wenigstens teilweise durch die Tatsache auf, dass autoritäre bzw. demokratische Überzeugungen gerade bei den Funktio-

21 Siehe Anhang 106.

nären im Osten Rechtsextremismus nicht so stark (positiv bzw. negativ) beeinflussen, wie das bei den Funktionären im Westen der Fall ist.

Da autoritäre und demokratische Überzeugungen im Bewusstsein der Menschen nicht notwendigerweise streng voneinander separiert sind, haben wir beide miteinander zu einer neuen Variable kombiniert, die Auskunft darüber gibt, ob die Befragten primär demokratisch oder primär autoritär geprägt sind. Es geht also um den **Primat von autoritären bzw. demokratischen Überzeugungen (AUTDEMUE)**. Schwache demokratische und mittlere bis starke autoritäre Überzeugungen wurden als **PRIAUT** vercodet, schwache autoritäre und mittlere bis starke demokratische Überzeugungen als **PRIDEM**. Es verbleibt eine Restgruppe, die beide Dimensionen nur mäßig verkörpert, also keine Präferenzen erkennen lässt. Diese Ausprägung nennen wir **MIX** (Tabellen 39 und 40 sowie Anhang 121 und 122).

Organisierte - Unorganisierte:

Etwas über die Hälfte aller Befragten lassen klare Prioritäten erkennen: Bei 22 Prozent der Unorganisierten und 23 Prozent der Organisierten dominieren demokratische Überzeugungen, bei 35 Prozent bzw. 31 Prozent genießen autoritäre Überzeugungen Vorrang. **Insgesamt haben wir es also mit einem Primat des Autoritären gegenüber dem Demokratischen zu tun.** (Die Vorrangstellung äußert sich auch darin, dass autoritäre Überzeugungen stärker mit Rechtsextremismus korrelieren als demokratische Überzeugungen.) Knapp die Hälfte aller Mitglieder und Nicht-Mitglieder zeigen keine klare Haltung. Bei ihnen mischen sich demokratische und autoritäre Überzeugungen auf einem niedrigen Level. **Dies signalisiert eine diffuse, wohl auch widersprüchliche Position und rechtfertigt das Werturteil, dass in der Bundesrepublik insgesamt ein Defizit an demokratischen Überzeugungen besteht.** Da sich Organisierte und Unorganisierte bei diesem "ex post Ranking"²² kaum unterscheiden, gilt insofern die allgemeine Spiegelbildthese. Dabei legen Gewerkschaftsmitglieder das Schwergewicht etwas seltener auf autoritäre Überzeugungen.

Aktive - Passive:

Während sich passive Gewerkschaftsmitglieder kaum vom Mitgliederdurchschnitt unterscheiden, sprechen sich aktive Gewerkschaftsmitglieder häufiger für einen Primat des Demokratischen und seltener gegen einen Primat des Autoritären aus.

22 Wenn demokratische und autoritäre Überzeugungen getrennt voneinander bewertet werden, spricht man von "Rating", wenn beides in eine Reihenfolge gebracht wird, handelt es sich um "Ranking".

Funktionäre - sonstige Aktive:

Während für die Nicht-Mitglieder, für die Mitglieder insgesamt und für die passiven Mitglieder autoritäre Überzeugungen prioritär sind, herrscht bei den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern Gleichstand hinsichtlich der Bevorzugung von autoritären und demokratischen Haltungen. **Erst bei den Funktionären liegt das Gewicht eindeutig auf demokratischen Überzeugungen.** Die sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitglieder neigen zwar geringfügig häufiger zum Autoritarismus, aber im Vergleich zu den Unorganisierten tun sie das selten.

Sympathisanten - Tolerante - Distanzierte:

Autoritäre Überzeugungen haben für Sympathisanten relativ selten Vorrang gegenüber demokratischen Überzeugungen. Umgekehrt betonen Sympathisanten den demokratischen Aspekt wesentlich häufiger als die anderen Nicht-Mitglieder-Gruppen. Während für 22 Prozent der Unorganisierten der Primat des Demokratischen gilt, trifft das auf 28 Prozent der Sympathisanten zu, die damit über dem Vergleichswert von passiven und aktiven Gewerkschaftsmitgliedern liegen. An die 32 Prozent der Funktionäre reichen sie allerdings nicht heran. **Auch dieses Beispiel zeigt, dass die Nicht-Mitglieder, die stark mit Gewerkschaften sympathisieren, den Funktionären einstellungsmäßig besonders nahe stehen.**

Ost - West:

Erwartungsgemäß sind für die Ostdeutschen über alle Gruppen hinweg autoritäre Überzeugungen häufiger vorrangig als demokratische. (Der Ost-West-Unterschied fällt allerdings beim Ranking-Verfahren insgesamt geringer, aus als beim Rating-Verfahren.) Entsprechend sind die Westdeutschen eher demokratisch geprägt als die Ostdeutschen. (Beim Ranking macht sich die Differenz noch stärker bemerkbar als beim Rating.) Der größte Abstand beim Primat des Autoritarismus zeigt sich bei den Funktionären und den sonstigen Aktiven, innerhalb der Nicht-Mitglieder liegen die Sympathisanten vorn. Auch beim Primat der Demokratie weisen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder den größten Abstand auf: West-Funktionäre stehen fast doppelt so oft wie ihre Kollegen im Osten für den Primat demokratischer Bestrebungen, und bei den sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitgliedern ist der Unterschied sogar noch größer (+123 Prozent). Bei den Nicht-Mitgliedern liegen - wie gewohnt - die Sympathisanten an erster Stelle.

Tabelle 39: Der Primat von autoritären Überzeugungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	22	20	31
sonstige Aktive	27	24	37
Passive	34	32	43
Mitglieder insgesamt	31	29	40
Nicht-Mitglieder insges.	35	35	40
Sympathisanten	29	29	39
Tolerante	36	35	37
Distanzierte	37	36	41
Befragte Insgesamt	34	33	40

Tabelle 40: Der Primat von demokratischen Überzeugungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	32	35	18
sonstige Aktive	25	29	13
Passive	21	23	16
Mitglieder insgesamt	23	25	15
Nicht-Mitglieder insges.	22	24	15
Sympathisanten	28	30	17
Tolerante	20	22	16
Distanzierte	21	22	14
Befragte Insgesamt	22	24	14

Gesamtbefund:

Beim (ex post) Ranking von demokratischen und autoritären Überzeugungen gelangen wir zu dem Befund, dass sich Nicht-Mitglieder, alle Gewerkschaftsmitglieder und passive Gewerkschaftsmitglieder kaum voneinander unterscheiden: Vorrangig sind autoritäre Haltungen. Bewertet man die geringfügigen Unterschiede, dann stimmen die Passiven etwas mehr mit den Unorganisierten überein als die Organisierten insgesamt. Für die aktiven Mitglieder insgesamt ist ein Gleichgewicht zu vermelden, bei den Funktionären liegt die Priorität aber eindeutig auf dem demokratischen Element. Auch bei den Sympathisanten besteht ein nahezu ausge-

glichenes Verhältnis, sie legen allerdings mehr Gewicht auf die demokratische und weniger auf die autoritäre Komponente als die übrigen Nicht-Mitglieder-Gruppen. In Ostdeutschland dominieren bei allen Untersuchungsgruppen autoritäre Dispositionen, entsprechend liegt das Schwergewicht im Westen durchgängig auf demokratischen Überzeugungen.

Es sind also vor allem die Funktionäre, in geringerem Umfang die sonstigen aktiven Mitglieder und dann mit Abstrichen auch die Gewerkschaftssympathisanten unter den Nicht-Mitgliedern, die durch ein hauptsächlich demokratisch geprägtes Bewusstsein auffallen. Allerdings fällt der Anteil der Funktionäre und sonstigen Aktiven mit einer diffusen Position (46 Prozent bzw. 48 Prozent) sehr hoch aus. Dies bestätigt unsere Einschätzung, dass selbst bei Gewerkschaftsfunktionären das demokratische Repertoire nicht gerade extrem stark ausgeprägt ist.

Anschließend untersuchen wir noch, wie sich das Ranking auf die Rechtsextremuspotenziale auswirkt (Tabelle 41). Die Daten bestätigen, **dass eindeutig demokratische Haltungen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus massiv reduzieren.** Dies gilt gleichermaßen für Unorganisierte und Organisierte (und übrigens auch für alle Untersuchungsgruppen in West und Ost). **Die Reduktionsleistung ist unabhängig davon, wie stark eine Gruppe demokratische Überzeugungen favorisiert.**

Beim Primat autoritärer Überzeugungen sind die Rechtsextremusanteile für Organisierte und Unorganisierte recht hoch, wenn man bedenkt, dass die Durchschnittswerte 20 bzw. 19 Prozent betragen. **Vorrangig autoritär geprägte Personen sind also generell für rechtsextremeres Gedankengut besonders empfänglich.** Beim Vergleich der Mitgliedergruppen schneiden die sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitglieder zwar am besten ab. Wenn allerdings berücksichtigt wird, dass der Anteil der Rechtsextremisten an den sonstigen Aktiven nur 14 Prozent beträgt, dann bilden auch bei ihnen autoritäre Überzeugungen ein mächtiges Einfallstor für Rechtsextremismus. Das trifft noch mehr auf Gewerkschaftsfunktionäre zu: Im Schnitt beträgt ihr Rechtsextremusanteil 15 Prozent. Bei den Funktionären, die vorrangig autoritär überzeugt sind, erhöht sich dieser Anteil auf 29 Prozent. Während im Vergleichsfall bei allen anderen Untersuchungsgruppen der Rechtsextremusanteil um rund die Hälfte anwächst, verdoppelt er sich bei den Funktionären. **Bei ihnen dominieren autoritäre Überzeugungen zwar relativ selten, wenn das aber der Fall ist, neigen autoritäre Funktionäre besonders stark zum Rechtsextremismus.**

Tabelle 41: Rechtsextreme Einstellungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern nach dem Primat autoritärer bzw. demokratischer Überzeugungen in Deutschland 2003 (%)

	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
PRIAUT	29	21	22	34	31	33
PRIDEM	*2	0	*1	5	3	3
MIX	19	18	18	21	20	20
Alle	15	14	14	22	19	20

* geringe Fallzahlen.

Lesebeispiel: 29 Prozent der Funktionäre, die primär durch autoritäre Überzeugungen geprägt sind, sind rechtsextrem eingestellt. Aber nur zwei Prozent der Funktionäre, bei denen demokratische gegenüber autoritären Überzeugungen dominieren, sind Rechtsextremisten. Der Rechtsextremismusanteil an den Funktionären insgesamt beträgt 15 Prozent.

Beim Vergleich der Rechtsextremismusanteile macht sich wiederum die **Sonderstellung der passiven Mitglieder** bemerkbar: Unabhängig davon, ob sie primär autoritär oder primär demokratisch geprägt sind, erzielen sie jeweils die höchsten Werte - und zwar im Vergleich mit den übrigen Mitgliedergruppen und, in geringerem Umfang, auch mit den Nicht-Mitgliedern.

Wer beim Ranking von demokratischen und autoritären Überzeugungen keine Priorität erkennen lässt, unterscheidet sich hinsichtlich seiner Anfälligkeit für Rechtsextremismus kaum vom Durchschnitt aller Befragten. Das trifft auf alle Untersuchungsgruppen zu. Für die **Mix-Position** gilt also die spezielle Spiegelbildthese. **Dass Organisierte genauso häufig rechtsextrem eingestellt sind wie Unorganisierte, dürfte auch daran liegen, dass diese Position von nahezu der Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder geteilt wird.**

7. Zwischenbilanz

Die bisherigen Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Wenn die Organisierten entsprechend ihrem gewerkschaftspolitischen Engagement gruppiert werden, zeigt sich, dass die allgemeine und die spezielle Spiegelbildthese nicht auf alle Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur auf die passiven Mitglieder zutreffen. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder, ein Drittel der Mitgliederschaft insgesamt, stellen weder in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen noch hinsichtlich der sozio-politischen Orientierungen ein Abbild

der Bevölkerung dar. Die ostdeutschen Funktionäre sind sogar immun gegen Rechtsextremismus.

- Dass Gewerkschaftsmitglieder genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, liegt hauptsächlich daran, dass die passiven Mitglieder, die zwei Drittel der Organisierten ausmachen, vergleichsweise empfänglich für Rechtsextremismus sind. Dies gilt fast ausschließlich für die Passiven im Westen.
- Die Analyse der Schlüsselprädiktoren - der sozio-politischen Orientierungen also, die Rechtsextremismus besonders gut erklären - ergibt, dass bei der überwiegenden Mehrheit aller Befragten ein Primat des Autoritären besteht. Autoritäre Überzeugungen sind stärker verbreitet als demokratische Überzeugungen, und auch beim Ranking dominieren autoritäre gegenüber demokratischen Haltungen. Dies trifft allerdings nicht auf aktive Gewerkschaftsmitglieder zu, vor allem nicht auf Funktionäre. Aktive, insbesondere Funktionäre, neigen primär zu demokratischen Überzeugungen und zeichnen sich relativ selten durch vorrangig autoritäre Dispositionen aus.
- Der Primat des Autoritären zeigt sich auch daran, dass autoritäre Überzeugungen stärker mit Rechtsextremismus korrelieren als demokratische Überzeugungen, und zwar bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern.
- Befragte mit überwiegend demokratischen Überzeugungen sind so gut wie nicht für Rechtsextremismus anfällig. Das trifft auf alle Untersuchungsgruppen zu, unabhängig davon, wie stark sie durch diese Überzeugungen geprägt sind.
- Vorrangig autoritär überzeugte Personen sind dagegen für Rechtsextremismus besonders empfänglich. Dabei ist der Anteil der Rechtsextremisten an den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu dem entsprechenden Anteil der Organisierten insgesamt zwar gering. Der Vergleich mit dem durchschnittlichen Rechtsextremismuspotenzial aller Aktiven zeigt jedoch, dass Autoritarismus auch bei ihnen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus in erheblichem Umfang begünstigt. Das gilt noch mehr für Funktionäre als für die sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitglieder.
- Für Befragte, die beim Ranking weder eine Priorität für demokratische noch für autoritäre Vorstellungen erkennen lassen, gilt die spezielle Spiegelbildthese. Diese Gruppe macht knapp die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder aus, was zur Erklärung beiträgt, warum Organisierte genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte.
- Die Untersuchungsgruppen unterscheiden sich nicht grundsätzlich hinsichtlich der Wirkungsrichtung der unabhängigen Variablen in Bezug auf die Ausbreitung bzw. Eindämmung von

Rechtsextremismus. Die Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen gelten für alle Mitglieder- und Nicht-Mitglieder-Gruppen. Allerdings variiert die Stärke der Zusammenhänge teilweise beträchtlich, wobei Funktionäre zumeist die höheren Werte aufweisen, und zwar bei den Anziehungs- und bei den Abwehrorientierungen.

- Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Mitglieder- und Nicht-Mitglieder-Gruppen ist analytisch einträglicher als die krude Gegenüberstellung von Organisierten und Unorganisierten. Dies gilt für die abhängigen und die unabhängigen Variablen, mehr allerdings für den Vergleich von Einstellungspotenzialen als von statistischen Zusammenhängen (Korrelationen).
- Bei den Organisierten stehen sich zumeist aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Die Mentalität der Passiven (sie machen zwei Drittel aller Mitglieder aus) entspricht eher der des durchschnittlichen Nicht-Mitglieds. Für Rechtsextremismus sind die Passiven sogar noch etwas anfälliger als Nicht-Mitglieder. Über gewerkschaftsspezifische Orientierungen verfügen sie seltener als Aktive, und dann auch nur in mäßiger Intensität. Bei den aktiven Mitgliedern ist zwischen Funktionären und sonstigen Aktiven zu unterscheiden. Funktionäre schneiden bei den GSPO-Variablen zumeist deutlich besser ab als die sonstigen Aktiven. Sie verkörpern wohl noch am ehesten das institutionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften. Gelegentlich erzielen aber auch die sonstigen Aktiven positivere Werte. Das betrifft vor allem den Rechtsextremismus: Funktionäre neigen teilweise mehr als die sonstigen Aktiven zu extrem rechten Einstellungen²³ und bekunden auch häufiger eine Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Rechtsextremismus bei den Aktiven insgesamt weniger Zuspruch findet als bei den Passiven, und dass die Funktionäre in Ostdeutschland sogar immun gegen Rechtsextremismus sind.
- Auch die Nicht-Mitglieder stellen keine homogene Gruppe dar. Unorganisierte, die den Gewerkschaften sehr distanziert begegnen (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder), sind in erheblichem Umfang autoritär überzeugt und besonders anfällig für Rechtsextremismus. Sie erreichen in der Regel noch negativere Werte als der Durchschnitt der Nicht-Mitglieder. Den Kontrast bilden diejenigen Nicht-Mitglieder, die mit den Gewerkschaften sympathisieren. Sie stellen ihnen sogar ein besseres Zeugnis aus als die passiven Gewerkschaftsmitglieder. Die Sympathisanten neigen nicht nur weniger zum Rechtsextremismus als der Durchschnitt aller Nicht-Mitglieder sondern auch als die passiven Mitglieder. Sie bewegen sich hinsichtlich der

23 Dies gilt weitaus häufiger für Westdeutschland als für Ostdeutschland.

demokratischen bzw. autoritären Überzeugungen sogar auf dem Niveau der aktiven Gewerkschaftsmitglieder.

- Die durch formale Mitgliedschaft gekennzeichnete Grenze zwischen Organisierten und Unorganisierten verliert an Trennschärfe, wenn die politischen Einstellungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern analysiert werden. Dann stimmen die passiven Gewerkschaftsmitglieder eher mit der Mehrheit der Unorganisierten überein, während die mit den Gewerkschaften sympathisierenden Unorganisierten weithin dem Lager der aktiven Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind. Die Inhomogenität von Organisierten und Unorganisierten und die geringe Trennschärfe zwischen beiden Gruppen bei Einstellungsanalysen sind dafür verantwortlich, dass kaum Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern bestehen, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Denn die allgemeine Spiegelbildthese zielt auf Übereinstimmung hinsichtlich sozio-politischer Orientierungen. Aus dieser Perspektive stellen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und die distanzieren Nicht-Mitglieder die eigentlichen Kontrastgruppen dar.

Daher dürfte der Versuch, **wenigstens für die aktiven Gewerkschaftsmitglieder ein Überzeugungssystem zu identifizieren**, nicht aussichtslos sein. Dieses Vorgehen entspricht übrigens durchaus der Theorie von Converse, der - wie erwähnt²⁴ - davon ausgeht, dass Überzeugungssysteme von Eliten entwickelt werden. Daher beginnen wir unsere Untersuchungen bei den Funktionären. Im zweiten Schritt muss dann analysiert werden, ob und inwieweit sich dieses Überzeugungssystem - wenn es denn existiert - auch bei den sonstigen aktiven Gewerkschaftsmitgliedern beobachten lässt. Von einem gewerkschaftlichen belief system kann unserer Meinung nach aber nur gesprochen werden, wenn es das Bewusstsein eines erheblichen Teils der Mitglieder prägt.

24 Siehe Kap. D 2.

8. Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und gewerkschaftliches Überzeugungssystem

An ein gewerkschaftliches belief system werden folgende formale Anforderungen gestellt:

- a) Das Überzeugungssystem sollte sich primär aus gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen zusammensetzen, die relativ konkrete Vorstellungen von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gestaltung der Gesellschaft erkennen lassen.
- b) Folgende Orientierungen kommen für die Auswahl also nicht in Betracht: Vertrauen in Gewerkschaften (GEWVER), Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT) und Einstellungen, die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen signalisieren.
- c) Die Bestandteile des Überzeugungssystems müssen wechselseitig miteinander - und zwar mindestens schwach ($r \geq 0,2$) - zusammenhängen. Wenn das Überzeugungssystem aus mehreren Variablengruppen besteht, müssen die Variablen einer Gruppe wechselseitig miteinander zusammenhängen und zwischen den Clustern muss eine mentale Verbindung bestehen.
- d) Mindestens jeweils ein Cluster des Überzeugungssystems sollte Rechtsextremismus anziehen bzw. abwehren.

Als Ausgangspunkt für die Ermittlung des belief systems werden zunächst die sozio-politischen Orientierungen herangezogen, bei denen sich aktive Gewerkschaftsmitglieder besonders deutlich²⁵ von Nicht-Mitgliedern unterscheiden:

- Politische Apathie (POLAPA),
- Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT),
- Befürwortung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV),
- Vertrauen in Gewerkschaften (GEWVER),
- Arbeitsunzufriedenheit (ARBUNZ),
- subjektives politisches Kompetenzgefühl (politisches Selbstbewusstsein) (EFFIINT),
- Rechts-Links-Selbsteinstufung (RELI),
- Befürwortung des Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung" (GBSGM) [nur Funktionäre],
- demokratische Orientierungen (DEMOK) und
- demokratische Überzeugungen (DEMUEB)²⁶.

25 Prozentuale Abweichungen gegenüber den Unorganisierten von 50 Prozent und mehr.

26 Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass sich passive Mitglieder nur durch folgende Merkmale besonders deutlich von den Unorganisierten unterscheiden: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften, Befürwortung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" und Vertrauen in Gewerkschaften.

Wir haben zunächst mit acht²⁷ Variablen mehrere Beispiele für die Funktionäre durchgerechnet, was hier nicht im Einzelnen dargelegt werden kann. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die gelisteten Variablen kein zusammenhängendes Einstellungsmuster ergeben. Faktorenanalysen zeigen durchgängig, dass GEWINT, GEWVER und ARBUNZ einen Faktor ergeben, der allerdings der zweiten der oben genannten Bedingungen für die Konstruktion des Überzeugungssystems widerspricht. Weiterhin bilden DEMUEB, LIRE, GBSGM und GBSIV einen Block. POLAPA flottiert frei (bis auf eine negative Korrelation mit DEMUEB).

Im nächsten Analyseschritt wurden alle übrigen sozio-politischen Prädiktoren mit einbezogen. Schlussendlich schälten sich zwei Cluster heraus. Das erste besteht aus RELI, GBSIV und DEMUEB. Es ließe sich inhaltlich beschreiben als **linksgerichtete, demokratische, selbstbewusste und nachhaltige bzw. konfliktbereite Vertretung von gewerkschaftlichen Interessen**. Dabei handelt es sich um eine eher systemimmanente, eher optimistische²⁸, **demokratisch-partizipatorische** Sichtweise. Das zweite umfasst folgende Variablen: GBSGM, WISOPOUN, AUTUEB und TRADSOZ. Im Gegensatz zu dem ersten Cluster enthält diese Gruppe allerdings nur eine Variable, bei der sich Funktionäre besonders deutlich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden, nämlich GBSGM. Da sich ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem nicht zwingend nur aus markanten gewerkschaftsspezifischen Orientierungen zusammensetzt, sehen wir über dieses Manko hinweg. Weiterhin enthält dieses Cluster eine Variable, die der zweiten der oben genannten Bedingungen für die Konstruktion eines gewerkschaftlichen belief systems widerspricht, nämlich WOSOPOUN (wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit). Da WISOPOUN ein notwendiger und nicht ersetzbarer Bestandteil des Beziehungsgeflechts ist, finden wir uns auch mit diesem Regelverstoß ab. Denn dieses Cluster lässt sich inhaltlich nachvollziehbar begründen: Da AUTUEB negativ mit DEMUEB und mit GBSIV korreliert, deutet dieser Zusammenhang auf **autoritäre, demokratie- und kapitalismuskritische Haltungen hin, die durch allgemeine Unzufriedenheit geprägt sind**. Das Cluster steht für eine eher **systemkritische, weltanschaulich geprägte** Sichtweise.

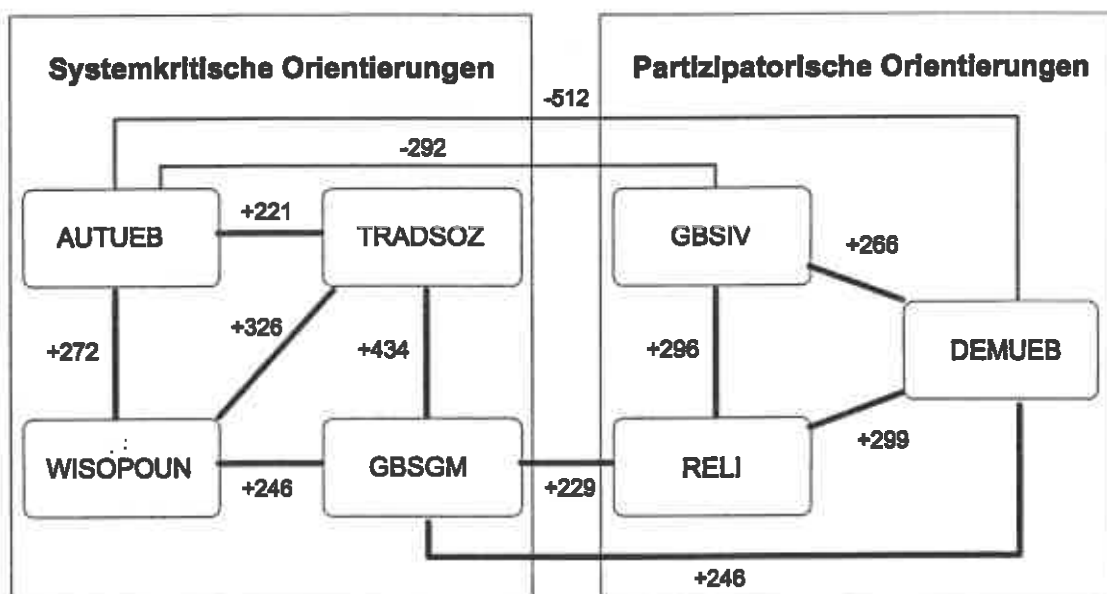
Ob diese Variablenkonstellation das Prädikat belief system verdient, ist Ansichtssache. Da der Forschungsstand dafür keine eindeutigen Kriterien bereithält, gehen wir zunächst einmal davon

27 EFFIINT und DEMOK wurden nicht berücksichtigt, weil sie in DEMUEB inkorporiert sind.

28 Die Elemente dieses Clusters korrelieren nicht oder (sehr) schwach negativ mit den Unzufriedenheitsvariablen. Das Partizipationsbedürfnis ist jedenfalls nicht durch Unzufriedenheit geprägt. Eher trifft das Gegenteil zu. So korreliert DEMUEB mit Deprivation schwach negativ ($r = -0,260$) und mit WISOPOUN sehr schwach negativ ($r = -0,152$). Dieser Zusammenhang ist allerdings nur auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant.

aus, dass es uns gelungen ist, für Gewerkschaftsfunktionäre ein belief system zu identifizieren. Es wird sich gleich erweisen, dass diese Behauptung für den weiteren Verlauf unserer Untersuchung von geringer Bedeutung ist.

Grafik 5:
Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem bei Gewerkschaftsfunktionären



Daten: r x 1000

Das belief system der Funktionäre besteht aus zwei Kammern, die gewissermaßen in "dialektischer" Beziehung zueinander stehen (sie bilden eine widersprüchliche Einheit). Die erste Kammer enthält systemkritische Orientierungen, in der zweiten versammeln sich demokratisch-partizipatorische Orientierungen. Beide Kammern sind zum einen durch den drastischen Gegensatz von autoritären und demokratischen Überzeugungen (den beiden Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus) geprägt. Weiterhin besteht eine negative Beziehung zwischen AUTUEB und GBSIV. Beide Kammern sind aber auch durch Brücken miteinander verbunden, nämlich durch den positiven Zusammenhang von GBSGM mit RELI und DEMUEB²⁹. Nicht verzeichnet ist in der Grafik eine weitere Gemeinsamkeit zwischen beiden Kammern: die Gegnerschaft zum

29 Nicht verzeichnet ist in der Grafik eine weitere Gemeinsamkeit zwischen beiden Kammern: die Gegnerschaft zum Neoliberalismus. Der Grundwert "Marktfreiheit" korreliert negativ sowohl mit TRADSOZ ($r = -0,208$) und mit GBSGM ($r = -0,264$) als auch mit RELI ($r = -0,291$) und DEMUEB ($r = -0,273$).

Neoliberalismus. Der Grundwert Marktfreiheit korreliert negativ sowohl mit TRADSOZ ($r = -0,208$) und mit GBSGM ($r = -0,264$) als auch mit RELI ($r = -0,291$) und DEMUEB ($r = -0,273$).

Inhaltlich scheint uns das Modell trotz seiner Konstruktionsschwächen durchaus plausibel zu sein: **In der Brust der Gewerkschaftsfunktionäre schlagen offenbar zugleich zwei Herzen**, ein eher durch Unzufriedenheit geprägtes, systemkritisches und ein eher auf selbstbewusste und konfliktbereite, systemimmanente Interessenvertretung gerichtetes Herz. Das eine, systemkritische neigt eher zu autoritären Reaktionen, das andere, systemimmanente eher zu demokratischer Partizipation. Beide Herzen sind durch ein linkes Selbstverständnis und durch die Ablehnung von neoliberalen Rezepten verbunden.

Um die Verteilung von systemkritischen und partizipatorischen Orientierungen bei den Mitgliedergruppen und den Anziehungs- bzw. Abwehreffekt beider Kammern genauer zu bestimmen, wurde aus AUTUEB, TRADSOZ, WISOPOUN und GBSGM additiv der Index **systemkritische Orientierungen (SYKROR)** mit der Tabellenversion **SYKROR3** (schwach, mittel, stark) gebildet. Entsprechend wurde aus DEMUEB, GBSIV und RELI der Index **partizipatorische Orientierungen (PARTOR)** mit der Tabellenversion **PARTOR3** (schwach, mittel, stark) erzeugt.

Wir betrachten zunächst die **partizipatorischen Orientierungen**, wobei wir in den Vergleich alle Untersuchungsgruppen einbeziehen (Tabelle 42 sowie Anhang 123 und 124).

Organisierte - Unorganisierte:

16 Prozent der Unorganisierten, aber 25 Prozent der Organisierten sind stark partizipatorisch eingestellt. Der prozentuale Abstand der Mitglieder gegenüber den Nicht-Mitgliedern beträgt über 50 Prozent, womit die allgemeine Spiegelbildthese klar zurückgewiesen ist. Der Abstand ist wesentlich größer als der bei den demokratischen Überzeugungen (+19%; Anhang 118). Auffällig ist zudem, dass Nicht-Mitglieder seltener stark partizipatorisch orientiert als stark demokratisch überzeugt sind (16% zu 21%). **Mit der Variable PARTOR ist mithin eine weitere gewerkschaftsspezifische Orientierung identifiziert, die besonders deutlich zwischen Organisierten und Unorganisierten trennt.**

Aktive - Passive:

Starke partizipatorische Orientierungen weisen 19 Prozent der passiven, aber nahezu doppelt so viele, nämlich 37 Prozent der aktiven Gewerkschaftsmitglieder auf. Die Passiven liegen damit unter dem Mitgliederdurchschnitt, aber etwas über dem Anteil für die Nicht-Mitglieder

(+19%). Damit befinden sie sich innerhalb der Marge der Spiegelbildthese. Die stark partizipatorisch eingestellten Aktiven übertreffen die Unorganisierten dagegen um 131 Prozent. Wiederum erweist sich PARTOR als trennschärfer als DEMUEB.

Tabelle 42: Starke partizipatorische Orientierungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	42	45	27
sonstige Aktive	35	38	27
Passive	19	20	19
Mitglieder insgesamt	25	27	22
Nicht-Mitglieder insges.	16	16	14
Sympathisanten	23	23	22
Tolerante	17	17	16
Distanzierte	14	14	11
Befragte Insgesamt	18	18	15

Tabelle 43: Starke systemkritische Orientierungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD	West	Ost
Funktionäre	35	32	45
sonstige Aktive	31	25	56
Passive	34	31	52
Mitglieder insgesamt	34	30	53
Nicht-Mitglieder insges.	31	27	48
Sympathisanten	32	29	42
Tolerante	32	27	51
Distanzierte	29	26	47
Befragte Insgesamt	31	26	47

Funktionäre - sonstige Aktive:

In der Gruppe der Aktiven erreichen die Funktionäre bessere Werte als sie sonstigen aktiven Mitglieder. Insbesondere bei der starken Partizipationsorientierung beträgt ihre prozentuale Abweichung von den Unorganisierten 163 gegenüber 131 bei den sonstigen Aktiven. Auch bei den

stark demokratisch überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern erreichen die Funktionäre den besten Vergleichswert. Er liegt mit 76 Prozent (Anhang 118) aber deutlich unter dem hier berichteten.

Sympathisanten - Tolerante - Distanzierte:

Unter den Nicht-Mitgliedern zeigen sich die Gewerkschaftssympathisanten als besonders partizipationsorientiert. 23 Prozent von ihnen äußern entsprechend starke Neigungen, fast 50 Prozent mehr als der Durchschnitt der Unorganisierten. Den Vergleichswert der Gewerkschaftsmitglieder (25 Prozent) verfehlen sie allerdings knapp.

Ost-West:

Wie bei den starken demokratischen Überzeugungen besteht auch bei den starken partizipatorischen Orientierungen ein deutliches West-Ost-Gefälle. Der prozentuale Vorsprung der "Wesis"³⁰ beträgt insgesamt aber nur 20 Prozent gegenüber 60 Prozent bei den demokratischen Überzeugungen. Wiederum ist die Distanz bei den Funktionären am größten. Der West-Ost-Abstand beträgt aber nur 67 Prozent gegenüber 156 Prozent bei den demokratischen Überzeugungen.

Gesamtbefund:

Beim Vergleich der partizipatorischen Orientierungen tritt der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten, zwischen aktiven und passiven Mitgliedern, zwischen Funktionären und sonstigen aktiven Mitgliedern besonders deutlich zu Tage. Auch wird die Position der Sympathisanten zwischen Nicht-Mitgliedern und Mitgliedern bestätigt. PARTOR dokumentiert eindrucksvoll die bereits beschriebene Inhomogenität von Organisierten und Unorganisierten und die geringe Trennschärfe zwischen beiden Bereichen. Dass sich diese Variable als ein Bestandteil des belief systems von Funktionären herausgestellt hat, liegt sowohl an den herausragenden Werten für diese Mitgliedergruppe als auch an der Tatsache, dass PARTOR den Ost-West-Gegensatz besonders zwischen den Funktionären verringert.

Betrachten wir nun die **systemkritischen Orientierungen** (Tabelle 43 sowie Anhang 125 und 126):

30 $(\text{West-Ost}) \times 100 / \text{Ost}$.

Während sich Organisierte und Unorganisierte nicht bezüglich ihrer *autoritären* Überzeugungen unterscheiden, sind Gewerkschaftsmitglieder etwas *systemkritischer* als Nicht-Mitglieder. Die Abweichung beträgt zehn Prozent und bewegt sich damit noch im Rahmen der Spiegelbildthese. Im Niveau liegen systemkritische Orientierungen allerdings höher als autoritäre Überzeugungen: 26 Prozent der Unorganisierten und 25 Prozent der Organisierten sind stark autoritär überzeugt, stark systemkritisch orientiert sind 31 Prozent der Nicht-Mitglieder und 34 Prozent der Mitglieder.

Die Ostdeutschen sind durchgängig systemkritischer eingestellt als die Westdeutschen. Der Ost-West-Unterschied beträgt durchschnittlich nahezu 50 Prozent und gilt gleichermaßen für Organisierte und Unorganisierte. Vergleichsweise gering ist er bei den Funktionären und den Nicht-Mitgliedern, die mit den Gewerkschaften sympathisieren. Das liegt daran, dass die Anteile der stark systemkritisch orientierten Funktionäre und Sympathisanten im Westen relativ hoch ausfallen. Systemkritische Orientierungen sind noch weiter verbreitet als autoritäre Überzeugungen. Das betrifft zwar auch Westdeutschland, in besonderem Maß aber Ostdeutschland. Dort sind 35 Prozent der Befragten stark autoritär überzeugt, aber 47 Prozent stark systemkritisch eingestellt. Auf unterschiedlichem Niveau neigen Organisierte häufiger zur Systemkritik und seltener zum Autoritarismus als Unorganisierte. Daraus ergibt sich für die Funktionäre im Westen eine enorme Kluft zwischen beiden Orientierungsmustern: Stark autoritär überzeugt sind 14 Prozent, stark systemkritisch sind mehr als doppelt so viele, nämlich 32 Prozent.

Insgesamt gilt - wie bei autoritären Überzeugungen - auch bei systemkritischen Orientierungen zumeist die Spiegelbildthese. SYKROR trennt die Untersuchungsgruppen kaum voneinander. Erst wenn das Ost-West-Gefälle miteinbezogen wird, ergeben sich gewisse Unterschiede. **Daher dürfte sich SYKROR - anders als partizipatorische Orientierungen - kaum als Bestandteil des Überzeugungssystems der aktiven Gewerkschaftsmitglieder bewähren.**

Wenden wir uns nun wieder den beiden Kammern des Überzeugungssystems der Funktionäre zu: Tatsächlich stehen sie in konträrer Beziehung zum Rechtsextremismus: Systemkritische Orientierungen korrelieren bei den Funktionären (fast sehr) stark positiv mit REXL ($r = 0,498$), der Zusammenhang von partizipatorischen Orientierungen und REXL ist dagegen sogar nahezu perfekt negativ ($r = -0,702$).

Systemkritische Orientierungen üben bei Funktionären zwar erhebliche Anziehungskraft auf Rechtsextremismus aus, partizipatorische Orientierungen wehren bei ihnen Rechts- extremismus allerdings noch viel stärker ab. Gewerkschaftsfunktionäre, die sich besonders

für eine linksgerichtete, demokratische, selbstbewusste und nachhaltige bzw. konfliktbereite Vertretung von gewerkschaftlichen Interessen einsetzen, tendieren im Prinzip zu Immunität gegenüber Rechtsextremismus. Mit zunehmenden systemkritischen Orientierungen wächst aber auch ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus.

Unsere Ausgangsvermutung trifft also auf Gewerkschaftsfunktionäre durchaus zu: Sie stellen hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen nicht nur kein Spiegelbild der Gesellschaft dar, sondern sie verfügen zudem über ein spezielles Überzeugungssystem, das Elemente enthält, die Rechtsextremismus abwehren, und Elemente, an die rechtsextremes Gedankengut andocken kann.

Kommen wir nun zu den **Nachteilen** des Modells: Seine fundamentale Schwäche besteht darin, **dass es nur für Funktionäre gilt**. Wird es auf sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder, auf alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder und erst recht auf die passiven Gewerkschaftsmitglieder übertragen, dann brechen die Verbindungen zwischen beiden Kammern zusammen, die Widersprüche wachsen und die Beziehungen zwischen den Variablen, die die systemkritischen Orientierungen ausmachen, lösen sich teilweise auf.

9. Warum haben Gewerkschaftsmitglieder kein Überzeugungssystem?

Der Schlüssel zur Beantwortung der Frage liegt in der Struktur der für ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem in Frage kommenden Variablen. Wir betrachten zunächst die rechte Kammer des Überzeugungssystems der Funktionäre. Wenn wir das Modell für die übrigen Mitgliedergruppen und die Nicht-Mitglieder rechnen, ergibt sich folgendes:

Der Block der demokratisch-partizipatorischen Orientierungen bleibt mit seiner Abwehrkraft gegen Rechtsextremismus auch bei den sonstigen aktiven Mitgliedern, bei allen Aktiven und bei den Mitgliedern insgesamt erhalten. Nur bei den passiven Mitgliedern löst sich der Zusammenhang auf. Seine drei Bestandteile (demokratische Überzeugungen, das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" und die Rechts-Links-Selbsteinstufung) zählen schließlich zugleich zu den gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen und zu den fünf maßgeblichen Prädiktoren für Rechtsextremismus. Daher ist uns diese Trias auch schon bei früheren Analysen immer wieder aufgefallen. Bei den Unorganisierten stellen diese drei Variablen (folglich) keinen Zusammenhang dar. **Partizipatorische Orientierungen bilden mithin ein "Alleinstellungsmerkmal" der Gewerkschaftsmitglieder und würden**

sich optimal in ein Überzeugungssystem einfügen, wenn wenigstens ein weiteres korrespondierendes Cluster zur Verfügung stünde. Das ist aber nicht der Fall.

Die zweite Kammer des Überzeugungssystems der Funktionäre ist weder über die Mitgliedergruppen hinweg stabil noch verfügt sie über hinreichende Trennschärfe zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Auf ihre Konstruktionsschwächen haben wir bereits hingewiesen. Sie resultieren im Wesentlichen daraus, dass Unzufriedenheit, hier wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit (WISOPOUN), ein wichtiges Merkmal der Funktionäre darstellt, das bei ihnen vergleichsweise stark mit vielen anderen sozio-politischen Orientierungen und eben auch stark mit Rechtsextremismus korreliert. Wegen dieser Querverbindungen musste WISOPOUN in das belief system der Funktionäre aufgenommen werden. Da Unzufriedenheit bei den übrigen Mitgliedergruppen derartige Beziehungen nicht vermittelt, existiert bei ihnen auch die zweite Kammer nicht. Hinsichtlich der Trennschärfe zwischen Organisierten und Unorganisierten ist darauf hinzuweisen, dass keines der (inkorporierten) Bestandteile dieser Kammer zu den gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen zählt, dass für alle die Spiegelbildthese gilt (siehe auch unten Grafik 7). **Mit Blick auf die Mitglieder insgesamt bilden die Bestandteile dieser Kammer nicht nur kein kohärentes Gefüge, sie sind in ihrer Gesamtheit auch nicht charakteristisch für Gewerkschafter.**

Korrelationen (r x 1000) mit REXL

	PARTOR	SYKROR
Gewerkschaftsfunktionäre	-702	498
sonstige aktive Mitglieder	-459	416
alle aktiven Mitglieder	-529	439
passive Mitglieder	-545	492
Mitglieder insgesamt	-551	469
Nicht-Mitglieder insgesamt	-518	596
Sympathisanten	-510	667
Tolerante	-507	581
Distanzierte	-521	585
Befragte insgesamt	-521	573

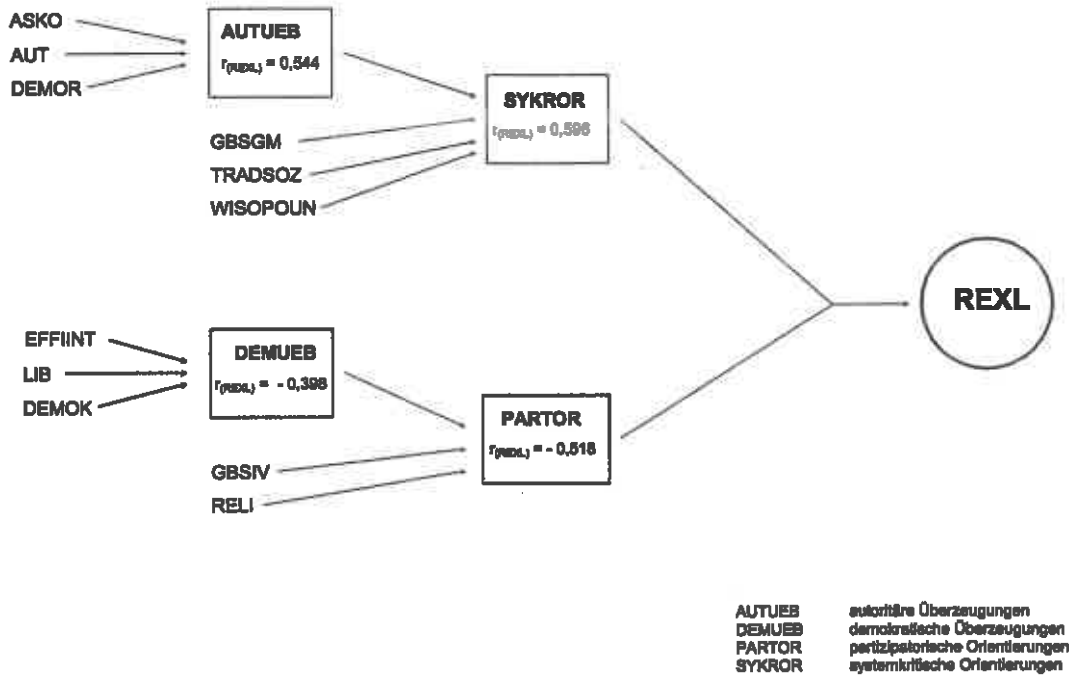
Als enttäuschend erweist sich das Modell auch hinsichtlich der Bedeutung beider Kammern für Rechtsextremismus: Partizipatorische Orientierungen dämmen Rechtsextremismus über alle Untersuchungsgruppen hinweg (sehr) stark ein, bei Mitgliedern noch etwas wirksamer als bei Nicht-Mitgliedern. Die Abwehrintensität der Mitglieder insgesamt verdankt sich freilich weithin dem großen Einfluss der Funktionäre. Die Koeffizienten der übrigen Mitgliedergruppen liegen unter dem Durchschnittswert von $-0,551$. Wir hatten vor allem für die aktiven Mitglieder ein besseres Ergebnis erwartet. Immerhin dämmen partizipatorische Orientierungen bei allen Mitgliedergruppen Rechtsextremismus stärker ein als systemkritische Orientierungen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus forcieren. Dies verhält sich bei den Nicht-Mitgliedern durchgängig umgekehrt.

In diesem Zusammenhang soll noch ein letztes Problem erwähnt werden, das sich auf die interne Verfassung der beiden Kammern und ihre Beziehung zum Rechtsextremismus bezieht. Die beiden nachstehenden Grafiken 6 und 7 bieten einen zusammenfassenden Überblick über Bestandteile des Überzeugungssystems, die als Prädiktoren für Rechtsextremismus zu betrachten sind. Zwei Stränge sind erkennbar:

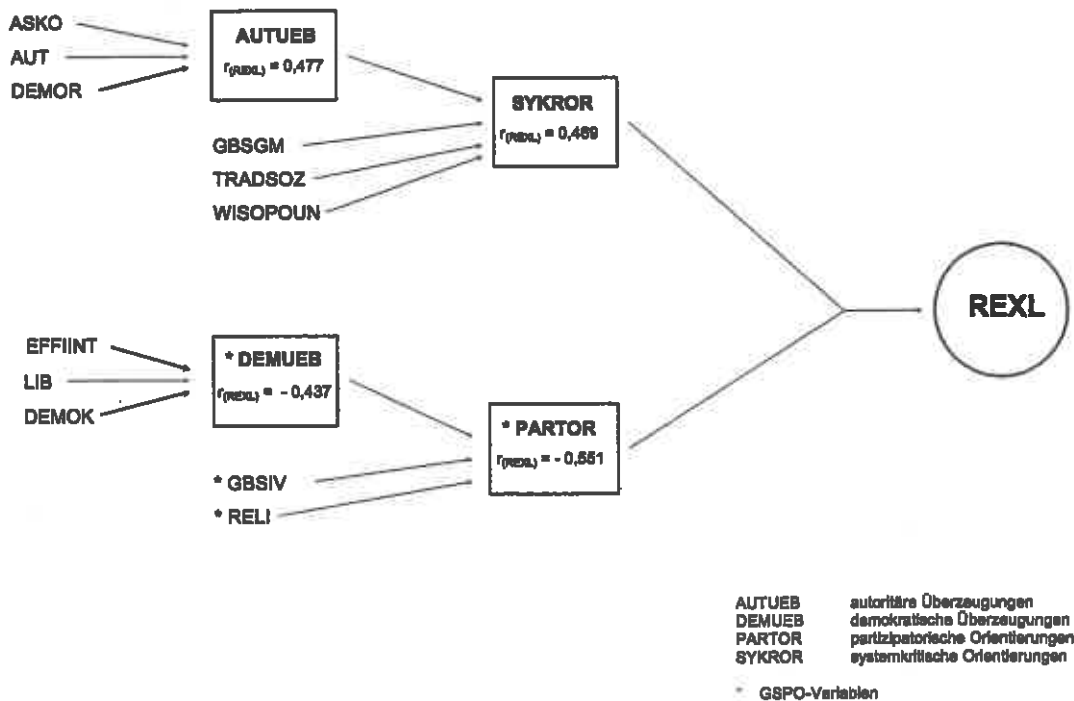
- Der Schlüsselprädiktor autoritäre Überzeugungen (konstruiert aus der Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem, autoritären Wertorientierungen und einem restriktiven Demokratieverständnis) bildet gemeinsam mit der Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung", mit traditionssozialistischen Einstellungen und mit wirtschaftlich-sozialer und politischer Unzufriedenheit den Index systemkritische Orientierungen (SYKROR).
- Der Schlüsselprädiktor demokratische Überzeugungen (konstruiert aus dem subjektiven politischen Kompetenzgefühl, libertären Wertorientierungen und demokratischen Orientierungen) bildet gemeinsam mit der Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" und mit der Rechts-Links-Skala den Index demokratisch-partizipatorische Orientierungen (PARTOR).

Grafik 6 zeigt, dass beide Einstellungsmuster bei Nicht-Mitgliedern sehr stark mit Rechtsextremismus korrelieren, systemkritische Orientierungen positiv ($r = 0,596$), partizipatorische Orientierungen negativ ($r = -0,518$). Innerhalb des ersten Strangs dominieren die autoritären Überzeugungen. Der Korrelationskoeffizient von AUTUEB und REXL beträgt $r = 0,544$, der Zusammenhang ist also sehr stark. Er verbessert sich allerdings nur wenig, wenn AUTUEB mit GBSGM, TRADSOZ und WISOPOUN kombiniert wird ($r = 0,596$). Innerhalb des zweiten

**Grafik 6:
 Prädiktoren für Rechtsextremismus (Nicht-Mitglieder)**



**Grafik 7:
 Prädiktoren für Rechtsextremismus (Mitglieder)**



Strangs dominieren die demokratischen Überzeugungen. Der Korrelationskoeffizient von DEMUEB und REXL beträgt $r = -0,398$. Der Zusammenhang ist mithin nur ziemlich stark, verbessert sich jedoch zu einer sehr starken Korrelation, wenn DEMUEB mit GBSIV und LIRE verbunden wird ($r = -0,518$). Die Konstruktion des zweiten Strangs führt also zu einem erheblichen Erkenntnisfortschritt, während die des ersten Strangs kaum Früchte trägt.

Auch bei den **Gewerkschaftsmitgliedern** (Grafik 7) dominieren im zweiten Strang die demokratischen Überzeugungen, und auch hier wird durch die Kombination von DEMUEB mit GBSIV und RELI ein erheblicher Fortschritt bei der Erklärung von Rechtsextremismus erzielt: Der entsprechende Korrelationskoeffizient verbessert sich von $r = -0,437$ auf $r = -0,551$. Im ersten, autoritär-systemkritischen Strang ist dagegen nicht nur kein Fortschritt, sondern sogar ein Rückschritt zu verzeichnen: Durch die Zusammenfassung von AUTUEB und GBSGM, TRADSOZ und WISOPOUN zu SYKROR verschlechtert sich der Korrelationskoeffizient mit REXL leicht von ursprünglich $r = 0,477$ auf $r = 0,469$. Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus wird bei Gewerkschaftsmitgliedern (und auch bei Gewerkschaftsfunktionären³¹) offenbar primär durch autoritäre Überzeugungen begünstigt. Dieser Strang schwächelt mithin bezüglich seiner Erklärungskraft für Rechtsextremismus.

Sieht man einmal von dem Überzeugungssystem-Modell ab, dann erweisen sich systemkritische und demokratisch-partizipatorische Orientierungen als bessere Prädiktoren für Rechtsextremismus als die bislang als Schlüsselprädiktoren gehandhabten demokratischen und autoritären Überzeugungen. PARTOR und SYKROR klären gemeinsam 48 Prozent der Varianz von REXL auf, DEMUEB und AUTUEB zusammen nur 32 Prozent. Wir werden PARTOR und SYKROR, die DEMUEB und AUTUEB enthalten, daher künftig als Schlüsselprädiktoren verwenden, unabhängig davon, dass sie das Überzeugungssystem von Funktionären prägen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich Gewerkschaftsmitglieder zwar durch ihren partizipatorischen Impetus von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden, dass sich die linksgerichtete, demokratische, selbstbewusste und nachhaltige Vertretung von gewerkschaftlichen Interessen aber nicht durchgängig mit relativ konkreten, zusammenhängenden Vorstellungen von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gestaltung der Gesellschaft verbindet. Das liegt daran, dass Gewerkschaftsmitglieder ebenso wenig eine homogene Gesinnungsgemeinschaft bilden wie Nicht-Mitglieder. Selbst die aktiven

31 Bei Gewerkschaftsfunktionären verschlechtert sich der Korrelationskoeffizient von $r = 0,521$ auf $r = 0,498$.

Mitglieder verfügen nicht über gemeinsame systematische Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaftsordnung.

Angesichts dieses Befundes halten wir es für unwahrscheinlich, dass ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem jenseits der von uns erhobenen Daten existiert. Denn wir haben in unserer Befragung alle wichtigen sozio-politischen Orientierungen berücksichtigt, die Auskunft über den gewünschten Zustand der industriellen Beziehungen bzw. der Gesellschaft insgesamt geben.

10. Ergebnis

Unser Forschungskonzept beruht auf einem Geflecht von Thesen, die sich im Laufe der bisherigen Analysen teilweise als problematisch oder unzureichend erwiesen haben und daher der Korrektur bzw. Differenzierung bedürfen. Die kritische Revision des Designs führt jedoch auch zu beachtlichen Erkenntnisfortschritten.

- a) Die Behauptung, Gewerkschaftsmitglieder seien ein Spiegelbild der Gesellschaft, ist unterkomplex. Am Beispiel der grundlegenden politischen Wertorientierungen konnten wir zeigen, dass sich Gewerkschaftsmitglieder in Bezug auf den ökonomisch-sozialen Wertekonflikt durchaus von den Unorganisierten unterscheiden, dass sie aber in Bezug auf den politischen Wertekonflikt genauso denken wie Nicht-Mitglieder. Gewerkschaftsmitglieder können also zugleich ein Spiegelbild und kein Spiegelbild der Gesellschaft sein.
- b) Die allgemeine Spiegelbildthese unterstellt implizit, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um eine homogene Gruppe handelt, die mit der Gruppe der Nicht-Mitglieder vergleichbar ist. Wie wir bei den Einstellungsanalysen gesehen haben, sind beide Gruppen nicht nur nicht in sich homogen, die Grenzen zwischen ihnen sind mit Blick auf die Verbreitung von sozio-politischen Orientierungen sogar fließend. Mit den Gewerkschaften sympathisierende Nicht-Mitglieder stehen mit ihrer Mentalität häufig den Organisierten näher als den Unorganisierten. Und die passiven Gewerkschaftsmitglieder befinden sich mit ihren Einstellungen oft in der Arena der Nicht-Mitglieder. **Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Mitglieder- und Nicht-Mitglieder-Gruppen ist analytisch also einträglicher als die krude Gegenüberstellung von Organisierten und Unorganisierten.**
- c) Bei den Organisierten stehen sich zumeist aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Die Mentalität der Passiven (sie machen zwei Drittel aller Mitglieder aus) ent-

spricht eher der des durchschnittlichen Nicht-Mitglieds. Für Rechtsextremismus sind die Passiven sogar noch etwas anfälliger als Nicht-Mitglieder. Über gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen (GSPO) verfügen sie seltener als Aktive, und dann auch nur in mäßiger Intensität. Bei den aktiven Mitgliedern ist zwischen Funktionären und sonstigen Aktiven zu unterscheiden. Funktionäre schneiden bei den GSPO-Variablen zumeist deutlich besser ab als die sonstigen Aktiven. Sie verkörpern wohl noch am ehesten das institutionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften. Gelegentlich erzielen aber auch die sonstigen Aktiven positivere Werte. Das betrifft vor allem den Rechtsextremismus: Funktionäre neigen teilweise mehr als die sonstigen Aktiven zu extrem rechten Einstellungen³² und bekunden auch häufiger eine Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Rechtsextremismus bei den Aktiven insgesamt weniger Zuspruch findet als bei den Passiven, und dass die Funktionäre in Ostdeutschland sogar immun gegen Rechtsextremismus sind.

- d) Auch die Nicht-Mitglieder stellen keine homogene Gruppe dar. Unorganisierte, die den Gewerkschaften sehr distanziert begegnen (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder), sind in erheblichem Umfang autoritär überzeugt und besonders anfällig für Rechtsextremismus. Sie erreichen in der Regel noch negativere Werte als der Durchschnitt der Nicht-Mitglieder. Den Kontrast bilden diejenigen Nicht-Mitglieder, die mit den Gewerkschaften sympathisieren. Sie stellen ihnen sogar ein besseres Zeugnis aus als die passiven Gewerkschaftsmitglieder. Die Sympathisanten neigen nicht nur weniger zum Rechtsextremismus als der Durchschnitt aller Nicht-Mitglieder sondern auch als die passiven Mitglieder. Sie bewegen sich hinsichtlich der demokratischen bzw. autoritären Überzeugungen sogar auf dem Niveau der aktiven Gewerkschaftsmitglieder.
- e) Die durch formale Mitgliedschaft gekennzeichnete Grenze zwischen Organisierten und Unorganisierten verliert an Trennschärfe, wenn die politischen Einstellungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern analysiert werden. Dann stimmen die passiven Gewerkschaftsmitglieder eher mit der Mehrheit der Unorganisierten überein, während die mit den Gewerkschaften sympathisierenden Unorganisierten weithin dem Lager der aktiven Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind. **Die Inhomogenität von Organisierten und Unorganisierten und die geringe Trennschärfe zwischen beiden Gruppen bei Einstellungsanalysen sind dafür verantwortlich, dass kaum Unterschiede zwischen der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder und der Gruppe der Nicht-Mitglieder bestehen. Wird a-**

32 Dies gilt weitaus häufiger für Westdeutschland als für Ostdeutschland.

ber nach Gruppen differenziert, dann stellen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und die distanzierten Nicht-Mitglieder die eigentlichen Kontrastgruppen dar.

- f) Wenn zwischen aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern unterschieden wird, erweisen sich erstere bei vielen sozio-politischen Orientierungen keineswegs als ein Spiegelbild der Gesellschaft. **Die Behauptung, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Abbild der Gesellschaft darstellen, trifft nur auf die passiven Gewerkschaftsmitglieder zu. Sie machen allerdings zwei Drittel der Gesamtmitgliederschaft aus.**
- g) Aktive Gewerkschaftsmitglieder stellen hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen also kein Spiegelbild der Gesellschaft dar, erst recht nicht Funktionäre. Aus der Tatsache, dass gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen unter aktiven Mitgliedern weit verbreitet sind, darf allerdings nicht geschlossen werden, dass die Aktiven über ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem verfügen. In unserem Projektdesign haben wir die Ablehnung der allgemeinen Spiegelbildthese mit der Existenz eines derartigen belief systems verknüpft. Aus der im Prinzip nicht völlig abwegigen These, dass sich Organisierte einstellungsmäßig von Unorganisierten unterscheiden, folgt jedoch keineswegs zwingend, dass sich diese Einstellungsbesonderheiten - eben die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen - zu einem stabilen Überzeugungssystem verdichten.
- h) Dies ist nur bei Funktionären der Fall. Das belief system der Funktionäre besteht aus zwei Kammern, die gewissermaßen in "dialektischer" Beziehung zueinander stehen (sie bilden eine widersprüchliche Einheit). Die erste Kammer enthält **systemkritische Orientierungen (SYKROR)**, in der zweiten versammeln sich **demokratisch-partizipatorische Orientierungen (PARTOR)**. Beide Kammern sind durch den drastischen Gegensatz von autoritären und demokratischen Überzeugungen geprägt. Weiterhin besteht eine negative Beziehung zwischen autoritären Überzeugungen und dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung". Beide Kammern sind aber auch durch Brücken miteinander verbunden, nämlich durch den positiven Zusammenhang von dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung", der Rechts-Links-Skala und der Gegnerschaft zum Neoliberalismus. Inhaltlich scheint uns das Modell durchaus plausibel zu sein: **In der Brust der Gewerkschaftsfunktionäre schlagen offenbar zugleich zwei Herzen, ein eher durch Unzufriedenheit, Demokratie- und Kapitalismuskritik geprägtes und ein eher auf selbstbewusste und konfliktbereite, demokratische Interessenvertretung gerichtetes Herz.** Das eine, systemkritische, neigt eher zu autoritären Reaktionen, das andere, systemimmanente, eher zu konventioneller Partizipation. Ersteres übt starke Anziehungskraft auf Rechtsextremismus aus, letzteres wehrt Rechtsextremismus nahezu vollständig ab.

- i) Auch in Bezug auf die spezielle Spiegelbildthese ergeben sich in Folge der Gruppenbildung differenziertere Einsichten: Im Vergleich zu den Unorganisierten neigen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder deutlich weniger zum Rechtsextremismus. Gemessen mit der Langskala REXL beträgt die Abweichung der Aktiven von den Nicht-Mitgliedern 30 Prozent. Die passiven Mitglieder erreichen bei den von uns erhobenen extrem rechten Einstellungen mindestens dieselben Werte wie Unorganisierte, oft sogar noch etwas höhere. **Dass rechtsextremes Gedankengut unter Gewerkschaftsmitgliedern genauso grassiert wie unter Nicht-Mitgliedern, ist also den passiven Mitgliedern zuzuschreiben, die auch sonst nach ihrer Mentalität den Unorganisierten näher stehen als den aktiven Mitgliedern.**
- j) Die **Prädiktoren für Rechtsextremismus** (also die sozio-politischen Einstellungen, mit denen Rechtsextremismus erklärt werden soll) wirken gleichgerichtet auf Organisierte und Unorganisierte, auf aktive und passive Mitglieder. Die Stärke der Korrelationskoeffizienten variiert zwar, aber die Unterschiede erklären für sich genommen kaum, warum Gewerkschaftsmitglieder genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, warum sich unter den aktiven Mitgliedern weniger Rechtsextremisten befinden als unter passiven. So korreliert der Schlüsselprädiktor³³ **autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)** stärker (positiv) als der Schlüsselprädiktor **demokratische Überzeugungen (DEMUEB)** (negativ) mit Rechtsextremismus, und zwar bei Organisierten und Unorganisierten, bei Aktiven und Passiven. **Dass aktive Gewerkschaftsmitglieder weniger zu Rechtsextremismus neigen als passive, erschließt sich erst bei Berücksichtigung der Tatsache, dass demokratische Überzeugungen bei den Aktiven häufiger vorhanden sind als bei den Passiven, und dass Passive stärker autoritär überzeugt sind als Aktive.**
- k) Dieses Beispiel verweist auf den Zusammenhang von gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen (GSPO) und den Prädiktoren für Rechtsextremismus, genauer: ihren Einfluss auf Rechtsextremismus (**Anziehungsorientierungen, Abwehrorientierungen, neutrale Orientierungen**). Wenn Gewerkschaftsmitglieder auch kein eigenes Überzeugungssystem haben, so verfügen sie doch über besondere Einstellungen, die nun für die Analyse des Rechtsextremismus an Bedeutung gewinnen. Dabei ist weniger die Intensität sondern vor allem die Richtung der Beziehungen zwischen den GSPO-Variablen und Rechtsextremismus aufschlussreich. Von den 14 GSPO-Variablen bei aktiven Mitgliedern gehören fünf zur Gruppe der Abwehrorientierungen, sechs zur Gruppe der neutralen Ori-

33 Als Schlüsselprädiktor bezeichnen wir einen aus mehreren sozio-politischen Orientierungen gebildeten Index, der Rechtsextremismus besonders gut erklärt.

tierungen und ganze drei zur Gruppe der Anziehungsorientierungen. Für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt konnten nur neun GSPO-Variablen ermittelt werden, zwei Anziehungs-, drei Abwehr- und vier neutrale Orientierungen. Der gewerkschaftsspezifische Einstellungsfundus besteht mithin fast ausschließlich aus Orientierungen, die Rechtsextremismus abwehren oder in keiner (positiven oder negativen) Beziehung zu ihm stehen. Die Abwehrorientierungen sind (ohne politische Apathie) im Schlüsselprädiktor "demokratische Überzeugungen" gebündelt, der wiederum Bestandteil des Index "partizipatorische Orientierungen" ist. Diesen haben wir als "Alleinstellungsmerkmal" von Gewerkschaftsmitgliedern identifiziert, das sich zugleich als die wirkungsmächtigste Abwehrorientierung gegen Rechtsextremismus - allerdings bei allen Untersuchungsgruppen - erweist. Organisierte sind damit aber häufiger ausgestattet als Unorganisierte, aktive Gewerkschaftsmitglieder häufiger als passive. **Insgesamt tendiert das gewerkschaftstypische Einstellungsrepertoire also besonders zur Abwehr von bzw. zur Neutralität gegenüber Rechtsextremismus. Es enthält nur einige wenige Elemente, die Rechtsextremismus anziehen.**

- l) Dass Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte, beruht also nicht etwa darauf, dass die für sie charakteristischen Orientierungen Andockmöglichkeiten für Rechtsextremismus bieten. Im Gegenteil: **Typische Gewerkschaftsmentalität immunisiert tendenziell gegen Rechtsextremismus.** Die Anfälligkeit der Mitglieder wird durch Orientierungen begünstigt, bei denen sie sich nicht von den Unorganisierten unterscheiden. Der Schlüsselprädiktor, der die Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut auch bei Mitgliedern besonders gut erklärt, nämlich autoritäre Überzeugungen (AUTUEB), zählt nicht zu den GSPO-Variablen. Gewerkschaftsmitglieder sind zwar nicht autoritärer als Nicht-Mitglieder, die aktiven Mitglieder nicht und die Funktionäre schon gar nicht. Daher trifft auch die gelegentlich geäußerte Vermutung nicht zu, dass Gewerkschaften wegen ihrer angeblich hierarchischen und bürokratischen Organisationsstruktur vor allem für autoritäre Charaktere attraktiv sind. Wenn aber autoritäre und demokratische Potenziale miteinander verrechnet werden, dann räumt gerade einmal ein Viertel der (aktiven) Mitglieder dem Demokratischen Vorrang vor dem Autoritären ein. Angesichts des Primats des Autoritären hängen Adaption bzw. Abwehr von Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern offenbar nicht nur davon ab, wie stark sie durch gewerkschaftsspezifische Orientierungen geprägt sind - konkret und zugespitzt: wie ausgeprägt ihr demokratisch-partizipatorischer Impetus ist -, sondern zugleich auch davon, wie sehr ihr Bewusstsein autoritär strukturiert ist. **Dass aktive Mitglieder weniger rechtsextreme Neigungen aufweisen als passive Mitglieder liegt daran, dass ihr autoritäres Potenzial**

etwas geringer ist, Ihre partizipatorischen Neigungen zugleich aber wesentlich ausgeprägter sind als bei Passiven.

Fazit: Gewerkschaftsmitglieder haben - bis auf die Funktionäre - kein gesondertes Überzeugungssystem, die allgemeine und die besondere Spiegelbildthese gelten nur für passive Gewerkschaftsmitglieder, Aktive sind weder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen noch in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen ein Spiegelbild der Gesellschaft. Überhaupt stellt die Spiegelbildthese eine wenig realistische Denkfigur dar, weil sie unterstellt, dass es sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern um eine homogene Gruppe handelt. Das sind sie aber ebenso wenig wie die Nicht-Mitglieder. Zudem sind die Grenzen zwischen beiden fließend, wenn sie hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen verglichen werden. Und wegen der Inhomogenität der Gewerkschaftsmitglieder kann es auch kein gemeinsames Überzeugungssystem aller Gewerkschaftsmitglieder geben. Daher ließen sich unsere Ausgangsvermutungen über den Zusammenhang von allgemeiner Spiegelbildthese, spezieller Spiegelbildthese und gewerkschaftlichem belief system auch nicht empirisch verifizieren.

Kapitel F: Qualitative Befunde zum gewerkschaftlichen Überzeugungssystem bei Funktionären

1. Problemstellung

1.1 Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem der Funktionäre

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel E dargestellt, ergab die quantitative Befragung, dass bei den Gewerkschaftsmitgliedern ein konsistentes Überzeugungssystem nicht zu finden war. Zwar wichen die Gewerkschaftsmitglieder in einer Reihe von Einstellungen deutlich von den Nicht-Mitgliedern ab (GSPO-Variablen), aber diese Einstellungen hingen nicht so eng zusammen, dass von einem Überzeugungssystem hätte gesprochen werden können. Anders war das bei den befragten Funktionären, die acht Prozent der Mitglieder ausmachten: Hier gab es, gemessen in Korrelationen, zusammenhängende Einstellungen, die in zwei „Kammern“ eine widersprüchliche Einheit bilden: In der einen sammeln sich Impulse der sozialen und politischen Unzufriedenheit und der Kapitalismuskritik, in der anderen das Streben nach selbstbewusster, konfliktbereiter, demokratischer Interessenvertretung. Es wurde auch deutlich, dass die Kammer der Systemkritik Elemente des Autoritarismus und damit des Anschlusses für Rechtsextremismus, die Kammer der Partizipation Elemente der Abwehr von Rechtsextremismus enthält. Allerdings überlagern bei den Funktionären die libertären und egalitären Werte regelmäßig die Anschlusspotenziale nach rechts. Ein linkes Selbstverständnis und die Ablehnung von neoliberalen Rezepten verbinden beide Kammern. Insofern hat sich unsere Ausgangsthese, dass es gewerkschaftsspezifische, in den Inhalten des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems begründete Anfälligkeiten für Rechtsextremismus geben müsse, auch bei den Funktionären nicht bestätigt – genauer: nur in der Form bestätigt, dass das Überzeugungssystem zwar Elemente enthält, die für sich genommen Rechtsextremismus fördern können, die aber durch den Zusammenhang einer im Kern demokratischen und egalitären Weltanschauung erfolgreich gebändigt oder auf nicht-rechtsextreme Ziele gelenkt werden.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse zur Existenz und zu den Inhalten eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems sowie zu rechtsextremen Einstellungen von Gewerkschaftsfunktionären konnten wir unsere Ausgangsthese differenzieren und weiter entwickeln. Wie die Gewerkschaftsfunktionäre in ihren Köpfen bestimmte rechtsextreme Einstellungen zu Deutungsmustern verweben, ob und wie diese Muster sich mit einem gewerkschaftsspezifischen Überzeugungssystem verbinden, lässt sich aber nur durch eine ergänzende qualitative Studie erhehlen. Wir gingen von der Arbeitsthese aus, dass Einstellungskombinationen, die auf der quantitativen Ebene als schwer interpretierbar oder widersprüchlich erscheinen (z.B. die gleichzeitige Befürwortung von autoritären Werten und sozialer Gerechtigkeit bei einigen Befragten) auf der Ebene der qualitativ abzufragenden (Selbst-)Sicht der Akteure durchaus eine Konsistenz aufweisen können. Die quantitativen Ergebnisse haben uns "Stoßrichtung und Schwerpunktsetzung"¹ für die qualitative Untersuchung vorgegeben, um rechtsextreme Einstellungspotenziale unter Berücksichtigung der Subjekt-Perspektive zu erhellen.

1.2 Methodik: Von der quantitativen zur qualitativen Untersuchung

Die quantitative und die qualitative Studie verfolgen in unserem Projekt dieselbe Fragestellung, nämlich welche Gewerkschaftsmitglieder aus welchen Gründen besonders anfällig für bzw. besonders abwehrend gegenüber Rechtsextremismus sind und in welcher Weise Anfälligkeit und Abwehr mit bestimmten Elementen des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems verknüpft sind.

Für das Verhältnis von qualitativer und quantitativer Studie in unserem Projekt kann also ganz allgemein das **Prinzip der „Triangulation“**, der Betrachtung des Gegenstandes von mindestens zwei Punkten bzw. aus mindestens zwei Perspektiven, gelten. In unserem Fall würde es sich um eine „Between-Method-Triangulation“² handeln, also darum, dass derselbe politisch-gesellschaftliche Sachverhalt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ – *nicht aber: derselbe Datensatz oder dieselbe Befragtengruppe* – mit unterschiedlichen empirischen Erhebungsmethoden, die jeweils spezifische Arten von Erkenntnissen ermöglichen, untersucht wird.

Generell ermöglichen **quantitative Verfahren**, Zusammenhänge und Kausalbeziehungen wiederzugeben und dazu über die jeweilige Gesamtheit repräsentative Aussagen zu machen. Da-

1 Ursula Birsl/Svenja Ottens/Katrin Sturhan: Männlich - weiblich, türkisch - deutsch: Lebensverhältnisse und Orientierungen von Industriebeschäftigten, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 97

2 Uwe Flick (Hrsg.): Qualitative Forschung: ein Handbuch, Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., 2000, S.313ff.

bei sind theoretische Annahmen über Zusammenhänge vorausgesetzt (Theorientest); zugleich ergeben sich meist Hinweise auf noch unerkannte, theoretisch nicht antizipierte Zusammenhänge, die neu zu erklären sind.

Demgegenüber zielen **qualitative Verfahren** auf die Ermittlung oder Dokumentation der Deutungen der Akteure. Sie können von vornherein nur das erfassen, was den Individuen selber bewusst ist oder vermittels der Anregungen der Forscher ins Bewusstsein gehoben wird. Qualitative Verfahren ermitteln bzw. rekonstruieren Zusammenhänge „in den Köpfen“ der Beteiligten, also als inhaltliche Verknüpfungen von Sinn, Begründungen, Bedeutungen.

In unserem Projekt, in dem es um Zusammenhänge von Persönlichkeitsmerkmalen, sozialem Status und Einstellungen geht, bietet sich eine „Triangulation“ von qualitativen und quantitativen Verfahren in besonderer Weise an: Die repräsentative und standardisierte quantitative Erhebung kann Korrelationen z.B. zwischen bestimmten Ausprägungen von Rechtsextremismus und bestimmten Teilen des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems ergeben. Die qualitative Erhebung kann den Sinnzusammenhang im Selbstverständnis der Akteure zwischen diesen Elementen ihrer „Weltanschauung“ exemplarisch ermitteln und illustrieren. Das Verhältnis von qualitativer und quantitativer Studie ist also ein komplementäres: Mit dem jeweils einen Verfahren soll ausgeleuchtet werden, was mit dem anderen nicht sichtbar wird.

Als Verfahren der qualitativen Studie wurden **Gruppendiskussionen** gewählt. Diese bieten die Möglichkeit, durch gezielte thematische Impulse der Forscher spezifische, in der Gruppe sich herausbildende Meinungen/Deutungen, Assoziationsketten und auch Verdichtungen und Fokussierungen hervorzurufen und zu beobachten. Im günstigen Fall können Gruppendiskussionen erkennen lassen, was Kollektivmeinungen von individuellen Einstellungen unterscheidet. In Gruppendiskussionen können diskursive Prozesse und kollektive geteilte Deutungen initiiert werden.

In unserem Fall wurden Ad-hoc-Gruppen, fast immer Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einem mehrtägigen Kurs in einer gewerkschaftlichen Bildungsstätte, um ein Gespräch gebeten. Durch ihre Teilnahme an dem Kurs hatten diese Gewerkschaftsmitglieder in der Regel ein besonderes Interesse an einer auf die Aufgaben von Interessenvertretern zugeschnittenen Weiterbildung durch die Organisation Gewerkschaft dokumentiert. Mit einer Ausnahme³ waren alle

3 Es handelte sich um einen Teilnehmer an einem Seniorenseminar der Gewerkschaft ver.di (Gruppe 7). Die übrigen Teilnehmer dieses Seminars bekleideten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben noch Ämter in der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit.

mindestens als Vertrauensleute Funktionäre ihrer Gewerkschaft; die meisten bekleideten auch ein Amt als Mitglied des Betriebsrats bzw. der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Bei dieser Auswahl konnte davon ausgegangen werden, dass die Teilnehmenden – etwa im Vergleich zu den Befragten der quantitativen Studie – nicht nur die dort gefundenen Merkmale der „Aktiven“ bzw. der „Funktionäre“, sondern insgesamt eine besonders starke Bindung an die Organisation Gewerkschaft aufweisen würden. Mithin war anzunehmen, dass sich in den Gruppendiskussionen zum einen ein ausgeprägtes gewerkschaftsbezogenes Überzeugungssystem, zum anderen eine hohe Abwehr rechtsextremer Einstellungen ausdrücken würde. Wie konnten wir erwarten, dennoch auch Erkenntnisse über die Anschlussfähigkeit dieses Überzeugungssystems an rechtsextreme Inhalte zu gewinnen? Zum einen vermuteten wir, dass die Gruppenmitglieder in ihrem betrieblichen und gewerkschaftlichen Umfeld Beobachtungen von und Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht hatten. Zum zweiten erwarteten wir, aus der Art, in der rechtsextreme Einstellungen von Kollegen erklärt, kommentiert und bewertet werden, etwas über Art und Ausmaß der Abwehr und die Immunität der Sprecherinnen und Sprecher selber zu erfahren.

1.2.1 Auswahl und Zusammensetzung der Gruppen

Zwischen dem 27. Januar und dem 17. Mai 2004 wurden zehn Gruppengespräche von etwa zwei Stunden Dauer von jeweils zwei der Projektmitarbeiter durchgeführt. Neun Gespräche fanden in gewerkschaftlichen Bildungsstätten mit Teilnehmern, die sich in laufenden Seminaren freiwillig gemeldet hatten, statt. Die Teilnehmer waren zuvor durch die Seminarleiter über Inhalt und Zielsetzung unseres Projekts informiert worden. Die Seminarleiter nahmen niemals selbst an der Gruppendiskussion teil. Ein Gespräch (Nr. 1) fand in einem Gewerkschaftsbüro statt; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren hierzu eigens am Gesprächsort erschienen⁴. Näheres zeigt dieser Überblick:

Von den insgesamt teilnehmenden 58 Gewerkschaftsmitgliedern waren

- neun Frauen⁵,
- sieben – ausschließlich männliche – Migranten: fünf aus der Türkei, zwei aus Polen,
- 22 Personen aus den neuen Bundesländern,
- fünf Rentner,

4 Dieses Gespräch schien uns nötig, um den Anteil der Ostdeutschen zu erhöhen und speziell auf die Situation in Ostdeutschland eingehen zu können.

5 Vorgesehen war auch ein Gespräch mit einer Frauengruppe. Dieses hat nicht stattgefunden, u.a. deshalb, weil die vorgesehene Gruppe Männer als Moderatoren nicht akzeptierte, Frauen aber in unserem Team nicht zur Verfügung standen. Hier liegt eine Schwäche der Auswahl.

- Mitglieder aus sechs der acht DGB-Gewerkschaften: IGM, ver.di, IG BCE, IG BAU, GdP und Transnet; lediglich NGG und GEW waren nicht vertreten.

Überblickstabelle über die 10 Gruppendiskussionen

Nr.	Ort	Charakteristik der Gruppe	Teilnehmer	vertretene Gewerkschaften
1	Brandenburg/Havel, Büro von ver.di	Haupt- und Ehrenamtliche	5	ver.di, IGM, GdP
2	DGB-Bild.St. Flecken Zechlin, Brbg.	DGB-Jugendseminar	9	ver.di, IGM, Transnet
3	zentrale Bild.St. IG BAU Steinbach/Ts.	Betriebsräte-Seminar	3	IG BAU
4	zentrale Bild.St. IG BCE Kagel, Brbg.	Jugendfunktionäre	7	IG BCE
5	zentrale Bild.St. IGM Berlin	Betriebsräte	6	IG Metall
6	zentrale Bild.St. IGM Berlin	Funktionäre aus Ostdeutschland	4	IG Metall
7	zentrale Bild.St. ver.di Seefeld, Th.	Gewerkschaftsenioren	5	ver.di
8	zentrale Bild.St. IGM Berlin	Automobil-Betriebsräte	5	IG Metall
9	zentrale Bild.St. IG BCE Kagel, Brbg.	Betriebsräte	7	IG BCE
10	zentrale Bild.St. IG BAU Steinbach/Ts.	Vertrauensleute	7	IG BAU

Die Gewerkschafter verteilten sich auf die Branchen Automobil, Werkzeugbau, Elektroindustrie, Chemie/Pharma, Bergbau, Gebäudereinigung, Telekommunikation und öffentlicher Dienst. Repräsentiert waren Betriebe mit Beschäftigtenzahlen zwischen 23 und 52.000, wobei rund die Hälfte der Teilnehmer aus Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten kam. Nur beim Gespräch Nr. 1 nahmen hauptamtliche Funktionäre – zwei aktive Gewerkschaftssekretäre und eine ehemalige Gewerkschaftssekretärin – teil; abgesehen von vier Rentnern und einer Rentnerin in Gespräch Nr. 7 und einigen wenigen Übergangs-Arbeitslosen arbeiteten alle in einem Betrieb oder einer öffentlichen Dienststelle.

1.2.2 Der Frageleitfaden

Bei der Erstellung des Frageleitfadens gingen wir von Auswertungen der quantitativen Untersuchung aus. Insbesondere sollten die sieben Impulse (vgl. Anhang 127) wichtige thematische Schwerpunkte abbilden, die zur Interpretation der statistischen Zusammenhänge beim Rechtsextremismus und zur Konstruktion eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems beitragen könnten. Der Leitfaden wurde zunächst in einer Gruppe erprobt und danach neu gegliedert. Auch im weiteren Verlauf nahmen wir zur Verbesserung der Impulse Modifikationen der Inhalte, Formulierungen und Reihenfolge vor. Die dadurch entstandene nicht komplette Standardisierung ist für die Auswertung nicht hinderlich – kommt es uns doch auf eine möglichst vielfältige Erfassung der von den Befragten selbst gesehenen Zusammenhänge und nicht auf einen quantifizierenden Vergleich ihrer Reaktionen auf jeweils identisch formulierte Impulse an. Selbstver-

ständig bleibt Vergleichbarkeit dadurch gewährleistet, dass die Diskussionsimpulse und, ab der zweiten Gruppendiskussion, auch deren Reihenfolge im Wesentlichen dieselben blieben.

Ausschlaggebend für die Neugliederung des Frageleitfadens nach der ersten Diskussion war letztlich unsere schon zuvor getroffene Entscheidung, die Gruppenteilnehmer als auskunftgebende Beobachter, und insofern als „Experten“, anzusprechen, nicht als Probanden, deren Einstellungen ohne volle Information über die Ziele unseres Projekts abzufragen gewesen wären. Das heißt: Es sollte zwischen den Teilnehmern und uns vollständige Offenheit hinsichtlich des Themas und unserer Gesprächsziele herrschen; mithin war alles zu vermeiden, was als "aushorchen" hinsichtlich „verborgener“ rechtsextremer Einstellungen hätte interpretiert werden können⁶. Unserem Untersuchungsziel, die inhaltlichen Zusammenhänge von Einstellungen zu erheben, konnten wir nur dadurch gerecht werden, dass wir die Gesprächsteilnehmer zugleich – und im realen Gesprächsablauf jeweils die Perspektive wechselnd – nach ihren eigenen Einstellungen und nach ihrer Einschätzung und Erklärung der Einstellung ihrer Kollegen fragten. Auf diese Weise wurden zuweilen auch Grauzonen des Übergangs, „Andockpunkte“, von gewerkschaftlichem und rechtsextremem Denken deutlich. Im Übrigen benötigten wir die befragten Gewerkschafter wirklich als Experten in eigener Sache. Wir haben sie, unserem Untersuchungsprogramm entsprechend, Rat suchend um Interpretationen einiger Ergebnisse der quantitativen Befragung gebeten, die wir uns nicht oder schwer erklären konnten.

Da also die Teilnehmer über das Untersuchungsthema „Rechtsextremismus und Gewerkschaften“ informiert waren, erwarteten sie auch, dass die Gruppendiskussion hauptsächlich um dieses Thema kreisen würde. Unser erstes Konzept der Diskussionsimpulse, bei dem wir allgemein nach dem Gewerkschaftsverständnis und der Kritik an Gewerkschaften fragten und uns dann erst allmählich dem Thema „Wie können und warum können Gewerkschafter rechtsextrem denken?“ näherten, wurde schon von der ersten Befragtengruppe, Jugendfunktionären der IG BCE, nachhaltig destruiert. Mit unserer Frage nach der Idealfigur des „guten Gewerkschafters“ konnten die Gruppenteilnehmer wenig anfangen; sie bestanden auch darauf, dass Gewerkschaften alle Arbeitnehmer organisieren sollten, weshalb ein Spiegelbild-Anteil von Rechtsextremen nicht überraschend sei. Dennoch war dieser Spiegelbild-Befund für die Befrag-

6 Es verbot sich also, das Untersuchungsziel allgemein als Forschungsinteresse an „verschiedenartigen politischen Einstellungen“ oder ähnlichem zu tarnen. Vielmehr war klarzustellen, dass es um das möglicherweise unangenehme und heikle Thema des gewerkschaftsinternen und gewerkschafts- oder arbeitsweltspezifischen Rechtsextremismus gehe. Für diese Entscheidung sprachen neben forschungsethischen auch forschungspragmatische Gründe. Der Eindruck des „Aushorchens“ hätte die Vertrauensbasis für offene Äußerungen in den Gruppendiskussionen zerstört. Außerdem bestanden in den Bildungsstätten auch die Pädagogen darauf, dass die Teilnehmer vorbehaltlos über die Themen und Ziele des Projekts unterrichtet wurden.

ten ein Problem, dem sie gern mehr Zeit gewidmet hätten, statt es, wie in unserem Drehbuch vorgesehen, erst in der zweiten Hälfte der Diskussion behandeln zu dürfen. Nach dieser Erfahrung stellten wir das Szenario schon für die zweite Gruppendiskussion um und begannen sofort mit der Frage, ob der „Spiegelbild“-Befund überrasche und warum oder warum nicht.

1.2.3 Zur Auswertung

Von allen Gesprächen wurden Mitschriften mit wörtlichen Zitaten angefertigt. Zur Auswertung wurde ein umfangreiches Kategorienschema (vgl. Anhang 128) entwickelt, das folgende Hauptpunkte umfasst:

- Ausführungen zum Thema Rechtsextremismus
- Anknüpfungspunkte pro/contra Rechtsextreme
- Aufgabe, Position, Situation der Gewerkschaften als Organisation
- Mitglieder und Unorganisierte
- Wirtschaft/Globalisierung/schärfere Konkurrenz
- Politik/Gesellschaft

Die einzelnen Beiträge der Diskussionsteilnehmer wurden zunächst schriftlich paraphrasiert und nach dem Kategorienschema codiert, wobei längere Beiträge regelmäßig mehreren Kategorien zugeordnet wurden. Die Kodierung erfolgte jeweils unabhängig voneinander durch zwei Projektmitarbeiter. Im nächsten Schritt wurden Codierungsreihen für die einzelnen Beiträge gebildet, um Zusammenhänge und Häufigkeiten darzustellen. Durch eine Queranalyse über alle zehn Gruppen, und unter Berücksichtigung der quantitativen Ergebnisse (vor allem der GSPO-Variablen), wurden 10 Kernelemente eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems gebildet. Dies war möglich, weil sich die Ausgangserwartung bestätigte: Tatsächlich artikulierten die an den Gruppendiskussionen teilnehmenden und als Seminarteilnehmer ohnehin der Organisation besonders verbundenen Funktionäre fast ausnahmslos zusammenhängende gewerkschaftliche und gewerkschaftsbezogene Überzeugungen.

Im Folgenden sollen anhand von beispielhaften Aussagen zunächst die Kernelemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems, ihre Entsprechungen in den GSPO-Variablen der quantitativen Analyse und ihr idealtypischer inhaltlicher Zusammenhang dargestellt werden (2.). Danach werden die Kernelemente in ihrem realen Zusammenhang am Beispiel der dichten Analyse eines Gruppengesprächs (Gespräch 5) und anhand einer bestimmten Ausprägung des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems, nämlich der kooperativen Variante (Gespräche 4 und 8), genauer beschrieben (3.). Schließlich werden die darin enthaltenen Abwehr- und Anschlusspotenziale hinsichtlich des Rechtsextremismus dargestellt (4.).

2. Kernelemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Gesprächspartner

2.1 Zu den Begriffen „System“ und „Kernelement“

In diesem Abschnitt haben wir aufgrund unserer Gesprächsauswertungen Überzeugungen und Einstellungen zusammengetragen, die wir als konstitutive und zusammenhängende Kernelemente gewerkschaftlicher Überzeugung bezeichnen. Alle diese Kernelemente haben folgendes gemeinsam:

- Sie betreffen grundlegende Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften.
- Sie beziehen sich auf Überzeugungen – also auf alltagsübergreifende Grundwerte, politisch-soziale Deutungen und Gesellschaftsbilder.
- Sie lassen sich als ein inhaltlich zusammenhängendes und weitgehend konsistentes System von Überzeugungen beschreiben.
- Sie werden von unseren Gesprächspartnern als inhaltlich zusammenhängend verstanden.

Wenn wir den Zusammenhang dieser Kernelemente hier als Überzeugungssystem bezeichnen, müssen wir allerdings genauer sagen, wie wir den Begriff „System“ verstehen. Gemeint ist nicht ein im Sinne der Systemtheorie geschlossenes Ganzes mit Binnencode und klaren Außengrenzen, auch nicht, wie in der quantitativen Studie, ein messbarer Mindestzusammenhang zwischen den Systemelementen. Vielmehr reicht es für die hier gemeinte „System“-Qualität aus, dass bestimmte Überzeugungselemente in den Äußerungen der Befragten regelmäßig gemeinsam auftreten, dass sie inhaltlich zusammenpassen, dass ihnen explizit oder implizit von den anderen Gruppenmitgliedern zugestimmt wird. Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem ist auch ein Geflecht, ein Netz mit nach außen weisenden losen Fäden. Gleichwohl ist es in dem Sinne ein System, dass seine Kernelemente bestandsnotwendig sind: Fiele eines der im Folgenden genannten Kernelemente weg, so liefe es Gefahr, auseinander zu fallen.

Daraus folgt für die Einzelbeschreibung der folgenden Kernelemente des Systems dreierlei:

1. Dass es zwischen diesen zehn Elementen fließende Übergänge gibt, dass sie sich im Prinzip auch anders gliedern und zusammenfassen ließen, spricht möglicherweise gegen unseren im folgenden gemachten Gliederungsvorschlag, aber zugleich spricht es für den Zusammenhang der Elemente, also für die Existenz eines „Systems“.
2. Dass die Ausprägung der einzelnen Kernelemente – und auch ihre Verknüpfung mit anderen Kernelementen – unterschiedlich ausfallen kann, etwa: eher kooperativ oder eher gegenpol-orientiert, spricht nicht gegen die Existenz eines „Systems“, solange die Kernele-

mente zugrunde liegende Gemeinsamkeiten enthalten. Unterschiedliche Ausprägungen und Ausdifferenzierungen sind vielmehr sogar zu erwarten.

3. Dass das gewerkschaftliche Überzeugungssystem offene Grenzen und Verbindungspunkte zu anderen Überzeugungen (und Überzeugungssystemen) hat, ermöglicht erst die Analyse der Abwehr- und Anschlussfähigkeit dieses Überzeugungssystems für andere, hier: rechts-extreme, Einstellungen.

2.2 Die Kernelemente im Einzelnen⁷

I. Gewerkschaften vertreten Arbeitnehmerinteressen als Gegenpol zu sonst übermächtigen Arbeitgeberinteressen.

"Wozu sind die Gewerkschaften da? Welche Erwartungen habt Ihr an Gewerkschaften, bieten sie noch Schutz?" haben wir die Teilnehmer in unseren Gruppengesprächen gefragt. Die Antwort war übereinstimmend und eindeutig. Das Verständnis von Gewerkschaften als Gegenpol zu Arbeitgeberinteressen wurde klar artikuliert: Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei – selbstverständlich – die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen⁸ (1282)⁹ unabhängig von der Herkunft der Person (z.B. 4135, 4245). Allein die Gewerkschaft biete den Arbeitnehmern eine Schutzmöglichkeit (2057), sie sei zuständig "für das Soziale" und verteidige die Flächentarifverträge (1087). Der einzelne Arbeitnehmer brauche eine starke Organisation gegenüber dem Arbeitgeber (1247, 1249), um Ausbeutung zu verhindern (9009). Dies wurde immer wieder und in den verschiedenen thematischen Zusammenhängen von den Gesprächsteilnehmern deutlich ausgesprochen.

Gibt man den kleinen Finger, dann wird gleich die linke Hand abgerissen. Ein „Stückchen Gegenpol muss es geben“. (1131)

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, Gegenpol von dem zu sein, was das Kapital eigentlich möchte. Und diesem entgegenwirken. Ob es heißt Arbeitsplätze sichern oder Standort Deutschland sichern, die Löhne und Gehälter auf einem Level zu halten, wo man sagt, es lohnt sich, arbeiten zu gehen. (9013)

In der Vergangenheit hätten die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer viel erreicht. Dies zeige, dass starke Gewerkschaften notwendig sind (7090), wofür sie möglichst viele Mitglieder brau-

7 Die Nummerierung der Kernelemente wurde lediglich zur Vereinfachung der Referenz-Angaben gemacht. Mit ihr verbindet sich keine inhaltliche Bedeutung. Eine Übersicht der Kernelemente befindet sich auf S. 338

8 Der Vertretungsanspruch wird nicht durchgehend und explizit auf Mitglieder eingegrenzt. Vgl. hierzu KE II.

9 Die Nummern in Klammern sind Codierungen der Gesprächsbeiträge. Die erste Ziffer (bei fünfstelligen Nummern die ersten beiden Ziffern) bezeichnen die Herkunft aus einer der 10 in der Übersichtstabelle angegebenen Gruppendiskussionen. „1131“ bedeutet also, dass der Text aus dem Gespräch 1 (DGB-Brandenburg) stammt.

chen und ihre Mobilisierungsfähigkeit sichern müssen. Sie sind nicht "Weltverbesserer", sondern tun was konkret für den einzelnen Arbeitnehmer (2051). Heute hätten die Gewerkschaften viele Probleme, sie stünden vor vielen neuen Herausforderungen, der Interessengegensatz zum Arbeitgeber habe sich verschärft. Viel häufiger gehe es um die Verteidigung des Erreichten statt um Beteiligung am Zuwachs. Besonders paradox empfanden es die Teilnehmer, dass während die Gefahr des Machtverlusts der Gewerkschaften wächst, (4027ff.), die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer immer wichtiger würden:

Gewerkschaften werden eigentlich immer wieder wichtiger für die Arbeitnehmer. Weil ohne Gewerkschaft würde sich das, was heute in den Betrieben abgeht, so dermaßen verschlimmern, dass sie [die Unternehmer] das Rad von einem Monat auf den anderen auf 1975 zurückdrehen würden, wenn wir die Gewerkschaft nicht hätten. (5220)

Auch im Kontext der allgemeinen Kritik an der Sozialpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung wurde hervorgehoben, dass die Gewerkschaft die einzige Schutzmöglichkeit für Arbeitnehmer biete (2057).

Dass wir vielleicht alle ein bisschen was geben müssen, enger zusammenrücken, damit es uns wieder besser geht, okay, aber ... und das man logischerweise immer miteinander reden muss und so, das ist klar, aber man sollte durchaus seinen Standpunkt und seine Seite vertreten. (10242)

Gewerkschaft muss Macht haben, damit sie ein deutliches Zeichen setzen kann, so geht es nicht. Aber wir leben nun mal mit einer Globalisierung und es gibt halt wenige Alternativen, die man beschreiten kann. Insofern denke ich, dass Gewerkschaften Strohhalme sind, nach denen man greifen kann. Aber auf Dauer haben Gewerkschaften nicht unbedingt großartige Möglichkeiten, sich gegen Globalisierung und deren Auswirkungen zu wehren. Und diesbezüglich müssen sie sich den Bedingungen der Wirtschaft anpassen, denn wenn die Betriebe abwandern haben wir keine Arbeitnehmer mehr und wenn wir keine Arbeitnehmer haben, haben wir keine zahlenden Mitglieder. (2069)

Auf dieser gemeinsamen Grundlage gibt es allerdings Differenzierungen in zwei Dimensionen:

- Sollen Gewerkschaften ihre Gegenpol-Funktion eher auf betrieblicher und ökonomischer oder eher auf überbetrieblicher und politischer Ebene wahrnehmen? – Dazu mehr unter Kernelement V.
- Erfordert die Gegenpol-Funktion eher Konflikt oder eher Kooperation im Verhältnis zu den Arbeitgebern (und zur Regierung)? – Dazu mehr unter Kernelement VII.

Die Gegenpol-Überzeugung bezieht sich auf die *strukturelle* Seite der Interessenvertretung: Es gibt einen Interessengegner, mit dem man mal kooperieren kann, mal Konflikte austragen muss, mit dem aber eine dauerhafte Interessenharmonie, so wie die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse beschaffen sind, nicht möglich ist. Worin aber bestehen *materiell* die gegenwärtig von den Gewerkschaften zu vertretenden Interessen?

- II. **Gewerkschaften müssen durch Betriebs- und Tarifpolitik angemessene Löhne und Arbeitszeiten, Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das heißt aktuell vor allem: Sie müssen Lohnsenkungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen abwehren.**

Gewerkschaften wird oft eine Zweiteilung ihrer Funktionen nach „Schutz“ und „Gestaltung“ der Arbeitsverhältnisse zugeschrieben. In den Äußerungen der Gruppendiskutanten zeigt sich, dass gegenwärtig von den Gewerkschaften vor allem Schutz erwartet wird. Dies gilt für alle inhaltlichen Gebiete gewerkschaftlicher Tarif- und Betriebspolitik, also für Löhne und Arbeitszeit, für Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte.

Differenzierte Fragen zu den bevorzugten Inhalten der Tarifpolitik oder der Betriebspolitik, wie sie in anderen Untersuchungen gestellt werden¹⁰, waren für unsere Forschungsfrage unerheblich: Es war nicht ersichtlich, weshalb etwa die Präferenz für bestimmte Lohnforderungen oder für bestimmte Formen von Arbeitszeitverkürzung etwas mit Anziehung oder Abwehr eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems gegenüber Rechtsextremismus zu tun haben könnte.

Für das gewerkschaftliche Überzeugungssystem relevant ist aber das Instrument des Tarifvertrags selber, insbesondere des – die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren fördernden – Flächentarifvertrags. Diese Errungenschaft wurde von den Teilnehmern als verteidigungswert hervorgehoben: Gewerkschaften müssten "gegenhalten" (1140) und den Flächentarifvertrag unbedingt verteidigen (1087), auch mit dem Mittel des Rechtsschutzes (6070). Ohne den Tarifvertrag und die Gewerkschaft hätten die Arbeitnehmer kein Instrument, um Interessenkonflikte und Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber zu regeln (2075). Der Tarifvertrag solle für Arbeitsqualität und verhindere Ausbeutung; darüber hinaus mache er die Präsenz der Gewerkschaft im Betrieb und in der Gesellschaft spürbar (9009)¹¹.

Betont wurde die Notwendigkeit, mittels Tarifverträgen Arbeitsplätze zu sichern, die Löhne auf einem gewissen Niveau zu halten und Veränderungsprozesse mitzugestalten (9002). In diesen Äußerungen zeigte sich deutlich der defensive Charakter der an die Gewerkschaften gerichteten Erwartungen in der gegenwärtigen Situation. Niemand erwartete materiell von derzeit abzuschließenden Tarifverträgen Fortschritte im Sinne von Realloohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich oder Umverteilungen auf Kosten der Unternehmensgewinne. Vielmehr hatten sich die Gesprächspartner – fast alle waren Betriebsratsmitglieder – schon aus eigener Erfahrung auf *concession bargaining*, also eine Mitgestaltung zur Verhinderung von

10 Z.B. die regelmäßigen Umfragen von Polis im Auftrag des DGB.

11 Vgl. hierzu auch KE VII

Schlimmerem, eingestellt. Nur so könnten Arbeitsplätze vor Billiglohnkonkurrenz geschützt werden (1089, 3098)¹².

Allerdings gingen die Meinungen hierzu zum Teil auseinander. Einige forderten eine starke Abwehr ein, durch Streik und Demonstrationen (5276), um das Er kämpfte nicht zu verlieren (7098); andere dagegen sprachen von der Notwendigkeit, doch am Ende etwas abzugeben und enger zusammenzurücken.

Im Vergleich zu den von der Defensive geprägten Äußerungen in fast allen Gruppen waren die BCE-Jugendfunktionäre (Gruppe 4) durchaus optimistischer in ihren Einschätzungen der materiellen Erfolgchancen der Gewerkschaften in der Tarifpolitik. Bei ihnen stand insbesondere die Vorstellung von der "aufgeschlossenen" und "zukunftsorientierten" Gewerkschaft, die durch Kooperation mit den Arbeitgebern optimale Tarifresultate erziele, im Vordergrund. (Näheres dazu unter 3.b) Die Gewerkschaft soll den Wandel der Politik für sich nutzen, um attraktiv zu sein (4005, 4007).

Differenziert wurde auf die Schutzfrage geantwortet auch im Hinblick darauf, wer durch die Gewerkschaft geschützt werden und wie die Gewerkschaft dabei vorgehen sollte. Einige Teilnehmer reklamierten ein exklusives Recht für Gewerkschaftsmitglieder, gegenüber Nicht-Mitgliedern durch Tarifverträge geschützt zu werden, auch wenn dies mit der verfassungsgemäß festgeschriebenen „negativen Koalitionsfreiheit“ unvereinbar sei (1098). Eine andere Teilnehmerin sprach sich für die Vertretung von Mitgliederinteressen in erster Linie aus, zugleich sollte sich die Gewerkschaft auch um Arbeitslose kümmern (4009).

Für wie viel Gleichheit, Gleichstellung und Gleichberechtigung welcher Menschen also sollten die Gewerkschaften eintreten?

III. Gewerkschaften sind unbedingt der Idee der gleichen Rechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen verpflichtet.

Für die Gruppengespräche war das Ergebnis der Umfrage, dass 30% der Gewerkschaftsmitglieder meinen, die Gewerkschaften sollten zuerst Arbeitsplätze für Deutsche sichern, besonders wichtig, denn wir wollten die damit zusammenhängenden Argumentationsmuster erfahren.

12 Eine TeilnehmerIn wies in der Diskussion um Billiglöhne darauf hin, dass sie als Ostdeutsche seit 14 Jahren für weniger Geld als ihre Westkollegen arbeitet und dass die Gewerkschaften hiergegen vorgehen sollten (3096).

In den Gesprächen trafen wir auf eine spontane, einhellige und grundsätzliche Ablehnung einer solchen Haltung. Viele Teilnehmer waren zunächst empört und zweifelten das Ergebnis an. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass eine so hohe Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern dieser Meinung war¹³. Hier nur zwei Beispiele für die ablehnende Haltung der Teilnehmer:

Wenn das tatsächlich so wäre, dass das die 30 Prozent sagen, Gewerkschaftsfunktionäre oder auch Mitglieder, dann sag ich mal, ist unsere Gewerkschaftsarbeit falsch, denn die haben wir für alle da. Alles was IG Metall-Mitglied ist, ist alles, egal was für eine Nationalität, da darf die Nationalität keine Rolle spielen. (8113)

Das ist ein Verstoß gegen die Gewerkschaftssatzung. (6044)

Einige kündigten ihren sofortigen Austritt aus der Gewerkschaft an, sollte ihre Organisation so handeln. Ihrem gewerkschaftlichen Selbstverständnis nach war es unvorstellbar, dass sie einer Organisation angehören könnten, die Arbeitsplätze nach Kriterien der Nationalität oder Herkunft verteidigen wollte.

Diese Haltung beruhte nicht nur auf einer persönlichen Einstellung, sondern reflektierte auch jahrelange Erfahrungen im Betrieb. Immer wieder wiesen die Gesprächsteilnehmer darauf hin, dass ihre Belegschaften multikulturell zusammengesetzt seien, deshalb seien alle „Kumpels“ (1079, 5203).

Allerdings wurden im Laufe der Gespräche Probleme erwähnt, die darauf hindeuteten, dass die ersten Reaktionen auf einer Betriebswelt basierten, die nur z.T. noch heil ist. Vor allem in Betrieben, die in unmittelbarer Konkurrenz mit ausländischen Betrieben stehen oder in denen die Arbeitsplätze abgebaut werden und die Arbeit nicht mehr durch die eigene Belegschaft, sondern durch Fremdfirmen erledigt wird, ist das Thema "Nationalität" oder "ausländische Herkunft" kein unbekanntes.

Dadurch das wir im Betrieb auf der Werft da ja nun einen ganzen Haufen Ausländer haben, aller möglichen Nationalitäten, also ich sag mal, bei uns wird das zumindestens so gehandhabt, die Leute, die da arbeiten, die meisten sind schon sehr, sehr lange da, und also ich erkenne nicht, bei uns zumindestens, das wir irgendwelche Leute... oder ich sag mal, die Deutschen oder ... die Ausländer vor der Entlassung den Deutschen vorziehen, sagen wir mal so, das hier seh ich nicht so. Also bei uns sehe ich das nicht so. Ist auch eine große [?] mit 700 Leuten, das ist natürlich viel, aber nee, so ist das nicht, so die Tendenz wie S. sagt, die haben wir noch nicht. Aber da ist wieder... kommt der nächste Punkt: die Existenzangst. Wie gut geht's dem Unternehmen überhaupt? Denn kommt das wieder raus. Wenn das bei uns, was weiß ich, so langsam auch mal den Bach runtergehen würde, und das ist abzusehen, ne, die ersten müssen gehen oder hier und da, dann ist es vielleicht möglich, dass die Kollegen auf einen zukommen und sagen: „Hier, erst die andere Fakultät bevor wir.“ Warum nicht? Vorstellen kann ich mir das. Aber es ist noch nicht so bei uns. (5199)

13 Ein einziger Teilnehmer ging umgekehrt auf das 30%-Ergebnis ein, in dem er darauf hinwies, dass immerhin 70% gegen eine Bevorzugung von Deutschen seien (4234).

Und einige Teilnehmer sagten auch ganz offen, dass die Zustimmung zur gezielten Entlassung von Ausländern durchaus verbreitet sei, wenn die (deutschen) Kollegen Existenzangst hätten:

Wie ich das in meinem Umfeld wahrnehme, das finde ich also auch ganz faszinierend, bei meinen Kollegen, die ich also mit durchschnittlichem Alter und durchschnittlichem Intellekt ausgestattet sehe, stelle ich fest, dass natürlich im Zwiegespräch oder mit „Justigen“ Äußerungen im Kreise, durchaus ich dem zustimmen kann, dass also... Es geht da letztlich auch um den eigenen Arbeitsplatz vielleicht irgendwann mal, und sagen wir mal in sorgsamer Vorbereitung dessen, wenn man jemanden auch konkret fragt und der sich auch vorher vergewissert hat: hört jetzt auch keiner zu? Doch, also ich würd' das sogar bei mehr als 30 Prozent ansetzen, oder 20 Prozent, oder was immer jetzt die Größenordnung war, ich denke, dass fast die Hälfte meiner Kollegen durchaus diesen Antrag so blind unterschreiben würden. [Nachfrage: Auch bei Gewerkschaftern?] Ja. Das ist also völlig unerheblich, wo da eine Organisation stattfindet. ...Was wollte ich noch sagen? Ich denke auch, ich weiß nicht auf welcher Grundlage diese Ergebnisse zustande gekommen sind, ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass wir hier, und sei der Kreis auch noch so klein, dass viele, wenn sie einzeln befragt werden würden, also wirklich an ihr Gewissen appelliere: „jetzt sag doch mal ehrlich“, man lockt ein bisschen was heraus, dass dann bestimmt in einigen Bereichen auch andere Ergebnisse zustande kommen würden. Garantiert. (10105)

Gerade in dieser Gruppe (IG BAU) entwickelte sich eine Diskussion über die Frage, wer Deutscher ist, wohl deshalb, weil es mehrere Teilnehmer mit nicht-deutscher Herkunft gab. Für die Mehrheit in der Gruppe gab es dann Zustimmung zur folgenden Aussage, übrigens von einem aus Polen stammenden Gewerkschafter, die das Fremdsein auf Ausländer bezog, die nicht ständig in Deutschland wohnen oder nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind (z.B. Asylsuchende):

Ich glaube, wenn Deutsche ist der Bürger welche hier feste Wohnsitz hat, dann sage ich, müssen wir den Arbeitsmarkt schützen und als Gewerkschaft sagen vielleicht wirklich: für deutsche Bürger. Denn Arbeit schützen, vor ... vor Ausland, so sage ich. Nicht dass die ... weil ich komme selber aus Polen, und wenn damit ... kommen die alle jetzt rüber, dann klar, die machen den Markt total kaputt mit die Preise, weil da ist ganz andere Standard, Lebensstandard, und die verdienen sehr ... weniger als wir hier in Deutschland, deswegen wäre hier für uns keine Arbeit mehr, denke ich. Wir wohnen hier, wir zahlen hier Steuer, wir müssen unsere Beiträge bezahlen. Und da denke ich, da haben wir den Anspruch als allererste finden Arbeit. (10107)

Trotz allgemeiner und überzeugender moralischer Zurückweisung einer offen fremdenfeindlichen Gewerkschaftspolitik gab es in mehreren Gruppen Funktionäre, die jedenfalls in der Form eines Inländer- und Insiderprimats eine Abgrenzung gegenüber ausländischen Konkurrenten befürworteten. Hier kommen die Folgen der Internationalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte zum Vorschein: In Branchen oder Betrieben, in denen der Produktmarkt noch stabil ist und die durch Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen oder sonstige Regulierungen der Beschäftigung geschützt sind, werden die Grenzen um die eigene Firma und die gesamte Belegschaft gezogen; wo die Lage krisenhafter ist und die Deregulierung des Arbeitsmarkts voll zum Tragen gekommen ist, wird auch eine Ausgrenzung von Ausländern bzw. eine Bevorzugung von Deutschen vorstellbar; zumindest wird den Kollegen, auch den Gewerkschaftsmitgliedern, eine solche Haltung zugetraut.

IV. Gewerkschaften sind unbedingt dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet.

Gewerkschaften sind "für das Soziale" (1087) ist eine Aussage, die das Grundverständnis der Teilnehmer widerspiegelt¹⁴. Gewerkschaften setzen sich für die Schwächeren und Benachteiligten ein, es gehört – auch unausgesprochen – zu ihrem Wesen, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Aber was ist soziale Gerechtigkeit? Wie wird sie hergestellt? Ziel ist ein sozial ausgewogenes System (9112). Dazu gehört Umverteilung (4180) im Sinne einer Angleichung zwischen Gut- und Schlechtverdienern, zwischen Unter-, Mittel- und Oberklasse (4165). Es ist auch nicht undemokratisch, wenn den Reichen etwas weggenommen wird (4180), am Besten durch eine gerechte Verteilung der Zuwächse an Wohlstand. Hervorgehoben wurde auch, dass soziale Gerechtigkeit ursächlich mit Chancengleichheit zusammenhängt. Für die BCE-Jugend z.B. war die Demokratie dort in Gefahr, wo gleiche Startchancen nicht gegeben sind (4188-4191). Es sei wichtig, Zugang zur Bildung z.B. für alle zu ermöglichen. Ob die Chancen genutzt würden, sei eine andere Frage, aber sie müssten grundsätzlich vorhanden sein (4203).

Gewerkschaften könnten und müssten soziale Gerechtigkeit einfordern, sie seien in bestimmten Bereichen – z.B. in der Tarifpolitik – in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zu leisten (vgl. KE II). Das hätten die Gewerkschaften auch in der Vergangenheit bewiesen (9110).

Dass Gewerkschaften in besonderer Weise dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sein sollen, zeigte sich in der Repräsentativbefragung auch daran, dass Gewerkschaftsmitglieder deutlich stärker als Nichtmitglieder für den Wert „soziale Gerechtigkeit“ eintraten. Zugleich aber zeigte die Umfrage, dass eine hohe Präferenz für Gerechtigkeit nicht mit einer Präferenz für libertäre, demokratische Werte korreliert, sondern durchaus auch mit autoritären Werten vereinbar scheint. In den Gruppendiskussionen konfrontierten wir die Teilnehmer mit diesem Befund. Wir fragten, ob soziale Gerechtigkeit und Demokratie von ihnen und ihren Kollegen als zusammengehörig empfunden würden.

Eine erste indirekte Antwort lag darin, dass beim Impuls „soziale Gerechtigkeit“ oft auf die gegenwärtige, von einer demokratisch gewählten Regierung mit prinzipieller Unterstützung der Opposition betriebene Politik eingegangen wurde. Die Kritik der Gesprächsteilnehmer an der mangelnden sozialen Gerechtigkeit dieser Politik war deutlich und zum Teil vehement. Sozial ungerecht seien die – vom sozialdemokratischen Bundeskanzler 2003 als Programm verkündete – „Agenda 2010“ (5092), die – von der CDU favorisierte – Kopfpauschale in der Krankenver-

14 Hierin sind Zusammenhänge mit den Kernelementen I und II zu sehen.

sicherung (9112) oder Studiengebühren (deren Einführung mit dem Argument begründet werde, dass es schon Kindergartengebühren gebe) (5097). Empfänger von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe würden durch die neuen Gesetze in die Ecke gedrängt, die "wirklich Schuldigen" würden nicht mehr gesucht (5059).

Das Gefühl der Arbeitnehmer in meinem Umfeld ist das: soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns immer wieder, dass wir ein Stück von dem, was wir haben, abgeben. Ist das soziale Gerechtigkeit? Das kann doch keine soziale Gerechtigkeit sein, wenn immer das, was wir irgendwann erkämpft und erreicht haben, dass wir das zurückstecken, dass wir das zurückgeben, dass wir... gut, wenn das soziale Gerechtigkeit ist, dann mag das das sein... aber für uns doch nicht! Gibt es immer nur einseitige soziale Gerechtigkeit? Nur in dem Fall sind wir die, die geben. Das kann in meinen Augen keine soziale Gerechtigkeit sein. (9126)

Auch wenn die Gewerkschaften wenig ändern können (3041), sollten sie sich nicht nur um Schadensbegrenzung bemühen, sondern deutliche Opposition gegen eine unsoziale Politik machen (3058).

Genauer zum Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit befragt, ließen die Teilnehmer, ähnlich wie die Befragten der Umfrage, erkennen, dass sie einerseits prinzipiell einen positiven Zusammenhang sehen und wünschen:

Aus meinem Umfeld heraus, hab ich halt in der politischen Aktivität erlebt, dass halt die Mehrzahl der Leute, die sich für soziale Standards einsetzt, oder für die Verbesserung, auch eine gelebte Demokratie versuchen. (2146)

Andererseits gewährleistet für sie das demokratische Verfahren, das auch in „Laberdiskussionen“ ausarten kann, nicht automatisch ein sozial gerechtes Ergebnis. Derselbe Gesprächsteilnehmer fährt fort:

Aber es gibt immer das Problem, dass es einen Punkt gibt, wo zu lange diskutiert ist, und dann möchte man auch ein Ergebnis haben. Und wenn die gelebte Demokratie in diesem Land das nicht erfahrbar macht, dass die Leute merken: Aha, wir machen was hier vor Ort und es ändert sich was. Dass dieser Einfluss, den die Leute auf die Demokratie haben – oder momentan ja eher nicht haben, weil's viel zu wenig plebiszitäre Elemente gibt für den normalen Bürger – dann schwenkt das schnell um. So nach dem Motto: Da haben wir jemand, der fordert genau das, was wir wollen, wir unterstützen den, und wenn der das macht, dann ist das richtig. (2146)

Inwieweit die Nicht-Erfüllung von Gerechtigkeitsansprüchen durch die Politik zu einer generellen Unzufriedenheit mit der Politik und zum Einfallstor für autoritäre Problemlösungen werden kann, wird in Abschnitt 4 dieses Kapitels unter „Anschlusspotenziale für Rechtsextremismus“ näher erörtert.

V. Gewerkschaften müssen auch auf der Ebene der Politik Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Dabei müssen sie gegenüber politischen Parteien unabhängig sein.

Breiter Konsens herrschte unter den Teilnehmern, dass die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer nicht nur am Arbeitsplatz und im Betrieb bzw. in Tarifverhandlungen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten. Es gehöre zum gewerkschaftspolitischen Handlungsrepertoire, die Interessenvertretung im erweiterten Sinne darüber hinaus auf der Ebene der Politik wahrzunehmen.

In der Repräsentativbefragung hatten sich Anzeichen für eine Differenzierung des gewerkschaftlichen Strategieverständnisses ergeben: Während die einen stärker für „konfliktbereite betriebliche Interessenvertretung“ eintraten (Handlungskonzept GBSIV), befürworteten die anderen eher das Handlungskonzept Gegenmachtbildung bzw. „gesellschaftliche Gegenmacht“ (GBSGM). Diese Zweiteilung, die wir auch als Impuls (3.1.2) in die Gruppendiskussionen einbrachten, wurde von den Diskutanten nicht bestätigt. Für den überwiegenden Teil der Gesprächsteilnehmer bestand kein Widerspruch, es gab kein „entweder – oder“, zwischen der gewerkschaftlichen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen am Arbeitsplatz, im Betrieb und auch überbetrieblich gegenüber den Vertretern der Kapitaleseite zum einen und einer gesamtgesellschaftlichen politischen Vertretungsaufgabe zum anderen. Eine Ausnahme stellte die Meinung eines Jugendfunktionärs dar, der die zwei Arenen des "dualen Systems" der Arbeitsbeziehungen (Müller-Jentsch) deutlich trennte: die Gewerkschaft müsse in erster Linie auf der politischen Ebene Signale setzen, während es im Betrieb ja eine eigene Interessenvertretung (Betriebsrat, Personalrat) gäbe (2080). Aus den Äußerungen der anderen Teilnehmer ging hervor, dass die gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf betrieblicher Ebene selbstverständlich und noch relativ erfolgreich sei ("Schutz bietet die Gewerkschaft nach wie vor." 2075). Zuweilen gab es eine Skepsis gegenüber zu viel politischem Engagement der Gewerkschaft: Der Schutz von Arbeitnehmerinteressen müsse auch politisch gewahrt werden, aber die Gewerkschaft solle nicht in erster Linie "Lobby-Arbeit" betreiben (2075).

Was bedeutet aber der weitgehende Konsens über die Gleichgewichtigkeit und Gleichnotwendigkeit der betrieblichen/ökonomischen und der politischen Interessenvertretung für das Selbstverständnis und die Strategie der Gewerkschaften? Sollen sie sich selbst als Organisationen mit ökonomischer und politischer Zielsetzung verstehen? Sollen sie die traditionelle Nähe zur SPD pflegen bzw. wiederherstellen? Sollen sie eine Kooperationsbasis mit den jeweiligen Regierungsparteien suchen? Sollen sie versuchen, Druck auf die Regierung auszuüben? Oder sollten sie sich im Zweifel doch politisch zurückhalten, um sich nicht zu übernehmen?

Auffällig war, dass die Teilnehmer der Gruppendiskussionen hinsichtlich der Motivation und des Selbstverständnisses einen deutlichen Unterschied zwischen sich selbst und den durchschnittlichen Gewerkschaftsmitgliedern machten. Für sie als Funktionäre schien klar, dass Gewerkschaften sowohl ökonomische als auch politische Aufgaben erfüllen müssen. Unsere Gesprächsteilnehmer sind nach ihrem Selbstverständnis als politisch orientierte und engagierte Menschen zu bezeichnen, und sie engagieren sich eben auch aus politischen Motiven in der Gewerkschaft¹⁵. Aber in ihren Augen gilt dieser Zusammenhang von politischen und ökonomischen Motiven und Interessen nicht für die Mitgliedschaft der Gewerkschaft insgesamt. Diese setzt sich aus Menschen zusammen, die in erster Linie den Schutz ihrer Einkommens- und Arbeitsbedingungen suchen. Sie kommen nach Meinung unserer Gesprächsteilnehmer nicht aus politischer Überzeugung zur Gewerkschaft, sondern weil sie von ihr eine handfeste Vertretung ihrer ökonomischen Interessen erwarten. In den meisten Gruppen wurde dies auch als Erklärung dafür gegeben, dass es in der Mitgliedschaft genau so viele Personen mit rechtsextremen Einstellungen wie bei den Nicht-Mitgliedern gibt, und dass dies nicht überraschend sei. Einige Beispiele:

Bei uns kann jeder Mitglied werden. (1006)

Ich glaube nicht, dass irgendjemand seine Gewerkschaftsmitgliedschaft davon jetzt abhängig macht, ob er rechts oder links orientiert ist, egal wie extrem oder wie auch immer. Ich glaube, das sind zwei unterschiedliche Felder. Ich kann meine politische Meinung haben und kann mich trotzdem gewerkschaftlich engagieren als auch zahlendes Mitglied sein, wie auch immer. Also, mich überrascht es relativ wenig, denn ich erlebe das tagtäglich bei meinen Azubis. Da gibt es halt den einen, der ist halt dummerweise richtig rechts eingestellt. Den kann man genau so für die Gewerkschaft begeistern wie jemand, der komplett links ist. Da macht es relativ wenig Unterschied. Und dementsprechend machen diese Prozentzahlen auf mich einen logischen Eindruck. (2007)

In der Gewerkschaft sind ganz normale Menschen. (3005)

Mich überrascht das eigentlich weniger, muss ich sagen. Mich überrascht es eher, dass es überrascht hat. Denn ich denke, dass die Intention des Einzelnen, einer Gewerkschaft beizutreten, wahrscheinlich nicht mehr so wie früher in den 60, 70er Jahren ideologisch bedingt ist, sondern dass man eben einfach eine gute Rechtsschutzversicherung sucht, und das Gefühl hat, da bei der Gewerkschaft am besten aufgehoben zu sein, weil man eine starke Gemeinschaft hat, die, wenn es Probleme gibt, dann auch für einen eintritt. Also insofern finde ich das eigentlich nicht so sehr verwunderlich, dass dann die Menschen, die der Gewerkschaft beitreten, letztendlich dem des Otto Normalbürgers auch entsprechen. (10004)

Dagegen gaben die Gesprächsteilnehmer als Funktionäre zu erkennen, dass sie von einer ökonomischen und politischen Aufgabenstellung der Gewerkschaften ausgehen:

15 Möglich ist allerdings, dass sich zur Mitwirkung an den Gruppendiskussionen in den Seminaren eine „Elite“ der besonders politisch motivierten und interessierten Seminarteilnehmer gemeldet hatte. Nicht ganz auszuschließen ist auch, dass unsere auf die politische Seite der Gewerkschaftstätigkeit konzentrierten Frageimpulse die Neigung zu explizit politischen Bekenntnissen bei den Gesprächsteilnehmern noch verstärkten. Gleichwohl waren diese insgesamt selbstbewusst genug, den sie befragenden Wissenschaftlern nicht nach dem Munde zu reden.

Mich überrascht das ein bisschen. Das natürlich ein paar Rechtsextreme da sind, das ist klar. Aber dass wir genauso viele haben wie der übrige Teil der Bevölkerung, kann ich gar nicht glauben. Weil ja die Gewerkschafter, sagt man ja immer, so eine linke Organisation ist. Mehr oder weniger. (5002)

In einigen Reaktionen auf das Spiegelbild-Ergebnis der quantitativen Befragung kam zum Vorschein, dass die Funktionäre einen großen Unterschied zwischen sich selber und den durchschnittlichen Mitgliedern machen:

Ich seh das genauso, dass viele IG Metalller... Oder jetzt gehen wir mal von der IG Metall aus, das die wirklich genauso rechtsextremistisch sind wie die anderen, denn die sind den gleichen Umständen ausgesetzt wie die anderen Menschen auch in ihrer Umwelt. Wir haben vielleicht einen geringeren Satz an diesen, sag mal, höher gestellten Funktionären, die jetzt bewusster an die Geschichte rangehen. Da werden wir wahrscheinlich überhaupt keine rechtsextremistischen Tendenzen haben. Aber ich denk mal bei den ganzen Otto Normalverbrauchern haben wir genau die gleichen Tendenzen wie der Rest der Belegschaft. (5004).

Ich glaube die IG Metall ist ja sehr groß mit ich glaube 3 Mio. Mitgliedern, das ist ja wie ein Querschnitt durch die deutsche Gesellschaft, dass es da glaube ich keine Unterschiede gibt. Ich würde das bestätigen, was er sagt. Ist natürlich der krasse Gegensatz der Funktionärskörper. Das sind natürlich Leute, die das auch... die sind ja in der IG Metall auch aus politischen Gründen. Das sind natürlich Leute, die sich sehr viel Gedanken darüber machen. Aber ich glaube, dass die Mitglieder sich da von dem übrigen Schnitt der Bevölkerung nicht unterscheiden. (5006)

Trotz der großen Übereinstimmung, dass die Gewerkschaften die Interessen von Arbeitnehmern auch auf politischer Ebene vertreten sollten, gingen die Meinungen über die Art der Vertretung insbesondere im Verhältnis zu Parteien und Regierung weit auseinander. Konsens ist, dass deutsche Gewerkschaften keine parteipolitischen Richtungsgewerkschaften sein sollen und dass sie ihr Handeln nicht von einer oder mehreren Parteien (und auch nicht von der Regierung) bestimmen lassen dürfen. Die Bandbreite geht dann aber von der Bewahrung einer besonderen Nähe zur SPD bis zu tiefer Enttäuschung gerade über die SPD, die wiederum zu Äquidistanz, zu Resignation, zu Sympathien für die Gründung einer "eigenen" Partei oder zur Hoffnung auf eigene autonome Kraftentfaltung führen kann.

Mehrfach wurde auf die historisch gewachsene politische Nähe zur SPD hingewiesen (1122; 4022, 9084). Von daher gäbe es eine viel stärkere Grundlage für Einflussnahme, die die Gewerkschaften nutzen sollten. Dennoch hoben einige Vertreter dieser Position auch hervor, dass trotz dieser Nähe die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften unbedingt gewahrt werden müsse (1119, 6094). Diese Position wurde zum Teil von heftiger Kritik an der SPD begleitet:

Wir haben eine „rote“ Regierung, die das Soziale außer Acht lässt. Gewerkschaften versuchen Schadensbegrenzung. Sie sollten deutliche Opposition gegen diese Regierung machen. (3058)

Jetzt darf ich vielleicht mal was sagen zu deiner Frage Zusammenarbeit oder Nicht-Zusammenarbeit. Ich hab ja immer gehofft, dass durch diese Agenda 2010, dass das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD kracht und auseinander bricht. Das ist leider nicht passiert, vielleicht kommts ja noch. Und ich denk mir auch, vielleicht hätten wir eine CDU-Regierung gehabt jetzt bei der letzten Wahl, dann hätten wir diese Einschnitte nicht gehabt, denn die CDU hätte sich das nie rausgenommen, gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD so vorgehen. Dann wären die auch alle auf die Straße. Die Gewerkschaft wurde eigentlich ruhig gehalten durch die SPD. Die ganzen Gewerkschaftsfunktionäre zu 99 Prozent sind in der SPD drin, alle. Und das ist eigentlich unser Nachteil. Also in einer Gewerkschaft, da kann natürlich jeder sein in der Partei wo er will, aber die darf eigentlich nie parteipolitisch irgendwo missbraucht werden. Und das ist gemacht worden, ganz klar. Und das dat alles noch so ruhig bleibt, es wundert mich. Es wundert mich wirklich. Das ist eine riesengroße Scheiße. Und noch mal mit Unternehmen Bündnisse eingehen, das tun wir ja tagtäglich. Gerade wir im Betriebsrat. Ob das nun Betriebsvereinbarungen sind und Tarifverträge, ist ja nix anderes. Und da sehen wir ja auch: Jeder Tarifvertrag, bzw. jeder Vertrag den wir mit dem Unternehmer machen, geht eigentlich für uns abwärts. Egal. Die schlagen was vor, wir sind dagegen. Da kommt ein Kompromiss raus. Wir bremsen die Fahrt nur noch, mehr machen wir gar nicht mehr. Früher haben wir noch mal was erreicht, erreicht-gegeben, erreicht-gegeben, dat ging immer hin- und her. Teils die Kurve auch nach oben, das hab ich ja miterlebt, bin damals 70 angefangen. So, und dat ist ja eigentlich durch die letzte CDU-Regierung, die 16, 17 Jahre die wir hatten, gings ja langsam bergab. Aber jetzt hat man wirklich noch den Zug, wo du sagst, verpasst haben wir den vielleicht nicht, aber die SPD hat den Zug angepiffen zum Abfahren. Das haben die gemacht. Und in den nächsten 20 oder 30 Jahren wird die SPD nie wieder an die Regierung kommen, wenn die sich nicht irgendwie total reformieren kann oder so. Weiß ich nicht, ich kann sie nicht mehr wählen, ich werde sich auch nie wieder wählen. (5243)

Ich wünsche mir – auch die Kollegen, glaub ich – dass die IG Metall eine Stärke hätte, um sehr wohl da oben zu sagen: „Freunde, so nicht!“ Aber das Problem ist, wo würden die Wähler hingehen? Wenn ich sag, ich mach's wie früher der Pfarrer in der Kanzel, dass ich am Sonntag sag: „Ihr wählt's jetzt schwarz, sonst kommt ihr in die Hölle“, so könnt ich mir vorstellen, dass die IG Metall sagt: „Freunde, wir wählen rot“, um die sozialdemokratische Partei an die Regierung zu bringen, die wo unsere Interessen vertritt. Aber das ist momentan nicht. Wir haben, glaube ich, keine Partei, wo ein IG Metalller jetzt unterstützen kann, ohne ein Auge zuzudrücken. Wenn ich jetzt FDP-Programme lese, oder die Schwarzen, da tut's mir doa aufsteigen, auf bayrisch gesagt. Aber auch die SPD hat uns da ein bisschen draußen stehen lassen. Und das ist schade. Und da würde ich mir wünschen, dass die IG Metall da sagt: „Freunde wir sind eine Macht! Wir haben so und soviel Stimmen hinter uns. Und jetzt bitte macht's auch das, was diese Stimmen wollen.“ Das fehlt, das ist Orientierungslosigkeit zurzeit. (8139)

Und, gewissermaßen als definitives Scheidungsurteil:

Die alte Verbrüderung SPD-Gewerkschaften ist aufgehoben. (1089)

Die – neue oder alte – Distanz zur SPD war für einige Teilnehmer Ausgangspunkt von Forderungen, die Gewerkschaften sollten eine eigenständige Stärke entwickeln, damit die Parteien sie nicht ignorieren könnten (8139, 9022, 5256, 4081). Die politische Unabhängigkeit gegenüber den Parteien sei Grundlage der Einheitsgewerkschaft. Deshalb, so mehrere Teilnehmer, sei es erforderlich, dass die Gewerkschaftsmitglieder als Personen aktiv in den Parteien mitarbeiteten (9182, 9286). Die Beschäftigung mit und das Interesse an Politik sei auch wichtig, so ein anderer Teilnehmer, um die individualisierten Angstzustände zurückzudrängen (5284).

Es gab aber auch Skepsis und Zurückhaltung gegenüber einer starken politischen Betätigung der Gewerkschaften. Sowohl die Einwirkungschancen (5086) als auch die Bereitschaft zum politischen Engagement seien gering (9022, 9182): Dies behindere politisches Engagement der Gewerkschaften. Auch müsse man darauf Rücksicht nehmen, dass es in der Mitgliedschaft unterschiedliche (partei-)politische Meinungen gebe (4034, 4135).

Unsere Mitglieder versprechen sich ja davon was anderes, wenn sie bei mir in die Gewerkschaft kommen. Die wollen jetzt nicht... die politische Situation interessiert die herzlich wenig, die wollen mehr Kohle haben. Das ist die einzige Möglichkeit wie wir unseren Arbeitgeber unter Druck setzen können, dass der uns mehr Kohle gibt. Aber die sind nicht daraus, weil sie politisch denken. Das glaub ich nicht. (5014)

Ich glaube, es liegt daran, dass sich viele Leute einfach viel weniger für Politik interessieren. Vor 25 Jahren gab's ja noch wesentlich regeres politisches Interesse allgemein. Auch die Bereitschaft, sich zu engagieren, sich zu informieren, war ja viel größer. Ich weiss, dass ich als Jugendlicher, wir relativ viel über Politik gesprochen haben und wir hatten auch Positionen. Und man hat auch drüber diskutiert in der Schule. Und jeder hatte irgendwie eine Meinung und die war auch bei vielen einigermaßen fundiert. Heute interessiert sich niemand mehr für Politik. Wenn ich Jugendliche heute frage, die wissen nicht mal, was eine Partei ist. Die wissen nicht mal, wer Kanzler ist. Die wissen überhaupt nichts mehr. Und das ist natürlich eine Entwicklung die geht auch an den Gewerkschaftsmitgliedern nicht vorbei. Ich möchte mal behaupten, die letzten fünf Leute bei uns im Betrieb die in die Gewerkschaft eingetreten sind, die sind eingetreten, weil sie sich handfeste Vorteile davon versprochen haben. Also finanzielle Vorteile auch. Bzw. Hilfe im Fall einer Kündigung. Für die ist das keine politische Sache mehr, die haben auch nicht die geringste... die geringste will ich nicht sagen, aber früher, glaube ich, hat auch ein gewisser politischer Gedanke dahinter gestanden. Das ist heute bei vielen zumindest die eintreten gar nicht mehr der Fall. Gut, ich hab die und die Vorteile, ich trete ein. (5066)

[Die Reformen] sind doch alle unausgegoren. Das ist doch alles Schwachsinn. Und die Leute – auch wenn man sie alle für blöde hält – die verstehen das doch auch, die sagen auch: Seid ihr alle bekloppt oder so? Darum das Desinteresse, Politik interessiert überhaupt keinen mehr. So, und die nächste Bundestagswahl, die wir vielleicht ja schon dieses Jahr haben werden, wenn wir da 50 Prozent kriegen, die da hingehen, dann ist dat viel. Die meisten gehen nicht mehr hin. Und die es wirklich anders haben wollen und die es stürzen könnten das System wie es jetzt ist – ich mein jetzt nicht, wenn die Schwarzen dran kommen – die gehen nicht mehr hin. Und darum müssen sie halt sehen, dass die CDU dann über 50 Prozent haben werden, weil die hingehen. (5097)

Vielleicht interessieren sich die Leute ja für Politik, und die sehn ja das Elend, wie machtlos die Politik gegen diese Firmen sind, und das ist es vielleicht. Die können ja nichts machen, die Regierung kann ja nichts machen, kuck dir das doch nur an mit Toll Collect, was da gelaufen ist und was da immer noch läuft. Denen sind die Hände gebunden! Die machen nix. Und das sieht doch auch jeder! So'ne Firma wie Mercedes und Telekom, die machen mit der Regierung, wat sie wolln. So was hätt's früher nicht gegeben. (5186)

Und weil hier ein möglicher Ansatzpunkt für rechtsextreme Anwerbung sein kann, stelle die politische Bildung, so ein Teilnehmer, eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaften dar (7045).

Die Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft sei sehr stark, so dass es den Gewerkschaften kaum gelingen werde, das Erreichte ganz zu verteidigen (10228). Außerdem würden die

Schutzansprüche der Mitglieder in Anbetracht der Entwicklung der EU untergraben werden (10131). Konfrontationen mit der Regierung würden auch keine Perspektive bieten, der eigentliche Gegner seien die Arbeitgeber (6091).

In zwei verschiedenen Gruppen wurde für eine punktuelle Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen wie Attac plädiert (1089, 7133). Ebenso gab es auch einzelne Stimmen dafür, dass die Gewerkschaften eine eigene Partei gründen sollten (5251, 5254).

Insgesamt ergibt sich also ein facettenreiches, im Einzelnen widersprüchliches und viel Hilflosigkeit ausdrückendes Bild, wenn Funktionäre über die politische Seite der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und über die Einmischung der Gewerkschaften in die politische Arena diskutieren. Ist es angesichts dessen überhaupt begründet, hier von einem Kernelement des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems zu sprechen? Wir bejahen diese Frage, weil in der Tat ein Minimalkonsens besteht, der keineswegs substanzlos ist. Er beinhaltet zwei Grundüberzeugungen, nämlich

1. dass Gewerkschaften, weil sie in ihrer Kernfunktion als Interessenvertretung der Arbeitnehmer auf Politik angewiesen und von Politik abhängig sind, gar nicht anders können als sich – stärker oder schwächer, eher konfliktbereit oder eher kooperativ, eher im Bündnis mit Parteien oder eher aus eigener Mobilisierungskraft – in die Politik der Regierungen und Parteien einzumischen,
2. dass Gewerkschaften dabei ihre traditionelle Linie der mindestens organisatorischen Unabhängigkeit von den politischen Parteien nicht verlassen sollten.

Diese, auch im internationalen Vergleich nicht selbstverständlichen und für die deutschen Gewerkschaften charakteristischen Grundsätze werden, bei allen Differenzierungen, von den Funktionären unserer Gruppendiskussionen einhellig mit getragen. Sie sind daher Kernelemente ihres Überzeugungssystems.

VI. Gewerkschaftsarbeit ist im Normalfall Stellvertreterpolitik des Apparats oder des Betriebsrats. Aktives Handeln der Mitglieder kommt nur begrenzt vor; allerdings müssen Mitglieder mobilisierungsfähig bleiben.

Schon aus den Aussagen zum politischen Selbstverständnis ging hervor, dass die Gesprächsteilnehmer – es sei wiederholt: Sie sind mit einer Ausnahme allesamt Funktionäre auf regionaler, lokaler oder betrieblicher Ebene – einen großen Unterschied zwischen sich und den durchschnittlichen Gewerkschaftsmitgliedern machen. Das hat auch Folgen für ihre gewerk-

schaftliche Praxis. In ihren Aussagen erscheint ihr Handeln durchgängig als Stellvertreterpolitik. Ein Teilnehmer teilte die Mitglieder in verschiedene Gruppen ein, je nachdem ob sie aus Überzeugung, aus Eigennutz oder auf sozialen Druck hin in die Gewerkschaft eingetreten seien.

Damit die Ruhe haben und aus Angst gehen die in die Gewerkschaft rein. Dass die dann natürlich nicht mit den ersten Warnstreik machen und so, ist ganz klar. Und da sind viele denn, und du weißt ja, wie das so ist: irgendeiner im Betrieb, ob das der Werkstattleiter ist, geht denn rum: geht mir ja nicht hin und wir merken uns das, und dies und das. Die kriegen auch von oben dann Druck. Und das sind die ersten, die einknicken. Und wenn dann schon zwei, drei einknicken, und dann dreht sich einer um „oh, der geht ja auch nicht“, dann bist du dann plötzlich auch weg. Alles schon erlebt. Da stehst du und drehst dich um, stehst du wieder allein. So ist das. Das ist eine faule Sache, so. (5305)

Aber in den meisten Fällen bezeichneten die Gesprächsteilnehmer die Mitglieder schlicht als passiv (6104 u.a.) oder kritisch, aber nicht zur aktiven Beteiligung bereit (3112); aktivitätsbereite gäbe es zwar bei Mitgliedern "alter Schule", und es könne noch für bestimmte Themen (z.B. Verteidigung der Tarifautonomie) mobilisiert werden, solange die Organisation gut funktioniere (8095). In diesem Sinne, so ein Betriebsrat der IG BCE aus dem Bereich Bergbau, gäbe es aktive Ortsgruppen noch dort, wo gute Basisarbeit (von den Funktionären) geleistet wird (9105). Aber überwiegend hätten sie mit einer "trägen Masse" zu tun (6107), die sich nur für die Gewerkschaft als "Beschaffer von mehr Lohn" interessiere (9097).

Allerdings wird auch gesehen, dass die Trägheit die gewerkschaftlichen Handlungschancen beeinträchtigt:

Aber wenn die Masse eben halt nicht mitzieht, kommt es zu keinen Aktionen. So ist das halt. Und wir in Deutschland, denke ich, sind da nicht gerade überschäumend vor Temperament, was diese Dinge angeht. (10150)

Mit anderen Worten: Völlig ohne Mobilisierung und Mobilisierbarkeit der Mitglieder kann Gewerkschaftspolitik nur wenig erreichen, „Stellvertreterpolitik pur“ ist unzureichend.

Bei den BCE-Jugendfunktionären war die Meinung vorherrschend, dass es jedenfalls für den normalen Gang der Interessenvertretung nicht entscheidend sei, ob Mitglieder aktiv oder passiv seien. Einige in der Gruppe wiesen diese Unterscheidung sogar zurück, denn die Gewerkschaft würde alle brauchen (4123). So genannte schlechte Gewerkschafter seien die Nicht-Mitglieder (4155), die nicht organisierten „Trittbrettfahrer“ (4148). Bei den Mitgliedern würde es an Aktivitäten reichen, wenn sie einmal im Jahr an einer Aktion teilnehmen, ein Flugblatt verteilen oder über die gute Arbeit der Gewerkschaft sprächen (4159). Auf jeden Fall sei es wichtiger, Dienstleister zu sein und mehr Nutz-Angebote für die Mitglieder, z.B. Versicherung, bereitzustellen (4017) als auf ihr aktives Handeln zu setzen.

Andererseits wurde auch in dieser Gruppe die Notwendigkeit, gegebenenfalls die Mitglieder zu mobilisieren, thematisiert, zumal „wir schon lange nicht mehr gestreikt haben“ (4055). Die von der Gruppe akzeptierte Antwort gab ein künftiger hauptamtlicher Funktionär: Auch die IG BCE könne mobilisieren, da für die Mitglieder die Argumente zählten (4060).

Insgesamt schienen sich die Funktionäre mit ihrer Rolle als Stellvertreter und der komplementären Passivität der Mitglieder sehr weitgehend abgefunden zu haben. Viele von ihnen fänden zwar aktivere Mitglieder wünschenswert, aber sie sehen keinen Weg zur Aktivierung der Mitglieder im Alltag der Interessenvertretung, und sie suchen auch nicht danach. Dass hier ein Schwachpunkt für die Immunisierung gegen Rechtsextremismus liegt, wird noch zu zeigen sein.

VII. Gewerkschaften müssen konfliktfähig sein und dies auch deutlich machen. Zugleich müssen Gewerkschaften kompromissbereit sein.

Wie unter Kernelement I. gezeigt, gehört das Bild von den Gewerkschaften als Gegenpol zur Arbeitgeberseite zu den Kernelementen des Überzeugungssystems unserer Gesprächsteilnehmer. Damit ist aber keineswegs ausgemacht, dass beide Seiten konfliktförmig miteinander umgehen müssen. Auch eine geregelte, sozialpartnerschaftliche Kooperation zwischen ihnen, möglichst unter Respektierung der prinzipiellen Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit beider Seiten, ist mit der Gegenpol-Position vereinbar.

In der Tat hatten die Gesprächsteilnehmer sehr verschiedene Ansichten über die Zusammenarbeit mit Regierung und Arbeitgebern. Das Spektrum ist sehr breit, und die Meinungen spiegeln die unterschiedlichen strategischen und politischen Schwerpunktsetzungen sowohl innerhalb einzelner Gewerkschaften als auch zwischen ihnen wider. Ein Teil der Gewerkschafter betonte die Notwendigkeit der Kooperation und der Kompromissbereitschaft; ein anderer Teil forderte die Kampffähigkeit der Gewerkschaften ein.

Grundsätzlich sei im Betrieb die Bereitschaft vorhanden, gegen den Arbeitgeber zusammenzuhalten, wenn es um Tarifpolitik gehe (z.B. 4095). In diesem Kontext gab es Aussagen wie

Man muss den Arbeitgeber in die Knie zwingen. (3053)

oder

All die Diskussionen, die in die Richtung [Bündnisse] gehen, über Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, und wenn ich solche Aussagen von Arbeitgebern höre, denen muss man, auf gut deutsch gesagt, einen vor die Latz knallen, aber Hundertprozent. Und nicht von Seiten der

Gewerkschaft, sondern von Seiten der Politik. Die Politik müsste hier ganz klar sagen, was, ihr wollt das und das nicht, dann geh! Das ist eine reine Erpressung. (9059)

Einige Teilnehmer sprachen sich dagegen für die Kooperation aus, ohne dies besonders zu begründen, außer:

Bündnisse sind immer besser, Konfrontation bringt nur Probleme. (9039, ähnlich 10232, 6083)

Wenn eine Begründung erfolgte, wurde mehrfach von der Notwendigkeit ausgegangen, sich an neue Bedingungen (EU, Globalisierung) anzupassen (z.B. 9029). Ein ver.di-Senior war davon überzeugt, dass der Kampf gegen kapitalistisches Kaikül vergeblich sei; daher könnten die Gewerkschaften nur auf Dialog und Konsens setzen (7099). Argumentiert wurde auch, dass die Gewerkschaften durch ihre Partnerschaft mit der SPD noch Durchsetzungskraft hätten (4022); zum Teil verwendeten die Teilnehmer auch Argumente gegen Konfliktbereitschaft, um ihre Befürwortung von Kooperation zu untermauern. Konfliktbereitschaft gehe nicht mit der deutschen "Mentalität" (10148) einher oder könnte zum Fanatismus führen (6108).

Trotz grundsätzlicher Konfliktbereitschaft wollten viele vermeiden, dass die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit als "Blockierer" erscheinen. Dazu ein Jugendfunktionär der IG BCE:

Wir haben nun mal das Image, dass wir Blockierer sind, und wenn wir uns halt immer nur dagegen stellen, werden wir dieses Image weiterhin verstärken. Und das ist ein Image, was wir loswerden wollen und daher müssen wir konsensbereit sein, oder bereit sein, Abstriche zu machen, allerdings vernünftiger Art. (4051)

Besonders in dieser Gruppe gab es eine längere Diskussion um die Kooperation mit den Arbeitgebern, die zwar als Kernstrategie insgesamt akzeptiert wurde, aber durch einige Teilnehmer auch um Elemente der Konfliktfähigkeit (Mobilisierung der Mitglieder, europäische Gewerkschaftskooperation) erweitert wurde (4047, 4072)¹⁶.

Während die Teilnehmer eines IGM-Seminars mit Betriebsräten verschiedener Metallbetriebe fast unisono Bündnisse ablehnten (5230ff), befürworteten Teilnehmer eines anderen IGM-Seminars aus gut organisierten Betrieben der Automobilbranche auf Nachfrage einhellig Kooperation mit Regierung und Arbeitgebern zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland, solange gewerkschaftliche Belange dabei berücksichtigt würden (8145ff). Einzelne Teilnehmer aus der IG BAU drückten ihre Skepsis aus, dass eine Zusammenarbeit zur Verbesserung der Wirtschaftslage beitragen würde, weil die Gewerkschaften die Probleme nicht verursacht hätten (10234). Andere Funktionäre der IG BAU argumentierten, die Gewerkschaften seien so ge-

¹⁶ Die Diskussion in dieser Gruppe, die ein relativ gut zusammenhängendes Bild der kooperativen Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems bot, wird im Abschnitt 3b genauer beleuchtet.

schwächt, dass sie ihren Schutzanspruch nicht durchsetzen können. Von daher würden sie Zusammenarbeit und Bündnissen zustimmen (10221-10237; 10131).

Sehr anschaulich für die Begründung der Kooperationsbereitschaft ist die Diskussion in der Gruppe der BCE-Jugend über den verlorenen Streik der IG Metall zur Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland im Jahre 2000. Mehrere Teilnehmer wiesen auf die Gefahr des Machtverlusts durch den verlorenen Streik hin (4030); mit einer deutlichen Kritik am Vorgehen der IG Metall argumentierten sie, dass Streiks die Verhandlungsbasis mit den Arbeitgebern und das Vertrauen zwischen den Sozialpartnern zerschlagen würden (4062). Schließlich würde die Arbeitslosigkeit wachsen, die Unternehmen würden abwandern und der Flächentarifvertrag immer mehr unter Druck geraten. Dem könnte man nicht durch Straßenkampf begegnen (4067), sondern nur durch eine nationale Zusammenarbeit. Sonst sei Deutschland irgendwann mal pleite (4074).

Dagegen wurde von anderen Teilnehmern in dieser Runde argumentiert, dass es richtig sei, vernünftig zu verhandeln, aber gefährlich, die Mobilisierungsfähigkeit in der Mitgliedschaft zu verlieren, denn sonst könnte die Gewerkschaft nie zum Streik als letztem Mittel greifen (4047, 4053).

In den anderen Gesprächsrunden fielen ähnliche Argumente zugunsten der Konfliktbereitschaft. Gewerkschaften sollten kämpferisch sein (7085), denn die Geschichte habe gezeigt, dass starke Gewerkschaften notwendig seien und Fortschritte nur erkämpft und nicht durch Bündnisse erreicht wurden (7090, 7098). Als Gegenpol zum Kapital müssten die Gewerkschaften verhindern, dass das Erreichte wieder zurückgenommen wird (9002, 9013). Allerdings wurde in diesem Zusammenhang immer wieder kritisch über die Fähigkeit der Gewerkschaften reflektiert, ihre Konfliktbereitschaft glaubhaft zu machen und zu praktizieren. Machtverlust durch Mitgliederschwund war ein Argument (4020), die Passivität der Mitglieder ein anderes (6104).

In der Regel wurden die beiden Positionen der Kompromissbereitschaft und der Konfliktbereitschaft nicht exklusiv vertreten, aber die Präferenz für die eine oder die andere Position war bei den meisten Teilnehmern sehr deutlich. Insbesondere die Fragevorgabe, ob die Gewerkschaften in der derzeitigen Situation auf Bündnisse mit Regierung und Arbeitgebern setzen sollen (Impulsleitfaden 3.1.3) führte in einigen Gruppen zu heftigen, auch emotional ausgetragenen Kontroversen. Es gab unter den Stellungnahmen zu diesem Punkt nicht viele Teilnehmer, die den Zusammenhang von beiden Polen als erforderlichen Bestandteil einer (erfolgreichen) Gewerkschaftsstrategie reklamierten. Dass Konflikt und Kompromiss, „Ordnungsfaktor und Gegenmacht“, zwei Seiten derselben Medaille in den Arbeitsbeziehungen sein könnten, wurde nur

von wenigen explizit formuliert. So etwa in der ver.di-Senioren-Runde von dem ehemaligen Gesamtpersonalratsvorsitzenden einer Großstadt:

Man muss verhandeln und kämpfen. Das ist eine Machtfrage. (7104)

VIII. Gewerkschaften basieren auf der Fähigkeit zu solidarischem Handeln.

Solidarität ist eine Grundvoraussetzung für die Fähigkeit zum gewerkschaftlichen Handeln. Davon waren alle Gesprächsteilnehmer überzeugt, wie die Leidenschaft, mit der sie über Solidarität diskutierten, belegt. Aber was verstehen sie unter Solidarität, und gibt es die in der Arbeitswelt, angesichts verschärften Konkurrenzdrucks noch? Vermögen die Gewerkschaften noch Solidarität zu fördern und zu organisieren? Schwindet Solidarität ebenso wie die Mitgliederverluste fortschreiten? Oder kennt die jüngere Generation Solidarität nicht (6110)? Viele Teilnehmer sprachen von der gewachsenen Angst um den Arbeitsplatz und von den Geldsorgen der Mitglieder. Einige von ihnen bezeichneten die Solidarität im Betrieb als im Prinzip gut, sie wäre aber bei Konflikten um Arbeitsplätze oder um betriebliche Lohnfragen brüchig (3118, 4097). Wenn es allen gut gehe und wenn die Menschen frei von Angst seien, gäbe es keine Schwierigkeiten mit der Solidarität (4175, 5303). Andere dagegen bestritten, dass überhaupt noch Solidarität im Betrieb existiere (4101, 5287). Es herrsche eine "Ellenbogenlage", keiner wisse, was Solidarität ist (2092). Hier ein Beispiel für die Kontroverse aus der Gruppendiskussion mit IG-Metall-Funktionären aus Ostdeutschland:

Teilnehmer	Paraphrase
TN1	Es gibt Solidarität.
TN2	Nur wenn's mir selber nicht weh tut.
TN3	Solidarität schwindet immer mehr
TN1	Solidarität endet beim Faktor Geld, wenn es ums Abgeben geht
TN2	Bei unbezahlten Warnstreiks kriegen die Kollegen Bauchkneifen
TN4	Beispiel für Solidarität. Eine vom Betriebsrat initiierte „Rest-Cent-Aktion“ für karitative Zwecke
TN2	Aber das tut nicht weh.
TN4	Die alte DDR-Erziehung förderte mehr Solidarität, Füreinander-Einstehen, für die Kollegen mal einspringen. Die Jungen lernen nur Ellenbogengesellschaft.

(6113-6120)

In mehreren Gruppen berichteten die Teilnehmer darüber, dass es im Betrieb und am Arbeitsplatz keine Solidarität gebe, sondern nur Konkurrenz, vor allem wenn es um Arbeitsplatzabbau gehe:

Solidarität in Betrieben ist die absolute Ausnahme - echte Solidarität. Nicht als Wort - zu sagen: Ich bin solidarisch. Wirklich solidarisch handeln. Das findest du nicht bei einem von hundert. (5277)

Jeder guckt auf sich, jeder hat für sich Angst. (5283)

Wenn es darum geht, Solidarität zu zeigen, das heißt für mich, dass ich eventuell auf etwas verzichte, ich persönlich, damit es anderen zugute kommt. Das gibt es nicht, das habe ich noch nie erlebt. Das gibt es vielleicht vereinzelt. Die Menschen stehen in meiner Achtung auch ganz oben. Aber wenn es wirklich ans Eingemachte geht, wenn's um den Job geht, oder wenn's schon um den Verdienst geht, wenn einer... Wir haben das erlebt: Bei uns stand ein Tarifwechsel im Raum, es wäre verbunden gewesen mit Entlassungen. Da ist sich jeder selbst der Nächste. Wenn die sich ausrechnen konnten, dass sie von dem Tarifwechsel profitierten, dann waren sie dafür. Und wenn sie wussten, dass sie nicht davon profitieren, dann waren sie dagegen. Und die die dafür waren wussten, andere wird das den Job kosten. Und das in einem kleinen Laden von ca. 75 Leuten. Also Solidarität: Da brauch mir niemand mit kommen. Das ist Quatsch. Das gibt's bei einigen, das sind vielleicht ganz tolle Menschen. Ich hab's noch nicht erlebt. (5287)

Also Solidarität, jetzt kommt's darauf an, wie du das dargestellt hast. Irgendwann, sagen wir mal, wenn ... ne Gruppe von fünf Leuten und einer geht vorbei und irgendeiner kriegt das Messer an Hals, dann glaub ich auch, dass jeder sagt - hier, lieber er, statt der andere. Bei der Entlassung, wenn sich fünf Leute dahin stellen und sagen - einer von euch geht - würfelt mal, ja klasse. Dann glaub ich auch, dass da keine Solidarität ist. Aber die Sache der Gewerkschaft, wenn man da meint, bei dieser ich sag mal Tarifrunde, Warnstreik hier, Warnstreik da. Wir haben bei uns einen Warnstreik gemacht und wir hatten alle Leute vor dem Tor. (5291)

Diese Beiträge aus einer Diskussionssequenz einer IG-Metall-Gruppe belegen auch die emotionale Betroffenheit, vielleicht sogar Traumatisierung, mit der ein Verlust der Solidarität unter den Kollegen erlebt wird.

Einige der anderen Teilnehmer widersprachen dieser pessimistischen Einschätzung aufgrund ihrer eigenen betrieblichen Erfahrungen (z.B. 4094): z.B. hätten die Kollegen auf Überstunden verzichtet, um Arbeitsplätze zu schützen (10152). Aber auf solche Beispiele wurde immer wieder mit Gegenbeispielen (kein Verzicht auf Überstunden, jeder braucht das Geld – 10153) geantwortet. Im Vergleich dazu sei die Solidarität bei traditionellen Gewerkschaftsaktionen – etwa Warnstreiks für Lohnforderungen in Tarifrunden, noch weitgehend intakt (4117, 2176, 5291).

Mehrere Funktionäre sprachen auch über Solidarität im Hinblick auf das Mobilisierungspotenzial der Gewerkschaften. Die Gewerkschaft müsse ihre Organisationsstärke (6066) und ihre Streikfähigkeit sichern (4058), und weil die Mitglieder eher zu Passivität neigten (z.T. weil sie nur unter Druck Mitglied geworden sind – 9188), müsst sie Solidarität mobilisieren (8099), diese käme nicht von allein.

Inwieweit die von den Gesprächspartnern gemeinte, schmerzlich vermisste oder eingeforderte, Solidarität exklusiven oder inklusiven Charakter hatte, war schwer zu ermitteln. In der Kritik der IG BCE-Jugendfunktionäre am Streik der IG Metall schien bei den meisten Teilnehmern der Solidaritätsgedanke schon an den Grenzen der eigenen Organisation zu enden. Dass bei aller prinzipiellen Abwehr ethnisch begründeter Ungleichbehandlung Grenzen der Solidarität im Interesse der Insider (eigene Belegschaft bzw. eigene Stammbelegschaft exklusive der Leiharbeiter) bzw. der Inländer relativ eng gezogen wurden, ist bereits unter KE III berichtet worden. Zuweilen wurden auch Ausländer, die sich nicht anpassen (10112) aus der Solidarität ausgegrenzt.

Andererseits war die Idee einer inklusiven, weltweiten Solidarität in den Gesprächsrunden durchaus präsent, wie das nächste Kernelement zeigt:

IX. Gewerkschaften sollten sich unbedingt stärker international ausrichten und organisieren.

Alle Teilnehmer befürworteten die Verstärkung der internationalen Aktivitäten und Organisation der Gewerkschaften. Obwohl nationale Bündnisse mit Regierung und Arbeitgebern durchaus Unterstützung fanden, "sonst ist Deutschland irgendwann mal ganz pleite" (4074), wurde wiederholt argumentiert, nationalstaatliche Mittel seien unzureichend (2109). Das Kapital agiere schon international, daher müssten auch die Gewerkschaften grenzüberschreitend tätig sein (2129, 7147, 9210). In eine nationalstaatliche Bewahrung sozialstaatlicher Errungenschaften wurde wenig Hoffnung gesetzt:

Ich denke, dass die momentan noch – noch muss man ja immer sagen – noch relativ guten Standards, die ja jetzt nach und nach, nach unten korrigiert werden, nicht durch einen Nationalstaat aufgehalten werden bzw. gesichert werden können. Deshalb denke ich, dass es wichtig ist, dass es eine europäische oder gesamt weltweite Vernetzung der Gewerkschaften gibt, um halt eine Antwort auf die Globalisierung zu bekommen. Also um nicht immer nur zu reagieren, sondern um auch mal zu agieren. Und der Nationalstaat ist meiner Ansicht nach ein aussterbendes Relikt. Weil die Unternehmen, die in dem jeweiligen Staat agieren, die gucken nicht mehr nur nach den Leuten vor Ort, sondern die gucken ja: Wie können sie sich weltweit am besten ausbreiten? Weil es ist denen egal, an welchem Ort sie arbeiten. Das ist egal, was für'n Nationalstaat welche Gesetze erlässt. (2109)

Angesichts der Globalisierung wurde dafür plädiert, die vorhandenen bi- und multilateralen Kontakte auszuweiten und zu vertiefen (4104, 3125), die Euro- und Welt-Betriebsräte zu unterstützen (8167, 10164) und die internationalen Gewerkschaftszentralen auszubauen. Auch sollten die Gewerkschaften international gegen Rechtsextremismus zusammenarbeiten (10171).

Den meisten Teilnehmern war die bisherige internationale Arbeit der Gewerkschaften schlicht unbekannt (6133, 10158). In ihren Antworten bezogen sie sich hauptsächlich auf konkrete Solidaritätsprojekte, an denen sie beteiligt waren bzw. die in ihrer Gewerkschaft durchgeführt wurden (z.B. 4104). Es gab aber auch Zweifel, dass die internationale Solidarität zur Wirklichkeit werden könnte. Wenn die Solidarität im Betrieb nicht vorhanden ist, wie soll sie international entwickelt werden (5277)? Dennoch kam häufig das Argument, dass eine nationale Abgrenzungspolitik überhaupt keine Perspektive bieten würde. Es sei ein Stück Solidarität – aber durchaus auch zum eigenen Vorteil (4128) – wenn Gewerkschaften in Billiglohnländern unterstützt würden, damit die Arbeitsstandards angehoben würden (6135, 7147). Damit könnte der Konkurrenzdruck eingeschränkt werden (4121, 8176). Marktwirtschaftlich gesehen wäre es auch für die Arbeitnehmer in Deutschland langfristig positiv, wenn die Gewerkschaften in solchen Ländern Verbesserungen erreichen würden, da man dann mehr deutsche Produkte absetzen könnte (8157).

Mehrere Diskussionsbeiträge hoben die Notwendigkeit für die Gewerkschaften hervor, ihre Durchsetzungskraft auf nationaler Ebene zu sichern (2122), um eine effektive internationale Betätigung zu gewährleisten (z. B. 2133). Obwohl es viele Befürchtungen und auch negative Erfahrungen in Bezug auf Globalisierung oder EU-Erweiterung gegeben hat, hielten die Teilnehmer an der Möglichkeit fest, gewerkschaftliche Positionen zum Schutz der Arbeitnehmer international auf EU-Ebene oder durch weltweite Abkommen zu entwickeln und durchzusetzen (1140).

Insgesamt zeigen die unter VIII und IX wiedergegebenen Aussagen, dass Solidarität, von der interkollegialen bis zur internationalen Ebene, für die Gesprächsteilnehmer zum Kernbestand dessen gehört, was Gewerkschaften ausmacht; und dass Solidarität insbesondere als Minderung von Konkurrenz der abhängig Arbeitenden untereinander verstanden wird. Dieser Kernbestand allerdings scheint durch die globalisierte Deregulierung des Arbeitsmarkts gefährdet zu sein: Traditionelle gewerkschaftliche und sozialstaatliche Mittel der Konkurrenzminderung scheinen dem in letzter Zeit erfahrenen neuen Druck kaum noch standzuhalten. Für die Funktionäre ist es keine Frage, ob Gewerkschaften Solidarität fördern und organisieren sollen. In Frage steht, ob sie dies noch können.

X. Gewerkschafter sind überzeugt von der Mitbestimmung und der Partizipation als Arbeitsbürger als Elemente einer demokratischen Gesellschaft.

Es ist kein Zufall, dass „Mitbestimmung“, einst ein Markenzeichen des deutschen Systems der Arbeitsbeziehungen und der deutschen Gewerkschaften, hier erst als letzter Punkt des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Funktionäre aus unseren Gesprächsrunden genannt wird. Das liegt zum Teil daran, dass wir nicht speziell danach gefragt haben. Aber auch wo wir offene Frageimpulse, etwa „Wozu sind die Gewerkschaften da?“ in die Diskussion eingaben, fiel das Wort „Mitbestimmung“ nicht. Ein anderer Grund ist, dass in vielen Aussagen deutlich wurde, dass die Grundlagen der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen inzwischen durch eine asymmetrische Machtlage unterhöhlt worden sind. Die Betriebsräte, und die meisten unserer Gesprächspartner waren Betriebsräte, berichteten vielfach von Erfahrungen des Verlustes von Macht und Anerkennung, von Erpressung durch die Arbeitgeberseite, von Drohungen mit Standortverlagerung, vom Zwang, schlechtere Abkommen zu schließen, um noch Schlechteres zu vermeiden (z.B. 5174, 9239). Da bleibt wenig Raum für Stolz auf das deutsche Mitbestimmungsmodell, für jene „unerhörte soziale Anerkennung ihres Wertes (...) als gleichberechtigte Bürger in einer demokratischen Gesellschaft“, wie Wolfgang Streeck jüngst den politisch-kulturellen Wert der Mitbestimmung beschrieb¹⁷.

Gleichwohl gehört das Verlangen nach Partizipation in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nach gleichberechtigter Anerkennung der Arbeitnehmer als Wirtschaftsbürger, zweifellos zu den Kernelementen des Überzeugungssystems unserer Gesprächspartner. Nur wird dieses Verlangen, so wie die Verhältnisse derzeit liegen, immer weniger erfüllt. Deshalb sind, ähnlich wie beim Thema Solidarität, die Aussagen dazu eher pessimistisch und (an)klagend:

Partizipation kann nicht funktionieren, wenn die Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretung und die Arbeitnehmer ständig unter dem Druck stehen (oder erpresst werden), das Erreichte wieder aufzugeben. Eine Ordnung, eine geregelte Welt von anerkannten Grundsätzen und von einer Teilhabe, löst sich auf, die früheren Partizipationsmöglichkeiten schwinden (2034). Dabei wird durchaus ein Zusammenhang zwischen Partizipationsverlust im Arbeitsleben und einem Schwund an gesellschaftlicher und politischer Demokratie gesehen.

17 Wolfgang Streeck: Gründe, mit der Mitbestimmung behutsam umzugehen. In: Die Mitbestimmung 7/2004, S. 54f., hier: S. 54. Im Übrigen berichten auch die Betriebsratsbefragungen von Joachim Bergmann/Erwin Bürckmann/Hartmut Dabrowski: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2002, und Jurl Hälker: Betriebsräte in Rollenkonflikten. Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, München und Mering: Rainer Hampp Verlag 2004, von der Klage der Betriebsräte über die Verschiebung des Machtgleichgewichts in Betrieben und Unternehmen.

Jetzt muss man ja die Demokratie erstmal beleuchten. Wie viel Einfluss habe ich denn da wirklich. Demokratie heißt ja, dass ich da mitbestimmen kann. Ist ja eigentlich bloß begrenzt auf einen bestimmten Punkt. Ich wähle irgendwelche Leute. Wir wissen ja selber, ob ich nun Schwarz-Rot-Grün wähle, das ist ja alles eine Suppe. Und ich habe, wenn sie gewählt sind, keinen Einfluss mehr. Wie ist denn die Demokratie? Und wenn ich keinen Einfluss auf die Demokratie habe, hab ich auch keinen Einfluss auf die soziale Gerechtigkeit. Und darum ist das auch schwer zu beantworten. (5104)

Zunehmend hat man das Gefühl, den durch die Globalisierung der Märkte entstandenen Veränderungen hilflos und ohnmächtig gegenüber zu stehen.

Ich denke, das Problem, was innerhalb der Gewerkschaften noch nicht so richtig angegangen ist, was wir auch innerhalb unseres Seminars festgestellt haben, ist: Das Thema Globalisierung weckt momentan nur Ängste. Es gibt keine Antworten, die den Leuten sagen: okay, wenn wir jetzt europaweit Firmen haben, die sich ausbreiten, dann kriegen wir es als Gewerkschaft hin, dass die Leute in Spanien ähnliche Arbeitsbedingungen und Vergütungen haben wie in Deutschland, und alle trotzdem noch davon leben können. D.h. dieser Sozialdarwinismus, der ist momentan richtig verstärkt im Vormarsch. Und da gibt's keine richtigen plausiblen Erklärungen und Antworten für die Leute, die halt auch innerhalb der Gewerkschaften nach Antworten suchen. Und dann ist ja schon klar, dass [zitiert andere]: okay, die wollen mir meinen Arbeitsplatz wegnehmen, die wollen ins Ausland, es geht um meine Arbeit, um meine Zukunft – also sind die Ausländer schuld. Das sind ganz klare simple Denkstrukturen, und die kriegt man nicht so leicht aufgebrochen. Leider. (2062)

Die Politik, die regeln und Rahmen setzen soll, versagt gegenüber der Wirtschaft. Ein aus Polen stammender IG Metalller drückt das so aus:

Was habe ich noch gesagt, wegen Demokratie und Geld? Das sehe ich, also von meiner Sicht, dass die Demokratie ist durchgeführt von Leuten, Konzerne und so was, welche haben Geld, und die führen Demokratie für sich selber, nicht für die Kleine. Die machen das ganze Deutschland kaputt, auf unserem Rücken. Uns wird immer was versprochen, und im Endeffekt wie man sieht die Firmen brauchen nicht mehr so viel zu zahlen, weil das ist jetzt aufgeteilt auf uns. Uns wird fest versprochen das wir kriegen mehr, und im Endeffekt wir zahlen noch mehr. Die Reichen kriegen immer noch mehr, und das ist so, sage: geschlossener Kreis. Die oben haben, die unten werden immer weniger haben. Und irgendwann wird Grab. Weil wird keiner was zu kaufen haben. Und das sehen wir schon langsam an. Diese ganze Geschäfte, die schließen immer mehr zu, oder die sagen unser Umsatz, oder Verdienst zu weniger, weil die Leute wirklich denken immer mehr: was sollte ich kaufen? Kaufe ich mir schicke Bluse oder sollte ich nächste Woche viel Brot zu nehmen. Weil das ist zurzeit langsam diese Sicht von die Leute. (5117)

Übersicht der Kernelemente

KE I	Gewerkschaften vertreten Arbeitnehmerinteressen als <u>Gegenpol zu sonst übermächtigen Arbeitgeberinteressen</u> .
KE II	Gewerkschaften müssen durch Betriebs- und Tarifpolitik angemessene Löhne und Arbeitszeiten, Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das heißt aktuell vor allem: Sie müssen <u>Lohnsenkungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen abwehren</u> .
KE III	Gewerkschaften sind unbedingt der <u>Idee der gleichen Rechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen verpflichtet</u> .
KE IV	Gewerkschaften sind unbedingt dem Ziel der <u>sozialen Gerechtigkeit verpflichtet</u> .
KE V	Gewerkschaften müssen auch <u>auf der Ebene der Politik</u> Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Dabei müssen sie <u>gegenüber politischen Parteien unabhängig sein</u> .
KE VI	Gewerkschaftsarbeit ist im Normalfall <u>Stellvertreterpolitik</u> des Apparats oder des Betriebsrats. <u>Aktives Handeln</u> der Mitglieder kommt nur begrenzt vor; allerdings müssen Mitglieder mobilisierungsfähig bleiben.
KE VII	Gewerkschaften müssen <u>konfliktfähig</u> sein und dies auch deutlich machen. Zugleich müssen Gewerkschaften <u>kompromissbereit</u> sein.
KE VIII	Gewerkschaften basieren auf der <u>Fähigkeit zu solidarischem Handeln</u> .
KE IX	Gewerkschaften sollten sich unbedingt stärker <u>international</u> ausrichten und organisieren.
KE X	Gewerkschafter sind überzeugt von der <u>Mitbestimmung und der Partizipation</u> als Arbeitsbürger als Elemente einer demokratischen Gesellschaft.

2.3 Kernelemente und GSPO

Für unsere weiteren Ausführungen zur Existenz und Struktur des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems bei Funktionären muss zunächst die Frage beantwortet werden, welche inhaltlichen Zusammenhänge bestehen zwischen den quantitativ gemessenen sozio-politischen Orientierungen, bei denen sich Gewerkschaftsmitglieder bzw. Funktionäre deutlich (20 Prozent Marge) von Unorganisierten unterscheiden (GSPO-Variablen), und den durch die qualitative Untersuchung ermittelten 10 Kernelementen. Es waren neun GSPO-Variablen (alle Gewerkschaftsmitglieder)¹⁸ bzw. 18 GSPO-Variablen (Funktionäre) von insgesamt 26, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft¹⁹. Hieraus wurden folgende Variablen (sozio-politische Orientierungen) für die Ermittlung des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems herangezogen, weil diese einen besonders deutlichen Unterschied zwischen aktiven Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten aufwiesen:

- Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT),
- Vertrauen in Gewerkschaften (GEWVER),

18 Kapitel E, S. 2
 19 Kapitel E, S. 8

- Befürwortung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV),
- Befürwortung des Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung" (GBSGM) [nur Funktionäre],
- subjektives politisches Kompetenzgefühl (politisches Selbstbewusstsein) (EFFIINT),
- Politische Apathie (POLAPA),
- Rechts-Links-Selbsteinstufung (RELI),
- demokratische Orientierungen (DEMOK),
- demokratische Überzeugungen (DEMUEB) und
- Arbeitsunzufriedenheit (ARBUNZ)²⁰.

Bis auf die Variable ARBUNZ, für die wir keinen Beleg in den Gruppengesprächen gefunden haben, ist eine weit gehende Übereinstimmung mit den Kernelementen festzustellen. Das Kernelement I (Gewerkschaften vertreten Arbeitnehmerinteressen als Gegenpol zu sonst übermächtigen Arbeitgeberinteressen) findet sich selbstverständlich in den Variablen wieder, die mit einer Kernaufgabe der Gewerkschaften zu tun hat (GEWINT, GEWVER, GBSIV und GBSGM): Darüber hinaus belegen die Aussagen in den Gruppengesprächen, dass politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT) zu den Eigenschaften der Funktionäre gehört. Die Abwehr von Lohnsenkungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen bzw. die Durchsetzung von Verbesserungen (Kernelement II) enthält Elemente der Variablen GBSIV ("nachhaltige Interessenvertretung") und DEMUEB (demokratische Überzeugungen), die ein wichtiger Bestandteil der Kernelemente III (Gleichwertigkeit der Menschen), V ("politisches Mandat") und X (Mitbestimmung) ist. Der Bezug von GBSIV zum Kernelement VII (kampffähig – kompromissbereit) ist ebenfalls deutlich; aber auch GBSGM ist in diesem Kernelement enthalten. Kernelement III (Gleichwertigkeit) bildet neben DEMUEB auch POLAPA, RELI und DEMOK ab. Während viele unserer Gesprächspartner die politische Apathie der Mitglieder beklagten, belegen ihre Aussagen zu den Kernelementen III, IV (soziale Gerechtigkeit), V (ökonomische und politische Aufgaben) und X, dass sie nicht nur ein politisches Kompetenzgefühl haben, sondern ein starkes politisches Interesse für sich reklamieren. In Bezug auf RELI wird die primär linke Selbsteinschätzung unserer Gesprächspartner in den Kernelementen III, IV, V und VIII (solidarisches Handeln) reflektiert.

20 Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass sich passive Mitglieder nur durch folgende Merkmale besonders deutlich von den Unorganisierten unterscheiden: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften, Befürwortung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" und Vertrauen in Gewerkschaften.

Kernelemente und GSPO											
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	
GEWINT	X					X			X		
GEWVER	X							X			
GBSIV	X	X					X				
GBSGM	X				X		X		X		
EFFIINT	X				X						
POLAPA			X	X	X						X
RELI			X	X	X			X			
DEMOK			X								X
DEMUEB			X		X						X
ARBUNZ											

Damit ist deutlich, dass es eine weit gehende Entsprechung gibt zwischen den GSPO-Variablen, die zur statistischen Ermittlung eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems herangezogen wurden, und den Kernelementen, die auf Grund der Auswertung der Gruppendisussionen gebildet wurden.

2.4 Versuch einer idealtypischen inhaltlichen Beschreibung des Überzeugungssystems

Es ist nunmehr möglich, den empirisch quantitativ und qualitativ gezeigten Zusammenhang der Kernelemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Funktionäre auch als inhaltlichen, logischen Zusammenhang zu beschreiben. Dabei wird ein Idealtyp formuliert, der mit den real in den Köpfen der Funktionäre präsenten Überzeugungssystemen nicht identisch sein kann, wohl aber deren gemeinsame Substanz erfassen soll.

Demnach sind – oder sollten sein – Gewerkschaften Organisationen der Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden. Deren Interessen bedürfen der kollektiven Organisation, weil sie sonst den entgegenstehenden Interessen der Arbeitgeber/des Kapitals unterliegen würden. Gewerkschaften berufen sich bei dieser Organisation auf fundamentale Menschenrechte, darunter auf die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen und auf den politischen Wert „soziale Gerechtigkeit“, der angesichts von Asymmetrien der Verteilung ökonomischer Ressourcen nur durch das von den Gewerkschaften organisierte kollektive Gegengewicht und durch politische Regulierung realisiert werden kann. Gewerkschaften sind daher von staatlich-politischen Entscheidungen abhängig und auf politische Einflussnahme angewiesen. Sie nehmen Interessen ihrer Mitglieder wahr, die diese als Individuen nicht wahrneh-

men können und üben gewissermaßen als Kollektiv eine Stellvertreterfunktion aus. Zugleich sind sie auf die Mobilisierung ihrer Mitglieder zu kollektivem Druck angewiesen. Da kollektiver Druck in kollektive Verträge mündet, müssen Gewerkschaften zugleich konflikt- und kompromissfähig sein. Solidarität als Zusammenstehen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte ist eine Existenzgrundlage der Gewerkschaften, die zugleich von ihnen immer wieder neu gefördert und organisiert werden muss. Die Internationalisierung des Kapitals erfordert eine Internationalisierung der gewerkschaftlichen Strategien und der Solidarität sowie der politischen Regulierung. Die betriebliche und unternehmensbezogene Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter als Ausdruck der Anerkennung der Arbeitnehmer als Wirtschaftsbürger und die organisatorische Unabhängigkeit der Gewerkschaften von politischen Parteien (Einheitsgewerkschaft) gehören in Deutschland zu den bewährten und verteidigungswerten Elementen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Es sei wiederholt, dass dieser inhaltliche Definitionsversuch des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems idealtypisierend und minimalistisch ist: Er beschreibt einen Minimalkonsens und versucht dessen logischen Zusammenhang hervorzuheben. Zugleich lässt er Raum für alle im Abschnitt 2a) über die 10 Kernelemente dargelegten Differenzierungen, etwa hinsichtlich eher konfliktiver oder kooperativer Strategien oder hinsichtlich eher exklusiver oder inklusiver Solidarität.

3. Die Kernelemente in ihrem realen Zusammenhang

Die idealtypische Beschreibung kann den empirischen Beleg nicht ersetzen. Dass der beschriebene Zusammenhang, der ein Überzeugungssystem erst konstituiert, auch in den Aussagen der Gesprächsteilnehmer tatsächlich vorkommt, wurde zwar schon in der Einzeldarstellung der 10 Kernelemente an vielen Stellen hervorgehoben. Aber wie diese Kernelemente in den Gruppendiskussionen real zusammenpassten und ineinander griffen, soll an zwei Beispielen noch genauer gezeigt werden. Zum einen werden bestimmte Ausschnitte aus einer Gruppendiskussion in ihrem Verlauf genauer nachgezeichnet (3.1). Zum zweiten wird die sozialpartnerschaftlich-kooperative Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems anhand der Analyse von zwei Gruppengesprächen genauer beschrieben (3.2). Das Ziel dieser Darstellung ist es weiterhin, das gewerkschaftliche Überzeugungssystem der Funktionäre noch klarer und zugleich differenzierter hervortreten zu lassen. Das ist die Voraussetzung dafür, im letzten Teil dieses Kapitels (4.), die in diesem Überzeugungssystem angelegten Potenziale für Abwehr von und Anschluss an Rechtsextremismus herauszuarbeiten.

3.1 Das Beispiel einer Gruppendiskussion

Im Folgenden werden Diskussionsstränge aus einem unserer Gruppengespräche vorgestellt und genauer interpretiert, um zu zeigen, wie Teilnehmer auf unsere Fragen reagierten, in welchen Argumentationszusammenhängen die Kernelemente zu finden sind und wie die Redner diese implizit oder explizit auf einander beziehen. Die Gruppe Nr. 5 wurde ausgewählt, weil sich in ihr Personen mit sehr verschiedenen Meinungen und Erfahrungen zusammenfanden, und weil die lebhafteste Diskussion auch erhebliche Anschlusspotenziale für Rechtsextremismus zeigte. Die Gruppe bestand aus sechs erwerbstätigen Personen (fünf Männer, eine Frau) im Alter zwischen 35 und 55 Jahren. Tätig sind sie in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Schiffsbau in Betrieben mit 23 bis ca. 700 Beschäftigten. Alle sind Betriebsratsmitglieder und Mitglieder der IG Metall.

Nach der Vorstellungsrunde wurde die Diskussion mit dem Ergebnis der Repräsentativbefragung eröffnet, dass es genau so viele Organisierte mit rechtsextremen Einstellungen wie Unorganisierte gibt: jeweils 20 Prozent. Auf diesem Impuls entwickelte sich folgende Diskussion:

5B: Mich überrascht das ein bisschen. Das natürlich ein paar Rechtsextreme da sind, das ist klar. Aber dass wir genauso viele haben wie der übrige Teil der Bevölkerung, kann ich gar nicht glauben. Weil ja die Gewerkschafter, sagt man ja immer, so eine linke Organisation ist. Mehr oder weniger. (5002)

5E: Ich seh das genauso, dass viele IG Metall... Oder jetzt gehen wir mal von der IG Metall aus, das die wirklich genauso rechtsextremistisch sind wie die anderen, denn die sind den gleichen Umständen ausgesetzt wie die anderen Menschen auch in ihrer Umwelt. Wir haben vielleicht einen geringeren Satz an diesen, sag mal, höher gestellten Funktionären, die jetzt bewusster an die Geschichte rangehen. Da werden wir wahrscheinlich überhaupt keine rechtsextremistischen Tendenzen haben. Aber ich denk mal bei den ganzen Otto Normalverbrauchern haben wir genau die gleichen Tendenzen wie der Rest der Belegschaft. (5004)

5C: Ich glaube die IG Metall ist ja sehr groß mit ich glaube 3 Mio. Mitgliedern, das ist ja wie ein Querschnitt durch die deutsche Gesellschaft, das es da glaube ich keine Unterschiede gibt. Ich würde das bestätigen, was er sagt. Ist natürlich der krasse Gegensatz der Funktionärskörper. Das sind natürlich Leute, die das auch... die sind ja in der IG Metall auch aus politischen Gründen. Das sind natürlich Leute, die sich sehr viel Gedanken darüber machen. Aber ich glaube, dass die Mitglieder sich da von dem übrigen Schnitt der Bevölkerung nicht unterscheiden. (5006)

5B: Wir haben ja schon Probleme, sag ich mal, jetzt so Leute, die jetzt Schwarz wählen - womit ich die Partei jetzt nicht in den Rechtsextremismus rücken möchte - das man da schon Probleme hat, die in die Gewerkschaft zu bekommen. Jetzt so CDU-Mitglieder sowieso nicht, da brauchst du gar nicht fragen. Das kannst du vergessen. Das ist eine Erkenntnis für mich, die ich gar nicht glauben kann, eigentlich. Weiß nicht, ob die auch wirklich stimmt. (5010)

5F: Mich wundert das auch, dass das so ist. Denn ich geh eigentlich davon aus, wir haben 3 Mio. Mitglieder jetzt, die IG Metall, und da sind ja eigentlich... eigentlich ist da ja ganz Europa vertreten. Denn wir haben überall sehr viel Ausländer in den Betrieben in Führungsstrichen, in einigen mehr, in einigen weniger, und da würde ich behaupten, dass doch diese rechtsextreme Ecke doch eher verdrängt werden sollte... oder wäre. Wundert mich, dass das gleich ist. (5012)

5E: Also ich komm aus einem Betrieb der hier im Osten ist. Und wir haben die Nähe zu Polen. Wir haben jetzt schon die erste Zusammenarbeit mit den Polen gemacht. Durch diese Nähe und diese Angst davor, dass jemand aus diesen Ländern uns die Arbeitsplätze gefährdet, entstehen die rechtsextremistischen Tendenzen. Kollegen, die vorher gar nicht in diese Richtung gedacht haben, fallen wieder in diesen Trott zurück und sagen: Kommt, dat Deutsche, das ist mein Reich hier, und mein [?] und bleibt mal gefälligst draußen. Das verstärkt diese Situation, deshalb bin ich der Meinung, dass es so ist, dass sie sich nicht von dem übrigen Teil der Menschen... also ändern. Unsere Mitglieder versprechen sich ja davon was anderes, wenn sie bei mir in die Gewerkschaft kommen. Die wollen jetzt nicht... die politische Situation interessiert die herzlich wenig, die wollen mehr Kohle haben. Das ist die einzige Möglichkeit wie wir unseren Arbeitgeber unter Druck setzen können, dass der uns mehr Kohle gibt. Aber die sind nicht dar- aus, weil sie politisch denken. Das glaub ich nicht. (5014)

5B ist vom spezifischen Spiegelbild-Ergebnis überrascht, weil er die Gewerkschaft als eine linke Wertegemeinschaft (Kernelement V) ansieht, von der er erwartet hätte, dass ihre Werte ihre Mitglieder gegen Rechtsextremismus weniger anfällig machen. Wenn Gewerkschaftsmitglieder ihre Mitgliedschaft auch politisch motiviert sehen, dann sollte ihrem politischen Selbstverständnis ein Abwehrpotenzial gegen rechtsextreme Tendenzen innewohnen. Der Redebeitrag von 5B zeigt den inneren Zusammenhang der spezifischen Ausprägung weiterer Kernelemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems: nicht nur im Bereich der Ökonomie (KE I und II), als Arbeitsmarktkartell, sondern auch im Bereich von Politik und Gesellschaft (KE V). Ihre politischen Aufgaben gehen sie von einer spezifisch linken Werteposition her an, also nicht weltanschaulich neutral.

Dagegen sind die nächsten beiden Diskutanten, 5E und 5C, vom spezifischen Spiegelbild-Ergebnis nicht überrascht und begründen dies mit der allgemeinen Spiegelbildthese. Mit ihr verknüpfen sie die Annahme, dass Rechtsextremismus keine spezifischen Anknüpfungspunkte innerhalb der Gewerkschaft habe und tendenziell (besonders bei 5C) durch die Funktionäre abgewehrt werden könne. Hierfür liefern sie keine explizite Begründung. Implizit liegt sie in ihrer auf die Funktionäre beschränkten Zustimmung zu 5B: Die Funktionäre sind eher links und deshalb kaum rechtsextrem orientiert. In seinem anschließenden Beitrag spricht 5F eher gegen die spezielle Spiegelbildthese, denn Gewerkschaftsmitglieder stehen in einem funktionalen Zusammenhang mit Ausländern: Sie arbeiten mit ihnen zusammen. Dabei geht er davon aus, wie Teilnehmer in anderen Gruppendiskussionen auch, dass diese Zusammenarbeit vor Tendenzen hin zu einer - implizit: ethnisch, kulturell, chauvinistisch begründeten - Ausländerfeindlichkeit eher bewahren sollte. Dies entspricht wohl seinen Arbeitserfahrungen und reflektiert sich im KE III: der Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung aller Menschen..

5E widerspricht der Verallgemeinerung von 5F über die vor rechtsextremen Einstellungen eher schützende Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Ausländern anhand seiner eigenen Ar-

beitserfahrung. Aber das Deutschenprimat scheinen nach seinem Bericht seine Kollegen eher materiell, national zu begründen, nicht ethnisch, kulturell. Implizit spricht 5E ein weiteres Kernelement des Überzeugungssystem an: Solidarität (KE VIII). Seine Kollegen verstehen sie, unter hohem Existenzdruck geraten, als exklusive Solidarität. Dass auch Gewerkschaftsmitglieder so denken, erklärt er mit deren unpolitischer Haltung und wiederholt damit implizit seinen Widerspruch zu der gegenteiligen Vermutung von 5B. Implizit drückt er damit gleichzeitig seine Erwartung aus, dass politisch interessierte und bewusste Gewerkschaftsmitglieder in einer solchen Situation eher nicht für das Deutschenprimat offen seien. Entsprechend seinem vorangegangenen Redebeitrag sieht er die Masse der Gewerkschaftsmitglieder als gewöhnliche Arbeitnehmer, die vor allem die Vertretung ihrer ökonomischen Interessen von den Gewerkschaften erwarten. Eher implizit als explizit benennt er aber doch einen wichtigen Unterschied zu den Unorganisierten und spricht damit ein Kernelement des Überzeugungssystem an: Die Gewerkschaftsmitglieder sehen die Gewerkschaft als notwendigen und wirksamen Gegenpol zu den Kapitalinteressen (KE I).

Nachdem in der Runde über Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus als Dimensionen des Rechtsextremismus kurz diskutiert wurde, kam von der Moderation ein zweiter Impuls, der auf den historischen Unterschied hinwies, dass es vor 25 Jahren weniger Rechtsextremismus unter Gewerkschaftsmitgliedern als bei Unorganisierten gab. Trotz dieses Themenwechsels zeigte sich, dass das erste Thema für einige Teilnehmer noch nicht erledigt war:

5D: Also Ausländerhass: Im Ruhrgebiet allgemein und am Arbeitsplatz erlebe ich viel Ausländerhass: Türke oder so etwas - Hass. Weiß nicht, ob das Rechtsextremismus ist, vielleicht hat das mit Nationalität zu tun. Was die Leute im Ruhrgebiet z.T. haben, macht sie wütend: Thema Kopftuch und andere Sachen. Meine Meinung - wenn ich so weiter spreche, halten Sie [Moderation] mich vielleicht für einen Rechtsextremist - ich hasse Leute, die hierher kommen und ihre eigene Welt mitbringen wollen. Ich bin aus Polen, muss mich auch hier einfügen, einstellen wie die Deutschen, denn ich wohne hier. Ich will nicht, dass eine Straße Mohamed Ali genannt wird. Im Ruhrgebiet ist das ziemlich weit verbreitet, weil es dort diese Mischung viel gibt. (5035)

Moderation: Besteht da ein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten?

5D: Das ist, glaube ich, egal. Gewerkschaftsmitglieder gehen drastisch zurück im Ruhrgebiet wegen Arbeitslosigkeit. Bei den Einstellungen ist es egal ob jemand Gewerkschafter ist oder nicht. Ich habe viele Bekannte durch Betriebsratstätigkeit, wo ich das sehe und höre. Das [der kulturell motivierte Türkenhass] fängt schon in der Schule an, da ist es schon drastisch..(5038)

5A: Das hat nicht unbedingt damit zu tun, dass Deutsche nur rassistisch sein sollen. Es gibt auch Ausländer hier in Deutschland, die sind total gegen Deutsche, total! Die behandeln uns wie so'n Stück Scheiße, auf Deutsch gesagt! Ob das Griechen sind, Türken sind. Die spucken vor uns aus und leben und arbeiten aber hier in Deutschland. (5040)

5D: Aber wir, ich muss mich auch bezeichnen als Deutscher, wir sind selber schuld! Habe deutschen Pass, innerlich bin ich Pole. Ich sehe die Sache aus verschiedenen Perspektiven. Mich hat man früher gelehrt, die Deutschen zu hassen. Jetzt wohne ich hier und muss das dulden.

Türken können wegen Nichtigkeiten zur Polizei laufen "Der hat mich beleidigt". Moment mal, wo wohnen wir. Deutsche haben den Krieg angefangen und müssen sich deswegen jetzt überall ducken und immer Schuldgefühle zeigen? D.h. alle anderen können auf uns spucken? Und was du [5A] gerade gesagt hast: Das passiert in Deutschland. Jeder Deutsche muss auf Vieren kriechen vor jeder andere Spezies und sagen: Ich war der böse Deutsche und du kannst mit mir machen was du willst? Die Sache ist erledigt, der Krieg ist vorbei, die dabei waren sind fast alle gestorben. (5041)

5A und 5B zusammen: Ja, da ist was dran. (5042)

5D geht auf den aktuellen Impuls der Moderation nicht ein, denn er will zu der ihn wahrscheinlich am meisten bewegendsten Rechtsextremismus-Dimension etwas sagen: Fremdenfeindlichkeit. Sein Bericht ("was ich erlebe") gerät schnell zu einer persönlichen fremdenfeindlichen Aussage: sein Hass gegen nicht anpassungswillige Türken. Er habe die - von den Deutschen zu Recht zu erwartende - Anpassungsleistung an die deutsche Kultur erbracht und erwarte das Gleiche von anderen. Sie versuchten ihre Kultur gegen die deutsche zur Geltung zu bringen. Er hält den Hass auf solche Türken für gerechtfertigt und sieht das auch nicht als rechtsextreme Tendenz - auch wenn das von uns (Moderation) anders gesehen wird. Im Weiteren macht 5D auch keinen Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten (allgemeine Spiegelbildthese): Der Hass sei bereits in der Schule gesellschaftlich verankert.

In ihrem Beitrag kritisiert 5A, dass jede schlechte Bewertung von Ausländern bzw. eines bestimmten Verhaltens von ihnen bei 'Gutmenschen' sofort den Verdacht der Rechtsextremismus-Tendenz nach sich ziehen würde, obwohl das Verhalten mancher Ausländer nicht akzeptabel sei. Diese Vermutung hat auch schon 5B in einem vorangegangenen Beitrag so ähnlich geäußert: Deutsche werden an härteren moralischen Standards gemessen als Ausländer. Sie begegnet dem von ihr imaginierten potenziellen Rechtsextremismus-Vorwurf an sie offensiv, indem sie das von ihr beschriebene Ausländerverhalten als "rassistisch" bezeichnet. Implizit drückt sie ein Gefährdungsgefühl durch Ausländer aus, weil diese sich in ihrem Gastland trauten, gegenüber ihren Gastgebern frech aufzutreten. Diese Aussage wird von 5D weiter zugespitzt: Die Deutschen ließen sich ausnutzen, weil sie immer noch Schuldgefühle wegen der Nazi-Zeit hätten. Oder umgekehrt: Ausländer versuchten, bei den Deutschen Schuldgefühle wegen der Nazi-Zeit zu wecken, um aus den Schuldgefühlen Kapital zu schlagen. Die Deutschen seien deshalb selbst Schuld, dass sie ausgebeutet würden. Sie könnten es beenden, wenn sie einen Schlussstrich unter die Nazi-Zeit ziehen würden, und um die Argumentationsfigur zu vollenden - was 5D nicht tut - wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl hätten. Damit hat er auch die Zustimmung von 5A und 5B, nicht aber von den anderen Teilnehmern, die zwar schweigen, aber nicht unbeteiligt sind.

An dieser Stelle wird deutlich, dass sich eine Teilgruppenmeinung gebildet hat, die über bloßes Verstehen des bei anderen Kollegen vorhandenen Rechtsextremismus erheblich hinaus geht. Es entstehen assoziative Verbindungen zwischen Arbeitslosigkeit, Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Migranten, genereller, bis zum Hass gehender Fremdenfeindlichkeit bis hin zu Schlussstrich-Parolen und Anklängen an Antisemitismus. Die Sprecher merken selber, dass sie in die Nähe rechtsextremer Meinungen geraten und versuchen sich offensiv gegen diese Einordnung zu verwehren, beharren dabei aber mit einem gewissen Trotz auf ihrer Position. Es wird deutlich, wo Rechtsextremismus an gewerkschaftliche Überzeugungen andocken kann - wenngleich das Gruppengespräch seine aggressive Dynamik erst gewinnt, wenn die Sphäre der Arbeitswelt verlassen wird: „Kopftuch“; Fantasie einer Straßenumbenennung.²¹

Als die Diskussion durch die Moderation dann wieder auf das Thema "historischer Vergleich", d.h.: Warum gab es früher unter den Gewerkschaftsmitgliedern weniger Rechtsextreme? Was hat sich geändert? gelenkt wird, entsteht folgendes Gespräch:

5B: *Durch neue Gesetze werden Arbeitslose und Empfänger von Sozialhilfe in eine Ecke gedrängt, dass die verantwortlich sind dafür, dass es uns schlecht geht. Die wirklich Schuldigen werden nicht mehr gesucht. Man sucht nur so ein Ventil, wo man es ablassen kann. Politiker als Vorturner, schwingen große Rede, aber wir spüren die Politik ganz klar am Geld, an Freiheiten, die sie bekneifen. Maschen des sozialen Netzes werden immer größer, den großen Unternehmen geht's immer besser, zahlen keine Steuern mehr, die verschwinden alle. Da kommt Hass auf. (5059)*

5C: *Ich glaube es liegt am Rückgang des politischen Interesses im Vergleich zu vor 25 Jahren. Damals hat man noch diskutiert, sich informiert, engagiert. Viele hatten eine einigermaßen fundierte politische Meinung. Heute interessiert sich niemand mehr für Politik, wissen die Jugendlichen nicht mal mehr was eine Partei, wer Kanzler ist. Die wissen überhaupt nichts mehr! Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern: Eintritt wegen handfester finanzieller Vorteile, Hilfe bei Kündigung. Früher, glaube ich, hat auch ein gewisser politischer Gedanke dahinter gestanden. Das ist bei vielen, die heute eintreten, gar nicht mehr der Fall. (5066)*

5F.: *(Hinzufügung zu 5C) Verlust an Zeit. Leute meinen, nicht mehr so viel Zeit zu haben. Das ganze System drumherum, egal wo man ist: Termindruck. Existenzangst bei einigen. Leute haben vergessen, sich Zeit zu nehmen für bestimmte Sachen [implizit: für (politisches) Engagement]. Sie haben nur noch ihre Arbeit und wenn keine Arbeit: Sitzen zu Haus und machen nix - versuchen was - von einer Enttäuschung in die andere. Dann wird es egal, wen man wählt. Da kommen dann alte Gedanken wieder hoch: Die andern sind alle Schuld. (5073)*

5C: *Antisemitismus, dass man sich über eine andere Nation stellt, das erlebe ich jeden Tag im Betrieb. Wird heute ganz offen gesagt, früher eher nicht so locker. Ein Kollege versucht, mich damit zu reizen, geht heute in die Offensive. Früher wäre ich auf die Barrikaden gegangen, heute bist du latent in der Defensive. Auch deshalb, weil heute nicht mehr in privaten Kreisen über Politik diskutiert wird. Auf Partys darf man das nicht mehr, das würde die sprengen. (5080)*

21 In Abschnitt 4.2. dieses Kapitels wird darauf genauer eingegangen.

Bei 5B geht es um die Verlogenheit der Politik, die den Schwachen weitere Bürden auferlegt und die eigentlichen Schuldigen für die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland nicht antastet: die großen Unternehmen, die ihre Steuer- und Abgabensenkungen mit der Drohung von Standortverlagerungen durchsetzen und dann trotzdem immer noch Standortverlagerung betreiben. Es kommt Hass und Wut auf. Implizit wird die Verletzung von Kernelementen des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems wie die Mitbestimmung und Partizipation der Gewerkschaften in der Gesellschaft (KE X), die soziale Gerechtigkeit (KE IV) sowie die Wirksamkeit von Gewerkschaften in der politischen Arena (KE V) kritisiert.

5C knüpft in seinem Beitrag daran an, stellt explizit den Zusammenhang zwischen politischem Desinteresse und Rechtsextremismus in den Vordergrund und fordert, mehr implizit als explizit, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik. Gewerkschaften begreift er als eine Wertegemeinschaft (KE I, III, IV und VIII) und bedauert, dass die meisten Mitglieder nur ein ökonomisches Interesse an der Gewerkschaft haben, was seiner Vorstellung vom politischen Charakter der Gewerkschaft (Kernelement V) eindeutig widerspricht. Auch der Beitrag von 5F zeigt, welche Bedeutung das politische Engagement, das durch Termindruck und Existenzangst zurückgegangen ist, früher hatte. Politik wird aber auch uninteressant für die Arbeitslosen und implizit für all diejenigen, die auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen sind, weil Politik nichts mehr bewirkt oder bewirken will oder zu bewirken scheint für ihre Interessen. Denn alle Parteien scheinen ihre Interessen eher zu missachten. Außerdem, wie 5C hinzufügt, ist es vom Zeitgeist her einfach nicht 'chic', über Politik zu reden. Entpolitierte Menschen sind dann anfällig für einfache Sündenbock-Deutungsangebote. Ob dabei 5F mit "die anderen" Ausländer meint, bleibt unklar, aber durch den nachfolgenden Beitrag von 5C wird in die Runde gebracht, dass die politisch interessierten und bewussten Menschen eher sozial isoliert sind.

Diese Auseinandersetzung mit der derzeitigen politischen Entwicklung setzte sich auch im Kontext der Diskussion um den Impuls zur sozialen Gerechtigkeit und Demokratie fort. Von der Moderation wurde das Ergebnis der quantitativen Befragung bekannt gemacht, dass die Befürwortung sozialer Gerechtigkeit häufig nicht mit der Befürwortung von demokratischen Werten zusammenhängt, sondern einhergehen kann mit der Befürwortung eines autoritären Staates.

5B: Verständlich, wenn man diese Gehampel da oben sieht: Dann kann man doch nur sagen: Wir brauchen wieder einen starken Führer; traurig, dass man so was sagen muss und viele das auch tun. Aber mit dieser Gehampel kommen wir doch nicht weiter. (5114)

5D: Demokratie und Geld: Es gibt Demokratie für Konzerne, die machen Demokratie für sich selber, aber nicht für die Kleinen. Die machen Deutschland kaputt, auf unserem Rücken. Uns wird immer was versprochen, und wie man sieht: Die Firmen brauchen nicht mehr so viel zahlen, weil das jetzt auf uns aufgeteilt wurde. Uns wird versprochen, wir kriegen mehr und im Endeffekt zahlen wir noch mehr. Die Reichen kriegen immer noch mehr. Das ist ein geschlos-

sener Kreis. Die Oben haben – die unten werden immer weniger haben. Und die Kaufkraft sinkt, weil keiner wird mehr was zum Kaufen haben. Und das fängt schon langsam an: Die ganzen Geschäfte machen immer mehr zu. Die Leute denken immer mehr: Was soll ich kaufen - eine schicke Bluse oder für die nächste Woche Brot. (5117)

5F.: Wir sind letztes Jahr Exportweltmeister gewesen, was ja eigentlich ein...Wahnsinn ist – aber Inlandsprodukt ist tot. Dieses Zusammenspiel der Mächte, sag ich mal, die Politik machen eigentlich Leute im Hintergrund – im Frankfurter Bankenviertel oder so – die steuern die Politik. Deshalb denken vielleicht viele Leute - wie viele in der Umfrage - dass wir mal wieder einen richtigen Führer brauchen. Und genau das führt uns dahin. Zwar nicht wie vor 50 Jahren, aber das wird sich hier zeigen in nächsten Jahren. Kann dies eine Regierung, egal welche, noch gedreht kriegen? Das wird es schwierig; und sie müssen die Leute bewegen können zur Wahl zu gehen. Es muss vernünftig laufen, ganz einfach. Und soziale Gerechtigkeit sehe ich im Moment bei diesen Reformen überhaupt nicht.(5125)

5E: Reformen kannst du alle in die Tonne hauen. Darüber brauchen wir gar nicht mehr reden. Echte Reformen müssen ganz woanders ansetzen, etwa Staat reformieren, bei Demokratie in Betrieben, so dass wir da mitbestimmen können. Da sind die Reformen anzusetzen. Die Reformen heute gehen in eine ganz andere Richtung: wo kann man uns noch was abknapsen, damit wir noch ein bisschen länger am Leben bleiben können. Also die Reformen müssen wirklich ganz woanders angesetzt werden. (5131)

5D: Von oben müssten diese ganzen Gesetze sauber gemacht werden. Momentan wirst du immer zur Kasse gebeten und große Konzerne? Ich habe als BR schon drei Sozialpläne gemacht, vier Firmenpleiten gesehen. Arbeitgeber gibt vor: Wir machen Miese in diesem Werk, eine halbe Million monatlich! - Wie kann man da als Firma vier Jahre überleben? - Ich bin doch nicht blöd. Normalerweise ist die nach zwei Monaten zu. In Wirklichkeit sind die Gesetze so gemacht, dass die oben mit Bilanz- und Steuertricks sich arm rechnen können. Vergleich bei Steuerzahlungen: einfache Leute werden bei Ungenauigkeiten sofort hart bestraft – mit Unternehmern wird da ganz großzügig umgegangen. Recht ist in Deutschland für die da oben, Gesetz ist da, um dich da unten runterzukriegen. (5134)

5C: Da möchte ich was dazu sagen. Es wird hier alles zu einfach von uns dargestellt. Viele beurteilen in Umfragen ihre allgemeine wirtschaftliche Lage schlecht, ihre persönliche wirtschaftliche Lage aber positiv. Das ist eine Spanne, die geht ganz weit auseinander. Von daher müssen wir uns überlegen: Wie sieht's wirklich aus. Es ist eine Stimmung: Jeder schimpft auf alles, es ist alles Scheiße. Er [5F] hat's gerade selber gesagt: Deutschland war Exportweltmeister! Also, es ist nicht so schlimm. (5138)

Wie viele in dieser Gruppe zeigt der erste Redner eine Mischung aus Distanz zu und Verständnis für rechtsextreme Tendenzen. Wie sehr er sich mit "traurig" von der "Forderung nach einem starken Führer" distanziert, muss hier offen bleiben. Mit seinem Redebeitrag ist das Eis in der Gruppendiskussion gebrochen für eine Diskussion über aktuelle Tendenzen, zur Einhaltung sozialer Gerechtigkeit auf autoritäre Lösungen zu setzen. Für die meisten Teilnehmer hat sich das Kapital in der Politik durchgesetzt, es wird einseitig bedient, so dass soziale Gerechtigkeit unmöglich ist. Das Fehlen von sozialer Gerechtigkeit (KE IV) und von gewerkschaftlichem Einfluss (KE V und X) auf die Politik wird beklagt, und es wird mehr Demokratie und Mitbestimmung gefordert (Beitrag 5E). Unklar bleibt, ob dieses Gesellschaftsbild von der Dominanz des Kapitals erst durch die aktuelle Situation entsteht, oder ob es schon vorhanden und in wirtschaftlich erträglichen Zeiten nur verdeckt bzw. 'entschärft' war. Jedenfalls setzen einige der

Gesprächspartner (z.B. 5F und 5C) darauf, dass mehr soziale Gerechtigkeit in der Regierungspolitik sich positiv auf das politische Interesse in der Bevölkerung auswirken würde: Dann kehre das politische Interesse, der Glaube an die Möglichkeiten der Politik als bestimmtes politisches System, an die Demokratie wieder zurück, gingen die Leute auch wieder zur Wahl. Vor allem 5C wehrt sich gegen eine allzu vereinfachende Kritik und versucht, eine positivere Einschätzung – und dadurch auch Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften – einzubringen. Gleichwohl zeigt sich auch in dieser Sequenz des Gruppengesprächs ein Andockpunkt nach rechts. Es wird deutlich, auf welchem Wege das urgewerkschaftliche Kernelement „soziale Gerechtigkeit“, wenn die damit verbundenen Ansprüche vom Kapital und von der Politik enttäuscht werden, in den Ruf nach dem autoritären Staat münden kann. Auch wenn die Teilnehmer diesem Ruf nicht selber folgen wollen, so drücken sie doch Enttäuschung und Unzufriedenheit mit Verfahren und Ergebnissen von Demokratie aus. Zwar bleibt im Konzert der Meinungen auch der Wunsch nach einer anderen, wirklichen, partizipatorischen Demokratie nicht stumm (5E), aber eine optimistische Hoffnung, dass auf diese Weise soziale Gerechtigkeit erreicht werden könnte, ist damit nicht verbunden.

In einem letzten Beispiel aus dieser Fallanalyse geht es um die Kernelemente II (Verteidigung materieller Interessen gegen Verschlechterungen), III (Gleichwertigkeit) und VIII (Solidarität). Der Impuls für diesen Teil der Diskussion lautete: „In unserer Umfrage haben ca. 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder der Frage zugestimmt, dass es zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.“ Das löste in der Diskussion zunächst großes Erstaunen aus und führte zu Rufen wie "Unglaublich!" Teilnehmer 5F sah in seinem multinationalen Werftbetrieb mit 700 Beschäftigten eine solche Tendenz nicht. Aber dann wurde er, was die Zukunft angeht, unsicher:

5F: Aber da ist wieder... kommt der nächste Punkt: die Existenzangst. Wie gut geht's dem Unternehmen überhaupt? Denn kommt das wieder raus. Wenn das bei uns, was weiß ich, so langsam auch mal den Bach runtergehen würde, und das ist abzusehen, ne, die ersten müssen gehen oder hier und da, dann ist es vielleicht möglich, dass die Kollegen auf einen zukommen und sagen: Hier, erst die andere Fakultät bevor wir. Warum nicht? Vorstellen kann ich mir das. Aber es ist noch nicht so bei uns. (5199)

5D: Was man so hört bei IG-Metall Kollegen: Ausländer, die schon lange hier arbeiten, sind Kumpels. Hier sieht man nicht diese Tendenz. Ausländerfeindlichkeit kommt durch die Medien, zeigen auch Ausländer anderer Art: Berichte über Asylanten, schwarz kommende Türken. Offiziell im Ruhrgebiet 2 Mio., effektiv 8 Mio. Türken. Von was leben die? Die ganzen Geschichten, die sie der Stadt unterjubeln - hier gehen, da nehmen [Implizit: z. T. von erschlichenen Sozialleistungen] Wenn ein Pole mich beklaut, muss er gehen! Als Ausländer in Deutschland sollte man sich von seiner besten Seite zeigen. Das Gesetz ist aber so [dass Erschleichung von Sozialleistung möglich ist] - da hab ich auch die Hasskappe. (5203)

5A: Und zwar geht es darum: Viele deutsche Firmen werden verkauft an ausländische Firmen. Wir sind jetzt unter Franzosen, einige haben Engländer, einige Amerikaner. Was machen wir Deutsche, wenn die ausländischen Firmenleitungen sagen: Wir behalten die Ausländer bei uns, die Deutschen müssen raus? (5208)

Die Beiträge zeigen, dass die Existenzangst ein erhebliches Problem für die Solidarität darstellt. Zwar ist die Existenzangst noch nicht überall in der Weise vorhanden, dass der bisherige Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Nationalitäten im Betrieb bereits zusammengebrochen ist, aber Anzeichen davon bei wirtschaftlichen Verschlechterungen sind da. Zum anderen wird die Solidarität (nur auf Arbeitnehmerseite!) betrieblich abgegrenzt. Andere, nicht in die Arbeitswelt integrierte Personen gehören nicht dazu und sind deutliches Objekt der Ausländerfeindlichkeit.

Was erwarten diese Gewerkschafter von ihrer Organisation? In dieser Gruppe waren sich alle einig, dass eine Bündnispolitik Gewerkschaften – Arbeitgeber – Regierung keine Perspektive biete. Stattdessen haben sie für eine Stärkung der Organisation plädiert:

5F: Gewerkschaften werden eigentlich immer wieder wichtiger für die Arbeitnehmer. Weil ohne Gewerkschaften würde sich das, was heute in den Betrieben abgeht, so dermaßen verschlimmern, dass sie [die Unternehmer] das Rad von einem Monat auf den anderen auf 1975 zurückdrehen würden, wenn wir die Gew. nicht hätten. (5220)

5E: Gewerkschaften haben einen Zug verpasst, deswegen treten auch so viele Leute aus. Darf ich erst mal den Gedanken zu Ende spinnen? - Die ganze Welt hat sich verändert, es gibt nicht mehr das Gute und Böse, es gibt die Mauer nicht mehr, das Kapital hat freien Zugang auf der ganzen Welt, wie es möchte. Und unsere Gewerkschaften hängen noch in den alten verklunkerten Strukturen und haben den Zug verpasst in meinen Augen. Sicher werden sie immer wichtiger, aber welche Mittel und Möglichkeiten haben wir denn wirklich, was für ein Druckmittel hab ich gegen meinen Chef in der Hand und sage: Schluss, jetzt wird hier nicht mehr gearbeitet? Da sagt er: Pass mal auf mein Freund, ich hab hier 'ne Zweigstelle in Polen, lass mich in Ruhe. Welche Macht hat die Gewerkschaft noch, was nützt mir noch die Straße, das interessiert den doch gar nicht, der kann doch weggehen. Und die sind auch jetzt dabei, unsere Gewerkschaft, neue Strukturen zu schaffen, das sehe ich ganz positiv. Das Symposium, wo ich vor zwei Wochen war, da sind ja die ersten Sachen da. Wir müssten jetzt mehr mit Gewerkschaften aus anderen Ländern reden, wir müssen uns anders aufstellen. Das ist ein ganz wichtiger Fakt. Und wenn wir jetzt nicht ganz schnell machen, dann werden wir unter die Räder kommen. Denn wir haben dann das Druckmittel Gewerkschaft als Arbeitnehmer dann nicht mehr und dann wird die Gewerkschaft überflüssig. (5221)

5B: Zusammenarbeit mit anderen Ländern - das ist schon immer gewesen, wie mit den Franzosen. Jetzt mit den Polen und allem östlich davon, war ja noch nie so, ist eine relativ neue Sache. Ob Gewerkschaften Zug verpasst haben - weiß ich nicht, weil letztlich kannst du dich nur im Rahmen der Gesetze bewegen. Du kannst nicht unsere Gesetze nach Frankreich exportieren oder nach Polen - da lachen die sich halb tot. Die wären ja froh, wenn die unseren Standard haben, den wir jetzt haben. Und darum weiß ich nicht, ob wir den Zug verpasst haben. Aber die ganze Nation - teilweise die Politiker, die eigenen Leute auch, was SPD ist, die schimpfen auf die Gewerkschaften: Betonköpfe. Jeder Kommentar in der Zeitung - es gibt ja nur noch arbeitgeberfreundliche Zeitungen - wir sind immer die Bösen, die Gewerkschaften: Die verhindern

das, die bremsen - wir wären ja schon viel weiter, wir hätten ja gar keine Arbeitslosen mehr. Es liegt immer an den Gewerkschaften, und darum sind die auch unheimlich schlecht angesehen. Wir werden für alles Schlechte im Land verantwortlich gemacht. Viele glauben das ja - diese Medien, wie die heute sind, die privaten Medien, wie flach die berichten. Und selbst die öffentlich-rechtlichen passen sich ja denen an. Da kommt nichts mehr rüber, gar nichts. (5226)

Der grundsätzliche Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital (KE I) steht hier im Mittelpunkt der Diskussion. Dass die Gewerkschaften in der Defensive und geschwächt sind, wird offen angesprochen, ebenso die Notwendigkeit – aber auch die Schwierigkeiten, sich auch international durch aktives Handeln dagegen zu wehren (KE IX).

An dieser Stelle beenden wir die Wiedergabe und genaue Interpretation von Sequenzen aus der Gruppendiskussion 5. Es wird darauf zurückzukommen sein, wenn es in Abschnitt 4 um die Abwehr- und Anschlusspotenziale für Rechtsextremismus geht.

3.2 Kooperatives Gewerkschaftsverständnis. Eine Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems der Funktionäre

Diese Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems verdient aus zwei Gründen eine genauere Beschreibung. Zum einen wird sie, jedenfalls in einer unserer Gruppendiskussionen, der mit den Jugendfunktionären der IG BCE, relativ zusammenhängend vorgetragen, während die entgegen gesetzte, eher auf Konflikt und eigene Kraft setzende Variante ein weniger einheitliches Bild bietet. Es lässt sich beim kooperativen Gewerkschaftsverständnis also durchaus von einem bestimmten Typ des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems sprechen. Zum zweiten soll genauer gefragt werden, ob es bei diesem Typ spezifische Abwehr- und Anschlusspotenziale für – sowie auch Formen des Umgangs mit – Rechtsextremismus gibt (s. Abschnitt 4).

Ein Test für eine kooperative Haltung war die Zustimmung zum Impuls „Bündnisse mit Regierung und Arbeitgebern“. Die Frage war, wie unter KE VII dargelegt, in den meisten Gruppen umstritten. In zwei Gruppen aber gab es vollständige Zustimmung zur kooperativen Grundidee eines Bündnisses: Bei den Nachwuchskräften der IG BCE (4) und bei den Automobil-Betriebsräten der IG Metall (8).

Bei den Jugendfunktionären der IG BCE löste der „Bündnis“-Impuls eine Reihe differenzierter Antworten aus, denen gemeinsam ist, dass sie das Prinzip der Kooperation mit Regierung und

Arbeitgebern nicht in Frage stellen, sondern präziser zu definieren versuchen. Hier einige Beispiele:

4G: Bündnisse schließen? Gut, das kann man jetzt so sehen und so sehen. Ich sag dazu, dass wir unsere Mitglieder darauf hinweisen müssen, dass wir nicht immer nur auf den Straßenkampf gehen. Ob ich jetzt sagen würde: Bündnisse schließen – weil Bündnis heißt eigentlich: der eine hat Pflichten und der andere hat Pflichten, so sehe ich ein Bündnis – das würde ich nicht sehen. Nur wir sollten uns damit anfreunden, zukunftsorientiert zu denken. Und dann manchmal uns auch die Frage stellen, ob wir wirklich marktwirtschaftlich so durchhalten können, wenn wir uns nur auf den Straßenkampf beziehen und nur an uns denken. Wobei dann natürlich immer gut abzuklären ist, ob die Arbeitgeber oder die Regierung uns nicht nur was aufischt, was im Endeffekt nicht stimmt. (4067)

4A: Also ich bin auch der Meinung, dass Bündnisse direkt beruhen immer auf Dingen, die in diesem Fall für mich nicht wirklich relevant sind. Ich würde es eher Nichtangriffspakt nennen. Denn ich hab einfach nur den Fall, dass ich sage: ich streike nicht, bzw.: Ihr kommt uns entgegen, wir kommen euch entgegen. Das ist für mich so der Fall. Also Bündnisse würde ich da nicht eingehen. (4070)

4E: Ich würde eher behaupten, dass wir nicht mit Unternehmen und der Regierung Bündnisse eingehen sollten, um den Standort Deutschland zu schützen, sondern ich würde mich eher dafür aussprechen, dass man z.B. auf europäischer Ebene mit ausländischen Gewerkschaften zusammen Bündnisse eingeht, um auf europäischer Ebene die Rechte der Arbeitnehmer besser durchzusetzen. Ich würde also nicht sagen, dass wir den Standort Deutschland verteidigen müssen, sondern dass wir versuchen müssen, auch in anderen Ländern die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken. (4072)

4F: Ich würde jetzt mal der erste in der Runde sein, wo sagt: Bündnisse eingehen ist gar nicht so verkehrt. Weil ich denke, unsere momentane Lage hier in Deutschland ist wirklich nicht die beste. Unsere Arbeitslosigkeit wird eigentlich immer höher und Unternehmen wollen halt immer mehr ins Ausland abwandern, für Steuern zu sparen, für billigere Arbeitskräfte zu nehmen. Und ich denke halt nicht nur Regierung und Gewerkschaften müssen zusammenarbeiten: Ich finde auch der Konkurrenzkampf zwischen unseren zwei großen Parteien, SPD, CDU, wenn da irgendwelche Verabschiedungen im Bundestag sind, wie die sich gegenseitig blockieren, das führt uns einfach nicht nach vorne. Das wirft uns immer weiter nach hinten. Ich finde, die müssen halt irgendwann mal die Mauer einreißen und halt wirklich alle mal zusammen schaffen, sonst ist irgendwann Deutschland ganz pleite. (4074)

4A: Ich bin der Meinung, dass wir zwar helfen müssen, die wirtschaftliche Lage in Deutschland zu verbessern, als Gewerkschaft. Wir sollten auf jeden Fall darauf hinsteuern, dafür mit was zu tun. Denn ansonsten, wenn wir das nicht tun, werden wir am Ende wieder als Blockierer dargestellt, und unser schlechtes Image und hin und her... Aber auf der anderen Seite aus diesem Grund gleich ein Bündnis einzugehen, weiß ich nicht, ob das so... Es wäre eigentlich sinnvoller, wenn wir da zusammenarbeiten würden, aber ohne dieses Bündnis, ohne dieses feste Bündnis. Denn irgendwann kommt's dann soweit, dass die Regierung sagt: Hier Leute, das wird jetzt so und so gemacht! Und aufgrund dieses Bündnisses kann ich dann als Gewerkschaft nichts mehr dagegen tun. Und da verlieren wir dann wieder ein Stück an Macht, also meiner Meinung nach. (4078)

4C: Ich denke, dass ein Bündnis mit der Regierung, mit einzelnen Parteien für uns eine große Gefahr birgt. Und zwar wenn wir jetzt sagen, wir möchten ein Bündnis mit z.B. der SPD eingehen, dann gibt es irgendwann Wahlen und die CDU kommt ran. Und dann haben wir das Problem, dass wir ein Bündnis mit einer Partei haben, die eine untergeordnete Machtstellung hat. Damit würden wir eine Macht verlieren. D.h. wir würden von den Wahlperioden abhängig sein, weil wenn ich ein Bündnis mit der einen Partei schließe, dann kann ich nicht nach der nächsten

Wahlperiode einfach sagen, jetzt mach ich das Bündnis mit der anderen Partei. Ich bin eher der Meinung, ich möchte ein Bündnis mit Gewerkschaften anderer Länder oder auf Europaebene oder da würde ich sogar noch weiter gehen, zu versuchen, ein Welt – Welt ist jetzt übertrieben – aber mit den Wirtschaftsländern dieser Welt halt in ein Gespräch zu kommen, um da einen Konsens zu finden. (4081)

4F: Ich habe mich eben ein bisschen schlecht ausgedrückt, Bündnis mit der Regierung, ich habe eigentlich gemeint, Bündnis mit Politik allgemein. Wie ich eben auch gesagt habe, die Parteien sollen zusammenarbeiten, dass es so ein Kuchen [?] wird mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik. (4085)

4D: Wir sollten vielleicht nicht unbedingt Bündnisse schließen, weil dass sehr fest ist, aber aus meiner Sicht spricht nichts gegen ein Joint venture, sozusagen. Das wir bei Dingen, wo wir wirklich Ahnung von haben, was gerade Arbeitspolitik angeht, da mit Regierung und Parteien zusammen arbeiten und ihnen unsere Erfahrung nicht nur anbieten, sondern aktiv an diesen Entscheidungsprozessen auch mit teilnehmen können. Und was die Arbeitgeber angeht, haben wir auch kein Bündnis direkt, aber wir arbeiten sehr gut zusammen, was wir auch in unseren Tarifverträgen sehen können, die ja sehr zukunftsweisende Ideen schon inbegriffen haben. Wenn ich jetzt dran denke, wie die letzte Diskussion in den Tarifverträgen über die dauernde Fortbildung während man in der Arbeit steht. Das ist etwas, was uns als Wirtschaftsstandort in Deutschland durchaus fördern kann. Denn wir sorgen in dem Fall dafür, dass die Ausbildung nicht dann zu Ende ist, wenn wir in die Arbeit einsteigen, als Arbeiter, Angestellte, sondern dass wir auch weiterhin aktiv bleiben um weiter zu lernen. Das bringt schon Vorteile im Wirtschaftsstandort. (4086)

Hier wird das ganze begriffliche Arsenal kooperativer Gewerkschaftspolitik aufgeboten und entfaltet – was recht genau der Position der IG BCE im Spektrum der DGB-Gewerkschaften entspricht. Es lässt sich jedenfalls sagen, dass hier ein kooperatives, sozialpartnerschaftliches Denken aus Überzeugung, und nicht etwa nur als Produkt der Not, dominiert. Es wird noch zu zeigen sein, wie sich diese Antworten zur „Bündnis“-Frage in das gesamte Gewerkschaftsverständnis dieser Gruppe einfügen.

Die zweite Gruppe mit Zustimmung zum Bündnisgedanken ist die Gruppe von westdeutschen Automobil-Betriebsräten der IG Metall. Hier fällt die Begründung sehr viel reservierter aus. Im Prinzip fanden alle das – von ihrem Vorsitzenden Zwickel 1995 vorgestellte – Projekt eines „Bündnisses für Arbeit“, das 1998 auch im Wahlkampf der SPD eine zentrale Rolle gespielt hatte, richtig. Aber gewünscht wird ein – derzeit nicht vorhandenes Bündnis auf der Basis von gewerkschaftlicher Stärke.

8E: Ich wünsche mir – auch die Kollegen, glaub ich – dass die IG Metall eine Stärke hätte, um sehr wohl da oben zu sagen: „Freunde, so nicht!“ (8139)

Auf die Frage, ob sie dennoch im Prinzip ein Bündnis mit Regierung und Arbeitgebern zur Sicherung des deutschen Standortes befürworten würden, antworten alle mit ja, allerdings mit der Einschränkung:

Zur Einschränkung würde ich dann aber sagen, nicht dass die Arbeitgeber allein die Bedingungen stellen. (8147)

Eine sozialpartnerschaftlich-kooperative Politik, wie sie gerade in der Automobilindustrie und insbesondere im VW-Konzern, aus dem alle Teilnehmer kamen, Tradition hat, gilt weiterhin als Modell, ebenso eine Bündnispolitik mit einer im Gewerkschaftssinne regulierungswilligen Regierung. Das Problem ist aber aus der Sicht dieser Betriebsräte, dass Regierung und Arbeitgeber genau dieses Kooperationsmodell verlassen haben. Dennoch sehen die Diskutanten zu diesem Modell keine Alternative.

Inhaltlich liefern die Antworten aus beiden Gruppen viel Evidenz für die These, dass fast alle Diskutanten ein gemeinsames und relativ konsistentes gewerkschaftliches Überzeugungssystem aufweisen. Auch in den kooperativen Antworten zum „Bündnis-Impuls“ wurde implizit oder explizit ausgedrückt, dass den Gewerkschaften eine parteinehmende Position in einem Interessengegensatz zu den Arbeitgebern zugewiesen wurde, dass Gewerkschaften autonom von politischen Parteien sein sollten, dass sie sich mit eigenen Forderungen und Initiativen in die staatliche Politik einmischen sollten, dass ihre Aufgabe sei, in der derzeitigen Situation vor allem Verschlechterungen für Arbeitnehmer – Lohnsenkungen, Arbeitsplatzverlust – abzuwehren, dass sie sich stärker international ausrichten sollten und dass sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben stets zugleich druckausübungsfähig und kompromissbereit sein müssen (Kernelemente I, II, V, VII, IX).

Der Unterschied zwischen der hier dargestellten kooperativen Variante dieses Überzeugungssystems und der eher konfliktorientierten Variante kann also nicht darin liegen, dass die jeweils andere Seite des Spannungsfeldes von Druck- und Kompromissfähigkeit vollständig negiert würde. Kooperative Gewerkschafter wissen, dass ohne Druckpotenzial die Kooperationsbereitschaft der Gegenseite nachlässt, und konfliktbewusste Gewerkschafter wissen, dass jeder gewerkschaftliche Kampf in einen verbindlichen Kompromiss mündet. Der Unterschied liegt eher darin, ob die Kooperation mit Arbeitgebern und Regierung als eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste, Quelle der Stärke und der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften gesehen wird, oder ob in einer Situation des Rückzugs traditioneller Kooperationspartner auch ein Rückzug auf das autonom-gewerkschaftliche Druckpotenzial, auf die „eigene Kraft“, als möglich und strategisch sinnvoll angesehen wird. Ob die Gewerkschaften, wenn sie sich nicht anpassen und arrangieren, vom Untergang bedroht sind, oder ob sie die Chance haben, durch selbst organisierten Druck gegenüber Arbeitgebern und Politik ein den eigenen Interessen entsprechendes neues Arrangement durchzusetzen, das dürfte die Differenzlinie sein.

Der Nachwuchs der IG BCE und die Automobilbetriebsräte der IG Metall als Prototypen des kooperativen Gewerkschaftsverständnisses (das sich aber auch in fünf weiteren Gruppendiskussionen gezeigt hat) – sind sich in einem einig: Ohne Kooperation und Kooperationspartner wird die Gewerkschaft ohnmächtig, handlungsunfähig, hilflos, in ihrer Existenz gefährdet. Die Gewerkschaft lebt – auch oder vor allem – von ihrer Rolle als „intermediäre Organisation“ (Müller-Jentsch), was heute immer mehr heißt: als Juniorpartner im korporativen Wettbewerbsstaat. Trotz dieser Gemeinsamkeit gibt es offensichtliche Unterschiede: Die einen (IG BCE) sehen in der kooperativen, sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung der Gewerkschaft ein Zukunftsmodell, die anderen (IGM) ein Modell, dem sie eher nachtrauern, weil es von ihren bisherigen Kooperationspartnern wenn nicht aufgegeben, so doch mindestens in Frage gestellt und asymmetrisch umgestaltet worden ist. Es gibt also auch innerhalb der kooperativen Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems relevante Verzweigungen, die mit Strukturveränderungen der Arbeitswelt und deren Wahrnehmungen zusammenhängen.

Im Folgenden wird am Beispiel der IG BCE-Nachwuchsgruppe das kooperative Selbstverständnis als zusammenhängende Variante des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems beschrieben, und diesem dann die sozialpartnerschaftliche Variante der Automobil-Betriebsräte gegenübergestellt. Im Abschnitt vier werden die spezifischen Anziehungs- und Abwehrpunkte für Rechtsextremismus bei diesen Varianten erläutert.

3.2.1 *Der Fall der Jugendfunktionäre der IG BCE*

Ein in sich relativ konsistentes kooperatives Gewerkschaftsverständnis zeigte sich in der Runde mit den Jugendfunktionären der IG BCE als Gruppenmeinung. Dazu trug auch bei, dass die Moderation bei diesem Gespräch noch nicht mit der Frage nach dem Rechtsextremismus begann, sondern die ersten Impulse sich auf die Erwartungen an die Gewerkschaft bezogen.²²

Auf die Frage nach Erwartungen an die Gewerkschaft wurde als erstes genannt, die Gewerkschaft solle „Arbeitnehmerinteressen“ und „Mitgliederinteressen“ vertreten, aber dies wurde sogleich mit der Forderung verknüpft, sie solle „aufgeschlossen“ und „attraktiv“ sein, sie solle den „Wandel der Politik“ für sich zu nutzen versuchen (4005). Gewerkschaften müssten „auf den Zweig der Zukunftsorientierung kommen“ fügte ein anderer an und gefragt, was er damit meine, präziserte er, man müsse weg vom „Dinosaurier“-Image; die Organisation müsse modernisiert werden (4015,4016). Ein anderer, zukünftig hauptamtlicher Funktionär fügte an, die Gewerkschaft müsse das schlechte Bild, das sie in den Medien biete, loswerden und den Mit-

22 Diese Reihenfolge wurde danach aus im methodischen Teil dargestellten Gründen umgekehrt.

gliedern mehr Service-Angebote liefern (4017). Andere ergänzten dieses stark vom Modernisierungsdiskurs geprägte Bild um weitere Elemente: Gewerkschaften sollten für die Gesellschaft transparent sein und ihre Meinung klar machen (4006), sie sollten sich auch um Arbeitslose kümmern (4009) und unabhängiger von Parteien werden (4011).

Die Frage, ob die Gewerkschaften einen Machtverlust erlitten hätten und ob sie noch Schutz böten, wurde mit einer Erörterung unterschiedlicher Machtquellen beantwortet. Machtverlust sei noch nicht eingetreten, drohe aber bei weiterem Mitgliederschwund (4020) und auch bei Überalterung der Mitglieder (4028). Gewerkschaften hätten noch Macht, weil ihr Partner SPD an der Regierung sei (4022). Macht der Gewerkschaften beruhe auf politischem Einfluss (4028).

Hier wird sehr deutlich, was zuvor als Kennzeichen des kooperativen Gewerkschaftsverständnisses hervorgehoben wurde: Die eigene Macht als Gewerkschaft ist zwar auch von den Mitgliedern abhängig, daneben aber ebenso von jenem politischen Einfluss, der durch Kooperation mit der Politik und den Arbeitgebern entsteht. Das zeigt sich, als der Diskurs sich der weniger kooperativen Politik der Schwestergewerkschaft IG Metall zuwendet, die in Ostdeutschland zuvor einen Streik um die Angleichung der tariflichen Wochenarbeitszeit an Westdeutschland verloren hatte.

Macht sei noch da, aber verlorene Streiks wie bei der IG Metall schaden, weil dann die Mitglieder enttäuscht würden und politischer Einfluss verloren gehe. „Verhandlungen wären besser als zu streiken.“ (4030) Die Probleme der IG Metall beim Flächentarifvertrag im Osten zeigten, dass „die Machtfrage ganz neu definiert wird“ (4032). Dagegen wird eingewandt, dass die IG BCE, weil sie so wenig streikt, auch zu wenig in den Medien vorkomme – und dann sagen die Mitglieder: „Die Gewerkschaft macht nicht mehr – wir haben keine Macht.“ (4037). Dagegen wird aber an der kooperativen und mit den Arbeitgebern konsensualen Tarifpolitik festgehalten. Die BCE schaffe es eben auch ohne Streiks – es sei sinnlos, „wegen 0,2 Prozent auf die Straße zu gehen“ (4040). „Bei uns wird vernünftig verhandelt, die Tarifpartner gehen aufeinander zu. Wir sollen nicht krampfhaft versuchen in die Medien zu kommen oder des Streiks wegen zu streiken.“ (4043) Es reiche in die Medien zu kommen, um das Erreichte bekannt zu machen (4045).

Es schließt sich eine Debatte über das notwendige Maß gewerkschaftlicher Konfliktbereitschaft an. Es sei richtig, dass die Gewerkschaften „vernünftig verhandeln“, aber können sie die Mitglieder jemals mobilisieren? (4047). Konfliktbereitschaft und Streik sei nur das „letzte Mittel“ (4053). Konfliktbereitschaft sei schon notwendig, aber die Gewerkschaften müssten vor allem

das „Blockierer-Image“ loswerden, konsensbereit sein. Dabei dürften sie sich „nicht vom Wege abbringen lassen“ (4052).

Dass man es anders machen will als die IG Metall, ist Gruppenkonsens, auch bei denen, die Zweifel an der eigenen Mobilisierungsfähigkeit haben. Es müsse gefragt werden, warum die IG Metall gestreikt hat. Die Gewerkschaft solle konfliktbereit sein, aber nicht von vornherein eine Gegenmacht darstellen. Allerdings: Wenn sie kein Streikpotenzial habe, dann verliere sie auch ihre Handlungsfähigkeit (4057,4058). Die Mobilisierungsfähigkeit der IG BCE hänge nicht von der Streikhäufigkeit ab, denn „für die Mitglieder zählen Argumente. Das Problem ist dann die richtige Kommunikation“ (4060). Die Diskussionssequenz schließt mit einem klaren Bekenntnis zu Verhandlungen und Partnerschaft mit den Arbeitgebern: Ein Streik mache die Verhandlungsbasis und das Vertrauen kaputt. Die Partnerschaft zwischen IG BCE und Chemie-Arbeitgeberverband sei sehr gut (4062). Man könne auf die Verhandlungen und auf das Erreichte stolz sein (4064).

Dieses eindrucksvolle Gruppenbekenntnis zu einem Kooperationskurs korrespondiert mit einem Verständnis der Organisation als Dienstleister für die Mitglieder. Mitglieder könnten eher durch zu viel Mobilisierung oder auch durch zu starke politische Positionierung der Gewerkschaft abgeschreckt werden:

Die Mitglieder haben unterschiedliche politische Meinungen, darauf müsse die Gewerkschaft achten, wenn sie politische Position beziehe, sonst könne sie Mitglieder verlieren. (4034)

Dagegen sei es völlig in Ordnung, wenn Mitglieder im Wesentlichen passiv bleiben und von der Gewerkschaft Leistungen erwarteten. Die Impulsfrage, ob es so etwas wie „den guten, den aktiven Gewerkschafter“ gibt, wird verneint: Auch ein nur zahlender Gewerkschafter sei ein guter Gewerkschafter. „Alle Mitglieder sind gut – schlechte Gewerkschafter sind die, die nicht in der Gewerkschaft sind.“ (4155). „Wir brauchen alle.“ (4132). Von den Mitgliedern könne man auch nicht unter allen Umständen erwarten, dass sie sich gegenüber gewerkschaftsfeindlichen Vorgesetzten als Gewerkschafter outen (4163). Hier wird in aller Deutlichkeit einer Stellvertreterpolitik (Kernelement VI) das Wort geredet. Die Angewiesenheit auf aktives Handeln der Mitglieder ist bei dieser Variante zwar nicht vollständig ausgeblendet, aber sie gehört nicht zum gewöhnlichen Repertoire der Gewerkschaftsarbeit – auch nicht im Betrieb.

Leben die Diskutanten aus dem Nachwuchs der IG BCE also in einer intakten Welt der erfolgreichen, auf Kooperation und Dienstleistung ausgerichteten Gewerkschaftspolitik? Wie steht es mit dem Strukturwandel der Arbeitswelt, mit Konkurrenzverschärfung und Krisenanzeichen? –

Die Signale werden wahrgenommen, aber insgesamt doch eher als noch aus weiter Ferne kommend, wenngleich die Bedrohung sich zu nähern scheint. Der eigene Bereich ist (noch) nicht wirklich erfasst. Das zeigt sich bei den Themen Solidarität und Internationalismus.

Es wird gesagt, dass die Solidarität bei gewerkschaftlichen Aktionen und Kampagnen funktioniere, dass sie aber in den Belegschaften und Betrieben nachlasse. Es gebe „mehr Egoismus als früher“ (4117), wenn der Arbeitsplatz gefährdet sei, höre die Solidarität auf. Berichtet wird über einzelne Solidaritätsaktionen für Bergleute in Südafrika und anderen Ländern. Mehrfach wird auf die asiatische Konkurrenz verwiesen, gegen die man sich einerseits durch deutsche „Qualität“ (4105) behaupten, die man aber auch durch Verbesserung der Standards und Stärkung der Gewerkschaften in Asien entschärfen müsse. Hingewiesen wird auf die Notwendigkeit, die europäische Kooperation der Gewerkschaften zu verbessern. Insgesamt scheint für diese jungen Gewerkschafter der Kernbereich gewerkschaftlich organisierter Solidarität noch nicht gefährdet. Erst bei der – in diesem Gruppengespräch am Ende gestellten – Frage nach Anknüpfungspunkten für Rechtsextremismus wird die Wirkung von Konkurrenz und Existenzangst etwas drastischer beschrieben, allerdings erscheint sie auch dann oft als Ergebnis unzureichender Information.

Schließlich geht das kooperative Gewerkschaftsverständnis dieser Jugendfunktionäre mit einer ausgeprägten Neigung zu moralischen und idealistischen Argumenten einher. So merkt z.B. der angehende Hauptamtliche an, wenn durch unsere Hilfe zur Stärkung der Gewerkschaften in Billiglohnländern dort die Löhne steigen sollten, damit wir weniger Konkurrenzdruck haben, dann gehe es um unseren „eigenen Vorteil“ und nicht um Solidarität (4128).

Solidarität wäre demnach nur dann „echt“, wenn sie rein altruistisch motiviert wäre. An anderer Stelle debattieren die Teilnehmer darüber, ob soziale Gerechtigkeit im Sinne von Umverteilung zu rechtfertigen wäre, oder ob sie nicht – so zwei Diskutanten – auf „Neid“ beruhe oder gegenüber den Besitzenden „intolerant“ wäre. Einige Teilnehmer gewichten hier die politisch-moralischen Werte höher als die sonst in gewerkschaftlichen Diskursen vorrangigen Interessenstandpunkte. Allerdings ernten sie damit auch deutlichen Widerspruch bei anderen Teilnehmern:

Ich muss dazu sagen, dass bei mir die Demokratie an einem gewissen Punkt ausgesetzt ist, und das fängt bei mir an bei der Geburt des Menschen, sozusagen. Wenn ich jetzt aus der Mittelschicht geboren bin, habe ich durchschnittliche Chancen, etwas zu erreichen. Bin ich jetzt aber in der Oberschicht geboren und meine Familie hat dementsprechend finanziellen Background, dann habe ich von Anfang an die bestmöglichen Bildungsstätten, usw. und rein theoretisch läuft es von der Geburt an auf eine Spitzenstelle in irgendwelchen Firmen hin. Und das ist für mich auch ein Part der Demokratie. Jeder sollte, wie es bei uns festgelegt ist, die gleichen

Möglichkeiten haben – und das sehe ich leider nicht gegeben. Daher habe ich auch diese Vorurteile. Wenn ich mich z.B. zurückerinnere an meine Zeit, wo ich noch in der Schule war, und da ist ein 18jähriger mit einem Mercedes vorgefahren, dann sag ich: Na guck dir den an, der hat reiche Eltern. Und da fängt es bei mir schon an, dass ich intolerant bin ihm gegenüber. (4188)

Insgesamt ergibt sich ein tendenziell elitäres Gewerkschaftsverständnis: Von den Mitgliedern wird keine besondere politische Überzeugung und nur in Ausnahmefällen eigene Aktivität erwartet, die haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre sehen sich dagegen als Elite der Gutinformierten, die die Interessen der Mitglieder mit Vernunft und guten Argumenten in Kooperation mit der prinzipiell als ebenfalls vernünftig und gutwillig handelnden Arbeitgeberseite und „der Politik“ vertreten. Diese relativ strikte Teilung in aufgeklärte und politisch motivierte Elite und „durchschnittliche“, rein ökonomisch motivierte Mitgliedermasse (vgl. Kernelemente V und VI des Überzeugungssystems) hat, wie noch zu zeigen sein wird, Folgen für die Einschätzung der Anfälligkeit der Mitglieder für Rechtsextremismus.

3.2.2 Der Fall Automobil-Betriebsräte der IG Metall

Die fünf Automobil-Betriebsräte von VW und Audi zeigten in ihrem Gruppengespräch weit weniger ein konsistentes kooperatives Gewerkschaftsverständnis. Für sie war klar, dass Konfliktbereitschaft und Kooperation zusammengehören. Auch hinsichtlich der übrigen Elemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems entsprechen sie eher dem Durchschnitt: Es wurde schlicht vorausgesetzt, dass Gewerkschaften Arbeitnehmerinteressen vertreten, damit auch einen Gegenpol bilden, Solidarität organisieren, zugleich aber auch realistisch ihre Grenzen sehen sollten.

Ja Gott, als Vertrauensmann tritt man ja von Haus aus für seine Kollegen ein, aber immer nur im bestimmten Rahmen, des wo ich vertreten kann. Irgendwo kommt einmal eine Schmerzgrenze, wo ich sag: „Freund, bis hier her und dann ist Schluss, weil das musst dann selber ausbrocken, die Suppen.“ Also, weiß nicht recht, ich glaub des ist... bestimmte Sachen kann man oft machen, aber irgendwann ist das erreicht, wo ich sag, jetzt nimmer. (8050)

Die prinzipielle Bereitschaft zur Kooperation scheint bei dieser Gruppe eher Erfahrung langjähriger sozialpartnerschaftlicher Praxis im VW-Konzern zu sein. Sie ist nicht, wie bei der Gruppe der IG BCE Jugendfunktionäre in ein komplett kooperatives, das Austragen von Konflikten generell als schädlich einstuftendes Gesamtbild eingebettet. Allerdings ist klar, dass den Diskutanten eine Alternative zur kooperativen Politik der Gewerkschaften und der Betriebsräte nicht in den Sinn kommt.

Wie beim BCE-Nachwuchs wird der eigene Arbeitsbereich noch als relativ unberührt von den gravierendsten Folgen des Strukturwandels angesehen. Auf die direkte Frage:

Bei Audi und VW gibt's die Existenzangst noch nicht?

erfolgt zunächst spontane Bestätigung: „Nein“ – aber dann wird sofort über die Folgen kommender Existenzangst nachgedacht:

Wobei ich sagen muss: Nicht nur ausländische Mitarbeiter wären das Ziel, sondern auch schwache deutsche. Also das würd sich dann der Starke gegen den Schwachen versuchen – wir haben das Thema heut gehabt, egal ob durch Mobbing oder durch sonst was – seine Position zu sichern und den anderen hinauszudrängen. [Einwurf: Ellenbogenfaktor]. Der Ellenbogenfaktor wäre dann sofort da. (8132)

Zu den Schwachen müsste man auch die älteren Mitarbeiter dazurechnen, selbstverständlich. Auch diese wären dann in der Reihenfolge ganz hinten, wenn's soweit ist. (8133)

Die Perspektive der Konkurrenzverschärfung erscheint bei dieser Gruppe schon recht nahe gerückt, die Welt der Sozialpartnerschaft ist längst nicht mehr heil. Zwar wird Solidarität in gewerkschaftlichen Tarifrunden noch als vorhanden angesehen (8095), aber im Verhältnis der Beschäftigten zueinander und zur Gewerkschaft ist schon ein Wandel eingetreten:

Also ich denk das Ziel von den Gewerkschaften, oder der Grund, warum man in der Gewerkschaft ist, hat sich sehr verändert. Wenn man von der Gründungszeit hersieht und das jetzt, diese Solidarität unter den Arbeitern, auch unter den Gewerkschaftern, ist nicht mehr so ausgeprägt, wie man das vielleicht meint nach draußen. Es herrscht jetzt ein Ich-Denken, und das ist eigentlich gleich, ob der jetzt Gewerkschafter ist oder nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Es ist die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst, was alles kommt, und da mächts also keinen Unterschied, ob er Gewerkschafter ist oder nicht. Es sei denn, es geht darüber hinaus, dass ich Vertrauensmann bin, der wo sehr wohl ein bisschen den Unterschied kennen sollte, und auch da sensibel reagieren sollte, und der wo ja auch auf diese Dinge angesprochen wird, damit konfrontiert wird, mehr oder weniger. Aber der ganz – ich sag jetzt mal, ohne abwertend zu sein – der ganz normale Arbeiter, der wo am Band steht und seine vier Schrauben neidreht [Einwurf: Dem ist das wurscht!], dem ist das gleich. Absolut. (8025)

Bei dieser Gruppe kooperativer Gewerkschafter ist die Zukunft sehr viel negativer besetzt als bei den jungen Kollegen von der IG BCE.²³ Das wirkt sich auch auf die Einschätzung des Rechtsextremismus aus.

23 Im Übrigen beurteilen sie auch die Regierungspolitik von Rot-Grün wesentlich negativer als die BCE-Gruppe.

4. Abwehr- und Anschlusspotenziale für Rechtsextremismus im gewerkschaftlichen Überzeugungssystem der Funktionäre

4.1 Abwehrpotenziale

Deutliche Abwehrpotenziale liegen im Gleichheitsprinzip (III), in der – allerdings schwindenden – Solidarität (VIII), im Internationalitätsprinzip (IX), im Prinzip der Mitbestimmung und Partizipation (X) sowie im politischen Selbstverständnis und Engagement der Funktionäre (V). Hier liegen auch aus der Sicht der Befragten die absoluten Grenzen „gegen rechts“.

4.1.1 Gleichheitsprinzip

Am deutlichsten wurde das Prinzip der Gleichheit aller, als Ablehnung von Unterschieden wegen ethnischer Herkunft, auf die Frage nach einem deutschnationalen Gewerkschaftsverständnis geäußert. Die Impulsfrage *„Sollen Gewerkschafter Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche sichern?“* wurde aus Sicht der Diskutanten durchweg verneint. Emphatisch und emotional wurde betont, dass die Gewerkschaften alle Kollegen unabhängig von Nationalität und Herkunft organisieren und vertreten. Einige sagten: Wenn das anders würde, wäre dies ein Austrittsgrund aus der Gewerkschaft (z.B. 3092). Verwiesen wurde auch auf den real-sozialen Hintergrund dieses Prinzips: Belegschaften seien real multinational zusammengesetzt (z.B. Reinigungsfirmen bei IG BAU, eine Werft in Flensburg), so dass für eine Verteidigung von Arbeitsplätzen „nur für Deutsche“ jede Grundlage fehle. Dass 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder der Forderung zugestimmt hatten, überraschte mehr als die generelle rechtsextreme Einstellung von 20 Prozent der Mitglieder (wie der Nicht-Mitglieder). Einige hatten erwartet, dass die Anerkennung von Multinationalität doch inzwischen gelernt worden sei. Dafür wurden auch Beispiele erzählt: *„Wir, in unserer Gewerkschaft (GdP) sind eine Solidargemeinschaft. Dazu gehören Türken, Polen, Kroaten. Nie würde jemand auf so eine Idee kommen.“* (1078)

Hinsichtlich der Gewerkschaftsmitglieder wurde befürchtet, dass bei verschärftem Entlassungsdruck die Stimmung in Richtung „Deutsche zuerst“ zunehmen könnte. Heute würden solche Stimmen noch eher hinter vorgehaltener Hand laut.

Es zeigt sich, dass das Gleichheitsprinzip sowohl mit gewerkschaftlichem Funktionsverständnis als auch politisch-moralisch begründet wurde. Es ist also ein typischer Bestandteil eines spezifisch gewerkschaftlichen – und nicht nur eines allgemein freiheitlich-demokratischen oder menschenrechtlichen – Überzeugungssystems. Von vielen unserer Gesprächspartner wurde an

dieser Stelle, beim Gleichheitsprinzip, ausdrücklich der Bruchpunkt mit rechtsextremem Gedankengut gesehen.

Das Gleichheitsprinzip bezog sich auf die Gemeinsamkeit, Gewerkschaftsmitglieder bzw. Belegschaftsangehörige zu sein. Belegschaften sind multikulturell und als solche gilt es, Arbeitsplätze zu verteidigen. Die klare Abwehr eines „Deutschenprimats“ bedeutet nicht notwendigerweise die Ablehnung eines Inländer- oder Insiderprimats bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen. Man ist sich einig, dass Unterbietungskonkurrenz von Außenseitern, also auch von Ausländern, abzuwehren ist. Außenseiter sind nicht Ausländer oder Fremdstämmige per se, sondern die Konkurrenz aus dem Ausland oder aus dem Inland, die nicht unter gewerkschaftlich geregelten Bedingungen arbeitet. Betont wird die Unterbietung, das "Billig-sein" als abwertendes Merkmal, das das gewachsene System, an dem man teilhat, gefährdet. Solche Konkurrenzen werden nicht mit ethnisch oder gar mit rassistischen Untertönen abgelehnt, sie werden auch nicht für das Problem verantwortlich gemacht. Darauf haben die Diskutanten streng geachtet. Wie wir allerdings oben unter Punkt III der Kernelemente bereits angemerkt haben, kann die unmittelbare Angst um den Arbeitsplatzverlust zu Auswahlentscheidungen führen, die ethnisch begründet werden. Manche Gesprächsteilnehmer sahen die prinzipielle Ablehnung von "Deutschen zuerst" bei der Mehrheit der Mitgliedschaft als nicht dauerhaft gesichert an.

Hinsichtlich der Verteidigung des Gleichheitsprinzips gegen rechtsextreme Ungleichheitsideologien war kein Unterschied zwischen eher kooperativ und eher konfliktorientiert eingestellten Funktionären zu erkennen.

4.1.2 Internationalitätsprinzip

Alle Diskutanten erwiesen sich als gewerkschaftliche Internationalisten mindestens insofern, als sie die Notwendigkeit, dass Gewerkschaften stärker international handeln müssten, hervorhoben. Die Botschaft wurde fast immer damit begründet, dass das Kapital zunehmend international agiere – auch der Internationalismus ist kein rein politisch-moralisches Postulat, sondern eng mit einem Grundverständnis von Gewerkschaften als Gegenpol (Kernelement I) verbunden. Ein zweiter, häufig genannter Grund für eine grenzüberschreitende Kooperation der Gewerkschaften war die Durchsetzung von besseren Arbeitsstandards in anderen Ländern.

In den Gesprächen haben wir nicht nur nach der Existenz und dem Sinn einer internationalen Gewerkschaftsarbeit gefragt, sondern auch danach, ob nicht den Herausforderungen der Globalisierung eben so gut durch eine national fixierte Politik begegnet werden könnte. Dazu nannten wir zwei Varianten der Problemlösung: Nationaler Standortkorporatismus, wie er auch im

vorherrschenden öffentlichen Diskurs vertreten wird und Rückzug auf den Nationalstaat, um soziale Standards zu sichern, eine typische Forderung rechtsextremer Globalisierungskritik.

Schon die Forderung nach Bündnissen zwecks Standortsicherung fand nur wenig Zustimmung. Auch in der Gruppe der BCE-Jugend, in der die Befürwortung von Kooperation mit den Arbeitgebern einhellig war, traf sie auf Skepsis. In einigen anderen Gesprächen war sie Gegenstand von Kontroversen in der Gruppe (z.B. ver.di-Senioren, IGM-Ost). Hier spielte die Enttäuschung über Ergebnislosigkeit und Scheitern von nationalen und betrieblichen „Bündnissen für Arbeit“ mit.

Auf komplette Ablehnung stieß die Rückzugsvariante: Dass der Nationalstaat nicht in der Lage sein werde soziale Standards zu sichern, war Gemeingut. Von einigen (DGB-Brandenburg, IG BCE-Jugend) wurde auch ausdrücklich gesagt, dass hier ein Einfallstor für Rechtsextremismus liege. Breite Übereinstimmung gab es aber auch darüber, dass die Gewerkschaften und die Politik den durch Globalisierung entstandenen Ungleichgewichten durch mehr transnationale Regulierung, mehr Entwicklungshilfe, Stärkung internationaler Standards im Arbeits- und Sozialbereich, Unterstützung von Gewerkschaften in Niedriglohnländern entgegenzuwirken hätten. Dabei wurde meist die geringe reale Bedeutung der internationalen Gewerkschaftsbewegung beklagt, aber auch einzelne positive Erfahrungen internationaler Zusammenarbeit hervorgehoben. Auch die europäische Zusammenarbeit – wo bereits praktiziert – ist in diesem Zusammenhang positiv besetzt.

Es zeigt sich also, dass auch im Internationalismus der Diskutanten ein Abwehrpotenzial gegen Rechtsextremismus liegt. Dieser Internationalismus wird aus der Funktionsbestimmung der Gewerkschaften (und nicht nur menschenrechtlich) begründet, und er wird rechtsextremen Deutungen von Globalisierungsgefahren bewusst entgegengesetzt. Gewerkschaften werden als kollektive Akteure verstanden, die in der Lage sind, die erforderliche Internationalität zu entwickeln, die eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer in einer zunehmend grenzenlosen Auseinandersetzung erfordert.

In einigen Gesprächssequenzen deutete sich ein Gegensatz zwischen Internationalismus und nationaler Standortverteidigung an. Kennzeichnend gerade für die kooperative Variante des Selbstverständnisses war es aber, hier keinen grundsätzlichen Widerspruch zu sehen, sondern Standortverteidigung und Unterstützung von Gewerkschaften weltweit eher als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten.

4.1.3 Solidarität

Die Eindeutigkeit, mit der die Parole "Deutsche zuerst" abgelehnt wurde, und die allgemeine Beteuerung zumindest einer spürbaren Kollegialität in multikulturellen Belegschaften, könnte so verstanden werden, dass das hohe gewerkschaftliche Gut der Solidarität intakt und lebendig sei. Dies war mitnichten der Fall: Wenn wir direkt fragten, ob es Solidarität unter den Kollegen gebe, war die Antwort oft ein Aufschrei, den man in anderen Zusammenhängen vielleicht sogar hysterisch oder traumatisch nennen würde, jedenfalls eine gewaltige emotionale Klage darüber, dass es Solidarität nicht mehr gebe. Dabei bestand für unsere Gesprächspartner kein Zweifel daran, dass Solidarität das Lebenselixier der Gewerkschaften ist – gerade deshalb ging es bei dieser Frage vielen an den Nerv ihres persönlichen Überzeugungssystems.

An dieser Stelle geht es um das Abwehrpotenzial der Solidarität gegen Rechtsextremismus. Dass die Diskutanten ein solches Potenzial in der kollektiven und solidarischen Durchsetzung von menschenwürdigen Arbeits- und Lebensstandards sahen, machten sie eher durch Negation deutlich: Wenn jeder die Erfahrung mache, dass „jeder sich selbst der nächste“ sei (ein sehr häufig vorkommender Topos) oder wenn "Chaos" in der Politik vorherrschend sei, dann sei es kein Wunder, wenn viele Leute rechtsextrem dächten. Sie seien dann ja auf sich gestellt, suchten Aggression bei Schwachen abzuladen, folgten demagogischen Deutungen, riefen aus Wut und Not nach der „starken Hand“. Genauer dazu unter Abschnitt 4.2 „Anschlusspotenziale“.

Es zeigt sich, dass Solidarität für unsere Gesprächspartner ein logisch notwendiges und empirisch leider immer mehr sich auflösendes Moment von Gewerkschaftlichkeit und von Abwehr des Rechtsextremismus ist. *Der Schlaf der Solidarität gebiert Ungeheuer*, so könnten sie in Anlehnung an Goya sagen.

Wie kann es aber sein, dass das Prinzip der Gleichheit vehement verteidigt und als in der Regel allgemein gültig beschrieben wird, während zugleich beklagt wird, dass die Solidarität – ein hohes gewerkschaftliches Gut – äußerst brüchig oder gar verschwunden sei? Eine mögliche Interpretation ist, dass der Produktionsprozess und die Arbeitsorganisation zwar eine gewisse Gleichheit herstellen, nicht aber solidarisches Verhalten verlangen oder einüben. Belegschaften sind aus sehr unterschiedlichen Menschen zusammengesetzt, die im Produktionsprozess als – auf der jeweiligen Hierarchiestufe – gleiche, gleichgestellte Kollegen funktionieren: Für die Stellung im Produktionsprozess macht es z.B. keinen Unterschied, welche ethnische Herkunft jemand hat. Die Arbeitsorganisation erfordert nicht, oder nicht immer und nicht von selber, dass die Gleichgestellten auch „solidarisch“ einander unterstützen und miteinander kooperieren. Erst recht wird im Arbeitsprozess eine kollektive, solidarische Abwehr von Zumutungen, etwa durch

gemeinsame Leistungszurückhaltung, nicht von selber gelernt. Solidarität wird nicht als Merkmal des Verwertungsprozesses begründet, sondern als gewerkschaftliches Prinzip, als Instrument für eine eigene (Mit)Bestimmung des Arbeitsprozesses. Viele Teilnehmer haben in den Gesprächen erklärt, die Solidarität sei auf der gewerkschaftlichen Ebene vorhanden, wenn es um den Tarifvertrag gehe. Dagegen würde sie bei innerbetrieblichen Themen und Konflikten bröckeln oder wäre schon verschwunden, nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Verwertungsdrucks und der Intensivierung der Arbeit. Je brüchiger die Solidarität, desto schwächer die Regelungskapazität der Gewerkschaft. Und auch: Desto höher die Anfälligkeit für Rechtsextremismus aus Hilflosigkeit und Ohnmacht (s.u. 4.2).

4.1.4 Eigenaktivität und Stellvertreterpolitik

In unserer quantitativen Befragung hatte sich eine Zweiteilung von Elementen ergeben, die wir als zusammengehörig in einem gewerkschaftsbezogenen Überzeugungssystem vermutet hatten. Wir hatten zwei qua Faktorenanalyse gefundene verschiedene Dimensionen zu gewerkschaftlichen Handlungskonzepten mit „gesellschaftliches Gegengewicht“ einerseits und mit „konfliktbereite betriebliche Interessenvertretung“ andererseits benannt. Für die Richtung „Gegengewicht“ ergab sich eine positive Korrelation zu rechtsextremen Einstellungen. Wir konfrontierten die Gesprächspartner mit dieser Differenz. Überwiegend ergab sich, dass diese keinen Gegensatz zwischen konfliktbereiter Interessenvertretung im Betrieb und gesellschaftlich-politischem Gegengewicht sahen: Gewerkschaften sollten beides tun – im Betrieb und gesamtgesellschaftlich einen Gegenpol zu den Arbeitgebern bilden. Auch kam keine Differenz in den Gesprächen in dem Sinne vor, dass die Dimension "gesellschaftliches Gegengewicht" mit Stellvertreterpolitik verbunden, während "konfliktbereite betriebliche Interessenvertretung" als aktive Partizipation verstanden wurde. Wie wir bereits unter Kemelement VI gezeigt haben, ist Gewerkschaftsarbeit für die Funktionäre – im Betrieb wie auf gesellschaftspolitischer Ebene – Stellvertreterpolitik. Die Funktionäre sehen gerade in ihrem gewerkschaftspolitischen Verständnis, wonach ökonomische und politische Themen eine unauflösliche Einheit bilden (Kemelement V), keine Anfälligkeit für Autoritarismus, sondern eher eine Garantie für Demokratie, Stabilität und Wohlstand.

Was die eher als passiv und als politisch uninteressiert oder unmotiviert angesehene Mitgliedschaft angeht, ist die Einstellungslage eine andere. Die meisten Funktionäre bedauern die Passivität der Mitglieder, empfinden diese oft als frustrierend und als Verlust für die Gewerkschaft, aber auch als ein allgemeines und nicht zu änderndes Phänomen. Nur in einigen der Gespräche wurde die Differenz zwischen „Selber etwas tun“ und einer Akzeptanz von Stellvertretern

als Problem angesehen und ein Gegensatz zwischen Eigenaktivität und autoritären Erwartungen an „Die da oben“ erkannt.

Uns scheint, dass die autoritären Potenziale der Stellvertreterpolitik von den Diskussionspartnern unterschätzt wurden. Oder, um es positiver zu wenden: Es wurde selten gesehen, dass in der Eigenaktivität der Kolleginnen und Kollegen, sofern diese nicht in frustrierenden Niederlagen endet, sondern die Erfahrung stützt, durch eigenes Handeln etwas bewirken zu können, ein Abwehrpotenzial gegen Rechtsextremismus enthalten ist. Dies war ein Ergebnis der Repräsentativbefragung, das in den Erfahrungen der Funktionäre kaum eine Entsprechung hat.

Das gilt insbesondere für das kooperative Gewerkschaftsverständnis: Wie gezeigt, fanden es die Jugendfunktionäre der IG BCE normal, dass die Masse der Mitglieder passiv ist und Service-Erwartungen an die Gewerkschaft hat. Diese Haltung gibt für die Abwehr von Rechtsextremismus durch Eigenaktivität nichts her.

4.1.5 Politisches Selbstverständnis

Die Frage, ob die Gleichverteilung von Rechtsextremismus bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Gewerkschaften überraschend sei, war nach der ersten Gruppe stets Anfangsimpuls der Gruppengespräche. Die Reaktionen waren verschieden, zuweilen auch kontrovers. Diejenigen, die nicht überrascht waren, begründeten dies mit einer rein ökonomischen Funktionsbestimmung der Gewerkschaften, und diejenigen, die überrascht waren, mit einer auch politischen Zielbestimmung. Wer die Gewerkschaften als Arbeitsmarktkartell sieht, und dementsprechend Solidarität auch ausschließlich ökonomisch, als Konkurrenzminderung, definiert, muss nicht überrascht sein, dass unter den Kartellgenossen genauso viele Rechtsextreme sind wie in der Gesamtbevölkerung. Wer Gewerkschaften – auch – als Wertegemeinschaft sieht, ist erschreckt, dass von dieser Wertegemeinschaft kein Abwehreffekt „gegen rechts“ ausgeht. Wer Gewerkschaften für „eigentlich links“ hält, sieht darin selbstverständlich auch ein Abwehrmoment „gegen rechts“. Es wurde auch die Erwartung geäußert, dass die Funktionäre überhaupt nicht rechtsextrem seien, weil die ja politische Motive hätten – was der Tendenz nach ja durch die quantitative Befragung bestätigt wird.

Es zeigt sich also, dass ein nicht nur ökonomisches sondern auch politisches Selbstverständnis der Gewerkschaften geeignet ist, Rechtsextremismus abzuwehren. Insbesondere ein linkes politisches Selbstverständnis sollte dazu in der Lage sein. Das ist in Grenzen auch der Fall.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang auf den Spezialfall eines „traditionssozialistischen“ politischen Einstellungsmusters eingegangen werden. Nach den Ergebnissen unserer Repräsentativbefragung immunisierte ein solches Einstellungsmuster nicht nur nicht gegen Rechtsextremismus, sondern korrelierte sogar positiv damit. Wir konfrontierten in den Gruppendiskussionen die Teilnehmer mit diesem Befund, teilten unsere eigene Überraschung darüber mit und fragten nach Erklärungen. Wir sagten auch genau, wie wir „TRADSOZ“ gemessen hatten: als Zustimmung zur Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen, zur Weiterexistenz eines grundlegenden Klassenkonflikts zwischen „Besitzenden“ und „Arbeitenden“ und zu der Aussage, dass es im Kapitalismus keine wahre Demokratie geben könne.

Am wenigsten überrascht waren die kooperativ gesinnten Jugendfunktionäre der IG BCE, denen selber jede Art von traditionssozialistischer Vorstellung sehr fern lag. Einige von ihnen verwiesen auf punktuelle historische Gemeinsamkeiten von rechten und linken Bewegungen (4296, 4278). Andere hielten insbesondere die Verstaatlichungsforderung für logisch passend zu nationalistischen Programmen der Rechtsextremen: Könnten doch, jedenfalls in der Vorstellung der Rechten, verstaatlichte Unternehmen besser zum Schutz von Arbeitsplätzen für Deutsche verpflichtet werden (4275, 4280, 4298). Vermutet wurde auch, dass es sich hier um ein typisch ostdeutsches Nostalgiephänomen handle (4300), obgleich die Moderation klarmachte, dass der positive Zusammenhang von „TRADSOZ“ und Rechtsextremismus auch im Westen bestand. Auch in anderen Gruppen wurde auf unsere Frage im Sinne der klassischen Totalitarismustheorie, nach der Rechts- und Linksextremismus viele Gemeinsamkeiten aufweisen, reagiert:

Die Gemeinsamkeit liegt im Phänomen des „starken Mannes“ und des „starken Staates“ (1041).

Die waren beide Diktaturen. Und in einer Diktatur, da wird eben diktiert, wo es lang geht. Und so richtig kann man sich damit eigentlich anfreunden, wenn es heute damit auch wieder so wäre, dann würde sich jeder der Gewalt dieser Diktatur unterwerfen, um damit zu sehen, dass sie wieder ihr Schäfchen ins Trockene kriegen. Eine Diktatur ist nur ein ausführendes Mittel, die Leinen werden woanders gezogen. Bei der Diktatur in der DDR war es Moskau, unter dem Nationalsozialismus war es das Kapital. (9176)

Kein Wunder: Das ist uraltes NS-Gedankengut. Die waren ja auch antikapitalistisch, antimonopolistisch, in Verbindung mit übersteigertem Nationalgefühl. (5156)

Andere zeigten sich über den Zusammenhang überrascht und räumten ein, keine Erklärung zu haben (2151, 8058, 8061). Mehrere sagten, dass sie in ihrem Umfeld weder traditionssozialistisch noch rechtsextremistisch denkende Kollegen hätten (1036, 6055). Eine bedenkenswerte Erklärung lieferte ein Teilnehmer aus der Gruppe der Vertrauensleute der IG BAU. Er meinte, Ältere hätten sich noch mit dem Sozialismus und seinen Grundwerten beschäftigt. Daher dürfte es bei ihnen diesen Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen nicht geben. Bei den

Jüngeren sei das anders: Sie hätten keinen Bezug mehr zu einer politischen Gesinnungstradition (10218). Und deshalb, so ließe sich das Argument interpretierend fortsetzen, würden die Jüngeren einzelne Elemente, Versatzstücke aus dem Bestand des Traditionsozialismus herausgreifen und mit aktuellen rechtsextremen Positionen kombinieren.

Auch uns scheint diese Versatzstück-Erklärung überzeugend zu sein, und zwar unabhängig davon, ob die generationenspezifische These zutrifft: Wie schon im Kapitel A gezeigt, war es rechtsextremen, faschistischen, nationalsozialistischen Bewegungen seit je möglich, bestimmte Einzelelemente aus der Theorietradition einer marxistischen Gesellschafts- und Politikkritik herauszugreifen und rassistisch-nationalistisch umzuformen. Das galt für Gegnerbezüge (Klassenfeind > Volksfeind; „jüdisches“=„raffendes“ Kapital), für personalisierbare Konfliktlinien („Besitzende“ und „Ausbeuter“ vs. „ehrfürchtig Arbeitende“) und für Einzelforderungen, etwa die nach Verstaatlichung (im Interesse einer „nationalen“ Wirtschaft). Diese Versatzstücke wurden aus dem Zusammenhang einer ursprünglich humanistischen, universalistischen und egalitären Theorietradition des Sozialismus herausgelöst. Es scheint überzeugend, dass in der gegenwärtigen politisch-kulturellen Situation in Deutschland, in der die Theorietradition eines demokratisch-humanen Sozialismus kaum noch Bindungskraft entfaltet, sondern sich eher als Steinbruch darstellt, die Möglichkeit zur Selbstbedienung von rechts mit Einzelstücken gewachsen ist²⁴. Der aus den Gruppendiskussionen zur Erhellung des erstaunlichen Zusammenhangs gewinnbare Aufschluss ließe sich also zu der These verdichten:

Nicht traditioneller Sozialismus als umfassende Gesellschaftskritik und Weltsicht harmoniert mit Rechtsextremismus; wohl aber lassen sich einzelne Elemente aus dieser Tradition relativ leicht herausbrechen und als Versatzstücke in rechtsextreme Deutungsmuster einfügen.

4.1.6 Zusammenfassung zu den Abwehrpotenzialen

Die Abwehrpotenziale gegen Rechtsextremismus im gewerkschaftlichen Überzeugungssystem liegen in erster Linie in einem Gleichheitsprinzip aller Arbeitnehmer unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, sowie in der Erkenntnis, dass sich Gewerkschaften in Zeiten der Globalisierung selber internationalisieren müssen. Selbsttätigkeit bei der Interessenvertretung wehrt Rechtsextremismus ab; Hoffnung auf Stellvertreter, vor allem wenn sie enttäuscht wird, befördert ihn. Auch ein eher politisches und nicht rein ökonomisches Verständnis von der Aufgabe der Ge-

24 Mit solchen Bruchstücken arbeiten derzeit, im Herbst 2004, auch rechtsradikale Parteien und Gruppen, wenn sie sich in die Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ einzuklinken versuchen.

werkschaften enthält ein Abwehrpotenzial. Allerdings, so sehen es fast alle Gesprächspartner, ist die Solidarität als Lebenselixier der Gewerkschaften und damit auch die Substanz der gewerkschaftlichen Abwehrkraft „gegen rechts“ im Schwinden begriffen.

Entgegen unseren Erwartungen gehören Versatzstücke des traditionellen Sozialismus und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit nicht aus sich heraus zu den Abwehrpotenzialen. Sie sind nur dort im traditionell linken Sinne „antifaschistisch“ wirksam, wo sie in erklärende Gesamtbilder der gesellschaftlich-ökonomisch-politischen Entwicklung eingebunden sind²⁵. Für sich genommen passen Forderungen nach Verstaatlichung, nach Kampf gegen das Weltkapital und nach gerechter Entlohnung „ehrlicher Arbeit“ auch in faschistische Programme.

4.2 Anschlusspotenziale

4.2.1 Zum Charakter der Aussagen der Gruppenmitglieder

Die Teilnehmer der Gruppendiskussionen wurden zum Rechtsextremismus sowohl nach ihren eigenen Meinungen wie nach den Meinungen ihrer Kollegen und deren Einschätzung, Erklärung und Bewertung gefragt. Von uns wurden sie primär als informierte Auskunftgeber über die Stimmungen in ihrem sozialen Umfeld, insbesondere im Betrieb und in der Gewerkschaft, angesprochen. Wie im methodischen Teil dargelegt, verbot sich eine verdeckte Ausforschung nach eventuellen rechtsextremistischen Einstellungen schon deshalb, weil die Teilnehmer die Unterstellung, sie könnten selber rechtsextrem denken, als beleidigend empfunden und dann mit Misstrauen und Abwehr auf alle Fragen und Impulse reagiert, ja sich einer Beteiligung an der Gruppendiskussion überhaupt verweigert hätten. Gleichwohl eröffnete unsere Frage nach den Meinungen der Kollegen den Teilnehmern die Möglichkeit, diese Meinungen mit Ablehnung, Verständnis oder Sympathie zu schildern und damit auch eigene Nähe oder Ferne zu bestimmten Dimensionen rechtsextremen Denkens auszudrücken.

Dennoch war es nicht unser Ziel, rechtsextreme Einstellungen, oder irgendwelche Spurenelemente davon, bei den Diskutanten selber aufzuspüren, sondern ein Bild davon zu gewinnen, in welcher Weise das gewerkschaftliche Überzeugungssystem Abwehr- und Anschlusspotenziale

25 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Joachim Bergmann u.a.: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2002, H. 4, S. 1-89. Für sie ist die „reflektierte Ohnmachtserfahrung“, bei der „Einsichten in Struktur und Funktionsweise des gegenwärtigen Kapitalismus“ (S.42) sich verbinden mit „normativen Orientierungen, Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und von der Legitimität der Lohnarbeiterinteressen“ (S.43) die rationalste Form gegenwärtiger Krisenverarbeitung.

für rechtsextremes Denken enthält. Als Material dafür können sowohl die Einschätzungen der Meinungen der Kolleginnen und Kollegen als auch die in diesen Einschätzungen sich offenbarenden eigenen Meinungen dienen.

4.2.2 Direkte und indirekte Anschlüsse

Bei der Frage, inwieweit ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem für Rechtsextremismus anschlussfähig ist, sollte eine wichtige Unterscheidung getroffen werden:

- a) Die eine Art des Anschlusses wäre die direkte Anknüpfung an bestimmte Elemente des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems, etwa um ein eher fiktives Beispiel zu nennen: Gewerkschaften als zentralistisch, möglicherweise militärähnlich strukturierte, Kampforganisationen ziehen autoritäre Charaktere an oder fördern diese²⁶. Oder, realitätsnäher: Gewerkschaften als Regulatoren des Arbeitsmarkts mindern die Konkurrenz auch durch Abwehr von Unterbietern. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte für rassistische und nationalistische Negativ-Zuschreibungen an potentielle oder reale Unterbietungskonkurrenten.
- b) Die zweite Möglichkeit ist ein indirekter, eher dialektischer Anschluss: An die Gewerkschaften werden von ihren Mitgliedern bestimmte Erwartungen gestellt, etwa: Schutz vor Arbeitsplatzverlust, Schutz vor sozialem Abstieg, gerechte Beteiligung am Ertrag der Arbeit, Organisation von Solidarität, Garantie einer Anerkennung als Arbeitsbürger. Diese Erwartungen können von den durch die derzeit vorherrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse geschwächten Gewerkschaften weniger als früher erfüllt werden. Daraus entsteht Enttäuschung. Enttäuschte Gewerkschaftsmitglieder haben mehrere Reaktionsmöglichkeiten: Resignation (etwa: Gewerkschaftsaustritt), Reduktion der Erwartungen (etwa: Verhinderung des noch Schlimmeren durch *concession bargaining*), Eintreten für mehr Kampf und Protest (etwa derzeit: Proteste gegen „Hartz IV“), aber eben auch Hinwendung zu rechtsextremen Angeboten der Problemlösung („starker Staat“, „starker Führer“). Die letzte Reaktion muss nicht unbedingt zum Gewerkschaftsaustritt führen, sofern die Gewerkschaft weiterhin als Versicherung gegen Risiken des Arbeitslebens nützlich erscheint. In diesem zweiten Weg des Anschlusses sind es nicht die ursprünglichen Ansprüche, etwa: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Anerkennung, Solidarität, die zum Rechtsextremismus führen, sondern gerade die Negation dieser Ansprüche durch vorherrschende Verhältnisse, und die damit verbundene eigene und kollektive Ohnmacht, auf die durchaus

26 Um es gleich an dieser Stelle zu sagen: Für diese Art des Anschlusses, die vielleicht für die Bundeswehr relevant sein mag, fanden wir in der qualitativen Studie schon deshalb keinen Anhaltspunkt, weil kein einziger Gruppendiskutant die Gewerkschaften als militärähnliche, zentralistische Kampforganisation wahrnahm. Die in dieser Richtung am weitesten gehende Äußerung war die leicht ironische Beobachtung eines türkischstämmigen Betriebsrats der IG Bau: „Gewerkschaften stehen für Organisation, für Ordnung und Zusammenhalt, für ‚kein Chaos‘.“(3039)

auch mit Wut reagiert werden kann. Mit anderen Worten: Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem ist für Rechtsextremismus anschlussfähig, weil die Gewerkschaft das in ihrem Selbstverständnis enthaltene Versprechen von Schutz und kollektiv-solidarischer Gegenmacht nicht mehr erfüllen kann.

4.2.3 „Von-Außen“-Erklärungen

Ganz generell ist den Gesprächsteilnehmern die Idee, dass es in der Arbeitswelt, oder gar in den Gewerkschaften selber, spezifische Anknüpfungspunkte für Rechtsextremismus geben könnte, zunächst eher fremd. Sie warten oft mit „Von-Außen“-Erklärungen für Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern auf. Die These, dass Gewerkschaften „Spiegelbilder der Gesellschaft“ seien, leuchtet erst einmal ein:

Bei uns kann jeder Mitglied werden. (1006)

Ich kann das auch vollkommen verstehen, dass ist für mich auch verständlich, die haben auch halt einen Drang, sich abzusichern. Die fassen halt die Lage auf, wofür eine Gewerkschaft da ist: um Arbeitsplätze zu sichern. Und die wollen halt ihren Arbeitsplatz nicht verlieren und wollen auch, dass jemand für sie kämpft, dass sie mehr verdienen. Also sehe ich es halt so: Warum soll er nicht in die Gewerkschaft gehen? Das Problem ist nur, ob sie ihre Politik in der Gewerkschaft zeigen, und das machen sie nämlich in der Regel eben nicht, weil sie genau wissen, dass die Gewerkschaft nicht auf der Schiene ist, sondern auf der anderen Seite steht. (4312)

In diesen Aussagen erscheinen die Gewerkschaften als passiv – am Rechtsextremismus ihrer Mitglieder haben sie keinen verursachenden oder fördernden Anteil, und es wird auch keine besondere Attraktion der Gewerkschaften für Rechtsextreme gesehen. Das „Böse“ kommt von außen; den Gewerkschaften wäre, wenn überhaupt, allenfalls ein Vorwurf der Passivität und des Wegsehens zu machen.

Besonders deutlich wird das in der Gruppe der IG BCE-Jugend: Hier wird über eine von organisierten Rechtsextremisten gesteuerte Unterwanderung diskutiert. Ein Teilnehmer berichtet von Unterwanderungsversuchen im Jugendbereich, ausgehend von einem Jugendclub (4259). Raffinierte Techniken der Unterwanderung werden beschrieben: Anfangs Zurückhaltung, „man fällt nicht mit der Tür ins Haus, sondern baut langsam auf“ (4259), in der Hoffnung, offen auftreten zu können, wenn man stark genug ist (4267). Andere relativieren die Unterwanderungsfurcht: 20 Prozent rechtsextreme Mitglieder könnten keinen Einfluss auf die Politik der Gewerkschaft gewinnen; in offenen Diskussionen hätten sie keine Chance (4267, 4323). Wie auch immer die Gefahr eingeschätzt wird – in jedem Falle kommt sie von außen.

4.2.4 Anknüpfungspunkte in der Arbeitswelt

Anknüpfungspunkte für Rechtsextremismus in der Arbeitswelt wurden vor allem auf zwei Gebieten gesehen: Zum einen Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit wegen verschärfter Unterbietungskonkurrenz, zum zweiten „Existenzangst“, im Verlust sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit mit der Folge, dass autoritäre Lösungen gesucht werden. Von diesen beiden Wegen zu rechtsextremem Denken steht der erste für die direkte, der zweite für die indirekte Art der Verbindung mit dem gewerkschaftlichen Überzeugungssystem.

4.2.4.1 Unterbietungskonkurrenz und Fremdenfeindlichkeit

Auf die Frage, weshalb Arbeitnehmer, darunter auch Gewerkschaftsmitglieder, zu rechtsextremen Einstellungen neigen könnten, wurde spontan in allen Gruppendiskussionen als Erstes „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ genannt. Einige Teilnehmer betonten, dass die Ursache dafür nicht nur in der Arbeitswelt, sondern im öffentlichen Meinungsklima und bei den Medien zu suchen sei. So berichtete ein ostdeutscher Automobilarbeiter, der sich in Bayern zu einem Einarbeitungskurs befand, er habe in einer Fahrgemeinschaft mit ostdeutschen Kollegen „üble Vorurteile“, die sich am Kopftuchstreit festmachten, vorgefunden (6033).

Überwiegend wurde aber die verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze, sei es als real erfahrene oder als für die Zukunft befürchtete, als Ursache von Fremdenfeindlichkeit geschildert.

Ich weiß, dass es bei der IG BAU ein richtiges Reizthema ist, die das teilweise in Cottbus, in der Region gar nicht mehr ansprechen können, das Thema, weil ihre Mitgliedschaft so verstärkt, verhärtet in die Richtung geht. Was ist auf dem Bau, ne: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Und auf der Demo am Sonnabend hab ich mich richtig erschrocken, ok, die Optik kann ja auch getäuscht haben. Aber als ich gehört hab, was die gerufen haben: „Hiermarschier-die-IG-B-A-U!“, da musste ich schon überlegen: hallo, wo sind wir hier? Was wollen wir? Ich sehe das schon als großes Problem an. (2025)

Durch die wirtschaftliche Lage gibt es mehr Aggression gegen Ausländer. (3083)

Es ist halt Sache von Arbeitgeberseite. Der sucht sich halt die billigste Arbeitnehmer aus, ist ja vollkommen klar. Das ist halt nun mal so, die Leute haben halt einen geringeren Lebensstandard wie wir. Und die gehen für dieses Geld arbeiten. Aber wenn die jetzt eine Zeitlang hier in Deutschland sind und sich den Gegebenheiten hier anpassen, dann gehen sie für das Geld auch nicht mehr arbeiten. Das ist eine Moment-Sache. (4220)

Früher hätte niemand gedacht, ein Ausländer nimmt ihm seinen Arbeitsplatz weg. Heute ist es so: Junge Deutsche fliegen raus – Polen rein. Da gibt es kein normales Gedankengut mehr. Damals wäre niemandem eingefallen, irgendwie einen Kollegen nebandran, wie gesagt: ob's der Türke war, der Italiener, der Spanier, egal – niemandem wäre eingefallen, zu sagen: der holt ihm den Arbeitsplatz weg. Aber wenn heute 27, 28jährige gehen müssen, bei uns im Bergbau, und mit den fadenscheinigsten Erklärungen, und durch die Hintertür kommen dann kolonnenweise polnische Mitarbeiter auf's Bergwerk. Wer soll denn dann irgendwie noch irgendwas Normales denken. Da gibt es doch überhaupt kein normales Gedankengut mehr. Und wenn dann jemand sagt: naja, das ist in Ordnung, das stimmt, der lügt! Der lügt! Das kann

doch... Das kann doch net...[Einwurf: Die Firma kriegt doch Geld vom Staat.] Das interessiert doch in dem Moment gar keinen. Dass das richtig ist, was du sagst, das ist hundertprozentig. Aber du als 27, 28jähriger, wenn du gehen musst, was denkst du dann? (9245)

Die letzte Aussage eines Gewerkschafters aus dem Bergbau ist auch ein Beispiel für die Ambivalenz der Bewertung des Zusammenhangs von Konkurrenzverschärfung und Ausländerfeindlichkeit. Zum einen gab es, der offiziellen Gewerkschaftslinie entsprechend, eine klare Ablehnung fremdenfeindlicher Deutungen:

„Was würde passieren, wenn alle Türken abhauen?“ (1052)

Ich bin der Meinung, dass grad dieser Kommentar „Ausländer sind dran schuld, dass wir Deutschen keine Arbeitsplätze haben“, finde ich totalen Schwachsinn. Das ist für mich nicht das, was ich wirklich sagen würde. Denn wenn jemand aus dem Ausland kommt und hat mehr Kompetenzen wie ich, dann ist das klar, dass der den Job kriegt. Dann sehe ich da kein Problem drin. (4207)

Arbeitslose gibt's immer. Es gibt Länder mit weniger Ausländerquote wie Deutschland, und die haben auch Probleme mit Arbeitslosigkeit. Also das ist für mich kein Grund, kein Argument. (4210)

Es ist ja schon paradox: die billigen Arbeitskräfte kommen nach Deutschland und holen im Prinzip uns die Arbeit weg, die wir für mehr Geld machen würden. Das ist die eine Seite. Die andere Seite die ich natürlich sehe, ist, dass es durchaus in Deutschland Jobs, Arbeitsplätze gibt, die halt so billig sind, dass sie sich ein Deutscher gar nicht aussuchen würde. Und das wir im Prinzip eben deswegen die billigen Arbeitskräfte brauchen, weil sich ganz einfach Deutsche in gewisser Hinsicht – man muss einfach sagen – zu schade sind, für manche Arbeit zu verrichten. (4227)

Ich arbeite seit 1971 im Bergbau und seitdem arbeite ich zusammen mit Türken, Italienern, Franzosen, Spaniern, Schweizern, also alles was um uns herum wohnt. Ich hab nie das Gefühl gehabt, das einer von denen irgend jemand was weg nehmen will, irgendeine Position ... oder Arbeit da. Ich kann nicht sagen, dass die irgend jemand was weg genommen hätten. Jeder, der bei uns in Deutschland wohnt, hätte sich meiner Ansicht nach auch auf diese Stelle bewerben können und hätte diese Stelle auch bekommen. Von daher kann ich eigentlich net sagen... auch in der Lehrzeit waren Italiener, Türken, Franzosen, Belgier, waren alle dabei. Kann ich eigentlich net sagen, dass die irgendwie, oder das die Leute einem irgendwie das Gefühl gegeben haben, dass sie irgendwas wegnehmen. (9165)

Verwiesen wurde auf Informations- und Reflexionsdefizite der fremdenfeindlich eingestellten Kollegen. Es gebe „viel Unwissenheit im Zusammenhang der Einwanderungspolitik“ (4229) und Mängel in der politischen Bildung (2040).

Andererseits wurde der Angst vor Unterbietungskonkurrenz durch „Ausländer“ – sowohl in Deutschland als auch weltweit – viel Verständnis, wenn nicht Sympathie entgegengebracht:

Wenn mal jetzt mal sieht bei (Name einer Firma), wir müssen.. wir bauen eigenes Personal ab, und gleichzeitig nimmt man dann polnische Leiharbeiter dazu [Einwurf: Fremdfirmen rein] Ja. Das heißt unsere Leute gehen raus, über Umschulung, Qualifizierung, Direktvermittlung, und dann kommt ... polnische Leiharbeiter kommen dann hier in den Bergbau. Junge Leut', dass die dann ... dass dieser Rechtsextremismus bei denen dann aufkommt – ich will das damit nicht rechtfertigen – aber zum Teil verstehen kann ich das schon, aber das ist natürlich eine falsche

Denkweise bei denen. Da mangelt's natürlich auch an Informationen. Aber dass das nochmal aufkeimt, das kann ich schon verstehen, wenn man so mit Leuten verfährt. Das ist auch net der Stil. Da müsst man sich von der Politik und der Gewerkschaft auch einen anderen Weg überlegen, weil das kann so net funktionieren. Das versteht der kleine Mann von der Straße nicht mehr, was da im Moment läuft. Das versteht er nicht. Das kann er gar nicht verstehen, weil er die Informationen gar nicht kriegt. (9239)

Dieser Beitrag zeigt beispielhaft einen nicht selten anzutreffenden Assoziations- und Argumentationsweg vom Verständnis für die Betroffenen bis zur Übernahme fremdenfeindlicher Umdeutungen der Konkurrenz: Die rechtsextremen Ansätze beruhen „zum Teil“ auf mangelnder Information, also zum anderen Teil wohl auf zutreffender Information bzw. Erfahrung. Da sich eine vollständige Identifikation mit rechtsextremen Ansichten für den Sprecher verbietet, erfolgt dann eine gleich doppelte Relativierung: Diese Ansichten seien nur „zum Teil“ verständlich und sie seien falsch. Dann aber wird wieder die Perspektive des „kleinen Mannes“, der „das“ nicht mehr versteht und deshalb fremdenfeindlich wird, eingenommen. Das mündet in einen Appell an Regierung und Gewerkschaften, einen anderen Weg zu gehen, wobei offen bleibt, ob das Ziel ist, ausländische Konkurrenz fernzuhalten oder ob das Outsourcing an unterbietende Leiharbeitsfirmen, egal welcher Nationalität, überhaupt unterbunden werden sollte.

In der Diskussion zwischen Ver.di-Senioren kommt das Gespräch auf die rassistischen Ausschreitungen gegen Vietnamesen im Rostocker Wohnviertel Lichtenhagen 1992. Eine aus Ostdeutschland stammende Teilnehmerin hatte zuvor gesagt, in der DDR habe es keine Ausländerfeindlichkeit gegeben. Auf Lichtenhagen angesprochen, erwiderte sie:

Das war nach der Wende. Die Vietnamesen waren alle arbeitslos. Da heißt's dann eben: Die Fidschis. (7072)

Als wäre Arbeitslosigkeit ein hinreichender Grund für ein Pogrom.

In anderen Gruppendiskussionen wurde in einer ähnlichen Mischung von Distanz und Verständnis für rechtsextreme Haltungen, etwa von Jugendlichen im Osten, beschrieben:

Jugendliche waren in der DDR behütet. Jetzt sind sie arbeitslos – aber der Pole, der Türke, für'n Trinkgeld kriegt der hier Arbeit. (1045).

Wenn es um Lösungen für das Problem real existierender, globalisierter Konkurrenz um Arbeitsplätze ging, wurde von den Gewerkschaften erwartet, dass sie sich für Beschränkungen des Marktzugangs einsetzen:

Gewerkschaften sollen etwas dagegen tun, dass Arbeitnehmer aus dem Osten herüberkommen. Wir brauchen einen Riegel gegen Lohndumping. (3098)

Solche Argumente mischen sich zuweilen mit deutschem Standortnationalismus oder „Überfremdungs“-Angst:

Der Urdeutsche fühlt sich in seiner Substanz gefährdet. (7018)

Das Unternehmen im Bergbau bekommt staatliche Hilfen, damit sie überhaupt produzieren können. Ist damit auch angewiesen, aufgrund dieser Verpflichtung, wenn's irgendwo Aufträge vergibt und das produziert, das zu besten Konditionen zu machen. Und die besten Konditionen sehen so aus, dass man halt eigenes Personal wegschafft – müssen wir ja auch, weil wir ja immer weniger Geld kriegen – und dann polnisches Unternehmen herbeiholt. Das heißt, das Geld, das der deutsche Steuerzahler aufbringt, dass er hier in Deutschland Bergbau betreibt, das fließt doch ab nach Polen, das ist unwiederbringlich aus dem Land weg. [kurze Diskussion] Das ist das neue EU-Recht, dass Aufträge nur so EU-weit ausgeschrieben werden. (9248)

Häufiger ist eine klare, aus der gewerkschaftlichen Funktion der Konkurrenzminde- rung abgeleitete Forderung nach einem Dammbau gegen die durch Migration entstehende Unterbietungs- konkurrenz:

Wenn jemand nach Deutschland kommt, dann sollte der dasselbe verdienen wie wir. Weil dann ist es irgendwo auch sozial gerecht – für ihn und für mich. Weil sonst würde er ja bevorzugt werden, wenn er weniger verdienen könnte, würde. (4217)

In ähnlicher Weise, und von allen Gruppen am differenziertesten, äußern sich die Ge- sprächsteilnehmer in den beiden Gruppen aus der IG BAU. In dieser Gewerkschaft, die mit Un- terbietungskonkurrenz durch Wanderarbeitnehmer reale Erfahrungen gemacht hat, ist die For- derung nach Unterbindung der Schwarzarbeit samt entsprechenden Kontrollen am ausgepräg- testen. Dazu eine Sequenz (Paraphrasen) aus dem Gespräch mit Betriebsratsmitgliedern:

3A: (Frau aus Ostdeutschland): *Die Gewerkschaften sollen sich gegen Billiglohn einsetzen. 14 Jahre lang arbeite ich für weniger Geld als die Weissis.*

3B: (Mann aus Westdeutschland): *Die Gewerkschaften sollen etwas gegen Arbeitnehmer, die aus dem Osten rüberkommen, tun. Wir brauchen Riegel gegen Lohndumping.*

Moderation: *Ist das nicht ein Widerspruch: Solidarisch sein auch mit Billiglöhnern und sich ge- gen sie schützen? (Zitiert aus Merkblatt der IG BAU, das zur Meldung von Schwarzarbeit auf- fordert.)*

3B: *Leider geht's momentan nicht anders als durch Verweis der Billiglohnkräfte.*

3C: (Mann, der aus der Türkei stammt): *Was unsere Gewerkschaft macht, ist richtig. Nur so kommt man an die Hintermänner ran. Da arbeiten Leute für 2 Euro!*

3B: *So leid es mir tut – für die Leute, die die 3 Euro ja brauchen. Es ist nötig, um den Firmen zu zeigen: So geht es nicht. (3096-3108)*

Zugleich ist das Problembewusstsein gegenüber der Anschlussfähigkeit dieser Art von exclusi- ver Solidarität für ethnozentrische und fremdenfeindliche Umdeutungen²⁷ bei dieser Gewerk-

27 Vgl. dazu die Passagen zur exklusiven Solidarität bei Michael Fichter/Jochen Gester/Bodo Zeuner: Externe Herausforderungen - Interne Problemlagen - Zukunftsoptionen: Eine internationale Perspek- tive, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Zukunft der Gewerkschaften. Zwei Literaturstudien, Arbeits-

schaft besonders entwickelt: Alle Funktionäre aus der IG BAU betonten, dass Mindestnormen gegen Unterbietungskonkurrenz – auch auf dem Wege der Meldung von Schwarzarbeitern an Kontrolleure – durchgesetzt werden müssten. Alle betonten sie zugleich, dass die Durchsetzung und Kontrolle von Mindestnormen eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sei, ähnlich wie das Fernhalten von Streikbrechern im Arbeitskampf, und dass dies nichts mit Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit zu tun habe und zu tun haben dürfe.

Die diesbezügliche komplizierte, aber logisch klare Linie der IG-BAU-Führung ist also bei den von uns befragten Funktionären aufgenommen worden und wird offensiv verteidigt. Heraus kommt eine klare Ablehnung eines national oder ethnisch definierten „Deutschenprimats“ bei gleichzeitiger Verteidigung eines „Inländerprimats“, um die hier errungenen sozialen Standards bewahren zu können. Diese Haltung wird gerade auch von IG-BAU-Funktionären mit Migrationshintergrund unterstützt. Hier eine Sequenz, an der nur Funktionäre mit türkischer und polnischer Herkunft beteiligt sind:

10G: *Ich komme aus der Türkei, vor 33 Jahre früher, ich selbst Ausländer, aber wenn kommt heute Ausländer, ob Türken oder Polen mir scheißegal, arbeiten sechs Euro Stundenlohn, der geht wieder irgendwann zurück, der kann arbeiten sechs Euro Stundenlohn, aber ich zahle hier 1.000 Euro Miete, wie kann ich dann 1.000 Euro Miete zahlen und leben für sechs Euro Stundenlohn?*

10C: *Genau das habe ich gemeint. Wir als Deutsche, wir zahlen hier Miete, wir zahlen unsere Beiträge. Und wenn mein Bruder aus Polen kommt, und er hat festen Wohnsitz in Polen, er kommt für zwei Monate hierher, wohnt bei mir, verdient Geld, macht den Markt kaputt, verdient fünf oder sechs Euro die Stunde und fährt nach zwei Monaten wieder über. Bleibt ein Monat, dann kommt er wieder. Da bin ich sogar gegen, dass er hier arbeiten darf.*

10G: *Seit 35 Jahren arbeite ich hier und mache meinen Rücken kaputt. Ich kann nicht in die Türkei gehen, da bin ich Ausländer. Komme ich hier, bin ich Ausländer. Wenn so viele aus dem Ausland kommen, geht unser Markt kaputt.*

10A: *Dortmund, eine Baustelle. Die Fa. Holzmann zahlt 300 Personen aus Rumänien drei Euro Stundenlohn. Das weiß die Gewerkschaft, das weiß der Bürgermeister. Damit geht der Markt kaputt. Und wer hat Schuld? Wieder die Politiker da oben.*
(10119-10127)

Freilich bleibt auch bei den überzeugten Befürwortern dieser Linie ein Unbehagen: „So leid es mir tut...“ Denn es ist klar, dass die Abschottung gegen Billigkonkurrenz stets auch zu Härten führt, und dass sie außerdem für fremdenfeindliche und rechtsextreme ideologische Anrufungen ausbeutbar bleibt.

Insgesamt findet die fremdenfeindliche Dimension des Rechtsextremismus insbesondere bei durch Globalisierung und Migration verschärfter Konkurrenz um Arbeitsplätze einen Anknüpfungspunkt in realen Entwicklungen der Arbeitswelt, und auch in einer zentralen Funktion der Gewerkschaften selbst: Der Organisierung von Solidarität zur Minderung von Konkurrenz und zur Verteidigung nationalstaatlich erreichter Mindeststandards. Dieser direkten Anschlussmöglichkeit an ihr Funktionsverständnis und an das dementsprechende Überzeugungssystem ihrer Funktionäre können sich Gewerkschaften nicht durch politischen Willensentschluss gänzlich entziehen. Allerdings können sie, wie die IG BAU es unter verschärften Bedingungen versucht, der politischen Ausbeutung des Unterbietungsthemas im rechtsextremen Sinn eigene Aufklärung und klare Positionsbestimmungen entgegensetzen.

4.2.4.2 Existenzangst, Verlust an sozialer Sicherheit und Solidarität, Missachtung sozialer Gerechtigkeit als Anstoß für autoritäre Lösungen

Dies ist der indirekte Weg vom gewerkschaftlichen Überzeugungssystem zu rechtsextremen Einstellungen: Gewerkschaften wecken Erwartungen – und sie müssen dies notwendigerweise als Gewerkschaften tun –, die sie in Zeiten der krisenhaften Umstrukturierung der Arbeitswelt und der Kräfteverhältnisse immer weniger erfüllen können. Ein Teil der dadurch Enttäuschten sucht die Erfüllung dieser Erwartungen im rechtsextremen Deutungen und Lösungsangeboten.

Im Grunde geht es um ein altes, fatales Thema aus der deutschen Geschichte:

Damals wo die wirtschaftliche Lage war besser, hat keiner gedacht, wenn einer kommen und sagen würde, komm, machen wir Krieg, sowie 1939, da würde heute vielleicht keiner gehen, denn mir geht's gut, ich habe nichts gegen andere Leute. Gegen wen soll ich kämpfen? Warum soll ich mein Leben riskieren? Aber wenn es so weiter läuft wie damals, zu Hitler-Zeiten, fünf Millionen Arbeitslose, der hat Jobs beschafft für viele, deswegen hatte er einen guten Ruf. Wenn er 1940 gestorben wäre, wäre vielleicht heute sein Denkmal an jeder Ecke. (10060)

Wenn die Diskussionsteilnehmer auf die Ursachen für Rechtsextremismus bei ihren Kolleginnen und Kollegen angesprochen werden, dann fällt ihnen vor allem Arbeitslosigkeit, Angst um den Arbeitsplatz und „Existenzangst“ ein. Hintergrund ist die Wahrnehmung einer generellen Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer in den letzten 10 Jahren. Hier eine Auswahl der Aussagen:

In den letzten Jahren gab's ne Umverteilung (nach oben). Wegen der Politik Schröders geht es den Leuten immer schlechter. (1045)

Als es besser war, ging's den Menschen auch besser. Heute geht es allen schlecht. Es gibt falsche Messiassen. (3020)

Da muss ich dir [5C] ganz doll widersprechen, der 5E redet jetzt. Von den 13 Millionen Ostdeutschen geht es vielen schlecht. In der DDR, als der Zaun noch herum war, da habe ich besser gelebt – habe keine Existenzangst gehabt - die ist hier dazu gekommen. (5143)

Dieser Zusammenhang mit den ...[tradSoz-Rex] zieht sich wie ein roter Faden durch die anderen Punkte. Durch Arbeitslosigkeit, Macht, Herrschaft der Firmen - von Heut auf Morgen sagen zu können - klack, jetzt ist zu Ende - dass so eine Zusammenfassung von Gedanken in den Köpfen vieler Leute da ist. Das ist für mich auch logisch. Wie könnte man es anders machen, warum kann der jetzt einfach dicht machen und ich hab nichts mehr, meine Existenz ist bedroht. Diese Existenzangst, die viele haben, auch bei sicherem Job, kann es genauso treffen, wie einer, der über Jahre sein Ende sowieso schon sieht - wie gerade Paul in seiner Firma. Der Endgedanke ist nachher der selbe. Der eine sagt es jetzt, der andere sagt es ein Jahr später. Die Zeit von vor fast 25 Jahre bis jetzt, die Zeit ...oder die Entwicklung, die wir gemacht haben mit der Elektronik, mit Arbeitsmittel, der ganze Aufschwung, Modernisierung der Anlagen usw., das hat der Sache hier auch nichts geholfen, es ist eher schlechter geworden. (5164)

In Krisen sind Menschen für Rechtsextremismus anfälliger. (7085)

Da soll ich dazu noch sagen, es ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Zukunftsangst verbreitet. Wenn es einen gibt, der denen das so richtig schmackhaft macht, er bringt da rechtes Gedankengut rein und verspricht ihnen sonst was. Ob er es hält, ist eine zweite Sache, aber sie sehen zumindest erstmal eine Perspektive. (8068)

Der Konkurrenzkampf ist viel härter geworden – weniger Arbeitsplätze, härtere Konkurrenz. (9243)

Diese Auswahl aus sechs der 10 Gruppendiskussionen²⁸ zeigt zunächst zweierlei: Zum einen besteht vollständige Übereinstimmung in der Negativbilanz der Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte; zum zweiten zeigt sich eine große Vielfalt der daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen. Mit der „allgemeinen Verschlechterung“ scheint sich zunächst fast alles rechtfertigen zu lassen: DDR-Nostalgie ebenso wie Zulauf für Rechtsextreme, scharfe Kritik an der Bundesregierung ebenso wie der Ruf nach Kooperation mit ihr.

Genauerer Hinsehen ergibt, dass für die Verschlechterung „die Politik“ verantwortlich gemacht wird, und dass „der Politik“ vor allem Verletzung elementarer Prinzipien sozialer Gerechtigkeit vorgeworfen wird. Entsprechende Stimmen dazu wurden bereits in der Beschreibung der Kernelemente IV und V benannt, etwa:

Wir haben eine „rote“ Regierung, die das Soziale außer Acht lässt. (3058)

Während alle Mitglieder dieser kleinen, aus drei Betriebsräten der IG BAU bestehenden Gruppe dieser Feststellung zustimmten, gingen die Meinungen, wie darauf zu reagieren sei, schon in dieser Gruppe auseinander. Einer forderte mehr Widerstand der Gewerkschaften:

Gewerkschaften versuchen Schadensbegrenzung. Sie sollten deutliche Opposition gegen diese Regierung machen. (3058)

²⁸ Vielleicht nicht ganz zufällig sind die ostdeutschen Jugendfunktionäre (Gespräch Nr. 2) und die ostdeutschen Metalller (Gespräch Nr. 6) nicht dabei, denn bei ihnen war die Wahrnehmung einer stetigen Verschlechterung nicht so dominant wie bei den Westdeutschen bzw. auch von gleichzeitigen Aufstiegserfahrungen überlagert.

Eine Kollegin stimmte ihm zu:

Wenn die Gewerkschaft diese Regierung nicht stoppen kann, wer denn dann? (3063)

Zuvor aber hatte derselbe Kollege, der mehr Opposition von den Gewerkschaften forderte, noch gesagt, das Schlimmste sei

der Wunsch: Nur weg von dem Chaos, das uns regiert. Gewerkschaft kann da wenig ändern. Es gibt die Sehnsucht nach der starken Hand, die Ruhe in das Chaos bringt. (3041)

Hier ist auf den Punkt gebracht, wie die von der Politik und von den – letztlich als eher ohnmächtig wahrgenommenen – Gewerkschaften enttäuschten Erwartungen ins Autoritäre umkippen können. Unzufriedenheit mit den **Ergebnissen** der Politik transformiert sich in Unzufriedenheit mit den **Prozessen** der Herstellung dieser Ergebnisse. Politik ist nicht nur ungerecht, sondern auch chaotisch. Das Chaos – das sich als demokratisch ausgibt – kann nur autoritär beseitigt werden. Wie auch bei der Umfrage sahen die Teilnehmer den Output soziale Gerechtigkeit nicht automatisch mit dem Input Demokratie verbunden. Die Möglichkeit, dass mehr soziale Gerechtigkeit – und vielleicht überhaupt mehr „Ordnung“ – auf autoritäre Weise herstellbar sei, ist in den Köpfen präsent.

Zwar drückten einige Teilnehmer ihre Überzeugung aus, dass ein autoritärer Staat keine Gerechtigkeit gewährleisten könne (7047). Und es wurde hervorgehoben, dass Demokratie Mitbestimmung heiße, und dass viel mehr davon notwendig wäre (5104, 9135). Aber: Wenn diese Mitbestimmung nicht für alle praktikierbar sei (5117), wenn es an parteipolitischen Alternativen in der Politik fehle (3067, 5104) oder wenn die Politik nicht mehr nachvollziehbar oder verständlich sei, dann sei es nicht verwunderlich, wenn der Wunsch nach Ordnung und Durchsetzungsfähigkeit lauter wird.

Diese Feststellung, unterschiedlich formuliert, wurde nicht immer nur deutlich als die Meinung anderer geäußert. Es sei angesichts des Chaos verständlich, dass viele nach einem starken Führer riefen (5114). Es gäbe Sehnsucht nach der starken Hand, die Ruhe in das Chaos bringe (3041). Auf Widerspruch einer Kollegin („Eine starke Hand wird Deutschland nicht retten!“) erklärte der Kollege, dass er mit "starker Hand" etwas Positives verbinde, nämlich die Fähigkeit der Politik, für sozialen Ausgleich zu sorgen (nicht dass die Reichen reicher, die Armen ärmer werden – 3049)²⁹.

29 Zum Thema Ordnung und Chaos in der Politik vgl. Abschnitt 4

Resümierend lässt sich feststellen: Auch aus der Perspektive des gewerkschaftlichen Kemelements „soziale Gerechtigkeit“ wird ein Pfad zum Rechtsextremismus, insbesondere zu seiner staatsautoritären Dimension, sichtbar. Dieser Pfad tut sich allerdings erst dann auf, wenn sowohl die staatliche Politik als auch die Gewerkschaften beim Schutz von Arbeitsplätzen, bei den sozialpolitischen Korrekturen des Kapitalismus und bei der Garantie von sozialer Sicherheit und menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen derart versagen, dass Existenzangst um sich greift und keine Hoffnung mehr bleibt auf kollektive Interessenvertretung und organisierte Solidarität. Die Hinwendung zum Rechtsextremismus aus Enttäuschung, die in diesem Falle droht, wurde von zwei Gruppenteilnehmern mit DDR-Sozialisation besonders präzise beschrieben:

Man hat erkannt, wer die wirkliche Macht im Lande hat, dass die Unternehmen die Macht haben, nicht mehr die Politik. Die machen, was sie wollen. Ob sie hier produzieren oder im Ausland, ist denen egal. Deshalb der Wunsch nach dem starken Mann, der auch Unternehmen sagt, was sie sollen. (5168)

Den Leuten geht es schlecht. Die Schuld wird beim anderen gesucht. Hoffnung, dass irgendwer kommt und die Probleme löst. Aus dem NS wird das Gute rausgesucht: Unter Adolf hatten alle Arbeit! Jeder ist sich selbst der Nächste. Das Problem liegt in der Gesellschaft.(3024)

Bemerkenswert ist, dass Existenzangst und die entsprechende Verunsicherung einschließlich der staatsautoritären Konsequenzen nicht auf die Absteiger und Modernisierungsverlierer beschränkt bleiben. Einige Gesprächspartner sagen ausdrücklich, dass es „heute jeden“ treffen könne, auch Leute mit sicherem Job. Selbst Arbeiter beim sozialpartnerschaftlichen Musterkonzern Volkswagen fühlen sich keineswegs mehr frei von der Drohung des Arbeitsplatzverlustes. Was sich in der quantitativen Untersuchung als relative Anfälligkeit der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht für Rechtsextremismus zeigte, findet sich auch in Aussagen aus den Gruppendiskussionen der Funktionäre wieder: Auch die Kerngruppen und Kerntruppen der Gewerkschaften, die überdurchschnittlich bezahlten Arbeiter und Facharbeiter aus den Großbetrieben, sind keineswegs mehr überdurchschnittlich widerstandsfähig gegen rechtsextremistische Deutungen ihrer Lage und ihrer Perspektiven. In der qualitativen Befragung wurde dies durch die hier zitierten Äußerungen des Verständnisses der Funktionäre für rechtsextrem denkende Kollegen an vielen Stellen deutlich.

Andererseits machen diese Äußerungen auch klar, dass bei den Gewerkschaftsfunktionären der Bedarf an überzeugenden Deutungen, die sich rechtsextremen Angeboten entgegenstellen, gewachsen ist.

4.2.5 Zusammenfassung zu den Anschlusspotenzialen

Aus den Kernelementen des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems tun sich ein direkter und ein indirekter Anschluss für rechtsextremes Denken auf. Der direkte Weg geht über die Bekämpfung von Unterbietungskonkurrenz und über eine fremdenfeindliche Färbung dieser Konkurrenz im Sinne einer exklusiven Solidartät der Insider und Inländer.

Der indirekte Weg geht über die Enttäuschung elementarer gewerkschaftlicher Forderungen nach Sicherung von Arbeit, Einkommen und Lebensstandard. Wenn Gewerkschaften und staatliche Politik hier versagen und gleichzeitig die Dynamik der globalen Konkurrenz Existenzängste anfacht, ist der Nährboden für den Ruf nach autoritären Lösungen bereitet. Gegen solche Anrufungen sind auch die Kerngruppen der Gewerkschaften in den Großbetrieben nicht mehr gefeit.

Zwischen kooperativer und konfliktorientierter gewerkschaftspolitischer Orientierung gibt es hinsichtlich der Anschlusspotenziale zum Rechtsextremismus wenig Unterschiede: Beide verteidigen Insider- und Inländerprimat und laufen damit auch Gefahr, dass diese exklusive Solidarität rassistisch umgedeutet wird. Beide verlangen soziale Gerechtigkeit und einen starken (Sozial)Staat. Auf den Fall der Enttäuschung würden sie allerdings unterschiedlich reagieren: Kooperative Gewerkschaften mit einem Ausbau ihres „Kunden“-Services, konfliktorientierte Gewerkschaften mit Strategien zur Erhöhung ihres Drucks auf Staat und Arbeitgeber. Die letztgenannte eher aktivistische Strategie dürfte besser geeignet sein, der Abwendung politisch Enttäuschter nach rechts entgegenzuwirken.

5. Ergebnis

Die qualitative Untersuchung hat gezeigt, dass unter den an den Gruppendiskussionen beteiligten Funktionären der DGB-Gewerkschaften ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem vorhanden ist. In ihren Augen sind Gewerkschaften funktional komplexe Organisationen: Sie sind sowohl ökonomische Arbeitsmarktkartelle als auch politische Wertegemeinschaften.

Dieses Überzeugungssystem ließ sich, soweit es in den Gruppendiskussionen zum Vorschein kam, anhand von 10 Kernelementen beschreiben. Wir haben auch gezeigt, dass die Kernelemente mit den gewerkschaftsspezifischen Orientierungen der quantitativen Befragung zusammenhängen.

Aus der Sicht der an den Diskussionen beteiligten Funktionäre besteht ein großer Unterschied zwischen ihnen und den normalen Mitgliedern. Während sie politische Aufgaben grundsätzlich als Teil des gewerkschaftlichen Handelns begreifen, bezeichnen sie die Mitglieder als überwiegend politisch desinteressiert. Zudem handeln sie in der Regel stellvertretend, weil die Mitglieder zu wenig aktiv sind.

Ihr gewerkschaftliches Überzeugungssystem ist in sich zugleich konsistent und widersprüchlich. Gegenüber dem Rechtsextremismus enthält es Elemente der *Abwehr* und des *Anschlusses*.

Abwehrelemente sind das Primat der Gleichheit aller Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, die Überzeugung, dass Gewerkschaften sich noch stärker international orientieren und organisieren müssen, das explizit politische Selbstverständnis der Funktionäre, das – allerdings vom Schwund bedrohte – gewerkschaftliche Kernelement der Solidarität zwischen den Kollegen, und die, oft unterentwickelte, Bereitschaft der Funktionäre, die Eigeninitiative der Mitglieder zu fördern, statt Stellvertreterpolitik zu betreiben.

Das wichtigste arbeitswelt- und gewerkschaftsspezifische Anschlusspotenzial für Rechtsextremismus liegt in der funktionsbedingten gewerkschaftlichen Positionierung gegen Unterbietungskonkurrenz. Unterbieter sind immer Outsider/Fremde, und sie wirken immer wie Streikbrecher. Hier liegt ein Einfallstor für die Konstruktion rassistischer und nationalistischer Feindbilder.

Der zweite Einfallspfad für Rechtsextremismus liegt in der Enttäuschung gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Sicherung, gerechter Entlohnung und sozialer Anerkennung durch Arbeitgeber und Politik. Der Protest gegen die politische Missachtung gewerkschaftlicher Kernforderungen kann auch rechtsextremistisch eingefangen werden. Das gilt auch für einen Teil der gewerkschaftlichen Kerngruppen in Großbetrieben.

Kapitel G:

Zum Zusammenhang von sozio-ökonomischem Status und sozio-politischen Orientierungen als Ursachen für Rechtsextremismus

1. Problemstellung

In diesem Kapitel werden die eingangs dargelegten Thesen über die Ursachen des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern abschließend getestet¹. Über die Quellen des Rechtsextremismus herrscht in der Literatur keine Einigkeit. Sie werden in der Psyche bzw. in der Persönlichkeitsstruktur der Individuen, in speziellen Systemzuständen bzw. -entwicklungen und in der Politischen Kultur einer Gesellschaft gesucht. Die Spannweite der Erklärungen reicht von sehr allgemeinen und zeitlosen Faktoren (Autoritarismus, Unzufriedenheit) bis hin zu sehr konkreten Umständen (Desintegration spezieller sozialer Gruppen, Prekariisierung).

In der neueren Forschung liegt das Schwergewicht auf dem Wandel moderner Gesellschaften unter den Bedingungen der politischen und ökonomischen Globalisierung. Im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern oder Gewerkschaftsmitgliedern wird dabei besonders auf die tief greifenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen und in der Arbeitswelt, insbesondere auf die verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt verwiesen. Diese Veränderungen werden häufig als Ursache für einen "neuen" Rechtsextremismus vermutet, der seit den achtziger Jahren vor allem bei Angehörigen der Unterschicht, bei Modernisierungsverlierern und perspektivlosen Jugendlichen, aber auch bei Modernisierungsgewinnern gedeiht, die ihre Privilegien wohlstandschauvinistisch und standortnationalistisch vor allem gegen Ausländer verteidigen. Als wesentliches soziales Merkmal dieses "neuen" Rechtsextremismus gilt die gesellschaftliche Segmentierung, wofür vor allem die zunehmende Prekariisierung von Beschäftigungsverhältnissen steht. Bei der Analyse des rechtsextremen Einstellungsmusters (Kapitel B) hatten wir allerdings keine Hinweise auf neue inhaltliche Komponenten (reaktiver Nationalismus, Standortnationalismus) dieses Musters gefunden. Auch die Vermutung, dass der zeitgenössische Rechtsextremismus primär durch Fremdenfeindlichkeit geprägt

1 Dies gilt selbstverständlich nur für Thesen, die sich auf die Mikroebene beziehen und mit den Methoden der empirischen Einstellungsforschung überprüft werden können.

ist, hat sich nicht bestätigt. Aber auch wenn sich die Zusammensetzung des rechtsextremen Einstellungsmusters nicht in der vielfach prognostizierten Weise verändert hat, könnten die Ursachen des Rechtsextremismus in zeitnahen Faktoren bestehen.

Wie in Kapitel A dargelegt, suchen wir diese Ursachen (Prädiktoren) in unterschiedlichen Bereichen. Aus der Literatur haben wir drei Komplexe möglicher Erklärungsfaktoren destilliert²:

- Persönlichkeitseigenschaften,
- in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen entstandene und von den Individuen zu bewältigende Probleme sowie
- antidemokratische Elemente in der Politischen Kultur.

Unsere darauf bezogene Ausgangsthese lautet: Als zentrale Prädiktoren betrachten wir die durch Charaktermerkmale³ vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Politische Kultur beeinflusst als "intervenierende" Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess.

Da die drei Ursachenkomplexe nicht explizit auf die Anforderungen der empirischen Einstellungsforschung zugeschnitten sind, müssen sie entsprechend aufbereitet werden. Die von den Individuen zu bewältigenden Probleme ergeben sich aus ihrem sozio-ökonomischen Status. Aus demoskopischer Sicht gelten Fragen zu diesem Status als Tatsachenfeststellungen aus subjektiver Sicht, die strikt von Bewertungen irgendwelcher Objekte zu unterscheiden sind. Derartige Bewertungen können sich auf die eigene Persönlichkeit und auf gesellschaftliche Zustände beziehen. Bei den Erklärungsfaktoren aus dem Bereich der Politischen Kultur handelt es sich um Bewertungen gesellschaftlicher Zustände. Aber auch einige in der Literatur genannte Problemlagen sind nicht dem sozio-ökonomischen Status sondern seiner Bewertung zuzurechnen (Unzufriedenheit, Deprivation, Statusangst). Wir suchen die Prädiktoren für Rechtsextremismus also im **sozio-ökonomischen Status** einer Person, in ihren Persönlichkeitseigenschaften und in ihren Bewertungen gesellschaftlicher Zustände. Die beiden letztgenannten Variablengruppen fassen wir unter dem Begriff **sozio-politische Orientierungen** zusammen. Sie umfassen also Persönlichkeitseigenschaften, Bewertungen des eigenen Status und Bewertungen von politisch-kulturellen Zuständen. Die sozio-ökonomischen Prädiktoren für Rechtsextre-

2 Siehe dazu die Ausführungen in Kap. A 2.2.5 und A 3.2 sowie die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47).

3 Charaktermerkmale lassen sich allerdings nicht mit Mitteln der empirischen Sozialforschung bestimmen.

mismus wurden in Kapitel C behandelt, die Prädiktoren aus dem sozio-politischen Bereich in den Kapiteln D und E. Hier geht es nun um eine Zusammenschau der verschiedenen Erklärungsfaktoren.

Die bisherigen empirischen Analysen ergaben bezüglich der Trias von Persönlichkeitseigenschaften, sozio-ökonomischen Problemen und antidemokratischen Elementen in der Politischen Kultur einige Differenzierungen (die den heuristischen Wert des Modells jedoch nicht in Frage stellen). Kurz gefasst sind für die abschließenden Untersuchungen folgende Befunde maßgeblich:

- Die Unterscheidung von Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände ist nicht immer hilfreich, auf keinen Fall zwingend.
- Die Zuordnung von Wertorientierungen zu den Persönlichkeitseigenschaften hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen. Wir behandeln Wertorientierungen daher als gesonderte Prädiktoren neben Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände.
- Die Vermutung, dass Bewertungen gesellschaftlicher Zustände die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften beeinflussen, hat sich empirisch durchaus als zutreffend erwiesen. Dies betrifft in erster Linie die Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO), die wir als Indikator für eine autoritäre Persönlichkeit betrachten. Das gilt im Weiteren auch für politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT) und politische Apathie (POLAPA). Beide Variablen sind - anders als ASKO - allerdings stark politisch induziert (was auch beabsichtigt ist). Auf Leistungsorientierung (LEIST) haben Bewertungen gesellschaftlicher Zustände keinen nennenswerten Einfluss.
- Mit Blick auf die Persönlichkeitseigenschaften hat sich ASKO als der maßgebliche Prädiktor unter den Anziehungsorientierungen (positive Korrelation mit der Rechtsextremismus-Skala REXL) erwiesen. Für Abwehrorientierungen (negative Korrelation mit REXL) steht EFFIINT. Die Erklärungskraft von ASKO ist allerdings wesentlich größer als die von EFFIINT.
- Bei den Werten wirkt der Grundwert "Autoritarismus" (AUT) als Anziehungsorientierung, der Grundwert "Libertarismus" (LIB) als Abwehrorientierung. Auch hier ist "Autoritarismus wirkungsmächtiger als "Libertarismus". Soziale und neoliberale Wertorientierungen haben keine Auswirkung auf Rechtsextremismus.
- Von den Variablen zur Politischen Kultur begünstigen besonders traditionalistische Sozialismusvorstellungen (TRADSOZ) sowie ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) rechtsextreme Einstellungen, weiterhin aber auch die Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung" (GBSGM). Restriktiv auf die Verbreitung von

Rechtsextremismus wirken sich die Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV), demokratische Orientierungen (DEMOK), eine linksgerichtete ideologische Selbsteinstufung (RELI) und Zufriedenheit mit dem politischen System (DEMOS) aus.

- Bei den **Bewertungen der eigenen sozio-ökonomischen Lage** fungieren wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit (WISOUNZ) und Arbeitsunzufriedenheit (ARBUNZ) als Anziehungsvariablen, im Weiteren dann auch wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit (WISOPOUN).
- Beim **sozio-ökonomischen Status** unterscheiden wir zwischen sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung. Von den Variablen zur sozialen Ungleichheit erklären vor allem Bildung (BILDUNG), Einkommen (NEINK), Berufsprestige (BERPRE) und Schicht-Selbsteinstufung (SCHICHTS) Rechtsextremismus. Hinsichtlich der sozialen Segmentierung wurden der Modernisierungsgrad der Arbeit (MODARB) und die Prekarität des Arbeitsplatzes (PREKAR) als maßgebliche Prädiktoren identifiziert. Bei Ungleichheit und Segmentierung handelt es sich allerdings nicht um zwei völlig verschiedene Sachverhalte (wie in der Literatur oft unterstellt wird). Es bestehen vielmehr Querverbindungen: BILDUNG und SCHICHTS korrelieren (positiv) mit MODARB und (negativ) mit PREKAR, NEINK korreliert (negativ) mit PREKAR und (positiv) mit MODARB.
- Als **Schlüsselprädiktoren für sozio-politische Orientierungen** wurden zunächst demokratische Überzeugungen (DEMUEB)⁴ und autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)⁵ gebildet. Später wurde DEMUEB mit GBSIV und RELI zu partizipatorischen Orientierungen (PARTOR) verbunden. Und AUTUEB wurde mit GBSGM, TRADSOZ und mit wirtschaftlich-sozialer und politischer Unzufriedenheit (WISOPOUN) zu systemkritischen Orientierungen (SYKROR) verknüpft.
- Als **Schlüsselprädiktoren für den sozio-ökonomischen Status** gelten **BILDUNG, SCHICHTS, MODARB** und **PREKAR**.

Bei den nun folgenden empirischen Analysen stehen folgende Fragen im Mittelpunkt, die stets den Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern einschließen:

- Welcher Nutzen ergibt sich aus der Trias von Erklärungsfaktoren (Persönlichkeit, Probleme, Politische Kultur) für die empirische Forschung?
- In welcher Beziehung stehen die Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus zueinander?

4 Aus EFFIINT, LIB und DEMOK.

5 Aus ASKO, AUT und DEMOR.

- Beeinflussen die sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren Persönlichkeitseigenschaften?
- Welche sozialen Gruppen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften weisen starke partizipatorische bzw. systemkritische Orientierungen auf?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem sozio-ökonomischen Status und sozio-politischen Orientierungen bei der Erklärung des Rechtsextremismus?
- Welche Bedeutung haben soziale Ungleichheit und soziale Fragmentierung im Rahmen der sozio-ökonomischen Erklärungsfaktoren? Welche Rolle spielt der Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt?
- In welcher Konstellation wirken die einzelnen Variablen aus dem sozio-ökonomischen und aus dem sozio-politischen Bereich auf Rechtsextremismus? Gilt dabei die (spezielle) Spiegelbildthese?

Bevor wir uns den Prädiktoren für Rechtsextremismus zuwenden, werfen wir einen kurzen Blick auf die Erwerbssituation von aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern.

2. Sozialstrukturelle Unterschiede zwischen aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern

In Kapitel C haben wir dargelegt, dass die allgemeine Spiegelbildthese mit Blick auf den sozio-ökonomischen Status insgesamt nicht zutrifft. Sie kann nur für wenige soziale Gruppen Gültigkeit beanspruchen. Wenn aber Gewerkschaften in sozialstruktureller Hinsicht kein Abbild der Gesellschaft darstellen, dann lässt sich die Tatsache, dass Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso empfänglich für Rechtsextremismus sind wie die Unorganisierten, nicht - jedenfalls nicht allein - mit der (sozio-ökonomischen) Spiegelbildthese erklären. Weiterhin zeigte sich, dass Gewerkschaften keineswegs nur sozialstrukturelle Segmente organisieren, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt besonders zum Rechtsextremismus neigen. Dies liegt daran, dass sich Gewerkschaften zumeist aus dem Bereich der Erwerbspersonen rekrutieren, die im Ganzen deutlich seltener rechtsextreme Einstellungen aufweisen als Nichterwerbspersonen.

Dies bestätigt sich auch, wenn die einzelnen Mitgliedergruppen nach ihrem Erwerbs- bzw. Berufsstatus betrachtet werden. Die geschlechterspezifisch differenzierten Daten finden sich in Anhang 129 und 130⁶. Die schwache Repräsentanz von Frauen in den Gewerkschaften trifft unterschiedslos auf aktive und passive Mitglieder zu. Erwerbspersonen sind unter Aktiven und Passiven überdurchschnittlich vertreten. Das gilt insbesondere für Frauen: Gewerkschaften üben auf erwerbstätige Frauen stärkere Anziehungskraft aus als auf erwerbstätige Männer. Vergleichsweise selten organisiert sind sonstige Nichterwerbspersonen und Arbeitslose. Wenn sie über ein Mitgliedsbuch verfügen, dann zählen sie eher zu den passiven als zu den aktiven Mitgliedern. Extrem häufig sind einfache Arbeiter vertreten, insbesondere bei den Passiven, aber auch bei den Aktiven. Dies gilt mehr noch für weibliche als für männliche einfache Arbeiter. Stark überrepräsentiert sind neben den Beamten auch die (männlichen und weiblichen) Facharbeiter, und zwar sowohl bei den aktiven als auch bei den passiven Mitgliedern. Relativ stark organisiert sind schließlich noch die weiblichen einfachen und verantwortlichen Angestellten, und zwar in beiden Mitgliedergruppen.

Wenn Gewerkschaften aber überwiegend soziale Gruppen organisieren, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt relativ resistent gegen Rechtsextremismus sind, dann stellt sich die Frage, warum Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder. Die Antwort lautet (wie bereits dargestellt), dass Angehörige bestimmter sozialer Gruppen, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, vielfach empfänglicher für rechtsextreme Angebote sind als unorganisierte Angehörige dieser Gruppe. Mitglieder derselben sozialen Gruppe weisen häufig eine größere Affinität zum Rechtsextremismus auf, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft sind. So tendieren **verantwortliche Angestellte (+100%⁷)**, **einfache Arbeiter (+89%)**, **sonstige Nichterwerbspersonen (+33%)** und in geringem Umfang auch **Facharbeiter (+11%)** vergleichsweise stark zum Rechtsextremismus, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, umgekehrt erweisen sich Rentner (-28%), Arbeitslose (-26%) und dann auch einfache Angestellte (-17%) als relativ selten rechtsextrem eingestellt, wenn sie einer Gewerkschaft angehören.

Dies wird noch deutlicher, wenn wir die Perspektive wechseln und nicht Organisierte und Unorganisierte hinsichtlich ihres Rechtsextremismusanteils vergleichen, sondern den Organisationsgrad von Rechtsextremisten, aufgeschlüsselt nach Erwerbsgruppen, betrachten (er beträgt im Durchschnitt aller Rechtsextremisten 16%): 53 Prozent der rechtsextrem eingestellten **einfachen**

6 Wegen zu geringer Fallzahlen können die Funktionäre nicht berücksichtigt werden.

7 In Klammern die prozentualen Abweichungen der Organisierten von den Unorganisierten bezogen auf die jeweilige Untersuchungsgruppe.

chen Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, weiterhin 33 Prozent der rechtsextremen **Facharbeiter** und 29 Prozent der **verantwortlichen Angestellten**.

Bei den besonders anfälligen Gruppen fallen die **einfachen Arbeiter** auf: Sie stellen die einzige organisierte Erwerbsgruppe dar, die in Bezug auf den Bevölkerungsdurchschnitt überproportional zum Rechtsextremismus neigt, im Vergleich zu den unorganisierten einfachen Arbeitern besonders rechtsextrem eingestellt und die auch noch besonders stark gewerkschaftlich organisiert ist. **Offenbar üben Gewerkschaften auf rechtsextreme einfache Arbeiter eine besondere Anziehungskraft aus.**

Dass die aktiven Gewerkschaftsmitglieder insgesamt weniger anfällig für rechtsextreme Angebote sind als passive, haben wir bereits in Kapitel E nachgewiesen. Das belegen im Prinzip auch die Rechtsextremismusanteile bei Aktiven und Passiven, wenn nach der Erwerbsstruktur differenziert wird, allerdings werden auch Abweichungen sichtbar⁸: So weisen verantwortliche Angestellte hohe Rechtsextremismusanteile auf, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind (+100%). Bei den weiblichen verantwortlichen Angestellten betrifft dies in erster Linie die passiven Mitglieder (+142%), bei den männlichen verantwortlichen Angestellten dagegen die aktiven Mitglieder (+267%⁹). Weiterhin neigen einfache Arbeiter besonders stark zur Übernahme von rechtsextremen Vorstellungen, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft sind (+89%). Dies gilt allerdings nur für passive (+117%), nicht für aktive einfache Arbeiter. Wird zudem das Geschlecht berücksichtigt, dann trifft der Befund nur auf männliche passive einfache Arbeiter zu (+529%¹⁰). Aber auch die männlichen einfachen Arbeiter unter den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern neigen extrem oft zum Rechtsextremismus (+443%¹¹). Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei Facharbeitern (besonders anfällig: weibliche passive Mitglieder), bei einfachen Angestellten (besonders anfällig: männliche passive Mitglieder) und bei den sonstigen Nichterwerbspersonen (besonders anfällig: männliche passive Mitglieder). Bemerkenswert ist schließlich, dass weibliche Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie aktiv sind, durchgängig weniger zu Rechtsextremismus neigen als die Männer in der entsprechenden Erwerbs- bzw. Berufsgruppe.

8 Siehe Anhang 131 und 132.

9 Geringe Fallzahlen.

10 Geringe Fallzahlen.

11 Geringe Fallzahlen.

3. Gewerkschaftsmitglieder und objektive Schichtzuordnung

Zur Reduktion der Komplexität der diversen sozialen Lagen bedienen wir uns der objektiven Schichtzuordnung (SCHICHTO). Diese aus Bildung und Einkommen konstruierte Variable eignet sich besonders gut zur Messung von sozialer Ungleichheit. Denn sie fasst zwei Komponenten zusammen, die charakteristisch für den Status einer Person im sozialen Gefüge moderner Gesellschaften sind. Der Index unterscheidet zwischen Unterschicht (44% aller Befragten), Mittelschicht (32%) und Oberschicht (24%), ist besonders trennscharf und lässt sich auch gut gegen soziale Segmentierung abgrenzen. Die subjektive Schichteinstufung (SCHICHTS) eignet sich zu diesem Zweck weniger, weil sich die Befragten bei der Beschreibung ihrer Position im Schichtgefüge offenbar auch von politisch-kulturellen Aspekten leiten lassen.

Tabelle 44: Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Nicht-Mitglieder nach objektiver Schichtzuordnung sowie sozialstrukturelle Repräsentativität in Bezug auf objektive Schichtzuordnung in Deutschland 2003 (%)					
	Funktionäre	sonstige Aktive	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
Unterschicht	20	30	35	33	46
Mittelschicht	43	46	46	45	30
Oberschicht	37	24	19	22	24
Repräsentativität^{a)}					
Unterschicht	-57	-35	-24	-28	
Mittelschicht	+43	+53	+53	+50	
Oberschicht	+54	0	-21	-8	

a) Prozentuale Abweichungen der einzelnen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern.

Lesebeispiel: 20 Prozent der Funktionäre sind der Unterschicht, 43 Prozent der Mittelschicht und 37 Prozent sind der Oberschicht zuzuordnen. Die prozentuale Abweichung des Anteils der Unterschichtmitglieder an den Funktionären von dem Anteil der Unterschichtmitglieder an den Unorganisierten beträgt -57. Angehörige der Unterschicht sind mithin unter den Funktionären stark unterrepräsentiert.

In der Mitgliederschaft der Gewerkschaften ist die Unterschicht vergleichsweise schwach vertreten: Ihr sind 33 Prozent der Organisierten, aber 46 Prozent der Unorganisierten zuzurechnen (Tabelle 44). Dagegen ist die Mittelschicht stark überrepräsentiert, ihr gehört knapp die Hälfte der Mitglieder an (45%), während ihr Anteil an den Unorganisierten nur 30 Prozent beträgt. Zur Oberschicht zählt etwas mehr als ein Fünftel der Mitglieder (22%), hier gilt also die Spiegelbildthese. Dass die Gewerkschaften stark durch die Mittelschicht geprägt sind, trifft durchgängig auf alle Mitgliedergruppen zu. **Gewerkschaften üben offenbar besondere Anziehungskraft auf**

Arbeitnehmer aus der Mittelschicht aus. Aus ihr stammen auch 43 Prozent der Funktionäre, weitere 37 Prozent der Funktionäre gehören der Oberschicht an. Die Unterschicht ist im Funktionskörper also unterrepräsentiert.

Die drei Schichten unterscheiden sich nach Status und Mentalität deutlich voneinander. Der Vergleich ergibt folgendes Bild (teilweise ohne tabellarisch ausgewiesene Daten):

Merkmale der gewerkschaftlich organisierten Unterschicht:

- Arbeitslos,
- einfache Arbeiter,
- Rentner,
- sonstige Nichterwerbspersonen,
- teilw. einfache Angestellte,
- geringes Berufsprestige,
- soziale Absteiger,
- arbeiten eher in Kleinbetrieben,
- geringe Modernität des Arbeitsplatzes,
- sehr starke Prekarität des Arbeitsverhältnisses,
- starke Unzufriedenheit,
- geringe demokratische Überzeugungen,
- geringe partizipatorische Orientierungen,
- starke autoritäre Überzeugungen,
- starke systemkritische Orientierungen.

Merkmale der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht:

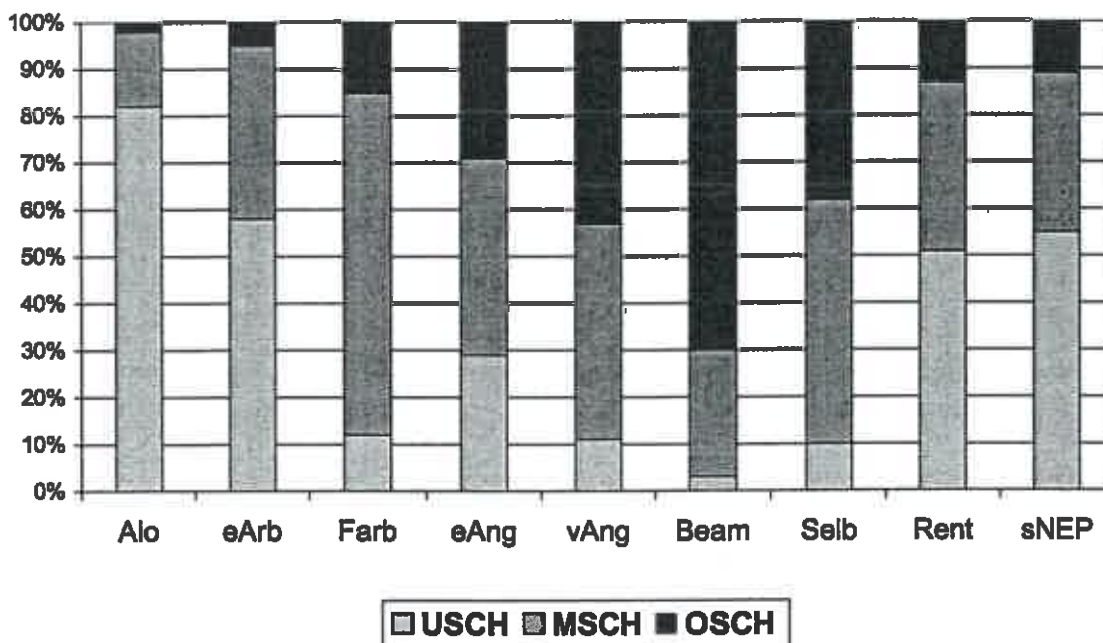
- Männer,
- Facharbeiter,
- verantwortliche Angestellte,
- einfache Angestellte,
- mittleres Berufsprestige,
- soziale Aufsteiger,
- arbeiten überwiegend in Großbetrieben,
- hohe Modernität des Arbeitsplatzes,
- mittlere Prekarität des Arbeitsverhältnisses,
- mittlere Unzufriedenheit,
- mittlere demokratische Überzeugungen,
- mittlere partizipatorische Orientierungen,
- mittlere autoritäre Überzeugungen,
- mittlere systemkritische Orientierungen,
- vergleichsweise starke Bindung an die Gewerkschaften.

Merkmale der gewerkschaftlich organisierten Oberschicht:

- Beamte,
- verantwortliche Angestellte,
- großes Berufsprestige,
- sehr hohe Modernität des Arbeitsplatzes,

- geringe Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- geringe Unzufriedenheit,
- starke demokratische Überzeugungen,
- starke partizipatorische Orientierungen,
- schwache autoritäre Überzeugungen,
- schwache systemkritische Orientierungen,
- besonders häufig links eingestellt.

Grafik 8:
Objektive Schichtzuordnung der Gewerkschaftsmitglieder
nach Erwerbs- bzw. Berufsgruppen in Deutschland 2003 (%)



Alo:	Arbeitslose	eAng:	einfache Angestellte	Selb:	Selbständige
eArb:	einfache Arbeiter	vAng:	verantw. Angestellte	Rent:	Rentner
Farb:	Facharbeiter	Beam:	Beamte	sNEP:	sonstige Nichterwerbs- personen

Nun zu den **Rechtsextremisierungspotenzialen**: Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt ist die Unterschicht insgesamt (also Organisierte und Unorganisierte) besonders anfällig für Rechtsextremismus (*absolute Anfälligkeit*: +60%), die Mittelschicht ist dagegen unterdurchschnittlich anfällig (*absolute Anfälligkeit*: -30%) und die Oberschicht sogar stark unterdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus (*absolute Anfälligkeit*: -60%).

Rechtsextremismus ist also aufs Ganze gesehen - wie bekannt - ein Unterschichtenphänomen. Dies gilt im Prinzip auch für den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus:

- Das Rechtsextremismuspotenzial der Unterschicht-Mitglieder (28%) liegt 47 Prozent über dem gewerkschaftlichen Durchschnitt (19%). Das Rechtsextremismuspotenzial der Mittelschicht-Mitglieder (19%) entspricht exakt dem gewerkschaftlichen Durchschnitt. Und das Rechtsextremismuspotenzial der Oberschicht-Mitglieder (6%) liegt 217 Prozent unter dem gewerkschaftlichen Durchschnitt.
- Aus der Unterschicht stammen 46 Prozent aller rechtsextrem eingestellten Gewerkschaftsmitglieder, aus der Mittelschicht ebenfalls 46 Prozent und aus der Oberschicht acht Prozent. Die Unterschicht ist also überdurchschnittlich, die Mittelschicht durchschnittlich und die Oberschicht unterdurchschnittlich am rechtsextremen Einstellungspotenzial der Gewerkschaften beteiligt.

Tabelle 45: Rechtsextremisten unter gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung sowie prozentuale Abweichungen des Anteils von Rechtsextremisten an gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und an Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung in Deutschland 2003 (%)					
	Funktionäre	sonstige Aktive	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
Unterschicht	25	23	30	28	33
Mittelschicht	22	12	21	19	13
Oberschicht	*3	*4	8	6	8
Prozentuale Abweichungen					
Unterschicht	-24	-30	-10	-15	
Mittelschicht	+69	-8	+62	+46	
Oberschicht	*-63	*-50	0	-25	

* Geringe Fallzahlen.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Lesebeispiel: 25 Prozent der Funktionäre, die der Unterschicht zuzuordnen sind, sind rechtsextrem eingestellt. Die prozentuale Abweichung der rechtsextremen Unterschicht-Funktionäre von den rechtsextremen Angehörigen der Unterschicht, die nicht organisiert sind, beträgt -24. Funktionäre aus der Unterschicht sind also seltener rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht.

Vergleicht man aber die Organisierten mit den Unorganisierten (*relative Anfälligkeit*), dann sieht das Bild völlig anders aus (Tabelle 45):

Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht sind etwas seltener rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht¹². Der prozentuale Abstand beträgt -15 Prozent und liegt damit im Rahmen der Marge der Spiegelbildthese. Mitglieder aus der Mittelschicht erreichen mit +46 Prozent **beinahe das Kriterium für die Anziehungsthese**, und die Mitglieder aus der Oberschicht sind vergleichsweise schwach rechtsextrem eingestellt (-25%). Die Aufschlüsselung der Mittelschicht nach Mitgliedertypen zeigt, dass einerseits die passiven Mitglieder, andererseits aber auch die Funktionäre im Verhältnis zu den Nicht-Mitgliedern der Mittelschicht besonders stark zum Rechtsextremismus tendieren. **Auf beide trifft die Anziehungsthese zu.** Da letztere eine relativ kleine Gruppe darstellen, ist der Rechtsextremismus der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht in erster Linie eine Angelegenheit der passiven Mitglieder.

Das Charakteristische an den Gewerkschaften ist also, dass sie von Ihrer Sozialstruktur her stark durch die Mittelschicht geprägt sind und dass sie zudem auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft ausüben. Der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus geht dabei vor allem auf das Konto der passiven Mittelschicht-Angehörigen. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (absolute Anfälligkeit) stellt der gewerkschaftliche Rechtsextremismus zwar ein Unterschichtphänomen dar, im Vergleich sozialer Gruppen (relative Anfälligkeit) handelt es sich beim gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus jedoch um ein Mittelschichtphänomen.

Warum neigen gerade die Gewerkschaftsmitglieder, die der Mittelschicht zuzurechnen sind, im Vergleich zur unorganisierten Mittelschicht so besonders stark zum Rechtsextremismus? Wir wollen dieser Frage mittels eines Vergleichs von organisierten und unorganisierten Angehörigen der Mittelschicht nachgehen. Zunächst einige Angaben zur **allgemeinen Spiegelbildthese** (teilweise ohne tabellarisch ausgewiesene Daten):

- Auffällig ist, dass es sich bei der organisierten Mittelschicht um eine recht widersprüchliche Gruppe handelt: Die Organisierten neigen mehr als die Unorganisierten zu autoritären Persönlichkeitseigenschaften, autoritären Wertorientierungen und autoritären Einstellungen. Gleichzeitig weisen sie häufiger ein starkes politisches Selbstbewusstsein auf. Bei ihnen sind demokratische Überzeugungen und partizipatorische Orientierungen stärker ausgeprägt als

12 Dies mag auf den ersten Blick verwundern, hatten wir doch gerade die einfachen Arbeiter, die fast zu 60 Prozent der Unterschicht zuzuordnen sind (Grafik 8), als besonders anfällig für Rechtsextremismus bezeichnet. Die Lösung des Problems liegt in dem hohen Aggregationsniveau der objektiven Schichtzuordnung: Zur Unterschicht zählen nämlich nicht nur einfache Arbeiter, sondern beispielsweise auch Arbeitslose und Rentner, die relativ selten über rechtsextreme Einstellungen verfügen (vgl. Anhang 131 und 132).

bei den Unorganisierten. Aber auch autoritäre Überzeugungen und systemkritische Orientierungen finden sich bei ihnen öfter als bei Unorganisierten.

Tabelle 46: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen und nach dem Anteil der Rechtsextremisten an der jeweiligen sozialen Gruppe in Deutschland 2003 (%)

	Anteil Mittelschicht (allgemeine Spiegelbildthese)		Anteil Rechtsextremisten (spezielle Spiegelbildthese)	
	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Mitglieder	Nicht-Mitgl.
Männer	81	55	19	12
Frauen	19	45	18	15
Erwerbspersonen	79	55	18	11
Arbeitslose	1	3	31	36
einfache Arbeiter	8	5	40	10
Facharbeiter	38	12	19	9
einfache Angestellte	12	16	8	9
verantwortliche Angestellte	14	11	16	7
Beamte	4	1	*	*
Selbständige	2	7	*	28
Rentner	18	23	19	24
sonst. Nichterwerbspers.	3	22	32	4

* Geringe Fallzahlen

Lesebeispiel: Der Anteil der Männer an der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht beträgt 81 Prozent, an der unorganisierten Mittelschicht dagegen nur 55 Prozent. 19 Prozent der organisierten Männer aus der Mittelschicht, aber nur 12 Prozent der unorganisierten Männer aus der Mittelschicht sind rechtsextrem eingestellt.

- Die Mittelschicht-Gewerkschafter sind mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen teilweise etwas unzufriedener als die Nicht-Mitglieder und bewerten den Zustand des politischen Systems etwas kritischer als Unorganisierte. Und sie sind hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunftsaussichten etwas pessimistischer als die Unorganisierten. Die genannten Unterschiede bewegen sich freilich stets im Rahmen der 20 Prozent-Marge der Spiegelbildthese.
- Auf der Rechts-Links-Skala stufen sich die Mitglieder häufiger links ein als die Unorganisierten, aber auch bei der Selbstverortung auf der rechten Seite des politischen Spektrums übertreffen die Organisierten die Unorganisierten.

- Hinsichtlich des sozio-ökonomischen Status stellen die organisierten Mittelschichtangehörigen einen fast lupenreinen Männerverein dar (81% zu 19%), während bei den Unorganisierten das Verhältnis von Männern und Frauen 55 Prozent zu 45 Prozent beträgt. Erwerbstätig sind 79 Prozent der Organisierten, aber nur 55 Prozent der Unorganisierten. 38 Prozent der organisierten, aber nur 12 Prozent der unorganisierten Mittelschicht-Angehörigen sind Facharbeiter. Beamte sind unter den Organisierten vier Mal so häufig vertreten wie unter den Unorganisierten (4% zu 1%). Der Anteil der Rentner liegt bei den Nicht-Mitgliedern etwas höher als bei den Mitgliedern (23% zu 18%). Die übrigen Nichterwerbspersonen machen allerdings 22 Prozent der Nicht-Mitglieder, aber nur drei Prozent der Mitglieder aus (Tabelle 46). Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht arbeiten seltener in Kleinbetrieben und folglich öfter in mittleren und sogar wesentlich häufiger in Großbetrieben als Unorganisierte aus der Mittelschicht. Organisierte sind in deutlich geringerem Umfang prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt und verfügen öfter über einen modernen Arbeitsplatz als Unorganisierte.

Nun zur **speziellen Spiegelbildthese**, also zum Rechtsextremismus: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht unterscheiden sich nicht grundsätzlich in Bezug auf ihr rechtsextremes Einstellungsmuster. Aber einige Abweichungen sind berichtenswert:

- Mittelschicht-Gewerkschafter befürworten wesentlich häufiger eine rechtsautoritäre Diktatur als Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht (+43%¹³).
- Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht neigen stärker zu einem chauvinistischen Nationalismus als Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht (+22%).
- Ein Vergleich der mit den vier Rechtsextremismus-Skalen gemessenen Einstellungspotenziale ergibt, dass die organisierten Mittelschicht-Angehörigen nicht nur häufiger rechtsextrem eingestellt sind als die Unorganisierten (+46%), ihr Weltbild ist auch konsistenter (REXKUM: +30%) und auf die Statements der "harten" Rechtsextremismus-Skala reagieren sie zustimmender (REXH: +167%) als die Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht.

Aus den Angaben in Tabelle 46 lassen sich die prozentualen Abweichungen der Rechtsextremismuspotenziale bei organisierten und unorganisierten Mittelschichtangehörigen berechnen. Wir vergleichen sie mit den entsprechenden Abweichungen bei allen Gewerkschaftsmitgliedern (Anhang 132):

13 Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

	spezielle Spiegelbildthese	
	alle Mitglieder	Mittelschicht
Männer	+12	+58
Erwerbspersonen	+42	+64
einfache Arbeiter	+89	+300
Facharbeiter	+11	+111
verantwortliche Angestellte	+100	+129
sonst. Nichterwerbspersonen	+33	+700

Die Unterschiede fallen teilweise dramatisch aus: Der Anteil an Rechtsextremisten an den gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern übertrifft den Anteil der Rechtsextremisten an den unorganisierten Facharbeitern um elf Prozent. Wenn nur die Facharbeiter aus der Mittelschicht betrachtet werden, dann beträgt der Überhang an Rechtsextremisten bei den Gewerkschaftsmitgliedern 111 Prozent¹⁴. Bei den organisierten verantwortlichen Angestellten aus der Mittelschicht macht er 129 Prozent aus (gegenüber 100% bei allen Mitgliedern) und bei den organisierten einfachen Arbeitern aus der Mittelschicht sogar 300 Prozent (gegenüber 89%). Unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die der Mittelschicht zuzurechnen sind, finden sich also soziale Gruppen, die im Vergleich zu ihren unorganisierten Pendanten teilweise extrem stark zum Rechtsextremismus tendieren. **Auf die oben genannten Gruppen trifft durchweg die Anziehungsthese zu.**

Dass Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht im Vergleich zu den unorganisierten Angehörigen dieser Schicht über teilweise extrem starke Affinitäten zum Rechtsextremismus verfügen, dass es sich beim gewerkschaftlichen Rechtsextremismus im Schichtenvergleich grosso modo um ein Mittelschichtphänomen handelt, hatten wir nicht erwartet. Vergegenwärtigt man sich die oben gelisteten Merkmale der gewerkschaftlich organisierten Unter-, Mittel- und Oberschicht, dann erfüllt die Unterschicht die aus der Literatur bekannten und in Kapitel A 2.3 skizzierten Kriterien, die als Voraussetzung für die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen gelten, nahezu vollständig. Die Unterschicht vereinigt die Verlierer des sozialen Wandels und der Globalisierung, der Modernisierungs- und Prekarisierungsvorgänge in der Wirtschaft und ist daher für Rechtsextremismus besonders prädestiniert. **Die durch relativ gutes Einkommen und vergleichsweise gute Bildung gekennzeichnete Mittelschicht zählt dagegen keineswegs zu den sozialen Verlierern, wohl eher - jedenfalls im Vergleich mit der Unterschicht - zu den Nutznießern der sozio-ökonomischen Veränderungen.** Gleichwohl macht sich in

14 Facharbeiter stellen 38 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder dar, die der Mittelschicht angehören (Tab. 46).

Tabelle 47: Rechtsextremisten bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern aus der Mittelschicht nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen in Deutschland 2003 (%)		
	Mitglieder	Nicht-Mitglieder
Berufsprestige		
niedrig	40	10
hoch	14	17
Betriebsgröße		
1-9	*3	17
10-49	13	7
50-499	21	14
500+	20	*1
Modernität der Arbeit		
gering	31	18
hoch	15	13
Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses		
ohne	5	3
groß	24	17
wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit		
ohne	10	7
stark	30	18
politische Unzufriedenheit		
schwach	8	3
stark	36	24
allgemeine Unzufriedenheit		
schwach	*1	*2
stark	40	22
autoritäre Überzeugungen		
schwach	4	3
stark	31	36
demokratische Überzeugungen		
schwach	27	17
stark	9	9
partizipatorische Orientierungen		
schwach	35	19
stark	4	*3
systemkritische Orientierungen		
schwach	5	5
stark	42	35

* Geringe Fallzahlen.

ihren Reihen - verglichen mit der unorganisierten Mittelschicht - ein teilweise beängstigendes Ausmaß an rechtsextremen Positionen bemerkbar (die Auflistung nach Tabelle 47 bezieht sich ausschließlich auf die Angehörigen der Mittelschicht innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften):

- Von den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Mittelschicht mit einem geringen Berufsprestige sind 40 Prozent rechtsextrem eingestellt, bei der unorganisierten Mittelschicht mit geringem Berufsprestige beträgt der Rechtsextremismusanteil dagegen nur zehn Prozent.
- Organisierte Mitglieder der Mittelschicht neigen besonders dann zum Rechtsextremismus, wenn sie in Mittel- oder Großbetrieben tätig sind. Gewerkschafter in Klein- oder Kleinstbetrieben sind deutlich resistenter gegen extrem rechtes Gedankengut.
- Mittelschicht-Gewerkschafter mit unmodernen Arbeitsplätzen weisen nahezu doppelt so häufig eine rechtsextreme Gesinnung auf wie unorganisierte Mittelschicht-Angehörige mit unmodernen Arbeitsplätzen.
- Wenn Organisierte aus der Mittelschicht mit den wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Verhältnissen besonders unzufrieden sind, neigen sie viel stärker zu rechtsextremen Angeboten als unorganisierte Unzufriedene aus derselben Schicht.
- Mittelschicht-Gewerkschafter mit schwachen demokratischen Überzeugungen bzw. mit schwachen partizipatorischen Orientierungen haben wesentlich häufiger ein rechtsextremes Weltbild als die entsprechenden Gruppen aus dem Nicht-Mitglieder-Bereich.
- Wenn Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht stark systemkritisch orientiert sind, sind sie stärker rechtsextrem eingestellt als entsprechende Unorganisierte aus der Mittelschicht.

Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht sind für rechtsextreme Angebote offenbar dann besonders empfänglich, wenn sie sich in problematischen Lebens- bzw. Arbeitssituationen befinden, sehr unzufrieden sind und nur über ein geringes demokratisch-partizipatorisches Repertoire verfügen. Der letztgenannte Aspekt verdient vor allem deshalb Beachtung, weil sich Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern generell gerade darin unterscheiden, dass sie über ausgeprägte partizipatorische Orientierungen verfügen (die Rechtsextremismus nachhaltig abwehren).

Wenn rechtsextrem eingestellte Angehörige der Mittelschicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, müssten dafür besondere Ursachen gelten. Eine mögliche Ursache ergibt sich aus den Orientierungen der organisierten Mittelschicht-Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften. In Kapitel

D 4.4.1 hatte wir zwischen der Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (Output-Evaluierung) und dem Vertrauen in Gewerkschaften (Gesamtevaluierung) unterschieden. Hinsichtlich der Output-Evaluierung ergeben sich keine Besonderheiten: Gewerkschaftsmitglieder aus allen Schichten bescheinigen ihrer Organisation zu einem sehr hohen Prozentwert (zwischen 70% und 80%) eine effektive Interessenvertretung, und zwar unabhängig davon, ob sie rechtsextrem eingestellt sind oder nicht.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Gesamtevaluierung. Zur Erinnerung: 46 Prozent aller Mitglieder vertrauen den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz (Anhang 98). Von den Mittelschicht-Gewerkschaftern, die nicht rechtsextrem eingestellt sind, bekunden 43 Prozent Vertrauen in die Gewerkschaften, von den Rechtsextremisten unter den Mittelschicht-Gewerkschaftern tun dies jedoch 55 Prozent. Die Differenz macht immerhin 28 Prozent aus. Bei der gewerkschaftlich organisierten Unterschicht verhält es sich genau umgekehrt: Unterschicht-Mitglieder ohne Rechtsextremismus vertrauen den Gewerkschaften zu 52 Prozent, Unterschicht-Mitglieder mit Rechtsextremismus dagegen nur zu 43 Prozent¹⁵.

Wenn Rechtsextremismus - wie wir annehmen - auf das Vorhandensein von zu bewältigenden Problemlagen hindeutet, dann dürften sich in Teilen der rechtsextremen Mittelschicht mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft besondere Erwartungen verbinden. Denn eine positive Gesamtevaluierung der Gewerkschaften schließt, wie wir in Kapitel D 4.4.1 ausgeführt haben, einen Vertrauensvorschuss ein. Dies verweist auf die in Kapitel A mehrfach angesprochene Schutzfunktion von Gewerkschaften (z.B. "Facharbeiterprotektionismus"). **Bei den rechtsextremen Mittelschicht-Gewerkschaftern sind die Erwartungen bezüglich des Schutzes des eigenen Arbeitsplatzes bzw. das Bedürfnis nach kollektiver Gefahrenabwehr stärker ausgeprägt als bei den Mitgliedern aus der Unterschicht (und wohl auch aus der Oberschicht).** Anzeichen für Enttäuschung unter Gewerkschaftsmitgliedern darüber, dass ihre Organisationen dieser Schutzfunktion nicht nachkommen, bieten unsere Daten nicht.

Vermutlich sind die Enttäuschten ausgetreten und befinden sich in unserem Datensatz in der Gruppe der Nicht-Mitglieder. Wenn wir nur die Befragten betrachten, die früher einmal Mitglied einer Gewerkschaft waren (es heute aber nicht mehr sind), dann stellen wir Folgendes fest: Angehörige der Mittelschicht ohne rechtsextreme Einstellungen vertrauen den Gewerkschaften zu 35 Prozent, Mittelschicht-Befragte mit rechtsextremen Einstellungen nur zu 19 Prozent. Das könnte in der Tat bedeuten, dass rechtsextreme Angehörige der Mittelschicht ihre Gewerkschaft

15 Die Oberschicht kann wegen geringer Fallzahlen nicht in den Vergleich einbezogen werden.

(unter anderem) deshalb verlassen haben, weil sie ihre Erwartungen nicht hinreichend erfüllt haben.

Zwischen den Mittelschicht-Mitgliedern mit und ohne Rechtsextremismus besteht noch ein weiterer, aufschlussreicher Unterschied. Er bezieht sich auf die beiden in Kapitel D 4.4.2 dargestellten Konzepte bzw. Strategien gewerkschaftlichen Handelns: "nachhaltige bzw. konfliktbereite Interessenvertretung" und "Gegenmachtbildung". Gewerkschafter aus der Mittelschicht ohne rechtsextreme Einstellungen sprechen sich zu 29 Prozent stark für Interessenvertretung, aber nur zu 17 Prozent stark für Gegenmachtbildung aus. Mittelschicht-Gewerkschafter mit Rechtsextremismus optieren dagegen zu 17 Prozent stark für Interessenvertretung und zu 39 Prozent stark für Gegenmachtbildung¹⁶. **Das Schutzbedürfnis der rechtsextremen Mittelschicht-Gewerkschafter schlägt sich mithin in der Präferenz für eine gewerkschaftliche Handlungsstrategie nieder, die stärker auf Opposition, Systemkritik und sozialistische Ziele hindeutet als auf selbsttätige, systemimmanente und demokratische Beteiligung.**

4. Zum Zusammenhang von sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren und sozio-politischen Orientierungen

Gegründet auf den Forschungsstand vermuten wir, dass sich Rechtsextremismus mit speziellen Persönlichkeitseigenschaften verbindet, die zur Bewältigung von sozio-ökonomischen Problemlagen entwickelt werden, wobei antidemokratische Elemente in der Politischen Kultur diese Entwicklung begünstigen. Dass ein Zusammenhang von Persönlichkeitseigenschaften und Variablen aus dem Bereich der Politischen Kultur besteht, haben wir bereits nachgewiesen. Allerdings haben sich diese Zusammenhänge nicht als so stark erwiesen, dass von wirklich relevanten Einsichten die Rede sein kann. Nun geht es zunächst um die Beziehungen zwischen den sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren und Persönlichkeitseigenschaften: Inwieweit werden sie durch die zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Befragten geprägt?

Wenn mindestens schwache Korrelationen ($r \geq 0.2$) vorausgesetzt werden, dann besteht auch hier kein erwähnenswerter Zusammenhang von sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren und **Leistungsorientierung**¹⁷. Leistungsorientierung hat sich bislang stets als eine Variable erwiesen, die wenig zur Beantwortung unserer Fragestellungen beiträgt. **Autoritäre Dispositionen (ASKO)** werden nur durch BILDUNG erklärt ($r = -.235$), nicht aber durch Prekarität des Arbeits-

16 Dies gilt entsprechend für die Unterschicht, nicht aber für die Oberschicht.

17 Siehe dazu und zum Folgenden Anhang 133.

verhältnisses (PREKAR) und Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB). In der Literatur werden aber gerade PREKAR und MODARB zur Erklärung des zeitgenössischen, angeblich durch den Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt geprägten, Rechtsextremismus herangezogen. BILDUNG korreliert wesentlich stärker mit Rechtsextremismus (REXL) ($r = -.415$) als mit ASKO, und ASKO korreliert wesentlich stärker mit REXL ($r = .415$) als mit BILDUNG. Politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT) variiert positiv mit BILDUNG ($r = .313$), mit MODARB ($r = .264$) sowie mit der Schicht-Selbsteinstufung ($r = .213$) und negativ mit PREKAR ($r = -.204$). In dem Ausmaß, wie Bildung, Schichtzugehörigkeit, Modernität des Arbeitsplatzes und Sicherheit des Arbeitsverhältnisses zunehmen, wächst also das politische Selbstvertrauen, das eine wichtige Abwehrkraft gegen Rechtsextremismus darstellt. Entsprechend hängt politische Apathie (POLAPA) negativ mit MODARB ($r = -.253$) und BILDUNG ($r = -.244$), aber positiv mit PREKAR ($r = .225$) zusammen. Insgesamt bestehen also durchaus statistische Beziehungen zwischen sozio-ökonomischen Prädiktoren und Persönlichkeitseigenschaften, aber sie konzentrieren sich auf die politisch induzierten Persönlichkeitseigenschaften.

Kein statistischer Zusammenhang besteht zwischen den sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren und Wertorientierungen.

Von den Variablen aus dem Bereich Politische Kultur erwarteten wir eigentlich nur, dass sie die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften beeinflussen¹⁸. Tatsächlich bestehen aber auch Querverbindungen zu den sozio-ökonomischen Prädiktoren: So korrelieren demokratische Einstellungen (DEMOK) mit BILDUNG ($r = .239$) und traditionalistischer Sozialismus (TRAD-SOZ) mit der Schicht-Selbsteinstufung (SCHICHTS) ($r = -.237$) sowie mit PREKAR ($r = .210$).

Die Bewertungen der eigenen sozio-ökonomischen Lage sollten eigentlich in engem Zusammenhang mit den sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren stehen. Denn mit zunehmender Prekarität des Arbeitsplatzes und mit abnehmender Modernität des Arbeitsplatzes vermutet man wachsende Unzufriedenheit. Tatsächlich korrelieren die Unzufriedenheitsvariablen aber nur mit BILDUNG und SCHICHTS, überhaupt nicht mit MODARB und nur in einem, allerdings problematischen Fall¹⁹ mit PREKAR.

Wenn nur die sozio-politischen Schlüsselprädiktoren zu den ökonomisch-sozialen Schlüsselprädiktoren in Beziehung gesetzt werden²⁰, dann prägen letztere primär die systemkritischen

18 Siehe dazu die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" in Kap. A, S. 47.

19 UNZUFRR korreliert mit PREKAR ($r = .316$). Beide Indizes enthalten allerdings die Variable Arbeitsunzufriedenheit.

20 Siehe Anhang 134.

Orientierungen: Diese nehmen mit steigendem Bildungsgrad und wachsender sozialer Stellung ab, werden aber größer, wenn die Prekarität des Arbeitsplatzes zunimmt. Die Modernität der Tätigkeit wirkt sich nur bei den Funktionären auf systemkritische Orientierungen aus. Partizipatorische Orientierungen korrelieren nur mit Bildung (positiv), nicht aber mit der Schicht-Selbsteinstufung, dem Modernitätsgrad der Tätigkeit und mit der Prekarität des Arbeitsverhältnisses (Ausnahme: Funktionäre). Anders ausgedrückt: Der sozio-ökonomische Status und die daraus erwachsenden Probleme wirken sich auf das Ausmaß an Systemkritik aus: **Je geringer der sozio-ökonomische Status, desto stärker die systemkritischen Orientierungen** (die der Ausbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leisten). Systemkritik wächst also mit den von den Individuen zu bewältigenden Problemen und hängt folglich auch mit dem Wandel moderner Industriegesellschaften zusammen. Letzteres gilt nicht für partizipatorische Orientierungen (die Rechtsextremismus eindämmen). **Der sozio-ökonomische Status hat - bis auf Bildung - keinen Einfluss auf den partizipatorischen Impetus einer Person.** Mit zunehmendem sozio-ökonomischem Status nimmt zwar - wie gerade gesehen - das politische Selbstbewusstsein zu. Aber dieser Einfluss prägt nicht auch die übrigen Variablen, die den Index PARTOR ausmachen. **Der gesellschaftliche Wandel erzeugt mithin bei den Benachteiligten die Voraussetzungen für Rechtsextremismus, er begünstigt aber bei den Bevorteilten nur bedingt die Ausprägung von Abwehrhaltungen.**

Dabei ist zu beachten, dass die Zusammenhänge nur schwach bis mittel ausfallen. Das bedeutet, dass die vier sozio-ökonomischen Prädiktoren die beiden sozio-politischen Prädiktoren - trotz der genannten Unterschiede - insgesamt nur schwach prägen. Sie erklären durchschnittlich neun Prozent von PARTOR und 15 Prozent von SYKROR. **In welchem Ausmaß eine Person partizipatorisch oder systemkritisch orientiert ist, hängt also kaum von ihrem sozio-ökonomischen Status ab.** Dies gilt gleichermaßen für Mitglieder und Nicht-Mitglieder.

Insgesamt ist festzuhalten:

- In erster Linie werden die sozio-politischen Orientierungen von Variablen beeinflusst, die für soziale Ungleichheit stehen, dies gilt vor allem für die Persönlichkeitseigenschaften (ASKO, EFFIINT, POLAPA) und für die Unzufriedenheit der Befragten mit ihrer persönlichen Situation. Dabei spielt Bildung eine herausragende Rolle.
- Variablen aus dem Bereich der sozialen Segmentierung sind dabei nachrangig. Wenn überhaupt, dann trägt Prekarität zur Erklärung der sozio-politischen Orientierungen bei.
- Mit abnehmendem sozio-ökonomischem Status wachsen systemkritische Orientierungen (die die Empfänglichkeit für rechtsextreme Angebote erhöhen). Partizipatorische Orientie-

rungen (die Rechtsextremismus abwehren) hängen nur teilweise (Bildung) vom sozio-ökonomischen Status ab. Insgesamt erklären die sozio-ökonomischen Prädiktoren aber nur einen geringen Anteil der Varianz der sozio-politischen Prädiktoren.

- Die Erklärungsfaktorentrias von Persönlichkeit, Problemen und Politischer Kultur ist für die empirische Analyse von Rechtsextremismus nicht trennscharf.

5. Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus im Vergleich

Wir konzentrieren uns nun auf die insgesamt sechs Schlüsselprädiktoren, die bewusst "quer" zu der Trias von Erklärungsfaktoren konstruiert sind und die im Kontext der sozio-ökonomischen bzw. sozio-politischen Variablen besonders viel Varianz von Rechtsextremismus (REXL) aufdecken. Wenn direkte Beziehungen zwischen den Prädiktoren und REXL hergestellt werden, zeigt sich im Prinzip bei allen Mitgliedergruppen und bei den Nicht-Mitgliedern sowie in Ost und West dasselbe Bild²¹: Die sechs Prädiktoren bilden drei Gruppen:

- a) Prekarität des Arbeitsverhältnisses (PREKAR) und Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB) korrelieren sehr schwach bis schwach mit REXL. Nur bei den Nicht-Mitgliedern in Ostdeutschland fallen die Koeffizienten etwas höher aus.
- b) BILDUNG und Schichtselbsteinstufung (SCHICHTS) korrelieren mittel bis stark mit REXL, wobei BILDUNG durchgängig die größere Erklärungskraft hat, im Osten noch mehr als im Westen.
- c) Partizipatorische Orientierungen (PARTOR) und systemkritische Orientierungen (SYKROR) korrelieren stark bis sehr stark mit REXL. Bei den Mitgliedergruppen sind die Koeffizienten für PARTOR größer als die für SYKROR. Bei den Nicht-Mitgliedern ist es umgekehrt.

Es ist also keineswegs so, dass Arbeitnehmer in ungesicherten und unmodernen Verhältnissen besonders stark zu Rechtsextremismus tendieren. Die beiden Prädiktoren, die für die tiefgreifenden Umwälzungen von Wirtschaft und Arbeit und damit eben auch für soziale Segmentierung stehen, provozieren nur beiläufig rechtsextreme Einstellungen. Größeren Einfluss haben die sozio-ökonomischen Prädiktoren, die auf soziale Ungleichheit verweisen. Dabei steht nicht das Schichtgefüge im Vordergrund sondern Bildung, also in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene soziale Kompetenzen und Handlungsfähigkeit: Je weniger eine Person davon hat, desto anfälliger ist sie für Rechtsextremismus. Am wirkungsmäch-

21 Siehe Anhang 135.

tigsten aber erweisen sich die beiden sozio-politischen Orientierungen PARTOR und SYKROR, die eine Kombination aus Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Politische-Kultur-Variablen darstellen. **Den Nährboden für Rechtsextremismus bilden weniger der soziale Status und die daraus möglicherweise erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit.** Entscheidend ist also nicht die objektive Lage, sondern ihre subjektive Verarbeitung. **Die objektive Lage ist nicht bedeutungslos, ihr kommt aber nur eine indirekte Wirkung zu** (vor allem bei der Verbreitung von systemkritischen Orientierungen). Eingedämmt wird Rechtsextremismus weniger durch wachsenden sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und - in erster Linie - durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Intervention in gesellschaftliche Prozesse zielt. Dies alles gilt grosso modo - wie erwähnt - für Mitglieder und für Nicht-Mitglieder, für aktive und für passive Mitglieder, für Ostdeutsche und für Westdeutsche.

6. Der gemeinsame Einfluss der Schlüsselprädiktoren auf Rechtsextremismus

Im vorstehenden Abschnitt wurde die Wirkung jedes einzelnen Prädiktors auf Rechtsextremismus ermittelt und die einzelnen Zusammenhänge miteinander verglichen. Nun untersuchen wir die **Bedeutung aller Prädiktoren zusammen** für Rechtsextremismus. Das Verfahren (lineare Regression) haben wir bereits oben in Kapitel A 5.3 erläutert. Dort haben wir auch dargelegt, dass die **Persönlichkeitseigenschaften 32 Prozent der Varianz von REXL erklären.** Wenn nur die Prädiktoren herangezogen werden, die sich auf Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen beziehen, ergibt sich eine **Varianzaufklärung von 46 Prozent.** Beide Prädiktorengruppen zusammen, also alle *sozio-politischen* Orientierungen, erklären **57 Prozent des Rechtsextremismus.** Die beiden sozio-politischen Schlüsselprädiktoren PARTOR und SYKROR leisten alleine **48 Prozent.**

Die *sozio-ökonomischen* Prädiktoren erklären zusammen **19,6 Prozent des Rechtsextremismus,** die vier entsprechenden Schlüsselprädiktoren **19,0 Prozent.** Gemessen an den Beta-Werten²² ist **BILDUNG** dabei die Ausschlag gebende Variable ($\beta = -.331$). Es folgt **Prekarität (PREKAR)** mit $\beta = .151$. **Modernität des Arbeitsplatzes (MODARB)** und die **Schicht-Selbsteinstufung (SCHICHTS)** erzielen keine signifikanten Beta-Werte. Für sich genommen

22 Der Koeffizient Beta gibt den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige (hier: REXL) an.

tragen die sozio-ökonomischen Prädiktoren also weniger zur Erklärung von Rechtsextremismus bei als die Persönlichkeitseigenschaften (und erst recht als die sozio-politischen Orientierungen).

Wenn die beiden sozio-politischen und die vier sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren zusammen zur Erklärung von Rechtsextremismus herangezogen werden, ergibt sich für alle Befragten eine Aufklärungsrate von 45,6 Prozent. In dieser Konstellation dominieren erwartungsgemäß die partizipatorischen und die systemkritischen Orientierungen. Schicht-Selbsteinstufung, Modernität der Tätigkeit und Prekarität büßen jetzt nahezu ihre gesamte Erklärungskraft ein²³. Wenn die Regressionen nur für die verbleibenden relevanten Prädiktoren PARTOR, SYKROR und BILDUNG gerechnet werden, ist die erklärte Varianz sogar oft noch größer als bei den sechs Prädiktoren. Das dürfte darauf beruhen, dass sich SCHICHTS, MODARB und PREKAR - wenigstens teilweise - bei der Erklärung von Rechtsextremismus als "störend" erweisen. Bei der Dreier-Konstellation verändern sich die Beta-Werte für PARTOR und BILDUNG kaum gegenüber der Sechser-Konstellation. Nur die Beta-Werte von SYKROR werden zumeist größer. Das bedeutet, dass SYKROR einen Teil der Varianz von SCHICHTS, MODARB und PREKAR abdeckt. **Dass die sozio-ökonomischen Prädiktoren vergleichsweise wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus beitragen, liegt offenbar daran, dass systemkritische Orientierungen viel von dem enthalten, was Schicht-Selbsteinstufung, Modernität des Arbeitsplatzes und Prekarität des Arbeitsverhältnisses zur Erhellung der Ursachen von Rechtsextremismus leisten. Mit anderen Worten: Systemkritische Orientierungen stellen eine (mögliche) Form der subjektiven Verarbeitung von sozio-ökonomischen Problemlagen dar.**

Wenn der sozio-ökonomische Status und die sozio-politischen Orientierungen gemeinsam zur Ursachenanalyse herangezogen werden, dann bestätigen sich die Befunde der Korrelationsanalysen also eindrucksvoll:

Die objektiven Faktoren, die die Problemlagen der Menschen generieren, entpuppen sich als wenig aufschlussreich für die Interpretation des Rechtsextremismus. Die Debatte über die Bedeutung von sozialer Ungleichheit und sozialer Segmentierung ist auf der Einstellungsebene irrelevant. Herkunft und Art der zu bewältigenden Probleme üben kaum *direkten* Einfluss auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen aus. Mit Blick auf den sozio-ökonomischen Status ist allein Bildung wirkungsmächtig, wobei Bildung, wie mehrfach betont, mehr umfasst als

23 Siehe Anhang 136.

nur die Schulbildung, nämlich die Ausstattung eines Individuums mit sozialen Kompetenzen und mit autonomer Handlungsfähigkeit.

Aber auch Bildung nimmt in der Dreierkonstellation nur den dritten Platz ein. **Dominant sind PARTOR und SYKROR.** Systemkritische Orientierungen begünstigen die Ausbreitung des Rechtsextremismus. Sie sind auch Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit und bilden den durch Globalisierung und gesellschaftlichen Wandel erzeugten Problemdruck ab. Partizipatorische Orientierungen stellen (gemeinsam mit der Bildung) eine Barriere gegen Rechtsextremismus dar. **Ihre Abwehrkräfte speisen sich jedoch kaum aus dem sozio-ökonomischen Status, sondern vor allem aus der Konstitution der Individuen, aus Ihrer Persönlichkeit, aus Ihren Kompetenzen und Wertorientierungen.**

Wenn Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich der Bedeutung der Schlüsselprädiktoren PARTOR, SYKROR und BILDUNG für Rechtsextremismus miteinander verglichen werden, zeigen sich teilweise beträchtliche Unterschiede:

Der Rechtsextremismus der Organisierten wird an erster Stelle durch PARTOR, an zweiter durch SYKROR und an dritter Stelle durch BILDUNG beeinflusst. Maßgeblich für die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern ist also in erster Linie die Stärke ihres demokratisch-partizipatorischen Repertoires. Mit deutlichem Abstand folgt als Einflussgröße das Ausmaß an Systemkritik. Bei den Unorganisierten kommt zunächst SYKROR, dann PARTOR und schließlich mit weitem Abstand BILDUNG. Eine interessante Konstellation weisen die Gewerkschaftsfunktionäre auf: Partizipatorische Abwehrkräfte haben bei ihnen einen extrem hohen Stellenwert. Aber auch bei den systemkritischen Orientierungen (die Rechtsextremismus anziehen) verzeichnen sie den höchsten Beta-Koeffizienten aller Mitgliedergruppen. Und BILDUNG wirkt bei ihnen schwächer auf Rechtsextremismus als bei allen anderen Untersuchungsgruppen. Darin spiegeln sich die beiden Kammern ihres belief systems wider. Die hohe Stringenz ihres Denkens kommt auch darin zum Ausdruck, dass die drei Schlüsselprädiktoren rund zwei Drittel ihres Rechtsextremismus erklären, mehr als bei allen anderen Untersuchungsgruppen²⁴.

Stark verallgemeinert besteht der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten darin, dass der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder primär durch ihre Persönlichkeit, ihre Kompetenzen, ihre Handlungsfähigkeit und durch ihre Wertorientie-

24 Siehe Anhang 136.

rungen geprägt ist, während sich der Rechtsextremismus der Nicht-Mitglieder in erster Linie aus Problemdruck, Unzufriedenheit, Kapitalismus- und Demokratiekritik speist.

Wenn der Einfluss der sechs Schlüsselprädiktoren auf den Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder nach ihrer objektiven Schichtzuordnung bestimmt wird, treten die Besonderheiten der Mittelschicht deutlich hervor (Tabelle 48):

Tabelle 48: Beta-Werte der linearen Regression der sozio-ökonomischen und sozio-politischen Schlüsselprädiktoren auf REXL bei Gewerkschaftsmitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung sowie bei allen Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland 2003 sowie Determinationskoeffizienten (R^2) für die Untersuchungsgruppen				
	alle Mitglieder	Unterschicht	Mittelschicht	Oberschicht
PARTOR	-404	-570	-422	-401
SYKROR	+272	x	+357	+282
BILDUNG	-219	x	-144	-206
SCHICHTS	+60	x	+80	x
MODARB	-86	x	-206	x
PREKAR	+64	+148	x	x
R^2 (korr.)	458	333	457	409

Koeffizienten: x 1000.

β misst den standardisierten Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable (hier: REXL). Je größer die Werte, desto größer der Effekt.

R^2 gibt den Anteil der erklärten Streuung an der Gesamtstreuung an. 458 bedeutet, dass die sechs Prädiktoren zusammen 45,8 Prozent der Streuung von REXL bei allen Mitgliedern erklären.

x nicht in das Modell aufgenommen.

- Der Rechtsextremismus der gewerkschaftlich organisierten **Oberschicht** wird - wie bei den Mitgliedern insgesamt - primär durch partizipatorische Orientierungen und dann im weiteren durch systemkritische Orientierungen und durch Bildung bestimmt. Im Gegensatz zu den Mitgliedern insgesamt spielen die übrigen drei Prädiktoren, die sich auf den sozio-ökonomischen Status beziehen, keine Rolle.
- Bei der organisierten **Unterschicht** werden rechtsextreme Einstellungen fast ausschließlich durch partizipatorische Orientierungen bestimmt. Mit riesigem Abstand übt die Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses einen gewissen Effekt auf Rechtsextremismus aus. Nach den bisherigen Ergebnissen wäre zu erwarten gewesen, dass gerade bei der Unterschicht, also bei den Verlierern der Globalisierungs-, Modernisierungs- und Prekarisierungsprozesse, Systemkritik besonders wirkungsmächtig ist, weil sich hinter Systemkritik Autoritarismus, Kapital-

lismus- und Demokratiekritik sowie große Unzufriedenheit verbergen. Tatsächlich sind 45 Prozent der organisierten Unterschicht systemkritisch orientiert (Mittelschicht: 23%; Oberschicht: 15%), und auch bei den Problem-Faktoren weist die Unterschicht hohe Anteile auf. Der Problemdruck ist also durchgängig groß, die verbleibende Variationsbreite - bis auf Prekarität - gering. Die (organisierte) Unterschicht ist mithin besonders anfällig für Rechtsextremismus, aber das Ausmaß variiert nicht systematisch mit sozio-ökonomischen Faktoren und auch nicht mit systemkritischen Orientierungen.

- Die organisierte **Mittelschicht** weicht deutlich von der Ober- und der Unterschicht und auch vom Mitgliederdurchschnitt ab: Der sozio-ökonomische Status, insbesondere die Modernität des Arbeitsplatzes, trägt vergleichsweise viel zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. Dies korrespondiert mit einem relativ starken Effekt von systemkritischen Orientierungen auf Rechtsextremismus. Auch bei der Mittelschicht beeinflussen partizipatorische Orientierungen Rechtsextremismus mehr als jeder andere Schlüsselprädiktor, aber der Abstand zwischen PARTOR und SYKROR ist sehr gering.

Während also für Gewerkschaftsmitglieder insgesamt gilt, dass rechtsextreme Einstellungen primär durch ihre Persönlichkeit, Kompetenzen, Handlungsfähigkeit und Wertorientierungen geprägt sind, speist sich der Rechtsextremismus der organisierten Mittelschicht zu einem erheblichen Anteil auch aus - wie wir oben festgestellt haben: eher subjektiv wahrgenommenem als objektiv vorhandenem - sozio-ökonomischem Problemdruck. Dieser erwächst offenbar vor allem aus (empfundener) Modernitätsdefiziten, jedenfalls nicht - wie bei der Unterschicht - aus Prekaritätserfahrungen. Das erscheint durchaus plausibel: Die Ängste der vor allem durch Facharbeiter und verantwortliche Angestellte geprägten gewerkschaftlichen Mittelschicht dürften weniger aus der Qualität des Arbeitsverhältnisses resultieren, sondern in erster Linie aus der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsplatzes, die weithin von seiner Modernität abhängt.

7. Ergebnis

In diesem Kapitel wird der Versuch unternommen, die unterschiedlichen Erklärungsfaktoren (Prädiktoren) für Rechtsextremismus zusammenzuführen. Im Laufe der empirischen Analysen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, diese in nur zwei Gruppen zu bündeln: sozio-

ökonomischer Status und sozio-politische Orientierungen²⁵. Für jede der beiden Gruppen verfügen wir über viele einzelne Prädiktoren, die im Interesse der Komplexitätsreduktion zu Schlüsselprädiktoren zusammengefasst wurden. Schlüsselprädiktoren für den sozio-ökonomischen Status sind

- Bildung,
- Schicht-Selbsteinstufung,
- Modernität des Arbeitsplatzes und
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses.

Schlüsselprädiktoren für sozio-politische Orientierungen sind

- partizipatorische Orientierungen, also autoritäre, kapitalismus- und demokratiekritische Haltungen sowie
- systemkritische Orientierungen, also linksgerichtete, selbstbewusste, demokratische und nachhaltige Interessenvertretung.

Wir fragen nun also, wie sich diese sechs Schlüsselprädiktoren auf rechtsextreme Einstellungen auswirken. Dabei ist vor allem von Interesse, welche Bedeutung dem sozio-ökonomischen Status zukommt. Denn dieser wird in der neueren Literatur als besonders wichtig für die Ausbreitung von Rechtsextremismus (in der Arbeitswelt) bezeichnet. Als diesbezügliche Erklärungsfaktoren werden vor allem die zunehmende soziale Ungleichheit, die tief greifenden Modernisierungsprozesse und die wachsende Prekarität von Beschäftigungsverhältnissen genannt.

Unsere Untersuchungen zeigen allerdings, dass die Bedeutung derartiger Faktoren für die Erklärung von Rechtsextremismus stark überschätzt wird. Egal ob Korrelationen oder Regressionen gerechnet oder ob Pfadanalysen durchgeführt werden, der Befund ist immer derselbe: Der sozio-ökonomische Status einer Person sagt - in der Zusammenschau mit ihren sozio-politischen Orientierungen - wenig über ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus aus. Dieser wird vor allem (negativ) durch partizipatorische Orientierungen und (positiv) durch systemkritische Orientierungen beeinflusst. An dritter Stelle steht, allerdings mit deutlichem Abstand, der Prädiktor Bildung. Bildung ist zwar dem sozio-ökonomischen Status zuzurechnen, Bildung misst allerdings mehr als nur den formalen Bildungsgrad, nämlich in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene soziale Kompetenzen, Reflexionsvermögen und autonome Handlungsfä-

25 Ursprünglich haben wir die Trias aus Persönlichkeitseigenschaften, politischer Kultur und sozioökonomischen Problemen zu Grunde gelegt, was sich für die empirische Forschung wegen der geringen Trennschärfe der drei Bereiche als nicht hilfreich erwiesen hat.

higkeit. Bildung enthält mithin Komponenten aus dem Bereich der Persönlichkeitseigenschaften und aus dem Bereich des sozio-ökonomischen Status. Bildung wirkt gewissermaßen als "Supervariable", die nicht nur auf Rechtsextremismus sondern auch auf alle anderen Schlüsselprädiktoren (bis auf Prekarität) ausstrahlt.

Wenn auch die drei Prädiktoren, die für den Wandel der Industriegesellschaft bzw. der industriellen Beziehungen stehen, nur über eine sehr geringe Erklärungskraft für Rechtsextremismus verfügen, dürfen sie bei der Ursachenanalyse (und bei der Konzipierung von Gegenmaßnahmen) nicht gänzlich außer Acht gelassen werden. Soziale Ungleichheit, Modernisierungsdefizite und Prekarität wirken sich nämlich indirekt, vermittelt über systemkritische Orientierungen, auf Rechtsextremismus aus. Anders ausgedrückt: Rechtsextremismus begünstigende Systemkritik wurzelt auch in der Unzufriedenheit mit dem eigenen sozio-ökonomischen Status. Nicht die objektive soziale Lage, sondern ihre subjektive Bewertung bzw. Verarbeitung ist für das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen (mit-)verantwortlich.

Ein problematischer sozio-ökonomischer Status beeinflusst allerdings nur systemkritische, nicht aber partizipatorische Orientierungen. Mit der Verbesserung des sozio-ökonomischen Status verstärken sich also keineswegs automatisch die partizipatorischen Orientierungen (die Rechtsextremismus abwehren). In welchem Ausmaß Personen über derartige Orientierungen verfügen, hängt nicht von ihrer Schichtzugehörigkeit, der Modernität ihres Arbeitsplatzes und der Prekarität ihres Beschäftigungsverhältnisses, sondern nur von ihrem Bildungsgrad ab. Insgesamt sind partizipatorische Orientierungen eher auf individuelle Sozialisations- und Lernprozesse zurückzuführen, während systemkritische Orientierungen eher aus Unzufriedenheit stiftenden ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen erwachsen. Partizipatorische Orientierungen beruhen primär auf individuellen Prädispositionen, systemkritische Orientierungen stellen dagegen eine Verarbeitungsform von konkreten Problemlagen dar.

Wenn Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder miteinander verglichen werden, gewinnen Bildung, partizipatorische Orientierungen und systemkritische Orientierungen eine unterschiedliche Bedeutung für Rechtsextremismus. Bei den Mitgliedern ist für die Entstehung von Rechtsextremismus eher entscheidend, in welchem Umfang sie über partizipatorische Orientierungen, und - im Zusammenhang mit der Bildung - über autonome Orientierungs- und Handlungsfähigkeit verfügen. Für Nicht-Mitglieder spielen dagegen die Stärke ihrer systemkritischen Orientierungen, und in diesem Zusammenhang eben auch Statusprobleme, die größere Rolle für deren Hinwendung zum Rechtsextremismus. Wenn nur Gewerkschaftsfunktionäre mit Unorganisierten verglichen werden, tritt dieser Unterschied noch deutlicher hervor. Allerdings erlangen nun auch

Statusprobleme eine gewisse Bedeutung. Dennoch haben die einschneidenden Umbrüche in der Arbeitswelt aufs Ganze gesehen so gut wie keinen Einfluss auf den Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern. Er ist eher durch individuelle Prädispositionen verursacht.

Zu differenzierteren Einsichten gelangt man, wenn die Befragten hinsichtlich ihrer Schichtzuordnung nach Bildung und Einkommen unterschieden werden. Dass Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, liegt daran, dass die Mitglieder aus der Mittelschicht im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern aus dieser Schicht besonders stark zu rechtsextremen Einstellungen neigen, während der Anteil der organisierten Rechtsextremisten aus der Unterschicht und aus der Oberschicht vergleichsweise gering ist. Gewerkschaften üben also auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus. Mittelschicht-Gewerkschafter sind insbesondere dann für rechtsextreme Angebote besonders empfänglich, wenn sie sich in einer problematischen Lebens- bzw. Arbeitssituation befinden, sehr unzufrieden sind und nur über schwache partizipatorische Orientierungen verfügen. Anders als bei den Gewerkschaftsmitgliedern insgesamt wird ihr Rechtsextremismus auch durch sozio-ökonomische Prädiktoren erklärt. Die rechtsextremen Mittelschicht-Gewerkschafter erwarten sich von ihren Organisationen besonders häufig Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und Schutz vor unliebsamer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Und sie sprechen sich öfter als die nicht rechtsextremen Mitglieder aus der Mittelschicht dafür aus, dass Gewerkschaften politisch als Gegenmacht handeln.

Dass der gewerkschaftliche Rechtsextremismus vor allem in der Mittelschicht, der knapp die Hälfte aller Mitglieder angehören, gedeiht, ist deshalb bemerkenswert, weil die durch relativ gutes Einkommen und vergleichsweise gute Bildung gekennzeichnete Mittelschicht - im Gegensatz zur Unterschicht - nicht gerade zu den sozialen Verlierern, sondern eher zu den Nutznießern des sozio-ökonomischen Wandels zählt. Statusbedrohungen existieren zweifellos in beiden Schichten. Insofern trägt die These von der sozialen Segmentierung durchaus ein Stück weit: Der Strukturwandel betrifft alle gesellschaftlichen Schichten, auch den Angehörigen der Mittelschicht droht sozialer Abstieg. Aber der Strukturwandel betrifft beide Schichten auf einem objektiv unterschiedlichen Niveau: Der Status der Unterschicht kann sich kaum noch verschlechtern, der der Mittelschicht sehr wohl. Entscheidend für die Ausprägung von Rechtsextremismus dürfte aber nicht der objektive Status sondern seine subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung sein.

Die Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die gemeinsam mit ihren Kollegen aus der Oberschicht 80 Prozent der Funktionäre stellen, konnten sich lange Zeit als Träger und als Ge-

winner einer erfolgreichen Tarifpolitik und als Nutznießer der wirtschaftlichen Prosperität begreifen. Diese herausgehobene Stellung scheint nun in Folge von Globalisierung und Modernisierung ernsthaft gefährdet zu sein. Der drohende massive Privilegienverlust scheint sich bei Teilen der organisierten Mittelschicht darin zu äußern, dass sie ihre Schutzbedürfnisse nur durch eine nationalistische und ethnozentristische Politik gewährleistet sehen. Dass die Gewerkschaften früher resistenter in Bezug auf Rechtsextremismus waren als sie es heute sind, könnte daran liegen, dass die Anfälligkeit vor allem ihrer Mittelschicht-Mitglieder in den vergangenen 15 bis 20 Jahren zugenommen hat. Gerade sie sind nicht nur in ökonomischer und sozialer Hinsicht, sondern auch als maßgebliche Akteure der Gewerkschaftspolitik von den umbruchartigen ökonomischen Veränderungen besonders betroffen.

Kapitel H: Schlussfolgerungen

1. Problemstellung

Mit dem Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus griffen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam in die allgemeine Debatte um Rechtsextremismus in Deutschland ein. Mit der Kommission sei "erstmalig eine gewerkschaftliche Plattform" für eine Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus geschaffen worden. Unter Berücksichtigung des Forschungsstandes wurde auch das Thema "Gewerkschaften und Rechtsextremismus" ausführlich behandelt und Handlungsfelder für geeignete Maßnahmen dargelegt, denn es war bereits bei der Einrichtung der Kommission klar, dass es sich "nicht mehr um ein den Gewerkschaften äußerliches Phänomen" handelte. Dennoch blieben die vorgeschlagenen Maßnahmen in Bezug auf die eigenen Mitglieder sehr allgemein. Denn Handlungsperspektiven brauchen Kenntnisse der Ursachen für rechtsextreme Einstellungen sowie Kenntnisse der betroffenen bzw. gefährdeten Personengruppen. Bis auf wenige Studien – vor allem zum Wahlverhalten und zu jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern – waren Gewerkschaften Terra incognita der Rechtsextremismusforschung. So wurde die Feststellung in dem Bericht nicht weiter hinterfragt, dass die vorhandenen fremdenfeindlichen Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern "gewissermaßen im Trend" lägen und somit "die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur" spiegelten.

Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln dieses Abschlussberichts ausführlich dargestellt haben, konnten wir diese "Spiegelbildthese" so nicht bestätigen. Stattdessen haben wir ein sehr differenziertes Bild sowohl von der Mitgliederschaft als auch von der unterschiedlichen Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Mitgliederschaft gezeichnet. Thema der weiteren Ausführungen in diesem Kapitel ist es nun, die Relevanz unserer Erkenntnisse für die gewerkschaftliche Praxis zu erläutern und unsere Schlussfolgerungen daraus zu begründen. Hier geht es um einen Beitrag unserer Forschung zum Problembewusstsein der Gewerkschaften im Hinblick auf rechtsextremistische Einstellungen unter ihren Mitgliedern, und es lassen sich aus unseren Forschungsergebnissen bestimmte allgemeine Problemerkennnisse und Orientierungen für gewerkschaftliche Praxis und Politik herleiten, die auf verschiedenen Ebenen, von der betrieblichen Interessenvertretung über die Bildungsarbeit, die Tarifpolitik, die gesellschaftliche Bünd-

nispolitik und die Lobbyarbeit gegenüber Parlamenten und Regierungen, wirksam werden könnten.

Wohlgemerkt: Unser Projekt hatte nicht die bisherigen Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus zum Gegenstand, wenngleich wir uns um einen Überblick über die, insbesondere seit dem Bericht der DGB-Kommission aus dem Jahr 2000 verstärkten, Ansätze und Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern bemüht haben. Dennoch war weder deren Evaluation noch deren Weiterentwicklung unsere Aufgabe. Vielmehr wäre die Frage der konkreten Umsetzung unserer Ergebnisse in die Arbeit der Gewerkschaftsorganisation, etwa Vorschläge zur Einrichtung von Arbeitsgruppen, zur Veränderung von Bildungskonzepten etc. ein eigenständiger, als nächstes zu vollziehender Arbeitsschritt, der nicht mehr vom Projekt (allein) geleistet werden kann.

2. Erkenntnisse und Ergebnisse

Einleitend soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass wir einen umfassenden Begriff von „Rechtsextremismus“ – mit den sechs Dimensionen Diktatur, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, extremer Nationalismus, Antisemitismus und Verharmlosung des NS – verwendet und diesen auch empirisch bestätigt gefunden haben. Bei Gewerkschaftsmitgliedern und bei Nicht-Mitgliedern hängen diese Dimensionen real zusammen. Das heißt: Bei Personen, die besonders fremdenfeindlich eingestellt sind, besteht auch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie z.B. antisemitisch denken, den Nationalsozialismus verharmlosen und nach einem starken Führer rufen. Es gibt keine arbeitswelt- oder gewerkschaftsspezifische „Light“-Version des Rechtsextremismus, die sich auf „Ausländerfeindlichkeit“ konzentriert und hinsichtlich der übrigen Dimensionen eher harmlos ist.

2.1 Ursachen und Erklärungen

Hervorzuheben ist die Erkenntnis unseres Projekts, dass die sozio-politischen Orientierungen wesentlich stärker als Ursachen für Rechtsextremismus wirken als die sozioökonomische Lage und deren Veränderung. Den Nährboden für Rechtsextremismus bilden mithin weniger der *objektive* soziale Status und die daraus möglicherweise erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern

durch steigende Bildung und - in erster Linie - durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt. Auch für Arbeitnehmer mit Prekarisierungserfahrung und/oder Existenzangst liegt Rechtsextremismus nicht von selber nahe. Es kommt vielmehr auf die Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten an, vor allem wenn es um Probleme wie Arbeitslosigkeit, Outsourcing und Unterbietungskonkurrenz geht.

Dass rechtsextreme Einstellungen sich nicht selten in ursächlichem Zusammenhang zu diesen und anderen Kernthemen gewerkschaftlicher Politik entwickeln, ist ein Hinweis auf die begrenzte Reichweite gewerkschaftlicher Deutungsmacht. Das DGB-Trendbarometer 2004 hat in der Arbeitnehmerschaft eine zunehmende Verschlechterung der Stimmung und ein wachsendes Gefühl der persönlichen Bedrohung bezüglich der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung ermittelt¹. In unseren Gruppengesprächen ist nicht nur deutlich geworden, dass die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen Verunsicherung und Frustration hervorrufen, sondern auch in Hass und Verzweiflung mit rechtsextremistischen Tendenzen umschlagen. Hier wird die begrenzte "Reichweite gewerkschaftlicher Aufklärung" (DGB-Trendbarometer 2004) deutlich: Offensichtlich erreichen gewerkschaftliche "Situationsdeutungen"² solche Mitglieder nicht. Rechtsextreme Gruppierungen besetzen solche Themenfelder, während gewerkschaftliche Positionen und Argumente bei vielen Mitgliedern offensichtlich nicht bekannt sind oder nicht angenommen werden. Wenn gewerkschaftliche Positionen nicht wahrgenommen werden und Mitglieder stattdessen betriebsbezogene, konkurrenzbedingte "Sachzwänge" akzeptieren oder gar rechtsextreme und fremdenfeindliche Parolen aufnehmen, geht die Chance einer solidarischen und demokratischen Verarbeitung der Probleme und Konflikte verloren.

2.2 Gruppenspezifische Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen

Unsere Untersuchung hat ergeben, dass rechtsextreme Einstellungen bei einem nicht unbedeutenden Teil der Gewerkschaftsmitglieder zu finden sind. Zwar sind diese Einstellungen im Schnitt aller Befragten ebenso stark unter Gewerkschaftsmitgliedern wie in der Gesamtbevölkerung verbreitet, entscheidend ist jedoch die Erkenntnis, dass es beträchtliche gruppenspezifische

1 Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hrsg.): DGB-Trendbarometer 2004. I+P Informationen und Positionen der Grundsatzabteilung. Ausgabe 15, Okt. 2004.

2 Joachim Bergmann/Erwin Bürckmann/Hartmut Dabrowski: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2002, S. 86.

sche Unterschiede innerhalb der Mitgliederschaft der Gewerkschaften gibt. Mit der Repräsentativbefragung konnten wir die Gruppen identifizieren, die für Rechtsextremismus besonders anfällig sind. Vor allem sind dabei die Arbeitnehmer aus der Mittelschicht zu erwähnen, auf die die Gewerkschaften eine besonders starke Anziehungskraft ausüben. Zahlenmäßig und bezüglich der Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften verkörpert die Mittelschicht – u.a. Facharbeiter und verantwortliche Angestellte – besonders in Westdeutschland das Rückgrat der Organisation. Zwar ist der Rechtsextremismus insgesamt als ein Phänomen der Unterschicht zu verstehen, aber in der Mittelschicht neigen Gewerkschaftsmitglieder – in erster Linie die passiven – in erheblich größerem Umfang als Nicht-Mitglieder aus derselben Schicht zu rechtsextremen Einstellungen.

Diese gewerkschaftlich organisierte und von Facharbeitern und verantwortlichen Angestellten geprägte Mittelschicht reagiert auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen und Herausforderungen mit Ängsten, weil sie sich in ihrem ökonomischen wie auch in ihrem politischen Status bedroht fühlt. Ökonomisch ist ihre Lage deutlich unsicherer geworden, ihre Verankerung im wirtschaftlichen Wohlstandsmodell der Bundesrepublik – jedenfalls auf dem bisherigen Niveau – ist nicht mehr selbstverständlich. Zudem wird ihre politische Teilhabe am korporatistischen Konsensmodell und ihre Anerkennung als geschätzter Träger dieses Modells tagtäglich durch die Deregulierungsoffensive der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, durch politische Reformen, mit denen sie sich nicht identifizieren können und nicht zuletzt durch die schleichende Schwächung der Gewerkschaften in Frage gestellt.

Diese "Gefühle verletzter Gerechtigkeit" (Beerhorst) sowie der Verlust von Anerkennung äußern sich teils in Unzufriedenheit, aber auch in gesteigerter Form als (hilflose) Wut. Sie richten sich gegen "die da oben", z.T. verbunden mit dem Ruf nach einer starken und Ordnung schaffenden Führung. Aber diese Gefühle richten sich ebenso gegen Untenstehende, Ausländerfeindlichkeit ist darin erkennbar, und es wird beklagt, dass die Solidarität schwindet.

3. Handlungsansätze

Seit etlichen Jahren setzen sich die Gewerkschaften in ihren Publikationen und Bildungsveranstaltungen mit dem Thema Rechtsextremismus in der Gesellschaft auseinander³. Ein wichtiger Schritt zu einer Verstärkung dieser Arbeit wurde auf dem 16. DGB-Bundeskongress 1998 getan. Es wurde beschlossen, eine Kommission Rechtsextremismus einzusetzen, die dann im

3 Ein aktueller Überblick hierzu befindet sich im Anhang 137.

Jahre 2000 einen umfangreichen Bericht mit einer Analyse des Rechtsextremismus und mit Vorschlägen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Gewerkschaftsarbeit vorlegte. Die Handlungsempfehlungen der Kommission verdeutlichen, dass für die Bekämpfung von Rechtsextremismus insgesamt immer auch die Aktionsfelder Medien, Schule / Bildungssystem und Parteien / Politik wichtig sind, und dass auf diesen Gebieten lokale und regionale Bündnisse und Gemeinschaftsinitiativen der Gewerkschaften mit anderen Gruppen, Bewegungen und Organisationen für das Ziel der Bekämpfung und Eindämmung des Rechtsextremismus notwendig und sinnvoll sind.

Aber auch im unmittelbaren Wirkungsfeld der Gewerkschaften gibt es seitdem eine Vielzahl neuer Initiativen – Aktionen, Kampagnen, Bildungsprojekte und Betriebsvereinbarungen⁴ – gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Ein Beispiel ist das IG BAU-Projekt "Bau auf mich!" mit dem Ziel, "individuelle Hürden für eine offene Auseinandersetzung beiseite zu räumen" und "auf allen Ansprechebenen von der Baustelle bis zur Berufsbildungseinrichtung rechtem Gedankengut gemeinsam entgegen zu treten und dessen weitere Ausbreitung einzudämmen."⁵ Ein weiteres Beispiel stellt das Xenos-Projekt der IG Metall und der Otto-Brenner-Stiftung "Das Herz in die Hand nehmen - Courage zeigen" dar, das seit 2001 in Seminaren und Workshops den Umgang mit fremdenfeindlichen Alltagssituationen in der Arbeitswelt mit dem Ziel erprobt, "die Verhaltens- und Handlungsmöglichkeiten der Teilnehmer zu erweitern und diese zu befähigen, in fremdenfeindlichen Situationen kompetent eingreifen zu können."⁶ Auch das Xenos-Projekt "Betriebsräte und GewerkschafterInnen für Ausländer" von Start e.V.-Thüringen ist ein gutes Beispiel, wie Globalisierung, Ab- und Zuwanderung am Wirtschaftsstandort Deutschland thematisiert werden, um "interkulturelle Vielfalt als Vorteil und Chance - nicht nur für den Betrieb - begreifbar zu machen und somit Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Gewalt und Rassismus zu bekämpfen."⁷

Wie diese Projekte zeigen, wird zum einen Rechtsextremismus offen und direkt als Gefahr für die Demokratie angegangen, in dem die Teilnehmer lernen sollen, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzusetzen. Dieser Ansatz steht im Mittelpunkt vieler gewerkschaftlichen Aktivitäten. Zum anderen wird das Eingreifen in Auseinandersetzungen um Fremdenfeindlichkeit im Sinne von zivilgesellschaftlichen Werten gelernt. In vielfältiger Weise fördern die Ge-

4 Vgl. die ausführliche Liste, die auch Hinweise auf Betriebsvereinbarungen enthält, unter http://www.migration-online.de/practice_all_seq.cGFnZS5kb3NIYXJiaD0.html.

5 IG BAU, Bau auf mich!, <http://www.bau-auf-mich.de/fset.htm>, eingesehen am 13.09.2004.

6 Otto-Brenner-Stiftung: Xenos Projekt "Zivilcourage zeigen!", <http://www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.gegenrechts/content.akt.gegenrechts/>, eingesehen am 13.09.2004

7 Start e.V. Miteinander arbeiten und leben. Betriebs-/ Personalräte und GewerkschafterInnen für AusländerInnenbeschäftigung und -beratung. <http://www.start-thueringen.de/downloads/xenos.pdf>, eingesehen am 13.09.2004.

werkschaften die aktive Beteiligung an Aktionen und Bildungsseminaren, in denen es um Toleranz, Gleichbehandlung, Zivilcourage und interkulturelles Lernen geht, also um die Stärkung partizipatorischer und demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Exemplarisch hierfür ist die Kampagne des Bundesjugendausschusses der IG BCE. In dem Aufruf "Toleranz – was ist damit gemeint?" heißt es

"Toleranz bekommt erst dann einen Sinn, wenn sie sich auf eine feste Größe bezieht. Diese feste Bezugsgröße ist für uns unser gewerkschaftliches Wertesystem und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das heißt:

- Gleichheit, Freiheit, Solidarität
- Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte
- Demokratie und Rechtsstaat
- Frieden und soziale Gerechtigkeit

Diese Fähigkeit auszubauen ist nicht nur eine Pflicht gegenüber anderen Kulturen. Es ist auch die Voraussetzung dafür, dass Demokratie in komplexen Gesellschaften funktioniert."⁸

Hervorzuheben ist hierbei zum einen die gesellschaftspolitische Dimension und Einbettung von gewerkschaftlichen Ansätzen gegen Rechtsextremismus. Eine nur betrieblich ausgerichtete oder gar als Beiwerk angelegte Behandlung des Themas muss an den sozio-ökonomischen und sozio-politischen Realitäten rechtsextremer Einstellungen scheitern. In diesem Sinne sind die bisherigen Erfahrungen mit Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit positiv zu bewerten, sie sollten aber unbedingt anderen Betrieben sowie einer breiteren Öffentlichkeit systematisch zugänglich gemacht werden. Hier wäre z.B. eine Internet-Datenbank geeignet, um die benötigten Informationen abzurufen.

Zum anderen weisen die oben zitierten Ansätze implizit darauf, dass die Thematisierung des Rechtsextremismus nicht allein der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit überlassen werden kann:

"Bildungsarbeit steht, wenn sie ihre Adressaten erreicht, *im* Lebensalltag, und zugleich steht sie *neben* ihm: Örtlich, zeitlich, von den Umgebungsbedingungen, Aktivitätsformen, Umgehensweisen, von der Themenbehandlung her. Das ist ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche. Gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Bildung ist – jedenfalls unter gegenwärtigen Bedingungen der Zeiteinteilung von Arbeiten und Leben – für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen eine Sonder-situation, und wie viel in ihr gelernt, angenommen und aus ihr in den Alltag mitgenommen wird, ist offen. Es bedarf in der Gesellschaft, in praktizierten politischen Konzepten und in der Ge-

8 IG BCE, Bundesjugendausschuss: Toleranz – was ist damit gemeint? [http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=\\$w&n=08&the_id=02](http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=$w&n=08&the_id=02), eingesehen am 13.09.2004

werkschaftspolitik der Anknüpfungspunkte, der Verstärkung für die Entwicklung antirassistischen Bewusstseins und Handelns." ⁹

Dennoch können die Projekte und Bildungsansätze der Gewerkschaften, in denen Arbeitnehmer lernen, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzusetzen oder Toleranz, Gleichbehandlung, Zivilcourage und interkulturelles Lernen zu fördern, ihre erhoffte Wirkung nicht erzielen, wenn rechtsextreme Einstellungen im Kontext von Handlungsperspektiven der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht offen angegangen werden. Wie gesellschaftliche und sozio-ökonomische Konflikte wie Globalisierung, Outsourcing, Unterbietungskonkurrenz und Standortverlagerungen von Gewerkschaftsmitgliedern verstanden und verarbeitet werden und welchen Einfluss gewerkschaftliche Analysen und Handlungsperspektiven haben, ist nach unseren Erkenntnissen entscheidend dafür, ob sich rechtsextreme Einstellungen entwickeln und wie verbreitet sie in der Mitgliedschaft sind.

3.1 Erkenntnisse aus den Gruppengesprächen

Obwohl es in den Gruppengesprächen unterschiedliche Meinungen darüber gab, wie das gleich starke Vorhandensein von rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu bewerten sei, gab es breite Übereinstimmung in der Frage, was Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus in ihren eigenen Reihen tun sollen: Sich klar positionieren, aufklären, die Passiven aktivieren und offen darüber reden. Ausschluss aus der Gewerkschaft sei nur als letzte Konsequenz zu akzeptieren, wenn alle anderen Versuche, rechtsextreme Mitglieder von ihrer Einstellung abzubringen, keine Wirkung zeigen würden.

Daraus geht ein Verständnis von Gewerkschaft als Wertegemeinschaft (s.u.) hervor, in der rechtsextreme Einstellungen keinen Ort haben dürfen. Allerdings gab es auch Teilnehmer der Gruppendiskussionen, die eher ein Dienstleistungsverständnis von Gewerkschaft hatten. Für sie war die auf Rechtsextremismus bezogene Spiegelbildthese akzeptabel, weil sie der Masse der Mitglieder lediglich Schutzsuche unabhängig von politischen Einstellungen unterstellten. Aus dieser Sicht wäre ein Anteil von 20 Prozent Rechtsextremen unter den Mitgliedern erst dann beunruhigend, wenn diese Mitglieder ihre Absichten offen aussprächen oder gar versuchten, die Gewerkschaften ideologisch zu unterwandern.

9 Joachim Beerhorst, "Das Problem haben wir nicht"? – Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gegen Rassismus. unveröffentl. Manuskript 2001.

3.2 Gewerkschaften als Wertegemeinschaft

Im Gegensatz zu dieser Position eines Teils unserer Gesprächspartner sind wir davon überzeugt, dass Gewerkschaften nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein können, wenn sie sich **deutlich als Wertegemeinschaft** – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen. Dazu gehört insbesondere das Eintreten für die Verbindung der Werte „soziale Gerechtigkeit“ und „Demokratie“ als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns.

Für den größten Teil der Mitglieder ist der Wertebezug der eigenen Organisation in den Hintergrund getreten. Das bestätigen unsere Ergebnisse zu den Einstellungen der passiven Mitglieder ebenso wie die Einschätzungen dieser Mitglieder durch die Funktionäre in den Gruppendiskussionen. Auch die DGB-Kommission Rechtsextremismus konstatiert, dass die Gewerkschaften den Modernisierungsprozessen der Gesellschaft, die eine "aushöhlende Wirkung ... auf Solidarstrukturen und die kollektive Identität ihrer Mitglieder" haben; "durch den Wandel von traditionellen Wertegemeinschaften zu modernen Dienstleistungsorganisationen gefolgt" seien¹⁰. Wir schließen uns der Kritik der Kommission an diesem Weg an:

„Die Umstellung der Mitgliedermotivation von Gemeinschaftsgefühlen auf Nutzenkalküle erweist sich für die Ausprägung der Sozialbeziehungen in Betrieb und Gewerkschaft zunehmend als zweischneidiges Schwert. Denn dieselben Nutzenkalküle, die zum Eintritt in die Gewerkschaft bewegen und unter stabilen gesellschaftlichen Bedingungen ein funktional-kollegiales Verhalten nahe legen, können in Krisenzeiten zur Diskriminierung und Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer führen und dabei (...) ihre hässliche Kehrseite präsentieren.“¹¹

Und diese Kehrseite, so können wir hinzufügen, ist noch hässlicher: Nicht nur diskriminierend gegen „Ausländer“, sondern auch umfassend rechtsextremistisch, einschließlich antisemitisch und NS-verharmlosend. Wir empfehlen daher statt der Reduktion auf Nutzenkalküle eine gewerkschaftliche Strategie des Umgangs mit den Mitgliedern, die klar macht, dass alle Mitglieder auf bestimmte Werte verpflichtet sind und dass diese Werte auch besser geeignet sind als rechte oder neoliberale Deutungen, die eigene Situation zu verstehen und Handlungsperspektiven zu zeigen.

10 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus. Berlin 2000, S. 26.

11 ebda.

3.3 Mehr Partizipation als Grundlage der Solidarität

Zugleich sollten die Gewerkschaften den Mitgliedern deutlicher machen als bisher, dass diese selbst mehr tun müssen für ihre Ansprüche, Erwartungen und Interessen – und dass die Gewerkschaft dafür die Mittel und Möglichkeiten bereitstellt, nicht aber sie als Konsumenten mit Leistungen bedient.

Inhaltlich verknüpft mit der Ausrichtung der Gewerkschaften als Wertegemeinschaften ist die Aktivierung und Ermöglichung von Partizipation. **Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung**, die sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen hat, kann nicht nur durch Bildungsarbeit gestärkt werden. Wenn es richtig ist, dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des **Stellvertreterhandelns** für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder. Die Chancen der Mitgliederaktivierung im Alltag der Gewerkschaftspraxis sind vermutlich noch nicht ausgeschöpft und den Funktionsträgern auch nicht immer hinreichend bewusst. Stellvertretendes Handeln erscheint oft leichter, praktikabler, komplikationsloser als der mühsame Weg der Förderung von Eigenaktivität. Gleichwohl trägt diese Eigenaktivität, neben ihrem Nutzen für das jeweilige konkrete Ziel, auch einen Eigenwert in sich: Sie fördert Immunität gegen rechtsautoritäre Einstellungen.

In Anknüpfung an Aussagen aus den Gruppendiskussionen empfehlen wir, in der Bildungsarbeit insbesondere auf Stärkung von Zivilcourage der/des Einzelnen Wert zu legen. Zugleich, und in dialektischer Beziehung dazu, sollten die Solidarität und ihre Bedingungen, insbesondere die Dialektik der inklusiven und exklusiven Solidarität (s. auch DGB-Kommission), stärker Thema und Ziel der Bildungsarbeit sein. Leitbild könnte, entgegen der unfruchtbaren Entgegensetzung von „kollektiver Interessenvertretung“ und „Persönlichkeitsbildung“ in einigen jüngeren Diskussionen zur gewerkschaftlichen Bildung, **das starke, solidaritätsfähige Individuum** sein. (Ein Parolenvorschlag: **„Nur starke Individuen sind solidaritätsfähig. Nur solidarische Individuen sind stark.“**) Im Übrigen können wir die Empfehlungen der DGB-Kommission 2000 zur Bildungsarbeit – thematisch: umfassende Aufklärung über Rechtsextremismus; politisch-didaktisch: Förderung selbständigen Lernens und Handelns der Teilnehmer – nur unterstützen.

3.4 Rechtsextremismus als Mainstream-Thema

Gewerkschaften versuchen soziale Errungenschaften zu sichern und Handlungsperspektiven gegenüber den Herausforderungen von Globalisierung und Ökonomisierung des Lebens zu entwickeln. Auch die Bekämpfung von rechtsextremistischem Denken und Handeln in ihren eigenen Reihen ist, wie die DGB-Kommission schrieb, eine strategische Zukunftsaufgabe. Als solche gehört dieses Thema **offensiv in den "mainstream"** ihrer gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Analysen und Handlungsansätze. Ein Vorgehen als Beiprogramm mit Sonderstatus bleibt wirkungslos. Wie auch das DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. in seiner Anleitung zu einem "Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit" geschrieben hat, geht es bei der Behandlung solcher Themen darum, sie in einen breiteren Kontext zu integrieren (Mainstreaming)¹². Das Problemthema Rechtsextremismus soll nicht versteckt, verschleiert oder gar "tabuisiert"¹³ werden, aber in erster Linie sollten zivilgesellschaftliche Werte für den Umgang mit den politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen moderner Gesellschaften vermittelt werden. Dabei geht es um die Sicherung der Zukunft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wie die IG BCE-Jugend schreibt:

"Von den Gewerkschaften wird erwartet, dass sie die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen für eine sichere Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer absichern. Damit stehen sie in einer besonderen Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern. Im Zuge der massiven sozialen und politischen Veränderungen unserer Gesellschaft müssen Gewerkschaften eine klare und verständliche Einschätzung der Gegebenheiten der heutigen Zeit anbieten und Lösungen für die Zukunft entwickeln. Nur wenn es gelingt, Werte wie Solidarität, Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und Freiheit in die politischen Zukunftsmodelle einzubinden, werden Gewerkschaften als Vorbildgeber den rechtsextremen Tendenzen entgegen wirken können."¹⁴

In der Bildungsarbeit, in der öffentlichen Darstellung und in der Praxis der Tarifrunden und der Interessenvertretung sollten Gewerkschaften das Problem der **Abwehr von Unterbietungskonkurrenz** und der Abwehr rechtsextremer, rassistischer und ethnozentrischer Umdeutungen dieser Konkurrenz immer wieder bedenken und offen diskutieren. **Unterbietungskonkurrenz ist ein Einfallstor für verfestigte exklusive Solidarität und für rechtsextreme Situationsdeutungen.** Die Gewerkschaften können aber nicht darauf verzichten, die von ihnen erkämpften tariflichen und gesetzlichen **Mindeststandards** gegen eine Unterbietungskonkurrenz, die

12 DGB Bildungswerk Thüringen: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, <http://baustein.dgb-bwt.de/>, eingesehen am 13.09.2004.

13 Klaus Dörre: Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt (Main), 1994, S. 190.

14 Jugend in der IG BCE – Toleranz, [http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=\\$w&n=08&the_id=03](http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=$w&n=08&the_id=03), eingesehen am 13.09.2004.

inzwischen globalisiert ist, aber auch als Schwarzarbeit von Nicht-Migranten im Inland vorkommt, zu verteidigen. Sie befinden sich in einem objektiven Dilemma. Die angemessene Form des Umgangs damit ist eine präzise, komplexe und offene Information und Argumentation, wie sie insbesondere in der IG BAU entwickelt worden ist und von den Funktionären dieser Gewerkschaft auch vertreten wird. Dazu gehört auch die Entwicklung und Verbesserung einer gewerkschaftsinternen Werte- und Kommunikationskultur, in der die Gleichwertigkeit von Migranten und Nicht-Migranten selbstverständlich ist.

3.5 Gegen Entpolitisierung

Eine durchgehende Erkenntnis sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Untersuchungen unseres Projekts ist der Zusammenhang zwischen autoritären Persönlichkeitsstrukturen, verbunden mit Rigiditäten im Denken, und rechtsextremen Einstellungen. Zur Rigidität gehört die Bereitschaft, "einfache" Lösungen für komplexe Probleme und Veränderungen der Lebenslage zu suchen. Rigidität wird gefördert durch ein Denken in Sachzwängen und „Alternativlosigkeiten“ – ob auf der betrieblichen oder der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Gewerkschaften hätten dem entgegen zu treten: In der Politik durch ein Bestehen auf Alternativkonzepten und in der Bildungsarbeit und Bildungspolitik durch Förderung der Fähigkeit zu differenzierter Analyse und selbständiger Urteilsbildung.

Zu diesen Überlegungen gehört auch die Frage nach dem gesellschaftspolitischen Kontext der Berufsbildung. Wir haben in unserer Untersuchung auf das hohe Niveau von rechtsextremen Einstellungen bei gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern mit niedriger Schulbildung und hohem Einkommen hingewiesen. Dieses haben sie nicht zuletzt ihrer Berufsbildung zu verdanken, mit der sie eine hohe und bislang nachgefragte Qualifizierung ihrer Arbeitskraft erreicht haben. Dennoch scheint die fachliche Qualifizierung nicht von selbst auf die allgemeine politische Urteilsfähigkeit und demokratische Einstellung eine positive Wirkung zu haben. Ausbildung und lebenslange Weiterbildung werden immer wieder als Voraussetzungen für die persönliche Kompetenzentwicklung hochgehalten. Auch von den Gewerkschaften wird dieser Ansatz eingefordert. Hier sollten aber der Bezug zum gesellschaftlichen Umfeld und die Bedeutung von sozialen und politischen Kompetenzen durch die Verknüpfung des dualen Berufsbildungssystems mit allgemein bildenden Einrichtungen – z.B. bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes – verstärkt werden.

3.6 Der Kampf um die Deutungsmacht

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es auf die Deutung von Erfahrungen und Ängsten ankommt – also auf die Angebote der Gewerkschaft im „Kampf um die Köpfe“ ihrer Mitglieder (und ihrer nicht wenigen Sympathisanten außerhalb der Mitgliederschaft). In der sozialwissenschaftlichen Literatur zur Analyse der gegenwärtigen Lage der Gewerkschaften wird die These von Richard Hyman bestätigt, dass Gewerkschaften „den Kampf der Ideen“ führen müssen und nicht zulassen können, dass die Bedeutungsinhalte von Begriffen, die für die Organisation gewerkschaftlicher Solidarität unverzichtbar sind, vom politischen Gegner umdefiniert werden:

"... it seems clear that part of the problem, is an erosion of credible mobilizing rhetorics, of visions of a better future, of utopias. Building collective solidarity is in part a question of a organizational capacity, but just as fundamentally it is part of a battle of ideas. The crisis of traditional trade unionism is reflected not only in more obvious indicators of loss of strength and efficacy, but also in the exhaustion of a traditional discourse and a failure to respond to new ideological challenges."¹⁵

3.7 Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit als Ansatz gegen die Internationalisierung des Kapitals und den Unterbietungswettbewerb

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird häufig über das Ende des Nachkriegskompromisses zwischen Arbeit und Kapital geschrieben, der nach Streeck "auf der Voraussetzung begrenzter Mobilität der Produktionsfaktoren über die nationalen Grenzen hinweg" beruhte.

"Als Folge der Internationalisierung und damit — zumindest aus nationaler Perspektive — Desorganisation der Kapital- und Arbeitsmärkte löst Globalisierung jede auf nationaler Ebene ausgehandelte Koordination zwischen diesen auf und ersetzt sie durch eine weltweite hierarchische Übermacht der ersteren über die letzteren."¹⁶

In ihrer Zukunftsstudie für die IG Metall haben Fichter und Zeuner zusammen mit Jochen Gester für eine verstärkte Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit argumentiert¹⁷. Damit ist nicht ein Wechsel von der nationalen auf die supra-nationale Ebene gemeint, sondern eine Ergänzung des Wirkungsfeldes und eine Verzahnung der Arbeit auf beiden Ebenen. Gerade im

15 Richard Hyman: Understanding European Trade Unionism. Between Market, Class & Society, London. Sage 2001, S. 173.

16 Wolfgang Streeck: Korporatismus in Deutschland: zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Theorie und Gesellschaft; 45, Frankfurt/Main; New York: Campus-Verlag, 1999, S. 35.

17 Michael Fichter/Jochen Gester/Bodo Zeuner (2001): Externe Herausforderungen - Interne Problemlagen - Zukunftsoptionen: Eine internationale Perspektive, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Zukunft der Gewerkschaften. Zwei Literaturstudien, Arbeitspapier 44, Düsseldorf, S. 113 – 186.

Hinblick auf die Europäisierung der Märkte und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung für die Behandlung von herausfordernden Themen wie Rechtsextremismus gewinnen. Auch die Ergebnisse des SIREN-Projekts zeigen deutlich, dass Rechtspopulismus und rechtsextreme Einstellungen europaweite Phänomene sind, deren Bekämpfung einer ebenso breiten Perspektive bedarf. Bezogen auf die acht europäischen Länder dieses Projekts wird zum einen deutlich, "dass sowohl von Abstieg Bedrohte und von Prekarität Betroffene, als auch berufliche AufsteigerInnen autoritäre, ausgrenzende und nationalistische Haltungen zeigen." Zum anderen wird betont, dass eine Vielzahl von verschiedenen sozioökonomischen Erfahrungen (wie Arbeitsbelastung, drohende Entlassung, Wettbewerb) "insbesondere dann, wenn diese Erfahrungen individualisiert verarbeitet werden, zu rechtsextremen Orientierungen führen [können]."¹⁸ Eine Stärkung der grenzüberschreitenden Gewerkschaftsarbeit in Europa wäre ein deutliches Signal gegen eine bloße nationalistische Verteidigungsstrategie und würde zudem eine Perspektive für die Anerkennung von sozialen Standards bieten, die nicht nur als Abschottung der "Wohlstandsinself"¹⁹ Deutschland ausgelegt werden könnte. Zudem könnten die europäischen Gewerkschaften für die betroffenen Arbeitnehmer eine nachvollziehbare Handlungsperspektive bieten.

18 Jörg Flecker / Gudrun Hentges: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen, in: Joachim Bischoff / Klaus Dörre / Elisabeth Gauthier u.a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg: VSA-Verlag, 2004, S. 147-148.

19 Dörre (Anm. 13), S. 185.

Kapitel I: Zusammenfassung

1. Problemstellung

Angesichts des außerordentlich defizitären Forschungsstandes besteht das Anliegen des Projekts darin, Ursachen und Ausmaß des Rechtsextremismus (Einstellungen) bei Gewerkschaftsmitgliedern zu untersuchen. In den vergangenen 15 Jahren haben Umfragen immer wieder erwiesen - und das bestätigen auch unsere Daten -, dass die Mitgliedschaft der Gewerkschaften insgesamt im Großen und Ganzen genauso anfällig für Rechtsextremismus ist wie die Gruppe der Nicht-Mitglieder. Diese Befunde haben in der Öffentlichkeit und in den Gewerkschaften für Irritation gesorgt, galten Gewerkschaften in der Bundesrepublik doch bislang als Bollwerk gegen Neofaschismus. Als Erklärung wurde und wird zumeist (explizit oder implizit) angeführt, dass Gewerkschaften nicht im luftleeren Raum existierten. Gewerkschaftsmitglieder seien ein Teil der Gesellschaft und spiegelten folglich die Zukunftsängste und die Ausbreitung von fremdenfeindlichen Einstellungen bei den Bundesbürgern wider. Diese Diagnose - wir verwenden dafür den Begriff "**Spiegelbildthese**" - erschien uns mehr als zweifelhaft, denn sie berührt die Identität der Gewerkschaften. Wären sie in soziologischer und politischer Hinsicht nur ein schlichtes Abbild der Gesellschaft, dann stünde ihr im Grundsatzprogramm fixiertes institutionelles Selbstverständnis als einer demokratischen, sozialen und solidarischen Wertegemeinschaft und als einer gesellschaftlichen Reformkraft auf schwachen Füßen.

Es war nicht nur politische Hoffnung und Überzeugung sondern auch das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen, das uns daran zweifeln ließ, dass Gewerkschaftsmitglieder in sozialstruktureller und mentaler Hinsicht ein Abbild der Gesellschaft darstellen ("**allgemeine Spiegelbildthese**"). Wenn sie dies nicht sind, dann ist es auch wenig wahrscheinlich, dass sie in Sachen Rechtsextremismus dem gesellschaftlichen Trend folgen ("**spezielle Spiegelbildthese**"). Bei der Konzipierung des Projekts sind wir davon ausgegangen, dass Gewerkschaften weder im Allgemeinen noch in Bezug auf den Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Gesellschaft sind. Da die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder unter dem Strich genauso empfänglich für rechtsextremes Gedankengut ist wie die Nicht-Mitglieder, musste erklärt werden, wie dies mit der Zurückweisung der beiden Spiegelbildthesen vereinbar ist. Unsere diesbezüglichen Vermutungen lauteten:

Organisierte sind zwar denselben globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt wie Unorganisierte. Sie dürften sich aber hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Status und ihrer sozio-politischen Orientierungen durch besondere Merkmale gegenüber den Nicht-Mitgliedern auszeichnen und damit problematische Lebenslagen anders bewältigen als Nicht-Mitglieder. Vor allem die Einstellungen und Werte der Gewerkschaftsmitglieder dürften mit dem Organisationszweck und der Organisationsstruktur der Gewerkschaften mehr oder weniger stark korrespondieren. Die von den Unorganisierten abweichenden Merkmale bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** bzw. als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale**. Weiterhin haben wir angenommen, dass die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen ein komplexes, in sich möglicherweise widersprüchliches **Überzeugungssystem** ("belief system") bilden, das Bestandteile enthält, die Rechtsextremismus eher anziehen, und solche, die Rechtsextremismus eher abwehren. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Anziehungsorientierungen** oder **Abwehrorientierungen**. Entsprechende Verhältnisse dürften auch bezüglich des sozio-ökonomischen Status bestehen: Bestimmte, für Gewerkschaftsmitglieder typische, sozialstrukturelle Merkmale könnten die Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut verstärken, andere könnten sich immunisierend auswirken. Dass sich Gewerkschaftsmitglieder insgesamt hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht wesentlich von den Unorganisierten unterscheiden, hofften wir damit erklären zu können, dass sich einige Mitgliedergruppen als besonders anfällig für Rechtsextremismus erweisen, dass bei ihnen also viele Andockmöglichkeiten für Rechtsextremismus vorhanden sind, während andere Mitgliedergruppen eher immun gegen Rechtsextremismus sind, dass bei ihnen also die Abwehrkräfte überwiegen. Sollten sich diese Thesen empirisch verifizieren lassen, wäre eine Begründung für den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus ohne Zuhilfenahme der außerordentlich problematischen Spiegelbildthese gefunden.

Wenn von Anfälligkeit für Rechtsextremismus gesprochen wird, sind zwei Bezugsgrößen zu unterscheiden: Wird das Rechtsextremuspotenzial von Gewerkschaftsmitgliedern mit dem von allen Befragten (20%) verglichen, sprechen wir von **absoluter Anfälligkeit**, wird der Rechtsextremismus bei bestimmten Mitgliedergruppen mit dem bei den entsprechenden Gruppen von Unorganisierten verglichen (beispielsweise Rechtsextremismus bei organisierten und bei unorganisierten Arbeitern), sprechen wir von **relativer Anfälligkeit**. Die spezielle Spiegelbildthese bezieht sich auf die relative Anfälligkeit! Bei den Gewerkschaftsmitgliedern, auf die die spezielle Spiegelbildthese nicht zutrifft, unterscheiden wir zwischen Personen, die weithin immun gegen Rechtsextremismus sind ("**Immunisierungsthese**"), und zwischen Personen, die besonders anfällig für Rechtsextremismus sind. Da in der Literatur oft die Auffassung vertreten

wird, dass Gewerkschaften besondere Attraktivität auf bestimmte soziale Gruppen ausüben, die stark rechtsextrem geprägt sind (z.B. auf "Modernisierungsverlierer"), sprechen wir in diesem Zusammenhang von der "Anziehungsthese".

Die **Leitfrage** unserer Untersuchung lautet: Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?

- Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte,
- oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?

Die **Ursachenanalyse** bildet damit das Kernstück unseres Projekts. Wir suchen nach Variablen ("Prädiktoren"), die Rechtsextremismus erklären. Wenn unsere Ausgangsthese zutreffen, müsste der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Prädiktoren bzw. Erklärungsfaktoren gekennzeichnet sein oder einzelne Prädiktoren müssten wenigstens doch bei Organisierten stärker wirken als bei Unorganisierten. Wir erwarten zudem, dass sich diese Prädiktoren aus dem Bereich der Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen oder aus der Gruppe der gewerkschaftsspezifischen sozialstrukturellen Merkmale speisen. Wenn sich die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen tatsächlich zu einem Überzeugungssystem verdichten, müsste dieses (oder Teile davon) mit einigen Prädiktoren positiv, mit anderen negativ korrelieren.

Die empirische Basis des Projekts bilden eine Repräsentativbefragung von 2000 Gewerkschaftsmitgliedern und 2000 Nicht-Mitgliedern (2003) sowie Gruppendiskussionen mit 53 Betriebsratsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären (2004).

2. Untersuchungsergebnisse

2.1 Zur allgemeinen Spiegelbildthese

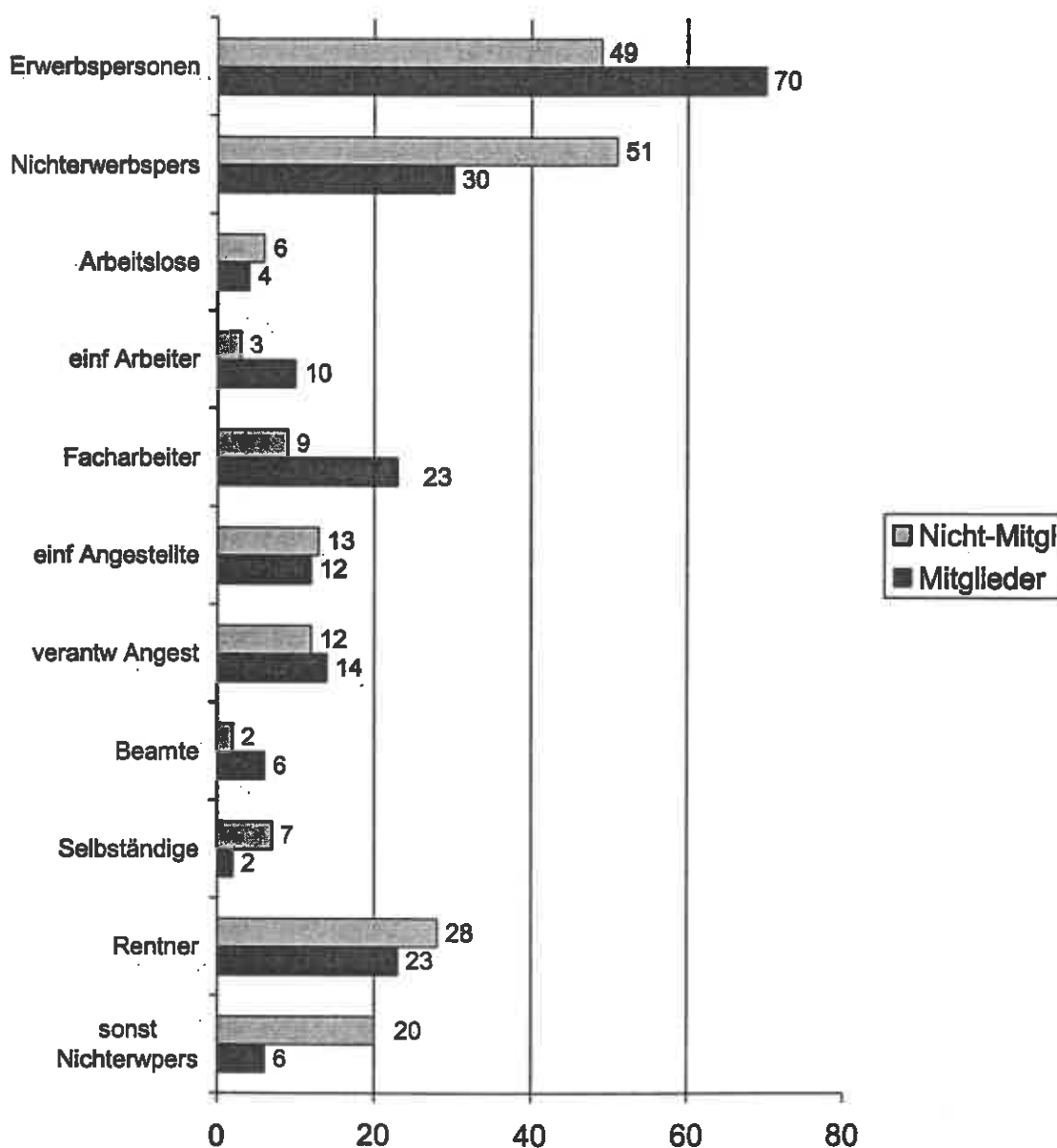
Die Mitgliedschaft der Gewerkschaften unterscheidet sich hinsichtlich ihres **sozio-ökonomischen Status** deutlich von den Nicht-Mitgliedern. Auch wenn der Vergleich nur auf Grundlage der Erwerbstätigen vorgenommen wird, gilt die Spiegelbildthese nicht. Die Mitglie-

derschaft ist nach allgemeinen sozialen Merkmalen wie Geschlecht und Bildung anders zusammengesetzt und konzentriert sich in bestimmten Wirtschaftsbereichen, Berufsgruppen und Betriebsgrößen. In zwei für die Arbeitswelt bedeutsamen Punkten besteht jedoch Übereinstimmung: bei der Modernität des Arbeitsplatzes und bei der Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses. Hier gilt die allgemeine Spiegelbildthese. Folgende gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale wurden ermittelt (in Ostdeutschland sind die Abweichungen der Mitglieder von den Nicht-Mitgliedern nicht so groß wie in Westdeutschland):

- Bildung: Gewerkschafter haben eher einen niedrigen Schulabschluss.
- Persönliches Nettoeinkommen: Gewerkschafter haben ein eher höheres Nettoeinkommen.
- Objektive Schichtzuordnung: Gewerkschafter sind eher der Mittelschicht zuzuordnen.
- Subjektive SchichtEinstufung: Gewerkschafter stufen sich selbst eher in die mittlere und obere Arbeiterschicht ein.
- Geschlecht: Deutlich mehr Männer als Frauen sind gewerkschaftlich organisiert.
- Erwerbstätigkeit: Deutlich mehr Gewerkschafter sind erwerbstätig.
- Berufsprestige: Gewerkschaftsmitglieder stehen eher auf der unteren Stufe der Prestigeskala.
- Berufsgruppen: Unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind einfache Arbeiter, Facharbeiter, verantwortliche Angestellte und Beamte überproportional vertreten.
- Wirtschaftsbereiche: Gewerkschafter arbeiten eher im produzierenden Gewerbe oder haben besonders häufig ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst.
- Betriebsgrößen: Gewerkschaftsmitglieder finden sich eher in größeren Betrieben.

Da Gewerkschaftsmitglieder über ein eigenes sozio-ökonomisches Profil verfügen, dürften sie auch in unterschiedlicher Weise von den gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen sein, die gemeinhin als wichtige Ursachen für Rechtsextremismus gelten: sozialer Wandel, Globalisierung und Modernisierung.

Grafik 11:
Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder
nach Erwerbs- bzw. Berufsstatus in der Bundesrepublik 2003 (%)



Rundungsbedingt addieren sich die Prozentangaben nicht auf 100. Die Angaben beziehen sich auf alle Befragten. Die Arbeitslosenquote wird nur auf die Erwerbspersonen bezogen und liegt deshalb höher.

Lesebeispiel: Vier Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind arbeitslos. Der Anteil der Arbeitslosen an den Nicht-Mitgliedern beträgt sechs Prozent.

In Bezug auf die von uns erhobenen **sozio-politischen Orientierungen** weichen Gewerkschaftsmitglieder dagegen seltener von den Nicht-Mitgliedern ab. Allerdings wurden acht gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen ermittelt, auf die die Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen also eine deutliche Differenz zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht:

- Gewerkschaftsmitglieder stufen sich linker ein als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich häufiger für den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" aus als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu neoliberalen Orientierungen als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu politischer Apathie als Unorganisierte.

Stimmen Gewerkschaftsmitglieder auch in vielen politischen Fragen mit den Nicht-Mitgliedern überein, so weisen ihre Orientierungen doch auch Spezifika auf, die ein spezielles Mentalitätsprofil ergeben.

Bei der genaueren Analyse der sozio-politischen Orientierungen stellt sich heraus, was erst recht für den sozio-ökonomischen Status gilt, dass nämlich die Gewerkschaftsmitglieder eine differenzierte Teilgesellschaft bilden. Die allgemeine Spiegelbildthese unterstellt im Grunde genommen, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um eine homogene Gruppe handelt, die mit der Gruppe der Nicht-Mitglieder vergleichbar ist. Die Einstellungsanalysen zeigen hingegen, dass beide Gruppen in sich nicht nur nicht einheitlich sind, die Grenzen zwischen ihnen sind mit Blick auf die Verbreitung von sozio-politischen Orientierungen sogar fließend. Mit den Gewerkschaften sympathisierende Nicht-Mitglieder stehen mit ihrer Mentalität häufig den Organisierten näher als den Unorganisierten. Und die passiven Gewerkschaftsmitglieder befinden sich mit ihren Einstellungen oft in der Arena der Nicht-Mitglieder. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Mitglieder- und Nicht-Mitglieder-Gruppen ist analytisch also einträglicher als die krude Gegenüberstellung von Organisierten und Unorganisierten.

Bei den Organisierten stehen sich zumeist **aktive** und **passive** Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Die Mentalität der Passiven entspricht eher der des durchschnittlichen Nicht-Mitglieds. Über gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen verfügen die Passiven seltener als Aktive, und dann auch nur in mäßiger Intensität. Bei den aktiven Mitgliedern ist zwischen **Funktionären** und **sonstigen Aktiven** zu unterscheiden. Funktionäre schneiden bei den gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen zumeist deutlich besser ab als die sonstigen Aktiven. Sie verkörpern wohl noch am ehesten das institutionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften. Gelegentlich erzielen aber auch die sonstigen Aktiven positivere Werte. Auch die **Nicht-Mitglieder** stellen keine homogene Gruppe dar. Wir unterscheiden zwischen **Gewerkschaftssympathisanten**, **Toleranten** und **Distanzierten** (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder). Die Nicht-Mitglieder, die mit den Gewerkschaften sympathisieren, stellen ihnen sogar ein **besseres Zeugnis** aus als die passiven Gewerkschaftsmitglieder.

Die durch formale Mitgliedschaft gekennzeichnete Grenze zwischen Organisierten und Unorganisierten verliert an Trennschärfe, wenn die politischen Einstellungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gruppenspezifisch analysiert werden. Dann stimmen die passiven Gewerkschaftsmitglieder eher mit der Mehrheit der Unorganisierten überein, während die mit den Gewerkschaften sympathisierenden Unorganisierten weithin dem Lager der aktiven Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind. Die Inhomogenität von Organisierten und Unorganisierten und die geringe Trennschärfe zwischen beiden Gruppen bei Einstellungsanalysen sind dafür verantwortlich, dass kaum Unterschiede zwischen der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder und der Gruppe der Nicht-Mitglieder bestehen. Wird aber nach Gruppen differenziert, dann stellen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und die distanzierenden Nicht-Mitglieder die **eigentlichen Kontrastgruppen** dar. Wenn zwischen aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern unterschieden wird, erweisen sich erstere bei vielen sozio-politischen Orientierungen keineswegs als ein Spiegelbild der Gesellschaft. **Die Behauptung, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Abbild der Gesellschaft darstellen, trifft nur auf die passiven Gewerkschaftsmitglieder zu.** Sie machen allerdings zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft aus.

Insgesamt ist die allgemeine Spiegelbildthese in ihrer Pauschalität nicht zu halten, denn die Realität ist wesentlich komplexer, als es die Spiegelbildthese unterstellt. Gewerkschaftsmitglieder haben zwar viele Gemeinsamkeiten mit Nicht-Mitgliedern - bei Gewerkschaftsmitgliedern handelt es sich schließlich nicht um einen besonderen Typus der Gattung Mensch -, es bestehen teilweise aber auch erhebliche Unterschiede, vor allem beim sozialen Status, in geringerem Umfang aber auch bei den sozio-politischen Orientierungen. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Anfälligkeit für Rechtsextremismus bleiben.

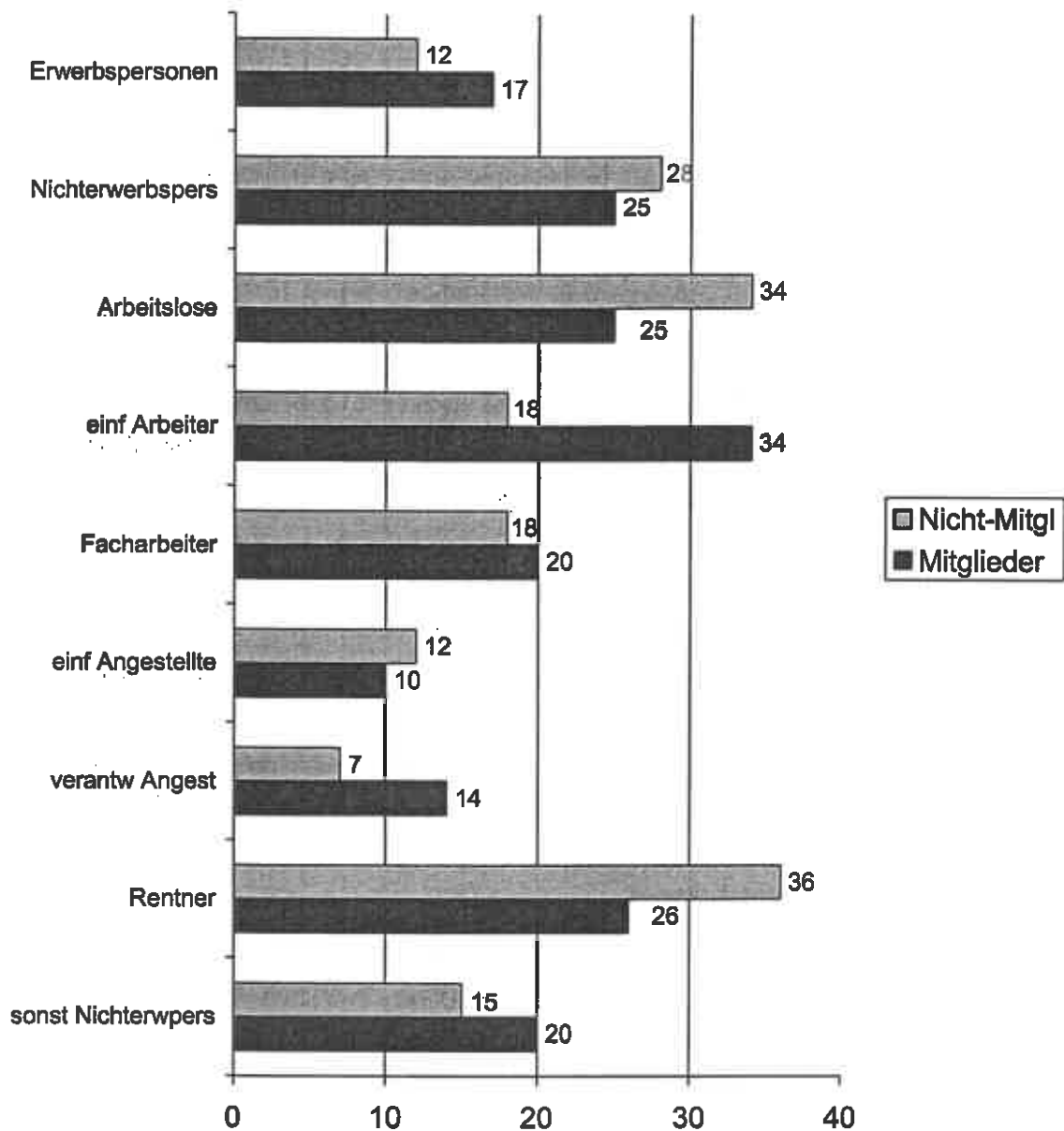
2.2 Zur speziellen Spiegelbildthese oder: Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus

In der Bundesrepublik insgesamt ist Rechtsextremismus unter Gewerkschaftsmitglieder genauso stark verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern (19% zu 20%). Bei getrennter Betrachtung von Westdeutschland und Ostdeutschland zeigt sich allerdings, dass die spezielle Spiegelbildthese nur auf den Westen, nicht aber durchgängig auf den Osten zutrifft. Überhaupt macht sich ein deutlicher **West-Ost-Unterschied** bemerkbar. Rechtsextreme Orientierungen finden sich im Osten im Schnitt anderthalb Mal so häufig wie im Westen (27% zu 18%). Die stärkere Belastung der neuen Länder (einschließlich Ost-Berlin) beruht vor allem darauf, dass dort die Unorganisierten anfälliger für Rechtsextremismus sind als die Gewerkschaftsmitglieder.

Die gruppenspezifische Analyse ergibt folgendes Bild: Dass Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, liegt nicht an den aktiven Mitgliedern (an den Funktionären und sonstigen Aktiven). Sie neigen nämlich teilweise deutlich weniger zum Rechtsextremismus als die Unorganisierten. Die passiven Mitglieder hingegen sind mindestens genauso rechtsextrem eingestellt wie die Nicht-Mitglieder, oft übertreffen sie diese sogar. Betrachtet man nur die aktiven Mitglieder, dann neigen die (westdeutschen) Funktionäre teilweise mehr als die übrigen Aktiven zu extrem rechten Einstellungen und bekunden auch häufiger eine Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Rechtsextremismus bei den Aktiven insgesamt weniger Zuspruch findet als bei den Passiven, und dass die Funktionäre in Ostdeutschland sogar immun gegen Rechtsextremismus sind. Bei den Nicht-Mitgliedern neigen die Gewerkschaftssympathisanten nicht nur weniger zum Rechtsextremismus als der Durchschnitt aller Nicht-Mitglieder sondern auch als die passiven Gewerkschaftsmitglieder. Die Sympathisanten bewegen sich in etwa auf dem Niveau der aktiven Gewerkschaftsmitglieder. Unorganisierte, die den Gewerkschaften sehr distanziert begegnen (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder), sind besonders anfällig für Rechtsextremismus. Sie erreichen in der Regel noch höhere Rechtsextremisierungspotenziale als der Durchschnitt der Nicht-Mitglieder. **Besonders anfällig für Rechtsextremismus sind also die passiven Gewerkschaftsmitglieder im Westen der Republik.**

Mit Blick auf den sozio-ökonomischen Status stellen sich die Verhältnisse bei gruppenspezifischer Betrachtung noch komplexer dar. Die Feinanalyse ergibt einen differenzierten Katalog von Mitgliedergruppen, die sich hinsichtlich des Rechtsextremismus nicht von den entsprechenden Gruppen der Unorganisierten unterscheiden, die sich als vergleichsweise stark oder eben auch als vergleichsweise schwach anfällig für Rechtsextremismus erweisen.

Grafik 12:
Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbs- bzw. Berufsstatus In der Bundesrepublik 2003 (%)



Lesebeispiel: 25 Prozent der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder sind rechtsextrem eingestellt. Der Anteil der Rechtsextremisten an den unorganisierten Arbeitslosen beträgt 34 Prozent.

(Ohne Selbständige und Beamte wegen zu geringer Fallzahlen.)

Besonders stark anfällig für Rechtsextremismus sind folgende Mitgliedergruppen (für sie gilt die **Anziehungsthese**):

- Wende-Generation (nur im Osten);
- Erwerbspersonen (nur im Westen);
- einfache Arbeiter (nur im Osten und in der BRD insgesamt, offenbar nur Männer);
- Facharbeiter (nur im Westen, zumeist Frauen);
- verantwortliche Angestellte (nur im Westen und in der BRD insgesamt);
- Beamte (nur im Osten und in der BRD insgesamt, vermutlich auch im Westen);
- sonstige Nichterwerbspersonen (nur im Osten, offenbar nur Männer);
- Personen mit hohem persönlichem Nettoeinkommen (nur Westen);
- Personen, die der Mittelschicht zuzuordnen sind (nur im Westen);
- Personen mit niedrigem Berufsprestige.

Besonders selten anfällig für Rechtsextremismus sind nur zwei Mitgliedergruppen (für sie gilt die **Immunsierungsthese**):

- Facharbeiter (nur im Osten);
- Personen mit hohem persönlichem Nettoeinkommen (nur im Osten).

Gewerkschaften organisieren keineswegs nur sozialstrukturelle Segmente, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt besonders zu Rechtsextremismus neigen (absolute Anfälligkeit). Das ist darauf zurückzuführen, dass sie sich zumeist aus dem Bereich der Erwerbspersonen rekrutieren, die deutlich seltener rechtsextreme Einstellungen aufweisen als Nichterwerbspersonen (die rund die Hälfte der Befragten ausmachen)..

Wenn Gewerkschaften aber überwiegend soziale Gruppen organisieren, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt relativ resistent gegen Rechtsextremismus sind, dann stellt sich die Frage, warum Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso häufig über rechtsextreme Einstellungen verfügen wie Nicht-Mitglieder. Die Antwort erschließt sich erst, wenn nicht die absolute, sondern die relative Anfälligkeit für Rechtsextremismus betrachtet wird. Angehörige bestimmter sozialer Gruppen können nämlich, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, empfänglicher für rechtsextreme Angebote sein als unorganisierte Angehörige dieser Gruppe. **Mitglieder derselben sozialen Gruppe weisen häufig eine größere Affinität zum Rechtsextremismus auf, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft sind.** So tendieren **verantwortliche Angestellte, einfache Arbeiter, sonstige Nichterwerbspersonen** und in geringem Umfang auch **Facharbeiter** vergleichsweise stark zum Rechtsextremismus, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, um-

gekehrt erweisen sich Rentner, Arbeitslose und dann auch einfache Angestellte als relativ selten rechtsextrem eingestellt sind, wenn sie einer Gewerkschaft angehören.

Vorbehaltlich genauerer Analysen kann festgehalten werden, dass die spezielle Spiegelbildthese kaum in der Lage ist, den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus hinreichend zu erklären.

Unsere Daten liefern übrigens keine überzeugenden Hinweise darauf, dass das rechtsextreme Einstellungsmuster durch den Primat einer (sozio-ökonomisch fundierten) Fremdenfeindlichkeit oder durch einen Primat des Nationalismus gekennzeichnet ist. Der Strukturwandel der Industriegesellschaft, die Globalisierung und die Veränderungen der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt bewirken offenbar **keinen "neuen" Rechtsextremismus**, der sich in erster Linie gegen fremde Ethnien, Immigranten oder Asylbewerber richtet oder der in einem primär sozio-ökonomisch fundierten Nationalismus besteht. Auf der Einstellungsebene fanden wir jedenfalls weder bei Mitgliedern noch bei Nicht-Mitgliedern Anzeichen für einen auf "Standortnationalismus" (Butterwege) oder auf "reaktiven Nationalismus" (Dörre) reduzierbaren Rechtsextremismus. Unsere Untersuchungsergebnisse deuten eher darauf hin, dass Rechtsextremismus nach wie vor gleichermaßen durch Nationalismus und Ethnozentrismus charakterisiert ist. Gewerkschaftsmitglieder verfügen nach unseren Erkenntnissen auch nicht über ein spezielles rechtsextremes Einstellungsmuster, das sich von dem der Unorganisierten unterscheidet.

2.3 Rechtsextremismus und objektive Schichtzuordnung

Da die Vielfalt der sozialen Lagen und ihre jeweils spezifischen Beziehungen zum Rechtsextremismus ein unübersichtliches Bild vermitteln, bemühen wir uns mittels der objektiven Schichtzuordnung um Komplexitätsreduktion. Mit Hilfe dieser aus Einkommen und Bildung konstruierten Variable fassen wir alle Befragten zu drei Gruppen zusammen: Unterschicht (44% aller Befragten), Mittelschicht (32% aller Befragten) und Oberschicht (24% aller Befragten). Bei diesen drei Sozialkategorien handelt es sich zwar um **abstrakte Statusgruppen**, aber sie erweisen sich als analytisch außerordentlich fruchtbar, weil es sich bei Bildung und Einkommen um zwei sozialrelevante Merkmale der postindustriellen Gesellschaft handelt, die gemeinsam für soziale Ungleichheit und für soziale Fragmentierung stehen.

- **Zur Unterschicht:** Sie ist - entgegen verbreiteter Annahmen - vergleichsweise schwach gewerkschaftlich organisiert. Ihr gehören rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder an. Die *allgemeine* Spiegelbildthese gilt also nicht für die Unterschicht. Gewerkschaftsmitglieder aus

der Unterschicht sind etwas seltener rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht. Die Differenz liegt allerdings im Rahmen der Spannweite der *speziellen* Spiegelbildthese. Charakteristisch für die Unterschicht sind einfache Arbeiter, Arbeitslose und Rentner.

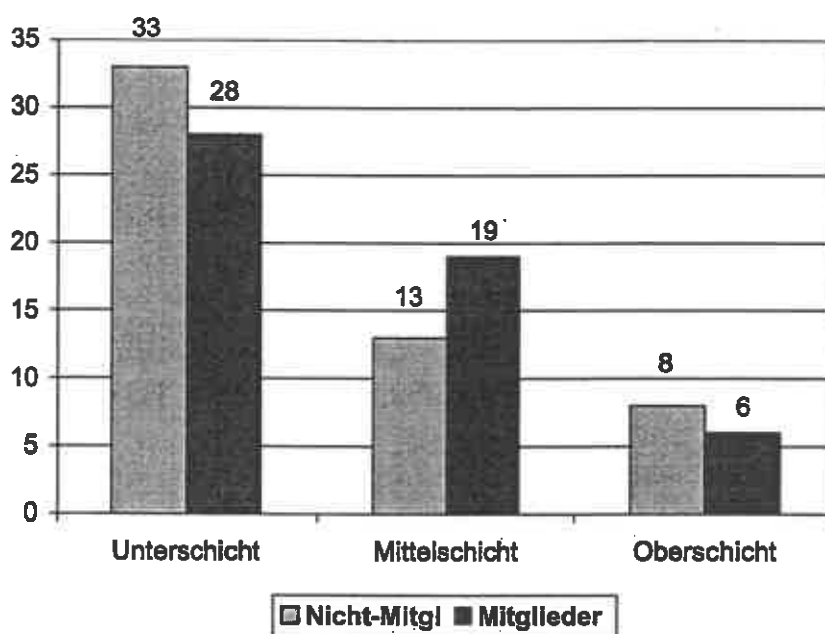
- **Zur Mittelschicht:** Sie ist besonders stark gewerkschaftlich organisiert. Ihr ist fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder zuzuordnen. Die *allgemeine* Spiegelbildthese trifft also auch auf die Mittelschicht nicht zu. Im Gegenteil: Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist offenbar für Angehörige der Mittelschicht besonders attraktiv. Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht sind wesentlich anfälliger für Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder aus derselben Schicht. In diesem Fall ist auch die *spezielle* Spiegelbildthese zurückzuweisen. Mittelschicht-Gewerkschafter verfehlen nur knapp das Kriterium für die Anziehungsthese. Die **Anziehungsthese gilt allerdings für passive Mitglieder und für Funktionäre aus der Mittelschicht.** Charakteristisch für die Mittelschicht sind Facharbeiter und verantwortliche Angestellte.
- **Zur Oberschicht:** Sie ist gewerkschaftlich "normal" organisiert. Etwas über ein Fünftel der Organisierten sind dieser Schicht zuzurechnen. Für sie gilt die *allgemeine* Spiegelbildthese. Gewerkschaftsmitglieder aus der Oberschicht sind vergleichsweise schwach rechtsextrem eingestellt, die *spezielle* Spiegelbildthese gilt nicht, allerdings sind die Oberschicht-Gewerkschafter weit davon entfernt, das Kriterium für die Immunisierungsthese zu erfüllen. Charakteristisch für die Oberschicht sind verantwortliche Angestellte und Beamte. (80 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre stammen übrigens aus der Mittel- bzw. aus der Oberschicht.)

Im Allgemeinen handelt es sich beim Rechtsextremismus bekanntlich um ein Unterschichtphänomen. Das gilt aus dem Blickwinkel der absoluten Anfälligkeit auch für den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus: Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (20%) neigen die organisierten Unterschicht-Angehörigen besonders häufig zum Rechtsextremismus (28%). Das Rechtsextremuspotenzial der Mittelschicht-Mitglieder liegt im Durchschnitt und nur sechs Prozent der Gewerkschafter aus der Oberschicht sind rechtsextrem eingestellt. Aus der Unterschicht stammen 46 Prozent aller rechtsextrem eingestellten Gewerkschaftsmitglieder, aus der Mittelschicht ebenfalls 46 Prozent und aus der Oberschicht acht Prozent.

Aus dem für die spezielle Spiegelbildthese maßgeblichen Blickwinkel der relativen Anfälligkeit ist der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus jedoch ein Mittelschichtphänomen: Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht und aus der Oberschicht sind seltener

rechtsextrem eingestellt als die Nicht-Mitglieder der jeweiligen Schicht. Die Mittelschicht-Mitglieder verfehlen dagegen - wie bereits erwähnt - nur haarscharf die Anziehungsthese.

Grafik 13:
Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung in der Bundesrepublik 2003 (%)



Gewerkschaften sind also stark durch die Mittelschicht geprägt, und sie üben auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus. Am Beispiel der Mittelschicht lassen sich die allgemeine und die spezielle Spiegelbildthese mithin besonders eindrucksvoll zurückweisen.

2.4 Anziehungs- und Abwehrorientierungen: Prädiktoren für Rechtsextremismus

Folgende Orientierungen begünstigen generell, also bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Anziehungsorientierungen**):

- ein traditionalistisches Sozialismusbild;
- autoritäre Persönlichkeitseigenschaften;
- ein restriktives Demokratieverständnis;

- Befürwortung des Grundwerts "Autoritarismus";
- Unzufriedenheit;
- politische Apathie;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung";
- Globalisierungskritik;
- Leistungsorientierung;
- Arbeitsunzufriedenheit.

Folgende Orientierungen behindern generell die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Abwehrorientierungen**):

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung";
- demokratische Orientierungen;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- ein linksgerichtetes politisches Selbstverständnis;
- politisches Selbstbewusstsein;
- Befürwortung des Grundwerts "Libertarismus".

Ohne Auswirkungen auf Rechtsextremismus sind folgende Variablen (**neutrale Orientierungen**):

- Vertrauen in Gewerkschaften;
- Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften;
- Befürwortung des Grundwerts "soziale Gerechtigkeit";
- Befürwortung des Grundwerts "Marktfreiheit";
- Zustimmung zum gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (nur bei Organisierten).

Anziehungs- und Abwehrorientierungen, also die Variablen, die positiv oder negativ mit unseren Rechtsextremismus-Skalen korrelieren, bilden die Erklärungsfaktoren (Prädiktoren) für Rechtsextremismus. Auffällig ist der starke **Ost-West-Unterschied** bei nahezu allen Prädiktoren: Die Orientierungen, die den Nährboden für Rechtsextremismus bilden, sind in Ostdeutschland wesentlich häufiger anzutreffen als in Westdeutschland. Dies trägt zur Erklärung bei, warum die Ostdeutschen im Schnitt anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Westdeutschen. Die für Gewerkschaftsmitglieder typischen Orientierungen wirken nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegen, bilden also kein Bollwerk gegen rechtsextreme Einflüsse.

Aus den besonders bedeutsamen Erklärungsfaktoren wurden fürs erste zwei Prädiktoren destilliert, die als übergreifende Indizes jeweils folgende drei Dimensionen einschließen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Bei diesen **Schlüsselprädiktoren** handelt es sich um:

- demokratische Überzeugungen und um
- autoritäre Überzeugungen.

Grob gesagt immunisiert eine "demokratische Persönlichkeit" gegen Rechtsextremismus während eine "autoritäre Persönlichkeit" anfällig für Rechtsextremismus ist. Die Spiegelbildthese gilt zwar für autoritäre, nicht aber für demokratische Überzeugungen. Gewerkschaftsmitglieder sind besonders demokratisch orientiert und insoweit vergleichsweise selten empfänglich für rechtsextreme Angebote. Sie sind aber zugleich genauso stark autoritär disponiert wie Unorganisierte und insoweit eben auch tendenziell genauso anfällig für Rechtsextremismus wie diese. Autoritäre und demokratische Überzeugungen heben sich in ihrer Wirkung gegenseitig nicht auf. Autoritäre Überzeugungen korrelieren nämlich etwas stärker mit Rechtsextremismus als demokratische Überzeugungen, bei Organisierten und Unorganisierten. Die Tendenz zur Abwehr ist mithin etwas geringer als die zur Akzeptanz von Rechtsextremismus.

Die Prädiktoren für Rechtsextremismus wirken generell gleichgerichtet auf Organisierte und Unorganisierte, auf aktive und passive Mitglieder. Die Stärke der Korrelationskoeffizienten variiert zwar, aber die Unterschiede erklären für sich genommen kaum, warum Gewerkschaftsmitglieder genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, warum sich unter den aktiven Mitgliedern weniger Rechtsextremisten befinden als unter passiven. So korreliert der Schlüsselprädiktor autoritäre Überzeugungen stärker (positiv) als der Schlüsselprädiktor demokratische Überzeugungen (negativ) mit Rechtsextremismus, und zwar bei Organisierten und Unorganisierten, bei Aktiven und Passiven. Dass aktive Gewerkschaftsmitglieder weniger zu Rechtsextremismus neigen als passive, erschließt sich erst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass demokratische Überzeugungen bei den Aktiven häufiger vorhanden sind als bei den Passiven, und dass Passive stärker autoritär überzeugt sind als Aktive.

Auch für den sozio-ökonomischen Status wurden Merkmale identifiziert, die die Ausprägung von Rechtsextremismus beeinflussen: **Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus sinkt mit zunehmender Bildung, mit der Höhe des persönlichen Nettoeinkommens, mit steigender Schichtselbsteinstufung, mit zunehmendem Berufsprestige und mit der Modernität des Arbeitsplatzes. Sie wächst mit zunehmender Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses.**

Keine bemerkenswerten Zusammenhänge mit Rechtsextremismus weisen die Betriebsgrößen auf. Im Baugewerbe und im Bereich (Einzel-) Handel, Gastgewerbe etc. sind die rechtsextremen Einstellungspotenziale vergleichsweise groß.

Als erklärungskräftigste Prädiktoren für Rechtsextremismus haben sich - in der Reihenfolge ihrer Relevanz - erwiesen:

- Bildung,
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- Modernität des Arbeitsplatzes,
- subjektive Schichteinstufung und
- Berufsprestige.

Berufsprestige erklärt sehr wenig, seine Erklärungskraft wird schon von den anderen Prädiktoren weitgehend erfasst. Als **Schlüsselprädiktoren** gelten deshalb die verbleibenden vier Variablen, von denen die subjektive Schichteinstufung und die Bildung eher Indikatoren für soziale Ungleichheit sind, die Modernität des Arbeitsplatzes und die Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses eher Indikatoren für soziale Segmentierung.

2.5 Zum gewerkschaftlichen Überzeugungssystem der Funktionäre

Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht gelungen, ein Überzeugungssystem für alle Gewerkschaftsmitglieder zu identifizieren. Das liegt daran, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern ebenso wenig um eine homogene Gesinnungsgemeinschaft handelt wie bei Nicht-Mitgliedern. Gewerkschaftsmitglieder verfügen nicht über gemeinsame systematische Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaft oder auch nur von den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Gesellschaft. Selbst bei aktiven Mitgliedern, die hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, konnte kein belief system identifiziert werden. Dies gelang nur für Funktionäre.

Das **Überzeugungssystem der Funktionäre** besteht aus zwei Kammern, die gewissermaßen in "dialektischer" Beziehung zueinander stehen (sie bilden eine widersprüchliche Einheit). Die erste Kammer enthält systemkritische Orientierungen, in der zweiten versammeln sich demokratisch-partizipatorische Orientierungen. Beide Kammern sind durch den drastischen Gegensatz von autoritären und demokratischen Überzeugungen geprägt. Weiterhin besteht eine negative Beziehung zwischen autoritären Überzeugungen und dem gewerkschaftlichen Handlungs-

konzept "nachhaltige Interessenvertretung". Beide Kammern sind aber auch durch Brücken miteinander verbunden, nämlich durch den positiven Zusammenhang von dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung", der Rechts-Links-Skala und der Gegnerschaft zum Neoliberalismus. Inhaltlich scheint uns das Modell durchaus plausibel zu sein: In der Brust der Gewerkschaftsfunktionäre schlagen offenbar zugleich zwei Herzen, ein eher durch Unzufriedenheit, Demokratie- und Kapitalismuskritik geprägtes und ein eher auf selbstbewusste und konfliktbereite, demokratische Interessenvertretung gerichtetes Herz. Das eine, systemkritische, ist gegen autoritäre Reaktionen nicht gefeit, das andere, systemimmanente, neigt eher zu konventioneller Partizipation. Ersteres übt starke Anziehungskraft auf Rechtsextremismus aus, letzteres wehrt Rechtsextremismus nahezu vollständig ab. **Wegen der beträchtlichen Erklärungskraft der partizipatorischen und der systemkritischen Orientierungen wurden beide Variablen fortan als Schlüsselprädiktoren für den Orientierungsbereich verwendet.**

Die **qualitative Untersuchung** bestätigt diesen Befund, ergänzt ihn aber auch. In den Augen der Funktionäre sind Gewerkschaften funktional komplexe Organisationen: Sie sind sowohl ökonomische Arbeitsmarktkartelle als auch politische Wertegemeinschaften. Interviews mit Amtsinhabern aus sechs der acht DGB-Gewerkschaften fördern zehn Kernelemente des Überzeugungssystems der Funktionäre zu Tage, die sich auf gewerkschaftliche Aufgaben und Werte beziehen. Jedes dieser Kernelemente enthält die Möglichkeit divergierender, teilweise sogar widersprüchlicher Ausformungen. Die meisten Kernelemente lassen sich als erfahrungsfundierte Sollensanforderungen an die Gewerkschaften formulieren. Die Gewerkschaften sollen nach Ansicht der Befragten:

- Arbeitnehmerinteressen als Gegenpol zu sonst übermächtigen Arbeitgeberinteressen vertreten;
- angemessene Löhne und Arbeitszeiten, Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen durch Betriebs- und Tarifpolitik durchsetzen und gegenwärtig vor allem Lohnsenkungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen abwehren;
- sich der Idee der gleichen Rechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen verpflichtet fühlen;
- das Ziel der sozialen Gerechtigkeit verfolgen;
- die Interessen der Arbeitnehmer in der politischen Sphäre bei Wahrung ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit vertreten;
- stellvertretend für ihre Mitglieder auftreten, ohne dabei die Fähigkeit, die Mitglieder zu mobilisieren, zu verlieren;
- zugleich konfliktfähig und kompromissbereit sein;

- Solidarität als Grundvoraussetzung für gewerkschaftliches Handeln fördern und organisieren;
- sich stärker international ausrichten und organisieren;
- für Mitbestimmung und Partizipation als Kernerfordernisse einer demokratischen Gesellschaft eintreten.

Aus der Sicht der Funktionäre besteht ein großer Unterschied zwischen ihnen und den normalen Mitgliedern. Während sie politische Aufgaben grundsätzlich als Teil des gewerkschaftlichen Handelns begreifen, bezeichnen sie die Mitglieder als überwiegend politisch desinteressiert. Zudem handeln sie in der Regel stellvertretend, weil die Mitglieder zu wenig aktiv sind. Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem ist in sich zugleich konsistent und widersprüchlich. Gegenüber dem Rechtsextremismus enthält es Elemente der Abwehr und des Anschlusses. Abwehrelemente sind das Primat der Gleichheit aller Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, die Überzeugung, dass Gewerkschaften sich noch stärker international orientieren und organisieren müssen, das explizit politische Selbstverständnis der Funktionäre, das – allerdings vom Schwund bedrohte – gewerkschaftliche Kernelement der Solidarität zwischen den Kollegen, und die, allerdings oft unterentwickelte, Bereitschaft der Funktionäre, die Eigeninitiative der Mitglieder zu fördern, statt Stellvertreterpolitik zu betreiben.

2.6 Die Ursachen des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Bei der Ursachenanalyse geht es im Kern um die Frage, in welchem Ausmaß und in welcher Konstellation die folgenden sechs Schlüsselprädiktoren Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern beeinflussen:

- Bildung,
- subjektive Schichteinstufung,
- Modernität des Arbeitsplatzes,
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- partizipatorische Orientierungen sowie
- systemkritische Orientierungen.

Wenn die Erklärungsmuster voneinander abweichen, kann die spezielle Spiegelbildthese als endgültig widerlegt angesehen werden.

Partizipatorische Orientierungen haben wir als linksgerichtete, demokratische, selbstbewusste und nachhaltige bzw. konfliktbereite Vertretung von gewerkschaftlichen Interessen beschrieben und als "Alleinstellungsmerkmal" von Gewerkschaftsmitgliedern bezeichnet. Sie sind nämlich besonders charakteristisch für Gewerkschaftsmitglieder und wehren Rechtsextremismus zudem sehr stark ab. Bei **systemkritischen Orientierungen** handelt es sich um autoritäre, demokratie- und kapitalismuskritische Haltungen, die durch allgemeine Unzufriedenheit geprägt sind. Für systemkritische Orientierungen gilt generell die Spiegelbildthese.

Wenn die sozio-ökonomischen und die sozio-politischen Schlüsselprädiktoren zueinander in Beziehung gesetzt werden, zeigt sich, dass sich der sozio-ökonomische Status nur auf systemkritische Orientierungen auswirkt: **Je geringer der sozio-ökonomische Status, desto stärker die systemkritischen Orientierungen.** Systemkritik wächst also mit den von den Individuen zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen und hängt folglich auch mit dem Wandel moderner Industriegesellschaften zusammen. **Auf partizipatorische Orientierungen hat der soziale Status dagegen - bis auf Bildung - keinen Einfluss.**

Wenn direkte Beziehungen zwischen den einzelnen Prädiktoren und Rechtsextremismus hergestellt werden, zeigt sich im Prinzip bei allen Mitgliedergruppen und bei den Nicht-Mitgliedern sowie in Ost und West dasselbe Bild: Die sechs Prädiktoren bilden drei Gruppen:

- a) Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses und Modernität der Arbeit korrelieren sehr schwach bis schwach mit Rechtsextremismus. Nur bei den Nicht-Mitgliedern in Ostdeutschland fallen die Koeffizienten etwas höher aus.
- b) Bildung und Schichtselbsteinstufung korrelieren mittel bis stark mit Rechtsextremismus, wobei Bildung durchgängig die größere Erklärungskraft hat, im Osten noch mehr als im Westen.
- c) Partizipatorische Orientierungen und systemkritische Orientierungen korrelieren stark bis sehr stark mit Rechtsextremismus. Bei den Mitgliedergruppen sind die Koeffizienten für partizipatorische Orientierungen größer als die für systemkritische Orientierungen. Bei den Nicht-Mitgliedern ist es umgekehrt.

Ungesicherte und unmoderne Verhältnisse im Arbeitsleben tragen also wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. Wesentlich einflussreicher sind partizipatorische und systemkritische Orientierungen, die beiden sozio-politischen Orientierungen also, die eine Kombination aus Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Politische-Kultur-Variablen darstellen. Den Nährboden für Rechtsextremismus bilden mithin weniger der *objekti-*

ve soziale Status und die daraus möglicherweise erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und - in erster Linie - durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt.

Damit ist die Debatte darüber, ob der zeitgenössische Rechtsextremismus eher durch soziale Ungleichheit oder eher durch soziale Segmentierung begünstigt wird, müßig. Die tief greifenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen und in der Arbeitswelt, insbesondere die verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, haben augenscheinlich nicht die große Bedeutung für die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen, die ihnen in der Literatur überwiegend zugeschrieben wird. Jedenfalls fallen die gemessenen Zusammenhänge recht schwach aus.

Dies wird auch durch folgende Befunde bestätigt: Alle sozio-politischen Orientierungen erklären gemeinsam 57 Prozent des Rechtsextremismus. Die beiden sozio-politischen Schlüsselprädiktoren partizipatorische Orientierungen und systemkritische Orientierungen leisten alleine 48 Prozent. Die sozio-ökonomischen Prädiktoren erklären zusammen dagegen nur 19,6 Prozent des Rechtsextremismus, die vier entsprechenden Schlüsselprädiktoren 19,0 Prozent. Dabei ist Bildung die Ausschlag gebende Variable, gefolgt von Prekarität. Modernität der Arbeit und die Schicht-Selbsteinstufung erzielen keine signifikanten Werte.

Die **Bedeutung von Bildung** sollte daher nicht unterschätzt werden. Wenn darunter in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene soziale Kompetenzen und Handlungsfähigkeit verstanden werden, die die Stellung einer Person im gesellschaftlichen Schichtgefüge nachhaltig prägen, dann gewinnt der sozio-ökonomische Status auf diesem Weg doch einen *indirekten* Einfluss auf Rechtsextremismus.

Subtilere Analyseprozeduren führen zu folgender Einsicht: Dass die sozio-ökonomischen Prädiktoren vergleichsweise wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus beitragen, liegt offenbar daran, dass systemkritische Orientierungen viel von dem enthalten, was Schicht-Selbsteinstufung, Modernität des Arbeitsplatzes und Prekarität des Arbeitsverhältnisses zur Erhellung der Ursachen von Rechtsextremismus leisten. Mit anderen Worten: **Systemkritische Orientierungen spiegeln die sich aus dem sozialen Status ergebenden Unsicherheiten, Unzufriedenheiten und Ängste wider und stellen daher eine (mögliche) Form der subjektiven Ver-**

arbeitung von sozio-ökonomischen Problemlagen dar, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen kann. Partizipatorische Orientierungen unterliegen derartigen Einflüssen allerdings nicht. Sie erwachsen vor allem aus der Konstitution der Individuen, aus ihrer Persönlichkeit, aus ihren Kompetenzen und Wertorientierungen.

Daher führen wir partizipatorische Orientierungen eher auf individuelle Sozialisations- und Lernprozesse sowie auf Persönlichkeitseigenschaften zurück und betrachten systemkritische Orientierungen eher als Folge von Unzufriedenheit und Unsicherheit stiftenden ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen. Partizipatorische Orientierungen beruhen demnach primär auf individuellen Prädispositionen, systemkritische Orientierungen stellen dagegen eine Verarbeitungsform von konkreten Problemlagen dar.

Dies gilt für alle Befragten. Folgt man der Interpretation unserer empirischen Befunde, dann stimmen die Erklärungsfaktoren für den Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern keineswegs überein, dann kann die spezielle Spiegelbildthese endgültig als widerlegt betrachtet werden:

Stark verallgemeinert besteht der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten darin, dass der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder primär durch individuelle Prädispositionen geprägt ist, während sich der Rechtsextremismus der Nicht-Mitglieder in erster Linie aus dem Problemdruck speist, der durch den sozio-ökonomischen Status verursacht ist.

Dieser Befund ist keineswegs überraschend, er deutete sich im Laufe der Analysen der einzelnen Prädiktoren für Rechtsextremismus immer wieder an: So korrelieren die Variablen, die für Unzufriedenheit stehen, bei Gewerkschaftsmitgliedern durchweg schwächer mit Rechtsextremismus als bei Nicht-Mitgliedern. Und bei der Gesamtbetrachtung der Erklärungskraft aller Prädiktoren erwies sich wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit als die Variable, die Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern am wenigsten beeinflusst. Umgekehrt korrelieren die Variablen, die als Indizes für Persönlichkeitseigenschaften herangezogen wurden, bei Mitgliedern zumeist stärker mit Rechtsextremismus als bei Nicht-Mitgliedern.

2.7 Ursachen des Rechtsextremismus bei der organisierten Mittelschicht

In Kenntnis der Ursachen für Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern auf hoher Aggregationsebene werden die Gewerkschaftsmitglieder nun nach ihrer objektiven Schichtzuordnung betrachtet. Diese Unterscheidung ist analytisch deshalb besonders fruchtbar, weil der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus, gemessen an der absoluten Anfälligkeit, ein **Unterschichtphänomen**, gemessen an der (für die spezielle Spiegelbildthese maßgeblichen) relativen Anfälligkeit aber ein **Mittelschichtphänomen** darstellt.

Dass die durch geringe Bildung und geringes Einkommen gekennzeichnete und überwiegend aus einfachen Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern bestehende Unterschicht besonders anfällig für Rechtsextremismus ist - und in der Vergangenheit offenbar immer auch war -, gilt als herrschende Meinung in der Literatur und lässt sich auch plausibel erklären: Sie ist der hauptsächlichste Verlierer beim Wandel moderner Gesellschaften und von den tief greifenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen und in der Arbeitswelt besonders hart betroffen. Das findet seinen Niederschlag darin, dass die Unterschicht besonders stark durch - Rechtsextremismus begünstigende - systemkritische Orientierungen geprägt ist, aber nur selten über - Rechtsextremismus eindämmende - partizipatorische Orientierungen verfügt. Das trifft jedoch auf die Unterschicht insgesamt zu, auf Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder.

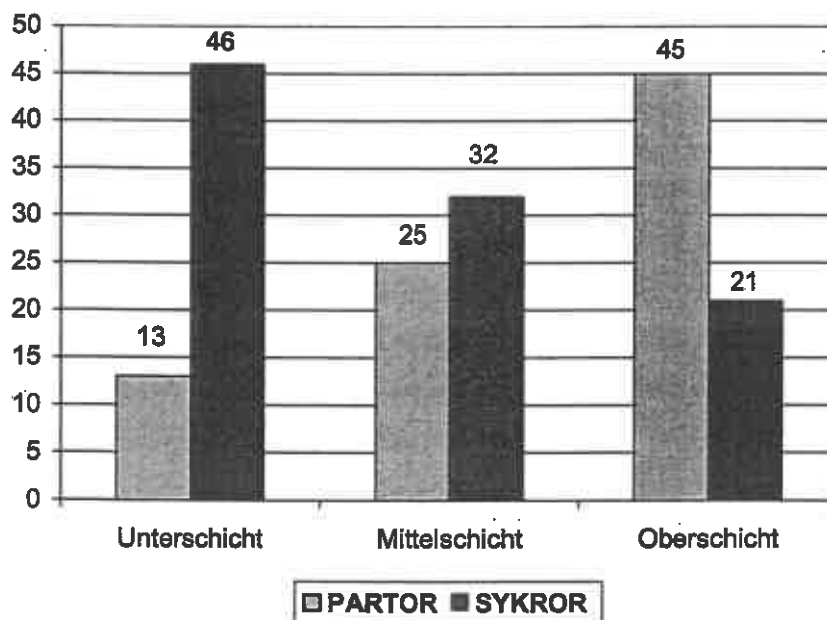
Die Mittelschicht kann dagegen - jedenfalls objektiv - als Nutznießer dieser Entwicklung bezeichnet werden. **Warum üben Gewerkschaften ausgerechnet auf rechtsextrem eingestellte Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus?** Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb besonders brisant, weil der Mittelschicht fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind und weil aus ihren Reihen fast die Hälfte aller rechtsextremen Gewerkschafter stammen.

Ein Vergleich der organisierten und der unorganisierten Angehörigen der Mittelschicht ergibt, dass Mittelschicht-Gewerkschafter dann besonders häufig rechtsextrem eingestellt sind, wenn sie

- über ein geringes Berufsprestige verfügen,
- eine Tätigkeit ausüben, die durch geringe Modernität gekennzeichnet ist,
- in einem Mittel- oder Großbetrieb arbeiten,
- sich in einem besonders prekären Beschäftigungsverhältnis befinden und wenn sie
- sehr unzufrieden sind.

Gewerkschaftsmitglieder neigen offenbar dann besonders zum Rechtsextremismus, wenn sie sich in einer außerordentlich unbefriedigenden Lebens- bzw. Arbeitssituation befinden. Geht man davon aus, dass sich die Mittelschicht-Gewerkschafter in der Wachstums- und Prosperitätsphase der alten Bundesrepublik als Träger und Gewinner einer erfolgreichen Tarif- und Arbeitspolitik begriffen haben, dann droht ihnen im Zuge der Globalisierung und der damit verbundenen Unterbietungskonkurrenz erheblicher Status- und wohl auch Privilegienverlust. Vergleichbare Ängste dürften auch in Ostdeutschland bestehen, wo die Exklusionsfolgen noch drastischer vor Augen stehen als im Westen der Republik. Allerdings fehlt in Ostdeutschland eine selbstbewusste und erfolgsgewohnte Facharbeiterschaft. Gewerkschaftsmitglieder dürften derartige Bedrohungen besonders sensibel wahrnehmen, weil sie politisch interessierter sind als Unorganisierte, weil sie neoliberale Tendenzen wesentlich stärker ablehnen als diese, vor allem aber, weil sie mit ansehen müssen, wie die früheren Erfolge der gewerkschaftlichen Politik, also ihre eigenen Erfolge, nun Stück für Stück demontiert werden, wie die Macht der Gewerkschaften Schritt für Schritt zurück gedrängt wird.

Grafik 14:
Starke partizipatorische und systemkritische Orientierungen
bei Gewerkschaftsmitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung
in der Bundesrepublik 2003 (%)



Jedenfalls entwickeln Mittelschicht-Gewerkschafter häufiger systemkritische Orientierungen als Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht, und systemkritische Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht sind wesentlich rechtsextremer eingestellt als systemkritische Mittelschicht-Angehörige, die über kein Gewerkschaftsbuch verfügen.

So erklärt sich auch, dass Gewerkschafter aus der Mittelschicht, wenn sie rechtsextrem eingestellt sind, hohe Erwartungen an ihre Organisationen bezüglich der Sicherung von Arbeitsplätzen und des Schutzes vor unerwünschter Konkurrenz. (durch eine nationalistische und ethnozentristische Politik) haben und besonders häufig fordern, dass sich die Gewerkschaften als Gegenmacht (und nicht nur als reine Interessenvertretung) verstehen.

Der systemkritische Impetus ist bei den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Mittelschicht also besonders stark. Das beruht auch darauf, dass systemkritische Orientierungen bei Mittelschicht-Gewerkschaftern - anders als beim Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder - unmittelbar durch den sozialen Status geprägt und wohl auch verstärkt werden. **Im Ergebnis sind bei ihnen systemkritische Orientierungen, die die Hinwendung zum Rechtsextremismus begünstigen, stärker ausgeprägt als partizipatorische Orientierungen, die Rechtsextremismus abwehren.**

Statusängste bestehen auch bei der gewerkschaftlichen Oberschicht, und daher ist auch sie in gewissem Umfang durch systemkritische Orientierungen geprägt. Diese werden aber durch massive partizipatorische Orientierungen neutralisiert, so dass die Oberschicht kaum anfällig für Rechtsextremismus ist.

Während der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder insgesamt primär durch individuelle Prädispositionen erklärt wird, speist sich der Rechtsextremismus der Mitglieder aus der Mittelschicht vor allem aus (empfundenem) Problemdruck. Das Besondere an der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht besteht darin, dass sie in doppelter Hinsicht massive Ängste entwickelt, die sich gegenseitig noch verstärken dürften: **Als Arbeitnehmern droht ihnen das Schicksal von sozialen Verlierern, als Gewerkschaftsmitgliedern droht ihnen das Schicksal von politischen Verlierern.** Der relativ starke Rechtsextremismus der Mittelschicht-Gewerkschafter erwächst nämlich nicht nur aus der Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Arbeitsplatzes, sondern auch aus der Sorge um die Machtstellung und die Zukunftsfähigkeit der von ihnen maßgeblich getragenen und geprägten Gewerkschaften.

2.8. Rechtsextremismus, Arbeiterklasse und Gewerkschaften: Verlust an Deutungsmacht und neue Anfälligkeiten

Wie sind unsere empirischen Ergebnisse zu interpretieren? Wie im einleitenden Überblick über den Forschungsstand dargelegt, ist die Neigung bestimmter Gruppen der Arbeiterschaft zum Rechtsextremismus nicht neu. Rechtsextremismus als Unterschichtphänomen, begünstigt durch entweder schon erfahrenen oder befürchteten sozialen Abstieg, gab es in der deutschen Geschichte schon im 19. Jahrhundert, als August Bebel den Antisemitismus als "Antikapitalismus der dummen Kerle" geißelte. Als bedrohlich empfundener rascher sozialer Wandel ist ein Einfallstor für politisch-ideologische Deutungen ethnozentrischer, nationalistischer und staatsautoritärer Art. Ob die Anfälligkeit auf absoluter oder relativer bzw. angstvoll erwarteter sozialer Deprivation beruht, ob es sich um bisherige "Modernisierungsverlierer" oder "Modernisierungsgewinner" handelt, ist viel weniger wichtig, als die Deutung, die den Erfahrungen und Befürchtungen gegeben wird. Auch dies ist keine neue Erkenntnis. Es gab schon immer einen "Kampf um die Köpfe", um richtige und falsche Krisenerklärungen und entsprechende Perspektiven der Lösung. Dass das heute nicht anders ist, wird durch unsere Ergebnisse eindrucksvoll bestätigt.

Verlust an Deutungsmacht

Neu könnte hingegen sein, dass die Gewerkschaften an Deutungsmacht und ideologischer Hegemoniefähigkeit gegenüber ihren eigenen Mitgliedern verloren haben. Anders gesagt: Die Mitglieder lassen sich immer weniger durch die allgemeinpolitischen Leitbilder, Programme und öffentlichen Thesen der Gewerkschaftsführungen beeindrucken und sind in ihrem Denken auch nicht mehr durch eine spezifische politische Kultur der Arbeiterbewegung oder der Gewerkschaft geprägt. Dafür sprechen einige unserer Befunde, etwa

- die Nicht-Existenz eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems bei den Mitgliedern mit Ausnahme der acht Prozent kleinen Gruppe der Funktionäre, also der Inhaber eines gewerkschaftlichen Amtes,
- die weitgehende Übereinstimmung der passiven Gewerkschaftsmitglieder und der Nicht-Mitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen,
- die Klagen der qualitativ befragten Funktionäre über den Verlust an politischem Interesse und politischer Motivation bei den eigenen Mitgliedern in den letzten 15 Jahren.

In der Literatur und der aktuellen Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften finden sich viele beschreibende oder erklärende Hinweise auf den Verlust an Deutungsmacht, etwa

- die Auflösung proletarischer Sozialmilieus durch Prozesse der Individualisierung und der Desintegration,
- das Verschwinden einer eigenen Tages- und Wochenpresse der Arbeiterbewegung schon seit den sechziger Jahren; statt dessen ist der Medienkonsum der Unterschichten und auch der Mittelschicht-Arbeitnehmer durch die Boulevardpresse und – seit Mitte der achtziger Jahre – durch das Privatfernsehen geprägt,
- die Befunde über Krisenerfahrungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall, nach der nur eine Minderheit auch der befragten gewerkschaftlich Aktiven noch ein konsistentes, rationales, reflektiertes Krisenbewusstsein zeigt,
- die vielfältige Diskussion über gegenwärtig weltweite neoliberale Hegemonie, über die politische Alleinstellung der Gewerkschaften nach dem Verlust des politisch-programmatischen „Schulterschlusses“ mit neoliberal gewendeten sozialdemokratischen Parteien und über die gleichwohl bestehende Notwendigkeit, Gewerkschaftspolitik (wieder) mit Visionen zu verknüpfen.

Gleichwohl sind wir nicht sicher, welches Ausmaß der Verlust der Gewerkschaften an Deutungsmacht, an interner Hegemonie, tatsächlich hat. Was zum Beispiel das gewerkschaftliche Überzeugungssystem angeht, so haben wir keine Vergleichsbasis in der Vergangenheit. In unserer Untersuchung haben wir die Anforderungen an das Überzeugungssystem methodisch sehr hoch geschraubt: Die sozio-politischen Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder, in denen sie sich von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden, sollten untereinander korrelieren und deshalb eben empirisch ein „System“ bilden. Das war nur selten der Fall. Menschen, die sich über Ungerechtigkeit empören, sind deshalb nicht auch für mehr Solidarität. Menschen, denen der Flächentarifvertrag wichtig ist, sind deshalb nicht frei von Ausländerfeindlichkeit. Etc.

Aber völlig zufällig ist der Zusammenhang von den Einstellungen der Mitglieder, die sie von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden, auch nicht. In unserer Befragung ermittelten wir immerhin eine Reihe von gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen, von Orientierungen also, in denen sich Gewerkschaftsmitglieder deutlich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Danach treten die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt mehr für soziale Gerechtigkeit ein, folgen weniger der neoliberalen Ideologie des Marktes und ordnen sich politisch eher links ein. Ganz verpufft zu sein scheint die Deutungsmacht der Gewerkschaften gegenüber ihren eigenen Mitgliedern also nicht.

Hinzu kommt, dass bei vielen sozio-politischen Orientierungen die den Gewerkschaften positiv gegenüber stehenden Nicht-Mitglieder den gewerkschaftlichen und linken Deutungen eher folgen, als es die passiven Mitglieder tun. Man könnte von einer virtuellen Gewerkschaftsmitgliedschaft und einer beitragszahlenden Gewerkschaftsmitgliedschaft reden, deren Schnittmengen beachtlich voneinander abweichen. Die Gewerkschaften haben also weiterhin eine Deutungskapazität, die über die Grenzen ihrer Mitgliedschaft hinausreicht¹.

Insgesamt spricht dennoch viel dafür, dass die Gewerkschaften als **deutungsfähige Wertegemeinschaft** für die von ihnen organisierten Mitglieder an Kapazität und Kompetenz eingebüßt haben. Das bedeutet nicht zugleich, dass ihnen das in vollem Umfang als eigenes „Versagen“ anzukreiden wäre: Hauptsächlich wären sie Opfer der Auflösung der klassischen Arbeiterbewegung und der Umschichtung der Meinungsführerschaft hin zu Neoliberalismus und Marktradikalismus.

Andererseits leisten sie durch Übernahme herrschender Deutungen durchaus einen Beitrag zum eigenen (Be-)Deutungsverlust, etwa, wenn sie sich in der Debatte um Zuwanderung und Integration von Migranten auf Nutzenkalküle einlassen. Schon die DGB-Kommission "Rechtsextremismus" hat darauf hingewiesen, dass hier eine Flanke für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geöffnet wird: Unnütze Zuwanderer wären dann als Personen niederen Rechts zu behandeln.

Die Zunahme der Anfälligkeit zentraler Gewerkschaftsgruppen

Die Abnahme von Deutungsmacht ist nur ein Teil der Veränderung, die sich in unseren Ergebnissen zeigt. Deutungsmachtschwund könnte ja nur erklären, wieso Gewerkschaftsmitglieder genauso viel Boulevard-Zeitungen lesen wie Nicht-Mitglieder und deshalb genau so anfällig für rechtsextreme Stimmungen sind wie der Rest der Gesellschaft. Bestätigt würde also die Spiegelbildthese. Unerklärt bliebe, weshalb auch die Spiegelbildthese für bestimmte Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen eine Verharmlosung des Problems darstellt. Diese Gewerkschaftsmitglieder – wir haben sie „Mittelschicht“ genannt, eine Gruppe, in der Facharbeiter und qualifizierte Angestellte mit niedriger Bildung einen hohen Anteil haben – sind im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern mit denselben sozialen Merkmalen besonders anfällig für rechtsextremes Denken. Ein solcher Befund ist uns aus keiner bisherigen Untersuchung bekannt. Bisher konnte man erwarten, dass aus einer Arbeitnehmergruppe mit demselben sozialen Status und denselben Problemlagen diejenigen, die in der Gewerkschaft sind, weniger an-

1 Es ist eine hier nicht zu vertiefende Frage, inwieweit diese Erkenntnis bei der Mitgliederwerbung nutzbar gemacht werden könnte.

fällig „gegen rechts“ sind als die außerhalb der Gewerkschaftsorganisation Stehenden, weil die Deutungsmacht der Gewerkschaft auf sie einwirkt bzw. weil sie die Gewerkschaft schon beim Eintritt auch als demokratische Wertegemeinschaft begriffen haben.

Für den Fall, dass dies nicht zutrifft, haben wir in der Literatur verschiedene Erklärungen gefunden, darunter einige, die sich eindeutig nicht bestätigt haben, etwa:

- Gewerkschaften als hierarchisch strukturierte Großorganisationen ziehen, ähnlich wie Bundeswehr und Polizei, autoritäre Charaktere an, oder
- Gewerkschaften ziehen Menschen mit ausgeprägter Leistungsideologie, die zur Rechtfertigung von Ungleichheit führt, an.

Für diese beiden Erklärungen fanden wir keine empirische Evidenz. Tragfähiger erweist sich die „Schutzsuche“-These: Bedrohte oder sich bedroht Fühlende suchen Schutz bei kollektiver bzw. stellvertretender Interessenvertretung, wie die Gewerkschaften sie anbieten, zugleich sind sie auch offen für Schutzangebote und -versprechen rechtsextremer Demagogie: Für den Schutzsucher schließt das eine das andere keineswegs aus. Insbesondere kann bei Nichterfüllung des gewerkschaftlichen Schutzversprechens die Wendung nach Rechtsaußen nur ein kleiner Schritt sein.

In unseren Befunden gibt es Unterstützung für diese These: Etwa, dass Menschen, die in ihren Schutzerwartungen enttäuscht sind, den Gewerkschaften den Rücken kehren und sich Abhilfe von rechtsextremen Ideen versprechen. Wir hatten allerdings erwartet, dass der Schutzsuche-Mechanismus vor allem die rechtsextremen Einstellungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern der Unterschicht erklärt. Unsere Ergebnisse zeigen aber, dass das Schutzsuche-Motiv, genauer: die Absturzangst, vor allem bei Gewerkschaftsmitgliedern der Mittelschicht wirksam ist.

Die Unterschicht der Arbeitnehmer, also Menschen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen, die Gruppe also, die entweder schon Abstiegserfahrungen gemacht hat oder von weiterem Abstieg bedroht und daher besonders schützbedürftig ist, neigt, wenn gewerkschaftlich organisiert, weniger zu rechtsextremem Denken, als wenn sie außerhalb der Gewerkschaften bleibt. Dagegen ist bei der Mittelschicht die Neigung zum Rechtsextremismus unter den Gewerkschaftsmitgliedern viel größer als unter den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern aus derselben Schicht. Bei den Unterschicht- und Oberschichtgruppen wirkt Gewerkschaftsmitgliedschaft immerhin ein wenig als Gegengift gegen Rechtsextremismus, so wie man das erwarten kann,

wenn man die Gewerkschaften als demokratische Wertegemeinschaft ansieht. Nur bei der Mittelschicht verhält es sich genau umgekehrt.

Zur Mittelschicht gehört ein großer Teil der **Facharbeiterschaft** als traditionelle und auch immer noch gegenwärtige **Kerngruppe** und auch, was **Kampfstärke** angeht, **Kerntruppe** der deutschen Gewerkschaften. Deutsche Gewerkschaften entstanden aus Berufsverbänden der Facharbeiter, und auch nach ihrer Umwandlung zu Industriegewerkschaften, die ab 1890 auch Unqualifizierte einschlossen, blieben sie von Facharbeitern dominiert. Es sind die qualifizierten Arbeiter der Großindustrie, die, etwa in der IG Metall, im Konfliktfall **Kampfkraft** zeigen und zugleich durch kooperatives Handeln das deutsche Modell der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen tragen. Auch unsere Untersuchung bestätigt die Zentralität dieser Gruppe für die Gewerkschaften: Unter den erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern machen Facharbeiter die deutlich größte Gruppe aus (vgl. Grafik 11).

Wie soll man verstehen, dass die gewerkschaftliche Mittelschicht nicht nur nicht immun, sondern im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern aus derselben Schicht, deutlich anfälliger für **Rechtsextremismus** ist – zwar nicht absolut: Hier liegen die Gewerkschaftsmitglieder aus dieser Schicht mit 19 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt, aber relativ: Der Wert für die Nichtmitglieder beträgt 13 Prozent.

Wie kann das sein? Wie soll man diesen Befund verstehen? Unsere Erklärungen dazu bestehen aus Vermutungen und Hypothesen, die weiterer Prüfung bedürfen.

Auf den ersten Blick drängen sich irgendwelche **Verursachungsthesen** auf. Sind die Gewerkschaften für – insbesondere männliche, aus Großbetrieben kommende – Facharbeiter und Fachangestellte eine Art rechtsextrems Schulungs- und Sozialisationszentrum? Diese Erklärung widerspricht aller Lebenserfahrung und aller uns bekannten Realität: Die gewerkschaftlichen Schulungsstätten haben in Programm und Praxis eine eindeutig antirassistische und antifaschistische Ausrichtung, und auch die Beschlusslage aller DGB-Gewerkschaften ist in dieser Hinsicht klar. Auch bei den Gewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes oder des CGB, deren – insgesamt wenige – Mitglieder in unsere Umfrage eingingen, sind uns keine rechtsextrremen Tendenzen bekannt, die etwa eine Verursachungsthese stützen könnten².

2 Eine Ausnahme bildet die journalistische Standesorganisation Deutscher Journalistenverband (DJV) in ihrem Berliner Landesverband 2004. Sie wurde von Rechtsextremisten systematisch unterwandert, was eine Auflösung des Berliner Landesverbandes durch eine Bundesdelegiertenkonferenz des DJV nach sich zog.

Eher schon wäre genauer zu betrachten, ob hier eine **Anziehungskraft** wirkt: Sind die Gewerkschaften in besonderer Weise für die rechtsextrem geneigten Personen aus der Gruppe der Facharbeiter und auch der Fachangestellten mit niedriger Schulbildung attraktiv? Wenig spricht dafür, dass sie es von vornherein sind. Wohl aber waren und sind die Gewerkschaften für die gesamte Sozialgruppe der Facharbeiter und Fachangestellten attraktiv. Gewerkschaften und das von ihnen mitgetragene duale Berufsbildungssystem sind in Deutschland, wo das dreigegliederte Schulsystem schon früh die bürgerlichen und nicht-bürgerlichen Schichten ständisch selektiert und reproduziert, eine Art *zweiter Bildungs- und Aufstiegsweg*. Die Ausbildung zum Facharbeiter/Fachangestellten schafft Kompetenz und begründet einen geachteten Status auch für die im Schulsystem zu früh auf die unteren Ränge Verwiesenen. In den Gewerkschaften sammeln sich traditionell die sozialen Gewinner dieses Aufstiegprozesses. Hinzu kommt, dass das deutsche System sozialpartnerschaftlicher Mitbestimmung für eine Elite der Facharbeiterschaft weitere Aufstiegspositionen (Betriebsräte, Aufsichtsräte etc.) bereithält.

Eine Erklärung für unseren Befund könnte darin liegen, dass im Zuge des jüngeren sozialen Wandels die Bedeutung des Facharbeiterstatus und damit auch des gewerkschaftlichen „zweiten Aufstiegsweges“ bedroht erscheint oder sich sogar schon weitgehend aufgelöst hat. In den Gruppengesprächen der qualitativen Untersuchung etwa ist durchgehend von einer um sich greifenden „Existenzangst“ gerade auch der bisher gesicherten Gruppen die Rede. Zugleich wird beklagt, dass Betriebsräte heute mit dem Management nicht mehr, wie früher, „auf gleicher Augenhöhe“ verhandelten.

Prekarisierung, genauer: Auflösung erworbener Status-Sicherheit, findet nicht nur in der Unterschicht, sondern an den flexiblen Rändern aller Schichten statt. Damit ließe sich erklären, dass gerade die gewerkschaftlich organisierten, ja sogar ein Teil der gewerkschaftlich aktiven, Facharbeiter und Fachangestellten vor der doppelten Bedrohung durch ökonomischen und „politischen, d.h. ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihre Anerkennung als Sozialpartner betreffenden, Abstieg, wenn nicht Absturz, teilweise auch bei Ideen von Rechtsaußen Schutz und Abhilfe suchen. Dass sie es mehr tun als die Nicht-Gewerkschafter in gleicher sozialer Position, läge dann daran, dass letztere den „zweiten Aufstiegsweg“ weniger genutzt oder benötigt haben, etwa weil sie stets mehr auf ihre individuelle Leistung vertraut haben, oder weil sie weniger in den jetzt bedrohten Formen kollektiv-sozialpartnerschaftlicher Interessenvertretung sozialisiert worden sind.

Dass Gewerkschaftsmitglieder mehr zu Rechtsextremismus neigen als Nicht-Mitglieder in gleicher sozialer Position, könnte auch daran liegen, dass Gewerkschaften sich funktionsbedingt

gegen **Unterbietungskonkurrenz** wehren müssen. Es gehört zu den Kernaufgaben der Gewerkschaften, die in Tarifverträgen und Gesetzen festgelegten und größtenteils kollektiv erkämpften Mindestbedingungen als soziale Errungenschaften gegen Unterbietung zu verteidigen. Unterbieter sind immer Outsider-bzw. Fremde, und sie wirken wie Streikbrecher. Hier liegt ein Einfallstor für rassistische und nationalistische Feindbilder. Selbstverständlich müssen und können die Gewerkschaften sich rechtsextremen Deutungen entgegenstemmen, etwa indem sie betonen, dass nicht die schwarzarbeitenden Kollegen, sondern die Schwarzarbeit nutzenden Unternehmer die Gegner sind, dass Unterbietungskonkurrenz auch von Deutschen und Inländern ausgeht, und indem sie die unter Standard bezahlten Kollegen beim Einklagen ihrer Rechte unterstützen. Gleichwohl befinden sich die Gewerkschaften hier in einem objektiven Dilemma: Der Schutz von Standards erfordert Marktzugangskontrollen, und die damit verbundene exklusive Solidarität der Nutznießer des Standards bietet Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen.

Neben der Unterbietungskonkurrenz zeigte sich vor allem in der qualitativen Befragung ein weiteres Einfallstor für Rechtsextremismus: Die Enttäuschung gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Sicherung, gerechter Entlohnung und sozialer Anerkennung. Der Protest gegen die **Missachtung gewerkschaftlicher Kernforderungen** kann auch rechtsextremistisch eingefangen werden.

Eine weitere Erklärung für die „Anziehungsthese“, also dafür, dass Gewerkschaftsmitglieder eher rechtsextrem denken als Nicht-Mitglieder in derselben sozialen Position, könnte in der **Besonderheit der Werte** bestehen, die die Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Gewerkschaftsmitglieder, und auch Gewerkschaftsfunktionäre, fordern besonders stark soziale Gerechtigkeit, was das politische System angeht, sind sie jedoch nicht mehr und nicht weniger empfänglich für Parolen vom „starken Staat“ und vom „starken Mann“ als die Nicht-Mitglieder. Daraus ließe sich folgern: Wenn das demokratische System, weil es der ökonomischen Globalisierung und der Dominanz des Neoliberalismus ausgesetzt ist, soziale Gerechtigkeit nicht mehr gewährleisten kann, dann haben rechtsextreme Ideen gerade auch bei den enttäuschten Aktiven der Arbeiterbewegung eine Chance.

Es sind also nicht nur die passiven, enttäuschten, frustrierten oder resignierten Schutzsucher unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die für rechtsextreme Deutungen anfällig sind, sondern auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Aktiven und Empörten. In ihnen schlagen, wie wir es genannt haben, zwei Herzen: Das eine ist, wenn ein Objekt der Empörung gesucht wird, anfällig

auch für rassistische Feindbilder und Autoritarismus, das andere besteht auf selbstbewusster Aktivität und der Hoffnung oder Erfahrung, dass es sich lohnt, sich einzumischen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die immer noch einen großen Teil der Aktiven – und dies ist etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder – erreicht, hätte also die Aufgabe, als Gegenwehr gegen Rechtsextremismus Aktivität und Selbstbewusstsein zu stärken und dabei Empörung nicht zu dämpfen, sondern ihr durch konsistente Deutungen und durch Bestärkung demokratischer Werte eine Richtung zu geben.

3. Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis

In dem Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus von 2000 wird die Feststellung nicht weiter hinterfragt, dass die vorhandenen fremdenfeindlichen Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern "gewissermaßen im Trend" lägen und somit "die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur" spiegelten. Mit unserer Untersuchung konnte gezeigt werden, dass diese "Spiegelbildthese" mehr als zweifelhaft ist, denn sie berührt die Identität der Gewerkschaften. Gewerkschaftsmitglieder, so unser Argument, sind generell durch besondere Einstellungen und Wertorientierungen geprägt, die mit der Organisationsstruktur und dem Organisationszweck der Gewerkschaften korrespondieren. Diese Mentalität kann Rechtsextremismus abwehren, bietet zugleich aber auch Ansatzpunkte für die Übernahme rechtsextremer Gedanken.

In diesem Kontext ist auch die Erkenntnis unseres Projekts hervorzuheben, dass die sozio-politischen Orientierungen wesentlich stärker als Ursachen für Rechtsextremismus wirken als die sozioökonomische Lage und deren Veränderung. Auch für Arbeitnehmer mit Prekarisierungserfahrung und/oder Existenzangst liegt Rechtsextremismus nicht von selber nahe. Es kommt vielmehr auf die Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten an, vor allem wenn es um Probleme wie Arbeitslosigkeit, Outsourcing und Unterbietungskonkurrenz geht.

Aufgrund der Erkenntnisse unserer Untersuchung haben wir Grundsätze formuliert, die bei der Konzipierung gewerkschaftlicher Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus berücksichtigt werden sollten:

- In der Mitgliederschaft der Gewerkschaften ist die Mittelschicht, die durch Facharbeiter und verantwortliche Angestellte geprägt ist, stark überrepräsentiert. Die Mittelschicht verkörpert das Rückgrat der Mitgliederschaft, ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus ist im Vergleich zu den unorganisierten Angehörigen der Mittelschicht besonders ausgeprägt. Auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen und Herausforderungen reagiert die gewerkschaftlich organisierte Mittelschicht mit Ängsten, weil sie sich in ihrem ökonomischen wie auch in ihrem politischen Status bedroht fühlt. Es kommt darauf an, dieser Kerngruppe der Gewerkschaften überzeugende Deutungen und Handlungsperspektiven angesichts von Absturzbedrohungen zu bieten.
- Wer besonders fremdenfeindlich eingestellt ist, hat auch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, z.B. antisemitisch zu denken, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und nach einem starken Führer zu rufen. Es gibt keine arbeitswelt- oder gewerkschaftsspezifische „Light“-Version des Rechtsextremismus, die sich auf „Ausländerfeindlichkeit“ konzentriert und hinsichtlich der übrigen Dimensionen eher harmlos ist.
- Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen.
- Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung, die sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen hat, kann nicht nur durch Bildungsarbeit gestärkt werden. Wenn es richtig ist, dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des Stellvertreterhandelns für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder.
- Die Bekämpfung von rechtsextremistischem Denken und Handeln in ihren eigenen Reihen ist, wie die DGB-Kommission schrieb, eine strategische Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften. Als solche gehört dieses Thema offensiv in den "mainstream" ihrer gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Analysen und Handlungsansätze. In der Bildungsarbeit, in der öffentlichen Darstellung und in der Praxis der Tarifrunden und der Interessenvertretung sollten Gewerkschaften das Problem der Abwehr von Unterbietungskonkurrenz und der Abwehr rechtsextremer, rassistischer und ethnozentrischer Umdeutungen dieser Konkurrenz immer wieder bedenken und offen diskutieren.

- Eine durchgehende Erkenntnis sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Untersuchungen unseres Projekts besteht in dem Zusammenhang zwischen autoritären Persönlichkeitsstrukturen verbunden mit Rigiditäten im Denken, und rechtsextremen Einstellungen. Rigidität wird durch politische und ökonomische Dominanz von „Sachzwängen“ und politische Ideologien der „Alternativlosigkeit“ bestärkt. Gewerkschaften sollten für politische Alternativkonzepte eintreten und für Bildung zur Verbesserung eigenständiger Urteilsfähigkeit eintreten. Dazu gehören auch Veränderungen der Inhalte der Berufsbildung.
- Gerade im Hinblick auf die Europäisierung der Märkte und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung für die Behandlung von herausfordernden Themen wie Rechtsextremismus gewinnen.

4. Der Beitrag der Studie zur empirischen Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus

Aus der Literatur wurden zunächst vier Bündel von Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus destilliert:

- Charaktermerkmale,
- Persönlichkeitseigenschaften,
- aus dem sozio-ökonomischen Status erwachsender Problemdruck sowie
- Elemente der politischen Kultur.

Zum Zusammenhang dieser vier Bündel, zur Genese von rechtsextremen Einstellungen also, haben wir folgende These formuliert: *Als zentrale Prädiktoren betrachten wir die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch den zu bewältigenden Problemdruck geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Politische Kultur beeinflusst als "intervenierende" Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess.*

Dabei waren wir uns im Klaren darüber, dass sich Charaktermerkmale nicht mit Mitteln der empirischen Sozialforschung bestimmen lassen.

Bereits für die Konzipierung der Repräsentativstudie mit standardisierten Antwortvorgaben musste das Modell³ für die Zwecke der Survey-Forschung passend gemacht werden. Hinsichtlich des sozio-ökonomischen Status war zwischen Tatsachenfeststellungen aus subjektiver

3 Siehe dazu die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" in Kap. A, S. 47:

Sicht ("quasi-objektive" Tatsachen) und zwischen der subjektiven Bewertung dieses Status zu unterscheiden. Aber auch Persönlichkeitseigenschaften stellen subjektive Auskünfte über die eigene Person dar, ebenso wie es sich bei der Bewertung von Elementen der politischen Kultur um subjektive Bewertungen handelt. Der Umfrageforschung stehen im Grunde genommen nur zwei Informationstypen zur Verfügung, die sich auch nur hinsichtlich des Grades ihrer subjektiven Färbung unterscheiden: Auskünfte zum sozio-ökonomischen Status und Auskünfte über die Bewertung von Objekten, wobei durch die Formulierung von Fragen zwischen der eigenen Persönlichkeit und zwischen gesellschaftlich-politischen Zuständen unterschieden wurde. Folglich reduzierte sich der Katalog von Erklärungsfaktoren auf zwei Bündel:

- sozio-politische Orientierungen und
- sozio-ökonomischer Status.

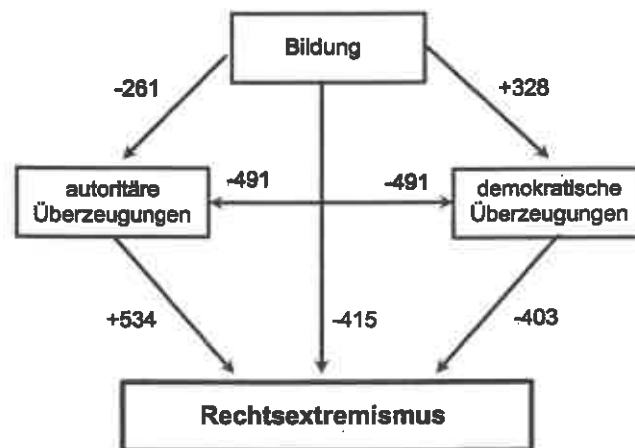
Im Laufe der empirischen Analysen stellte sich heraus, dass die von dem Ausgangsmodell postulierten Zusammenhänge teilweise durchaus bestehen, dass sich die vier Bündel insgesamt aber kaum trennscharf auf Rechtsextremismus auswirken. So erwiesen sich beispielsweise Wertorientierungen, die ursprünglich den Persönlichkeitseigenschaften zugerechnet wurden, als zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände vermittelnde Variablen. Insgesamt musste das Ausgangsmodell wie folgt revidiert werden:



Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass in dem revidierten Modell alles mit allem zusammenhängt. Tatsächlich hat sich die Ausgangsthese nicht bestätigt, dass Persönlichkeitseigenschaften im Zentrum der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus stehen und die übrigen Prädiktoren zusammen binden, integrieren und kompakt auf Rechtsextremismus lenken. Die empirischen Analysen ergaben vielmehr, dass auch unmittelbare Zusammenhänge zwischen den Prädiktoren aus dem Bereich der Politischen Kultur sowie aus dem Bereich der durch den sozio-ökonomischen Status bedingten Probleme und den Rechtsextremismus-Skalen bestehen. Zudem konnten auch Korrelationen zwischen Variablen aus der Gruppe der sozio-politischen Orientierungen und aus der Gruppe des sozio-ökonomischen Status identifiziert werden. Insoweit hängt tatsächlich alles mit allem zusammen. Allerdings sind deutliche Unterschiede in der Erklärungskraft der beiden Prädiktorencluster des revidierten Modells zu vermelden: Sozio-politische Orientierungen haben einen wesentlich größeren Einfluss auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen als der sozio-ökonomische Status. Dieser verliert seine Erklärungskraft bei multivariaten Analysen nahezu vollständig, weil die von ihm erklärte Varianz durch die sozio-politischen Orientierungen abgedeckt wird. Das bedeutet, dass Rechtsextremismus nicht direkt durch den objektiven sozialen Status einer Person, sondern dadurch bestimmt wird, wie sie ihre aus dem sozialen Status resultierenden Probleme verarbeitet und inwieweit sie sich dabei rechtsextremer Denkmuster bedient. Rechtsextremismus ist also unter bestimmten Bedingungen funktional für die Verarbeitung von Problemlagen.

Analog zu Oesterreichs Konzept der "autoritären Reaktion" kann Rechtsextremismus als Reaktion auf unbefriedigende, Unsicherheit und Angst erzeugende sozio-ökonomische und politische Zustände begriffen werden, wobei individuelle Prädispositionen eine wichtige Rolle spielen. Dabei handelt es sich um in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene Charaktermerkmale und Kompetenzen, die sich hinsichtlich des sozialen Status in der Variable Bildung und hinsichtlich der sozio-politischen Orientierungen in den beiden Indizes "autoritäre Überzeugungen" und "demokratische Überzeugungen" niederschlagen. Beide Indizes vereinigen in sich Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Einstellungen zur Demokratie und haben sich empirisch als trennscharfe Prädiktoren für Rechtsextremismus erwiesen. Bildung, autoritäre und demokratische Überzeugungen bilden mithin allgemeine Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus, die sich wie folgt modellieren lassen:

Bildung, autoritäre und demokratische Überzeugungen als Prädiktoren für Rechtsextremismus



Ausgewiesen: r x 1000

Die Schlüsselprädiktoren demokratische und autoritäre Überzeugungen sind das Ergebnis theoretischer Erwägungen und empirischer Erhebungen. Für die speziellen Zwecke unseres Projekts wurden beide - ausschließlich nach empirischen Gesichtspunkten - um weitere Prädiktoren ergänzt. Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und bei Nicht-Mitgliedern lassen sich besonders gut durch die Schlüsselprädiktoren "partizipatorische Orientierungen" und "systemkritische Orientierungen" erklären und unterscheiden, wobei Bildung nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. Die Einbeziehung weiterer Prädiktoren aus dem Bereich des sozio-ökonomischen Status führte aufs Ganze gesehen nicht zu den erwarteten Erkenntnisfortschritten, hat sich aber bei der Erklärung des Rechtsextremismus bei speziellen Untersuchungsgruppen (Mittelschicht) durchaus als hilfreich erwiesen. Soziale Ungleichheit und soziale Segmentierung üben zwar einen gewissen (indirekten) Einfluss auf die Verbreitung von Rechtsextremismus aus, ihre Bedeutung wird in der Literatur aber völlig überschätzt.

Die Verschlankung des Ausgangsmodells auf nur zwei Bündel von Erklärungsfaktoren, nämlich sozio-ökonomischer Status und sozio-politische Orientierungen, hat sich empirisch bewährt und trägt der Tatsache Rechnung, dass die vier Prädiktorenkomplexe des Ausgangsmodells in den Köpfen der Menschen nicht als separate Schubladen existieren. Dennoch sollte das Ausgangsmodell nicht ad acta gelegt werden, denn es besitzt nach unserer Auffassung großen heuristischen Wert für die Rechtsextremismusforschung, auch wenn es für Survey-Studien nicht Eins zu Eins unsetzbar ist.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Alpha (α)	Reliabilitätskoeffizient nach Cronbach für die Zuverlässigkeit von Skalen
Anm.	Anmerkung
ARBUNZ	Arbeitsunzufriedenheit
ASKO	Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (Skala, die autoritäre Dispositionen misst)
AufL.	Auflage
AUS	Index "Ausländerfeindlichkeit"
AUT	Grundwert "Autoritarismus"
AUTDEMUE	Primat von autoritären bzw. demokratischen Überzeugungen
AUTUEB	Autoritäre Überzeugungen
Befr.	Befragte
BERPRE	Berufsprestige
Beta (β)	Standardisierter Regressionskoeffizient; gibt den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable an
BETGR	Betriebsgröße
BILDUNG	Allgemeinbildung
BRA	Wirtschaftsbereiche, Branchen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
C	Kontingenzkoeffizient
CHAU	Index "Chauvinismus"
DARW	Index "Sozialdarwinismus"
DEMOK	Demokratische Orientierungen bzw. normative Demokratiekonzepte
DEMOR	Restriktives Demokratieverständnis
DEMOS	Bewertung der Demokratie als System (Demokratiezufriedenheit)
DEMUEB	Demokratische Überzeugungen
DEPRI	(Relative) Deprivation
DIKTA	Index "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur"
Drs.	Drucksache
EFFIEXT	Subjektives politisches Responsivitätsgefühl
EFFIINT	Politisches Selbstbewusstsein bzw. subjektives politisches Kompetenzgefühl
ERWER	Erwerbstätigkeit
eta	Maß für die erzielbare Verbesserung der Vorhersagegenauigkeit des Wertes einer Variable durch die Kenntnis des Wertes einer anderen Variable
GBSGM	Gewerkschaftliches Handlungskonzept "Gegenmachtbildung"
GBSIV	Gewerkschaftliches Handlungskonzept "nachhaltige bzw. konfliktbereite Interessenvertretung"
GES	Geschlecht
GEWINT	Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften

GEWVER	Vertrauen in Gewerkschaften
GSPO	Gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen
H.	Heft
Hrsg.	Herausgeber(in)
Jg.	Jahrgang
KMO	Kaiser-Meyer-Olkin-Maß für die Eignung einer Variablenauswahl für eine Faktorenanalyse
LEIST	Leistungsorientierung
LIB	Grundwert "Libertarismus" ("libertär" meint eine Mischung aus "freiheitlich" und "postmaterialistisch")
LIBAUT	Werte-Konfliktdimension "Libertarismus - Autoritarismus"
LIRE	Links-Rechts-Selbsteinstufung
MARKT	Grundwert "Marktfreiheit"
Mean	Arithmetisches Mittel
Miss	Fehlende Werte (missing values, "Missings")
MIX	Weder Primat von demokratischen noch von autoritären Überzeugungen
MODARB	Modernität der Arbeit bzw. des Arbeitsplatzes
N	Anzahl der Fälle
NEINK	Persönliches Nettoeinkommen
n.s.	Nicht signifikant
NS	Index "Verharmlosung des Nationalsozialismus"
PARTOR	Partizipatorische Orientierungen
POLAPA	Politische Apathie
POLGEN	Politische Generationen
POLUNZ	Politische Unzufriedenheit
POT	Potenzial(bestimmung); Einstellungspotenzial
PREKAR	Prekarität des Arbeits- bzw. Beschäftigungsverhältnisses
PRIAUT	Primat von autoritären gegenüber demokratischen Überzeugungen
PRIDEM	Primat von demokratischen gegenüber autoritären Überzeugungen
r	Korrelationskoeffizient nach Pearson
R ²	Koeffizient, der den Anteil der erklärten Streuung an der Gesamtstreuung angibt
RELI	Rechts-Links-Selbsteinstufung (LIRE umgepolt)
REX	Rechtsextremismus
REXH	Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "großer" Schwierigkeit ("harte" Rechtsextremismus-Skala)
REXKUM	Kumulierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala
REXL	Summierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala
REXW	Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala mit Items "mittlerer" Schwierigkeit ("weiche" Rechtsextremismus-Skala)
r _s	Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman
S.	Seite

SCHICHTO	objektive Schichtzuordnung (nach Bildung und Einkommen)
SCHICHTS	subjektive Schichteinstufung bzw. Schicht-Selbsteinstufung
SEM	Index "Antisemitismus"
SOZGER	Grundwert "Soziale Gerechtigkeit"
SOZGLO	Globalisierungskritik
SOZMARKT	Werte-Konfliktdimension "soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit"
SPSS	Statistical Package for the Social Sciences bzw. Superior Performance Software System
Std Dev	Standardabweichung
STELERW	Erwerbstätigen- und Nicht-Erwerbstätigengruppen
SYKROR	Systemkritische Orientierungen
TRADSOZ	Traditionalistischer Sozialismus
UNZUFR	Wirtschaftlich-soziale, politische und Arbeitsunzufriedenheit
WISOPOUN	Wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit
WISOUNZ	Wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit
WOHL	Index "Wohlstandschauvinismus"
Wp.	Wahlperiode
X	Arithmetisches Mittel ("Mittelwert")
z.B.	Zum Beispiel
Zust	Zustimmung

Ergänzende Tabellen, Grafiken und Erläuterungen

Anhang 1: Reliabilitätsanalyse für alle 30 Items

RELIABILITY ANALYSIS - SCALE (REXL)

		Mean	Std Dev	Cases	Nachrichtlich: Schwierigkeit	
					Miss	Zust
1.	DIKTA_1	1,8822	1,6230	3289,0	1,0	10,7
2.	DIKTA_2	2,5337	2,1579	3289,0	0,1	22,0
3.	DIKTA_3	3,5007	1,9989	3289,0	1,2	34,0
4.	DIKTA_4	3,3460	2,3032	3289,0	0,3	36,7
5.	DIKTA_5	3,1116	2,1789	3289,0	2,1	30,2
6.	CHAU_1	2,3007	1,9699	3289,0	2,0	17,1
7.	CHAU_2	3,9139	2,0395	3289,0	0,4	41,1
8.	CHAU_3	3,9910	1,9661	3289,0	0,6	43,8
9.	CHAU_4	4,0348	1,9715	3289,0	0,7	45,0
10.	CHAU_5	2,6093	1,7857	3289,0	1,3	19,1
11.	AUS_1	3,6979	2,1223	3289,0	0,3	39,3
12.	AUS_2	2,0995	1,8356	3289,0	0,5	14,0
13.	AUS_3	3,2326	1,8736	3289,0	0,2	27,4
14.	AUS_4	3,7995	2,1490	3289,0	0,1	42,3
15.	AUS_5	2,6348	1,9308	3289,0	0,9	19,7
16.	SEM_1	2,4853	1,9824	3289,0	4,6	17,5
17.	SEM_2	3,6954	2,2969	3289,0	2,2	40,4
18.	SEM_3	2,8399	2,0305	3289,0	4,3	23,4
19.	SEM_4	2,3887	1,7534	3289,0	4,4	16,4
20.	SEM_5	2,8724	1,9374	3289,0	3,9	25,2
21.	DARW_1	2,2396	1,8181	3289,0	0,1	15,1
22.	DARW_2	2,4502	1,7277	3289,0	0,2	14,6
23.	DARW_3	2,6616	2,2168	3289,0	0,9	25,4
24.	DARW_4	1,8875	1,5675	3289,0	0,8	9,9
25.	DARW_5	3,5043	2,3365	3289,0	3,6	39,2
26.	NS_1	2,4094	1,8380	3289,0	2,3	16,4
27.	NS_2	2,4934	1,8296	3289,0	2,1	16,9
28.	NS_3	2,1171	1,7744	3289,0	2,6	14,4
29.	NS_4	5,1434	2,2730	3289,0	0,1	67,6
30.	NS_5	4,6914	1,9843	3289,0	1,4	59,1

RELIABILITY ANALYSIS - SCALE (REXL)

N of Cases = 3289,0

Statistics for Scale	Mean	Variance	Std Dev	N of Variables		
	90,5680	1116,7001	33,4171	30		
Item Means	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	3,0189	1,8822	5,1434	3,2612	2,7326	,6891
Item Variances	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	3,9435	2,4569	5,4590	3,0021	2,2219	,6505
Inter-item Covariances	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	1,1476	,1881	2,7989	2,6108	14,8788	,1512
Inter-item Correlations	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	,2920	,0605	,6001	,5396	9,9222	,0075

Forts. Anhang 1:

RELIABILITY ANALYSIS - SCALE (REXL)

Item-total Statistics

	Scale Mean if Item Deleted	Scale Variance if Item Deleted	Corrected Item- Total Correlation	Squared Multiple Correlation	Alpha if Item Deleted
DIKTA_1	88,6858	1080,6732	,3129	,1709	,9249
DIKTA_2	88,0343	1047,3764	,4630	,2743	,9233
DIKTA_3	87,0673	1057,4934	,4247	,2185	,9238
DIKTA_4	87,2220	1026,0083	,5787	,3851	,9216
DIKTA_5	87,4564	1039,4756	,5159	,3304	,9226
CHAU_1	88,2674	1054,7657	,4537	,3042	,9234
CHAU_2	86,6542	1048,5883	,4842	,3132	,9230
CHAU_3	86,5770	1035,5631	,6107	,4376	,9213
CHAU_4	86,5332	1038,7200	,5830	,4032	,9216
CHAU_5	87,9588	1043,4622	,6072	,4460	,9215
AUS_1	86,8701	1032,5545	,5839	,4122	,9216
AUS_2	88,4686	1053,5171	,5020	,3205	,9227
AUS_3	87,3355	1041,7138	,5910	,4624	,9216
AUS_4	86,7686	1035,6568	,5525	,3598	,9220
AUS_5	87,9332	1037,5053	,6067	,4575	,9213
SEM_1	88,0827	1035,0533	,6093	,4726	,9213
SEM_2	86,8727	1030,8141	,5465	,4629	,9221
SEM_3	87,7281	1025,3117	,6711	,5927	,9204
SEM_4	88,1793	1041,4085	,6381	,5086	,9211
SEM_5	87,6957	1037,3157	,6060	,4697	,9213
DARW_1	88,3285	1044,3736	,5874	,4174	,9217
DARW_2	88,1178	1069,6321	,3901	,2069	,9241
DARW_3	87,9065	1036,1767	,5298	,3305	,9224
DARW_4	88,6805	1075,0482	,3813	,2092	,9241
DARW_5	87,0637	1043,0405	,4519	,2545	,9237
NS_1	88,1586	1052,1311	,5132	,3248	,9226
NS_2	88,0746	1045,5548	,5730	,3744	,9218
NS_3	88,4509	1068,4299	,3890	,1977	,9241
NS_4	85,4247	1041,5671	,4769	,3001	,9232
NS_5	85,8767	1066,9755	,3532	,2259	,9247

Reliability Coefficients 30 items

Alpha = ,9249 Standardized item alpha = ,9252

Reliability Coefficients 30 items

Correlation between forms = ,8178 Equal-length Spearman-Brown = ,8998

Guttman Split-half = ,8995 Unequal-length Spearman-Brown = ,8998

Alpha for part 1 = ,8689 Alpha for part 2 = ,8612

15 items in part 1

15 items in part 2

Anhang 2: Faktorenanalyse für die sechs Rechtsextremismus-Indizes

Komponente	Erklärte Gesamtvarianz			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion		
	Anfängliche Eigenwerte					
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	4,077	67,954	67,954	4,077	67,954	67,954
2	,461	7,675	75,629			
3	,449	7,484	83,113			
4	,362	6,029	89,142			
5	,344	5,732	94,875			
6	,308	5,125	100,000			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Anhang 3: Korrelationen (r) der Rechtsextremismus-Indizes mit dem Rechtsextremismus-Faktor

Komponentenmatrix ^{a)}		Komponente 1
DIKTA	Index Befürw rechtsaut Diktatur	,822
CHAU	Index Chauvinismus	,852
AUS	Index Ausländerfeindlichkeit	,840
SEM	Index Antisemitismus	,815
DARW	Index Sozialdarwinismus	,824
NS	Index Verharmlosung NS	,791

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

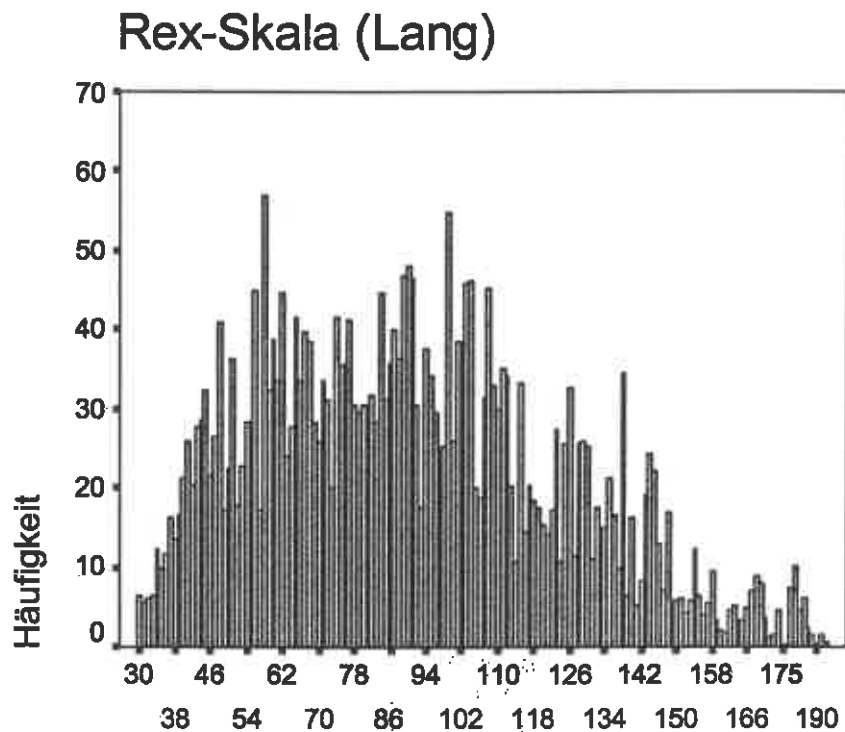
a) 1 Komponente extrahiert.

Anhang 4: Statistische Angaben für die summierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala REXL

Statistiken Rex-Skala (Lang)

N	Gültig	3289
	Fehlend	742
Mittelwert		90,57
Standardfehler des Mittelwertes		,583
Standardabweichung		33,417
Varianz		1116,700
Schiefe		,426
Standardfehler der Schiefe		,043
Kurtosis		- ,425
Standardfehler der Kurtosis		,085
Spannweite		168
Minimum		30
Maximum		198

Anhang 5: Häufigkeitsverteilung der Messwerte der summierten Langfassung der Rechtsextremismus-Skala REXL



Rex-Skala (Lang)

Fälle gewichtet nach GEW_BRD

Anhang 6: Häufigkeitsverteilung der Messwerte der kumulierten Langfassung der Rex-Skala REXKUM

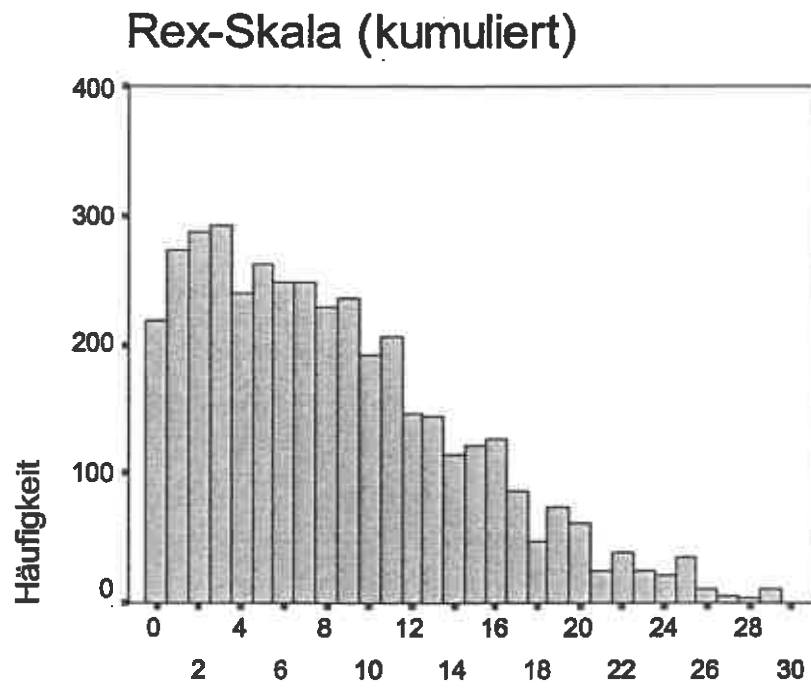
Gültig		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
0	kein Statement befürwortet	218	5,4	5,4	5,4
1	Statement befürwortet	273	6,8	6,8	12,2
2		288	7,1	7,1	19,3
3		292	7,3	7,3	26,6
4		240	5,9	5,9	32,5
5		262	6,5	6,5	39,0
6		249	6,2	6,2	45,2
7		248	6,1	6,1	51,3
8		228	5,7	5,7	57,0
9		237	5,9	5,9	62,9
10		192	4,8	4,8	67,6
11		207	5,1	5,1	72,8
12		146	3,6	3,6	76,4
13		144	3,6	3,6	80,0
14		115	2,8	2,8	82,8
15		122	3,0	3,0	85,9
16		127	3,1	3,1	89,0
17		87	2,2	2,2	91,2
18		48	1,2	1,2	92,4
19		74	1,8	1,8	94,2
20		61	1,5	1,5	95,7
21		24	,6	,6	96,3
22		39	1,0	1,0	97,3
23		24	,6	,6	97,9
24		21	,5	,5	98,4
25		35	,9	,9	99,3
26		11	,3	,3	99,5
27		5	,1	,1	99,7
28		4	,1	,1	99,7
29		10	,2	,2	100,0
30	Statements befürwortet	0	,0	,0	100,0
	Gesamt	4031	100,0	100,0	

Anhang 7: Statistische Angaben für die kumulierte Langfassung der Rechtsextremismus-Skala REXKUM

Statistiken REXKUM Rex-Skala (kumuliert)

	N	Gültig	4031
		Fehlend	0
Mittelwert			8,33
Standardfehler des Mittelwertes			,097
Standardabweichung			6,153
Varianz			37,864
Schiefte			,774
Kurtosis			,077
Spannweite			30
Minimum			0
Maximum			30

Anhang 8: Häufigkeitsverteilung der Messwerte der kumulierten Langfassung der Rex-Skala REXKUM



Rex-Skala (kumuliert)

Fälle gewichtet nach GEWI_BRD

Anhang 9: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2003 (gemessen mit REXKUM)				
REXKUPOT		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Ohne	3461	85,9	85,9
	Potenzial	570	14,1	14,1
	Gesamt	4031	100,0	100,0

Anhang 10: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXKUM)			
REXKUPOT	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
Ohne	86,5	85,7	85,9
Potenzial	13,5	14,3	14,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 11: Rechtsextreme Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXKUM)			
REXKUPOT	West	Ost	BRD
Ohne	87,2	80,5	85,9
Potenzial	12,8	19,5	14,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 12: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXKUM)					
			Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	REXKUPOT	Ohne	86,7	87,5	87,2
		Potenzial	13,3	12,5	12,8
		Gesamt	100,0	100,0	100,0
Ost	REXKUPOT	Ohne	85,7	79,5	80,5
		Potenzial	14,3	20,5	19,5
		Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 13: Das arithmetische Mittel auf der Skala REXKUM für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003			
REXKUM	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	8,2	7,9	8,0
Ost	8,7	9,7	9,5
BRD	8,3	8,3	8,3

Anhang 14: Die Statements der "harten" Rechtsextremismus-Skala REXH

- DIKTA_1 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- DIKTA_2 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- CHAU_1 Es sollte Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen.
- CHAU_5 Andere Völker mögen wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.
- AUS_2 Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
- AUS_5 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- SEM_1 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
- SEM_4 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
- DARW_1 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
- DARW_4 Wir betreiben zu viel Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten.
- NS_1 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
- NS_3 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

**Anhang 15: Reliabilitätsanalyse für die Statements der "harten" Kurzfassung der
 Rechtsextremismus-Skala REXH**

RELIABILITY ANALYSIS - SCALE (REXH)

	Mean	Std Dev	Cases			
1. DIKTA_1	1,8569	1,6031	3516,5			
2. DIKTA_2	2,4942	2,1409	3516,5			
3. CHAU_1	2,3047	1,9781	3516,5			
4. CHAU_5	2,6089	1,7980	3516,5			
5. AUS_2	2,1009	1,8504	3516,5			
6. AUS_5	2,6310	1,9485	3516,5			
7. SEM_1	2,4302	1,9605	3516,5			
8. SEM_4	2,3872	1,7721	3516,5			
9. DARW_1	2,2145	1,7986	3516,5			
10. DARW_4	1,8833	1,5809	3516,5			
11. NS_1	2,3996	1,8510	3516,5			
12. NS_3	2,0874	1,7564	3516,5			

Item Means	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	2,2832	1,8569	2,6310	,7741	1,4169	,0669

Item Variances	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	3,3958	2,4992	4,5835	2,0842	1,8339	,3401

Inter-item Covariances	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	,9950	,3432	1,7004	1,3573	4,9553	,0873

Inter-item Correlations	Mean	Minimum	Maximum	Range	Max/Min	Variance
	,2925	,1354	,4894	,3540	3,6146	,0056

Item-total Statistics

	Scale Mean if Item Deleted	Scale Variance if Item Deleted	Corrected Item-Total Correlation	Squared Multiple Correlation	Alpha if Item Deleted
DIKTA_1	25,5419	155,5386	,3497	,1366	,8300
DIKTA_2	24,9047	144,1563	,4542	,2184	,8240
CHAU_1	25,0941	145,3075	,4796	,2593	,8211
CHAU_5	24,7899	144,4179	,5656	,3637	,8142
AUS_2	25,2980	146,4280	,4966	,2747	,8196
AUS_5	24,7679	144,0779	,5177	,2870	,8179
SEM_1	24,9687	141,8111	,5662	,3735	,8137
SEM_4	25,0116	143,2281	,6064	,4058	,8112
DARW_1	25,1843	143,9086	,5781	,3806	,8132
DARW_4	25,5156	153,8045	,4026	,1813	,8264
NS_1	24,9993	146,6205	,4918	,2496	,8200
NS_3	25,3115	152,3594	,3839	,1552	,8281

Reliability Coefficients 12 items

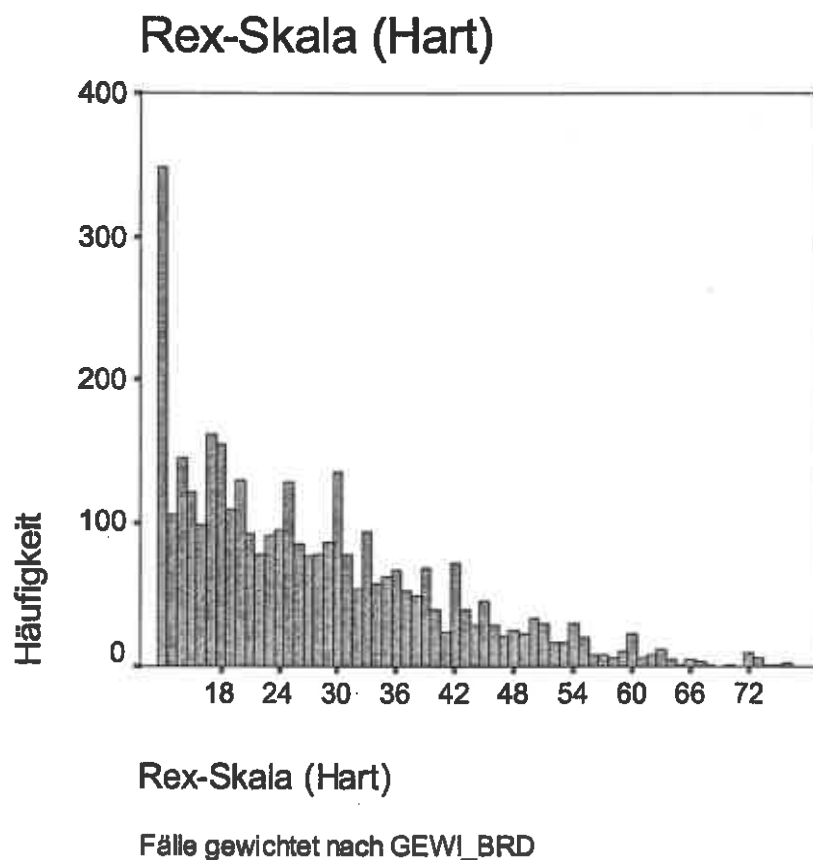
Alpha = ,8326 Standardized item alpha = ,8323

Anhang 16: Statistische Angaben für die "harte" Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala REXH

Statistiken REXH Rex-Skala (hart)

	N	Gültig	3517
		Fehlend	514
Mittelwert			27,40
Standardfehler des Mittelwertes			,221
Standardabweichung			13,118
Schiefte			,961
Standardfehler der Schiefe			,041
Kurtosis			,513
Standardfehler der Kurtosis			,083
Spannweite			67
Minimum			12
Maximum			79

Anhang 17: Häufigkeitsverteilung der Messwerte für die "harte" Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala REXH



Anhang 18: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2003 (gemessen mit REXH)				
REXHPOT		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Ohne	3222	79,9	91,6
	Potenzial	295	7,3	8,4
	Gesamt	3517	87,2	100,0
Fehlend System		514	12,8	
Gesamt		4031	100,0	

Anhang 19: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerk- schaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXH)			
REXHPOT	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
Ohne	92,1	91,4	91,6
Potenzial	7,9	8,6	8,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 20: Rechtsextreme Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXH)			
REXHPOT	West	Ost	BRD
Ohne	92,9	86,6	91,6
Potenzial	7,1	13,4	8,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

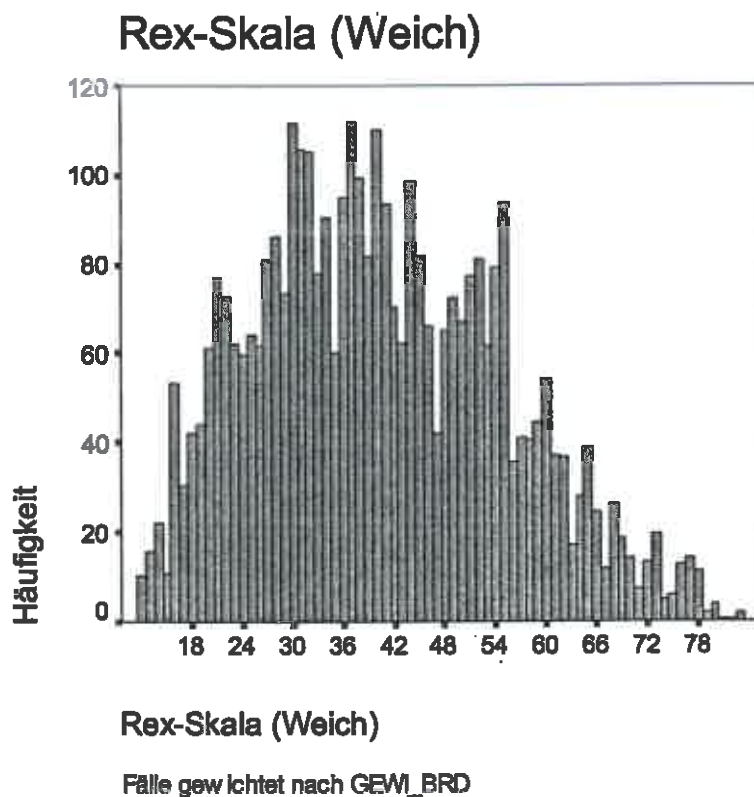
Anhang 21: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht- Mitgliedern sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXH)					
			Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	REXHPOT	Ohne	92,3	93,0	92,9
		Potenzial	7,7	7,0	7,1
		Gesamt	100,0	100,0	100,0
Ost	REXHPOT	Ohne	91,2	85,7	86,6
		Potenzial	8,8	14,3	13,4
		Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 22: Das arithmetische Mittel auf der Skala REXH für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003			
REXH	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	27,1	26,5	26,6
Ost	29,0	30,9	30,5
BRD	27,4	27,4	27,4

Anhang 23: Die Statements der "weichen" Rechtsextremismus-Skala REXW

- DIKTA_3 Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen schaden dem Volksganzen.
- DIKTA_4 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
- CHAU_2 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- CHAU_3 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- AUS_4 Wer als Ausländer in Deutschland bleiben will, muss die deutsche Kultur übernehmen.
- SEM_3 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
- SEM_5 Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.
- DARW_2 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- DARW_3 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
- NS_2 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- NS_5 Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens genauso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit.

Anhang 24: Häufigkeitsverteilung der Messwerte für die "weiche" Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala REXHW



Anhang 25: Statistische Angaben für die "weiche" Kurzfassung der Rechtsextremismus-Skala REXW

Statistiken REXW Rex-Skala (weich)

	N	Gültig	3657
		Fehlend	374
Mittelwert			40,31
Standardfehler des Mittelwertes			,242
Standardabweichung			14,618
Schiefe			,341
Standardfehler der Schiefe			,040
Kurtosis			-,508
Standardfehler der Kurtosis			,081
Spannweite			72
Minimum			12
Maximum			84

Anhang 26: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2003 (gemessen mit REXW)				
REXWPOT		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Ohne	2557	63,4	69,9
	Potenzial	1100	27,3	30,1
	Gesamt	3657	90,7	100,0
Fehlend System		374	9,3	
Gesamt		4031	100,0	

Anhang 27: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerk- schaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXW)			
REXWPOT	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
Ohne	70,5	69,9	69,9
Potenzial	29,5	30,1	30,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 28: Rechtsextreme Einstellungen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXW)			
REXWPOT	West	Ost	BRD
Ohne	71,4	64,1	69,9
Potenzial	28,6	35,9	30,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 29: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht- Mitgliedern sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) (gemessen mit REXW)					
			Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	REXWPOT	Ohne	71,5	71,7	71,4
		Potenzial	28,5	28,3	28,6
		Gesamt	100,0	100,0	100,0
Ost	REXWPOT	Ohne	65,7	63,5	64,1
		Potenzial	34,3	36,5	35,9
		Gesamt	100,0	100,0	100,0

Anhang 30: Das arithmetische Mittel auf der Skala REXW für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003			
REXW	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	39,9	39,4	39,6
Ost	41,5	43,8	43,3
BRD	40,2	40,4	40,3

Anhang 31: Zur Validität der Skalen

Für die Entscheidung, welche der vier Skalen die abhängige Variable unserer Untersuchung bilden soll, steht nur ein vernünftiges Kriterium zur Verfügung: die Validität der Skalen. Validität bezieht sich auf die inhaltliche Gültigkeit eines Messinstruments: Misst die Skala das, was sie messen soll? Bevor wir dieser Frage nachgehen, wollen wir zunächst prüfen, inwieweit die vier Skalen dasselbe messen. Abgesehen einmal von den unterschiedlichen Ergebnissen bei der Potenzialbestimmung lässt der Konstruktionsmodus der Skalen erwarten, dass das nicht in vollem Umfang der Fall ist.

Korrelationen

		REXL	REXKUM	REXH	REXW
REXL	Korrelation nach Pearson	1	,950	,915	,954
	Signifikanz (2-seitig)	,	,000	,000	,000
	N	3289	3289	3289	3289
REXKUM	Korrelation nach Pearson	,950	1	,867	,913
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,	,000	,000
	N	3289	4031	3517	3657
REXH	Korrelation nach Pearson	,915	,867	1	,797
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,	,000
	N	3289	3517	3517	3378
REXW	Korrelation nach Pearson	,954	,913	,797	1
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,
	N	3289	3657	3378	3657

Die Korrelationsmatrix zeigt, dass die Skalen (fast) vollständig miteinander assoziiert sind (sie messen schließlich dieselbe latente Dimension Rechtsextremismus!), aber es sind auch einige Besonderheiten zu erkennen:

Dass die harte Kurzsкала REXH mit der weichen Kurzsкала REXW am schwächsten korreliert, war zu erwarten. Denn es handelt sich gewissermaßen um Kontrastskalen. Am zweitschwächsten korreliert REXH mit REXKUM. Da REXKUM auch die Konsistenz des rechtsextremen Einstellungsmusters berücksichtigt, muss zwischen der Härte und der Dichte des rechtsextremen Einstellungsmusters unterschieden werden. Anders ausgedrückt: Die Hardliner zeichnen sich

nicht unbedingt dadurch aus, dass ihr extrem rechtes Weltbild besonders konsistent ist. Sie unterscheiden sich von den übrigen Potenzialen vor allem dadurch, dass sie besonders extreme Positionen vertreten.

Am stärksten sind die Kombinationen REXL - REXW und REXL - REXKUM miteinander assoziiert. Wenn die Koeffizienten der Korrelationsmatrix insgesamt beurteilt werden, zeigt sich, dass REXL mit den drei übrigen Skalen im Schnitt am stärksten zusammen hängt. Am zweitstärksten korreliert REXKUM mit den anderen Skalen, den dritten Platz nimmt REW ein, und das Schlusslicht bildet REXH. Dies spricht dafür, REXL als abhängige Variable zu verwenden.

Normalerweise werden drei Formen der Validität unterschieden: Inhaltsvalidität, Kriteriumsvalidität und Konstruktvalidität¹.

Zur **Inhaltsvalidität** haben wir bereits in Kapitel B das Nötige ausgeführt. Wir gehen davon aus, dass unsere Statements Rechtsextremismus in allen seinen Dimensionen messen.

Bei der **Kriteriumsvalidität** geht es um Außenkriterien, die ebenfalls Rechtsextremismus messen oder doch widerspiegeln. Unsere Umfrage enthält zwei probate Kriterien: Erstens die Frage nach der Wahlabsicht. Rechtsextrem eingestellte Personen sollten sich deutlich häufiger für die Wahl rechtsextremer Parteien aussprechen als die übrigen Befragten. Leider sind die entsprechenden Fallzahlen bei der "Sonntagsfrage" so gering, dass diese Prüfung nicht erfolgen kann. Zweitens haben wir nach der Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien gefragt: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?" Wie zu erwarten, äußerten rechtsextrem orientierte Befragte deutlich häufiger die Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien als die übrigen Befragten:

		Wahlbereitschaft für DVU/NPD/REP (%)
REXPOT	Ja	23
	Nein	6
REXKUPOT	Ja	24
	Nein	6
REXHPOT	Ja	29
	Nein	7
REXWPOT	Ja	19
	Nein	5

Zur Prüfung der Kriteriumsvalidität könnten auch die drei Zusatz-Statements heran gezogen werden, die auf Wohlstandschauvinismus zielen, aber nicht Bestandteil der Skalenbildung sind. Die Antwortvorgaben (7er Skalen) reichen wie bei allen entsprechenden Statements von "stimme überhaupt nicht zu" bis "stimme voll und ganz zu". Die Formulierungen lauten:

1 Vgl. dazu Siegfried Schumann: Repräsentative Umfrage, 2. Aufl., München/Wien: Oldenbourg 1999, S. 42 ff.

- ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.
- ZUS_2 Der Standort Deutschland muss vor der Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geschützt werden.
- ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

Die drei Variablen sollten mit Blick auf die sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters am stärksten (positiv) mit dem Index Ausländerfeindlichkeit und dann selbstverständlich mit den Rechtsextremismus-Skalen korrelieren.

		Korrelationen		
		ZUS_1	ZUS_2	ZUS_3
DIKTA	Korrelation nach Pearson	,437	,361	,522
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3855	3844	3838
CHAU	Korrelation nach Pearson	,398	,388	,549
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3852	3850	3854
AUS	Korrelation nach Pearson	,548	,420	,594
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3948	3932	3929
SEM	Korrelation nach Pearson	,442	,409	,453
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3627	3628	3623
DARW	Korrelation nach Pearson	,429	,355	,504
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3805	3795	3808
NS	Korrelation nach Pearson	,411	,354	,425
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3780	3734	3739
REXL	Korrelation nach Pearson	,554	,456	,617
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3289	3287	3286
REXKUM	Korrelation nach Pearson	,497	,443	,576
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	4010	3988	3997
REXH	Korrelation nach Pearson	,548	,346	,602
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3515	3510	3509
REXW	Korrelation nach Pearson	,491	,474	,595
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3653	3654	3649

Die empirischen Befunde ergeben zunächst, dass die drei Variablen durchgängig unterschiedlich stark mit den rechtsgerichteten Indizes bzw. mit den Rechtsextremismus-Skalen assoziiert sind. ZUS_3 ($X = 3,16$; $s = 2,229$) erzielt die besten Resultate, es folgen ZUS_1 ($X = 2,18$; $s = 1,681$) und schließlich ZUS_2 ($X = 4,06$; $s = 2,284$). ZUS_2 ist das Statement mit der geringsten Schwierigkeit, dem höchsten Mittelwert (X) und der größten Standardabweichung (s)². Für alle

2 Deshalb wurde dieses Statement auch nicht in den Index Wohlstandschauvinismus aufgenommen.

drei Variablen gilt allerdings, dass sie hoch signifikant und positiv mit den Indizes bzw. Skalen korrelieren und dass sie im Kontext der Indizes am stärksten mit Ausländerfeindlichkeit zusammenhängen. Im Vergleich der vier Skalen korreliert ZUS_2 konsequenterweise am stärksten mit REXW, während ZUS_3 und ZUS_1 am stärksten mit REXL korrelieren. In beiden Fällen fallen die Koeffizienten sogar noch stärker aus als bei der Korrelation mit Ausländerfeindlichkeit.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Kriteriumsvalidität für die Rechts-extremismus-Skalen gegeben ist. Allerdings ist dieser Befund nicht überraschend und auch nicht sonderlich gewichtig.

Größere Bedeutung kommt unseres Erachtens der **Konstruktvalidität** zu. Dabei wird "ein Netz von Hypothesen über den Zusammenhang des zu messenden Merkmals mit anderen Merkmalen"³ formuliert. Dafür werden Variablen aus den Bereichen demokratische Orientierungen und Autoritarismus sowie die Links-Rechts-Selbsteinstufung herangezogen. Insgesamt stehen zehn Fragen zur Demokratie zur Verfügung⁴:

DEMO_1 Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Nehmen Sie dazu bitte die folgende Skala. Sind Sie...[sehr dafür - sehr dagegen]

DEMO_2 Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit [sehr zufrieden - sehr unzufrieden]

DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit [sehr zufrieden - sehr unzufrieden]

[DEMO_4 bis DEMO_10: stimme überhaupt nicht zu - stimme voll und ganz zu.]

DEMO_4 Jeder Bürger sollte das Recht haben, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.

DEMO_5 Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.

DEMO_6 Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nichtdenkbar.

DEMO_7 Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.

DEMO_8 Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.

DEMO_9 Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

DEMO_10 Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen.

3 Schumann (Anm. 1), S. 44.

4 Die Einstellungen, die als unabhängige Variablen zur Erklärung von Rechtsextremismus dienen, werden in Kap. D dargestellt. Dort finden sich auch weitere Beispiele und Daten für die Konstruktvalidierung der Rechtsextremismus-Skalen.

Entsprechend unserer Definition von Rechtsextremismus ist zu erwarten, dass ein negativer Zusammenhang zwischen demokratischen Orientierungen und rechtsextremen Einstellungen besteht. Die Richtung des gemessenen Zusammenhangs hängt allerdings von der Richtung der Antwortvorgaben ab.

Bei DEMO_1 bis DEMO_3 sind positive Werte für den Korrelationskoeffizienten (Pearsons r) zu erwarten. Da Rechtsextremismus auch als antidemokratisches Denken und Handeln interpretiert wird, sollte der Zusammenhang von REX und DEMO_1 (Demokratie als allgemeine Staatsidee) am stärksten sein. An zweiter Stelle sollte die Akzeptanz der Demokratie in der Bundesrepublik (DEMO_2) liegen. Da DEMO_3 Demokratie-Performanz misst und da Politikverdrossenheit nicht nur in der extremen Rechten sondern auch im Übrigen politischen Spektrum weit verbreitet ist, ist hier ein geringer, womöglich sogar nicht signifikanter Zusammenhang zu erwarten.

Korrelationen

		REXL	REXKUM	REXH	REXW
DEMO_1	Korrelation nach Pearson	,412	,375	,415	,382
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3284	4008	3510	3645
DEMO_2	Korrelation nach Pearson	,345	,317	,320	,336
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3264	3969	3483	3625
DEMO_3	Korrelation nach Pearson	,189	,171	,154	,207
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3282	4003	3505	3644
DEMO_4	Korrelation nach Pearson	-,119	-,109	-,178	-,077
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3288	4029	3515	3656
DEMO_5	Korrelation nach Pearson	-,078	-,040	-,136	-,036
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,012	,000	,028
	N	3289	4023	3517	3650
DEMO_6	Korrelation nach Pearson	-,133	-,045	-,182	-,062
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,005	,000	,000
	N	3289	3997	3512	3651
DEMO_7	Korrelation nach Pearson	-,021	,020	-,068	,016
	Signifikanz (2-seitig)	,224	,206	,000	,326
	N	3287	4003	3500	3653
DEMO_8	Korrelation nach Pearson	,304	,282	,263	,283
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3273	3974	3494	3624
DEMO_9	Korrelation nach Pearson	,237	,237	,187	,233
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3284	4014	3510	3650
DEMO_10	Korrelation nach Pearson	,129	,131	,090	,113
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3287	3996	3514	3652
ASKO	Korrelation nach Pearson	,415	,375	,384	,394
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3289	4031	3517	3657
LIRE	Korrelation nach Pearson	,299	,252	,227	,280
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3222	3885	3431	3551

Es zeigt sich, dass die Vermutungen zutreffen, und zwar für alle Skalen. Die Zusammenhänge sind durchgängig positiv und hoch signifikant. Am stärksten korrelieren die Skalen (insbesondere REXH und REXL) mit DEMO_1. An zweiter Stelle folgt DEMO_2 (besonders mit REXL und REXW). Die Koeffizienten für DEMO_3 fallen dagegen gering, aber dennoch hoch signifikant aus.

Bei den Variablen DEMO_4 bis DEMO_7 ist ein negativer, bei den Variablen DEMO_8 bis DEMO_10 ein positiver Zusammenhang zu erwarten. Für alle Statements dieser Demokratieskala gilt freilich, dass nur schwache Zusammenhänge mit REX wahrscheinlich sind. Denn viele Rechtsextremisten halten sich selbst zumeist für die wahren, aber unterdrückten Demokraten und fordern (für sich) demokratische Rechte, wie beispielsweise Meinungsfreiheit und Chancengleichheit.

Die gemessenen Werte entsprechen im Großen und Ganzen den Erwartungen. Sie sind zwar schwach aber - bis auf DEMO_7 - hoch signifikant. Vor allem bei DEMO_4 bis DEMO_6 handelt es sich um Statements, denen auch viele Rechtsextremisten zustimmen können. Daher fallen die entsprechenden Koeffizienten besonders niedrig aus. Zu dieser Gruppe gehört auch DEMO_7 ("Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen"). Dieses Item taugt vermutlich deshalb nicht zur Validierung der Rechtsextremismus-Skalen, weil es implizit auch die Legalität rechtsextremer Parteien behauptet. In diesem Zusammenhang mag das NPD-Verbotsverfahren eine Rolle gespielt haben, das vielen Befragten noch präsent gewesen sein dürfte.

Die Variablen DEMO_8 und DEMO_9 zielen auf antipluralistische, volksgemeinschaftliche Orientierungen und korrelieren im Vergleich mit den anderen Statements der Demokratie-Skala relativ stark mit Rechtsextremismus (insbesondere mit REXL, aber auch mit REXKUM). Das war auch für DEMO_10 zu erwarten. Warum die Koeffizienten hier so schwach ausfallen, ist unklar.

Zusammenfassend bestätigen die Skalen (mit den genannten, aber plausiblen Einschränkungen), dass es sich beim Rechtsextremismus um antidemokratische Orientierungen handelt.

Als individuelle (psychologische) Voraussetzungen für die Ausprägung von rechtsextremen Dispositionen gelten autoritäre Charaktermerkmale. Sie bilden, wie in Kapitel A dargelegt, die Grundlage für die durch zu bewältigende Probleme geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Mit der von Schumann entwickelten Skala "Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem" (ASKO) sollen derartige autoritäre Dispositionen gemessen werden. Zwischen der ASKO-Skala und unseren Rechtsextremismus-Skalen ist mithin ein deutlicher positiver Zusammenhang zu erwarten. Die bestehenden Korrelationen sind tatsächlich (ziemlich) stark und auch hoch signifikant. Den besten Wert erzielt REXL. Die These "je autoritärer desto rechtsextremer" lässt sich also am Beispiel von ASKO verifizieren, womit ein weiterer Baustein zur Konstruktvalidierung unserer Skalen erbracht ist.

Abschließend soll noch der Vermutung nachgegangen werden, dass eine Verknüpfung zwischen Rechtsextremismus und der Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE) besteht. Vorausgeschickt sei, dass sich Rechtsextremismus keineswegs - wie unsere früheren Untersuchungen zeigen⁵ - in einer ausschließlich rechten Selbsteinstufung niederschlägt. Die Links-Rechts-Skala ist kein Ersatz für eine Rechtsextremismus-Skala! Aber es ist ein schwacher bis mittlerer Zusammenhang zwischen beiden Skalen zu erwarten. Dies bestätigen auch die hier zugrunde

⁵ Richard Stöss: Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.), Zwischen Wende und Wiedervereinigung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 102-131, bes. S. 114 f.

liegenden Daten: LIRE korreliert mit den Rechtsextremismus-Skalen schwach positiv, aber hoch signifikant. Die Werte liegen unter $r = 0,3$, wobei REXL mit 0,299 noch am besten abschneidet, REXH erzielt nur 0,227. Die ideologische Selbstidentifikation korrespondiert folglich mit Rechtsextremismus und leistet damit einen Beitrag zur Validierung unserer Skalen.

Zusammenfassend können alle vier Skalen nicht nur als rellabel, sondern auch mit Blick auf die Inhaltsvalidität, die Kriteriumsvalidität und die Konstruktvalidität (in Bezug auf die verwendeten Außenkriterien) als valide bezeichnet werden. Dabei zeitigt REXL im Schnitt die besseren Resultate. REXW dürfte konstruktionsbedingt rechtskonservative Haltungen einschließen und eignet sich daher weniger zur Messung von extrem rechten Positionen.

Anhang 32: Korrelationsmatrix rechtsgerichtete Indizes

Korrelationen (r)

	DIKTA	CHAU	AUS	SEM	DARW	NS	WOHL
DIKTA	1	,674	,618	,559	,611	,572	,611
CHAU	,674	1	,643	,616	,629	,607	,618
AUS	,618	,643	1	,648	,628	,578	,852
SEM	,559	,616	,648	1	,610	,591	,611
DARW	,611	,629	,628	,610	1	,556	,603
NS	,572	,607	,578	,591	,556	1	,537
WOHL	,611	,618	,852	,611	,603	,537	1

Alle Werte sind hochsignifikant.

Anhang 33: Zuordnung von Berufen und deren Tätigkeitsmerkmalen zu den Skalenskalenpunkten der Berufsprestige-Skala BERPRE

- 1 Un- und angelemte Arbeiter, Auszubildende
- 2 Facharbeiter, Angestellte mit einfachen Tätigkeiten, Beamte im einfachen Dienst
- 3 Vorarbeiter, Kolonnenführer, Angestellte mit nach Anweisung selbständig erledigten Aufgaben, Beamte im mittleren Dienst, mithelfende Familienangehörige
- 4 Meister, Polier, Brigadier, Angestellte mit verantwortlichen Tätigkeiten, Beamte im gehobenen Dienst, Selbständige mit bis zu neun Beschäftigten
- 5 Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben, Beamte im höheren Dienst, Richter, Selbständige ab 10 Beschäftigten und mehr

Anhang 34: Zur Konstruktion des Indexes SCHICHTE

Der Index soll soziale Ungleichheit messen und wird aus den Variablen Nettoeinkommen (NEINK), Berufsprestige (BERPRE) und höchstem allgemein bildendem Schulabschluss (BILDUNG) konstruiert. Unter den drei Variablen weist BERPRE mit fünf Ausprägungen die geringste Zahl an Ausprägungen auf. Bei NEINK werden neun Einkommensklassen unterschieden, bei BILDUNG sieben Abschlussarten. SCHICHTE ist als Summenindex konzipiert. Die drei Variablen sollen mit der jeweils gleichen Anzahl an Ausprägungen aufsummiert werden. Dies erreichen wir durch die Zusammenfassung von Merkmalsausprägungen bei BILDUNG und NEINK. Beim Einkommen wird allein die Einkommensklasse 5 nicht mit einer anderen zusammengefasst, ansonsten werden immer zwei benachbarte Klassen zusammengelegt, also 1 und 2, 3 und 4, 6 und 7, 8 und 9. Bei BILDUNG unterscheiden wir Abschlüsse bis Hauptschule, bis Real- bzw. polytechnische Oberschule, bis Fachhochschulreife, bis fachgebundener oder allgemeiner Hochschulreife und bis Fachhoch- oder Hochschulabschluss.

Anhang 35: Korrelationen (Kontingenzkoeffizient C) der unabhängigen Variablen untereinander für alle Befragten (C x 1000)

	BILDUNG	NEINK	BERPRE	SCHICHTO	SCHICHTS	MODAR	PREKAR	STELERW	BRA	POLGEN	ERWERR1	BETGR	NEINK/ERW.
Nettoeinkommen (NEINK)	291												
Berufsprestige (BERPRE)	434	522											
objekt. Schicht (SCHICHTO)	^k 565	^k 610	440										
subjekt. Schicht (SCHICHTS)	419	380	471	357									
Mod. Arbeitsplatz (MODARB)	364	343	424	388	374								
Prekarität d. Arbeit (PREKAR)	287	474	344	392	401	^k 525							
Stellung im Erwerbs- u. Nichterwerbsbereich (STELERW)	461	647	^k 839	464	416	441	354						
Wirtschaftsbereiche (BRA)	328	352	352	282	336	331	303	560					
polit. Generation (POLGEN)	312	416	258	202	184	169	213	670	178				
Erwerbsstatus (ERWER) ¹	137	389		297	75			^k 691		450			
Betriebsgröße (BETGR)	165	306	304	187	201	260	283	503	393	121			
Nettoeink. (Erwerbstätige) ²	355			^k 611	434			601		428			
Geschlecht (GES)	79	361	195	251	89	84	198	352	301	0	165	118	372

1) Die Unterscheidung nach erwerbstätig/nicht erwerbstätig kann nur mit Variablen variieren, die nicht spezifisch für den Erwerbsbereich sind.

2) Die Variablen der Arbeitswelt wie z.B. BERPRE erfassen nur die Erwerbstätigen, weshalb ihre Zusammenhänge mit dem persönlichen Nettoeinkommen schon bei NEINK erfasst sind.

k) konstruktionsbedingte hohe Zusammenhangsmaße

Anhang 36: Korrelationen (Pearsons r) der Prädiktoren untereinander für alle Befragten (r x 1000)						
	BILDUNG	NEINK	BERPRE	SCHICHTO	SCHICHTS	MODARB
Nettoeinkommen (NEINK)	+138					
Berufsprestige (BERPRE)	+413	+453				
objekt. Schicht (SCHICHTO)	^k +643	^k +681	+455			
subjekt. Schicht (SCHICHTS)	+404	+157	+453	+338		
Mod. Arbeitsplatz (MODARB)	+335	+232	+403	+388	+329	
Prekarität d. Arbeit (PREKAR)	-221	-411	-289	-394	-262	^k -488
Nettoeink. (Erwerbstätige) ¹	+228			^k +650	+258	

- 1) Die Variablen der Arbeitswelt wie z.B. BERPRE erfassen nur die Erwerbstätigen, weshalb ihre Zusammenhänge mit dem persönlichen Nettoeinkommen schon bei NEINK erfasst sind.
k) konstruktionsbedingte hohe Zusammenhangsmaße

Anhang 37: Die objektive und subjektive soziale Schicht nach sozialstrukturellen Merkmalen in Deutschland 2003 (%)						
	objektive soziale Schicht			subjektive soziale Schicht		
	Unters.	Mittels.	Obers.	Unters.	Mittels.	Obers.
Bildung						
niedrig	79	52	0	68	46	21
mittel	21	31	46	27	32	29
hoch	0	17	54	5	22	49
NEINK						
niedrig	59	17		33	31	32
mittel	41	32	15	43	27	16
hoch		51	85	24	42	51
BERPRE						
niedrig	13	10	2	15	7	0
	47	29	8	47	20	7
	20	30	26	24	28	16
hoch	19	30	65	14	45	77

Fettsatz: Hier liegt ein Schwerpunkt der entsprechenden sozialen Schicht.

Anhang 38: Die objektive und subjektive soziale Schicht nach sozialstrukturellen Merkmalen in Deutschland 2003 (%)						
	objektive soziale Schicht			subjektive soziale Schicht		
	Unters.	Mittels.	Obers.	Unters.	Mittels.	Obers.
MODARB3						
ohne	43	23	7	43	15	11
mittel	34	39	33	34	37	31
groß	23	38	61	23	47	57
PREKAR3						
keine	10	27	51	12	37	41
geringe	33	40	31	38	34	31
erhöhte	58	34	18	50	29	28
POLGEN						
Nach-Wende	16	17	7	10	17	19
Nach-68er	38	48	60	45	45	44
Nachkrieg	37	30	29	37	30	32
Vor-Krieg	10	5	4	7	8	4
GES						
männlich	35	61	61	51	49	47
weiblich	65	39	39	49	51	53
BETGR						
1 bis 9	24	22	22	20	24	25
10 bis 49	40	27	25	30	29	30
50 bis 99	11	12	9	11	11	11
100 bis 499	15	22	21	23	17	20
500 bis 999	4	7	8	7	7	5
1000 und mehr	6	10	15	9	13	9

Fettsatz: Hier liegt ein Schwerpunkt der entsprechenden sozialen Schicht.

Anhang 39: Die objektive und subjektive soziale Schicht nach sozialstrukturellen Merkmalen in Deutschland 2003 (%)						
	objektive soziale Schicht			subjektive soziale Schicht		
	Unters.	Mittels.	Obers.	Unters.	Mittels.	Obers.
BRA						
prod. Gewerbe	24	32	20	35	25	10
Bau	7	10	6	12	5	4
Handel, Gastgew., Verkehr, Nachrichten	31	20	11	24	20	15
Finanz., Vermietung, Unternehmensdienstl.	5	6	13	3	9	17
private Dienstleist.	16	13	20	12	16	30
öffentliche Dienstleist.	14	16	27	11	22	21
Sonstiges	2	3	4	3	3	3
ERWER						
erwerbstätig	39	60	77	50	54	57
nicht erwerbstätig	61	40	23	50	46	43
STELERW						
einfache Arbeiter	5	6	1	7	4	0
Facharbeiter u. höher	10	19	7	20	9	0
einfache Angestellte	12	15	15	13	14	10
verantwortl. Angestell.	6	12	27	5	15	21
einfache Beamte	0	1	3	0	2	2
Gehob., höh. Beamte	0	0	8	0	2	6
Selbständ. incl. Mith.	2	5	14	2	6	17
Arbeitslose	10	2	1	9	4	4
Rentner	35	22	18	32	26	17
Rest	21	17	4	12	19	24
Schichtvergl. zu Eltern						
Abstieg	15	9	7	13	9	7
gleiche Schicht	60	59	51	63	57	49
Aufstieg	25	33	42	24	34	44

Fettsatz: Hier liegt ein Schwerpunkt der entsprechenden sozialen Schicht.

Anhang 40: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Geschlecht und Alter sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Geschlecht							
Männer	66	68	55	46	43	49	49
Frauen	34	32	45	54	57	51	51
Altersgruppen							
16-24	4	4	1	11	11	12	10
25-34	14	15	9	14	16	9	14
35-44	24	23	25	24	26	22	24
45-54	26	27	26	15	15	18	17
55-64	20	19	24	17	15	20	17
65-74	9	8	13	12	10	14	11
75+	4	4	1	7	7	6	7

Anhang 41: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf Geschlecht und Alter nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Geschlecht			
Männer	+43	+58	+12
Frauen	-37	-44	-12
Altersgruppen			
16-24	-64	-64	-92
25-34	0	-6	0
35-44	0	-12	+14
45-54	+73	+80	+44
55-64	+18	+27	+20
65-74	-25	-20	-7
+75	-43	-43	-83

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Lesbeispiel: Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Männer unter allen Männern ab 16 Jahren liegt im Bundesgebiet um 43 Prozent über dem Anteil der unorganisierten Männer. Der Wert liegt über der 20 Prozent-Marge für die Spiegelbildthese und ist daher fett gesetzt.

Anhang 42: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach politischen Generationen, Bildung und Einkommen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
politische Generationen							
Wende (16-28)	8	9	3	17	16	15	15
Nach-68er (29-50)	52	52	52	44	47	39	45
Nachkrieg (51-73)	36	34	44	32	29	39	32
Vor-Krieg (74+)	4	5	1	8	8	7	7
Bildung							
niedrig	64	69	32	49	52	36	51
mittel	26	20	56	30	27	46	30
hoch	10	11	12	21	21	18	19
persönl. Nettoeink.(€)							
niedrig (-799)	14	12	23	35	36	39	32
mittel (-1499)	30	27	46	32	28	43	32
hoch (1500+)	55	60	31	33	36	18	36

Anhang 43: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf politischen Generationen, Bildung und Einkommen nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
politische Generationen			
Wende (16-28)	-53	-44	-80
Nach-68er (29-50)	+18	+11	+33
Nachkrieg (51-73)	+13	+17	+13
Vor-Krieg (74+)	-50	-38	-86
Bildung			
niedrig	+31	+33	-11
mittel	-13	-26	+22
hoch	-52	-48	-33
persönl. Nettoeink.(€)			
niedrig (-799)	-60	-67	-41
mittel (-1499)	-6	-4	+7
hoch (1500+)	+67	+67	+72

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 44: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach objektiver und subjektiver Schichteinstufung sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
objekt. Schichteinstufung							
Unterschicht	33	31	38	46	47	48	44
Mittelschicht	45	47	34	30	29	31	33
Oberschicht	22	22	29	24	24	21	24
subjekt. Schichteinstufung							
untere Arbeiterschicht	6	4	14	8	6	15	7
mittlere Arbeiterschicht	33	29	46	25	22	36	27
obere Arbeiterschicht	14	14	11	7	7	7	8
untere Mittelschicht	15	16	10	17	17	14	17
mittlere Mittelschicht	28	31	17	31	33	22	30
obere Mittel-, Obersch.	5	6	2	12	14	5	11

Anhang 45: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf objektive und subjektive Schichteinstufung sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
objekt. Schichteinstufung			
Unterschicht	-28	-34	-21
Mittelschicht	+50	+62	+10
Oberschicht	-8	-8	+38
subjekt. Schichteinstufung			
untere Arbeiterschicht	-25	-33	-7
mittlere Arbeiterschicht	+32	+32	+28
obere Arbeiterschicht	+100	+100	+57
untere Mittelschicht	-12	-6	-29
mittlere Mittelschicht	-10	-6	-23
obere Mittel-, Obersch.	-58	-57	-60

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 46: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Erwerbstätigkeit und Erwerbsstatus sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätige	70	71	63	49	49	47	53
Nichterwerbstätige	30	29	37	51	51	53	47
Erwerbsstatus							
Arbeitslose	4	3	11	6	5	11	5
einfache Arbeiter	10	10	4	3	3	2	4
Facharbeiter	24	22	25	9	7	13	12
einfache Angestellte	13	13	14	13	14	12	13
verantwortl. Angestellte	14	15	13	12	13	10	12
Beamte	6	7	6	3	4	1	3
Azubi, sonst. Erwerbst.	2	2	1	2	2	4	2
Selbständige	2	2	1	7	6	5	6
Rentner	23	22	25	28	25	32	27
sonst. Nichterw.person.	3	4	1	17	21	10	15

Anhang 47: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf Erwerbstätigkeit und Erwerbsstatus sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Erwerbstätigkeit			
Erwerbstätige	+43	+45	+34
Nichterwerbstätige	-41	-43	-30
Erwerbsstatus			
Arbeitslose	-33	-40	0
einfache Arbeiter	+233	+233	+100
Facharbeiter	+167	+214	+92
einfache Angestellte	0	-7	+17
verantwortl. Angestellte	+17	+15	+30
Beamte	+100	+75	+500
Azubi, sonst. Erwerbst.	0	0	-75
Selbständige	-71	-67	-80
Rentner	-18	-12	-22
sonst. Nichterw.person.	-82	-81	-90

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 48: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Berufsprestige, Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Berufsprestige							
niedrig	14	15	7	7	6	5	8
	33	31	36	26	24	33	28
	26	26	32	25	26	25	25
hoch	26	28	25	42	44	37	39
Prekarität der Arbeit							
ohne	34	35	32	29	32	21	30
mittel	36	36	32	34	32	40	34
groß	31	29	35	37	37	39	36
Modernität des Arbeitsplatzes							
ohne	22	20	29	25	22	33	24
mittel	36	36	39	35	34	35	36
groß	41	43	32	40	44	31	41

Anhang 49: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf Berufsprestige, Prekarität der Arbeit und Modernität des Arbeitsplatzes sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Berufsprestige			
niedrig	+100	+150	+40
	+27	+29	+9
	+4	0	+28
hoch	-38	-36	-32
Prekarität der Arbeit			
ohne	+17	+9	52
mittel	+6	+13	-20
groß	-16	-22	-10
Modernität des Arbeitsplatzes			
ohne	-12	-9	-12
mittel	+3	+6	+11
groß	+3	-2	+3

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 50: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Wirtschaftsbereiche							
Produzierendes Gewerbe	41	43	22	21	21	18	26
Bau	5	5	8	8	6	15	8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten	15	15	16	22	24	16	20
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleist.	4	4	4	9	9	6	8
private Dienstleistungen	7	7	10	18	18	19	16
öffentliche Dienstleistungen	24	23	37	18	19	21	19
Landwirtschaft etc. u. And.	3	3	3	3	3	4	3
Betriebsgrößen							
1 - 9	10	10	12	27	25	30	23
10 - 49	19	18	24	33	33	34	30
50 - 499	40	39	46	27	27	30	30
500 +	32	33	18	13	16	6	17

Anhang 51: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Bezug auf Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Wirtschaftsbereiche			
Produzierendes Gewerbe	+95	+105	+22
Bau	-38	-17	-47
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten	-32	-38	0
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleist.	-56	-56	-33
private Dienstleistungen	-61	-61	-47
öffentliche Dienstleistungen	+33	+21	+76
Landwirtschaft etc. u. And.	0	0	-25
Betriebsgrößen			
1 - 9	-63	-60	-60
10 - 49	-42	-45	-29
50 - 499	+48	+44	+53
500 +	+146	+106	+200

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 52: Sozialstrukturelle Merkmale nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)		
	West	Ost
Geschlecht		
Männer	49	50
Frauen	51	50
Altersklassen		
16-24	10	12
25-34	15	9
35-44	24	24
45-54	17	16
55-64	16	17
65-74	11	15
75+	7	6
Bildung		
niedrig	55	35
mittel	26	48
hoch	19	17
persönliche Nettoeinkommen (€)		
niedrig (-799)	31	37
mittel (-1499)	29	43
hoch (1500+)	41	20
objektive Schichteinstufung		
Unterschicht	43	47
Mittelschicht	33	31
Oberschicht	24	22
subjektive Schichteinstufung		
untere Arbeiterschicht	6	14
mittlere Arbeiterschicht	23	38
obere Arbeiterschicht	9	8
untere Mittelschicht	17	14
mittlere Mittelschicht	32	22
obere Mittel-, Oberschicht	13	5

Anhang 53: Sozialstrukturelle Merkmale nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)		
	West	Ost
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätige	54	49
Nichterwerbstätige	46	51
Berufsprestige		
niedrig	9	5
	26	33
	25	26
hoch	40	35
Prekarität der Arbeit		
ohne	32	23
mittel	33	39
groß	35	38
Modernität des Arbeitsplatzes		
ohne	23	32
mittel	35	36
groß	42	32
Wirtschaftsbereiche		
Produzierendes Gewerbe	27	18
Bau	6	14
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten	22	17
Finanzierung, Vermietung, Unter- nehmensdienstleistungen	8	6
private Dienstleistungen	16	18
öffentliche Dienstleistungen	18	24
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei, Tierhaltung und Andere	3	4
Betriebsgrößen		
1 bis 9	23	27
10 bis 49	29	32
50-499	29	32
500+	19	8

Anhang 54: Korrelationen (Pearsons r) der Prädiktoren untereinander für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder (r x 1000)

	BILDUNG		NEINK		BERPRE		SCHICHTO		SCHICHTS		MODARB	
	Mit	Uno	Mit	Uno	Mit	Uno	Mit	Uno	Mit	Uno	Mit	Uno
NEINK	+117	+156										
BERPRE	+428	+397	+359	+505								
SCHICHTO	+617	+661	+681	+637	+449	+473						
SCHICHTS	+319	+407	+221	+167	+411	+446	+300	+350				
MODARB	+231	+377	+164	+250	+405	+416	+282	+416	+257	+346		
PREKAR	-155	-253	-323	-428	-322	-299	-335	-406	-267	-272	-489	-481
NEINK/Er. ¹	+117	258					+571	+661	+210	+282		

1) Die Variablen der Arbeitswelt wie z.B. BERPRE erfassen nur die Erwerbstätigen, weshalb ihre Zusammenhänge mit dem persönlichen Nettoeinkommen schon bei NEINK erfasst sind.

Anhang 55: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder in Erwerbsarbeit nach Geschlecht und politischer Generation sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

Geschlecht	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Männer							
Wende (16-28)	11	12	5	12	13	12	12
Nach-68er (29-50)	64	66	73	64	67	64	66
Nachkrieg (51-73)	24	22	22	24	20	24	21
Frauen							
Wende (16-28)	8	10	2	15	16	12	15
Nach-68er (29-50)	65	66	68	67	70	64	69
Nachkrieg (51-73)	27	25	29	18	13	24	16

Anhang 56: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in Erwerbsarbeit in Bezug auf Geschlecht und politischer Generation sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
Geschlecht	BRD	West	Ost
Männer			
Wende (16-28)	-8	-8	-58
Nach-68er (29-50)	0	-1	+14
Nachkrieg (51-73)	0	+10	-8
Frauen			
Wende (16-28)	-47	-38	-83
Nach-68er (29-50)	-3	-6	+6
Nachkrieg (51-73)	+50	+92	+21

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 57: Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder in der Jugend in Erwerbsarbeit nach Geschlecht und nach Bildung sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Geschlecht							
Männer	82	81	a	45	41	56	45
Frauen	18	19	a	55	59	44	55
Bildung							
niedrig	48	47	48	22	26	22	24
mittel	41	44	*	34	36	32	35
hoch	11	b	*	44	38	46	41

- a) Da von den 14 Fällen im Osten 12 Männer sind, ist davon auszugehen, dass im Osten die Gewerkschaften hauptsächlich junge Männer organisieren.
b) Der Anteil muss um die 10 Prozent liegen.
*) Geringe Fallzahlen

Anhang 58: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern in der Jugend in Erwerbsarbeit nach Geschlecht und nach Bildung sowie nach Gebiet in Deutschland 2003

	BRD	West	Ost
Geschlecht			
Männer	+82	+98	*
Frauen	-67	-68	*
Bildung			
niedrig	+118	+81	+118
mittel	+21	+22	*
hoch	-75	-74	*

Prozentuale Abweichung der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

*) Geringe Fallzahl

Anhang 59: Zusammenhang (Eta) der beschreibenden sozialstrukturellen Merkmale mit REXL (Eta x 1000)

STELERW	BRA	POLGEN	ERWER	BETGR	GES
330	206	189	169	110	63

Anhang 60: Zusammenhang (Eta) der sozialstrukturellen Prädikatoren mit REXL (Eta x 1000)

BILDUNG	SCHICHTO	BERPRE	PREKAR	MODARB	SCHICHTS	NEINK
424	356	311	282	258	242	211

Anhang 61: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Geschlecht, Alter und politischen Generationen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Geschlecht							
Männer	19	19	19	17	14	28	17
Frauen	19	17	27	23	22	28	23
Altersgruppen							
16-24	16	*	*	11	12	18	12
25-34	19	14	16	15	16	19	15
35-44	16	15	17	13	12	20	14
45-54	18	16	24	20	18	27	19
55-64	25	25	25	27	23	35	26
65-74	25	24	27	37	35	44	35
+75	28	29	*	41	38	49	40
politische Generationen							
Wende (16-28)	18	17	37	14	15	19	14
Nach-68er (29-50)	15	14	19	14	13	20	14
Nachkrieg (51-73)	24	23	26	29	26	37	28
Vorkrieg (74+)	27	28	*	42	40	46	40

*) Geringe Fallzahlen

Anhang 62: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Geschlecht, Alter und politischen Generationen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Geschlecht			
Männer	+12	+36	-32
Frauen	-17	-23	-4
Altersgruppen			
16-24	+45	*	*
25-34	-7	-13	-16
35-44	+23	+25	-15
45-54	-10	-11	-11
55-64	-7	+9	-29
65-74	-32	-31	-39
+75	-32	-24	*
politische Generationen			
Wende (16-28)	+29	+13	+95
Nach-68er (29-50)	+7	+8	-5
Nachkrieg (51-73)	-17	-12	-30
Vorkrieg (74+)	-36	-30	*

* Geringe Fallzahlen.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 63: Die spezielle Spiegelbildthese in Bezug auf Geschlecht, Alter und politischen Generationen nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West.	Ost
Geschlecht			
Männer	Spb	Org+	Org-
Frauen	Spb	Org-	Spb
Altersgruppen			
16-24	Org+	?	?
25-34	Spb	Spb	Spb
35-44	Org+	Org+	Spb
45-54	Spb	Spb	Spb
55-64	Spb	Spb	Org-
65-74	Org-	Org-	Org-
+75	Org-	Org-	?
politische Generationen			
Wende (16-28)	Org+	Spb	*Org+
Nach-68er (29-50)	Spb	Spb	Spb
Nachkrieg (51-73)	Spb	Spb	Org-
Vorkrieg (74+)	Org-	Org-	?

Org+ Die Gewerkschaftsmitglieder übertreffen den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Org- Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Spb Es gilt die Spiegelbildthese.

? Keine Angabe möglich.

***** Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Immunsierungsthese**.

Die Gewerkschaftsmitglieder überschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Anziehungsthese**.

Anhang 64: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Bildung und politischer Generation sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
Bildung	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
niedrig							
Wende (16-28)	28	25	*	38	37	54	38
Nach-68er (29-50)	20	19	38	21	21	43	21
Nachkrieg (51-73)	30	28	38	38	36	44	36
Vor-Krieg (74+)	33	35	*	46	44	55	44
mittel							
Wende (16-28)	13	*	*	12	*	19	12
Nach-68er (29-50)	11	6	18	13	10	19	12
Nachkrieg (51-73)	13	*	19	21	15	36	20

*) Geringe Fallzahlen

Anhang 65: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Bildung und politischen Generationen sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)			
Bildung ¹	BRD	West	Ost
niedrig			
Wende (16-28)	-26	-32	*
Nach-68er (29-50)	-5	-10	-12
Nachkrieg (51-73)	-21	-22	-14
Vor-Krieg (74+)	-28	-20	*
mittel ²			
Wende (16-28)	8	*	*
Nach-68er (29-50)	-15	-40	-5
Nachkrieg (51-73)	-38	*	-47

*) Geringe Fallzahlen

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

- 1) Die Bildungsstufe „hoch“ wird wegen zu geringer Vergleichsmöglichkeiten nicht aufgeführt.
- 2) Die Bildungsstufe „mittel“ der Vor-Kriegs-Generation fehlt wegen geringer Fallzahlen.

Anhang 66: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Jugend (16-24 Jahre) nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befragte
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
	16	¹ 13	² 49	³ 11	12	20	12

- 1) Wegen geringer Zellenbesetzung nur eingeschränkt interpretierbar: n <= 5
- 2) Angaben wegen geringer Fallzahlen in der gesamten Klasse nur eingeschränkt interpretierbar
- 3) Aufgrund von Rundungen der gewichteten Fallzahlen in den verschiedenen Datensätzen (z.B. die für die Nicht-Mitglieder: Alle; West; Ost), können die auf Basis der gerundeten Fallzahlen berechneten Prozentzahlen manchmal ein nicht ganz stimmiges Gesamtbild ergeben, so wie hier: Der Anteil von Rechtsextremen bei allen Nicht-Mitgliedern müsste eigentlich etwas höher sein als ausgewiesen bzw. die Potenziale in Ost und vor allem im Westen bei den Unorganisierten etwas niedriger.

Anhang 67: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Jugend (16-24 Jahre) nach Erwerbsstatus, Bildung sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)					
	Mitglied	Nicht-Mitgl.	West	Ost	Alle Befr..
Gesamt	16	11	10	20	12
Erwerb					
Schüler/Studierende	*	8	8	7	8
Erwerbstätige/ Azubis	16	9	7	32	10
Rest ²	*	36	32	38	36
Bildung					
niedrig	27	39	32	71	39
mittel	¹ 12	12	11	14	11
hoch	*	10	0	11	0

- *) Geringe Fallzahlen
- 1) Wegen geringer Zellenbesetzung nur eingeschränkt interpretierbar: n <= 5
- 2) Hausmann, -frau, Wehr-, Zivildienst, aus anderen Gründen nicht erwerbstätig, Arbeitslose, Sonstiges

Anhang 68: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Erwerbsarbeit nach Geschlecht und politischer Generation sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
Geschlecht	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Männer							
Wende (16-28)	16	13	50	11	*	29	14
Nach-68er (29-50)	15	14	15	9	6	15	10
Nachkrieg (51-73)	21	19	11	21	13	27	17
Frauen							
Wende (16-28)	22	*	*	16	*	27	16
Nach-68er (29-50)	13	12	18	13	11	19	13
Nachkrieg (51-73)	24	28	21	14	*	29	14

*) Geringe Fallzahlen

Anhang 69: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsgruppen und Berufsprestige sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätige	17	16	17	12	10	22	13
Nichterwerbstätige	25	23	32	28	28	33	28
Erwerbsstatus							
Arbeitslose	25	21	29	34	34	34	33
einfache Arbeiter	34	33	50	18	23	*	26
Facharbeiter	20	21	15	18	12	36	19
einfache Angestellte	10	8	18	12	11	17	12
verantw. Angestellte	14	14	12	7	5	16	8
Beamte	*4	*2	12	*0	*0	*	2
Rentner	26	24	34	36	34	42	34
sonst. Nichterwpers.	20	19	25	15	17	16	15
Berufsprestige							
niedrig	31	30	47	13	13	26	19
	17	17	14	20	17	32	20
	13	12	17	9	6	20	10
hoch	10	10	11	10	8	17	10

*) Geringe Fallzahlen

Anhang 70: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsgruppen und Berufsprestige sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Erwerbstätigkeit			
Erwerbstätige	+42	+60	-23
Nichterwerbstätige	-11	-18	-3
Erwerbsstatus			
Arbeitslose	-26	-38	-15
einfache Arbeiter	+89	+43	b)
Facharbeiter	+11	+75	-58
einfache Angestellte	-17	-27	+6
verantw. Angestellte	+100	+180	-25
Beamte	a)	*	c)
Rentner	-28	-29	-19
sonst. Nichterwpers.	+33	+12	+56
Berufsprestige			
niedrig	+138	+131	+81
	-15	0	-56
	+44	+100	-15
hoch	0	+25	-35

*) Geringe Fallzahlen.

a) Der Anteil dürfte etwa bei +100 Prozent liegen.

b) Der Anteil dürfte wenigstens +100 Prozent betragen.

c) Der Anteil muss extrem hoch liegen.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Lesebeispiel: Der Anteil der Rechtsextremisten an den gewerkschaftlich organisierten Erwerbstätigen liegt im Bundesgebiet um 42 Prozent über dem Anteil der Rechtsextremisten an den unorganisierten Erwerbstätigen. Der Wert liegt über der 20 Prozent-Marge für die Spiegelbildthese und ist daher fett gesetzt.

Anhang 71: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsgruppen und Geschlecht sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Arbeitslose	25	21	29	34	34	34	33
Männer	26	*29	25	32	33	31	32
Frauen	23	*	33	36	40	35	35
einfache Arbeiter	34	33	50	18	23	*	26
Männer	43	42	46	*7	*	*	22
Frauen	18	17	*	40	*	*	33
Facharbeiter	20	21	15	18	12	36	19
Männer	18	18	14	19	14	34	18
Frauen	45	58	22	*15	*	44	21
einfache Angestellte	10	8	18	12	11	17	12
Männer	12	11	24	10	*9	*16	10
Frauen	8	*6	14	14	13	16	13
verantw. Angestellte	14	14	12	7	5	16	8
Männer	8	7	*8	*3	*	*7	4
Frauen	25	28	13	12	*10	22	15
Beamte	*4	*2	12	*0	*0	*	2
Rentner	26	24	34	36	34	42	34
Männer	26	26	26	32	27	46	30
Frauen	26	19	41	40	41	38	39
sonst. Nichterwpers.	20	19	25	15	17	16	15
Männer	22	22	*0	5	*2	14	6
Frauen	18	16	*	20	22	18	19

*) Geringe Fallzahlen.

Anhang 72: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsgruppen und Geschlecht sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (Zur Orientierung der Anteil der Erwerbsgruppen am Rechtsextremismuspotenzial der Gewerkschaften in West- und Ostdeutschland)					
	BRD	West	Ost	Anteil W	Anteil O
Arbeitslose	-26	-38	-15	3	15
Männer	-19	*-12	-19		
Frauen	-36	*	-6		
einfache Arbeiter	+89	+43	d)	18	10
Männer	*+514	b)	*		
Frauen	-55	*	*		
Facharbeiter	+11	+75	-58	25	18
Männer	-5	+29	-59		
Frauen	*+200	c)	-50		
einfache Angestellte	-17	-27	+6	6	11
Männer	+20	*+22	*+50		
Frauen	-43	*-54	-13		
verantw. Angestellte	+100	+180	-25	12	7
Männer	*+167	*	*+14		
Frauen	+108	*+180	-41		
Beamte	a)	*	e)	1	3
Rentner	-28	-29	-19	28	34
Männer	-19	-4	-43		
Frauen	-35	-54	+8		
sonst. Nichterwpers.	+33	+12	+56	7	2
Männer	+340	*+1000	*		
Frauen	-10	-27	*		

*) Geringe Fallzahlen.

a) Der Anteil dürfte etwa bei +100 Prozent liegen.

b) Der Anteil muss extrem hoch liegen.

c) Der Anteil muss mindestens genau so hoch sein, wie für die BRD.

d) Der Anteil dürfte wenigstens +100 Prozent betragen.

e) Der Anteil muss extrem hoch liegen.

Fettsatz: hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Lesebeispiel: Der Anteil der Rechtsextremisten an den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen liegt im Bundesgebiet um 26 Prozent unter dem Anteil der Rechtsextremisten an den unorganisierten Arbeitslosen. Der Wert liegt über der 20 Prozent-Marge für die Spiegelbildthese und ist daher fett gesetzt.

Anhang 73: Die spezielle Spiegelbildthese in Bezug auf Erwerbsgruppen und Geschlecht nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Arbeitslose	Org-	Org-	Spb
Männer	Spb	Spb	Spb
Frauen	Org-	?	Spb
einfache Arbeiter	*Org+	Org+	*Org+
Männer	*Org+	*Org+	?
Frauen	*Org-	?	?
Facharbeiter	Spb	*Org+	*Org-
Männer	Spb	Org+	*Org-
Frauen	*Org+	*Org+	*Org-
einfache Angestellte	Spb	Org-	Spb
Männer	Spb	Spb/Org+(?)	*Org+
Frauen	Org-	*Org-	Spb
verantwort. Angestellte	*Org+	*Org+	Org-
Männer	*Org+	?	Spb
Frauen	*Org+	*Org+	Org-
Beamte	*Org+	?	*Org+
Rentner	Org-	Org-	Spb
Männer	Spb	Spb	Org-
Frauen	Org-	*Org-	Spb
sonst. Nichterwpers.	Org+	Spb	*Org+
Männer	*Org+	*Org+	?
Frauen	Spb	Org-	?

Org+ Die Gewerkschaftsmitglieder übertreffen den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Org- Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Spb Es gilt die Spiegelbildthese.

? Keine Angabe möglich.

* Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Immunsierungsthese**.

Die Gewerkschaftsmitglieder überschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Anziehungsthese**.

Anhang 74: Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Bildung, Schicht und Geschlecht sowie nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Bildung							
niedrig	25	24	39	32	30	46	31
Männer	25	24	33	25	22	45	25
Frauen	26	23	45	39	38	48	38
mittel	12	8	17	15	11	25	15
Männer	10	7	15	14	9	26	13
Frauen	14	9	20	16	12	25	16
hoch	3	*3	*5	5	4	6	4
Männer	5	*	*	4	*	*	4
Frauen	3	*	*	5	*	*	4
obj. Schichtzuordnung							
Unterschicht	28	25	40	33	31	41	32
Männer	34	33	35	30	25	44	31
Frauen	24	18	43	35	34	37	34
Mittelschicht	19	19	15	13	10	25	14
Männer	19	19	14	12	10	22	14
Frauen	18	19	17	15	10	28	15
Oberschicht	6	5	8	8	7	12	8
Männer	6	5	9	9	7	15	9
Frauen	6	6	6	7	6	8	7

*) Geringe Fallzahlen.

Anhang 75: Prozentuale Abweichung des Anteils von Rechtsextremisten an Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Bildung und Schicht sowie nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Bildung			
niedrig	-22	-20	-15
Männer	0	+9	-27
Frauen	-33	-39	-6
mittel	-20	-27	-32
Männer	-29	-22	-42
Frauen	-13	-25	-20
hoch	-40	*-25	-17
Männer	+25	*	*
Frauen	-40	*	*
obj. Schichtzuordnung			
Unterschicht	-15	-19	-2
Männer	+13	+32	-20
Frauen	-31	-47	+16
Mittelschicht	+46	+90	-40
Männer	+58	+90	-36
Frauen	+20	+90	-39
Oberschicht	-25	-29	-33
Männer	-33	-29	-40
Frauen	-14	0	-25

*) Geringe Fallzahlen.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Lesbeispiel: Der Anteil der Rechtsextremisten an den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern mit niedriger Bildung ist genauso groß wie der Anteil der Rechtsextremisten an den männlichen Unorganisierten.

Anhang 76: Die spezielle Spiegelbildthese in Bezug auf Bildung, Schicht und Geschlecht nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
Bildung			
niedrig	Org-	Spb	Spb
Männer	Spb	Spb	Org-
Frauen	Org-	Org-	Spb
mittel	Spb	Org-	Org-
Männer	Org-	Org-	Org-
Frauen	Spb	Org-	Spb
hoch	Org-	Org-	Spb
Männer	Org+	?	?
Frauen	Org-	?	?
obj. Schichtzuordnung			
Unterschicht	Spb	Spb	Spb
Männer	Spb	Org+	Spb
Frauen	Org-	Org-	Spb
Mittelschicht	Org+	*Org+	Org-
Männer	*Org+	*Org+	Org-
Frauen	Spb	*Org+	Org-
Oberschicht	Org-	Org-	Org-
Männer	Org-	Org-	Org-
Frauen	Spb	Spb	Org-

- Org+ Die Gewerkschaftsmitglieder übertreffen den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.
- Org- Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.
- Spb Es gilt die Spiegelbildthese.
- ? Keine Angabe möglich.
- + Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Immunisthese**.
- * Die Gewerkschaftsmitglieder überschreiten den entsprechenden Prozentwert der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent. Hier gilt in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen die **Anziehungsthese**.

Anhang 77: Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Skalenmittelwerte

genannte Schlüsselbegriffe	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
0 - 2	30	32	21	31	33	22	31
3 - 4	33	32	38	33	33	33	33
5 - 6	28	27	29	26	25	30	26
7 - 9	9	9	12	10	9	15	10
ASKOPOT	21	20	26	21	19	26	21
Mittel ASKO	3,7	3,7	4,1	3,7	3,6	4,2	3,7

ASKOPOT: ASKO-Potenzial: Werte 6 bis 9.
Mittel: arithmetisches Mittel der ASKO-Skala.

Anhang 78: Leistungsorientierung bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

LEISTK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	38	38	36	38	39	33	38
mittel	43	43	42	43	44	41	43
stark	19	19	22	19	17	26	19
Mittel LEIST	28,0	28,0	28,3	28,0	27,8	29,0	28,0

schwach: 0-2 Statements befürwortet.
mittel: 3-4 Statements befürwortet.
stark: 5 Statements befürwortet.
Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Leistungsorientierung".

Anhang 79: Politische Apathie bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

POLAPA	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
überhaupt nicht	12	12	13	13	14	13	13
wenig	26	27	25	25	25	22	25
mittel	48	48	45	43	43	43	44
stark	11	10	13	14	13	16	13
sehr stark	3	3	4	5	5	6	5

Anhang 80: Subjektives politisches Kompetenzgefühl bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
EFFIINTK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	20	20	22	21	22	19	21
schwach	34	33	34	38	37	39	37
mittel	30	29	34	27	26	30	27
stark	16	18	10	14	15	12	15
Mittel EFFIINT	12,7	12,8	12,3	12,2	12,2	12,2	12,3

kein: kein Statement befürwortet.

schwach: 1 Statement befürwortet.

mittel: 2 Statements befürwortet.

stark: 3 Statements befürwortet.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "subjektives politisches Kompetenzgefühl".

Anhang 81: Subjektives politisches Responsivitätsgefühl bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
EFFIEXTK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	55	56	54	57	58	53	57
schwach	33	33	34	30	29	34	31
mittel	10	9	11	11	11	11	10
stark	2	2	1	2	2	2	2
Mittel EFFIEXT	8,6	8,7	8,4	8,6	8,6	8,7	8,6

kein: kein Statement befürwortet.

schwach: 1 Statement befürwortet.

mittel: 2 Statements befürwortet.

stark: 3 Statements befürwortet.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "subjektives politisches Responsivitätsgefühl".

Anhang 82: Zur Konstruktion und Validierung des Modells "Grundlegende politische Wertorientierungen"

Zunächst wurden für jede Batterie die Variablen soziale Gerechtigkeit, Libertarismus, Marktfreiheit und Autoritarismus gebildet. Wer beispielsweise bei der ersten Batterie "Ausbau der sozialen Sicherungssysteme" an erster Stelle genannt hat, erhielt für die Variable soziale Gerechtigkeit vier Punkte, wer dieses an zweiter Stelle genannt hat, bekam drei Punkte usw. Wer das Ranking nicht vollständig vorgenommen hat, wurde mit einer Null vercodet. Schließlich waren jeweils drei Variablen für soziale Gerechtigkeit, Libertarismus, Marktfreiheit und Autoritarismus vorhanden. Die Messergebnisse der drei Variablen, die für ein und denselben Grundwert stehen, wurden sodann addiert, so dass schließlich für jeden Grundwert nur noch eine Variable existiert. Da für jede einzelne Variable neben einer Null wenigstens ein Punkt, maximal vier Punkte vergeben wurden, reichen die Ausprägungen der Variablen von Null bis Zwölf. Damit stehen also vier Variablen zur Verfügung, die die vier grundlegenden Werte (im Achsenkreuz die Vektoren) bilden:

- **SOZGER:** Grundwert (Vektor) "Soziale Gerechtigkeit";
- **LIB:** Grundwert (Vektor) "Libertarismus";
- **MARKT:** Grundwert (Vektor) "Marktfreiheit";
- **AUT:** Grundwert (Vektor) "Autoritarismus".

Da je zwei Vektoren eine Achse bilden, wurden die Messwerte der Vektoren soziale Gerechtigkeit und Autoritarismus mit -1 multipliziert und sodann die Summen aus soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit sowie aus Libertarismus und Autoritarismus gebildet, um der relativen Bedeutung jedes einzelnen Grundwerts Rechnung zu tragen. Damit stehen zwei weitere Variablen zur Verfügung, die die beiden Achsen des Kreuzes bilden:

- **SOZMARKT** (Achse) Konfliktdimension "Soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit";
- **LIBAUT** (Achse) Konfliktdimension "Libertarismus - Autoritarismus".

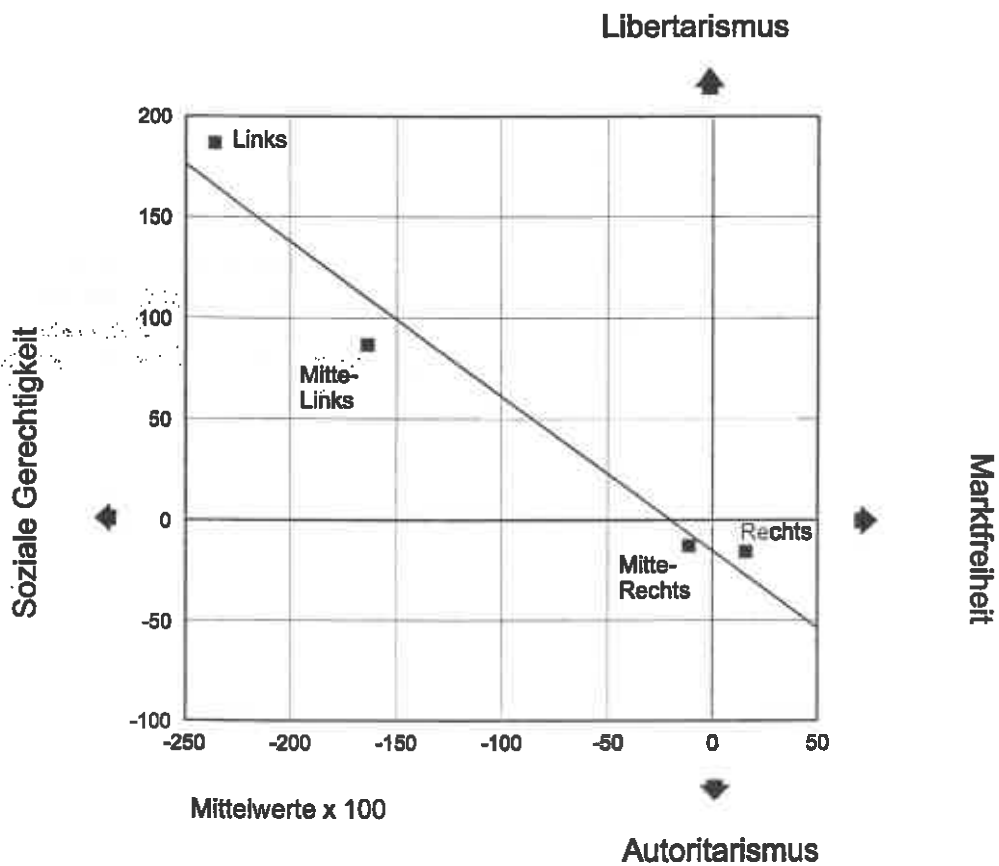
Nun können die Position jedes Befragten im Wertefeld exakt bestimmt und für Gruppen von Befragten Mittelwerte berechnet werden.

Die Validität des Messinstruments hängt zunächst davon ab, ob die beiden Achsen statistisch voneinander unabhängig sind. Diese Bedingung trifft fast, aber nicht vollständig zu. SOZMARKT und LIBAUT korrelieren miteinander, allerdings nur sehr schwach ($r = -0,142$). Bei früheren Projekten hatten wir schon bessere Ergebnisse erzielt. Ferner dürfen die Achsenvariablen nicht dasselbe messen, wie die Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE), vor allem nicht SOZMARKT. SOZMARKT und LIBAUT korrelieren mit LIRE sehr schwach ($r = 0,195$ bzw. $r = -0,183$). Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die ideologische Selbstidentifikation "quer" zum Achsenkreuz liegt: Links bedeutet eine starke Befürwortung von sozialer Gerechtigkeit und zugleich von Libertarismus, Rechts entsprechend von Marktfreiheit und Autoritarismus. (Bemerkenswert: Die Positionen Mitte-Rechts und Rechts liegen im Werteraum sehr eng beieinander.) Die zweite Bedingung ist also fast perfekt erfüllt. Schließlich sollten die vier Grundwerte nicht dasselbe messen, wie politische Orientierungen, die auf Normen bezogene Input-Evaluierungen zielen. Dies trifft im Großen und Ganzen zu, allerdings zeigen sich gelegentlich (sehr) schwache (aber plausible) Zusammenhänge mit Drittvariablen. So korrelieren demokratische Orientierungen sehr schwach mit Libertarismus ($r = 0,112$) und Autoritarismus ($r = -0,193$), und traditionalistischer Sozialismus ist schwach mit sozialer Gerechtigkeit ($r = 0,213$) und Marktfreiheit ($r = -0,254$) - und daher auch mit der Achse SOZMARKT ($r = -0,300$) - assoziiert. Autoritäre Dispositionen (ASKO) hängen nicht mit sozialer Gerechtigkeit oder Marktfreiheit zusammen, wohl aber mit autoritären ($r = 0,275$) und libertären ($r = -0,188$) Wertorientierungen. Leistungsorientierung ist nicht mit den vier Grundwerten assoziiert. Vor allem bei den verschiedenen Unzufriedenhei-

ten sind keine oder kaum Zusammenhänge mit den vier Grundwerten zu erkennen. Insgesamt zeitigt die Validitätsprüfung durchaus befriedigende Ergebnisse.

Wertorientierungen und Links-Rechts-Selbsteinstufung 2003

(mit Trend)



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Anhang 83: Die Befürwortung des Grundwerts Soziale Gerechtigkeit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

SOZGERKU	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
ohne	22	23	16	28	30	22	27
gering	35	35	34	37	37	34	37
mittel/hoch	43	42	50	35	33	44	36
Mittel SOZGER	8,9	8,8	9,3	8,5	8,3	9,0	8,5

ohne: niemals an erster Stelle genannt.
 gering: ein Mal an erster Stelle genannt.
 mittel: zwei Mal an erster Stelle genannt.
 hoch: alle drei Mal an erster Stelle genannt.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Soziale Gerechtigkeit".

Anhang 84: Die Befürwortung des Grundwerts Marktfreiheit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

MARKTKU	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
ohne	56	55	58	46	45	50	47
gering	34	34	35	38	38	39	38
mittel/hoch	10	11	7	16	17	11	15
Mittel MARKT	6,7	6,7	6,6	7,2	7,3	6,9	7,1

ohne: niemals an erster Stelle genannt.
 gering: ein Mal an erster Stelle genannt.
 mittel: zwei Mal an erster Stelle genannt.
 hoch: alle drei Mal an erster Stelle genannt.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Marktfreiheit".

Anhang 85: Die Befürwortung des Grundwerts Libertarismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

LIBKU	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
ohne	54	53	61	58	56	65	57
gering	35	35	33	31	32	29	32
mittel/hoch	11	12	5	11	12	6	11
Mittel LIB	7,2	7,2	6,8	7,1	7,2	6,7	7,1

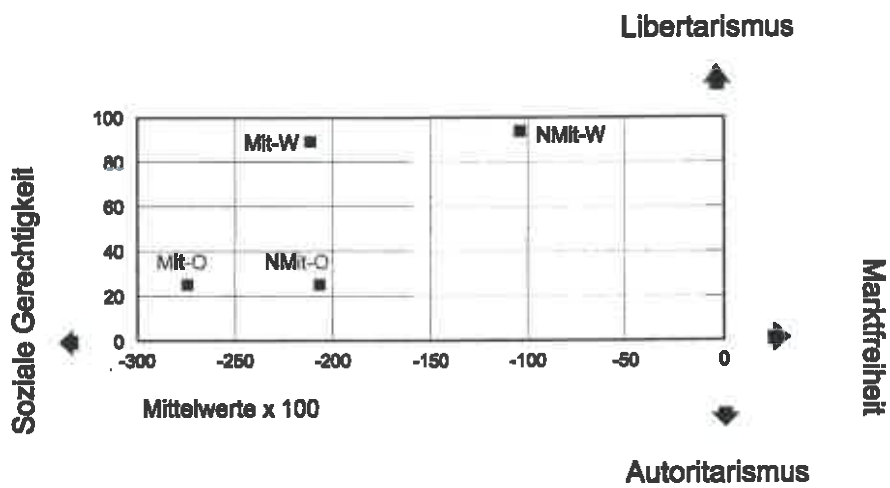
ohne: niemals an erster Stelle genannt.
gering: ein Mal an erster Stelle genannt.
mittel: zwei Mal an erster Stelle genannt.
hoch: alle drei Mal an erster Stelle genannt.
Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Libertarismus".

Anhang 86: Die Befürwortung des Grundwerts Autoritarismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

AUTKU	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
ohne	57	58	54	56	57	54	57
gering	36	35	38	38	38	39	37
mittel/hoch	7	7	8	6	5	7	6
Mittel AUT	6,4	6,3	6,6	6,3	6,2	6,5	6,3

ohne: niemals an erster Stelle genannt.
gering: ein Mal an erster Stelle genannt.
mittel: zwei Mal an erster Stelle genannt.
hoch: alle drei Mal an erster Stelle genannt.
Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Autoritarismus".

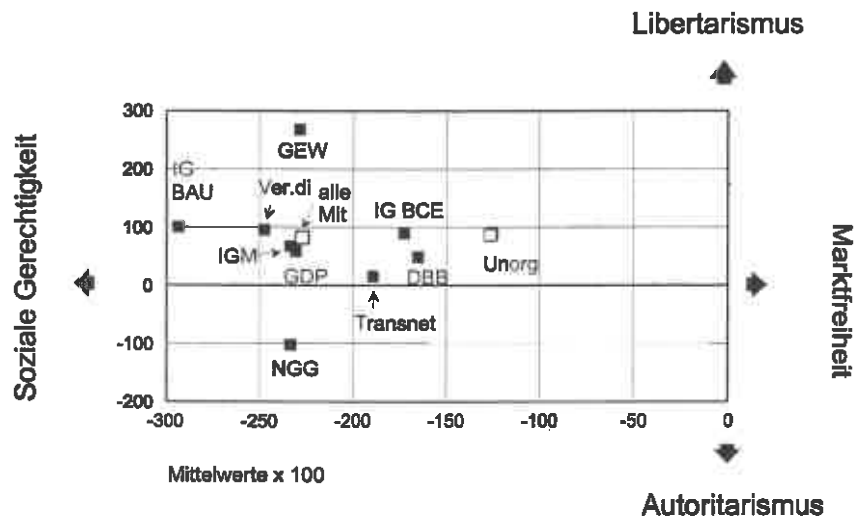
**Anhang 87:
Die Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern
und Nicht-Mitgliedern in West- und Ostdeutschland
2003**



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Anhang 88: Distanzen im Werteraum zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet Deutschland 2003				
	Mitgl. West	Mitgl. Ost	Nicht-Mit. West	Nicht-Mit. Ost
Mitgl. West	0	90	107	64
Mitgl. Ost	90	0	184	66
Nicht-Mit. West	107	184	0	125
Nicht-Mit. Ost	64	66	125	0

**Anhang 89:
 Die Wertorientierungen von Mitgliedern
 einzelner Gewerkschaften in Deutschland 2003**



N=2006; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
 FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Anhang 90: Die Links-Rechts-Selbsteinstufung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Skalenmittelwerte							
LIRE4	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Links	24	22	30	19	17	27	20
Mitte-Links	54	54	55	57	56	58	56
Mitte-Rechts	16	18	11	16	18	11	16
Rechts	6	6	4	8	9	4	8
Mittel LIRE	4,7	4,8	4,4	4,9	5,1	4,4	4,9

Mittel: arithmetisches Mittel der Links-Rechts-Skala (LIRE).

Anhang 91: Demokratiezufriedenheit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
DEMOS	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
Antidemokraten	2	2	3	5	5	5	4
Systemkritische Demokraten	22	19	34	21	17	35	21
Politikkritische Demokraten	38	39	36	33	33	35	34
Zufriedene Demokraten	38	40	27	41	45	25	41

Anhang 92: Demokratische Orientierungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
DEMOKK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	29	30	27	32	31	34	31
mittel	58	56	62	57	57	59	58
stark	13	14	11	11	12	7	11
Mittel DEMOK	33,8	33,8	33,4	33,5	33,7	32,6	33,5

schwach: Befürwortung von 0 bis 3 Statements.

mittel: Befürwortung von 4 bis 5 Statements.

stark: Befürwortung von 6 bis 7 Statements.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "demokratische Orientierungen" (bzw. "Bewertung normativer Demokratiekonzepte").

Anhang 93: Restriktives Demokratieverständnis bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
DEMORK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	12	13	9	12	14	8	12
schwach	32	33	26	29	29	25	29
mittel	36	36	37	37	37	39	37
stark	20	18	28	22	20	28	22
Mittel DEMOR	13,6	13,4	14,4	13,9	13,7	14,7	13,8

kein: kein Statement befürwortet.

schwach: 1 Statement befürwortet.

mittel: 2 Statements befürwortet.

stark: 3 Statements befürwortet.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "restriktives Demokratieverständnis".

Anhang 94: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach traditionalistischem Sozialismus (TRADSOZK) und Globalisierungskritik (SOZGLOK) in Deutschland 2003 (%)					
	Links	Mitte-Links	Mitte-Rechts	Rechts	Alle
TRADSOZK					
kein	29	36	45	30	36
schwach	40	37	31	41	37
mittel	24	22	18	22	21
stark	7	5	6	7	6
SOZGLOK					
kein	5	7	12	7	8
schwach	18	26	26	27	24
mittel	33	34	30	30	33
stark	44	33	32	36	35
Alle	100	100	100	100	100

Anhang 95: Traditionalistischer Sozialismus (TRADSOZK) und Globalisierungskritik (SOZGLOK) nach Links-Rechts-Selbsteinstufung in Deutschland 2003 (%)					
	Links	Mitte-Links	Mitte-Rechts	Rechts	Alle
TRADSOZK					
kein	16	57	20	7	100
schwach	21	57	13	9	100
mittel	22	57	13	8	100
stark	25	49	17	9	100
SOZGLOK					
kein	12	55	26	7	100
schwach	15	59	17	9	100
mittel	20	58	15	7	100
stark	25	52	15	8	100
Alle	20	56	16	8	100

Anhang 96: Traditionalistischer Sozialismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
TRADSOZK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	33	36	20	36	40	21	35
schwach	42	43	36	36	36	37	37
mittel	18	15	31	22	21	28	22
stark	7	6	13	6	3	14	6
Mittel TRADSOZ	10,5	10,2	12,4	10,2	9,7	12,1	10,3

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "traditionalistischer Sozialismus".

Anhang 97: Globalisierungskritik bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
SOZGLOK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	8	9	3	8	8	5	8
schwach	20	20	19	25	27	21	25
mittel	35	34	36	33	33	33	33
stark	37	37	42	34	32	41	34
Mittel SOZGLO	15,6	15,4	16,1	15,1	14,9	16,0	15,2

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Globalisierungskritik".

Anhang 98: Vertrauen in Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
vertraue...	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
überhaupt nicht	2	3	2	13	14	10	11
eher nicht	11	11	6	20	21	17	19
teilweise	41	41	42	44	42	49	43
weitgehend	36	35	39	18	18	19	21
voll und ganz	10	10	11	5	5	5	6

Anhang 99: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
stehen Interessen vollständig entgegen	1	1	1	7	8	6	7
stehen Interessen teilweise entgegen	12	12	9	23	24	18	21
weder noch	9	9	11	21	21	21	19
vertreten Interessen teilweise	57	57	54	42	41	46	44
vertreten Interessen vollständig	21	21	25	7	6	9	9

Anhang 100: Wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
WISOUNZ3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	17	18	12	21	23	12	20
schwach	51	52	47	50	50	50	50
stark	32	30	41	29	27	38	30

kein: keine Bedingung erfüllt.
schwach: 1-2 Bedingungen erfüllt.
stark: 3-5 Bedingungen erfüllt.

Anhang 101: (Relative) Deprivation bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
DEPRI	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	29	31	19	34	37	21	33
schwach	42	43	40	38	38	38	39
stark	29	26	41	28	25	41	28

kein: keine Bedingung erfüllt.
schwach: 1 Bedingung erfüllt.
stark: 2 Bedingungen erfüllt.

Anhang 102: Arbeitsunzufriedenheit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) [nur Berufstätige]							
ARBUNZ3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
niedrig	33	35	23	31	33	25	32
mittel	44	43	50	53	53	53	51
hoch	23	22	27	16	14	22	17

niedrig: Werte 8-13.
mittel: Werte 14-18.
hoch: Werte 19-29.

Anhang 103: Politische Unzufriedenheit bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)							
POLUNZ3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	26	28	18	24	25	18	24
mittel	50	50	51	50	50	52	50
stark	24	22	31	26	25	30	26

Anhang 104: Zur mentalen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
ASKOPOT	0	+5	0
LEISTK (stark)	0	+12	-15
POLAPA (sehr stark)	-40	-60	-50
EFFIINTK (stark)	+14	+20	-20
AUTKU (mittel/hoch)	+17	+40	+14
LIBKU (mittel/hoch)	0	0	-17
SOZGERKU (mitt/hoch)	+23	+27	+14
MARKTKU (mittel/hoch)	-38	-35	-36
RELI4 (links)	+26	+29	+11
DEMOS ^{a)}	-7	-11	+8
DEMOKK (stark)	+18	+17	+57
DEMORK (stark)	-9	-10	0
TRADSOZK (stark)	+17	+100	-7
SOZGLOK (stark)	+9	+16	+2
GEWVER (voll + ganz)	+100	+100	+120
GEWINT (vollständig)	+200	+250	+178
GBSIVK (stark)	+91	+100	+80
GBSGMK (stark)	+15	+11	+13
WISOUNZ3 (stark)	+10	+11	+8
DEPRI (stark)	+4	+4	0
ARBUNZ3 (hoch) ^{b)}	+44	+57	+23
POLUNZ3 (stark)	-8	-12	+7
WISOPOU4 (stark)	-6	0	+5
UNZUFR4 (stark) ^{b)}	+5	0	0
DEMUEB3 (stark)	+19	+23	+27
AUTUEB3 (stark)	-4	0	-6

Prozentuale Abweichungen der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern.
Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

a) Nur zufriedene Demokraten.

b) Nur Berufstätige.

Anhang 105: Zur mentalen Repräsentativität von Gewerkschaftsmitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003			
	BRD	West	Ost
ASKOPOT	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
LEISTK (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
POLAPA (sehr stark)	Org -	Org -	Org -
EFFIINTK (stark)	Spiegelbild	Org +	Org -
AUTKU (mittel/hoch)	Spiegelbild	Org +	Spiegelbild
LIBKU (mittel/hoch)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
SOZGERKU (mitt/hoch)	Org +	Org +	Spiegelbild
MARKTKU (mittel/hoch)	Org -	Org -	Org -
RELI4 (links)	Org +	Org +	Spiegelbild
DEMOS ^{a)}	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
DEMOKK (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Org +
DEMORK (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
TRADSOZK (stark)	Spiegelbild	Org +	Spiegelbild
SOZGLOK (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
GEWVER (voll + ganz)	Org +	Org +	Org +
GEWINT (vollständig)	Org +	Org +	Org +
GBSIVK (stark)	Org +	Org +	Org +
GBSGMK (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
WISOUNZ3 (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
DEPRI (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
ARBUNZ3 (hoch) ^{b)}	Org +	Org +	Org +
POLUNZ3 (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
WISOPOU4 (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
UNZUFR4 (stark) ^{b)}	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild
DEMUEB3 (stark)	Spiegelbild	Org +	Org +
AUTUEB3 (stark)	Spiegelbild	Spiegelbild	Spiegelbild

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

a) Nur zufriedene Demokraten.

b) Nur Berufstätige.

Org + Die Gewerkschaftsmitglieder übertreffen den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Org - Die Gewerkschaftsmitglieder unterschreiten den Prozentwert der Unorganisierten um mehr als 20 Prozent.

Anhang 106: Korrelationen der unabhängigen Variablen mit REXL für alle Befragten, Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder in Deutschland (r x 1000)						
	Alle Befragten		Organisierte		Unorganisierte	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
ASKO	+415		+437		+410	
LEIST	+209		+189		+213	
POLAPA	+284		+308		+285	
EFFIINT		-227		-275		-223
AUT	+344		+251		+361	
LIB		-191		-271		-174
SOZGER	---	---	---	---	---	---
MARKT	---	---	---	---	---	---
RELI		-299		-345		-277
DEMOS		-309		-284		-313
DEMOK		-360		-336		-362
DEMOR	+364		+309		+374	
TRADSOZ	+431		+407		+441	
SOZGLO	+244		+166		+259	
GEWVER	---	---	---	---	---	---
GEWINT	---	---	---	---	---	---
GBSIV		-390		-448		-387
GBSGM	+246		---	---	+283	
WISOUNZ	+268		+280		+266	
DEPRI ^{a)}	+296		+284		+298	
ARBUNZ ^{b)}	+153		---		+181	
POLUNZ	+305		+204		+321	
WISOPOUN ^{c)}	+340		+297		+347	
UNZUFR ^{b) c)}	+342		+285		+364	
DEMUEB ^{c)}		-403		-437		-398
AUTUEB ^{c)}	+534		+477		+544	

— Keine bzw. keine signifikante Korrelation.

a) Auskoppelung aus WISOUNZ.

b) Nur Berufstätige.

c) Kombinierte Variablen (aus mehreren Orientierungen zusammengesetzt).

Anhang 107: Korrelationen von DEMUEB, AUTUEB, TRADSOZ, RELI, GBSIV und REXL mit den sozio-politischen Orientierungen

Korrelationen (r)

	DEMUEB	AUTUEB	TRADSOZ	RELI	GBSIV	REXL
ASKO	-,298	,625	,134	-,170	-,152	,415
LEIST	,043	,106	,090	-,064	-,090	,209
POLAPA	-,363	,144	,219	n.s.	-,066	,284
EFFIINT	,675	-,159	-,153	n.s.	,100	-,227
AUT	-,246	,547	n.s.	-,194	-,152	,344
LIB	,473	-,217	n.s.	,098	,132	-,191
SOZGER	-,098	-,075	,213	,161	,147	n.s.
MARKT	n.s.	-,068	-,254	-,139	-,165	n.s.
RELI	,095	-,181	,065	1,000	,194	-,299
DEMOS	,159	-,043	-,297	n.s.	,066	-,309
DEMOK	,701	-,595	-,140	,091	,151	-,360
DEMOR	-,416	,819	,219	-,068	-,223	,364
TRADSOZ	-,159	,202	1,000	,065	-,107	,431
SOZGLO	,030	,169	,367	,068	-,052	,244
GEWVER	n.s.	-,059	,127	,132	,174	n.s.
GEWINT	n.s.	-,059	,115	,149	,207	n.s.
GBSIV	,188	-,264	-,107	,194	1,000	-,390
GBSGM	-,059	,190	,387	,117	n.s.	,246
WISOUNZ	-,152	,077	,264	-,051	n.s.	,268
DEPRI	-,174	,069	,301	n.s.	n.s.	,296
ARBUNZ	-,090	,091	,265	n.s.	n.s.	,153
POLUNZ	-,118	,098	,280	-,067	-,106	,305
WISOPOUN	-,165	,110	,319	-,071	-,080	,340
UNZUFR	-,172	,125	,346	n.s.	n.s.	,342
DEMUEB	1,000	-,491	-,159	,095	,188	-,403
AUTUEB	-,491	1,000	,202	-,181	-,264	,534

n.s.: nicht signifikant.

Anhang 108: Beta-Werte der linearen Regression von AUTUEB, DEMUEB, TRADSOZ, GBSIV und RELI auf REXL bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet in Deutschland 2003 sowie Determinationskoeffizienten (R^2) für die Untersuchungsgruppen						
	Mitglieder			Nicht-Mitglieder		
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost
AUTUEB	215	237	171	317	308	333
DEMUEB	-171	-176	-161	-141	-157	-112
TRADSOZ	308	306	298	324	342	263
GBSIV	-210	-218	-219	-214	-191	-248
RELI	-219	-188	-256	-194	-205	-142
R^2 (korr.)	461	485	397	504	520	433

Koeffizienten: x 1000; alle Werte sind hoch signifikant.

β misst den standardisierten Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable (hier: REXL). Je größer die Werte, desto größer der Effekt.

R^2 gibt den Anteil der erklärten Streuung an der Gesamtstreuung an. 461 bedeutet, dass die fünf Prädiktoren zusammen 46,1 Prozent der Streuung von REXL erklären.

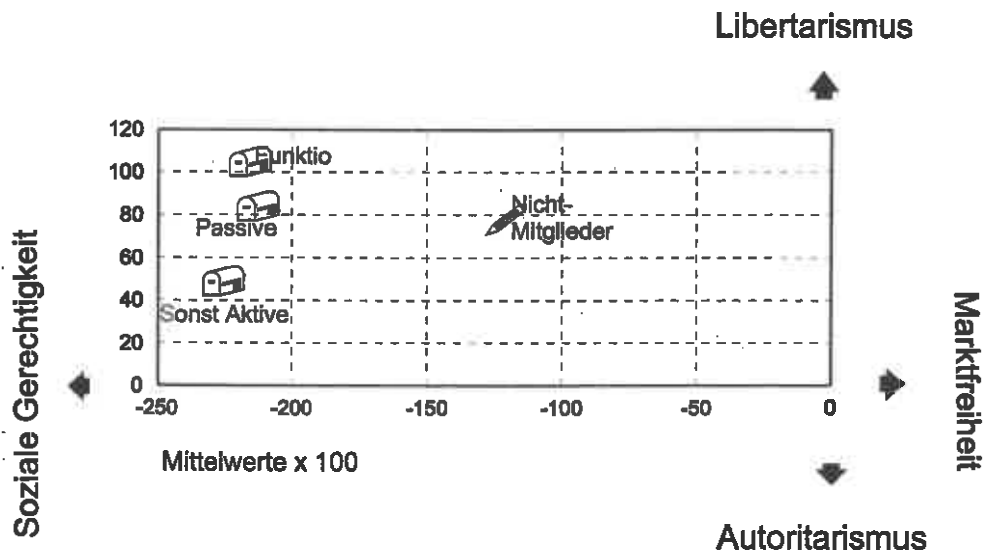
Anhang 109: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)									
	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
stehen Interessen vollständig entgegen	0	1	2	0	1	2	2	1	2
stehen Interessen teilweise entgegen	8	11	12	8	12	12	7	6	10
weder-noch	7	10	9	6	11	8	7	8	12
vertreten Interessen teilweise	54	57	57	56	55	58	47	60	53
vertreten Interessen vollständig	31	21	20	30	21	20	37	25	23

Anhang 110: Vertrauen in Gewerkschaften bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)									
Vertrauen in Gewerkschaften	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
überhaupt nicht	6	3	2	6	3	3	2	0	2
eher nicht	8	10	10	10	12	11	2	5	7
teilweise	32	34	45	33	32	44	28	37	46
weitgehend	36	46	32	36	46	31	45	49	34
voll und ganz	18	7	11	15	7	11	23	9	11

Anhang 111: Gewerkschaftsbindung von gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)									
	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
sehr stark	39	4	3	39	5	3	30	4	3
stark	33	21	9	32	23	9	40	16	11
mittel	23	48	51	24	47	51	27	50	53
schwach	4	19	24	4	17	24	3	23	21
sehr schwach	1	8	13	1	8	13	0	7	12

Funk: Gewerkschaftsfunktionäre.
s Akt: sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder.
Pass: passive Gewerkschaftsmitglieder.

**Anhang 112:
Die Wertorientierungen von Gewerkschaftsfunktionären,
sonstigen aktiven Mitgliedern, passiven Mitgliedern
und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003**



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Anhang 113: Sozio-politische Orientierungen von gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen in Deutschland 2003 (%)				
	Funktionäre	sonst. Aktive	Aktive insges.	Passive
ASKOPOT	11	16	15	24
LEISTK (stark)	24	18	19	20
POLAPA (sehr stark)	*1	2	2	3
EFFIINTK (stark)	22	23	23	11
AUTKU (mittel/hoch)	6	6	6	8
LIBKU (mittel/hoch)	8	10	9	11
SOZGERKU (mittel/hoch)	51	44	46	43
MARKTKU (mittel/hoch)	14	12	12	9
RELI4 (links)	34	29	30	20
DEMOS ^{a)}	39	38	39	38
DEMOKK (stark)	20	16	17	12
DEMORK (stark)	17	20	19	21
TRADSOZK (stark)	5	8	8	7
SOZGLOK (stark)	45	35	38	38
GEWVER (voll + ganz)	18	7	10	11
GEWINT (vollständig)	31	21	24	20
GBSIVK (stark)	40	27	30	18
GBSGMK (stark)	36	24	27	21
WISOUNZ3 (stark)	27	28	28	34
DEPRI (stark) ^{b)}	30	27	28	30
ARBUNZ3 (hoch) ^{c)}	35	24	27	21
POLUNZ3 (stark)	26	26	26	23
WISOPOU4 (stark) ^{d)}	19	15	16	18
UNZUFR4 (stark) ^{c) d)}	27	17	20	19
DEMUEB (stark) ^{d)}	37	31	32	21
AUTUEB (stark) ^{d)}	17	23	22	26

* Geringe Fallzahlen.

a) Nur zufriedene Demokraten.

b) Auskoppelung aus WISOUNZ.

c) Nur Berufstätige.

d) Kombinierte Variablen (aus mehreren Orientierungen zusammengesetzt).

Anhang 114: Zur mentalen Repräsentativität von gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen in Deutschland 2003				
	Funktionäre	Sonst. Aktive	Aktive insges.	Passive
ASKOPOT	-48	-24	-29	+14
LEISTK (stark)	+26	-5	0	+5
POLAPA (sehr stark)	*-80	-60	-60	-40
EFFIINTK (stark)	+57	+64	+64	-21
AUTKU (mittel/hoch)	0	0	0	+33
LIBKU (mittel/hoch)	-27	-9	-18	0
SOZGERKU (mittel/hoch)	+46	+26	+31	+23
MARKTKU (mittel/hoch)	-13	-25	-25	-44
RELI4 (links)	+79	+53	+58	+5
DEMOS ^{a)}	-5	-7	-5	-7
DEMOKK (stark)	+82	+45	+55	+9
DEMORK (stark)	-23	-9	-14	-5
TRADSOZK (stark)	-17	+33	+33	+17
SOZGLOK (stark)	+32	+3	+12	+12
GEWVER (voll + ganz)	+260	+40	+100	+120
GEWINT (vollständig)	+343	+200	+243	+186
GBSIVK (stark)	+264	+145	+173	+64
GBSGMK (stark)	+80	+20	+35	+5
WISOUNZ3 (stark)	-7	-3	-3	+17
DEPRI (stark) ^{b)}	+7	-4	0	+7
ARBUNZ3 (hoch) ^{c)}	+119	+50	+69	+31
POLUNZ3 (stark)	0	0	0	-12
WISOPOU4 (stark) ^{d)}	+12	-12	-6	+6
UNZUFR4 (stark) ^{c) d)}	+42	-11	+5	0
DEMUEB (stark) ^{d)}	+76	+48	+52	0
AUTUEB (stark) ^{d)}	-35	-12	-15	0

Prozentuale Abweichungen der einzelnen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern.
Fettsatz: Hier trifft die allgemeine Spiegelbildthese nicht zu.

* Geringe Fallzahlen.

a) Nur zufriedene Demokraten.

b) Auskoppelung aus WISOUNZ.

c) Nur Berufstätige.

d) Kombinierte Variablen (aus mehreren Orientierungen zusammengesetzt).

Anhang 115: Korrelationen der unabhängigen Variablen mit REXL für gewerkschaftliche Mitgliedergruppen in Deutschland (r x 1000)						
	Funktionäre		sonstige Aktive		Passive	
	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ
ASKO	+310		+459		+433	
LEIST	---	---	---	---	+249	
POLAPA	---	---	+331		+276	
EFFIINT		-269		-304		-229
AUT	---	---	+281		+250	
LIB		-408		-202		-297
SOZGER	---	---	---	---	---	---
MARKT	---	---	---	---	---	---
RELI		-361		-314		-336
DEMOS		-314		-241		-289
DEMOK		-513		-245		-328
DEMOR	+500		+314		+276	
TRADSOZ	+372		+399		+429	
SOZGLO	---	---	---	---	+189	
GEWVER	---	---	---	---	---	---
GEWINT	---	---	---	---	---	---
GBSIV		-620		-338		-449
GBSGM	---	---	---	---	+123	
WISOUNZ	+330		+256		+280	
DEPRI ^{a)}	+332		+295		+276	
ARBUNZ ^{b)}	---	---	---	---	---	---
POLUNZ	+370		+138		+195	
WISOPOUN ^{c)}	+404		+240		+293	
UNZUFR ^{b) c)}	+369		+216		+281	
DEMUEB ^{c)}		-538		-390		-418
AUTUEB ^{c)}	+521		+483		+463	

--- Keine bzw. keine signifikante Korrelation.

a) Auskoppelung aus WISOUNZ.

b) Nur Berufstätige.

c) Kombinierte Variablen (aus mehreren Orientierungen zusammengesetzt).

Anhang 116: Die Wahlbereitschaft von gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen zu Gunsten von DVU, NPD und REP nach Gebiet in Deutschland 2003 (%)

	BRD			West			Ost		
	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass	Funk	s Akt	Pass
ja	11	7	11	12	7	11	9	8	9
nein	84	92	88	82	92	87	91	92	90
weiß nicht, k. Antw.	5	1	1	6	1	2	0	0	1

Funk: Gewerkschaftsfunktionäre.
s Akt: sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder.
Pass: passive Gewerkschaftsmitglieder.

Anhang 117: Demokratische Überzeugungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

DEMUEB3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
schwach	28	30	30	39	36	40
mittel	35	39	38	40	39	39
stark	37	31	32	21	25	21
Mittel	7,4	7,1	7,2	6,4	6,7	6,4

schwach: Werte 1 bis 5.
mittel: Werte 6 bis 8.
stark: Werte 9 bis 13.
Mittel: arithmetisches Mittel des Index "demokratische Überzeugungen".

Anhang 118: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern bei demokratischen Überzeugungen in Deutschland 2003

DEMUEB3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt
schwach	-30	-25	-25	-3	-10
mittel	-10	0	-3	+3	0
stark	+76	+48	+52	0	+19

Anhang 119: Autoritäre Überzeugungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte						
AUTUEB3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
schwach	37	28	30	26	27	26
mittel	46	49	48	48	48	48
stark	17	23	22	26	25	26
Mittel	17,3	18,5	18,2	19,0	18,7	19,0

schwach: Werte 1 bis 15.
 mittel: Werte 16 bis 22.
 stark: Werte 23 bis 34.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "autoritäre Überzeugungen".

Anhang 120: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern bei autoritären Überzeugungen in Deutschland 2003					
AUTUEB3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt
schwach	+42	+8	+15	0	+4
mittel	-4	+2	0	0	0
stark	-35	-12	-15	0	-4

Anhang 121: Der Primat von autoritären bzw. demokratischen Überzeugungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%)						
	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
PRIAUT	22	27	26	34	31	35
PRIDEM	32	25	26	21	23	22
MIX	46	48	48	45	46	43

Anhang 122: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern beim Primat von autoritären bzw. demokratischen Überzeugungen in Deutschland 2003					
	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt
PRIAUT	-37	-23	-26	-3	-11
PRIDEM	+45	+14	+18	-5	+5
MIX	+7	+12	+12	+5	+7

Anhang 123: Partizipatorische Orientierungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte

PARTOR3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
schwach	31	32	31	42	38	47
mittel	27	33	32	39	37	37
stark	42	35	37	19	25	16
Mittel	7,0	6,6	6,7	5,9	6,2	5,7

schwach: Werte 1 bis 5.

mittel: Werte 6 bis 7.

stark: Werte 8 bis 10.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "partizipatorische Orientierungen".

Anhang 124: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern bei partizipatorischen Orientierungen in Deutschland 2003

PARTOR3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt
schwach	-34	-32	-34	-11	-19
mittel	-27	-11	-14	+5	0
stark	+163	+119	+131	+19	+56

Anhang 125: Systemkritische Orientierungen bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und bei Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte						
SYKROR3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt	Nicht-Mitglieder
schwach	27	27	27	30	29	34
mittel	38	42	41	36	37	35
stark	35	31	32	34	34	31
Mittel	7,4	7,2	7,2	7,2	7,2	6,9

schwach: Werte 1 bis 5.
 mittel: Werte 6 bis 8.
 stark: Werte 9 bis 13.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "systemkritische Orientierungen".

Anhang 126: Prozentuale Abweichungen der gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern bei systemkritischen Orientierungen in Deutschland 2003					
SYKROR3	Funktionäre	sonstige Aktive	alle Aktiven	Passive	Mitglieder insgesamt
schwach	-21	-21	-21	-12	-15
mittel	+9	+20	+17	+3	+6
stark	+13	0	+3	+10	+10

Anhang 127: Zum Frageleitfaden für die Gruppendiskussion

Inhaltliches Ziel ist die Erhebung von Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern, die Andock- oder Abwehrmomente für bzw. gegen rechtsextremistische Einstellungen bieten. Formales Ziel sollte es sein, "Gruppenmeinungen" zu erheben, nicht nur kollektive Interviews zu führen. Erwartet wird, dass im Gruppendiskussionsprozess "gemeinsame biografische und kollektivbiografische Erfahrungen" (Schäffer 2003⁶, 76) hervorkommen. Das klassische Modell würde fordern, "alle Anstrengungen darauf zu richten, dass sich zunächst ein sog. selbstläufiger Diskurs entwickelt, d.h. einer, in dem die Gruppe sich ihres Relevanzsystems (und d.h. ihrer kollektiven Erfahrungen) in Erzählungen und Beschreibungen versichert und nicht die Relevanzen des/der Interviewenden bearbeitet. Erst im späteren Nachfrageteil sollten zunächst immanente Nachfragen gestellt werden und erst zum Schluss der Diskussion solche exmanenten Charakters ..." (ebda.).

Nach ExpertInnen-Meinungen (z.B. Hafener, Birs) führt dieses klassische Verfahren häufig nicht zum Ziel, weil der selbstläufige Diskurs nicht in Gang kommt oder aber in eine vom Forschungsthema ablenkende Richtung führt. Ob diese unerwünschte Entwicklung eintritt, hängt von vielen situativen Faktoren ab, die nur teilweise durch die Forscher beeinflussbar sind. Denkbar ist, dass in unserem Falle die selbstläufige Herausbildung einer Gruppenmeinung unterbleibt, weil die Gruppe sich nicht als Gruppe mit bestimmten Gemeinsamkeiten empfindet oder weil das Thema - politische Einstellungen im Bereich von Gewerkschaften und Rechtsextremismus - nicht von selbst einen Bezug zur Erfahrungswelt der Gruppenmitglieder aufweist. Deshalb sollten wir von vornherein auf diese Möglichkeit eingestellt sein und zweigleisig fahren:

1. Generelle Impulse geben in der Hoffnung, dass die Diskussion läuft.
2. Zu jedem Impuls eine Nachfragen-Batterie haben, über deren Einbringung wir situativ entscheiden.

Einführung

Kurze persönliche Vorstellung der Teilnehmenden:

Alter, Wohn-/ Arbeitsort, Beruf, Betrieb, Betriebsgröße, Branche, Organisationsgrad im Betrieb, Aktivität in Gewerkschaft

6 Burkhard Schäffer: Gruppendiskussion, in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael: Hauptbegriffe. Qualitative Sozialforschung. Ein Wörterbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003, S. 75-80.

Kurze Vorstellung des Projekts und des Zwecks der Gruppendiskussion:

Wir kommen von einem Forschungsprojekt, das von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB und von der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall gefördert wird. Es befasst sich mit politischen Einstellungen, vor allem zum Thema Gewerkschaften und zum Thema Rechtsextremismus. Dazu haben wir in einer Umfrage 2000 Gewerkschaftsmitglieder und 2000 Nicht-Mitglieder in Ost- und Westdeutschland befragt. Wir sind mit der Auswertung noch nicht fertig, aber wir wissen schon jetzt, dass wir die erhobenen Daten besser verstehen können, wenn wir dazu auch die Meinung von Gewerkschaftsmitgliedern in Gruppendiskussionen erheben. Denn bei der Umfrage werden nur vorgegebene Fragen mit vorgegebenen Antworten abgefragt, und das in willkürlicher Reihenfolge. Wie da die eine Antwort mit der anderen Antwort gedanklich zusammenhängt, das bekommen wir mit der Umfrage nicht heraus. Außerdem saßen die Befragten bei der Umfrage allein vor dem Telefon. Sie konnten sich nicht mit Kolleginnen und Kollegen austauschen und beraten. Die Vorteile unserer Gruppendiskussion sind nun, dass Sie zu den Fragen miteinander ins Gespräch kommen können und dass Sie uns den gedanklichen Zusammenhang von Einstellungen verdeutlichen können. Wir wollen vor allem Ihre Meinungen zu den Ergebnissen hören – manche davon sind für uns gut nachvollziehbar, andere haben uns verblüfft. Bei Interesse Ihrerseits geben wir nach Abschluss der Diskussion gerne noch weitere Informationen zu unseren bisherigen Ergebnissen. Ihre Gesprächsbeiträge werden bei der Auswertung natürlich anonymisiert. Für eine genaue Auswertung ist die Tonaufnahme unserer Gruppendiskussion notwendig.

Zum Verfahren der Gruppendiskussion:

Die eigentlichen Teilnehmenden an der Diskussion sind Sie. Wir beschränken uns auf die Moderation und die inhaltliche Schwerpunktsetzung. Die Schwerpunkte leiten wir ein mit Fragen an Sie. Dabei fragen wir immer nach Ihren persönlichen Meinungen und Erfahrungen. Wir finden es aber auch spannend, wenn Sie etwas darüber sagen, inwieweit Ihre Meinungen von Ihren Kolleginnen und Kollegen geteilt werden. Und wir erwarten auch überhaupt nicht, dass Sie sich hier auf bestimmte Meinungen untereinander einigen. Im Gegenteil, wenn Sie Meinungsunterschiede haben, dann bitten wir Sie auch, diese zur Sprache zu bringen. Je nach Diskussionsverlauf werden wir auch Nachfragen zu den inhaltlichen Schwerpunkten an Sie haben.

Rollenverteilung zwischen den zwei Projektmitgliedern:

Wir beide werden in der Diskussion unterschiedliche Rollen haben. XX ist für die Tonaufnahme und für das Protokoll der Diskussion verantwortlich. Das Protokoll erleichtert im Nachhinein die Auswertung der Tonaufnahme und ist gleichzeitig ein Notbehelf, wenn irgendetwas mit der Technik schief gehen sollte. YY moderiert die Diskussion. XX darf ihn bei Bedarf unterstützen.

Gesprächsregeln:

Für einen guten Verlauf der Diskussion ist die Einhaltung bestimmter Diskussionsregeln notwendig: Es sollte möglichst nur jeweils eine Person sprechen. Die Sprechenden sollten zu Beginn ihres Beitrages ihren Vornamen nennen. Ein Beitrag sollte nicht länger als zwei Minuten dauern. Und die ersten beiden Beiträge zu einem neuen inhaltlichen Schwerpunkt sollten jeweils von unterschiedlichen Personen geleistet werden. Beispielsweise sagen nach unserer ersten Frage zum ersten Schwerpunkt AA und BB etwas und bei unserer ersten Frage zum zweiten Schwerpunkt CC und DD.

1. Unsere Befragung zeigt, dass es bei Gewerkschaftsmitgliedern genau so viel rechtsextreme Einstellungen gibt wie bei Nicht-Mitgliedern. Überrascht Sie das, oder stimmt das mit Ihren eigenen Beobachtungen überein?

Erläuterung und indirekte Nachfrage zum ersten Impuls:

Wir haben Rechtsextremismus gemessen mit Stellungnahmen zu Aussagen in sechs Bereichen:

- rechtsautoritäre politische Herrschaft, z.B.: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
- übersteigter Nationalismus, z.B.: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“
- Verharmlosung des Faschismus, z.B.: „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“
- Fremdenfeindlichkeit, z.B.: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.“
- Antisemitismus, z.B.: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“
- ungleicher Wert von Menschen, z.B.: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“

2. Ein wichtiger Ausgangspunkt des Projektes besteht in der Beobachtung, dass noch vor gut 25 Jahren Gewerkschafter im Vergleich zu Unorganisierten weniger rechtsextreme Einstellungen hatten. Was hat sich, Ihrer Meinung nach, seitdem geändert, was diese Entwicklung erklären könnte?

3. Wenn man für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt, ist es dann auch folgerichtig, dass man zugleich für mehr Demokratie eintritt?

Nachfragen zum dritten Impuls

- Wir sind überrascht, dass die Befürwortung sozialer Gerechtigkeit häufig nicht mit der Befürwortung von Demokratie zusammenhängt, sondern eher einhergeht mit der Befürwortung eines autoritären Staates. Wie sehen Sie das?

4. In unserer Befragung haben wir einen Zusammenhang zwischen traditionellen sozialistischen Vorstellungen und rechtsextremen Einstellungen ermittelt. Wir haben diesen Zusammenhang festgestellt, und zwar bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern, im Osten wie im Westen. Das hätten wir so nicht erwartet, weil vor 25 Jahren Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu Unorganisierten weniger rechtsextreme Einstellungen hatten und weil in der Gründungsphase die DGB-Gewerkschaften sozialistische Forderungen aufgestellt hatten.

- Können Sie uns bei der Erklärung helfen?

Erläuterung und indirekte Nachfrage zum vierten Impuls:

Wir haben traditionelle sozialistische Vorstellungen gemessen mit Stellungnahmen zu drei Aussagen:

- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- In Deutschland bestehen noch die alten Gegensätze zwischen besitzender und arbeitender Klasse.

5. Kann man zugleich Gewerkschafter und beispielsweise der Meinung sein, dass es zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen? Sehen Sie da einen Widerspruch?

Nachfragen zum fünften Impuls:

Verhältnis zu Ausländern

- [Wenn nur "political correctness" geäußert wird:] Wir erklären Sie, dass xy % der Gewerkschaftsmitglieder der Meinung xy zustimmen? Sind die alle blöd und verblendet?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Ausländern?

6. Was erwarten Sie von den Gewerkschaften? Wozu sind sie eigentlich da?

Nachfragen zum sechsten Impuls:

Gesellschaftliches Gegengewicht und/oder konfliktbereite Interessenvertretung

- Sind die Gewerkschaften heute machtlos, bieten sie noch genügend Schutz?
- Sollten die Gewerkschaften eher ein Gegengewicht in der Gesellschaft insgesamt bilden oder eher konfliktbereit Arbeitnehmerinteressen im Betrieb vertreten?
- Wie weit geht heute Solidarität in der Belegschaft?

Standort Deutschland

- Sollten Gewerkschaften stärker Bündnisse mit Regierung und Unternehmern zur Verbesserung der Position der deutschen Wirtschaft im globalen Konkurrenzkampf schließen?
- Gibt es so etwas wie eine internationale Gewerkschaftsbewegung?

Nationalstaat und Globalisierung

- Können die sozialen Standards in Deutschland bei weiterhin zunehmenden weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen im Großen und Ganzen durch den Nationalstaat gesichert werden?

7. Was können, Ihrer Meinung nach, die Gewerkschaften als Organisation und Sie als Mitglieder gegen Rechtsextremismus in den Gewerkschaften tun?

Anhang 128: Kategorienschema. Projekt Gruppengespräche

- 1 Ausführungen zu/Thema Rechtsextremismus**
- 1.1 Rechtsextreme: Personen und Einstellungen allg.**
- 1.1.1 Rex unter Gewerkschaftern und Unorganisierten: heute spezielles Spiegelbild**
- 1.1.1.1 Bestätigung/nicht überrascht spez. Spiegelbild**
- 1.1.1.2 Ablehnung/überrascht spezielles Spiegelbild**
- 1.1.2 Rex unter Gewerkschaftern und Unorganisierten- Vergleich: früher kein spezielles Spiegelbild – heute spezielles Spiegelbild**
- 1.1.2.1 Zustimmung, Akzeptanz der Vergleichs-These**
- 1.1.3 Rechtsextreme in Gewerkschaften**
- 1.1.3.1 Rechtsextreme suchen Gewerkschaftsschutz**
- 1.1.3.2 Rechtsextreme unterwandern Gewerkschaften**
- 1.1.4 Rechtsextreme im Betrieb/Arbeitsbereich**
- 1.1.4.1 Ursachen für REX sind außerhalb des Betriebs**
- 1.1.4.2 Rechtsextreme unter ausländischen Kollegen**
- 1.2 Fremdenfeindlichkeit**
- 1.2.1 Ängste vor Zuwanderung (aufgrund Medienberichterstattung)**
- 1.2.2 Konflikte zwischen Einheimischen und Zuwanderern: Arbeitsplätze u.a.**
- 1.2.3 Konflikte zwischen Zugewanderten**
- 1.2.3.1 Konflikte zwischen langansässigen Ausländern und neuen Zuwanderern aus dem Osten aufgrund von Arbeitsplatzangst: Ostdeutsche, Russlanddeutsche, Weißrussen**
- 1.2.4 (bestimmte) Ausländer sind (manchmal auch) aggressiv, Integrationsunwillig etc.**
- 1.2.5 Differenzierung Etablierte-Außenseiter/Fremde(s) zusätzlich zu/ statt Deutsche-Ausländer**
- 1.3 Sozialdarwinismus**
- 1.3.1 Starke gegen Schwache (z.B. im Betrieb bei Arbeitsplatzangst: Mobbing, Ellenbogen gegen Ausländer, schwache Deutsche, Ältere; in Gesellschaft: gegen Arbeitslose)**
- 1.3.2 Ellenbogengesellschaft/Ich-Denken**
- 1.4 Demokratiegefährdung**
- 1.4.1 (Folgebereitschaft bei) starkem Führer/Staat**
- 1.4.1.1 Suche nach starkem Führer/starkem Staat (aufgrund von Ohnmachtserfahrungen)**
- 1.4.1.2 Neigung zur Folgebereitschaft gegenüber einem starken Führer aufgrund deutscher Mentalität**
- 1.4.2 (zu große) Mängel der Politik in Demokratie**
- 1.5 Nationalismus/Chauvinismus**
- 1.5.1 Deutsche verhalten sich nationalistisch/nationalegoistisch/Deutsche zuerst**
- 1.5.2 Nationale Gefühle sind normal**
- 1.5.3 Deutsche fühlen sich gefährdet, nicht anerkannt**

- 1.6 Deutsche Geschichte/Nationalsozialismus
 - 1.6.1 Deutsche Geschichte („Die Deutschen sind halt..“)
 - 1.6.2 Dt. Schuldgefühle/„Krieg ist vorbei“/Schlussstrich
 - 1.6.3 Gute Seiten des, Verharmlosung von NS
- 1.7 Antisemitismus
 - 1.7.1 Antisemitismus wegen Politik Israels
 - 1.7.2 Antisemitismus, weil Juden Holocaust ausnutzen (z.B. Geldzahlungen)
- 1.8 Verständnis/Verstehen von Rechtsextremismus
 - 1.8.1 Sechs Dimensionen von Rechtsextremismus
 - 1.8.2 Fünf antisemitische Meinungen
- 2 Anknüpfungspunkte pro/contra Rechtsextreme**
 - 2.1 Ansätze (von Gew.) gegen REX (in Gew.)
 - 2.1.1 Sensibilität für rechtsextreme Inhalte und Formen (fördern durch Aufklärung, Diskussion, Schulung)
 - 2.1.2 Auftreten, Verhaltenssicherheit gegen REX: bewusst machen, nicht schweigen, einschreiten
 - 2.1.3 Disziplinierung in, Entlassung aus Betrieb
 - 2.1.4 Disziplinierung in, Ausschluss aus Gewerkschaft
 - 2.1.5 Zs.arbeit von Einheimischen, Ausländern, Zugewanderten im Betrieb
 - 2.1.6 Größere soziale Nähe von Einheimischen und Zugewanderten durch Betriebsfeste u.ä.
 - 2.1.7 Mitglieder/Kollegen für gewerkschaftliche Positionen interessieren (auch formal durch richtige Ansprache z.B.: Broschüren auf türkisch u.ä.)
 - 2.1.8 Schwarzarbeit bekämpfen
 - 2.2 Soziale Gerechtigkeit: Zusammenhang mit Demokratie
 - 2.2.1 Zusammenhang von Soziale Gerechtigkeit und Demokratie: kein bewusstes Thema
 - 2.2.1.1 Soz. Gerechtigkeit u. Demokratie gehören zusammen
 - 2.2.1.2 Nicht Zusammenhang von Soziale Gerechtigkeit und Demokratie (momentan in D.)
 - 2.2.2 Soziale Gerechtigkeit/Gleichheit: Begriff
 - 2.2.3 "Die da oben", Geld regiert
 - 2.2.4 Soziale Schichtung (oben/unten) (ist ungerecht)
 - 2.2.5 Umverteilung von Einkommen, Vermögen
 - 2.2.6 (Fehlende) Chancengleichheit (im Bildungssystem)
 - 2.2.7 Kritik an Regierungs- bzw. Oppositionspolitik als sozial ungerecht
 - 2.3 Traditionsozialismus: Zusammenhang mit Rechtsextremen
 - 2.3.1.1 Traditionsozialismus: Zusammenhang mit Rechtsextremen – nicht überrascht
 - 2.3.1.2 Traditionsozialismus: Zusammenhang mit Rechtsextremen – überrascht
 - 2.3.1.3 Traditionsozialismus: Zusammenhang mit Rechtsextremen (nicht überrascht für Osten)

- 2.3.2 Verstaatlich. (auch im NS; mehr Rechte für Deutsche sichern, Auslagerung verhindern etc.)
- 2.3.3 Antikapitalismus und Antisemitismus
- 2.3.4 Totalitarismustheorie, Extreme berühren sich, auch historisch
- 2.3.5 Begriff/Messung Traditionssozialismus
- 2.3.6 Sozialist. Versatzstücke und REX berühren sich
- 2.4 Allgemeine Ansatzpunkte für Rechtsextreme
 - 2.4.1 Soziale Unsicherheit
 - 2.4.1.1 Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz-, Existenzangst
 - 2.4.1.2 Jugendarbeitslosigkeit
 - 2.4.2 Globalisierung/ soziale Frage/ Existenzangst/ Kapitalismuskritik als Thema rechtsextremer Organisationen
 - 2.4.3 Schutz vor Konkurrenz
 - 2.4.4 Mangelnde Informiertheit, vor allem Jüngerer
 - 2.4.5 Aktuelle politische Unzufriedenheit
 - 2.4.6 Modetrend, Protest
 - 2.4.7 (Suche nach) Gemeinschaftsgefühl
 - 2.4.8 Versprechen Arbeitsplätze zu schaffen
 - 2.4.9 Sündenbock – Suche/Deutung
 - 2.4.10 Zu hohe Sozialleistungen an Nicht-Deutsche, Aussiedler etc.
 - 2.4.11 manipulierbarer, -ter, unreflektierter Mensch
- 2.5 Politische Desorientierung
 - 2.5.1 Kritik am „Hin und Her“, Zick-Zack-Kurs, fehlende klare Linie der Regierung
- 2.6 (Un-) Schärfbereich zwischen Rechtsextremismus und „Normalität“
 - 2.6.1 ein paar unbedachte Äußerungen, Witze (die manche schon als REX sehen)
 - 2.6.2 Politik(er), die Interpretationsmöglichkeiten i.S.v. REX bieten
 - 2.6.3 Leute trauen sich ihre (Vor-) Urteile (mehr) offen zu äußern/Änderung des ges. Klimas
- 2.7 Bestimmte soziale Gruppen bzw. Bereiche (z.B. Alte, Junge, niedrig Gebildete, Unterschicht; Baubranche, Bundeswehr, Großstadt)
- 3 Aufgabe, Position, Situation der Gewerkschaften als Organisation**
 - 3.1 Gewerkschaften in Wirtschaft und Politik
 - 3.1.1 Macht, Schutzfunktion, Relevanz der Gewerkschaften / Betriebs-, Personalräte
 - 3.1.1.1 Machtpotenzial der Gewerkschaften / der Arbeitnehmer
 - 3.1.1.2 (Mobilisierbarkeit der) Mitglieder (Anzahl, Entwicklung)
 - 3.1.1.3 Verteidigung der deutschen Standards (auch vor Unterbietungskonkurrenz durch Ausländer, die nur zeitweilig in D. sind)
 - 3.1.2 eher „gesellschaftliches Gegengewicht“ oder „konfliktbereite betriebliche Interessenvertretung“ / Stellvertreterpolitik

- 3.1.3 Bündnisse mit Regierung und Arbeitgebern
 - 3.1.3.1 Verteidigung des Standorts Deutschland in der internationalen Konkurrenz [gehört zu Pkt. 5!!!] (Schutz vor billigen Arbeitskräften?)
 - 3.1.3.2 Keine Bündnisse mit Regierung u. Arbeitgebern
- 3.1.4 Arbeitnehmerinteressen vertreten
- 3.1.5 Arbeitsplätze sichern/schaffen
- 3.1.6 Löhne und Gehälter
- 3.1.7 Qualifizierung, Arbeitszeit, Umschulung
- 3.1.8 Solidarität (überbetrieblich, bei Aktionen: / Begriff)
- 3.1.9 Für Arbeitslose eintreten
- 3.1.10 Politischen Einfluss nehmen
- 3.1.11 Die Zukunft mitgestalten
- 3.1.12 (Für) Gleichstellung von Frauen (eintreten)
- 3.1.13 Jugendarbeit
- 3.1.14 Unterscheidung nach Betriebs-, Personalratsaufgaben und Gewerkschaftsaufgabe als Rahmensetzung für Ratsaufgaben
- 3.1.15 Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche sichern
 - 3.1.15.1 Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche sichern: ja
 - 3.1.15.2 Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche sichern: nein
- 3.1.16 Boykott von „sweat-shop“, Kinderarbeits-Produkten
- 3.2 Verhältnis Gewerkschaft - Kapitaleseite
 - 3.2.1 Gegenpol zu Arbeitgebern/Kapital bilden
 - 3.2.2 konfliktbereite betriebliche Interessenvertretung / Streik, -bereitschaft, -fähigkeit
 - 3.2.3 Verhandlungen, Kooperation
 - 3.2.4 Gewerkschaftsspitzen, Räte (zu eng bei Kapitaleseite: Aufsichtsratsposten, Schmiergelder; schlafen)
- 3.3 Positionen der Gewerkschaft in der Politik
 - 3.3.1 Politische Lagerzuordnung
 - 3.3.1.1 Gewerkschaften heute nicht mehr in der linken Ecke, dort sind andere Gruppen wie attac
 - 3.3.1.2 Gewerkschaften sind eher links
 - 3.3.2 Verhältnis Gewerkschaft – SPD
 - 3.3.3 Gewerkschaft als Lobby
 - 3.3.4 Verhältnis Gewerkschaft – andere (z.B. Parteien, soziale Bewegung wie attac etc.)
 - 3.3.5 Gewerkschaft als politisch unabhängige Kraft
- 3.4 Internationale Gewerkschaftsbewegung
 - 3.4.1.1 Internationale Gewerkschaftsbewegung gibt es
 - 3.4.1.2 Internationale Gewerkschaftsbewegung gibt es nicht (real), zu wenig

- 3.4.2 Europa weit
- 3.4.3 Konzernbetriebsrat
- 3.4.4 Welt weit
- 3.5 Innergewerkschaftliche Strukturen/Prozesse
 - 3.5.1 Führung/Basis; zentral/dezentral; die Gewerkschaft/die Mitglieder
 - 3.5.1 Kommunikation in der Organisation
 - 3.5.3 (Rolle der) Hauptamtlichen, Räte, Vertr.Leute
- 4 Mitglieder und Unorganisierte**
 - 4.1 Situation zwischen den Beschäftigten
 - 4.1.1 Solidarität unter den Kollegen, im Betrieb/Begriff
 - 4.1.1.1 Solidarität ist vorhanden
 - 4.1.1.2 Solidarität ist kaum, nicht vorhanden
 - 4.1.2 Konflikte
 - 4.2 Betriebsdifferenzierung (Betriebsgröße)
 - 4.2.1 Wartungsbereich – relativ wenig Arbeitsplatzangst
 - 4.2.2 Akkordbereich – relativ viel Arbeitsplatzangst
 - 4.2.3 Stammbefugnis – nicht Stammbefug./Leiharb.
 - 4.3 Mitgliedschaftsmotive und Mitgliederprofile – „gutes/schlechtes - ideales“ Gewerkschaftsmitglied
 - 4.3.1.1 Mitgliedschaft aus (politischer) Überzeugung, z.B. Solidarität
 - 4.3.1.2 Mitgliedschaft weniger/nicht aus (politischer) Überzeugung
 - 4.3.2 Mitgliedschaft aufgrund sozialen Drucks der Organisierten
 - 4.3.3 Mitgliedschaft aufgrund puren Schutz-, Eigeninteresses
 - 4.3.4 Mitglieder und (unorganisierte) Trittbrettfahrer
 - 4.3.5 (Suche nach) gemeinsamer Handlungsfähigkeit, Wirkungsmacht
 - 4.4 Situation bei Mitgliedern (auch weitere Differenz.)
 - 4.4.1 (gewerkschafts-) politisch aktive, interessierte, aufgeklärte, Funktionäre / inaktive, Nicht-Funktionäre
 - 4.4.2 Weniger solidarisch, mehr ängstlich und Ich-bezogen (als früher)
 - 4.4.3 politische Lagerzuordnung
 - 4.5 (Vergleich) Mitglieder-Unorganisierte
 - 4.5.1 keine/kaum Unterschiede/allgem. Spiegelbildthese
 - 4.5.2 vorhandene Unterschiede
- 5 Wirtschaft/Globalisierung/schärfere Konkurrenz**
 - 5.1 Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (allgem., andere spez. wie Arbeitsintensivierung, -verlängerung)
 - 5.1.1 Angst vor/ Drohung mit Billiglöhnen
 - 5.1.2 Sozialdumping

- 5.1.3 Umweltdumping
- 5.2 Konkurrenz mit Ausland
 - 5.2.1 (Drohung mit) Auslagerung aus Deutschland
 - 5.2.2 Angst vor osteuropäischer Konkurrenz, EU-Osterweiterung
 - 5.2.3 Europa als zusätzliche Bedrohung
 - 5.2.4 Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Ausländern
 - 5.2.5 Konkurrenz zwischen Unternehmenstandorten
- 5.3 Deutsche Stärken in der globalen Wirtschaft
 - 5.3.1 Qualitätsarbeit, Qualifizierung, knowhow
 - 5.3.2 Exportweltmeister
- 5.4 Gesamtgesellschaftliche Auswirkungen der Globalisierung in Deutschland
 - 5.4.1 Sicherung des Niveaus sozialer Standards durch (deutschen) Nationalstaat
 - 5.4.1.1 Sicherung sozialer Standards durch Nationalstaat eher ja
 - 5.4.1.2 Sicherung sozialer Standards durch Nationalstaat eher nein
 - 5.4.2 Wohlstandsverluste
 - 5.4.2.1 Einsicht in Notwendigkeit, Akzeptanz: begrenzter Wohlstandsverluste / von Reformen
 - 5.4.2.2 Kaufkraftverlust in Deutschland (als Folge von Auslagerung)
 - 5.4.2.3 Der (Sozial-) Staat ist pleite
 - 5.4.2.4 sinkende soziale Leistungen, Zurückfahren der Sozialsysteme
- 5.5 Internationale Auswirkungen der Globalisierung
 - 5.5.1 (mehr, bessere) internationale (soziale) Standards
 - 5.5.2 Europa als Gegenmacht/Gegengewicht
 - 5.5.3 Nationalstaat (verliert an Bedeutung/Begriff)
 - 5.5.4 Privatisierung Staatsbetriebe
 - 5.5.5 Nationale Ungebundenheit / Internationalität der Unternehmen
 - 5.5.6 Welt weite Organisationen als Gegengewicht
- 5.6 Wirtschafts- (entwicklung, zustand) in Deutschland
 - 5.6.1 Wirtschaftswachstum, -stärke
 - 5.6.2 Wirtschaftsstagnation, -schrumpfung, -schwäche
- 5.7 Globalisierung als Thema, als „Naturgröße“
 - 5.7.1 Thema der Globalisierung ist angstbesetzt
 - 5.7.2 Globalisierung als „Sachzwang“-Prozess, „Naturgewalt“, Anpassungszwang
 - 5.7.3 Neo-, Wirtschaftsliberalismus als Thema
 - 5.7.3.1 Neo-, Wirtschaftsliberalismus ist Thema
- 6 Politik/Gesellschaft**
 - 6.1 Haltung zu „den Politikern“, zur „Politik“
 - 6.2 Einschätzung von Parteien

- 6.2.1 SPD
- 6.2.2 CDU/CSU
- 6.2.3 Einschätzung andere Parteien
- 6.3 Einschätzung von „Reformen“
- 6.4 Einschätzung EU, Brüssel, Zentralismus
- 6.5 Rolle der Medien
- 6.6 (Politische Mängel in der) Demokratie
 - 6.6.1 pol. Interesse (Klage über politisches Desinteresse, geringe Wahlbeteiligung etc.)
 - 6.6.2 (Es fehlt) Nationalstolz
 - 6.6.3 (Zu wenig direkte) Beteiligungsmöglichkeiten
 - 6.6.4 Verhältnis Politik-Wirtschaft (Kapital bestimmt)
- 6.7 einzelne Politikfelder
 - 6.7.1 Zuwanderungspolitik, Asylpolitik
 - 6.7.2 Kohlepolitik
 - 6.7.3 Auslandshilfe, Entwicklungspolitik u.ä.
- 6.8 Ost/West- Unterschiede in Deutschland
 - 6.8.1 War in der DDR etwas besser
 - 6.8.2 Strukturschwäche, Benachteiligungen im Osten
 - 6.8.3 Osten anders: Einstellungen, Wahilverhalten etc.
 - 6.8.4 Sonstiges zur, über DDR
- 6.9 Einschätzung von, Verhältnis zu Regierungen
 - 6.9.1 Rot/grün
- 7 **Sonstiges**

Anhang 129: Gewerkschaftliche Mitgliedergruppen und Nicht-Mitglieder nach Erwerbsstatus^{a)} und Geschlecht in Deutschland 2003 (%)				
	Aktive	Passive	Mitgl. insges.	Nicht-Mitgl.
Alle				
Männer	67	66	66	46
Frauen	33	34	34	54
Erwerbspersonen	66	72	70	49
Männer	67	76	73	58
Frauen	64	64	64	42
Nichterwerbspersonen	34	28	30	51
Männer	33	24	27	42
Frauen	36	36	36	58
Arbeitslose	3	5	4	6
Männer	2	4	3	6
Frauen	4	7	6	5
einfache Arbeiter	8	11	10	3
Männer	5	10	8	4
Frauen	13	13	13	3
Facharbeiter	23	24	23	9
Männer	31	34	33	17
Frauen	6	5	6	3
einfache Angestellte	12	13	12	13
Männer	7	7	7	7
Frauen	22	25	24	18
verantwortl. Angestellte	15	13	14	12
Männer	15	13	14	14
Frauen	16	13	14	10
Beamte	6	6	6	2
Rentner	29	19	23	28
Männer	31	19	23	26
Frauen	26	20	23	30
sonst. Nichterwerbspers.	3	7	6	20
Männer	2	6	4	13
Frauen	6	10	9	26

a) Ohne Selbständige; ihr Anteil an allen Gewerkschaftsmitgliedern beträgt zwei Prozent.

Anhang 130: Zur sozialstrukturellen Repräsentativität gewerkschaftlicher Mitgliedergruppen nach Geschlecht in Deutschland 2003			
	Aktive	Passive	Mitgl. insges.
Alle			
Männer	+46	+43	+43
Frauen	-39	-37	-37
Erwerbspersonen	+35	+47	+43
Männer	+16	+31	+26
Frauen	+52	+52	+52
Nichterwerbspersonen	-29	-42	-41
Männer	-21	-43	-36
Frauen	-38	-38	-38
Arbeitslose	-50	-17	-33
Männer	-67	-33	-50
Frauen	-20	+40	+20
einfache Arbeiter	+167	+267	+233
Männer	+25	+150	+100
Frauen	+333	+333	+333
Facharbeiter	+156	+167	+156
Männer	+82	+100	+94
Frauen	+100	+67	+100
einfache Angestellte	-8	0	-8
Männer	0	0	0
Frauen	+22	+39	+33
verantwortl. Angestellte	+25	+8	+17
Männer	+7	-7	0
Frauen	+60	+30	+40
Beamte	+200	+200	+200
Rentner	+4	-32	-18
Männer	+19	-27	-12
Frauen	-13	-33	-23
sonst. Nichterwerbspers.	-85	-65	-70
Männer	-85	-54	-69
Frauen	-77	-62	-65

Prozentuale Abweichungen der einzelnen Mitgliedergruppen von den Nicht-Mitgliedern.
Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 131: Rechtsextremisten unter gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsstatus und Geschlecht in Deutschland 2003 (%)				
	Aktive	Passive	Mitgl. insges.	Nicht-Mitgl.
Alle	14	22	19	20
Männer	15	21	19	17
Frauen	11	23	19	23
Erwerbspersonen	10	20	17	12
Männer	10	19	16	12
Frauen	7	22	17	13
Nichterwerbspersonen	23	27	25	28
Männer	25	28	27	25
Frauen	18	26	23	31
Arbeitslose	44	18	25	34
Männer	*	20	26	32
Frauen	*	19	23	36
einfache Arbeiter	21	39	34	18
Männer	38	44	43	*7
Frauen	*	27	18	40
Facharbeiter	9	25	20	18
Männer	9	22	18	19
Frauen	*	59	45	*15
einfache Angestellte	*4	13	10	12
Männer	*	17	12	10
Frauen	*	11	8	14
verantwortl. Angestellte	13	14	14	7
Männer	11	5	8	*3
Frauen	18	29	25	12
Beamte	*0	*5	*4	*0
Rentner	21	31	26	36
Männer	22	31	26	32
Frauen	19	31	26	40
sonst. Nichterwerbspers.	14	21	20	15
Männer	*	19	22	5
Frauen	*	21	18	20

* Geringe Fallzahlen.

Anhang 132: Prozentuale Abweichungen des Anteils von Rechtsextremisten an gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und an Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsstatus und Geschlecht in Deutschland 2003			
	Aktive	Passive	Mitgl. insges.
Alle	-30	+10	-5
Männer	-12	+24	+12
Frauen	-52	0	-17
Erwerbspersonen	-17	+67	+42
Männer	-17	+58	+33
Frauen	-46	+69	+31
Nichterwerbspersonen	-18	-4	-11
Männer	0	+12	+8
Frauen	-42	-16	-26
Arbeitslose	+29	-47	-26
Männer	*	-38	-19
Frauen	*	-47	-36
einfache Arbeiter	+17	+117	+89
Männer	*+443	*+529	*+514
Frauen	*	-33	-55
Facharbeiter	-50	+39	+11
Männer	-53	+16	-5
Frauen	*	*+293	*+200
einfache Angestellte	*-67	+8	-17
Männer	*	+50	+20
Frauen	*	-21	-43
verantwortl. Angestellte	+86	+100	+100
Männer	*+267	*+67	*+167
Frauen	+50	+142	+108
Beamte	*	*	*
Rentner	-42	-14	-28
Männer	-31	-3	-19
Frauen	-53	-23	-35
sonst. Nichterwerbspers.	-7	+40	+33
Männer	*	+280	+340
Frauen	*	+5	-10

* Geringe Fallzahlen.

Fettsatz: Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu.

Anhang 133: Korrelationen von sozio-politischen Orientierungen mit sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren

		Korrelationen			
		BILDUNG	SCHICHTS	MODARB	PREKAR
ASKO	Pearsons r	-,235	-,158	-,183	,109
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
LEIST	Pearsons r	-,087	-,026	,035	-,020
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,105	,105	,359
EFFIINT	Pearsons r	,313	,213	,264	-,204
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
POLAPA	Pearsons r	-,244	-,190	-,253	,225
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
RELI	Pearsons r	,060	-,063	,051	-,024
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,021	,271
DEMOS	Pearsons r	,164	,155	,085	-,185
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
DEMOK	Pearsons r	,239	,152	,117	-,103
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
DEMOR	Pearsons r	-,186	-,149	-,070	,051
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,001	,019
TRADSOZ	Pearsons r	-,209	-,237	-,134	,210
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
SOZGLO	Pearsons r	-,146	-,107	-,131	,091
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
WISOUNZ	Pearsons r	-,228	-,270	-,094	,204
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
DEPRI	Pearsons r	-,257	-,279	-,137	,242
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
POLUNZ	Pearsons r	-,173	-,147	,000	,068
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,998	,002
WISOPOUN	Pearsons r	-,240	-,250	-,061	,163
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,005	,000
UNZUFR	Pearsons r	-,261	-,342	-,143	,316
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
DEMUEB	Pearsons r	,328	,219	,209	-,165
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
AUTUEB	Pearsons r	-,261	-,170	-,136	,116
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
PARTOR	Pearsons r	,276	,109	,168	-,150
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
SYKROR	Pearsons r	-,332	-,298	-,149	,223
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000

Anhang 134: Korrelationen der sozio-ökonomischen Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus mit partizipatorischen und systemkritischen Orientierungen bei ausgewählten Untersuchungsgruppen in Deutschland 2003 (r x 1000)			
		PARTOR	SYKROR
BILDUNG	Nicht-Mitglieder	292	-343
	Mitglieder	274	-224
	Funktionäre	223	-353
	sonstige Aktive Mitgl.	259	-151
	passive Mitglieder	278	-236
SCHICHTS	Nicht-Mitglieder	121	-309
	Mitglieder	111	-251
	Funktionäre	164	-297
	sonstige Aktive Mitgl.	126	-281
	passive Mitglieder	89	-233
MODARB	Nicht-Mitglieder	179	-146
	Mitglieder	109	-180
	Funktionäre	n.s.	-405
	sonstige Aktive Mitgl.	n.s.	-199
	passive Mitglieder	113	-145
PREKAR	Nicht-Mitglieder	-124	226
	Mitglieder	-185	240
	Funktionäre	-251	215
	sonstige Aktive Mitgl.	n.s.	211
	passive Mitglieder	-179	256

n.s.: nicht signifikant.

**Anhang 135: Korrelationen von sozio-politischen und sozio-ökonomischen
 Schlüsselprädiktoren mit Rechtsextremismus (REXL) bei ausgewählten
 Untersuchungsgruppen 2003 (r x 1000)**

	Gewerkschaftsmitglieder							Nicht-Mitglieder		
	Mit	Funk	s Akt	a Akt	Pass	Mit-W	Mit-O	NMit	NM-W	NM-O
PARTOR	-551	-702	-459	-529	-545	-567	-524	-518	-525	-489
SYKROR	+469	+498	+416	+439	+492	+474	+474	+596	+614	+548
BILDUNG	-389	-411	-365	-378	-388	-407	-386	-423	-429	-434
SCHICHTS	-171	-267	-236	-243	-129	-169	-203	-249	-232	-252
MODARB	-249	-324	-161	-216	-237	-263	-193	-252	-211	-333
PREKAR	+253	+234	+196	+211	+244	+266	+194	+256	+246	+307

Alle Werte sind hoch signifikant.

- Mit: alle Gewerkschaftsmitglieder.
- Funk: Gewerkschaftsfunktionäre.
- s Akt: sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder.
- a Akt: alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder (Funk + s Akt).
- Pass: passive Gewerkschaftsmitglieder.
- Mit-W: Gewerkschaftsmitglieder West.
- Mit-O: Gewerkschaftsmitglieder Ost.
- NMit: alle Nicht-Mitglieder.
- NM-W: Nicht-Mitglieder West.
- NM-O: Nicht-Mitglieder Ost.

Anhang 136: Beta-Werte der linearen Regression der sozio-ökonomischen und sozio-politischen Schlüsselprädiktoren auf REXL bei gewerkschaftlichen Mitgliedergruppen und Nicht-Mitgliedern in Deutschland 2003 sowie Determinationskoeffizienten (R^2) für die Untersuchungsgruppen

	Gewerkschaftsmitglieder							Nicht-Mitglieder		
	Mit	Funk	s Akt	a Akt	Pass	Mit-W	Mit-O	NMit	NM-W	NM-O
PARTOR	-404	-581	-347	-412	-384	-405	-425	-344	-338	-354
SYKROR	272	353	185	206	316	273	253	409	405	359
BILDUNG	-219	-171	-235	-225	-216	-218	-205	-145	-171	-120
SCHICHTS	60	n.s.	n.s.	n.s.	96	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
MODARB	-86	n.s.	n.s.	n.s.	-105	-90	n.s.	n.s.	n.s.	-113
PREKAR	64	n.s.	158	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	76	n.s.	n.s.
R^2 (korr.)	458	659	307	412	485	477	430	460	456	449

Nur 3 Prädiktoren:

PARTOR	-398	-603	-328	-405	-372	-410	-375	-355	-346	-351
SYKROR	327	365	304	313	344	315	348	449	455	406
BILDUNG	-209	-147	-235	-214	-208	-208	-201	-162	-154	-209
R^2 (korr.)	452	659	358	429	451	464	437	518	528	477

Koeffizienten: x 1000.

β misst den standardisierten Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable (hier: REXL). Je größer die Werte, desto größer der Effekt.

R^2 gibt den Anteil der erklärten Streuung an der Gesamtstreuung an. 458 bedeutet, dass die sechs Prädiktoren zusammen 45,8 Prozent der Streuung von REXL erklären.

n.s. nicht signifikant.

Mit: alle Gewerkschaftsmitglieder.

Funk: Gewerkschaftsfunktionäre.

s Akt: sonstige aktive Gewerkschaftsmitglieder.

a Akt: alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder (Funk + s Akt).

Pass: passive Gewerkschaftsmitglieder.

Mit-W: Gewerkschaftsmitglieder West.

Mit-O: Gewerkschaftsmitglieder Ost.

NMit: alle Nicht-Mitglieder.

NM-W: Nicht-Mitglieder West.

NM-O: Nicht-Mitglieder Ost.

Anhang 137: Aktueller Überblick über Aktivitäten/Projekte/Bildungsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus

DGB	Projekt	Kontakt
<p>http://www.start-thueringen.de/</p>	<p>Betriebsräte und GewerkschafterInnen für Ausländer Ziel ist die Befähigung von Betriebsräten und GewerkschafterInnen zum problemlösenden Umgang mit ausländerfeindlichen Einstellungen sowie mit Beratungsbedarfen von ausländischen KollegInnen. Zur Umsetzung werden in Kooperation mit den Gewerkschaften ver.di, IGM, IG BAU, NCG sowie dem DGB in den vier DGB-Regionen Thüringens zunächst problemorientierte offene Gesprächsrunden mit ausländischen und deutschen ArbeitnehmerInnen und InteressenvertreterInnen durchgeführt. Darauf aufbauend sollen in den Wirtschaftsbereichen Einzelhandel, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Gaststättengewerbe jeweils drei eintägige Seminare für Betriebsräte, JAV-VertreterInnen und GewerkschafterInnen zu den Themen das "Fremde", konfliktbearbeitende Umgangsweisen mit Fremdenfeindlichkeit sowie ausländer- und arbeitsrechtliche Beratungskompetenz veranstaltet und ggf. entsprechende Betriebsvereinbarungen entwickelt werden. Den Projektabschluss bildet eine öffentlichkeitswirksame Konferenz und die Abfassung einer Arbeitshilfe für InteressensvertreterInnen. (Xenos-finanziert, bis Ende 2004)</p>	<p>Herr Dr. Jürgen Neubert Warsbergstraße 1 99092 Erfurt (0361/601119-0 0361/601119-11. E-Mail: START_ev.Thueringen@t-online.de</p>
<p>DGB NRW http://www.xenos.de.de/contents.php?site=projekt&detail&id=206</p>	<p>Berufsbildungswerk des DGB, Datteln: in dem Projekt sollen begleitend zur dreijährigen Altenpflegeausbildung Konzepte entwickelt und erprobt werden, die 1. den zukunftssicheren Beruf des Altenpflegers / der Altenpflegerin stärker für Migrantinnen und Migrantinnen öffnen; 2. die Inhalte der Altenpflegeausbildung auch an der wachsenden Kundengruppe der älteren Migrantinnen / Migrantinnen ausrichtet und damit einer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenwirkt; 3. Rassismus in seinen vielfältigen Formen, so wie ihn die künftigen Pfleger/innen in ihrer Praxis und in ihren Teams erleben (und praktizieren) zum Gegenstand der Ausbildung machen. Diese drei Gesichtspunkte sind miteinander verknüpft. Das Projekt bezieht uns daher auf die Grundidee des EU-Programms XENOS, nämlich Arbeitsmarktpolitik und Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verbinden. Ziele: Wir wollen benachteiligten Jugendlichen durch Ausbildung in einen zukunftsfähigen Beruf die Chance geben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. • Wir wollen den Gedanken der interkulturellen Öffnung schon in der Ausbildung stärken, indem wir Lehrmaterialien zur kulturkompetenten Pflege in die Ausbildung integrieren. • Wir wollen schon im Vorfeld rassistisch motivierte Konflikte in multikulturellen Pflegeteams in der Ausbildung zum Gegenstand machen, und damit eine bessere Vorbereitung auf die Praxis gewährleisten.</p>	<p>Frau Martina Dücker bfw Berufsbildungswerk Datteln Castroper Str. 106 45711 Datteln 02363/979324 Fax: 02363/979334 E-Mail: martina.duecker@bfw-datteln.de</p>

<p>DGB Berlin-Brandenburg http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/themen/rechts.html</p>	<p>Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit</p>	<p>E-Mail: buendnis@berlin-brandenburg.dgb.de Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, c/o DGB, Keltstr. 1 / 3, 10787 Berlin</p>
<p>http://www.respekt.dgb.de</p>	<p>Plattform gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Der DGB Landesbezirk Berlin Brandenburg hat ein neues Portal eingerichtet, das Nachrichten, Termine, Veranstaltungen, Hintergrundinformationen, Analysen, Adressen und Links zum Themenkomplex bündelt. DGB-Fußballturnier gegen Rechtsextremismus in Frankfurt/Oder mit polnischer Beteiligung 2001</p>	
<p>www.aktionsbündnis.brandenburg.de</p>	<p>DGB Berlin-Brandenburg ist Mitglied im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit</p>	
<p>http://www.berlin.arbeitundleben.de/wer/</p>	<p>Arbeit und Leben Berlin: in Kooperation mit VHS Fortbildung & Seminare zu NS, Rechtsextremismus etc</p>	
<p>http://www.fu-berlin.de/xenos/</p>	<p>FU-Berlin: Der Modellversuch zur überfachlichen Qualifizierung mit dem Schwerpunkt "Interkulturelle Kompetenz" wird von der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich: Interkulturelle Erziehungswissenschaft, vom 01.02.2002 bis 31.12.2004 durchgeführt. Die langfristig als Zusatzqualifikation angelegte Maßnahme gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus richtet sich an Auszubildende, Berufsschüler/-innen und Ausbilder/-innen. Das Modellvorhaben beinhaltet die Entwicklung eines bedarfsgerechten Grundlagencurriculums Interkulturelle Kompetenz und dessen Erprobung. Vor allem wird die Vermittlung bzw. Verbesserung von Handlungs-, Kommunikations- und Reflexionskompetenzen angestrebt. Die Wirkungseffekte sollen wissenschaftlich beurteilt werden, um zum Transfer geeignete Qualitätsstandards solcher Maßnahmen zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit Siemens-Berlin und der FU-Berlin als Ausbildungsbetriebern, dem Referat für Ausbildung und Weiterbildung der FU-Berlin und dem DGB-Berlin werden in sechs Bausteine Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt.</p>	<p>Herr Dr. Said Ibalid 030 - 838 55 925 Fax: 030 - 838 56 290 ibaldl@zedat.fu-berlin.de</p>

<p>DGB Niedersachsen http://www.arug.de/</p>	<p>Arbeit und Leben, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG); Servicestelle mit Info, Beratung, Fortbildung; Datarex; Datenbank Rechtsextremismus; Gewaltprävention (u.a. durch Sport); richtet sich an Jugendliche in Ausbildung, Berufsvorbereitung oder ohne Job, und deren MultiplikatorInnen.</p>	<p>Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V. Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Bohlweg 55 (3. Obergeschoß) 38100 Braunschweig Fon: 0531 - 123 36 - 42 Fax: 0531 - 123 36 - 55 eMail: info@arug.de</p>
<p>DGB Südniedersachsen http://www.suedniedersachsengegenrechts.de/ - Inhalte veraltet</p>	<p>Internet-Forum</p>	
<p>DGB Bayern http://www.jugendbegegnung-dachau.de/</p>	<p>Mitveranstalter der Internationalen Jugendbegegnung in der KZ-Gedenkstätte Dachau</p>	
<p>http://www.dgb-jugend-bayern.de/aktion/gegenrechts.html</p>	<p>Jährlich „Forum Rechtsextremismus“, Konferenz für Jugendliche; außerdem Exkursionen, Zeitzeugengespräche, Unterstützung von Projekten vor Ort</p>	
<p>DGB Jugend München http://www.sato-muenchen.de/startseite.htm</p>	<p>Infoseite mit Argumenten gegen Rechts</p>	

<p>DGB Nürnberg http://www.xenos-nuernberg.de/</p>	<p>Im Zentrum der Arbeit des Projekts "Netzwerk für interkulturelle Kommunikation und berufliche Integration - Xenos Nürnberg" stehen interkulturelle Trainingsmaßnahmen, die Jugendlichen an der Schwelle Schule - Beruf sowie Beschäftigten und Arbeitslosen über die Verbesserung der sozialkommunikativen Kompetenz den Berufseinstieg bzw. die berufliche Integration erleichtern sollen. Dadurch wird die Handlungskompetenz einer großen Zahl von Bürger/innen für das interkulturelle Zusammenleben in Nürnberg erhöht und dem Rassismus wirksam begegnet. Ein besonderes Augenmerk gilt benachteiligten, vom Rassismus betroffenen und für nationalstaatliches Gedankengut besonders anfälligen Menschen. Das interkulturelle Training wird ergänzt durch Seminare für Multiplikator/innen in den drei Arbeitsfeldern Schule, Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche sowie betriebliche und außerbetriebliche Bildungsarbeit. Für Nachhaltigkeit bürgt auch die Ausbildung einer Gruppe von interkulturellen Trainer/innen. Das Netzwerk – Ausländerbeirat, DGB, Noris-Arbeit gGmbH, Schulfreier/Pädagogisches Institut sowie Wirtschaftsfreier/Netzwerk für Arbeit und Qualifizierung – bildet zur Durchführung der Maßnahmen eine Projektgruppe, die von einem Beirat der Träger gesteuert wird.</p>	<p>Xenos Nürnberg Senefelderstraße 11 D-90409 Nürnberg Tel. +49 911 5863 - 439 (Sekretariat) Fax +49 911 5863 - 430 E - Mail info@xenos-nuernberg.de</p>
<p>DGB Nord www.getup-det-norden-gegen-rechts.de (Homepage war nicht mehr verfügbar)</p>	<p>Get up – der Norden gegen Rechts (seit 2000). Landesregierungen, Städte, Kreise, Gemeinden wurden angeschrieben und zu Engagement gegen Rechts gebeten (zB. Verbot von Aufmärschen); Broschüren, Plakate, Unterstützung der Bündnisse vor Ort</p>	<p>DGB Landesbezirk Nord Herr Alfons Grundheber-Pilgram Besenbinderhof 60 20097 Hamburg Tel: 040/28 58-207 Fax: 040/28 58-299 E-Mail: alfons.grundheber-pilgram@dgb.de</p>

Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"
Abschlussbericht - Anhang

Gewerkschaft	Projekt	Kontakt
<p>IG BAU http://www.bau-auf-mich.de/fsst.htm</p>	<p>BAU auf mich! Für Demokratie und Courage. (seit 2001, finanziert von Xenos) Wettbewerb für Jugendliche, Kampf gegen rechtsextreme Einstellungen unter jugendlichen Mitgliedern, nicht-rassistischer Kampf gegen illegale Beschäftigung, Multiplikatoren-schulung, Fahrten nach Auschwitz, Seminare</p>	<p>Carsten Burckhardt Bundesjugendsekretär XENOS-Projekt Koordinator der Kampagne BAU auf mich! IG BAU Bundesvorstand Referat Jugend Olof-Palme-Straße 19 60439 Frankfurt am Main jugend@igbau.de http://www.igbee-ju.de http://www.toleranztoleranz.php?w=5&n=08&the_id=01</p>
<p>IG BCE</p>	<p>Kampagne „Wir steh'n auf ... Toleranz“ (2002 bis 2003) für mehr Toleranz und Zivilcourage. Broschüre, Plakat, Kino-Spot und Internet, ein IG-BCE-Team fuhr 35.000 Kilometer mit dem Kampagnen-Bus durch Deutschland zu Betrieben, Berufsschulen, Jugendzentren..., Kreativwettbewerb für Jugendprojekte für Toleranz.</p>	
<p>GEW http://www.gew-brandenburg.de/adobe/EW01_06_07.pdf</p>	<p>Fortbildungseminare: Wie gehe ich mit Rechtsextremismus unter meinen Schülerinnen um? Auf dem Gewerkschaftstag 2001 wurde eine Resolution & eine Antrag gegen Rechtsextremismus verabschiedet</p>	
<p>GdP</p>	<p>Fortbildungen: Wie bekämpfe ich kriminelle Rechte?</p>	

<p>IG Metall</p> <p>http://www.igmetall.de/betriebsrat/betriebsvereinbarungen/ und http://jugend.igmetall.de/content.igjungend/content.igjungend_kampagnen.2.2/content.igjungend_kampagnen.2.3/index.html</p>	<p>Resolution der Vertrauensleute 2000: gegen Rassismus, für Betriebsvereinbarungen</p> <p>Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung (z.B. bei Thyssen bereits 1996, Ford, Volgt & Müller, Fraport, Jenoptik, Opel, Preussag, RAG, Sartorius, Otis, Eko)</p>	<p>http://www.igmetall.de/vertrauensleute/konferenz/2000/resolution_rechtsextremismus.html (außer Betrieb)</p>
<p>http://www.keineangstvordeutschland.de/</p> <p>http://www.kamevalimwasser.de/</p>	<p>Initiierung 2001 (gemeinsam mit anderen) der „Keine Angst vor Deutschland GmbH“, einer von Xenos* unterstützten Gesellschaft, die im Stile von Unternehmensberatungen Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit durchführt: Sozietainment in Seminaren, Workshops, Rollenspielen, Theater, Events wie „Freibad der Kulturen“ am 21.8.04 in Pankow, Installation vor dem Reichstag, Inkultureller Fußball; richtet sich v.a. an Jugendliche, aber auch an Erwachsene, auch Multipilkatorenschulung</p>	<p>www.igmetall-pichelssee.de, Markus Plogmann</p>
<p>http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php/projekt=224&suchtext=Gewalt+Rechtsextremismus</p>	<p>Auszubildende und junge ArbeitnehmerInnen werden aktiv Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in vier Betrieben der Metallbranche sind das Ziel des Projekts. Es wird vom Deutschen Jugendinstitut zusammen mit der IG Metall durchgeführt und wendet sich an junge Arbeitnehmer, Azubis und JAVis unterschiedlicher Herkunft (Entwicklung von Strategien, unternehmensspezifische Handlungsprogramme). Besonders Interessant: Welchen Belastungen sind junge ausländische Frauen in einer traditionell von Männern dominierten Belegschaft ausgesetzt? Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt (-Ende 2005).</p>	<p>Zu antirassistischen Aktionen der IG Metall Jugend allgemein: sabine.blum@igmetall.de</p>

<p>http://www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.de/enrechts/content.akt.de/enrechts/</p>	<p>Das Herz in die Hand nehmen - Courage zeigen gemeinsame Aktion von Otto Brenner Stiftung und IG Metall. Dreitägige Workshops, um Fremdenfeindlichkeit sensibel wahrzunehmen und mit Kompetenz und Zivilcourage darauf zu reagieren. Außerdem Qualifizierung zum Kulturmittler möglich. Finanziert von Xenos.</p>	<p>Projektleiter Oliver Schneider IG Metall Vorstand, Berliner Büro Alte Jakobstrasse 149 10969 Berlin Telefon: 030-253 750 98 Telefax: 030-253 960 11 E-Mail: oliver.schneider@igmetall.de</p>
<p>http://jugend.igmetall.de/ffx/files/doc/Materialien_Rechtsextremismus.pdf</p>	<p>Die Dokumentation „Rechtsextremismus. Materialien, Handlungsmöglichkeit, Referentinnen“, 2002 mit konkreten Vorschlägen für Arbeit in den Betrieben</p>	<p>Erstellt von Samuel Salzborn</p>
<p>http://www2.igmetall.de/homepages/rosenheim/derfilm.html</p>	<p>IGM-Jugend Rosenheim 2002: auf rechte Sprüche hin lud eine Jugendvertreterin den Auschwitz-Überlebenden Otto Schwerdt ein, danach produzierten Azubis mit Unterstützung der IGM-Rosenheim einen Film gegen Rechts, dazu kamen Vorträge, Seminare, Recherche, Exkursionen...</p>	
<p>http://jugend.igmetall.de/content.igmjugend/kampagnen.2/index.html oder http://raunmagazin.de/07-2001/film07.htm</p>	<p>In Betrieben wurden Flyer und Plakate gegen Rechts verteilt; im Mai fand bei der MAN Roland Druckmaschinen AG Veranstaltung von der JAV ein „Fest der Toleranz“ statt.</p>	<p>Kontakt: Roberto Armellini, JAV-Vorsitzender bei der MAN Roland AG, Tel. 0171. 813 06 28</p>

<p>Ver.di http://www.agrexitive.de/cms/fro_content.php</p>	<p>Ende 2001 haben Mitglieder von Verdi Berlin-Brandenburg eine AG Rechtsextremismus gegründet, um ein Zeichen gegen rechtsextreme Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften zu setzen. Z.B aktuell Vorträge über die neue Rechte im SO 36 sowie Unterstützung von Opfern rechter Gewalt. Aktivitäten zum Thema Frauen und Rechtsextremismus in Gewerkschaften in Planung!</p>	<p>Köpenlcker Straße 30, 10179 Berlin Telefon: +49 (0)30 88 66 41 06 (Andreas Köhn) mail: jinfo@agrexitive.de Internet: www.agrexitive.de</p>
<p>Ver.di Jugend http://www.antirassismus-jugend.de/</p>	<p>Arbeitskreis Antirassismus – Netzwerkbildung, Mainstreaming, Aufklärungs- und Bildungsarbeit, 2002 Antirassismus-Konferenz mit über hundert Jugendlichen</p>	
<p>Ver.di NRW-Süd http://www.verdi-jugend-nrw.de/antik/index.htm</p>	<p>ARAK – Antirassistischer Arbeitskreises NRW Süd, Kampagne "Internationale Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern weltweit", Erinnerungsdemo zur Reichsprogrammnacht, Vorträge etc.</p>	
<p>Ver.di Jugend Bayern http://www.verdi-jugend-bayern.de/zibu/index_2.html</p>	<p>Zibu: Ini, um Zivilcourage im beruflichen Umfeld zu fördern, durch Themenseminare, die als Auftakt einer Kooperation mit Ausbildungsbetriebe oder Berufsschule dienen. Analyse der Situation am Arbeitsplatz</p>	<p>ver.di jugend bayern Schwantalerstr. 64, 80336 München Tel (0 89) 5 99 77 21 55 Fax (0 89) 5 99 77 21 49 kontakt@zibu.info</p>

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut
Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"

Fragebogen

Datenerhebung: Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse (forsa)
Erhebungsmethode: Computergestützte Telefonbefragung (CATI)
Befragungszeitraum: März/April 2003
Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren; je 1000 Gewerkschaftsmitglieder in West- und Ostdeutschland und je 1000 Nicht-Mitglieder in West- und Ostdeutschland.

Kontakt:

Dr. Michael Fichter
Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik
Tel. 030-838 55035/55041, E-Mail: mffichter@zedat.fu-berlin.de

PD Dr. Richard Stöss
Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie
Tel.: 030-838 52023, E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Bodo Zeuner (Sprecher)
Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik
Tel. 030-838 54956/4966, E-Mail: zeunerbo@zedat.fu-berlin.de

Alle:
ihnestr. 26, 14195 Berlin

GEW_0 Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

Nur an Nicht-Mitglieder:

GEW_1 Waren Sie früher einmal Mitglied einer Gewerkschaft?
(Int.: auch FDGB der DDR)

- 1 TNZ (Gewerkschaftsmitglieder)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

WSA_1 Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben?

- 1 verbessern
- 2 verschlechtern
- 3 unverändert bleiben
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

WSA_2 Werden sich Ihre persönlichen Lebensverhältnisse in der nächsten Zeit verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben?

- 1 verbessern
- 2 verschlechtern
- 3 unverändert bleiben
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

POLINT Wie stark interessieren Sie sich eigentlich für Politik?
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mittel
- 4 wenig oder überhaupt nicht
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

LIRE Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 und 10 einstufen? 1 bedeutet links, und 10 bedeutet rechts.

- 1 1 = links
- 2 2
- 3 3
- 4 4
- 5 5
- 6 6
- 7 7
- 8 8
- 9 9
- 10 10 = rechts
- 11 weiß nicht
- 12 k.A.

Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

EFFI_1 Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DIKTA_1 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_1 Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

CHAU_1 Es sollte Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_4 Jeder Bürger sollte das Recht haben, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

AUS_1 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SEM_1 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DARW_1 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_1 Streiks gefährden den Betriebsfrieden.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

NS_1 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der
Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

*Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Begriffspaaren, was Ihnen auf den ersten Blick
rein gefühlsmäßig sympathischer ist. - auch wenn es sich nicht immer um Gegensätze han-
delt.*

ASKO_1 stetiger Wandel oder fest gefügte Verhältnisse

- 1 stetiger Wandel
- 2 fest gefügte Verhältnisse
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_2 Ruhe und Ordnung oder Bewegung und Neuerungen

- 1 Ruhe und Ordnung
- 2 Bewegung und Neuerungen
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_3 Veränderungsfreudigkeit oder Traditionsverbundenheit

- 1 Veränderungsfreudigkeit
- 2 Traditionsverbundenheit
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_4 neue Ideen oder altbewährte Anschauungen

- 1 neue Ideen
- 2 altbewährte Anschauungen
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_5 **festе Regeln oder Improvisation**

- 1 feste Regeln
- 2 Improvisation
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_6 **Erhaltung des Althergebrachten oder Reformen**

- 1 Erhaltung des Althergebrachten
- 2 Reformen
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_7 **überraschende Situationen oder klare, eindeutige Verhältnisse**

- 1 überraschende Situationen
- 2 klare, eindeutige Verhältnisse
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_8 **Einordnung und Unterordnung oder Aufbegehren**

- 1 Einordnung und Unterordnung
- 2 Aufbegehren
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

ASKO_9 **neue, bisher unbekante Dinge oder bekannte Dinge**

- 1 neue, bisher unbekante Dinge
- 2 bekannte Dinge
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

WSA_3 **Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im großen und ganzen eher gerecht zu oder geht es da im großen und ganzen eher ungerecht zu?**

- 1 eher gerecht
- 2 eher ungerecht
- 3 teils - teils
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

WSA_4 **Unabhängig davon, wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht, gibt es bevorzugte und benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen. Was meinen Sie: Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft stark benachteiligt, etwas benachteiligt, weder benachteiligt noch bevorzugt, etwas bevorzugt oder stark bevorzugt wird?**

- 1 stark benachteiligt
- 2 etwas benachteiligt
- 3 weder benachteiligt noch bevorzugt
- 4 etwas bevorzugt
- 5 stark bevorzugt
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

WSA_5 Wenn Sie für sich persönlich die Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe?

- 1 Gewinner
- 2 Verlierer
- 3 weder - noch
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

Ich lese Ihnen nun weitere Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

DIKTA_2 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

EFFI_2 Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

CHAU_2 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_2 **Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine vertreten.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

AUS_2 **Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_5 **Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SEM_2 **Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Juden dauernd das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_2 **Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DARW_2 **Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

ZUS_2 **Der Standort Deutschland muss vor der Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geschützt werden.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

NS_2 **Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GPWO1_1 **Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten?**

- 1 weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
- 2 mehr direkte Demokratie
- 3 Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- 4 mehr Sicherheit und Ordnung
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO1_2 Und welches Ziel erscheint Ihnen persönlich am zweitwichtigsten?

- 1 weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
- 2 mehr direkte Demokratie
- 3 Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- 4 mehr Sicherheit und Ordnung
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO1_3 Und welches Ziel kommt an dritter Stelle?

- 1 weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
- 2 mehr direkte Demokratie
- 3 Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- 4 mehr Sicherheit und Ordnung
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO1_4 Das vierte Ziel lautet:

- 1 weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
- 2 mehr direkte Demokratie
- 3 Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- 4 mehr Sicherheit und Ordnung

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen über Tätigkeiten im Beruf und im Alltag vor. Sagen Sie mir bitte, inwieweit Sie jeder dieser Aussagen zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Int: Die Fragen richten sich nicht nur an Erwerbstätige, da hier auch Tätigkeiten im Alltag bewertet werden können.

LEIST_1 Ich führe immer alle Aufgaben äußerst gründlich aus.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

LEIST_2 Wenn ein kniffliges Problem auftritt, knobele ich so lange daran, bis ich es gelöst habe.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

LEIST_3 **Ich setze mich auch gegen Widerstände durch.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

LEIST_4 **Durch Rückschläge lasse ich mich nicht entmutigen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

LEIST_5 **Ich bin sehr ehrgeizig.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

LEIST_6 **Wenn mir eine Arbeit misslungen ist, halte ich mich in Zukunft am liebsten von ähnlichen Aufgaben fern.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

Ich lese Ihnen nun noch einmal Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

DIKTA_3 Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen schaden dem Volksganzen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

EFFI_3 Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

CHAU_3 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_6 Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SEM_3 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_3 Heute ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nebensächlich geworden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mehr denn je aufeinander angewiesen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DARW_3 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

NS_3 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_3 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GPWO2_1 Ich nenne Ihnen noch einmal vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten?

- 1 mehr politische Stabilität und Kontinuität
- 2 mehr soziale Gleichheit
- 3 mehr Umweltschutz
- 4 mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO2_2 Und welches Ziel erscheint Ihnen persönlich am zweitwichtigsten?

- 1 mehr politische Stabilität und Kontinuität
- 2 mehr soziale Gleichheit
- 3 mehr Umweltschutz
- 4 mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO2_3 Und welches Ziel kommt an dritter Stelle?

- 1 mehr politische Stabilität und Kontinuität
- 2 mehr soziale Gleichheit
- 3 mehr Umweltschutz
- 4 mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPWO2_4 Das vierte Ziel lautet:

- 1 mehr politische Stabilität und Kontinuität
- 2 mehr soziale Gleichheit
- 3 mehr Umweltschutz
- 4 mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt

Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie. Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie.

DEMO_1 Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 sehr für die Idee der Demokratie
- 2 ziemlich für die Idee der Demokratie
- 3 etwas für die Idee der Demokratie
- 4 etwas gegen die Idee der Demokratie
- 5 ziemlich gegen die Idee der Demokratie
- 6 sehr gegen die Idee der Demokratie
- 7 weiß nicht
- 8 k.A.

Nun geht es um die Demokratie hier in der Bundesrepublik.

DEMO_2 Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 sehr zufrieden
- 2 eher zufrieden
- 3 eher unzufrieden
- 4 sehr unzufrieden
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 sehr zufrieden
- 2 eher zufrieden
- 3 eher unzufrieden
- 4 sehr unzufrieden
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Filter: Erwerbstätig

Nun ein paar Fragen zu Ihrer unmittelbaren Arbeitssituation. In welchem Maße treffen die folgenden Meinungen auf Ihre persönliche Arbeitssituation zu?

Nur an Erwerbstätige:

WSA_6 Mein jetziges Einkommen entspricht meiner Leistung.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_7 Der Stress bei meiner Arbeit belastet mich sehr.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_8 Meine Tätigkeit ist uninteressant.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_9 Bei Entscheidungen, die meine Arbeit betreffen, habe ich ausreichend
Mitspracherecht.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_10 Meine Leistung wird nicht anerkannt.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_11 Mein Verhältnis zu meinen Kollegen ist gut.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_12 Mein Verhältnis zu meinen Vorgesetzten ist gut.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

WSA_13 Ich habe keine Aufstiegsmöglichkeiten.
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 trifft voll und ganz zu
- 2 trifft eher zu
- 3 trifft eher nicht zu
- 4 trifft gar nicht zu
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Ich lese Ihnen nun noch einmal Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

EFFI_4 Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

CBAU_4 Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_4 **Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DIKTA_4 **Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

AUS_4 **Wer als Ausländer in Deutschland bleiben will, muss die deutsche Kultur übernehmen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SEM_4 **Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_4 Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu bestimmen haben wie die Unternehmer.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DARW_4 Wir betreiben zu viel Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_7 Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

NS_4 Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit ziehen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

Filter Gewerkschaftsmitglieder

Ich komme jetzt auf Ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft zurück:

Nur an Gewerkschaftsmitglieder:

GEW_2 Wie viele Jahre sind Sie schon Gewerkschaftsmitglied? Wenn Sie es mir nicht genau sagen können, genügt eine ungefähre Jahresangabe. Falls Sie von einer Gewerkschaft in eine andere übergewechselt sind, zählen Sie bitte alle Mitgliedsjahre zusammen.

- 1 TNZ (Nicht-Mitglieder)
- 1 Mitgliedschaftsdauer in Jahren
- 2 k.A.

Nur an Gewerkschaftsmitglieder:

GEW_3 In welcher Gewerkschaft sind Sie heute Mitglied?
(Int.: In eckigen Klammern sind frühere Gewerkschaften genannt, die dem Organisationsbereich heute zuzuordnen sind.)

- 1 TNZ (Nicht-Mitglieder)
- 1 IG Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU)
[Gewerkschaft Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft (GGLF)]
- 2 IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
[IG Bergbau und Energie (IGBE)
IG Papier, Chemie, Keramik (IG CPK)
Gewerkschaft Leder (GL)]
- 3 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- 4 IG Metall (IGM)
[Gewerkschaft Holz - Kunststoff (GHK)
Gewerkschaft Textil - Bekleidung (GTB)]
- 5 Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten (NGG)
- 6 Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- .7 Transnet
[Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)]
- 8 ver.di
[Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr (ÖTV)
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)
IG Medien
Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG)]
- 9 Deutscher Beamtenbund (DBB)
- 10 Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB)
- 11 sonstige
- 12 k.A.

Nur an Gewerkschaftsmitglieder:

GEW_10 Wie stark ist Ihre Bindung an die Gewerkschaft?
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mittel
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 k.A.

Nur an Gewerkschaftsmitglieder:

GEW_4 Üben Sie derzeit eine ehrenamtliche bzw. eine hauptamtliche Funktion in Ihrer Gewerkschaft aus?

- 1 TNZ (Nicht-Mitglieder)
- 1 ja, ehrenamtlich
- 2 ja, hauptamtlich
- 3 nein, übe keine Funktion aus
- 4 k.A.

Nur an Gewerkschaftsmitglieder, die derzeit keine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion ausüben:

GEW_5 Haben Sie früher einmal eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion ausgeübt?

- 1 TNZ (Nicht-Mitglieder, Mitglieder mit Funktion)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

GEW_6 Unabhängig einmal davon, ob Sie selbst Mitglied einer Gewerkschaft sind oder nicht: Ist jemand anderes in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

GEW_7 Waren bzw. sind Ihre Eltern Mitglied einer Gewerkschaft?

- 1 ja, Vater
- 2 ja, Mutter
- 3 ja, Vater und Mutter
- 4 nein
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

GEW_8 Sind Sie gegenwärtig Mitglied eines Betriebsrats bzw. Personalrats?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

GEW_9 Ist Ihr Freundeskreis überwiegend gewerkschaftlich orientiert?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht
- 3 k.A.

GEWVER **Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen oder nicht.**

- 1 vertraue überhaupt nicht
- 2 vertraue eher nicht
- 3 vertraue teilweise
- 4 vertraue weitgehend
- 5 vertraue voll und ganz
- 6 weiß nicht
- 7 k.A.

GEWINT **Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen.**

- 1 stehen Interessen vollständig entgegen
- 2 stehen Interessen teilweise entgegen
- 3 weder - noch
- 4 vertreten Interessen teilweise
- 5 vertreten Interessen vollständig
- 6 weiß nicht
- 7 k.A.

Ich lese Ihnen nun noch einmal Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

EFFI_5 **Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_5 **Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DIKTA_5 **Wahlen sind nur dann gut, wenn dadurch keine Linken an die Macht kommen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_5 **Tarifverträge für eine ganze Branche sind heute der falsche Weg. Allein betriebliche Lösungen helfen weiter.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

CHAU_5 **Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_6 **Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_8 **Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

AUS_5 **Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_7 **In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_9 **Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GPW03_1 **Ich nenne Ihnen jetzt noch einmal vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten?**

- 1 mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
- 2 stärkere Förderung der Leistungsträger
- 3 mehr Vaterlandsliebe
- 4 Beseitigung der Armut
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPW03_2 Und welches Ziel erscheint Ihnen persönlich am zweitwichtigsten?

- 1 mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
- 2 stärkere Förderung der Leistungsträger
- 3 mehr Vaterlandsliebe
- 4 Beseitigung der Armut
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPW03_3 Und welches Ziel kommt an dritter Stelle?

- 1 mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
- 2 stärkere Förderung der Leistungsträger
- 3 mehr Vaterlandsliebe
- 4 Beseitigung der Armut
- 5 weiß nicht
- 6 k.A.

GPW03_4 Das vierte Ziel lautet:

- 1 mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
- 2 stärkere Förderung der Leistungsträger
- 3 mehr Vaterlandsliebe
- 4 Beseitigung der Armut

KOAUS_1 Wie viele Ausländer bzw. ausländische Familien wohnen in Ihrer Wohnung?

- 1 in Wohnung wohnen überwiegend Ausländer
- 2 in Wohnung wohnen viele Ausländer
- 3 in Wohnung wohnen einige Ausländer
- 4 in Wohnung wohnen keine bzw. so gut wie keine Ausländer
- 5 k.A.

Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, und zwar...

KOAUS_2 in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

KOAUS_3 an Ihrem Arbeitsplatz?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

KOAUS_4 in Ihrer Nachbarschaft?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

KOAU5_5 in Ihrem sonstigen Freundes- oder Bekanntenkreis?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

Ich lese Ihnen nun noch einmal Sätze vor, die man schon irgendwann einmal gehört hat. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen. Der Wert 1 heißt, dass Sie "überhaupt nicht zustimmen", der Wert 7 heißt, dass Sie "voll und ganz zustimmen". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

SOZ_8 Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DARW_5 Geisteskranken sollte man verbieten, Kinder zu bekommen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GEW_GBS Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen beschränken. Sie sollten sich auch gesellschaftspolitisch engagieren.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

EFFI_6 Die gewählten Volksvertreter bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

NS_5 **Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens genauso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_9 **Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SEM_5 **Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOZ_10 **Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

GBS_6 **Arbeitnehmerinteressen brauchen eine starke Organisation.**

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

DEMO_10 Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den
Sonderinteressen des Einzelnen stehen.

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 stimme voll und ganz zu
- 8 weiß nicht
- 9 k.A.

SOBTW Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, welche Partei
würden Sie dann wählen?

- 1 TNZ (unter 18 Jahren)
- 1 CDU
- 2 CSU
- 3 SPD
- 4 FDP
- 5 Bündnis 90/Die Grünen
- 6 PDS
- 7 Partei Rechtsstaatliche Offensive ("Schill-Partei")
- 8 Republikaner
- 9 DVU
- 10 NPD
- 11 andere Partei
- 12 würde nicht wählen
- 13 bin nicht wahlberechtigt
- 14 weiß nicht
- 15 k.A.

RECBTW Wie war das bei der Bundestagswahl 2002 im September letzten Jahres:
Welche Partei haben Sie damals gewählt?

- 1 TNZ (unter 18 Jahren)
- 1 CDU
- 2 CSU
- 3 SPD
- 4 FDP
- 5 Bündnis 90/Die Grünen
- 6 PDS
- 7 Partei Rechtsstaatliche Offensive ("Schill-Partei")
- 8 Republikaner
- 9 NPD
- 10 andere Partei
- 11 habe nicht gewählt
- 12 war (noch) nicht wahlberechtigt
- 13 weiß nicht
- 14 k.A.

BESTAR Wenn Sie jetzt einmal an die Wahlen denken, an denen Sie bisher
teilgenommen haben: Haben Sie da immer für dieselbe Partei gestimmt
oder haben Sie sich auch schon einmal für eine andere Partei
entschieden?

- 1 immer dieselbe Partei gewählt
- 2 auch mal andere Partei(en) gewählt
- 3 noch nie gewählt
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

BEREIT Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

BULA In welchem Bundesland wohnen Sie?

- 1 Schleswig-Holstein
- 2 Hamburg
- 3 Niedersachsen
- 4 Bremen
- 5 Nordrhein-Westfalen
- 6 Hessen
- 7 Rheinland-Pfalz
- 8 Baden-Württemberg
- 9 Bayern
- 10 Saarland
- 11 Berlin-West
- 12 Berlin-Ost
- 13 Brandenburg
- 14 Mecklenburg-Vorpommern
- 15 Sachsen
- 16 Sachsen-Anhalt
- 17 Thüringen

WOEN Wo haben Sie vor der Wiedervereinigung gewohnt?

- 1 in der BRD (einschl. Berlin-West)
- 2 in der DDR (einschl. Berlin-Ost)
- 3 sonstiges

STABUE Welche Staatsbürgerschaft haben Sie?

Forsa-Routine einfügen <<<<

GES Geschlecht

- 1 männlich
- 2 weiblich

ALTQ Geburtsjahr

Jahr

erwer Sind Sie zur Zeit erwerbstätig?

- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

bstel Welche berufliche Stellung trifft auf Sie zu?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 Selbständige(r) Landwirt(in) bzw. Genossenschaftsbauer
- 2 Akademiker in freiem Beruf
- 3 Selbständig (Handel, Handw., Indust., Dienstl.), PGH-Mitglied
- 4 Beamter, Beamtin, Richter(in), Berufssoldat(in)
- 5 Angestellte(r)
- 6 Arbeiter(in)
- 7 in Ausbildung
- 8 Mithelfende(r) Familienangehörige(r)
- 9 k.A.

anges Welches der folgenden Tätigkeitsmerkmale trifft auf Ihre Arbeit am ehesten zu?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig, alle Berufe außer Angestellte)
- 1 einfache Tätigkeit (z.B. Verkäufer(in), Kontorist(in), Steno
- 2 nach Anweisung selbständig erledigte, schwierige Tätigkeit (
- 3 verantwortliche Tätigkeit mit selbständiger Leistung (z.B. w
- 4 mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnisse
- 5 k.A.

beamt Sind Sie im einfachen, mittleren, gehobenen oder höheren Dienst tätig?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig, alle Berufe außer Beamte)
- 1 einfacher Dienst (bis einschl. Oberamtsmeister(in))
- 2 mittlerer Dienst (von Assistent(in) bis einschl. Hauptsekret
- 3 gehobener Dienst (von Inspektor(in) bis einschl. Oberamtsrat
- 4 höherer Dienst, Richter(in) (von Regierungsrat/-rätin aufwär
- 5 k.A.

arbei Welches der folgenden Tätigkeitsmerkmale trifft auf Ihre Arbeit am ehesten zu?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig, alle Berufe außer Arbeiter)
- 1 ungelernt
- 2 angelernt
- 3 Facharbeiter(in)
- 4 Vorarbeiter(in), Kolonnenführer(in)
- 5 Meister(in), Polier(in), Brigadier(in)
- 6 k.A.

nerwe Sagen Sie mir bitte, zu welcher der folgenden Gruppen Sie gehören.

- 1 TNZ (Erwerbstätige)
- 1 Schüler(in)
- 2 Student(in)
- 3 Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand
- 4 Arbeitslos
- 5 Hausfrau/Hausmann
- 6 Wehr-, Zivildienstleistender
- 7 aus anderen Gründen nicht erwerbstätig
- 8 sonstiges
- 9 k.A.

schul Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie bzw. streben Sie an?

- 1 ohne Haupt-/Volksschulabschluss
- 2 Haupt-/Volksschulabschluss
- 3 Realschulabschluss (Mittlere Reife)
- 4 Abschluss der Polytechnischen Oberschule (8./10.Klasse)
- 5 Fachhochschulreife
- 6 allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur
- 7 Fach/Hochschulstudium
- 8 anderer Schulabschluss
- 9 k.A.

NEINK_1 Wie hoch ist Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen insgesamt? Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Ihrem Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch Ihre Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstigen Einkünften hinzu.?

**INT: HIER SOLL NACH DEM PERSÖNLICHEN NETTOEINKOMMEN DES BEFRAGTEN GEFRAGT WERDEN; NICHT NACH DEM HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN!
Kategorien nicht vorlesen!**

- 1 unter 500 EURO
- 2 500 bis unter 800 EURO
- 3 800 bis unter 1.100 EURO
- 4 1.100 bis unter 1.500 EURO
- 5 1.500 bis unter 2.000 EURO
- 6 2.000 bis unter 2.500 EURO
- 7 2.500 bis unter 3.000 EURO
- 8 3.000 bis unter 3.500 EURO
- 9 4.000 EURO und mehr
- 10 k.A.

Falls Frage nach NEINK verweigert:

NEINK_2 Ihre Angabe wird - wie auch alle anderen Angaben in diesem Interview - selbstverständlich anonym gehalten. Es würde uns helfen, wenn Sie zumindest die Einkommensgruppe nennen könnten, zu der Sie gehören. Bitte sagen Sie mir einfach, in welchen der folgenden Einkommensgruppen Ihr Nettoeinkommen fällt.

INT: KATEGORIEN VORLESEN

- 1 unter 500 EURO
- 2 500 bis unter 800 EURO
- 3 800 bis unter 1.100 EURO
- 4 1.100 bis unter 1.500 EURO
- 5 1.500 bis unter 2.000 EURO
- 6 2.000 bis unter 2.500 EURO
- 7 2.500 bis unter 3.000 EURO
- 8 3.000 bis unter 3.500 EURO
- 9 4.000 EURO und mehr
- 10 k.A.

SCHI_1 Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu?
Int: Bitte vorlesen:

- 1 Arbeiterschicht
- 2 Mittelschicht
- 3 Oberschicht
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

SCHI_2 Rechnen Sie sich dabei eher zum unteren Teil, zum Durchschnitt oder zum oberen Teil?

- 1 unterer Teil
- 2 Durchschnitt
- 3 oberer Teil
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

SCHI_3 Und wenn Sie das mit Ihrem Elternhaus vergleichen, würden Sie dann sagen, Sie selbst gehören einer niedrigeren Schicht, der gleichen oder einer höheren Schicht als Ihre Eltern an?

- 1 niedrigere Schicht
- 2 gleiche Schicht
- 3 höhere Schicht
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

BRA In welchem Wirtschaftszweig sind Sie tätig?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
- 2 Baugewerbe
- 3 Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichtenübermittlung
- 4 Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung
- 5 Öffentliche und private Dienstleistungen
- 6 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Tierhaltung
- 7 Sonstiges
- 8 k.A.

Int.: Falls Unklarheit über die Zuordnung besteht, bitte folgende Liste benutzen:

1. Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
Hierzu zählt die Herstellung von Waren jeglicher Art, verarbeitendes Gewerbe in Ernährung, Textil, Holz, Glas, Metall, Chemie, Maschinen- u. Fahrzeugbau, Energie- und Wasserversorgung etc., Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erde)
2. Baugewerbe
Hoch- und Tiefbau, Straßenbau, Installateure (Elektro, Gas, Wasser, Heizung etc.), Stukkateure, Bautischler, Maler und Glaser, Fliesenleger
3. Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichtenübermittlung
Einzelhandel mit Gütern jeglicher Art (Mitarbeiter in Läden, Geschäften, Supermärkten, Apotheken, Tankstellen etc.), Großhandel, Hotel- und Gastronomiegewerbe (Hotels, Kneipen, Restaurants, Kantinen, Cartering-Service), Telekommunikation, Eisenbahnen, Taxigewerbe, Luftfracht, Lager und Kühlhäuser, Schifffahrt, Parkhäuser, Reisebüros und Veranstalter, Post und Paketdienste
4. Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung
Bank, Kredit, Versicherung, Bausparkassen, Leihhäuser, Grundstücks- und Wohnungswesen, Management, Ingenieur- und Architektenbüros, Werbung, Forschung u. Entwick-

- lung, Steuer-, Rechts- und Unternehmensberatung, Marktforschung, Vermietung/Leasing, Reinigungsfirmen, Personen- und Objektschutz
5. Öffentliche und private Dienstleistungen
Öffentliche Verwaltung (Ämter, Behörden), Gerichte, Verteidigung, Sozialversicherungsanstalten, Erziehung (Schulen, Lehrer, Kindergärten, Kindergruppen, Universität), Gesundheit (Krankenhäuser, Ärzte, Heilpraktiker, Tierärzte, Sanitäter), Soziales (Pflege, Wohlfahrtsverbände, Alten-, Pflege-, Behindertenheime etc.), Parteien, Organisation, Verbände, Interessenvertretungen, Wirtschaftsförderung, Kultur (Museen, Theater, Kino, Zoo, Gärten), Bibliotheken, Sport, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Kirchen, Wäschereien, Friseurgewerbe, Kosmetiksalons, Bäder, Saunas, Solarien, Fitness, Bestattungsinstitute, Ehevermittlung, Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, Arbeitsvermittlung
6. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Tierhaltung etc.
7. Sonstiges
8. k.A.

Nur an Erwerbstätige:

OED Sind Sie im öffentlichen Dienst beschäftigt?

- | | |
|----|--------------------------|
| -1 | TNZ (nicht erwerbstätig) |
| 1 | ja |
| 2 | nein |
| 3 | k.A. |

Nur an Erwerbstätige:

BETGR Wie viele Beschäftigte arbeiten in Ihrem Betrieb/in Ihrer Dienststelle?

- | | |
|----|--------------------------|
| -1 | TNZ (nicht erwerbstätig) |
| 1 | 1 bis 9 |
| 2 | 10 bis 49 |
| 3 | 50 bis 99 |
| 4 | 100 bis 499 |
| 5 | 500 bis 999 |
| 6 | 1000 und mehr |
| 7 | weiß nicht |
| 8 | k.A. |

Nur an Erwerbstätige:

BEFR Ist Ihr derzeitiges Arbeitsverhältnis befristet oder unbefristet?

- | | |
|----|--------------------------|
| -1 | TNZ (nicht erwerbstätig) |
| 1 | befristet |
| 2 | unbefristet |
| 3 | k.A. |

Nur an Erwerbstätige:

VZTZ Wie ist Ihre derzeitige Beschäftigungssituation?
(Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- | | |
|----|--|
| -1 | TNZ (nicht erwerbstätig) |
| 1 | vollzeit beschäftigt |
| 2 | teilzeit beschäftigt mit 15 Wochenstunden und mehr |
| 3 | teilzeit beschäftigt unter 15 Wochenstunden |
| 4 | sonstiges |
| 5 | k.A. |

Nur an Erwerbstätige:

ARBWECH Haben Sie in der letzten Zeit Ihren Arbeitsplatz bzw. Ihr berufliches Aufgabengebiet ein- oder mehrmals gewechselt, so dass sich die Art Ihrer Tätigkeit grundlegend verändert hat?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

ARBSICH Befürchten Sie, in naher Zukunft arbeitslos zu werden bzw. Ihre berufliche Existenz zu verlieren?

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

TAET_1 Welche der folgenden Tätigkeitsmerkmale treffen auf Ihre Arbeit zu? (Int.: Antwortvorgaben vorlesen!)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 Überwiegend körperliche Tätigkeit
- 2 etwa gleichermaßen körperliche und geistige Tätigkeit
- 3 Überwiegend geistige Tätigkeit
- 4 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

TAET_2 In welchem Umfang wenden Sie bei Ihrer persönlichen Arbeit moderne Steuerungs- oder Informations- und Kommunikationstechnologien an? Tun Sie das immer, sehr häufig, häufig, gelegentlich, selten oder nie? (Int.: gemeint sind computergestützte Programmsteuerung, Datenerfassung, Datenübertragung, Informationsverarbeitung etc.)

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 immer
- 2 sehr häufig
- 3 häufig
- 4 gelegentlich
- 5 selten
- 6 nie
- 7 k.A.

Gegenwärtig wird viel von Modernisierungen oder Flexibilisierungen in der Arbeitswelt gesprochen. Jetzt möchte ich von Ihnen wissen, welche der folgenden Veränderungen auf Sie zutreffen:

Nur an Erwerbstätige:

MOD_1 In meiner Arbeit habe ich bereits mit flexiblen Arbeitszeitmodellen wie Arbeitszeitkonten, freie Entscheidung über Dauer und Lage der Arbeitszeit oder Arbeitszeit nach Auftragslage des Unternehmens zu tun.

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

MOD_2 Ich war bereits selbst an einer Form von Gruppenarbeit mit mehr Entscheidungsbefugnissen und Verantwortungen der Beschäftigten beteiligt.

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

MOD_3 In den letzten Jahren hat sich meine Erwerbsform wesentlich verändert: Ich bin Leiharbeiter, freier Mitarbeiter, Vertragsarbeiter oder selbständiger Subunternehmer geworden.

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 ja
- 2 nein
- 3 weiß nicht
- 4 k.A.

Nur an Erwerbstätige, falls MOD_1, 2 oder 3 = "ja":

MOD_4 Nun sagen Sie mir bitte, ob Sie bei der Einführung dieser Veränderungen, über die wir gerade gesprochen haben, genügend, einige oder überhaupt keine Mitbestimmungsmöglichkeiten hatten.

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig; MOD_1, 2 oder 3 ≠ "ja")
- 1 hatte genügend Mitbestimmungsmöglichkeiten
- 2 hatte einige Mitbestimmungsmöglichkeiten
- 3 hatte überhaupt keine Mitbestimmungsmöglichkeiten
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

Nur an Erwerbstätige:

MOD_5 Unabhängig davon, ob solche Veränderungen in Ihrem Arbeitsbereich bereits eingeführt worden sind, sagen Sie mir bitte, ob Sie solche Veränderungen für sich selbst eher als Chance oder eher als Bedrohung empfinden.

- 1 TNZ (nicht erwerbstätig)
- 1 eher als Chance
- 2 eher als Bedrohung
- 3 teils-teils
- 4 weiß nicht
- 5 k.A.

REL_1 Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

- 1 der evangelischen Kirche
- 2 einer evangelischen Freikirche
- 3 der römisch-katholischen Kirche
- 4 einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft
- 5 einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft
- 6 keiner Religionsgemeinschaft
- 7 k.A.

REL_2 Wie oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche?

- 1 TNZ
- 1 jeden Sonntag
- 2 fast jeden Sonntag
- 3 ab und zu
- 4 einmal im Jahr
- 5 seltener
- 6 nie
- 7 k.A.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W./Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York: Harper & Row 1950.
- Adorno, Theodor W.: *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1970.
- Adorno, Theodor W.: *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1973.
- Ahlheim, Klaus/Bardo Heger: *Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 1999.
- Ajzen, Icek: *Beliefs*, in: Antony S. R. Manstead/Miles Hewstone (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Social Psychology*, Cambridge: Blackwell 1995, S. 88-89.
- Altemeyer, Bob: *Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism*, San Francisco u.a.: Jossey-Bass 1988.
- Altemeyer, Bob: *Right-Wing Authoritarianism*, Winnipeg: The University of Manitoba Press 1981.
- Artus, Helmut M.: *Autoritäre Persönlichkeit. Zur Aktualität eines Konzepts*, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften 2003.
- Arzheimer, Kai/Jürgen W. Falter: *Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens*, in: Dieter Fuchs u.a. (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 85-107.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl. (Neuausgabe), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996.
- Barbier, Jean-Claude: *A Comparative Analysis of 'Employment Precariousness' in Europe*, in: Marie-Thérèse Letablier (Hrsg.), *Learning from Employment and Welfare Policies in Europe 2004*, S. 7-18, (<http://www.xnat.org.uk/SeminarPubs.html>).
- Barnes, Samuel H./Barbara G. Farah/Felix Heunks: *Personal Dissatisfaction*, in: Samuel H. Barnes u.a., *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills/London: Sage 1979, S. 381-407.
- Barnes, Samuel H./Max Kaase: *Beeinflussbarkeit des politischen Systems*, in: Angelika Glöckner-Rist/Peter Schmidt (Hrsg.), *ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0*, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 1999.
- Barnes, Samuel H./Max Kaase u.a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills/London: Sage 1979.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1986.
- Beerhorst, Joachim: *"Das Problem haben wir nicht"? – Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gegen Rassismus*, unveröffentl. Manuskript 2001
- Benninghausen, Hans: *Deskriptive Statistik*, Stuttgart: Teubner 1982.
- Benz, Wolfgang: *Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen - Zusammenhänge - Wirkungen*, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1989, S. 9-37.
- Berger, Peter A.: *Kontinuitäten und Brüche. Herausforderungen für die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung im 21. Jahrhundert*, in: Barbara Orth/Thomas Schwietring/Johannes Weiß (Hrsg.), *Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven*, Opladen: Leske+Budrich 2003, S. 473-490.

- Bergmann, Joachim/Erwin Bürckmann/Hartmut Dabrowski: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2002, H. 4, S. 1-89.
- Bertl, Walter/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider: Arbeitnehmerbewusstsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989.
- Bibouche, Seddik/Josef Held: IG-Metall-Jugendstudie. Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Marburg: Schüren 2002.
- Birsl, Ursula u.a.: Jugendlischer Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen: Leske+Budrich 1995.
- Birsl, Ursula/Svenja Ottens/Katrin Stürhan: Männlich - weiblich, türkisch - deutsch: Lebensverhältnisse und Orientierungen von Industriebeschäftigten, Opladen: Leske+Budrich 1999.
- Birsl, Ursula: Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie, Opladen: Leske+Budrich 1994.
- Bitzan, Renate: Selbstbilder rechter Frauen zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen: edition diskord 2000.
- Bloch, Ernst: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972, S. 182-204.
- Brähler, Elmar/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.): Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.
- Brähler, Elmar/Hans-Jürgen Wirth: Gewerkschaftsmitglieder und Nichtorganisierte im Vergleich, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 88-108.
- Brumlik, Micha: Nationalsozialismus, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 286-289.
- Bühl, Achim/Peter Zöfel: Erweiterte Datenanalyse mit SPSS. Statistik und Data Mining, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002.
- Butterwegge, Christoph: Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske+Budrich 1998, S. 147-161.
- Butterwegge, Christoph: Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Butterwegge u.a., Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 9-53.
- Butterwegge, Christoph: Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus - die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge/Rudolf Hickel/Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin: Elefanten Press 1998, S. 121-159.
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. 2001, H. 11-12, S. 726-730.
- Christie, Richard/Marie Jahoda (Hrsg.): Studies in the Scope and Method of The Authoritarian Personality. Continuities in Social Research, Glencoe: The Free Press 1954.
- Converse, Philip E.: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964, S. 206-261.

- Dammann, Claudia: DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotenzials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin: Elefanten Press 1999, S. 201-226.
- Deinert, Rudolf Günter: Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl, St. Augustin: Gardez!-Verlag 1997.
- Deppe, Wilfried: Drei Generationen Arbeiterleben, Frankfurt/M. u.a.: Campus 1982.
- Deth, Jan W. van: Interest in Politics, in: Kent M. Jennings u.a.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 275-312.
- Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Red. Dieter Pougin, Berlin: DGB-Bundesvorstand 2000.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hrsg.): DGB-Trendbarometer 2004. I+P Informationen und Positionen der Grundsatzabteilung. Ausgabe 15, Okt. 2004.
- DGB Bildungswerk Thüringen: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, <http://baustein.dgb-bwt.de/>, eingesehen am 13.09.2004.
- Dicke, Klaus/Michael Edinger/Karl Schmitt: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Thüringer Landtag, 3. Wp., Drs. 3/1106 v. 16.11.2000, Anlage.
- Dijk, Teun A. van: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, in: Rassismus und Migration in Europa, Argument-Sonderband AS 201, Hamburg: Argument-Verlag 1992, S. 289-313.
- Dörre, Klaus: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen - Auswirkungen - Gegenstrategien, in: Alex Demirovic/Joachim Beerhorst/Michael Guggemos (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 2004, S. 289-317.
- Dörre, Klaus: Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 166-194.
- Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper & Brothers 1957; dt.: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: Mohr 1968.
- Druwe, Ulrich (mit Susanne Martino): "Rechtsextremismus". Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 66-80.
- Durkheim, Emile: Der Selbstmord, Neuwied: Luchterhand 1973.
- Eagly, Alice H./Shelly Chaiken: Attitude Structure and Function, in: Daniel T. Gilbert u.a. (Hrsg.), The Handbook of Social Psychology, Bd. 1, Boston usw.: McGraw-Hill 1998, S. 269-322.
- Falter, Jürgen W. (mit Markus Klein): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München: Beck 1994.
- Falter, Jürgen W./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

- Falter, Jürgen W./Markus Klein: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1994, B 51-52, S. 22-34.
- Falter, Jürgen W.: Politischer Extremismus, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 403-433.
- Felber, Wolfgang: Eliteforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart: Teubner 1986.
- Fest, Joachim: War Adolf Hitler ein Linker?, in: Die Tageszeitung v. 27./28.9.2003, S. 13.
- Fichter, Michael/Jochen Gester/Bodo Zeuner: Externe Herausforderungen - Interne Problemlagen - Zukunftsoptionen: Eine internationale Perspektive, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Zukunft der Gewerkschaften. Zwei Literaturstudien, Arbeitspapier 44, Düsseldorf: 2001, S. 113 - 186.
- Fishbein, Martin: A Consideration of Beliefs, and the Role in Attitude Measurement, in: Martin Fishbein (Hrsg.), Readings in Attitude Theory and Measurement, New York u.a.: John Wiley 1967, S. 257-266.
- Flanagan, Scott C.: Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81. Jg. 1987, Nr. 4, S. 1303-1319.
- Flecker, Jörg/Gudrun Hentges: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa - sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier u.a. (Hrsg.), Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg: VSA-Verlag 2004, S. 119-149.
- Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Forschung: ein Handbuch, Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2000.
- Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl. Eine Analyse der 4. Direktwahl zum Europaparlament 9. bis 12. Juni 1994, Mannheim 1994.
- Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992, Mannheim 1992.
- Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 24. März 1996, Mannheim 1996.
- Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990, Mannheim 1990.
- Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. September 1994, Mannheim 1994.
- Freyhold, Michaela von: Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1971.
- Fröhlich, Dieter u.a.: Gewerkschaften vor den Herausforderungen der neunziger Jahre, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989. Der Bericht erschien in der ersten Fassung bereits 1987 in der Grauen Reihe der Hans-Böckler-Stiftung.
- Fromm, Erich: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearb. u. hrsg. v. Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980.
- Fromm, Erich: Die Furcht vor der Freiheit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1980.
- Fromm, Erich: Sozialpsychologischer Teil, in: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris: Librairie Felix Alcan 1936.

- Fuchs, Dieter/Steffen M. Kühnel: Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 217-252.
- Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann: The Left-Right-Schema, in: M. Kent Jennings u.a.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 203-234.
- Fuchs, Dieter: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 81-113.
- Fuchs, Marek/Siegfried Lamnek/Ralf Wiederer: Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Opladen: Leske+Budrich 2003.
- Funke, Hajo: Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus, Göttingen: Lamuv 1993.
- Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin: Hans Schiler 2002.
- Gabriel, Oscar W./Katja Neller: Einleitung: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 9-38.
- Gabriel, Oscar W.: Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 41-77.
- Gabriel, Oscar W.: Einleitung: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Transitionsprozess, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 9-33.
- Gallie, Duncan/Serge Paugam: Social Precarity and Social Integration, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities 2003.
- Giessen, Hans W.: Der Mythos vom Strohfeuer. Poptexte belegen eine fast 15jährige Tradition des neuen Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 115-135.
- Gill, Bernhard: Organisierte Gewalt als "dunkle Seite" der Modernisierung. Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus, in: Soziale Welt, 53. Jg. 2002, H. 1, S. 49-65.
- Götz, Norbert: Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie, 26. Jg. 1997, H. 6, S. 393-413.
- Gramson, William A.: Power and Discontent, Homewood: Dorsey Press 1968.
- Greiffenhagen, Sylvia: Politische Sozialisation, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 407-418.
- Gurr, Ted Robert: Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf-Wien: Econ 1972.
- Hahn, Reinhard/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, IG Metall-Vorstand, Abt. Jugend (Hrsg.), Sonderdruck IDEEN, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1997

- Hälker, Juri: Betriebsräte in Rollenkonflikten. Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, München und Mering: Rainer Hampp Verlag 2004
- Haller, Max/Markus Hadler: Wer hat von den politischen Reformen der 90er Jahre profitiert? Modernisierungsgewinner und -verlierer in Ost und Westeuropa und den USA, in: Europäische Rundschau, 30 Jg. 2002, H.1, S. 115-127.
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 2003, S. 497-534.
- Heitmeyer, Wilhelm: Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 29-69.
- Heitmeyer, Wilhelm: Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg. 1992, H. 10, S. 620-633.
- Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München: Juventa 1987.
- Held, Josef /Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: "Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst...". Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992 (DISS-Texte Nr. 18).
- Held, Josef/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis: Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen: Leske+Budrich 1996.
- Hennig, Eike: Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1991.
- Hennig, Eike: Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 339-380.
- Hentges, Gudrun/Jörg Flecker: Flexible Arbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 2004, H. 3, S. 50-52.
- Hentges, Gudrun/Malte Meyer: Right-Wing Extremist Attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism, Wien/Köln: USB-Publishing 2003.
- Herz, Thomas A.: Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten, Meisenheim a. Glan: Hain 1975.
- Hippler, G./K. Krüger (1999): Leistungsorientierung von Angestellten, in: Angelika Glöckner-Rist/Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Das rechte Einstellungspotenzial in der deutschen Jugend, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 121-137.

- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P.: Objektive Schichtmerkmale bei Umfragedaten, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986. Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 503-506.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H./Alfons J. Geis: Berufsklassifikationen und Messung des beruflichen Status/Prästige, in: ZUMA-Nachrichten, 27. Jg. 2003, H. 52, S. 125-138.
- Hofstadter, Richard: The Pseudo-Conservative Revolt, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right. The New American Right - Expanded and Updated, Garden City: Anchor Books 1964, S. 75-95.
- Hopf, Wulf: Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 93-118.
- Horn, Hans-Werner: No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg. 1995, H. 8, S. 484-496.
- Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend, Weinheim u.a.: Juventa 1994.
- Hurwitz, Jon/Mark Peffley: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: American Political Science Review, 81. Jg. 1997, H. 4, S. 1099-1120.
- Hyman, Richard: Understanding European Trade Unionism. Between Market, Class & Society, London: Sage 2001
- IG BAU, Bau auf mich!, <http://www.bau-auf-mich.de/fset.htm>, eingesehen am 13.09.2004.
- IG BCE, Bundesjugendausschuss: Toleranz – was ist damit gemeint? [http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=\\$w&n=08&the_id=02](http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=$w&n=08&the_id=02), eingesehen am 13.09.2004
- Jaerisch, Ursula: Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie, Frankfurt a. Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975.
- Jäger, Siegfried: Brandsätze. Rassismus im Alltag, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992.
- Jagodzinski, Wolfgang/Steffen M. Kühnel: Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 449-471.
- Jahn, Peter: Einleitung, in: Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde (Hrsg.), Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Köln: Bund-Verlag 1988.
- Jahoda, Marie/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1978.
- Jaschke, Hans-Gerd: Ethnisierungsprozesse in der Arbeitswelt und ihre politischen und sozialen Folgen, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 232-247.
- Jaschke, Hans-Gerd: Fremdenfeindliche Tendenzen in der Polizei. Anmerkungen zu einem umstrittenen Phänomen, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske+Budrich 1998, S. 191-209.
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994.

Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996 (Buchhandelsausg.: Nomos, Baden-Baden).

Jugend in der IG BCE – Toleranz, [http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=\\$w&n=08&the_id=03](http://www.igbce-jugend.de/toleranz/toleranz.php?w=$w&n=08&the_id=03), eingesehen am 13.09.2004

Kaase, Max/Alan Marsh: Political Action. A Theoretical Perspective, in: Samuel H. Barnes u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979, S.27-56.

Kaase, Max/Wilhelm Bürklin (1999): Demokratie-Skala, in: Angelika Glöckner-Rist/Peter Schmidt (Hrsg.), ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

Kaase, Max: Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur. Eine Arbeit der Infra-test Wirtschaftsforschung GmbH, Stuttgart u.a.: Kohhammer 1978.

Kellershohn, Helmut: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1994, S. 17-50.

Kern, Horst/Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1970.

Klein, Markus/Jürgen W. Falter: Die dritte Welle rechtsextremer Wählerfolge in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S.288-312.

Kliche, Thomas: Interventionen, Evaluationsmaßstäbe und Artefaktbildung. Zehn Thesen zur Konstruktion von Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 57-84.

Klingemann, Hans D./Franz U. Pappi: Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien: Oldenbourg 1972.

Klönne, Arno: Aufstand der Modernisierungsoffer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34. Jg. 1989, H. 5, S. 545-548.

Kluckhohn, Clyde u.a.: Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.): Toward a General Theory of Action, Cambridge: Harvard University Press 1951, S. 388-433.

Knutsen, Oddbjørn: Value Orientations, Political Conflicts and the Left-Right Identification, in: European Journal of Political Research, 27. Jg. 1995, H. 5, S. 63-93.

Koschnick, Wolfgang J.: Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften, Bd.1, München: Saur 1984.

Krebs, Dagmar: Subjektive Schichtwahrnehmung in der Umfrageforschung, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986. Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 507-511.

Küchler, Manfred: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 248-262.

- Kühnl, Reinhard: Der Einfluss rechtsradikalen Gedankenguts auf die Arbeitnehmer, in: Blick nach rechts, Sonderausgabe 7, September 1982 (hrsg. v. Presseausschuss Demokratische Initiative, PDI).
- Kurz-Scherf, Ingrid/Bodo Zeuner: Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. 2001, H. 3, S. 147-160.
- Lederer, Gerda: Die "Autoritäre Persönlichkeit": Geschichte einer Theorie, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.), Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske+Budrich 1995, S. 25-58.
- Leggwie, Claus: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin: Rotbuch 1987.
- Leggwie, Claus: Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten, Berlin: Rotbuch 1989.
- Leggwie, Claus: Gewerkschaftshäuser zu Fluchtbürgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg. 1991, H. 12, S. 1433-1434.
- Lehnert, Detlef: Sozialismus (Begriffsgeschichte), in: Thomas Meyer u.a. (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, Köln: Bund-Verlag 1986, S. 561-564.
- Leiprecht, Rudolf u.a.: Jugendliche und Rechtsextremismus. Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 1992 (Manuskripte 68).
- Lepsius, M. Rainer: Generation, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 162-165.
- Liepelt, Klaus: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg. 1967, H. 1, S. 237-271.
- Linz, Juan: Totalitäre und autoritäre Regime, in: Reinhard Krämer (Hrsg.), Postdamer Textbücher Bd. 4, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2000.
- Lipset, Seymour M.: Political Man, Garden City: Doubleday 1960.
- Lipset, Seymour M.: Political Man. The Social Basis of Politics, Expanded Edition, Baltimore: Johns Hopkins 1981.
- Lipset, Seymour M.: Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin: Luchterhand 1962.
- Lipset, Seymour M.: The Sources of the 'Radical Right', in: Daniel Bell, The New American Right, New York: Criterion Books 1955, S. 307-371.
- Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch-Verlag 1994.
- Lucifero, Angelo: Statt Sozialneid und Rassismus. Gleichbehandlung und Solidarität, Workshop Flexible Arbeit, Prekarisierung, Ausgrenzung – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? 16.-17. April 2004, FiAB Bochum.
- Lutz, Hermann: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg. 1989, H. 9, S. 577-584.
- Lutz, Hermann: Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen: Klartext 1990, S. 290-300.
- Mayer-Ahuja, Nicole: Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973, Berlin: edition sigma 2003.

- Miki-Horke, Gertraude: *Industrie- und Arbeitssoziologie*, München u.a.: R. Oldenbourg 1997.
- Minar, David W.: *Ideology and Political Behavior*, in: *Midwest Journal of Political Science*, 5. Jg. 1961, H. 4, S. 317-331.
- Möller, Kurt: *Gewalt und Rechtsextremismus. Konturen - Erklärungsansätze - Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen*, in: Kurt Möller/Siegfried Schiele (Hrsg.), *Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 1996, S. 12-50.
- Möller, Renate/Wilhelm Heitmeyer: *Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen*, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 168-190.
- Müller, Walter: *Ungleichheitsstrukturen im vereinten Deutschland*, in: Walter Müller (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik*, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 13-42.
- Neller, Katja/Oscar W. Gabriel: *Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland: Die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998*, in: Markus Klein u.a. (Hrsg.), *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 542-563.
- Neller, Katja: *Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998*, in: *ZA-Informationen* 2000, H. 47, S. 29-35.
- Niedermayer, Oskar/Bettina Westle: *A Typology of Orientations*, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hrsg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford/New York: Oxford University Press 1995, S. 33-50.
- Niedermayer, Oskar/Richard Stöss: *Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg*, Arbeitspapier, Juli 2000, URL: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002>.
- Niedermayer, Oskar: *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Erp Ring: *Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984*, Bonn: Der Bundesminister des Inneren 1984.
- Noll, Heinz-Herbert: *Subjektive Schichtestufung. Aktuelle Befunde zu einer traditionellen Frage*, in: Wolfgang Glatzer/Ilona Ostner (Hrsg.), *Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen*, Opladen: Leske+Budrich 1999, S. 148-162.
- Oesterreich, Detlef: *Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale*, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 29. Jg. 1998, H. 1, S. 56-64.
- Oesterreich, Detlef: *Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion*, Opladen: Leske+Budrich 1996.
- Oertzen, Peter v.: *Sozialismus*, in: Thomas Meyer u.a. (Hrsg.), *Lexikon des Sozialismus*, Köln: Bund-Verlag 1986, S. 564-567.
- Otto-Brenner-Stiftung: *Xenos Projekt "Zivilcourage zeigen!"*, <http://www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.gegenrechts/content.akt.gegenrechts/>, eingesehen am 13.09.2004.
- Pappi Franz U.: *Der Beitrag der Umfrageforschung zur Sozialstrukturanalyse*, in: Pappi, Franz U. (Hrsg.), *Sozialstrukturanalyse mit Umfragedaten*, Königstein (Ts.): Athenäum 1979, S. 9-40.

- Pappi, Franz Urban/Edward O. Laumann: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zeitschrift für Soziologie, 3. Jg. 1974, H. 3, S. 157-188.
- Pappi, Franz Urban: Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 21, S. 37-44.
- Parsons, Talcott: Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Talcott Parsons, Essays in Sociological Theory, Glencoe: The Free Press 1954, S. 104-123.
- Parsons, Talcott: Some Sociological Aspects of the Fascist Movements, in: Talcott Parsons, Essays in Sociological Theory, Glencoe: The Free Press 1954, S. 124-141.
- Peuckert, Rüdiger: Einstellung, soziale, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, 2. Aufl., Opladen: Leske+Budrich (UTB) 1986, S. 60-62.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn: Bouvier 1993.
- Pochic, Sophie/Serge Paugam/Marion Selz: Job security and precarity in Europe, Mannheim, Theme Paper 2003 (<http://www.nuff.ox.ac.uk/projects/changequal/papers.asp>).
- Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart usw.: Kohlhammer 1978.
- Popitz, Heinrich u.a.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen: Mohr 1957.
- Prott, Jürgen: Funktionäre in den Gewerkschaften, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard Wessels (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 223-242.
- Ptak, Ralf/Fabian Virchow: Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. 2001, H. 6, S. 366-375.
- Ray, John J.: Do Authoritarians Hold Authoritarian Attitudes?, in: Human Relations, 29. Jg. 1976, H. 4, S. 307-325.
- Rippl, Susanne /Angela Kindervater/Christian Seipel: Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 13-30.
- Rippl, Susanne/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske+Budrich 2000.
- Rogmann, Klaus: Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen, Meisenheim a. Glan: Hain 1966.
- Rokeach, Milton: The Open and Closed Mind. Investigations Into the Nature of Belief Systems and Personality Systems, New York: Basic Books 1960.
- Rommelspacher, Birgit: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/ Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 2002, S. 199-219.
- Rommelspacher, Birgit: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999, 6. Jg. 1991, H. 2, S. 75-87.
- Roth, Dieter: Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 37-38.
- Roth, Dieter: Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1989, B 41-42, S. 10-20.

- Rubenowitz, Sigvard: Emotional Flexibility-Rigidity as a Comprehensive Dimension of Mind, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1963.
- Rupp, Hans Karl: Geschichtliche Phasen der Bundesrepublik Deutschland, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 165-169.
- Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Bd. 1, Cambridge: Cambridge University Press 1976.
- Schäffer, Burkhard: Gruppendiskussion, in: Ralf Bohnsack/Winfried Marotzki/Michael Meuser (Hrsg.), Hauptbegriffe. Qualitative Sozialforschung. Ein Wörterbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003, S. 75-80.
- Scheller, Gitta: Ostdeutsche Ehen und Familien im Spannungsfeld zwischen Individualisierung und Re-Traditionalisierung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 2003, H. 62, S. 29-42.
- Scherr, Albert: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 97-120.
- Scherr, Albert: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 97-120.
- Scheuch, Erwin K. /Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen: J.C.B. Mohr 1967, S. 11-29.
- Scholz, Ingo: Politische Apathie. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Bestimmung des Apathiebegriffs, Frankfurt a. Main: Haag+Herchen 1982.
- Schubarth, Wilfried /Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000 (Buchhandelsausg.: Opladen, Leske+Budrich).
- Schumann, Siegfried/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse eines empirischen Modellprojekts, Frankfurt a. Main u.a.: Peter Lang 1997.
- Schumann, Siegfried: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001.
- Schumann, Siegfried: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001.
- Schumann, Siegfried: Repräsentative Umfrage, 2. Aufl., München/Wien: Oldenbourg 1999.
- Seipel, Christian /Susanne Rippl/Angela Kindervater: Probleme der empirischen Autoritarismusforschung, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 261-280.
- Seliktar, Ofira: Identifying a Society's Belief System, in: Margaret G. Hermann (Hrsg.), Political Psychology. Contemporary Problems and Issues, San Francisco u.a.: Jossey-Bass 1986, S. 320-354.

- Siller, Gertrud: Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.
- SINUS: 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Eine SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek: Rowohlt 1981.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München: Piper 1962; 1968 erschien eine Studienausgabe unter dem Titel: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik.
- Start e.V. Miteinander arbeiten und leben. Betriebs-/ Personalräte und GewerkschafterInnen für AusländerInnenbeschäftigung und -beratung. <http://www.start-thueringen.de/downloads/xenos.pdf>, eingesehen am 13.09.2004.
- Stöss, Richard /Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 1, Berlin 1998 (nur als Internet-Version verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>).
- Stöss, Richard/Reinhard Schneider/Menno Smid: Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989.
- Stöss, Richard: Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 102-131.
- Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989.
- Stöss, Richard: Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln: Bund-Verlag 1990.
- Stöss, Richard: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 23-66.
- Stöss, Richard: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001.
- Stöss, Richard: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000 (Buchhandelsausg. Opladen, Leske+Budrich).
- Stöss, Richard: Politische Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, Arbeitspapier, Juli 2002, URL: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002>.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus in Berlin 1990, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 80, 1993.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1993, B 11, S. 50-61.
- Stöss, Richard: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.
- Streck, Wolfgang: Gründe, mit der Mitbestimmung behutsam umzugehen. In: Die Mitbestimmung 2004, H. 7.

- Streeck, Wolfgang: Korporatismus in Deutschland: zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Theorie und Gesellschaft 45, Frankfurt a. Main/New York: Campus-Verlag, 1999.
- Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituation und Delinquenz, Opladen: Leske+Budrich 2001.
- Sünker, Heinz: Zur Geschichte der politischen Kultur in Deutschland, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt in vereinigten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 1993, S. 43-54.
- Uellenberg, Wolfgang: "Die Republikaner" - eine rechte Partei im Aufwind. Erste Analysen und Positionen, DGB-Bundesvorstand, Abt. Gewerkschaftliche Bildung, Düsseldorf o. J.
- Umfrage: Jeder dritte junge Gewerkschafter erwägt, rechts zu wählen, in: Der Tagesspiegel v. 28.8.1998.
- Vetter, Angelika: Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 79-109.
- Vetter, Angelika: Political Efficacy - Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 1997.
- Walz, Dieter/Wolfram Brunner: Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske+Budrich 2000, S. 175-208.
- Wasmuht, Ulrike C.: Die Verwaltung des Konflikts "Rechtsextremismus" in einer Dominanzkultur, in: Politologinnen-Rundbrief, 2. Jg. 1993, H. 4, S. 28-35.
- Weber, Klaus: Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg: VSA 2001.
- Wessels, Bernhard: Einstellungen zu Institutionen der Interessenvermittlung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich 1997, S. 189-210.
- Winkler, Jürgen R.: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 25-48.
- Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen: Leske+Budrich 2000, S.38-68.
- Wirth, Hans-Jürgen/Elmar Brähler: Vom klassischen bis zum rot-grünen Gewerkschaftsmitglied. Eine Typologie der gewerkschaftlich Engagierten, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 109-121.